

HISTORISCH-POLITISCHE MITTEILUNGEN

Archiv für Christlich-Demokratische Politik

Im Auftrag der
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
herausgegeben von
Michael Borchard, Thomas Brechenmacher,
Günter Buchstab, Hans-Otto Kleinmann,
Hanns Jürgen Küsters und Matthias Stickler

32. Jahrgang
2025

BÖHLAU

HISTORISCH-POLITISCHE MITTEILUNGEN

Archiv für Christlich-Demokratische Politik

32. Jahrgang 2025

Im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

herausgegeben von

Dr. Michael Borchard, Prof. Dr. Thomas Brechenmacher, Dr. Günter Buchstab,

Prof. Dr. Hans-Otto Kleinmann, Prof. Dr. Hanns Jürgen Küsters und

Prof. Dr. Matthias Stickler

Redaktion: Dr. Christopher Beckmann, Markus Lingen, Dr. Wolfgang Tischner

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Wissenschaftliche Dienste / Archiv für Christlich-Demokratische Politik

Rathausallee 12

D-53757 Sankt Augustin

Tel. 02241 / 246 2240

Fax 02241 / 246 2669

E-Mail: zentrale-wd@kas.de

Internet: www.kas.de

© 2025 Böhlau, Lindenstraße 14, D-50674 Köln, ein Imprint der Brill-Gruppe (Koninklijke Brill BV, Leiden, Niederlande; Brill USA Inc., Boston MA, USA; Brill Asia Pte Ltd, Singapore; Brill Deutschland GmbH, Paderborn, Deutschland; Brill Österreich GmbH, Wien, Österreich)

Koninklijke Brill BV umfasst die Imprints Brill, Brill Nijhoff, Brill Schöningh, Brill Fink, Brill mentis, Brill Wageningen Academic, Vandenhoeck & Ruprecht, Böhlau und V&R unipress.

Alle Rechte vorbehalten. Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung in anderen als den durch diese Lizenz erlaubten Fällen bedarf der vorherigen schriftlichen Einwilligung des Verlages.

Satz: SchwabScantechnik, Göttingen

Druck: Elanders Waiblingen, Waiblingen

ISSN: 0943-691X (print) | ISSN: 2194-4040 (digital)

ISBN: 978-3-412-53257-4 (print)

ISBN: 978-3-412-53258-1 (digital) | ISBN: 978-3-412-53259-8 (eLibrary)

Bezugsbedingungen:

Erscheinungsweise: jährlich. Fragen sind zu richten an den Leserservice Brockhaus Commission, Kreidlerstr. 9, D-70806 Kornwestheim,

Tel.: (0 71 54) 13 27 92 19, E-Mail: r.haesler@brocom.de. Preise und weitere

Informationen unter www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com

Vandenhoeck & Ruprecht Verlage | www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com

E-Mail: info@boehlau-verlag.com

Inhalt

AUFSÄTZE

<i>Oliver Salten</i>	5
Logo und Farben der CDU. Die Geschichte der Visualisierung einer politischen Marke	
<i>Andreas Grau</i>	73
Andreas Hermes und die Gesellschaft für die Wiedervereinigung Deutschlands e. V.	
<i>Claudius Kiene</i>	101
Eine „politische Elementarschule“. Die Junge Union in der Ära Stoltenberg (1955–1961)	
<i>Anna Graf-Steiner/Peter Ruggenthaler</i>	131
Die Haltung der CDU zur KSZE von 1969 bis 1975. Im Spannungsfeld von Entspannungspolitik, deutscher Frage und europäischer Integration	
<i>Stephan Eisel</i>	169
Repräsentative Demokratie oder Popularitätspopulismus. Wie der Laschet-Söder-Konflikt um die Kanzlerkandidatur 2021 zur Grundsatzfrage für die CDU wurde	

MISZELLE

<i>Christopher Beckmann</i>	211
„... ein demokratisches Deutschland muß Parteien haben“. Erich Köhlers Überlegungen für den Aufbau einer überkonfessionellen christlichen Volkspartei	

VERANSTALTUNGSBEITRÄGE

<i>Sabine Bergmann-Pohl</i>	229
Die freigewählte Volkskammer der DDR 1990. Erinnerungen an eine Sternstunde des deutschen Parlamentarismus	
<i>Stefan Marx</i>	235
Zur Edition der Protokolle der gemeinsamen CDU/DA-Fraktion in der Volkskammer 1990	

Abstracts – Résumés – Zusammenfassungen	243
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieses Bandes	255

AUFSÄTZE

Logo und Farben der CDU. Die Geschichte der Visualisierung einer politischen Marke

Oliver Salten

Als Generalsekretär Carsten Linnemann und seine Stellvertreterin Christine Stumpp am 19. September 2023 im Konrad-Adenauer-Haus das neue Logo der CDU vor der versammelten Presse und via Livestream vorstellten, betonte er angesichts des Wechsels der Logofarbe: „Die CDU wird wieder schwarz.“¹ Rein visuell betrachtet erscheint dies unkorrekt, da die CDU nie offiziell die Farbe Schwarz angenommen hatte. Im übertragenen Sinne stimmt Linnemanns Aussage jedoch. Die Farbe Schwarz wurde mit der CDU seit ihrer Gründung assoziiert. Die Partei übernahm damit die farbliche Zuschreibung, die die Zentrums- partei im 19. Jahrhundert von ihren politischen Gegnern erhalten hatte, inspiriert durch die schwarze Kleidung katholischer Geistlicher.² Diese Festlegung zeigte sich vor allem in der Gestaltung der für die CDU gedachten Balken bei Wahl- und Umfrageergebnissen. Die werbetechnischen Verwendungsmöglichkeiten von Schwarz im Vergleich zum Rot der Parteien des linken politischen Spektrums oder dem Gelb der Liberalen blieben jedoch eher beschränkt.³

Mit der Frage nach der farblichen Gestaltung war das Logodesign als visuelles Identifizierungs- und Repräsentationsmerkmal eng verbunden.⁴ Gerade die Geschichte dieses Erkennungsmerkmals ist innerhalb wie außerhalb der Partei bislang so gut wie unbekannt und führt bisweilen zu gewaltigen Fehl-

- 1 Unser starkes Zeichen. Für die Erneuerung. Für den Zusammenhalt. Für die CDU (19. September 2023), <https://www.youtube.com/watch?v=3c7ZH1PVK7s&t=169s> (Abruf: 2. Januar 2025).
- 2 Bernd Schüler: Farben als Wegweiser in der Politik, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)* 20/2006, S. 31–38, hier 35; Marian Sewer: Wearing your Politics on your Sleeve: The Role of Political Colours in Social Movements, in: *Social Movement Studies* 6 (2007), S. 39–56, hier 43. Vgl. auch Matteo C.M. Casiraghi/Luigi Curini/Eugenio Cusumano: The colors of ideology: Chromatic isomorphism and political party logos, in: *Party Politics* 29 (2023), S. 463–474.
- 3 Eine bemerkenswerte Ausnahme stellte die insbesondere von der Jungen Union lange genutzte „Black is beautiful“-Kampagne dar: Anna von der Goltz: „Black is Beautiful“. Radical Chic, Chromatic Politics, and Constructions of Race in the Campaigns of the West German Christian Democrats in the 1970s, in: *Zeithistorische Forschungen* 20 (2023), S. 400–425. Vgl. auch Stefan Ewert: Black is back! oder „Wir Schwarzen müssen zusammenhalten!“, in: *Die Entscheidung* 52 (2004), Heft Januar/Februar, S. 6–12.
- 4 Anton Stankowski: Das visuelle Erscheinungsbild der Corporate Identity, in: Klaus Birkigt/Marinus M. Stadler/Hans Joachim Funk (Hg.): *Corporate Identity. Grundlagen, Funktionen, Fallbeispiele*. 11. Aufl. München 2002, S. 191–206, hier 195 f.; Michael Bernd Siegle: *Logo. Grundlagen der visuellen Zeichengestaltung*. 4. Aufl. Itzehoe 2005, S. 60.

interpretationen.⁵ Es soll daher im Folgenden die Geschichte des Logos und der Farben der CDU dargestellt und aufgearbeitet werden. Dies geschieht mit der Absicht, diesem bislang kaum berücksichtigten Aspekt der historischen Parteienforschung mehr Gewicht zu verleihen.⁶

Zuvor gilt es aber noch, eine Klärung der Begriffe „Logo“ und „Signet“ vorzunehmen. Spricht man von einem „Signet“, versteht man darunter in der Regel Wortmarken, bestehend aus rein typografischen Elementen, bisweilen auch abgegrenzt von Buchstabenmarken, die häufig aus Abkürzungen oder Akronymen bestehen, Bildmarken, die rein grafische Ausarbeitungen beinhalten sowie Wort-Bild-Marken, die eine Kombination aus beiden Varianten darstellen.⁷ Nach Michael Bernd Siegle umfasst „Logo“, bis auf die Bildmarken, dieselben Unterbegriffe wie „Signet“, ist also vor allem an das Vorhandensein von Schrift gebunden, was auf die drucktechnische Herkunft des Begriffes verweist.⁸ Umgangssprachlich werden beide Begriffe gleichgesetzt, was zur Folge hat, dass diese Unterscheidung, der werbefachlichen Literatur zufolge, heute kaum noch gebräuchlich ist. „Signet“ und „Logo“ werden daher auch im Folgenden synonym verwendet.⁹

1. Von der Notlösung zum Propagandainstrument – Das Logo der CDU der SBZ/DDR

Der Berliner Gründerkreis der CDU hatte bald nach Veröffentlichung des Gründungsaufrufes am 26. Juni 1945 mit der Einrichtung einer „Reichsgeschäftsstelle“ den Anspruch angemeldet, die Führungsrolle innerhalb der neuen Partei für ganz Deutschland einnehmen zu wollen.¹⁰ Dazu gehörte auch, nach Klärung der zentralen programmatischen und organisatorischen Fragen, ein entsprechendes Logo zu finden. Gerade für die CDU als neugegründete Partei war dies allerdings nicht so einfach, konnte sie doch nicht, wie etwa die SPD, ohne weiteres an Vorbilder aus der Zeit vor 1933 anknüpfen. So blieb zunächst häufig nichts anderes übrig, als den kompletten Parteinamen auf den Briefköpfen oder Stempeln abzubilden, da auch die Abkürzung CDU noch

5 So beispielsweise Adriano Sack: Zwei Farben Blau, in: WAMS vom 23. September 2023.

6 Zuletzt aus politikwissenschaftlicher Sicht Matteo C.M. Casiraghi/Eugenio Cusumano: The International Politics of Logos. Colours, Symbols, Cues and Identities. Milton Park 2024.

7 Stankowski: Erscheinungsbild, S. 196–199; Siegle: Logo, S. 61; Désirée Berger: Corporate Design. Das umfassende Handbuch. Bonn 2023, S. 128–136.

8 Siegle: Logo, S. 61.

9 Per Mollerup: Marks of Excellence. The History and Taxonomy of Trademarks. 2. Aufl. London 2013, S. 59; Berger: Corporate Design, S. 128.

10 Ralf Thomas Baus: Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands in der sowjetisch besetzten Zone 1945–1948. Gründung – Programm – Politik (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 36). Düsseldorf 2001, S. 85.

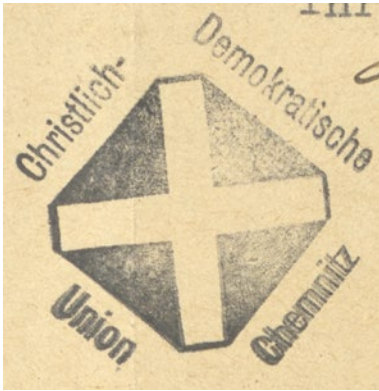


Abb. 1: Siegelstempel der CDU Chemnitz aus dem Jahr 1945 (ACDP 01-090-015/5)

nicht vielen Menschen geläufig gewesen sein dürfte.¹¹

Die vielleicht früheste Umsetzung einer Logo-Idee der CDU stammte aus dem Kreisverband Chemnitz, der vom betriebsamen ehemaligen sächsischen Zentrums-Landesvorsitzenden Pfarrer Ludwig Kirsch geleitet wurde.¹² Auf einem auf Ecke gestellten abgestumpften Quadrat lag ein weißes griechisches Kreuz, während die vier Seiten des Quadrates mit den Worten „Christlich-Demokratische Union Chemnitz“ umschrieben waren (Abb. 1).¹³

In der Reichsgeschäftsstelle in Berlin scheint sich eine entsprechende Festlegung auf ein Signet offenbar länger hingezogen zu haben. Am 10. Januar 1946 wurde für Generalsekretär Georg Dertinger eine Beschlussvorlage für die kommende Sitzung des Vorstandes erstellt, wonach festgelegt werden sollte, dass „die Benutzung des von der Reichsgeschäftsstelle gebrauchten Union-Signets für alle Gliederungen der Union bindend“ sei.¹⁴ Tatsächlich waren spätestens von Dezember 1945 an Briefbögen von Berlin aus in Gebrauch, die ein Logo trugen.¹⁵ Es bestand aus zwei ineinandergelegten U – vermutlich die Einheit der beiden Konfessionen symbolisierend – deren Arme die untereinanderstehenden Buchstaben C und D umschlossen und war in leuchtendem Gelb ausgeführt. Als Grundfarbe für den Hintergrund auf Plakaten oder für den ausgeschriebenen Parteinamen auf den Briefbögen war azurblau vorgesehen (Abb. 2). Aufschlussreich ist hier eine nach 1990 geschriebene Notiz des späteren Generalsekretärs und Vorsitzenden der DDR-CDU Gerald Götting zu einer angeblichen Aussage von

11 Vgl. den Stempel auf dem Schreiben der Reichsgeschäftsstelle an den Kreisverband (KV) Leipzig-Stadt und Leipzig-Land vom 7. August 1945, in: Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP) Bestand Andreas Hermes 01-090-015/5.

12 Zu Kirsch: Gerhard Desczyk: Ludwig Kirsch. Besinnung aufs Grundsätzliche (Christ in der Welt 42). Berlin (Ost) 1977. Vgl. auch Baus: Christlich-Demokratische Union, S. 102–105.

13 Schreiben von Ludwig Kirsch an Andreas Hermes vom 27. November 1945, in: ACDP 01-090-015/5. Wenige Monate zuvor hatte er noch den alten Stempel des Landesvorstandes der Sächsischen Zentrumspartei verwendet, neben den er die Worte: „gerettet seit 1933!“ geschrieben hatte, vgl. Schreiben von Kirsch an Heinrich Vockel vom 1. August 1945, ebd.

14 Aktennotiz zur Vorstandssitzung für Dertinger vom 10. Januar 1945[sic!], in: ACDP Bestand CDU in der SBZ/DDR 07-011-2179, pag. 49.

15 Bescheinigung der Reichsgeschäftsstelle für Immanuel Becker vom 6. Dezember 1945, in: ACDP Bestand Immanuel Becker 01-648-001/2.



Abb. 2: Plakat mit dem Reichsgeschäftsstellenlogo von 1946 (ACDP 10-024-170)

Gerhard Desczyk, damals Abteilungsleiter für Kultur in der Reichsgeschäftsstelle, aus dem Jahr 1949: Gelb stehe für den Boden – gemeint war vermutlich die gelbe Farbe von Getreide –, Blau für den Himmel. Schwarz als Farbe für den Boden sei ausdrücklich nicht gewünscht gewesen, da in der CDU sowohl Katholiken als auch Protestanten Mitglieder waren. Schwarz als Farbe der Zentrumsparterie wurde also vor diesem Hintergrund als nicht passend empfunden.¹⁶

Der Gestalter des Logos wird in den zur Verfügung stehenden Quellen nicht genannt, zwei Umstände sprechen aber dafür, den Grafiker Heinz Schwabe als Urheber anzunehmen.¹⁷ Zum einen war er bereits mit der Gestaltung des Kopfes der CDU-Zeitung „Neue Zeit“ (NZ), deren erste Ausgabe im Juli 1945 erschienen war, beauftragt worden,¹⁸ zum anderen lie-

ferte er 1947 auf Basis des zweifachen U einige Entwürfe für ein abgeändertes Signet. Sehr zufrieden scheint man mit dem Logo 1945 in der Reichsgeschäftsstelle allerdings nicht gewesen zu sein. Im genannten Vermerk vom Januar 1946 wurde in der Begründung ausdrücklich festgehalten, dass „das vorliegende Signet [...] eine gute, aber nicht eine überragende Lösung“ sei, allerdings auch keine bessere vorhanden sei. Ein Wechsel sei in Anbetracht der zu erwartenden Wahlen sinnlos.¹⁹

Auf seiner Sitzung am 13. Februar 1946 beschloss der erweiterte Vorstand „bis auf weiteres“ die einheitliche Verwendung des genannten Logos, betonte aber, dass „die Gewinnung einer besseren Lösung [...] gemeinsame Aufgabe der Landesverbände und der Reichsgeschäftsstelle“ bleibe. Als Grundfarbe

16 Wie die CDU zur Taube kam!, in: Stadtarchiv Halle Bestand Gerald Götting N 126, Nr. 167, Bd. 2. Vgl. auch: Die CDU und ihre Farben, ebd. Die Farben Blau und Gelb wurden 1950 für die Fahne der CDU der DDR auch formell festgelegt: Protokoll der Sitzung des Politischen Ausschusses am 18. Juli 1950, in: ACDP 07-011-1789.

17 Zu Heinz Schwabe vgl. Eberhard Hölscher: Heinz Schwabe, Düsseldorf, in: *Gebrauchsgraphik* 24 (1953), Nr. 11, S. 12–21.

18 Ein neuer Zeitungskopf, in: *Neue Zeit* vom 22. Juli 1945.

19 Aktennotiz zur Vorstandssitzung für Dertinger vom 10. Januar 1945[sic!], in: ACDP 07-011-2179, pag. 49.

wurde einfach Blau genannt, ohne nähere Differenzierung des Farbtons.²⁰ Die auf der Sitzung vom späteren Berliner Bürgermeister Ferdinand Friedensburg vorgeschlagene Verwendung der Farben Schwarz-Rot-Gold fand hingegen keinen Zuspruch. Im Gegensatz zur Vorlage wurde jedoch ausdrücklich betont, dass der Beschluss keine „Zwangsbestimmung gegenüber den Landesverbänden“ beinhalte, und dass der geschäftsführende Vorstand Vorbereitungen für eine endgültige Lösung der Logofrage auf dem geplanten Zonenparteitag treffen sollte.²¹

Vor diesem Hintergrund gab es in der unmittelbaren Folgezeit Bemühungen, das Signet einer Revision zu unterziehen. Der Presseausschuss unter der Leitung von Emil Dovifat, Professor für Publizistik an der Universität Berlin, war in dieser Angelegenheit sehr umtriebig. Versuche, ein neues Logo bis zum 1. Parteitag der CDU der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) zu implementieren, der im Juni 1946 stattfand, blieben jedoch erfolglos.²²

Im Februar 1947 fasste sich der Werbeausschuss, ebenfalls unter dem Vorsitz von Dovifat, erneut mit der Logofrage. Es ging konkret darum, ob „das neu entworfene Signet“ auf den Plakaten, die Heinz Schwabe vorbereitet hatte, angewandt werden sollte. Der Vorsitzende Jakob Kaiser sollte darüber entscheiden, wobei Dertinger sich klar dagegen aussprach, um nicht nach der Vereinigung der CDU der SBZ mit den Verbänden der CDU und CSU in den Westzonen im Falle einer Ablehnung durch diese erneut einen Entwurf in Auftrag geben zu müssen.²³ Offenbar plante man in Berlin jedoch das Logo schon in der Hoffnung auf eine solche Vereinigung hin. Zumindest sollte ein neuer Parteiname UNION mögliche Streitigkeiten zwischen CDU und CSU verhindern.²⁴

Es ist allerdings unklar, wie der Entwurf des neuen Signets aussah. Ausweislich eines Vermerks der Fritz Feinhals Werbeberatung aus Berlin vom 20. März 1947 gab es verschiedene Vorschläge, von denen Feinhals zwei für passend hielt.²⁵ Er machte zunächst deutlich, warum er das bisherige Logo für

20 Durch die fehlende Festlegung auf einen einheitlichen Farbton kam es langfristig zu Problemen, etwa durch die Uneinheitlichkeit der Farbgebung der Parteifahnen: Vermerk von Horst Walligora an Gerald Götting vom 30. September 1975, in: ACDP 07-011-3398.

21 Protokoll der Sitzung des erweiterten Vorstandes am 13. Februar 1946, in: ACDP 07-011-2179, pag. 109 und pag. 124. Auf dem 1. Politischen Lehrgang der CDU in der zweiten Maihälfte 1946 war „Das Signum der ‚Union‘“ ausdrücklich auf dem Lehrplan unter dem Abschnitt „Die Werbe- und Überzeugungsarbeit“ aufgeführt: Lehrplan des 1. Politischen Lehrgangs in der Bildungsstätte der CDU in Gaußig (Lausitz), in: ACDP 07-011-2178.

22 Protokolle der Sitzungen des Presseausschusses am 21. März 1946 und 4. April 1946, in: ACDP 07-011-1927. Dovifat hegte eine tiefe Abneigung gegenüber dem Reichsgeschäftsstellenlogo. Zu einem späteren Zeitpunkt bezeichnete er es als „das alte graphisch und geistig unmögliche Knobelbecherabzeichen“: Abschrift eines Schreibens von Dovifat an Walther Schreiber vom 13. September 1948, in: ACDP Bestand Landesverband (LV) Berlin 03-012-002/2.

23 Protokoll der Sitzung des Werbeausschusses am 25. Februar 1947, in: ACDP 07-011-1701.

24 Protokoll der Sitzung des Werbeausschusses am 27. Juni 1947, in: ACDP 07-011-1713.

25 Vermerk der Franz Feinhals Werbeberatung vom 20. März 1947, in: ACDP Plakatarchiv 10-026-162.

ungeeignet ansah. Seiner Ansicht nach befriedigte es in geschmacklicher Hinsicht keinesfalls, entspräche nicht dem Niveau der Partei und wäre zu wenig „markant“. Für die gewählte Wortmarke UNION passe es nicht, aber auch für die CDU wäre es ungeeignet, da die Lesefolge nicht c-d-u, sondern u-c-d sei. Schließlich scheint es markenrechtliche Probleme mit einem ähnlichen Logo des Universal-Verlags gegeben zu haben. Nach Feinhals sollte Kern des neuen Logos sein, dass das Wort UNION im Vordergrund stehen, das Logo selbst aber nicht stören, sondern nur ergänzen sollte. Daher schien ein neutrales Zeichen am besten geeignet, das nicht aus Buchstaben zu bilden war. Er befürwortete einem Entwurf von Schwabe, der aus drei miteinander verbundenen Kettengliedern bestand.²⁶ Daneben machte er sich besonders für eine Idee des Grafikers und Direktors der Meisterschule für das gestaltende Handwerk in Magdeburg, Wilhelm Deffke, stark.²⁷ Dessen Idee sei „klar und im besten Sinne modern gestaltet unter Verwendung elementarer Formen“. Das Logo hat sich nicht erhalten und aus den Angaben von Feinhals lässt sich nicht klar erkennen, wie es ausgesehen haben mag, außer dass es offenbar abstrakt gestaltet gewesen sein muss. Es sei „ungewöhnlich und markant“, dabei aber sehr einprägsam. Er nannte es „ein zunächst leeres Gefäß, bereit einen Inhalt aufzunehmen“ und verglich die gewünschte Assoziation zum Begriff UNION damit, „wie sich s. Z. das abstrakte Hakenkreuz mit dem Nationalsozialismus assoziiert hat“. Dem Logo schrieb Feinhals im Zusammenhang mit der UNION einen gewissen „Gefühlsgehalt“ zu, den er mit den Begriffen „kräftig, bestimmt, feierlich“ beschrieb. Zudem sei es technisch gut zu verarbeiten.

Auf der Sitzung des Werbeausschusses am 27. Juni 1947 musste Emil Dovifat berichten, dass die Entscheidung über ein neues Logo bis zum Zeitpunkt der Vereinigung der einzelnen Verbände vertagt worden war. Dertinger hatte sich also offenbar durchgesetzt. Zudem kamen zunehmend Bedenken gegen eine Umbenennung der CDU in UNION auf.²⁸ Der Propagandausschuss stellte auf seiner Sitzung im Juli 1947 in diesem Zusammenhang zudem fest, dass „brauchbare Signa aus den Landesverbänden der Sowjetischen Zone nicht vorliegen, die im gesamten Reichsrahmen passend wären“.²⁹

Wie bereits erwähnt, sind vier weitere Entwürfe von Heinz Schwabe überliefert. Alle beinhalteten im Grundsatz die beiden ineinandergelegten U, allerdings ohne C und D. Stattdessen war jeweils der Schriftzug UNION in ver-

26 Eine Abbildung dieses Logos, allerdings ohne Herkunftsnachweis, findet sich in Hölscher: Heinz Schwabe, S. 18.

27 Zur Tätigkeit Deffkes als Gebrauchsgrafiker: Christoph Janik: Warum eine Deffke-Marke? Deffkes Logos 1934–1950, in: Bröhan Design Foundation (Hg.): Wilhelm Deffke. Pionier des modernen Logos. Berlin/Zürich 2014, S. 178–195.

28 Protokoll der Sitzung des Werbeausschusses am 27. Juni 1947, in: ACDP 07-011-1713.

29 Protokoll der Sitzung des Propagandausschusses am 15. Juli 1947, in: ACDP 07-011-1713.

schiedenen Varianten über das U gelegt.³⁰ Einer der Entwürfe wurde ab Mitte 1947 im Kopf der Funktionärzeitschrift „Union teilt mit“ (Utm) verwendet.³¹

Zu dieser Zeit waren jedoch auch in einigen Landesverbänden der CDU der SBZ eigene Logos bereits in Gebrauch. Der Landesverband Sachsen stellte bei der Leipziger Firma Apreck & Vrage Leipzig im September 1946 eine Anfrage für eine Anstecknadel. In einem auf Eck gestellten violetten Viereck mit dünnem blankem Rand sollte CDU in „blank schimmern[den]“ Buchstaben über Kreuz gespiegelt stehen.³² Diese Idee scheint jedoch nicht realisiert worden zu sein. Speziell für Wahlkampfzwecke nutzte der Landesverband Sachsen 1946 ein vom Grafiker Willy Petzold entworfenes Logo in Form eines Jerusalemkreuzes, bei dem die kleinen griechischen Kreuze in den Zwickeln des großen Kreuzes durch die Buchstaben C, D, U und D ersetzt worden waren, womit der christliche Hintergrund der CDU nochmals deutlich hervorgehoben wurde.³³

Fantasievoll war das Logo der CDU in Mecklenburg-Vorpommern gestaltet. Auf einem gelben Schild stand unter den blauen Buchstaben C und D, die bis auf eine kleine Öffnung im C fast wie gespiegelt wirken, ein ebenfalls blaues, im Vergleich übergroßes U, dessen Serifen sich nach außen hin leicht nach oben verbogen, was ihnen den Eindruck von Hörnern verlieh, so dass der ganze Buchstabe wie ein stark stilisierter Stierkopf aussah, das Wappentier Mecklenburgs, oder an Hände erinnerte, die das C und D trugen. Die Umschrift „Landesverband/Mecklenburg-Vorpommern“ war in Rot gehalten (Abb. 3).³⁴

Die so entstandene Uneinheitlichkeit der Logos in den Wahlkämpfen des Jahres 1946 wurde von Berlin aus kritisiert.³⁵ Die Bemühungen der mittlerweile zur Hauptgeschäftsstelle umbenannten Berliner Parteizentrale um Vereinheitlichung des äußeren Erscheinungsbildes der CDU der SBZ dürften spätestens 1947 abgeschlossen gewesen sein, da das Reichsgeschäftsstellenlogo, das zunächst

30 ACDP Plakataarchiv 10-026-162.

31 Vgl. Union teilt mit (Utm) 1 (1947), Nr. 1 (1. Juli 1947). Das Logo blieb bis 1951 in Gebrauch.

32 Schreiben des Landesverbandes Sachsen an die Firma Apreck & Vrage vom 20. September 1946, in: ACDP Bestand LV Sachsen 03-035-004. Im Schreiben ist von den Buchstaben CDUD die Rede, was aber nicht zu der kleinen Zeichnung auf dem Durchschlag des Briefes passt, auf die man sich ausdrücklich bezieht. Der Kreisverband Zeitz aus Sachsen-Anhalt nutzte ein ähnliches Logo, vgl. Schreiben des KV Zeitz an die Reichsgeschäftsstelle vom 10. September 1946, in: ACDP 07-011-0844.

33 ACDP Plakataarchiv 10-024-3182 und 10-024-3183. Vgl. dazu auch Oliver Salten: „Die Not überwinden – Christlich verbinden“: Plakatwerbung der CDU 1946–1949, in: Martin Löhnig/Fabian Michl (Hg.): Verordnete Demokratie? Die Nachkriegswahlen 1946/47. Göttingen 2023, S. 137–180, hier 145 f.

34 ACDP Plakataarchiv 10-024-3020. Die Farbigkeit des Logos bei einfarbigen Darstellungen war anscheinend nicht eindeutig festgelegt, vgl. Mitgliedsausweis von Minna Kobernick, ausgestellt am 20. März 1946, in: ACDP Bestand LV Brandenburg 03-033-123 sowie Flugblatt des LV Mecklenburg-Vorpommern zu den Gemeindewahlen im September 1946, in: ACDP Bestand KV Anklam 02-238-041/8.

35 Schreiben von Georg Grosse an Jakob Kaiser vom 10. September 1946, in: ACDP 07-011-0844.



Abb. 3: Plakat der CDU Mecklenburg-Vorpommern (ACDP 10-024-3020)

nur als Notlösung gedacht war, allgemein im Zonenverband akzeptiert worden war. Auch die beginnende Transformation der CDU zur von der SED abhängigen Blockpartei änderte zunächst nichts an der Verwendung des Logos.

Erst 1950 gab es eine Veränderung. Vom 15. bis 17. September fand in Berlin der 5. Parteitag der CDU der DDR statt. Für diesen Anlass hatte man das Logo mit einer nach links aufliegenden Taube ergänzt, hinter der in einem Halbkreis nach Art aufgehenden Sonne die lateinischen Worte EX ORIENTE PAX (Aus dem Osten kommt der Frieden) standen, allerdings nicht sehr vorteilhaft durch die Flügel der Taube getrennt.³⁶ Einladung, Zeitplan und Tagesordnung waren mit diesem umgestalteten Logo versehen worden.³⁷ Die erhaltenen Quellen geben leider keinerlei Auskunft über

den Gestalter oder die weiteren Hintergründe dieser Entscheidung, es scheint jedoch nicht als Dauerlösung gedacht gewesen zu sein. So wurde in Utm ausdrücklich betont, dass die Taube „über dem Signum der CDU“ aufsteige, also wohl eigentlich nicht dazu gehören sollte.³⁸

Deutlich hatte die Darstellung die Eigenschaft der DDR als „Friedensstaat“ zu unterstützen.³⁹ Die Taube bezog sich eindeutig auf das von Pablo Picasso für den Weltfriedenskongress 1949 in Paris gestaltete Symbol der Friedenstaube, die rasch als Ikone der Friedensbewegung Verwendung fand und insbesondere in der DDR massiv eingesetzt wurde.⁴⁰ Die Aussage EX ORIENTE PAX, die eine Abwandlung der häufig auf das Christentum bezogenen lateinischen Redewendung „Ex oriente lux“ (Aus dem Osten kommt das Licht) war, kam hingegen erst kurz vor dem Parteitag auf. Geprägt worden zu sein scheint sie durch

36 Andreas Koop: DDR CI. Das visuelle Erscheinungsbild der Deutschen Demokratischen Republik. Mainz 2023, S. 125.

37 Zu den entsprechenden Dokumenten ACDP 07-011-0716.

38 Nach der Jahrestagung 1950, in: Utm 4 (1950), Nr. 10, S. 17–19.

39 Hermann Wentker: Für Frieden und Völkerfreundschaft? Die DDR als internationaler Akteur, in: Thomas Großbölting (Hg.): Friedensstaat, Leseland, Sportnation? DDR-Legenden auf dem Prüfstand. Berlin 2009, S. 155–176, hier 155 f.

40 Katharina Klotz: Die Friedenstaube. Ikone der Friedensbewegung und Symbol der Hoffnung, in: Gerhard Paul (Hg.): Das Jahrhundert der Bilder. Bd. 1: 1900 bis 1949. Bonn 2009, S. 776–783.

Pfarrer Helmut Mehnert, der bei einer Festveranstaltung zum Tag der deutsch-polnischen Freundschaft in der Berliner Staatsoper am 21. Juli 1950 als Vertreter der CDU gesprochen hatte. Darin betonte er, dass das Christentum nur den Weltfrieden kennen dürfte, wenn es echt sein wollte und schloss seine Rede mit dem Satz: „Wir wollen das alte lateinische Sprichwort ‚ex oriente lux‘ sinngemäß so lauten lassen: ‚ex oriente pax‘.“ Diese Losung wurde am folgenden Tag in der NZ auf der Titelseite als Überschrift zum entsprechenden Bericht proklamiert.⁴¹ Nach eigener Aussage habe Gerald Götting, als Reaktion auf den Artikel, einige Entwürfe für ein Logo in Auftrag gegeben und sie dem CDU-Vorsitzenden Otto Nuschke zur Entscheidung vorgelegt.⁴² Dieser nahm den Ausdruck „Ex oriente pax“ Mitte August in seinen Bericht an den Politischen Ausschuss des Hauptvorstandes auf.⁴³

Die zentrale Parole des 5. Parteitages und die Themen der wichtigsten Referate waren zu diesem Zeitpunkt schon längst festgelegt worden.⁴⁴ Dennoch erhielt „Ex oriente pax – aus dem Osten kommt der Friede“ zusammen mit „Christen, kämpft für den Frieden der Welt“ einen offiziellen Status. Dertinger, mittlerweile DDR-Außenminister, schrieb in der NZ: „Diese beiden Parolen enthalten zusammen in der Tat alle Elemente, die für die Aufgabenstellung einer christlichen Partei in dem gegenwärtigen Augenblick entscheidend sind.“⁴⁵ Wie zur Bestätigung wurde nicht nur ein sechs mal zwölf Meter großes Plakat mit dem Logo an der Parteizentrale angebracht, auch die Staatsoper, in der der Parteitag stattfand, wurde mit einem „drei Stockwerke hohen“ Transparent bestückt.⁴⁶ Der Eindruck des Ganzen war offenbar so stark, dass der Politische Ausschuss am 31. Oktober 1950 beschloss, das Abzeichen zum offiziellen Parteilogo zu machen (Abb. 4).⁴⁷ Vermutlich sollte damit im Sinne Dertingers nach außen wie nach innen verdeutlicht werden, dass die CDU die 1949 erfolgte Gründung

41 „Ex Oriente Pax“, in: NZ vom 22. Juli 1950. In dem Beitrag wurde er fälschlicherweise als Karl Mehnert bezeichnet. Die SED-Zeitung „Neues Deutschland“ (ND) brachte ebenfalls einen Bericht über die Veranstaltung und zitierte Mehnert leicht verändert, aber im Sinne gleich: Es lebe die deutsch-polnische Freundschaft, in ND vom 23. Juli 1950. Zu Mehnert: Michael Richter: Die Ost-CDU 1948–1952. Zwischen Widerstand und Gleichschaltung (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 19). 2. Aufl. Düsseldorf 1991, S. 251 f.

42 Das neue CDU Abzeichen – ex oriente pax und Taube, in: Stadtarchiv Halle N 126, Nr. 167, Bd. 2.

43 Die Konsequenzen von Straßburg, in: NZ vom 16. August 1950: „Man kann heute, von uns her gesehen, mit vollem Recht sagen: ‚Ex oriente pax‘ – ‚Aus dem Osten kommt der Frieden!‘“.

44 Protokoll der Sitzung des Politischen Ausschusses am 18. Juli 1950, in: ACDP 07-011-0484; Protokoll der Sitzung des Hauptvorstandes am 26. Juli 1950, in: ACDP 07-011-2037/2.

45 Georg Dertinger: Völkerfreundschaft sichert Frieden, in: NZ vom 14. September 1950.

46 Berlin im Festgewand, in: NZ vom 16. September 1950.

47 Protokoll der Sitzung des Politischen Ausschusses am 31. Oktober 1950, in: ACDP 07-011-1315. Vgl. auch Aktennotiz für Herrn Sperling vom 1. November 1950, ebd. Götting bestätigte dies nochmals 1951: Protokoll der Sitzung des Sekretariats der Parteileitung am 7. September 1951, in: ACDP 07-011-1833.



Abb. 4: Plakat der CDU der DDR zum 7. Parteitag in Weimar 1954 (ACDP 10-024-3069)

der DDR und ihre Politik unterstützte. 1952 wurde die Logo-Gestaltung durch den 6. Parteitag in die Satzung der CDU aufgenommen.⁴⁸ Dieses Logo blieb bis 1989 unverändert in Gebrauch.

Im Zuge der friedlichen Revolution in der DDR 1989/90 wurde den reformorientierten Kräften in der CDU zunehmend bewusst, dass das alte „Ex oriente pax“-Logo nicht mehr in die Zeit passte.⁴⁹ Für den Sonderparteitag am 15. und 16. Dezember 1989 hatte man sich daher eine eigene Lösung überlegt. Man blieb zwar bei den Farben hellblau und gelb, wählte aber ein einfaches Schriftlogo im Stile einer Helvetica, überschrieben mit „Erneuerung“, unterschrieben mit „Zukunft“, beides nach Art einer Handschrift, damit das Parteitagsmotto „Erneuerung und Zukunft“ verdeutlichend (Abb. 5).⁵⁰ Im Rahmen des Parteitages ging ein Antrag des späteren

thüringischen Sozial- und Gesundheitsministers Hans-Henning Axthelm ein, Taube und Umschrift des Logos zu beseitigen und so zum Zustand des Reichsgeschäftsstellen-Logos zurückzukehren.⁵¹ Auf dem Parteitag wurde hingegen eine bis zu einem regulären 17. Parteitag, der dann nicht mehr stattfinden sollte, gültige Satzung beschlossen, die keine Aussagen bezüglich der

48 Satzung der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands. Berlin 1953, S. 32.

49 Leserbrief von E. Kumpf aus Leipzig: Neues Motto ist zu finden, in: NZ vom 7. Dezember 1989.

50 Eine radikal erneuerte Partei muß sich mit klarem Profil dem Wahlkampf stellen und die Zukunft mitgestalten, in: NZ vom 16. Dezember 1989. Bemerkenswert ist, dass sowohl am Rednerpult als auch an der Empore im rückwärtigen Teil des Saales das alte „Ex oriente pax“-Logo hing: Erneuerung – CDU – Zukunft/Sonderparteitag in Berlin – Aus der Aussprache, in: NZ vom 18. Dezember 1989.

51 Wortprotokoll der I. Tagung des Parteivorstandes der CDU am 5. und 6. Januar 1990 in Burgscheidungen, pag. 154, in: ACDP 07-011-3134. Axthelms Antrag war außer von ihm selbst von 41 weiteren Personen unterzeichnet worden. Einer regte dabei an, den ursprünglichen Begriff „Ex oriente lux“ einzusetzen: Antrag von Hans-Henning Axthelm, in: ACDP 07-011-3792. Ein anderer Antrag schlug ein Kreuz über einer aufgehenden Sonne vor: Antrag von Dietmar Belke, in: ACDP 07-011-3519.



Abb. 5: Foto mit Saalansicht vom Sonderparteitag 1989 (Bundesarchiv, Bild 183-1989-1215-030/ Fotograf: Hartmut Reiche)

Logogestaltung enthielt.⁵² Die Frage nach dem Logo wurde daher erst auf der ersten Sitzung des neuen Parteivorstandes am 5. und 6. Januar 1990 beraten.⁵³ Gottfried Müller, späterer Landtagspräsident in Thüringen, berichtete, dass die Satzungskommission bereits im Vorfeld des Parteitages darüber beraten hatte, einen Schriftzug als Logo zu wählen, den die Landesverbände dann mit eigenen grafischen Elementen hätten ergänzen können, ausdrücklich mit dem Hinweis, dass dieser Gedanke bereits aufgekommen war, bevor man davon erfahren hatte, dass die CDU der Bundesrepublik es im Prinzip genauso handhabte. Durch ein Versehen wurde dieser Passus allerdings nicht in die Schlussfassung der Satzung für den Parteitag aufgenommen.

52 Satzung der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands vom 15./16. Dezember 1989, in: ACDP 07-011-3911. Gemäß einem Satzungsentwurf war zunächst vorgesehen, als Farben Blau und Gelb festzulegen sowie die Erwähnung von Taube und Umschrift zu streichen: Entwurf einer Satzung der CDU, in: ACDP 07-011-3902.

53 Zum Folgenden: Wortprotokoll der I. Tagung des Parteivorstandes der CDU am 5. und 6. Januar 1990 in Burgscheidungen, pag. 154, in: ACDP 07-011-3134, pag. 152–170. Vgl. auch: Handschriftliche Notizen zur Sitzung am 5. Januar 1990, in: ACDP 07-011-3519.

Letztlich standen nun drei Alternativen zur Verfügung: Das Reichsgeschäftsstellen-Logo gemäß dem Axthelm-Vorschlag, der Schriftzug, der auf dem Sonderparteitag verwendet wurde oder das Logo der westdeutschen CDU. Im Rahmen der Diskussion machte sich insbesondere Generalsekretär Martin Kirchner für eine erneute Verwendung des Reichsgeschäftsstellen-Logos stark. Schließlich beschloss man jedoch, das Präsidium mit der Ausschreibung für ein neues Logo zu beauftragen, worüber dann der Parteitag entscheiden sollte. Für den bevorstehenden Volkskammer-Wahlkampf brachte Kirchner den Vorschlag ein, mit einem über Kreuz gespiegelten CDU-Schriftzug anzutreten, zog diese Idee aber bald wieder zurück, da sie keine Zustimmung fand. Stattdessen wurde beschlossen, mit einem noch zu gestaltenden Schriftzug, möglicherweise mit Punkten zwischen den Buchstaben, nach Vorbild der FDP, im Wahlkampf anzutreten. Bei der Abstimmung zur Farbgestaltung des Schriftzuges setzte sich Rot gegen Schwarz-Rot-Gold und Blau durch. Auf der Präsidiumssitzung am 6. Januar 1990, im Anschluss an die Vorstandssitzung, wurde allerdings kein ausdrücklicher Beschluss gefasst, der die Ausschreibung eines neuen Logos beinhaltet.⁵⁴

2. Logo-Vielfalt in den Westzonen und der frühen Bundesrepublik

Während in der SBZ der Berliner Gründerkreis der CDU von vornherein die Autorität einer „Reichsgeschäftsstelle“ beanspruchte, war die Lage in den drei Westzonen komplizierter. Allein in der Britischen Zone bildete sich ein Zonenausschuss heraus, während die CDU in der US-amerikanischen und Französischen Zone ohne übergeordnete Strukturen oberhalb der Landesverbände organisiert blieb.⁵⁵ Allerdings gaben sich weder der Zonenausschuss der Britischen Zone noch die 1947 entstandene Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU mit Sitz in Frankfurt am Main ein Logo.

Während die SPD bereits 1947 ein im Rahmen eines Wettbewerbs entstandenes einheitliches Logo zur Verfügung hatte,⁵⁶ wurden, wie bereits ausgeführt, in den Landes-, Bezirks- und Kreisverbänden der CDU diverse Varianten für die Gestaltung von Briefköpfen, Plakaten, Stempeln usw. verwendet.

54 Es wurde allerdings festgelegt, dass das Präsidium ein Angebot von Betrieben der Vereinigung Organisationseigener Betriebe (VOB) Union annahm, kostengünstiges Wahlkampfmaterial herzustellen. Ob darunter auch die Erstellung eines neuen Logos fiel, ist ungewiss: Protokoll der Präsidiumssitzung am 6. Januar 1990, in: ACDP 07-011-3510.

55 Hans-Otto Kleinmann: Geschichte der CDU. Hg. von Günter Buchstab. Stuttgart 1993, S. 68 f.

56 Doris Gerstl: Wahlplakate der Spitzenkandidaten der Parteien. Die Bundestagswahlen von 1949 bis 1987. Wien/Köln/Weimar 2020, S. 81.

Einige Verbände nutzten das Logo der Reichsgeschäftsstelle,⁵⁷ häufiger blieb man jedoch beim ausgeschriebenen Parteinamen als Wortmarke oder verwendete einfach die Abkürzung CDU. Dadurch gab es einen fast unüberschaubaren Variantenreichtum in dieser Hinsicht. Bei den Kürzeln wurden Antiqua-Schriften bevorzugt, während gebrochene Schriften eher die Ausnahme blieben.⁵⁸ Die Verwendung der Fraktur für den ausgeschriebenen Parteinamen kam hingegen häufiger vor, so im Briefkopf des Landesverbandes Schleswig-Holstein, der aber dazu noch ein Kürzel in Grotteskschrift führte.⁵⁹ Der Kreisverband Offenbach-Stadt verwendete einen sehr dominanten Briefkopf mit der Wortmarke CDU in gebrochener Schrift, die von den drei ausgeschriebenen Namensbestandteilen in einer sehr dekorativ gestalteten Schrift an drei Seiten umstellt war. Dieser in einem etwas dunkleren Rotton gehaltene Bereich war von einem gleichfarbigen Rahmen umgeben, aus dem jedoch der obere Teil des D-Bogens herausbrach. Die bestehenden Kontaktdaten des Kreisverbandes waren in Futura gehalten (Abb. 6).⁶⁰



Abb. 6: Briefkopf des Kreisverbandes Offenbach-Stadt von 1948 (ACDP 01-165-009/2)

Beide Varianten, die aus Schleswig-Holstein wie die aus Offenbach, wirken sehr uneinheitlich, fast willkürlich zusammengestellt. Die parallele Verwendung von gebrochenen und Grotteskschriften sollte jedoch zeigen, dass die CDU sich als

-
- 57 So zum Beispiel der LV Bremen (Schreiben des LV Bremen an Josef Kannengießer vom 27. November 1946, in: ACDP Bestand Josef Kannengießer 01-182-010/01), der KV Essen (Schreiben des KV Essen an den LV Rheinland vom 14. August 1946, in: Landesarchivverwaltung NRW, Abteilung Rheinland, RWV 0026, Nr. 314, pag. 197) oder der KV Tecklenburg (Schreiben von Josef Scheerer an Kannengießer vom 22. April 1947, in: ACDP 01-182-013/02). Die CDU Frankenthal verwendete es während des rheinland-pfälzischen Landtagswahlkampfes 1951 (ACDP Plakatarchiv 10-010-53) und vom KV Warendorf ist es sogar noch 1966 im Briefkopf genutzt worden: Schreiben des KV Warendorf an die Bundesgeschäftsstelle vom 17. Januar 1966, in: ACDP Bestand CDU-Bundespartei 07-001-5087.
- 58 Beispiele für die Verwendung einer gebrochenen Schrift für die Abkürzung bieten etwa verschiedene Plakate der CDU Köln aus dem Jahr 1947, vgl. ACDP Plakatarchiv 10-009-11 oder 10-009-13.
- 59 Schreiben des LV Schleswig-Holstein an den LV Westfalen-Lippe vom 2. September 1947, in: ACDP Bestand LV Westfalen-Lippe 03-002-027/1.
- 60 Schreiben des KV Offenbach-Stadt an Willy Massoth vom 30. April 1948, in: ACDP Bestand Willy Massoth 01-165-009/2.

eine Partei sah, in der Tradition und Moderne in harmonischem Einklang existierten. Die Nutzung von Farbe für Wortmarken war auf Briefköpfen ungewöhnlich und eher für Plakate vorgesehen. Dabei wurden gerne Rot und Gelb verwendet, allerdings nicht politisch konnotiert, sondern vor allem als Signalfarben, um Aufmerksamkeit zu erregen. Blau kam ebenfalls zur Anwendung.⁶¹

Die verwendeten Wortmarken wiesen in einigen Fällen Charakteristiken von Schriftkunst auf. Die CDU in Wesermünde (ab 1947 Bremerhaven) verwendete die Schriftart Times Bold, allerdings in ungewöhnlicher Anordnung. Gegenüber dem D waren C und U im Kleinformat ausgeführt und links oben beziehungsweise rechts unten neben das D gestellt worden. Die Räume unter dem C und über dem D wurde mit drei bzw. vier horizontalen Strichen aufgefüllt (Abb. 7).⁶² Im württembergischen Horb nutzte die CDU eine Schrift im Stile des Art déco mit einem über und unter der Versalhöhe verlängertem C und kleinen griechischen Kreuzen in den Punzen.⁶³ Die Kreisverbände Alfeld (Leine) und Krefeld verwendeten Wortmarken, deren Buchstaben dreidimensional gestaltet waren.⁶⁴ Auch auf Plakaten des Kreisverbandes Hamm von 1946 finden sich entsprechende Signets.⁶⁵ Überaus ungewöhnlich war schließlich der Siegelstempel des Kreisverbandes Aalen. C und D bildeten fast einen schwarzen Kreis, von-



Abb. 7: Briefkopf des Bezirksvereins Wesermünde von 1947 (ACDP 01-182-013/02)

- 61 Als Beispiele aus den Jahren 1946/47 seien genannt: CDU in Rot: ACDP Plakatarchiv 10-031-911, 10-017-47 sowie 10-009-80; CDU in Gelb: ACDP Plakatarchiv 10-017-21, 10-009-8 sowie 10-009-9; CDU in Blau: ACDP Plakatarchiv 10-017-23 sowie 10-017-34. Blau war auch die Wortmarke des LV Hannover (Schreiben des LV Hannover an den LV Westfalen-Lippe vom 23. April 1948, in: ACDP 03-002-026), was Einfluss auf die Verwendung der gleichen Farbe auf Briefköpfen einiger Kreisverbände gehabt haben könnte, vgl. Schreiben des KV Duderstadt an den BV Hildesheim vom 10. Oktober 1948, in: Bestand BV Hildesheim ACDP 03-008-001/3 sowie Schreiben des KV Fallingbostal an den Zonenausschuss vom 28. Mai 1950, in: ACDP 07-001-12076.
- 62 Schreiben des Bezirksvereins Wesermünde an die Landesgeschäftsstelle Dortmund vom 9. Mai 1947, in: ACDP 01-182-013/02.
- 63 Aufruf der CDU Horb vom April 1946, in: ACDP Bestand BV Nordwürttemberg 03-003-059/6.
- 64 Schreiben des KV Alfeld (Leine) an den LV Hannover vom 16. Juni 1949 und Schreiben des KV Krefeld an den KV Hildesheim vom 10. Mai 1946, in: ACDP Bestand KV Hildesheim 02-014-005/1. In diese Kategorie dreidimensionaler Darstellungen fällt im weiteren Sinne auch der Briefkopf des KV Altenkirchen, wo die serifenlosen Buchstaben C, D und U jeweils auf einem Würfel dargestellt waren, vgl. Schreiben des KV Altenkirchen an den KV Siegen vom 14. März 1949, in: ACDP Bestand KV Siegen 02-027-023/2.
- 65 ACDP Plakatarchiv 10-017-176 sowie 10-017-178.

einander abgesetzt nur durch einen schmalen Buchstabenabstand und kleinen Serifen am C. Über den Stamm des D wurde ein kleineres U gelegt. Es unterschied sich durch die Größe, die leicht spitz zulaufende Form und eine horizontale Schraffur stark von den beiden anderen Buchstaben und wirkte wie ein Fremdkörper. C und D waren umschrieben mit „CDU / Kreisverband / CDU / Aalen“ in Groteskschrift.⁶⁶ Dieses Logo dürfte speziell für den Stempel entwickelt worden sein, da sie sich nicht im Briefkopf des Kreisverbandes wiederfindet.

Noch seltener als grafisch gestaltete Wortmarken wurden Wort-Bildmarken verwendet. Eine der prägnantesten dürfte wohl von der Agentur „Propaganda Stuttgart“ für den Landesverband Nordwürttemberg entwickelt worden sein, die sehr prominent während der Wahlen in Württemberg-Baden in der ersten Jahreshälfte 1946 auf Plakaten verwendet wurde.⁶⁷ Auf einem dunkelblauen Hintergrund lag ein weißes lateinisches Kreuz, das mit einem schmaleren roten Kreuz belegt war. Aus dem Querbalken wuchsen zwei Hände hervor, die sich vor dem Schnittpunkt von Längs- und Querbalken zu einem Handschlag zusammenfanden.⁶⁸ Diese Darstellung wurde bis 1947 über Plakate, Flugblätter und Broschüren verbreitet, häufig mit dem Zusatz „CDU / UNION“ unterhalb des Kreuzes,⁶⁹ und fand in leicht veränderter Form auch Eingang in den Landtagswahlkampf des Landesverbandes Westfalen-Lippe 1946.⁷⁰ Die Verbindung des christlichen Kreuzes mit dem Handschlag als Symbol für Verständigung und Solidarität – bezeichnenderweise auch ein Traditionselement der Arbeiterbewegung – hätte durchaus Potential gehabt, ein verbindendes und ausdrucksstarkes Logo zu sein. Die Okkupation des Handschlags als Parteilogo durch die SED scheint die weitere Verwendung durch die CDU jedoch unmöglich gemacht zu haben.⁷¹

Das Kreuz war ein gern genutztes Motiv, um die christlichen Grundlagen der CDU auch bildlich zu verdeutlichen. So etwa in Baden, wo schon eine Vorgängerpartei der CDU, die Badisch Christlich-Soziale Volkspartei (BCSV), das

66 Schreiben des KV Aalen an den LV Nordwürttemberg vom 21. Oktober 1946, in: ACDP 03-003-021/2.

67 Schreiben von Propaganda Stuttgart an Josef Kannengießer vom 17. September 1946, in: ACDP 01-182-013. Vgl. zum Folgenden auch Salten: Not, S. 139–143. Auf diversen Flugblättern des Landesverbandes aus dem Jahr 1946 fehlte es jedoch. Stattdessen wurde hier die verschieden gestaltete Wortmarke CDU verwendet, es war also nicht von vorneherein als Logo vorgesehen, vgl. ACDP 03-003-021/2.

68 ACDP Plakataarchiv 10-002-11.

69 Vgl. etwa die Satzungsbrochure des LV Nordwürttemberg, in: ACDP Bestand Bruno Dörpinghaus 01-009-005/4.

70 ACDP Plakataarchiv 10-017-161. Das Motiv des Handschlags findet sich auch auf Plakaten aus Köln, vgl. ACDP Plakataarchiv 10-031-711.

71 Katharina Klotz: Das politische Plakat der SBZ/DDR 1945–1963. Zur politischen Ikonographie der sozialistischen Sichttagitation. Aachen 2006, S. 41–44; Thomas Ahbe/Monika Gibas: Der Händedruck zwischen Pieck und Grotewohl. Botschaften und Wandlungen einer Bildikone und eines Symbols, in: Paul (Hg.): Jahrhundert, S. 754–761.

Landeswappen (roter Schrägbalken auf goldenem Grund) belegt mit einem schwarzen griechischen Kreuz als Logo angenommen hatte.⁷² Nach ihrer Umbenennung verwendete es die CDU Südbaden weiter, wobei die mit leichten Serifen versehenen Buchstaben C und D in die oberen Winkel des Kreuzes eingefügt wurden und das U sich um den Stamm des Kreuzes herumlegte.⁷³ Ein ähnliches Motiv nahmen die sauerländischen Kreisverbände Meschede

und Brilon an. Auf schwarzem Kreis lag, weiß umrandet, ein weißes lateinisches Kreuz. Die weißen serifenlosen Buchstaben C und D standen in den unteren Winkeln des Kreuzes, während das U auf den Kreuzstamm lag, und mit seinen Armen in die Punzen des C und des D hineinragte.⁷⁴ In dieser Form, nur mit blauem Hintergrund, wurde es auch von der CDU in Siegen übernommen.⁷⁵

Auch bei der CDU Rheinland-Pfalz war, wie in Baden, ein Wappen ein zentrales Logoelement. Unter dem Schriftzug „cdU“ in gebrochenen Minuskeln befand sich das Landeswappen in einer abgewandelten Form. Während es im Original von einer eingebogenen Spitze gespalten wurde, war es hier halbgelalten und geteilt. Außerdem hatte man die Volkskrone aus dem Wappen entfernt. Umschrieben war es von einer serifenlosen Linear-Antiqua mit „Land /



Abb. 8: Plakat der Ortsgruppe Bingen am Rhein von 1947 (ACDP 10-010-15)

- 72 Mitteilungen der BCSV vom 1. August 1947, in: ACDP Bestand BV Südbaden 03-018-267/6.
- 73 Einladung zum 3. Landesparteitag der CDU Baden im Juni 1948, in: ACDP 03-002-026. Ein ähnliches Motiv verwendete auch der nordrhein-westfälische KV Hamm auf einem Plakat von 1948, wobei das im Vergleich zum C und D fast doppelt so große U deutliche Serifen aufwies, die parallel zu den sehr viel dünneren Kreuzarmen ausliefen, vgl. ACDP Plakatarchiv 10-017-249.
- 74 Schreiben der CDU der Kreise Meschede und Brilon an Herrn Vitt vom 7. Juni 1946, in: ACDP 02-027-059/1.
- 75 Schreiben des KV Siegen-Stadt und -Land an die Mitglieder der Kreistagsfraktion vom 2. Januar 1947, in: ACDP 02-027-038/1. Der Druckauftrag für 2.000 Briefbögen erging im Dezember 1946. In dem Schreiben an die Druckerei ist von einem „Muster“ die Rede, womit wohl der Briefkopf aus Meschede und Brilon gemeint sein dürfte, vgl. Schreiben des KV Siegen an die Buchdruckerei Dornseiffer vom 12. Dezember 1946, in: ACDP 02-027-059/1.



Abb. 9: Plakat der CDU Recklinghausen von 1946 (ACDP 10-017-8)

Rheinland / Pfalz“.⁷⁶ Die Veränderungen waren wohl vorgenommen worden, um wappenrechtliche Streitigkeiten mit dem Land zu vermeiden.

Ebenfalls sind Ringe als Symbol der Verbundenheit und Eintracht, ähnlich wie der Handschlag, verwendet worden. 1947 benutzte die CDU im rheinland-pfälzischen Bingen am Rhein ein Logo aus Borromäischen Ringen, also drei ineinander verschlungenen Ringen, in denen jeweils ein Buchstabe des Kürzels CDU abgebildet war und die vor einem lateinischen Kreuz standen (Abb. 8).⁷⁷ Der Landesverband Schleswig-Holstein verwendete für seinem Informationsdienst ebenfalls das CDU in Borromäischen Ringen.⁷⁸ Der Ring war auch ein zentrales Element eines Logos aus dem Landesverband Westfalen-Lippe. Auf den Schriftzug CDU,

der in Form einer fetten serifenlosen Linear-Antiqua dargestellt war, wurde die obere Hälfte eines Ringes aufgelegt, so dass dessen oberer Scheitelpunkt das D bei etwa vier Fünfteln von dessen Höhe schnitt. Erstmals wurde es offenbar auf Plakaten zur öffentlichen Kundgebung anlässlich des Provinzialparteitages der CDU Westfalen-Lippe am 19. Mai 1946 in Recklinghausen verwendet.⁷⁹ Es erschien auch auf verschiedenen Plakaten zur Kommunalwahl 1946 und auf einem Plakat anlässlich des Zonenparteitages der CDU im August 1948, wiederum in Recklinghausen (Abb. 9).⁸⁰

76 Generalsekretariat des LV Rheinland-Pfalz an den KV Siegen vom 31. März 1949, in: ACDP 02-027-023/2. Vgl. auch die Darstellung des Wappens auf dem Mitteilungsblatt für Vorsitzende und Vertrauensleute der CDU Rheinland-Pfalz vom Oktober 1947, in: ACDP 01-009-006/2.

77 ACDP Plakatarchiv 10-010-15.

78 Informationsdienst des LV Schleswig-Holstein vom November 1952, in: ACDP 03-002-027/1.

79 ACDP Plakatarchiv 10-031-68.

80 ACDP Plakatarchiv 10-017-8, 10-017-129, 10-017-130, 10-017-187 sowie 10-031-64. Recklinghausen war als Tagungsort für die CDU in Westfalen-Lippe und der Britischen Zone von wesentlicher Bedeutung vgl. Andreas Witt: Die Anfänge der CDU in Recklinghausen und die Bedeutung der Stadt als Tagungsort für die CDU der britischen Zone, in: Vestische Zeitschrift 99 (2002), S. 403–484, hier 443–455.

Jedes dieser Plakate trägt die Signatur desselben Grafikers, eines gewissen J. B. Weber, der als der Grafiker und Kunsterzieher Josef Balduin Weber aus Recklinghausen identifiziert werden kann.⁸¹ Alle genannten Plakate wurden bei der Vestischen Druck- und Verlagsanstalt (Vesdruvag) in Recklinghausen hergestellt, die dem Verleger Wilhelm Bitter gehörte, Mitbegründer der CDU in Recklinghausen, von 1946 bis 1948 Oberbürgermeister der Stadt sowie Landes- und Bundesvorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung (KPV).⁸² Offensichtlich war dieses Logo ohne Zutun des Landesverbandes entstanden und speziell für die Vesdruvag und für die CDU in Recklinghausen gestaltet worden.⁸³ Ab 1947 nutzte es dementsprechend auch der in Recklinghausen sitzende KPV-Landesverband Nordrhein-Westfalen in einer gebogenen Fassung auf seinen Briefköpfen und ab 1949 ist eine Verwendung durch den CDU-Kreisverband Recklinghausen belegt.⁸⁴

Im Rheinland setzte man relativ weit verbreitet auf eine Kombination eines griechischen Kreuzes, das auf einen Ring aufgelegt worden war. Dabei gab es zwei Darstellungsweisen. Zum einen war das Wort „UNION“ in einer geometrisch anmutenden Schrift auf den Querbalken des Kreuzes geschrieben worden.⁸⁵ Zum anderen bildete das Akronym CDU selbst das Kreuz, indem es über das D gespiegelt worden war. Dieses wurde über Drucksachen des Landesverbandes Rheinland verbreitet und von diversen Kreisverbänden im Mittelrhein-

81 Stadt- und Vestisches Archiv Recklinghausen, Standesamt Recklinghausen I, Geburtenregister, Jg. 1911, Nr. 633 sowie Standesamt Recklinghausen, Sterberegister, Jg. 1972, Nr. 1027.

82 Zu Wilhelm Bitter: Jörg-Dieter Gauger: Wilhelm Bitter (1886–1964). Vorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung, in: Günter Buchstab/Brigitte Kaff/Hans-Otto Kleinmann (Hg.): Christliche Demokraten gegen Hitler. Aus Verfolgung und Widerstand zur Union. Freiburg i. Br. 2004, S. 94–99. Offenbar war Bitter maßgeblich an der Finanzierung des Provinzialparteitages 1946 und damit auch der Plakate beteiligt, denn er erklärte gegenüber dem Landesvorsitzenden Johannes Gronowski im Anschluss an den Parteitag, dass alle Unkosten gedeckt seien und die Provinzkasse „mit keinem Pfennig in Anspruch genommen werden“ müsse, vgl. Schreiben von Bitter an Gronowski vom 25. Mai 1946, in: ACDP 03-002-097/1.

83 Es ist in diesem Zusammenhang bemerkenswert, dass ein bei der Vesdruvag gedrucktes Plakat für den Kreisparteitag der CDU Gelsenkirchen im Juli 1946 dieses Logo nicht verwendete: ACDP Plakatarchiv 10-031-53.

84 Schreiben der KPV Nordrhein-Westfalen an Gronowski vom 30. Dezember 1947 und Schreiben von Lambert Leven an Paul Steup vom 29. September 1949, in: ACDP 03-002-097/1.

85 Informationsdienst des Zonenausschusses der CDU 4/46, in: LAV NRW RWV 0026, Nr. 14, pag. 225. Eine Variante davon verwendete der KV Bonn-Land: Schreiben des KV Bonn-Land an Herbert Blankenhorn vom 24. April 1951, in: ACDP 01-351-004/3.



Abb. 10: Mitgliedskarte der CDU Rheinland (ACDP 03-002-025/1)

und sogar im Ruhrgebiet verwendet (Abb. 10).⁸⁶ Einen eigenen Weg ging der Kreisverband Monschau. Das Wort UNION wurde über Kreuz gespiegelt, hier über das I, jedoch auf einen stilisierten Schild gelegt, so dass es an ein Wappen erinnerte.⁸⁷

Insgesamt lässt sich sagen, dass in der Frühzeit der CDU eine große Vielfalt im Bereich der Wort- und Wort-/Bild-Marken an der Tagesordnung war. Die Verbreitung einzelner Logos wie das der Reichsgeschäftsstelle oder die Kreuz-Ring-Kombination im Landesverband Rheinland blieb dabei regional beschränkt. In der Regel dürfte es im Belieben der Grafiker gelegen haben, wie die Wort- oder Wort-/Bild-Marke aussah, was das Beispiel aus Recklinghausen verdeutlicht. Die Gründe für diese Beliebigkeit lassen sich neben dem

Eigenbewusstsein der Landes- und Kreisverbände in den schwierigen Anfängen der CDU finden. Die neue Partei bedurfte zunächst einer Organisation, programmatische Leitsätze mussten erarbeitet, Mitglieder geworben und Wahlen vorbereitet werden. Ein Logo hatte hierbei keine Priorität. In der CDU dürfte auch eine generelle Skepsis in dieser Hinsicht vorgeherrscht haben, zumal weder die Landesverbände noch die übergreifenden Organe des Zonenausschusses oder der Arbeitsgemeinschaft irgendwelche Vorgaben dazu machten.

86 Karte mit der Mitteilung der Schließung der Geschäftsstellen des Zonenausschusses und des Landessekretariats wegen Umzugs vom 2. September 1947, in: ACDP 03-002-025/1; Neuaufbau auf christlichen Grundlagen. Zweiter Parteitag der CDU für die Britische Zone. 28.–29. August 1948 Recklinghausen. Opladen 1948, S. 1. Unter anderen verwendeten folgende Kreisverbände dieses Logo: Köln-Stadt (Schreiben des KV Köln-Stadt an den KV Hildesheim vom 23. September 1948, in: ACDP 02-014-005/1), Krefeld (Schreiben des KV Krefeld an den KV Siegen vom 21. Dezember 1948, in: ACDP 02-027-023/2), Witten (Schreiben des KV Witten an den KV Siegen vom 13. Februar 1950, ebd.), Düsseldorf (Schreiben des KV Düsseldorf an den LV Westfalen-Lippe vom 7. Oktober 1950, in: ACDP 03-002-025/1) und Gelsenkirchen (Schreiben des KV Gelsenkirchen an den LV Westfalen-Lippe vom 13. August 1954, in: ACDP 03-002-027/1). Auch für den KV Bonn-Land ist es bezeugt, hier in Verbindung mit dem ausgeschriebenen Parteinamen in einer dem Art Déco verpflichteten Schrift: Schreiben des KV Bonn-Land an das Bundeskanzleramt vom 17. August 1953, in: ACDP 07-001-10105.

87 Schreiben des KV Monschau an die Bundesgeschäftsstelle vom 9. Mai 1951, in: ACDP 01-351-002/5.

Diese Skepsis zeigte sich auch, als anlässlich der Bundestagswahl 1949 die Frage eines einheitlichen Logos erstmals aufkam.⁸⁸ Auf der Sitzung des Wahlrechts- und des Presse- und Propagandaausschusses der Arbeitsgemeinschaft am 19. Mai 1949 schnitt Adenauer das Thema an, ob man nicht „ein Abzeichen und eine Flagge für die CDU“ schaffen wolle. Die Idee dazu stammte offenbar aus der CDU/CSU-Fraktion im Parlamentarischen Rat, die als Bundesflagge die sogenannte Wirmer-Flagge favorisierte. Dabei handelte es sich um einen Entwurf des 1944 aufgrund seiner Beteiligung am Umsturzversuch des 20. Juli 1944 hingerichteten Juristen Josef Wirmer – ein rechtsliegendes schwarzes goldgerändertes Philippus- beziehungsweise Skandinavisches Kreuz auf roten Grund.⁸⁹ Da sich dieser Vorschlag in der Flaggenberatung gegenüber der schwarz-rot-goldenen Trikolore nicht durchsetzen konnte,⁹⁰ wurde überlegt, ob man die Flagge nicht als Parteiabzeichen verwenden sollte, nämlich sowohl als Einnahme- wie als „Propagandaquelle“, denn „[d]er Deutsche neigt ja dazu, etwas am Rock zu tragen, und es sieht auch gut aus“. Adenauer war in dieser Hinsicht nicht festgelegt, die versammelten Ausschussmitglieder äußerten sich jedoch mehrheitlich skeptisch. Als zentrale Argumente gegen ein gemeinsames Logo, zumindest zum gegenwärtigen Zeitpunkt, wurden die fehlende Klärung bezüglich der zentralen Parteiorganisation, die Unklarheit der Akzeptanz der Farben Schwarz-Rot-Gold gegenüber Schwarz-Weiß-Rot und die noch zu starke Erinnerung an das Hakenkreuz als Abzeichen der Nationalsozialisten angeführt. Letztlich stand nur Bruno Dörpinghaus als Generalsekretär der Arbeitsgemeinschaft dem Ansinnen positiv gegenüber.

Ebenfalls im Frühjahr 1949 muss in diesem Zusammenhang ein Auftrag an die Firma Ferdinand Hoffstätter Metallwaren aus Beuel bei Bonn ergangen sein, Entwürfe und Muster für eine Anstecknadel mit einem Logo zu erstellen. Hinter dieser Order standen Dörpinghaus und der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion in Rheinland-Pfalz und Wahlkampfleiter für die Bundestagswahl Alois Zimmer, auch Adenauer hatte zumindest Kenntnis davon.⁹¹

88 Zum Folgenden Protokoll der Dritten Sitzung des Wahlrechts- und des Presse- und Propagandaausschusses der CDU/CSU-Arbeitsgemeinschaft am 19. Mai 1949, in: Brigitte Kaff (Hg.): Die Unionsparteien 1946–1950. Protokolle der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands und der Konferenzen der Landesvorsitzenden (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 17). Düsseldorf 1991, Nr. 24, S. 617–621.

89 Jan Schlürmann: Die „Wirmer-Flagge“. Die wechselhafte Geschichte eines vergessenen Symbols der deutschen Christlichen Demokratie, in: Historisch-Politische Mitteilungen (HPM) 22 (2015), S. 331–342.

90 Peter Reichel: Schwarz-Rot-Gold. Kleine Geschichte deutscher Nationalsymbole nach 1945. Bonn 2007, S. 28–29; Michael F. Feldkamp: Der Parlamentarische Rat 1948–1949. Die Entstehung des Grundgesetzes. 2. Aufl. Göttingen 2019, S. 191.

91 Schreiben von Lorenz Hoffstätter an Dörpinghaus vom 17. Mai 1949, in: LAV NRW Bestand CDU Rheinland R, RMV 0026 Nr. 9, pag. 123; Schreiben von Hoffstätter an den LV Hessen vom 16. Juli 1949, in: ACDP Bestand Hermann Gottaut 01-351-003/3.



Abb. 11: Probeemallierungen der Nadeln von Lorenz Hoffstätter (eigenes Foto des Autors)

Im Bestand des ACDP haben sich diverse emaillierte Nadeln unbekannter Herkunft erhalten, von denen anzunehmen ist, dass sie von der Beueler Firma hergestellt worden sind. Es dürfte sich dabei um Probeemallierungen handeln, die Inhaber Lorenz Hoffstätter an Dörpinghaus verschickt hatte.⁹² Sie zeigen ein griechisches Kreuz, auf dem ein Ring lag, in dem das serifenlose Akronym CDU dargestellt war, wobei das U unter das C und das D gestellt wurde (Abb. 11).⁹³ Es gab die Nadel in verschiedenen Farbvarianten. Die früheste Version hatte rote Buchstaben auf einem schwarzen Kreuz mit einem goldenen Kreis und war deutlich von der Wirmer-Flagge inspiriert. Im Mai 1949 hatte Hoffstätter dann die Idee, mit den Farben der beiden christlichen Konfessionen, Gelb-Weiß für die Katholiken und Blau-Weiß für die Protestanten – wobei er in diesem Zusammenhang nicht zu erwähnen vergaß, dass damit „dann auch die bayerischen Kreise besser einiggehen“ – zu experimentieren und Muster herzustellen. Er favorisierte eine Kombination aus Blau und Gelb, da diese Farben „die grösstmögliche Werbewirkung überhaupt haben.“⁹⁴ Im Juni kamen dann noch zwei weniger aufwendige „glänzend gold gebrannt[e]“ Nadeln hinzu, einmal mit silbernem, einmal mit goldenem Ring, „eine billigere Art der Ausführung“ für „die minderbemittelten Kreise“.⁹⁵ Hoffstätter sprach in seinen Briefen von

92 Schreiben von Hoffstätter an Zimmer vom 17. Juni 1949, in: LAV NRW R, RWV 0026, Nr. 9, pag. 121. Vgl. auch Schreiben von Hoffstätter an Zimmer vom 14. Juli 1949, in: ACDP 01-351-003/3. Zu Hoffstätter vgl. Annegret Henrichs: Lorenz Hoffstätter, Ordensfabrikant. „Einer der ersten Gefolgsleute Adolf Hitlers am Rhein“, in: Bonner Geschichtswerkstatt (Hg.): „Die Beueler Seite ist nun einmal die Sonnenseite ...“. Ein historisches Lesebuch. Bonn 1996, S. 82–88.

93 Vgl. auch die Anordnung der Buchstaben des Siegelstempels auf dem Schreiben des hessischen Landessekretariats Starkenburg-Darmstadt an den KV Aalen vom 20. Mai 1946, in: ACDP 02-034-002/1.

94 Schreiben von Hoffstätter an Dörpinghaus vom 17. Mai 1949, in: LAV NRW R, RWV 0026, Nr. 9, pag. 123. Die hier beschriebenen Musterexemplare befinden sich in der Kleinwerbmittelsammlung des ACDP.

95 ACDP, Kleinwerbmittelsammlung. Schreiben von Hoffstätter an Zimmer vom 17. Juni 1949, in: LAV NRW R, RWV 0026, Nr. 9, pag. 121.

einem „Symbol“, auf das die Partei nicht verzichten könne,⁹⁶ und bot ausdrücklich an, die Nadel auch mit der Aufschrift CSU herzustellen.⁹⁷

Trotz Hoffstätters Bemühungen versuchte die Arbeitsgemeinschaft offenbar Ende Juni oder Anfang Juli 1949 das ganze Vorhaben abzusagen, vielleicht als Reaktion auf die ablehnenden Stimmen aus der Partei. Da Hoffstätter aber bereits diverse Ausgaben für diesen Auftrag getätigt hatte, und nachdem er offenbar vergeblich versucht hatte, die Landesverbände mittels der Versendung von Muster-nadeln von seinem Produkt zu überzeugen,⁹⁸ entschloss man sich, 2.000 Nadeln bei einem Stückpreis von 0,45 DM für insgesamt 900 DM zu bestellen.⁹⁹ Ende Juli oder Anfang August wurden die Nadeln ausgeliefert, wobei auch Adenauer eine zugestellt bekam. Für den Vertrieb wandte sich die Arbeitsgemeinschaft unter Umgehung der offenbar unwilligen Landesverbände am 3. November 1949 mit einem Rundschreiben direkt an die Kreisverbände und bot ihnen die Nadeln zu einem Preis von 1 DM pro Stück an, wobei 0,25 DM, quasi als Anreiz, von den Kreisverbänden einbehalten werden konnten.¹⁰⁰ Die Rückmeldungen waren zumeist verhalten bis ablehnend, so dass die gesamte Bestellmenge bei nur knapp 1.700 Nadeln lag.¹⁰¹ Dörpinghaus fragte im Dezember 1949 noch bei anderen Firmen an, um ein günstigeres Angebot für die Herstellung der Nadeln zu erhalten.¹⁰² In einem Schreiben des Kreisverbandes Lüdenscheid vom Dezember 1949, in dem der Arbeitsgemeinschaft die Angebote zweier örtlicher Firmen übermittelt wurden, begegnete man Bedenken bezüglich des Urheberrechts an den Nadeln mit dem Hinweis, dass „man bekanntlich im Kölner Raum diese Zusammenstellung schon lange auf den Briefköpfen hat [...]“.¹⁰³ Gemeint war damit offensichtlich die Kreuz-Ring-Kombination des Rheinlandes.¹⁰⁴ Schließlich musste man konstatieren, „dass das Generalsekretariat von sich aus kaum in der Lage ist, hier zu handeln oder auch einen eindeutigen Standpunkt zu ver-

96 Schreiben von Hoffstätter an den LV Hessen vom 16. Juli 1949, in: ACDP 01-351-003/3.

97 Schreiben von Hoffstätter an Dörpinghaus vom 18. August 1949, in: ebd.

98 Schreiben von Hoffstätter an Zimmer vom 14. Juli 1949 sowie Schreiben von Hoffstätter an den LV Hessen vom 16. Juli 1949, in: ebd.

99 Schreiben von Hermann Gottaut an die Firma Ferdinand Hoffstätter vom 22. Juli 1949, ebd. Es dürfte sich um die Variante mit den gelben Buchstaben auf blauem Grund gehandelt haben, von der sich mehrere Exemplare erhalten haben: ACDP, Kleinwerbemittelsammlung.

100 Rundschreiben der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU an alle Kreisverbände vom 3. November 1949, in: ACDP Bestand KV Lüdinghausen 02-408-012/1.

101 Vgl. die diversen Schreiben von Kreisverbänden an die Arbeitsgemeinschaft und die handschriftliche Aufstellung zu Anforderungen von Parteiabzeichen, in: ACDP 01-351-002/4.

102 Schreiben der Firma Biedermann & Co. aus Oberkassel bei Bonn an Dörpinghaus vom 19. Dezember 1949 und Schreiben des KV Lüdenscheid an Gottaut vom 19. Dezember 1949, ebd.

103 Schreiben des KV Lüdenscheid an Gottaut vom 19. Dezember 1949, ebd.

104 Hoffstätter hatte in dieser Angelegenheit Kontakt zum KV Köln: Schreiben von Hoffstätter an Dörpinghaus vom 17. Mai 1949, in: LAV NRW R, RWV 0026, Nr. 9, pag. 123.

fechten“.¹⁰⁵ Das Logo Hoffstätters wurde dann in leicht abgewandelter Form Anfang der 1950er Jahre zeitweise auf den Briefköpfen des Landesverbandes Hessen zweitverwertet.¹⁰⁶

So wurde die Bundestagswahl 1949 ohne ein einheitliches Logo bestritten. Insbesondere die Plakate zeichneten sich daher durch eine Vielzahl an Signets aus. Selbst Plakate von derselben Agentur wiesen verschiedene Schriften für das Akronym auf. So verwendete die Arbeitsgemeinschaft Rexa-Commerz-Werbung, die allein vier Plakate für die Wahl gestaltet hatte, drei unterschiedliche Schriften für das Kürzel CDU.¹⁰⁷ Dies dürfte auch zur Unübersichtlichkeit des Wahlkampfes beigetragen haben, was nach der Bundestagswahl kritisch bemerkt wurde.¹⁰⁸

Dass die Bemühungen von Dörpinghaus um Herstellung eines einheitlichen Parteilogos nicht unterstützt wurden, wirkte sich schließlich auch auf den ersten Bundesparteitag im Oktober 1950 in Goslar aus.¹⁰⁹ Am 26. Juli 1950 übersandte ein Mitarbeiter namens Fiedler einen Vermerk an Dörpinghaus, in dem er die wesentlichen organisatorischen Aufgaben für den Parteitag in 47 Thesen zusammenfasste.¹¹⁰ These 26 lautete: „CDU-Parteiabzeichen herstellen und verkaufen lassen. Für Ehrengäste evtl. in Silber und umsonst.“ Angesichts des zu erwartenden Widerstandes gegen die Einführung eines solchen Abzeichens wurde diese Idee jedoch nicht weiterverfolgt. Die ebenfalls von Fiedler unter These 25 vorgeschlagenen „Parteitagplaketten“ aus Metall zeigten eine Abbildung der Goslarer Kaiserpfalz, blieben also eher auf den Ort des Parteitages bezogen.¹¹¹

105 Schreiben von Gottaut an den KV Lüdenscheid vom 3. Februar 1950, ebd. Hoffstätter bemühte sich jedoch auch in der Folgezeit um Aufträge seitens der CDU. So schlug er im Mai 1950 die Herausgabe einer Medaille aus dem Verbundwerkstoff Cupal mit dem Konterfei Adenauers vor: Schreiben von Hoffstätter an Dörpinghaus vom 27. Mai 1950, in: Landeshauptarchiv Koblenz Bestand Alois Zimmer Best. 700,135 Nr. 73.

106 Schreiben des LV Hessen an Massoth vom 17. September 1952, in: ACDP 01-165-009/2. Der blaue Innenkreis und die gelbe Farbe der Buchstaben waren verschwunden, während der vorher goldene Ring nun in blau auf dem weißen griechischen Kreuz mit blauem Rand auflag. Von Mitte 1954 an verwendete man im LV Hessen das Adler-Kreuz-Logo: Schreiben von Werner Fay an das Bundeskanzleramt vom 22. Juli 1954, in: ACDP 07-001-10106.

107 Schreiben der Arbeitsgemeinschaft Rexa-Commerz-Werbung an das Generalsekretariat der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU vom 7. Juni 1949, in: ACDP 01-351-003/3. Es handelte sich dabei um folgende Plakate: ACDP Plakatarchiv 10-001-1, 10-001-2, 10-001-4 und 10-001-16. Vgl. auch: Salten: Not, S. 165 mit Anm. 129.

108 Bericht von Hans Schreiber über die Bundestagswahl vom 14. August 1949, in: ACDP 07-001-5003.

109 Zum Parteitag vgl. Andreas Grau: Goslar 1950. Vorbereitung, Konzeption und Ablauf des ersten Bundesparteitages der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands, in: HPM 18 (2011), S. 49–86.

110 Über Ausgestaltung und Organisation des Bundes-Parteitag, in: ACDP 01-009-010/1.

111 Tagungsabzeichen, in: ACDP 07-001-22003.

Die Bühne des Odeon-Theaters, in dem die Tagung stattfand, wurde hinter dem Präsidiumstisch mit einem dunklen Vorhang verdeckt. Darauf waren in goldener gebrochener Schrift die Worte „Einigkeit / und Recht / und Freiheit“ angebracht, jedoch nicht der Parteiname oder ein Parteikürzel.¹¹² Auffällig war jedoch die offensive Zurschaustellung des Goslarer Stadtwappens, eines schwarzen, rotbewehrten Adlers auf goldenem Grund. In verschiedenen Variationen wurde er auf die Delegiertenmappe, die Tagungsbroschüre, die Delegiertenausweise oder die Wortmeldungen gedruckt.¹¹³ Auch im Saal selbst war das Wappen vertreten, einmal über der Bühne und einmal an der Brüstung der Empore an der gegenüberliegenden Seite des Saales.¹¹⁴ Der Goslarer Adler diente auf diese Weise quasi als Substitut für ein Logo, das zudem durch die ikonografische Nähe zum Bundesadler den staatstragenden Anspruch der CDU unterstrich. Der Bundesadler selbst trat in der Fassung des Bundessiegels eher in zweiter Reihe auf, im Inneren der Tagungsbroschüre und auf einer Postkarte, die die Delegierten nach Hause schicken konnten, auf diese Weise die Verbindung der CDU mit der jungen Bundesrepublik betonend.¹¹⁵

Auf dem folgenden Bundesparteitag 1951 in Karlsruhe sah man erstmals das Parteikürzel an der Stirnwand des Saales. Es zeigte einen in drei Drittel geteilten Kreis, gehalten in den Nationalfarben Schwarz, Rot und Gold, und mit den Worten „Deutschland und Europa“ überschrieben. Von dem Kreis gingen Strahlen aus, so dass er wie eine Sonne wirkte. In der oberen linken und rechten Ecke war jeweils CDU zu erkennen, allerdings nicht besonders ausgezeichnet.¹¹⁶ Besonders zu erwähnen ist hingegen das Tagungsabzeichen. Es war aus Metall, hatte ein hochovales Format und war mit einer Umschrift versehen, die auf das Datum und den Ort des Parteitages verwies. In einer von der Umschrift umschlossenen Vertiefung befand sich ein langgezogenes D, auf das die kleineren C und U aufgelegt waren. Die Buchstaben machten einen sehr stofflichen Eindruck, da sie so gestaltet wurden, als ob sie mit Garn umschlossen waren.¹¹⁷

Etwas deutlicher wurde der Weg zum Logo auf dem Berliner Bundesparteitag 1952 beschritten. Hinter dem Präsidium im Auditorium der Technischen

112 Grau: Goslar, S. 71. Fiedler hatte ursprünglich weitergehende Ideen gehabt. So schrieb er unter These 9: „Für eine würdige Ausstattung der Bühne muss Sorge getragen werden (Lorbeer, Blumen, Fahnen)“: Über Ausgestaltung und Organisation des Bundes-Parteitages, in: ACDP 01-009-010/1.

113 Delegiertenmappe, in: ACDP 07-001-22003; Tagungsbroschüre und Wortmeldung, in: ACDP 01-009-010/1; Delegiertenausweis, in: ACDP 07-001-22004. In einem Stichwortbericht wird der Adler als „der alte deutsche Reichsadler“ bezeichnet: Bericht über den 1. Parteitag der CDU Deutschlands in Goslar vom 20. bis 22.10.1950, in: ACDP 07-001-22003.

114 Grau: Goslar. S. 85; ACDP, Bildarchiv 21-002-0117.

115 Tagungsbroschüre und Postkarte, in: ACDP 01-009-010/1.

116 ACDP, Bildarchiv 21-002-0152.

117 ACDP, Kleinwerbemittelsammlung.

Universität befand sich ein großes weißes Transparent mit dem Parteitagsmotto „Frieden und Freiheit für ganz Deutschland“. In der Mitte unterbrach ein großes vermutlich schwarzes U das Motto. Auf den Armen des U lagen das C und das D in einer anderen Farbe, möglicherweise Gold, wobei sie jeweils zur Hälfte einen Arm und die Punze des U verdeckten.¹¹⁸ Offensichtlich nahm es Bezug auf das Reichsgeschäftsstellenlogo und dürfte als Reminiszenz an die Berliner Parteigründer verstanden worden sein.¹¹⁹ Leider haben sich keine Quellen erhalten, die nähere Informationen zur Gestaltung des Logos überliefern könnten.

3. *Adler und Kreuz*

Vor dem Parteitag 1952 kam die Frage des Parteilogos unerwartet erneut auf die Tagesordnung. Gegen Ende der Sitzung des Bundesvorstandes am 5. September 1952 wies Adenauer „auf das Symbol hin, das der Parlamentarische Rat gehabt hatte“, womit offensichtlich die Wirmer-Flagge gemeint war.¹²⁰ Der geschäftsführende Vorstand wurde vom Bundesvorstand beauftragt, „die Schaffung eines Parteisymbols weiterzuverfolgen“ und dabei die Übernahme des von Adenauer genannten Symbols zu prüfen.¹²¹ Das Ergebnis dieser Bemühungen wurde auf dem Hamburger Bundesparteitag im April 1953 der Öffentlichkeit präsentiert. An der Stirnseite des Saales im Curiohaus hing ein Wappenschild, das ein schwarzes Kreuz mit schmalem goldenem Rand auf rotem, ebenfalls goldumrandetem Grund zeigte. Belegt war es mit einem goldenen Adler (Abb. 12). Über dem Schild stand CDU in zierlicher, gegenüber dem dominierenden Wap-

118 Christlich-Demokratische Union Deutschlands (Hg.): Dritter Parteitag der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands. Berlin, 17.–19. Oktober 1952, Bonn o. J., S. 11. Auf dem Tagungsabzeichen ist das Logo nicht abgebildet. Hier griff man auf den Berliner Bären zurück, vgl. ACDP, Kleinwerbemittelsammlung. Das Logo des Bundesparteitages weist Ähnlichkeiten mit einem Signet auf, das der KV Frankfurt am Main in den 1950er Jahren auf seinem Siegelstempel verwendete. Es handelte sich hierbei um ein U in fetter Groteskschrift, das auf den Armen mit einem Balken belegt war, auf dem CDU in der gleichen Schriftart stand: Mitgliedsausweis von Christian Schröder vom Januar 1957, in: ACDP Bestand KV Frankfurt am Main 02-045-052/2.

119 Da der Parteitag nach Adenauers Worten als „Bekenntnis zur deutschen Einheit“ konzipiert war, lag es nahe, das erste CDU-Logo zu verwenden, da es einen gesamtdeutschen Anspruch versinnbildlichte, vgl. Protokoll der Bundesvorstandssitzung vom 17. Oktober 1952, in: Günter Buchstab (Hg.): Adenauer: „Es mußte alles neu gemacht werden.“ Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1950–1953 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 8). Stuttgart 1986, Nr. 14, S. 157.

120 Schlürmann: Wirmer-Flagge, S. 339.

121 Protokoll der Bundesvorstandssitzung am 5. September 1952, in: Buchstab (Hg.): Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1950–1953, Nr. 13, S. 156.



Abb. 12: Plakat zur Bundestagswahl 1953 (ACDP 10-001-418)

pen stark zurücktretender Schrift.¹²² Wer das Logo gestaltet hat, ist nicht überliefert. Auf vielen Plakaten zur Bundestagswahl 1953, die das Adler-Kreuz-Logo tragen, ist die Signatur „Siering“ vermerkt.¹²³ Offensichtlich bezog sich dies auf den Bonner Künstler und Grafiker Theo Siering. Ob er allerdings auch für das Logo selbst verantwortlich zeichnete, ist anhand der vorliegenden Unterlagen nicht nachzuweisen.

Bundestagspräsident Hermann Ehlers nahm in seiner Eröffnungsrede auf dem Parteitag Bezug auf das Logo und seine Bedeutung für die Partei: „An der Rückseite dieser Bühne sehen Sie das Zeichen, das für diesen Parteitag und als prägendes Zeichen für die Christlich-Demokratische Union geschaffen worden ist. Wir sehen auf ihm den Adler. Es ist der Adler des alten Reiches. Wir haben nicht die Absicht, diesen Adler in

irgendeiner Form durchteilen zu lassen; es ist der Adler des ganzen Deutschlands! [...] Sie sehen auf ihm das Kreuz. Wir werden auf diesem Parteitag keinen Augenblick davon ablassen, deutlich zu machen, daß das Kreuz [...] als das prägende Zeichen des Abendlandes Inhalt und Kraft unserer Bewegung und unserer Arbeit ist. [...] Sie sehen, daß dieses Zeichen die Farben schwarz-rot-gold trägt. Wir wollen deutlich machen, daß wir uns mit diesem Parteitag sehr klar und eindeutig zu diesen Farben und Sinnbildern einer neuen und einer überkommenen deutschen Demokratie bekennen.“¹²⁴ Wiedervereinigung, christliche Orientierung und Bekenntnis zum demokratischen Staat waren also die Standpunkte, die die Mitglieder und Wähler der CDU ihrer Partei zurechnen

122 CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hg.): Deutschland, sozialer Rechtsstaat im geeinten Europa. 4. Bundesparteitag der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands. Hamburg 1953. Bonn o. J., Bildtafel vor S. 65. Eine Variante des späteren Logos (rotes Kreuz auf schwarzem Grund, belegt mit einem Adler mit Brustschild, das ein schwarzes Kreuz auf rotem Grund zeigt) wurde in einer farblosen Version bereits im Vorfeld des Parteitages von der Jungen Union Westfalen-Lippe für ein Ankündigungsplakat für die Landtagung im März 1953 verwendet: ACDP Plakatarchiv 10-028-209. Im Bundestagswahlkampf 1953 brachte die Junge Union farbige Plakate mit diesem Motiv heraus: ACDP Plakatarchiv 10-001-433, 10-001-434 sowie 10-001-531.

123 Vgl. etwa: ACDP Plakatarchiv 10-001-418.

124 CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hg.): Deutschland, S. 8.

sollten. Auf diese Weise wurde das Logo erstmals Teil der Selbstinszenierung der CDU auf einem Parteitag.¹²⁵

Die Genese des Logos ist anhand der überlieferten Quellen kaum noch nachzuvollziehen. Auf einer Konferenz der Landesgeschäftsführer im Januar 1953 wurde das Thema offenbar infolge der Bundesvorstandssitzung parteiintern diskutiert. Für Plakate, Flugblätter und Briefköpfe favorisierte man eine einheitliche Wortmarke. Gleichzeitig erbat man jedoch für die nächste Zusammenkunft, dass „ein Symbol mit einer Kombination des Malteserkreuzes mit dem U der Union entworfen werden“ sollte.¹²⁶ Auf der nächsten Sitzung der Landesgeschäftsführer im März wurde das Thema allerdings nicht mehr angeschnitten.¹²⁷ Eine Tagebuchnotiz des Staatssekretärs und Chef des Bundeskanzleramtes Otto Lenz vom 28. März 1953 deutet darauf hin, dass zu diesem Zeitpunkt die Arbeiten an dem Logo im Wesentlichen abgeschlossen waren und eine weitere Befassung durch die Landesgeschäftsführer obsolet erschien. Lenz schrieb, dass es eine scharfe Auseinandersetzung zwischen ihm und Bundesgeschäftsführer Bruno Heck gegeben hatte, da die Bundesgeschäftsstelle „auf die törichte Idee gekommen [war], ein symbolisches Emblem mit Kreuz und Adler zu machen, das künstlerisch schlecht und propagandistisch wirkungslos war“.¹²⁸ Ob Lenz das von ihm beabsichtigte Gespräch mit Adenauer über das Logo führte, ist unbekannt, durchsetzen konnten sich seine Bedenken in jedem Fall nicht. Im Gegenteil, nach dem Parteitag überwogen sogar die positiven Stimmen, sowohl in der

125 Julia Angster: Der neue Stil. Die Amerikanisierung des Wahlkampfes und der Wandel im Politikverständnis bei CDU und SPD in den 1960er Jahren, in: Matthias Frese/Julia Paulus/Karl Teppe (Hg.): Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch. Die sechziger Jahre als Wendezeit in der Bundesrepublik (Forschungen zur Regionalgeschichte 44). Paderborn/München/Wien/Zürich 2003, S. 181–204, hier 185.

126 Protokoll der Landesgeschäftsführerkonferenz am 22./23. Januar 1953, in: ACDP 03-002-023.

127 Protokoll der Landesgeschäftsführerkonferenz am 5. März 1953, ebd.

128 Klaus Gotto/Hans-Otto Kleinmann/Reinhard Schreiner (Hg.): Im Zentrum der Macht. Das Tagebuch von Staatssekretär Lenz 1951–1953 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 11). Düsseldorf 1989, S. 602. Lenz bezog seine Kritik unter anderem auch darauf, dass Franz von Papen eine solche Darstellung bereits „für seinen mißglückten Versuch im Jahre 1932 [sic!] verwandt“ habe. Er meinte damit den kurzzeitig bestehenden Bund „Kreuz und Adler“, der sich aus dem Nationalsozialismus positiv gegenüberstehenden Katholiken zusammensetzte, und den von Papen im April 1933 gegründet hatte. Siehe dazu Klaus Breuning: Die Vision des Reiches. Deutscher Katholizismus zwischen Demokratie und Diktatur (1929–1934). München 1969, S. 225–235. Das Logo des Bundes zeigte den Weimarer Reichsadler, belegt mit einem weißen lateinischen Kreuz vgl. Brigitte Zuber: Die Arbeitsgemeinschaft katholischer Deutscher (AKD) und Kardinal Faulhaber, in: *theologie.geschichte* 9 (2014), S. 43–78, hier 44.

Presse als auch innerparteilich.¹²⁹ Auf der Bundesvorstandssitzung im Mai 1953 stellte Franz-Josef Wuermeling fest, dass Einverständnis darüber bestehe, das in Hamburg gezeigte Symbol weiter kräftig zu propagieren.¹³⁰ Im Sommer wurde eine Sammelbestellung für Parteifahnen aufgegeben, von denen bereits im September nur noch Restbestände ausgegeben werden konnten.¹³¹ Diese Fahnen dürften dem Modell nachgebildet worden sein, das auf dem Bundesparteitag gehisst worden war und das neue Logo zeigte.¹³²

Warum gab es diesen Meinungsumschwung bezüglich eines einheitlichen Logos? Der wichtigste Aspekt dürfte sicherlich sein, dass sich der Blick auf Wahlkämpfe und politische Kommunikation verändert hatte, insbesondere Fragen der Öffentlichkeitsarbeit oder Demoskopie betreffend.¹³³ Bereits 1951 hatte die Organisationsabteilung eine Vorlage für den Bundesvorstand erarbeitet, in der festgelegt wurde, dass die Plakate der CDU „Zielstrebigkeit und eine von gemeinsamem Bewusstsein getragene einheitliche Gestaltung“ vermissen ließen. Man hatte daher in Goslar den Parteitagsteilnehmern 73 CDU-Plakate vorgestellt, um mittels eines Fragebogens die bevorzugten Gestaltungsarten zu ermitteln. Im Hinblick auf die Farben favorisierten diejenigen, die sich an der Umfrage beteiligten, einen schwarzen Hintergrund mit rotem beziehungsweise gelbem Aufdruck sowie einen leuchtend blauen Hintergrund mit leuchtend gel-

129 Hans Ulrich Kempfski: Nur ein Stern leuchtet am Parteihimmel der CDU, in: *SZ* vom 24. April 1953; Paul Wilhelm Wenger: Schicksalsjahr 1953, in: *Rheinischer Merkur* vom 24. April 1953. Gerstl: Wahlplakate, S. 107, Anm. 110 behauptet, dass Theodor Heuss das Logo als „kunstgewerblich“ verspottet habe und bezog sich dabei auf eine zugegebenermaßen missverständliche Aussage bei U. W. Kitzinger: *Wahlkampf in Westdeutschland. Eine Analyse der Bundestagswahl 1957*. Göttingen 1960, S. 71. Tatsächlich tätigte Heuss diese Aussage jedoch während der Beratungen im Parlamentarischen Rat und meinte damit die Wirmer-Flagge: *Deutscher Bundestag/Bundesarchiv* (Hg.): *Der Parlamentarische Rat 1948–1949. Akten und Protokolle*, Bd. 5/I: Ausschuß für Grundsatzfragen, bearb. von: Eberhard Pikart/Wolfram Werner. Boppard 1993, Nr. 23, S. 486.

130 Protokoll der Bundesvorstandssitzung am 22. Mai 1953, in: Buchstab (Hg.): *Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1950–1953*, Nr. 23, S. 579.

131 Rundschreiben der Bundesgeschäftsstelle an die Landesverbände vom 24. September 1953, in: ACDP 07-001-2204. Vgl. auch Rundschreiben des LV Rheinland-Pfalz 12/53 vom 23. Juli 1953, in: ACDP Bestand KV Mayen-Koblenz 02-166-001/1.

132 Diese Fahne hat sich erhalten: ACDP 07-001-7501 (Leihgabe Dennis Gladiator, KV Hamburg-Bergeedorf).

133 Matthias Friedel: *Die Bundestagswahl 1953*, in: Nikolaus Jakob (Hg.): *Wahlkämpfe in Deutschland. Fallstudien zur Wahlkampfkommunikation 1912–2005*. Wiesbaden 2007, S. 112–150, hier 116–119; Dominik Paul: *Adenauer-Wahlkämpfe. Die Bundestagswahlkämpfe der CDU 1949–1961* (Wissenschaftliche Beiträge aus dem Tectum Verlag, Reihe Geschichtswissenschaft 17). Marburg 2011, S. 340–377.

dem Aufdruck.¹³⁴ Hinzu kam, dass die CDU 1953 einen klar auf die Person des Bundeskanzlers Konrad Adenauer zugeschnittenen Wahlkampf organisierte, dessen Popularität wiederum auf die Partei selbst zurückstrahlte.¹³⁵ Adenauer erhielt im Vorfeld der Bundestagswahl 1957 die Information, dass man „vor der letzten Wahl die führenden deutschen Graphiker und Zeichner unter Vertrag genommen“ habe,¹³⁶ ein klarer Hinweis darauf, dass man der visuellen Propaganda zunehmend Aufmerksamkeit geschenkt hatte. Dazu gehörte auch das entsprechenden Bildprogramm mit geeignetem Logo.¹³⁷

Dennoch wurden neben dem Logo auch weiterhin reine Wortmarken verwendet. Dafür wurden vier Schriftarten festgelegt, für die eine Vorlage erstellt wurde, die an die beteiligten Druckereien ging.¹³⁸ Bei allen vieren handelte es sich um serifenlose Linear-Antiqua, die das Akronym CDU in unterschiedlichen Fettstufen und Längen abbildeten, jeweils mit weit eingeschlagenen Bögen des C. Tatsächlich wurden diese Schriften auch auf den von der Bundesgeschäftsstelle herausgegebenen Plakaten verwendet.¹³⁹ So wurde eine gewisse visuelle Einheitlichkeit hergestellt.

Eine dieser Schriften wurde auch, anstelle der dünnen Buchstaben vom Bundesparteitag, in der Farbe Gelb zusammen mit Abbildungen des Logos auf Veranstaltungs- und Kandidatenplakaten verwendet. Diese waren zudem mit einem blauem Hintergrund versehen.¹⁴⁰ Zusätzlich gab es ein eigenes Logo-Plakat.¹⁴¹ Der damalige Organisationsleiter Peter Müllenbach führte aus, dass es bei

134 Vorlage der Organisationsabteilung an den Bundesparteivorstand: Memorandum zur Propagandaarbeit insbesondere zur Plakatarbeit der CDU vom 25. Mai 1951, in: ACDP 01-351-004/3. Abschriftlich beigelegt waren die Bemerkungen, die Emil Dovifat auf seinem Antwortbogen hinterlassen hatte. Für das „Signet“ verwies er auf Vorschläge, die in Berlin lägen, womit er wahrscheinlich die Vorlagen von Wilhelm Deffke meinte. Für die Farbe schlug er Hellblau vor, ausdrücklich nicht „FDP-Blau“, und forderte nach Einführung des Logos und der Farbe eine einheitliche Ausstattung der gesamten Partei „vom Knopflochabzeichen bis zur Grosskundgebung“: Anlage III, ebd. Weitergehende Aktionen auf Basis der Vorlage sind wohl nicht erfolgt, zumindest hat sich der Bundesvorstand nicht weiter damit befasst.

135 Thomas Mergel: Propaganda nach Hitler. Eine Kulturgeschichte des Wahlkampfes in der Bundesrepublik 1949–1990. Göttingen 2010, S. 211–215; Paul: Adenauer-Wahlkämpfe, S. 438–469.

136 Aufzeichnung von Heinz Lubbers für Konrad Adenauer vom 2. März 1956, in: ACDP Bestand Hans Globke 01-070-005/4.

137 Wolfgang Hirsch-Weber/Klaus Schütz: Wähler und Gewählte. Eine Untersuchung der Bundestagswahl 1953 (Schriften des Institutes für Politische Wissenschaft 7). Berlin/Frankfurt a. M. 1957, S. 84f.; Kitzinger: Wahlkampf, S. 71.

138 ACDP Plakataarchiv 10-026-152. Es ist anzunehmen, dass hier ebenfalls Theo Siering für die Schriftgestaltung verantwortlich zeichnete, da er auch Plakate ohne das Logo, dafür aber mit einer der Wortmarken entworfen hatte, vgl. etwa ACDP 10-001-400 oder 10-001-404.

139 Zum Beispiel ACDP Plakataarchiv 10-001-406 oder 10-001-411

140 ACDP Plakataarchiv 10-001-421 sowie 10-001-425.

141 ACDP Plakataarchiv 10-001-418.

einer bundesweiten Umfrage zu den beliebtesten Plakaten auf Platz drei kam. Das Signet sollte sich ausdrücklich „wie eine Firmenmarke dem Bewußtsein ganz besonders ein[...]prägen.“¹⁴² Die CDU identifizierte sich mit der Person Adenauers, was Müllenbach ausdrücklich betonte.¹⁴³ In Kombination mit der Stringenz der Logoverwendung dürfte dies letztlich dazu beigetragen haben, dass das Logo maßgeblich von der Popularität des Bundeskanzlers profitierte.¹⁴⁴ So kam es auch im Großformat auf Lautsprecherwagen oder als Aushang zum Einsatz, wie Fotos belegen.¹⁴⁵

Die Doppelstrategie von Logo und Wortmarken prägte von 1953 an die gesamte Amtszeit Adenauers. So verwendete man während des Bundestagswahlkampfes 1957 für Ankündigungs- und Kandidatenplakate ein sehr ähnliches Design wie 1953, und zeigte das Logo mit der in Gelb gefassten Schrift, dieses Mal aber mit einem dunkelblauen Hintergrund.¹⁴⁶ Für die bekannten, von Paul Aigner gezeichneten Portraits Adenauers und seiner Mannschaft setzte sich die länglichste der vier Schriftvorgaben von 1953 durch, die neben dem jeweiligen Slogan und Kandidatennamen ebenfalls in Dunkelblau in der rechten unteren Ecke der Plakate erschien.¹⁴⁷ Die längliche Schrift übertraf die beiden anderen Angaben, so dass eine deutliche Verbindung zwischen Persönlichkeit und Partei hergestellt wurde; das war von großer Bedeutung, da Adenauers Popularität weiterhin ungebrochen war.¹⁴⁸ Ein Plakat, das das Logo in Szene setzte, blieb jedoch bei der etwas gedrungenen Standardschrift.¹⁴⁹

Zur Bundestagswahl 1961 setzte man auf die bewährte Methode, brachte jedoch ein paar wichtige Änderungen ein, die als Vorlage an die Druckereien übermittelt wurde (Abb. 13).¹⁵⁰ Zum einen wurde das Design der Wortmarke verändert. Vom Grundsatz her blieb man bei der länglichen Schrift, orientierte

142 Peter Müllenbach: Das Plakat in der politischen Propaganda. Aufgezeigt an Beispielen aus der CDU-Propaganda zur Wahl am 6. September 1953, in: Jahrbuch der Außenwerbung 1954, S. 17–23, hier 22–23.

143 Ebd., S. 17. Vgl. auch Paul Adenauer-Wahlkämpfe, S. 444 f.

144 Gerstl: Wahlplakate, S. 107. Ihre Aussage, dass das Spitzenkandidatenplakat „Deutschland / wählt / Adenauer“ (ACDP Plakatarchiv 10-001-427) zusammen mit dem Logo-Plakat an Litfaßsäulen und Großflächen geklebt wurde, ist korrekt, darf jedoch nicht als exklusive Kombination missverstanden werden, wie diverse Aufnahmen von geklebten Wahlplakaten, die im Bestand der Bundespartei überliefert sind, bestätigen, vgl. ACDP 07-001-5012 und 5016. Die zentrale Organisation der Plakatierung übernahm die Werbeagentur Dr. Hege- mann GmbH aus Düsseldorf, vgl. Paul: Adenauer-Wahlkämpfe, S. 603–604; Gerstl: Wahlplakate, S. 98.

145 ACDP 07-001-5012.

146 ACDP Plakatarchiv 10-001-762 sowie 10-001-636.

147 Das bekannteste Beispiel dürfte wohl das „Keine Experimente!“-Plakat Adenauers sein, vgl. ACDP Plakatarchiv 10-001-642; dazu Gerstl: Wahlplakate, S. 152–160.

148 Wahlanalyse von Peter Müllenbach vom 9. Dezember 1957, in: ACDP 07-001-5024. Vgl. auch Gerstl: Wahlplakate, S. 157.

149 ACDP 07-001-608.

150 ACDP Plakatarchiv 10-026-150. Vgl. auch Gerstl: Wahlplakate, S. 201.



Abb. 13: Druckereivorlage zur Bundestagswahl 1961 (ACDP 10-001-1099/15)

Kandidatenplakate, die grafisch etwas überarbeitet wurden, hielten sich an das vorgegebene Schriftschema.¹⁵³ Verantwortlich dafür dürfte die bereits seit 1953 für die CDU tätige Düsseldorfer Agentur Dr. Hegemann GmbH gewesen sein, die den Wahlkampf gemeinsam mit Die Werbe GmbH & Co aus Essen organi-

sich nun aber an der 1957 vorgestellten Helvetica, die als Werbeschrift rasch Verbreitung gefunden hatte.¹⁵¹ Die Schrift der vier Wahlkampfslogans, die alle mit den Worten „auch morgen [...]“ begannen, war ebenfalls von Helvetica beeinflusst und wurde von der Druckerei Adolph Fürst & Sohn aus Berlin bzw. Düsseldorf geliefert. Bedeutsam war auch, dass die CDU erstmals nachweislich mit verbindlichen Farbvorgaben arbeitete. Neben einem Spezialbrilliantrot und einem Bronzetiefblau wurde auch ein „CDU-Gelb“ vorgegeben, welches von der Firma Kast & Ehinger GmbH aus Stuttgart zur Verfügung gestellt wurde. Tatsächlich waren in diesem Wahlkampf die Plakate der Bundespartei alle einheitlich mit der beschriebenen Wortmarke versehen.¹⁵² Auch die mit dem Logo versehenen Ankündigungs- und

151 Victor Malsy/Lars Müller: Helvetica forever. Geschichte einer Schrift. Baden 2008.

152 Vgl. etwa ACDP Plakatarchiv 10-001-900; 10-001-901; 10-001-954.

153 ACDP Plakatarchiv 10-001-921, 10-001-922 und 10-001-953. Die Ankündigungsplakate der Variante 10-001-921 wurden neben Bronzetiefblau auch in einer grünen und einer bordeauxroten Farbvariante geliefert, vgl. Niederschrift über die 3. Landesgeschäftsführerkonferenz 1961 in Bonn am 8./9. Mai, in: ACDP 07-001-503. Landes- und Kreisverbände griffen aber auch auf Vorräte aus den vorherigen Wahlkämpfen zurück, so zum Beispiel der KV Mannheim-Land, vgl. ACDP Plakatarchiv 10-001-1030. Der LV Württemberg-Hohenzollern stellte ein eigenes Design für Ankündigungsplakate zur Verfügung, das auf die bislang gebräuchliche längliche Schriftvariante von 1953 zurückgriff, vgl. ACDP Plakatarchiv 10-001-940 sowie 10-001-945. Auch einige Insertionen der Bundespartei, die offenbar in der komplexen Situation nach dem Bau der Berliner Mauer am 13. August 1961 entstanden sind, griffen auf andere Schriftarten zurück: Bericht von Die Werbe GmbH & Co: Die Werbemaßnahmen der CDU beim Wahlkampf zur Bundestagswahl 1961, Anhang, in: ACDP 07-001-5031. Zum Wahlkampf nach dem 13. August 1961: Paul: Adenauer-Wahlkämpfe, S. 635–659.

sierte.¹⁵⁴ Ein Vorschlag der Landesgeschäftsführer, ein neues „Symbolplakat“ herauszugeben, dieses Mal in Blau, wurde zwar aufgegriffen, jedoch nicht in der von ihnen favorisierten Version von Theo Siering realisiert.¹⁵⁵

4. Die Helvetica-Phase

Der Wahlkampf 1965 stand unter komplett anderen Vorzeichen als die bisherigen Kampagnen. Nicht nur war mit dem Wechsel im Amt des Bundeskanzlers von Konrad Adenauer zu Ludwig Erhard 1963 eine personelle Neuorientierung nötig geworden. Man kämpfte zudem mit einer zunehmend uneinig wirkenden CDU, wozu die Kombination von Erhard als Bundeskanzler und Adenauer als Parteivorsitzender maßgeblich beitrug.¹⁵⁶ Bereits im Juni 1963 befürchtete man angesichts der schwierigen Lage die Gefahr eines „zerbrochenen Image“. Zur Bundestagswahl 1965 wollte man sich daher mit Erhard als Neubeginn identifizieren, wozu es allerdings erforderlich sein würde, „daß die CDU [...] mit neuen Parolen und neuen Symbolen, d[as] h[eißt] in einem auch äußerlich veränderten Stil, vor die Öffentlichkeit tritt“.¹⁵⁷ Auch Bundesgeschäftsführer Konrad Kraske betonte ausdrücklich die Notwendigkeit von Einigkeit und Geschlossenheit als Voraussetzung für den Wahlkampf.¹⁵⁸

Bereits im Herbst 1963 hatte das Bremer Institut für Motivforschung (IFM) im Auftrag der CDU in Baden-Württemberg Tests für Werbematerial durch-

154 Vermerk für Heinrich Krone vom 20. Juni 1960, in: ACDP 07-001-5025; Bericht von Die Werbe GmbH & Co: Die Werbemaßnahmen der CDU beim Wahlkampf zur Bundestagswahl 1961, in: ACDP 07-001-5031. Vgl. auch Paul Adenauer-Wahlkämpfe, S. 374–377; Gerstl: Wahlplakate, S. 200.

155 ACDP Plakatarchiv 10-001-911. Anders als 1953 und 1957 trat das Logo hier nicht dominant gegenüber der Wortmarke, sondern gleichrangig mit ihr auf. Zu den Verhandlungen der Landesgeschäftsführer: Niederschrift über die 3. Landesgeschäftsführerkonferenz 1961 in Bonn am 8./9. Mai sowie Niederschrift über die 4. Landesgeschäftsführerkonferenz 1961 in Bonn am 12./13. Juni, in: ACDP 07-001-503. In den handschriftlichen Notizen zur 4. Konferenz sind beim „Symbolplakat“ ausdrücklich die Worte „neuer Entwurf“ notiert, ebd.

156 Frank Bösch: Die Adenauer-CDU. Gründung, Aufstieg und Krise einer Erfolgspartei 1945–1969. Stuttgart/München 2001, S. 362–367; Daniel Koerfer: Kampf ums Kanzleramt. Erhard und Adenauer. Neuaufl. München/Salzburg 2020.

157 Vermerk vom Juni 1963: Notizen zur gegenwärtigen Situation und den künftigen Aufgaben der CDU, in: ACDP 07-001-5035. Vgl. auch: Isabel Nocker: Der Wahlkampf für Ludwig Erhard 1965, in: Nikolaus Jakob (Hg.): Wahlkämpfe in Deutschland, S. 151–163, hier 158.

158 Vermerk von Kraske über erste Überlegungen zur Thematik des Bundestagswahlkampfes an Adenauer und Hermann Josef Dufhues vom 13. November 1964, in: ACDP 07-001-12087. Vgl. auch entsprechende Aussagen von Dufhues in der Sitzung des Bundesvorstandes am 9. Februar 1965, in: Günter Buchstab (Hg.): Adenauer: „Stetigkeit in der Politik“. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1961–1965 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 32). Düsseldorf 1998, Nr. 18, S. 830.

geführt.¹⁵⁹ Bei dieser nicht repräsentativen Untersuchung wurden den Befragten die Farbkombinationen Blau/Gelb, Dunkelgrün/Gelb sowie Schwarz/Weiß/Rot vorgelegt. Dabei kam heraus, dass die erste Variante zum einen stark mit der FDP identifiziert wurde und zum anderen für das Image der CDU nicht zuträglich erschien. Das Dunkelgrün wurde als depressiv oder rückständig angesehen, wobei man offenließ, ob ein helleres Grün andere Effekte gezeigt hätte. Immerhin hatte die Österreichische Volkspartei (ÖVP) mit grünen Plakaten in den 1960er Jahren durchaus Erfolg.¹⁶⁰ Am besten kam der dritte Stil an, durch den die Partei ein frischeres, aufgeschlosseneres Image erhalten und der auch in der Lage sein sollte, das Erhard-Image zu befördern. Es sei auch mit Bezug auf die gewählte Farbkombination festgestellt worden, „daß befürchtete Assoziationen in Richtung ‚Nationalismus‘ usw. nicht in irgendeinem nennenswertem Umfang auftauchten“.¹⁶¹ Während des Landtagswahlkampfes in Baden-Württemberg 1964 wurde eine Kombination aus Weiß, einem sanften Rot und Dunkelblau getestet.¹⁶² Bei Kommunalwahlkämpfen in Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und dem Saarland 1964 verwendete man dann auf ein-

159 Zum Folgenden: Institut für Motivforschung: CDU Werbematerial, S. 55–85, in: ACDP Pressearchiv 63 64 02. Vgl. auch Joel Busch/Friedmar Lücke: Wir hatten die Wahl. Die Parteien im Kampf um die Macht 1965. München 1965, S. 87 f.; Anja Kruke: Demoskopie in der Bundesrepublik Deutschland. Meinungsforschung, Parteien und Medien 1949–1990 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 149). Berlin 2007, S. 123.

160 R. Kilgus: CDU mit neuer Farbe?, in: Flensburger Tageblatt vom 28. August 1964. Zu den ÖVP-Plakaten Bernhard Denscher: Grün gegen Rot. Das politische Plakat im Österreich der 1960er Jahre, in: Julia König-Rainer (Hg.): 60er Plakate aus der Sammlung der Wienbibliothek (Plakate aus der Sammlung der Wienbibliothek 3). Wien 2011, S. 36–51.

161 Die Werbemaßnahmen der CDU beim Wahlkampf zur Bundestagswahl 1965, in: ACDP 07-001-5088. In der Umfrage soll nur einer der 151 Befragten geäußert haben: „Deutschlands Glanz: Schwarz, Weiß, Rot.“, Institut für Motivforschung: CDU Werbematerial, S. 79, in: ACDP Pressearchiv 63 64 02. Dagegen Gerstl: Wahlplakate, S. 266.

162 Werbeagentur Dr. Hegemann GmbH: CDU. Landtagswahl Baden-Württemberg 1964. Konzeption und Werbemittel, in: ACDP Bestand LV Baden-Württemberg 03-024-912. Vgl. auch Niederschrift über die Landesgeschäftsführerkonferenz am 28. April 1964 in Eichholz, in: ACDP 07-001-506. Gemäß einer im Herbst 1963 durchgeführten Befragung wurde auch mit einem grünen Plakathintergrund experimentiert: EMNID: Ergebnisse einer kurzen Untersuchung über Werbematerial zur Landtagswahl 1964 in Baden-Württemberg, S. 33 f. sowie 40–44, in: ACDP Pressearchiv 63 53 22. Erstmals war die schließlich verwendete Farbvariante anlässlich der niedersächsischen Landtagswahl 1963 in Göttingen im Einsatz gewesen: Die Werbemaßnahmen der CDU beim Wahlkampf zur Bundestagswahl 1965, in: ACDP 07-001-5088. Hierbei dürfte es sich um folgendes Plakat handeln: ACDP Plakatarchiv 10-008-211. Dass sich diese Kombination nicht durchsetzen konnte, könnte unter anderem an ablehnenden Stimmen aus dem Saarland gelegen haben, wo die Farben zu sehr an die autonomistische Christliche Volkspartei (CVP) des früheren Ministerpräsidenten Johannes Hoffmann erinnert hätten, vgl. R. Kilgus: CDU mit neuer Farbe?, in: Flensburger Tageblatt vom 28. August 1964.

heitlichen Textplakaten die vom IFM bevorzugte Variante mit Weiß, Schwarz und einem leuchtenden Rot.¹⁶³

Am 11. und 12. Januar 1965 trafen sich die Landesgeschäftsführer, um über den bevorstehenden Bundestagswahlkampf zu beraten. Es wurde vereinbart, „daß in jedem Falle [...] ein Erhard-, ein Schrift-, ein Kandidaten- und ein Versammlungsankündigungsplakat mit einer stark hervortretenden Darstellung des CDU-Signets gestaltet werden soll“. Zudem äußerte sich die Versammlung sehr zustimmend zur Verwendung der Farbe Rot „zur Verstärkung der Wirkung der Plakatwerbung“ und betonte, dass auf dem Schriftplakat der Slogan dem Logo nachgeordnet sein solle.¹⁶⁴ Offenbar auf der Basis dieser Beratungen erstellte die Abteilung Öffentlichkeitsarbeit unter ihrem Leiter Gerhard Elschner wenige Tage später eine erste Wahlkampfkonzeption.¹⁶⁵ Im Hinblick auf die Werbung wurde erneut deutlich auf die Notwendigkeit der Einheitlichkeit hingewiesen, weswegen man sich folgerichtig auf wenige Plakattypen und Insertionen beschränken wollte. Man sei aufgrund früherer Untersuchungen – offensichtlich war hier die IFM-Befragung gemeint – zu dem Entschluss gekommen, die alte Farbkombination Blau-Gelb aufzugeben und habe in Testreihen als günstige Farbkombination Weiß-Rot-Dunkelblau festgestellt, ohne sich aber zum aktuellen Zeitpunkt endgültig darauf festlegen zu können. Bezüglich des Logos „sehen wir eine grundsätzliche Änderung nach den bisherigen Experimenten für wenig erfolgversprechend an“. Mit diesen „Experimenten“ könnten verschiedene Ideen zur Modernisierung des Logos gemeint sein. Diese haben sich nur als Diaaufnahmen erhalten und sind weder datiert, noch wird der jeweilige Künstler genannt.¹⁶⁶ Dabei war wohl vor allem beabsichtigt, den Adler noch stärker als Markenzeichen in den Vordergrund zu stellen, da vier der sechs erhaltenen Entwürfe ihn ohne Schild in verschiedenen Fassungen frei im Raum stehen ließen. In der Konzeption sprach sich die Abteilung maximal für eine „gemäßigte Weiterentwicklung dieses Wappens“ aus, wie sie „Gar-

163 Niederschriften der Arbeitsbesprechungen zur Vorbereitung der Kommunalwahlen am 13. Mai und 10. Juni 1964, in: ACDP Bestand LV Saar 03-011-050/1. Vgl. aus Nordrhein-Westfalen: ACDP Plakatarchiv 10-017-651, 10-017-652 und 10-017-660. Dazu auch Die Christlichen Demokraten sehen „rot“, in: Allgemeine Zeitung vom 28. August 1964; Wahlpsychologische Farbenlehre, in: FAZ vom 29. August 1964. Vgl. auch ACDP Plakatarchiv 10-015-132 (Hessen), 10-016-300 (Niedersachsen) sowie 10-019-60 (Saarland). Bei dem verwendeten Rot soll es sich um ein Lachsrot gehandelt haben: Udo Bergdoll: In Bonn gehen die Strategen des Wahlkampfes ans Werk, in: Der Tagesspiegel vom 11. Dezember 1968.

164 Niederschrift über die Landesgeschäftsführerkonferenz am 11./12. Januar 1965 in Bonn, in: ACDP 07-001-507.

165 Zur Wahlkampf- und Werbekonzeption der CDU 1965 vom 14. Januar 1965, in: ACDP 07-001-5085.

166 ACDP Plakatarchiv 10-026-154 bis 161. Unter diesen Modernisierungen befinden sich auch zwei Ideen für eine neue Wortmarke, die aber ebenfalls nicht berücksichtigt wurden.



Abb. 14: Plakat zur Bundestagswahl 1965 (ACDP 10-001-1119)

bots“ skizziert habe.¹⁶⁷ Es wurde allerdings empfohlen, das Adler-Kreuz-Logo „nicht ausdrücklich als Plakat und im Inserat zu verwenden“.¹⁶⁸

Am 22. Februar 1965 trafen die Landesgeschäftsführer erneut zusammen.¹⁶⁹ Ihnen wurde dort mitgeteilt, dass inzwischen eine Farbkombination festgelegt worden war: „Fonds – weiß, CDU-Signet – rot, Schriftzug des Slogans – schwarz“. Die Landesgeschäftsführer sahen im roten Signet „eine erwägenswerte Möglichkeit“, erbaten aber eine weitere Untersuchung, die diese „a) im Vergleich zu Blau und b) auf die psychologische Wirkung hin“ betrachten sollte. Zwischen April und Juni 1965 untersuchte das IFM mittels einer Umfrage daraufhin die vorliegenden Plakatentwürfe für die Bundestagswahl, wobei auch nach der Farbe Rot gefragt wurde, Demnach sei ein „Rot-

Schock“ ausgeblieben und stattdessen „die anregende frische Stimmung der Farbgebung“ hervorgehoben worden.¹⁷⁰ Rückblickend konnte die Bundesgeschäftsstelle konstatieren, dass die „Parteienbezeichnung Rot [...] sich sozusagen von ihrem Farburprung gelöst [hatte]. Die Farbe selbst war politisch wertfrei geworden.“¹⁷¹

167 Bei „Garbots“ oder „Garbotz“ – die Schreibweise ist unsicher – scheint es sich um dieselbe Werbeagentur gehandelt zu haben, die auch im hessischen Landtagswahlkampf 1970 Plakatentwürfe präsentiert hatte: Protokoll der Sitzung der Wahlkommission 70 am 15. Juli 1970, in: ACDP Bestand LV Hessen 03-020-124. Dazu auch Oliver Salten: „Wir kommen“. Der Landtagswahlkampf der CDU Hessen 1970, in: HPM 31 (2024), S. 35–99, hier 77 mit Anm. 244.

168 Vgl. auch Bundesgeschäftsstelle der CDU: Die Wahlen zum 5. Deutschen Bundestag 1965. Darstellungen – Analysen, S. 27 vom März 1966, in: ACDP 07-001-5037: „Die theoretisch möglichen Bildsymbole erwiesen sich als werblich oder politisch nicht brauchbar.“

169 Niederschrift über die 2. Landesgeschäftsführerkonferenz am 22. Februar 1965 in der Karl-Arnold-Bildungsstätte, in: ACDP 07-001-507.

170 Institut für Motivforschung: CDU-Plakate für die Bundestagswahl 1965, S. 53 f., in: ACDP Pressearchiv 65 64 01.

171 Bundesgeschäftsstelle der CDU: Die Wahlen zum 5. Deutschen Bundestag 1965. Darstellungen – Analysen, S. 27 vom März 1966, in: ACDP 07-001-5037. Vgl. auch die kritischen Bemerkungen des Werbeagenturbesitzers Hjalmar Hartenfels in seinem Schreiben am Konrad Kraske vom 14. Januar 1972 und dem Antwortschreiben von Ottfried Hennig vom 26. Januar 1972, in: ACDP 07-001-12035.

Im April erstellte Elschner einen weiteren Vermerk, in dem er betonte, dass die im Januar angestellten Überlegungen „im großen und ganzen an ihrer Richtigkeit nichts eingebüßt“ hätten.¹⁷² Entsprechend wurde dann auch im Wahlkampf so verfahren. Die von der Bundesgeschäftsstelle herausgegebenen Plakate hielten sich an die farblichen und gestalterischen Vorgaben (Abb. 14).¹⁷³ Mehr noch: Den Landes- und Kreisverbänden wurde zusammen mit dem Bestellformular für die Plakate eine Vorlage der Werbeagentur Dr. Hegemann für die verbindlichen Gestaltungselemente mitgeschickt. Neben den vorgegebenen Farben Weiß, Schwarz und Rot, wobei für letzteres die Kast & Ehinger GmbH mit dem „CDU-Rot“ erneut einen eigenen Farbton zur Verfügung stellte, und der Slogan-Schriftart Helvetica halbfett, wurde auch eine Wortmarke in einer Helvetica-Variante vorgelegt.¹⁷⁴ So konnte man zwar die Grundkonzeption der Schrift mit den weit eingeschlagenen Bögen des C beibehalten, die Buchstaben waren aber insgesamt etwas gedrungener. Auch diese Veränderung ging zurück auf die genannte Untersuchung des IFM. Während die ältere langgezogene Variante eher mit Adenauer identifiziert wurde, brachte man die rundlichere Version mit Erhard in Verbindung. So konnte auch im Schriftbild der Übergang in der Kanzlerschaft nachvollzogen werden.¹⁷⁵ Dennoch stieß die gewünschte Einheitlichkeit des Wahlkampfes an ihre Grenzen, vor allem in Kreisverbänden. Dort wurden „gelegentlich örtliche Entwürfe entwickelt, die selbst bei grafischer und technischer Qualität für die Gesamtwerbung eher schädlich als nützlich waren“.¹⁷⁶

Obwohl das Adler-Kreuz-Logo in den Wahlkampfkonzeptionen der Bundespartei keine Rolle mehr spielte, war es anscheinend nicht so leicht möglich, dieses etablierte Symbol der Partei ad acta zu legen. Auf der Sitzung der Organisationskommission im Januar 1966 wurde dann auch, als es um die Besprechung der Plakatierung des Wahlkampfes ging, bedauert, „daß das für die Partei seit 1953 eingeführte Symbol vollständig in den Hintergrund getreten ist“.¹⁷⁷ Auf dem Düsseldorfer Bundesparteitag 1965 hatte man bereits im Tagungssaal auf das alte Logo verzichtet.¹⁷⁸ Ein kurzes Comeback erfolgte beim Bundesparteitag 1966 in Bonn. Hier wurde offenbar der oben erwähnte Logoentwurf von „Gar-

172 Zweite Vorlage zur Wahlkampf- und Werbe-Konzeption der CDU 1965 vom 5. April 1965, in: ACDP 07-001-5085. Vgl. auch Busch/Lüke: Wahl, S. 88.

173 So etwa ACDP Plakatarchiv 10-001-1105 und 10-001-1119.

174 Vgl. auch: Die verbindlichen Gestaltungselemente der CDU für das Wahljahr 1965, in: ACDP 07-001-5036; Bundesgeschäftsstelle der CDU: Die Wahlen zum 5. Deutschen Bundestag 1965. Darstellungen – Analysen, S. 37 vom März 1966, in: ACDP 07-001-5037.

175 Institut für Motivforschung: CDU Werbematerial, S. 12, in: ACDP Pressearchiv 63 64 02.

176 Bundesgeschäftsstelle der CDU: Die Wahlen zum 5. Deutschen Bundestag 1965. Darstellungen – Analysen, S. 54 f. vom März 1966, in: ACDP 07-001-5037.

177 Protokoll der Sitzung der Organisationskommission am 13./14. Januar 1966, in: ACDP 07-001-9801. Im Protokollentwurf war noch von „Symbolen“ die Rede, ebd.

178 ACDP Medienarchiv 21-013-0066. Das Logo hing jedoch noch über dem Saaleingang: ACDP Medienarchiv 21-013-0190.



Abb. 15: Foto vom Bundesparteitag 1966 in Bonn (KAS/Slomifoto)

bots“ verwendet. Er zeigte einen noch stärker stilisierten Adler, der stark von geometrischen Formen geprägt war. Die gespreizten Federn waren mit einer etwas dunkleren Goldschicht hinterlegt, so dass das Federkleid fast geschlossen wirkte und der Adler noch dominanter hervortrat (Abb. 15).¹⁷⁹ Dennoch wurde immer deutlicher, dass das Logo als nicht mehr zeitgemäß empfunden wurde. In den Parteitagsillustrierten verschwand es 1965 vom Umschlag und blieb bis 1966 nur noch in Form einer Outline auf Schmutz- und Haupttitel erhalten.¹⁸⁰ 1967 prangte auf dem Bundesparteitag in Braunschweig anstelle eines Bildlogos ein gewaltiges Foto des etwa einen Monat zuvor verstorbenen Adenauer an der Frontseite. Hier wurde dann erstmals die 1965 eingeführte rundere Schrift der Wortmarke für die Saaldekoration verwendet, die damit auch in diesem Format die ältere langgezogene Version ersetzte.¹⁸¹

179 ACDP Medienarchiv 21-014-0017. Bezeichnenderweise beschrieb eine Zeitung das Logo als „goldene[n] Bundesadler vor rotem Untergrund“: Streiflichter vom CDU-Parteitag in Bonn, in: Neue Tagespost vom 22. März 1966.

180 Bundesgeschäftsstelle der CDU: 13. Bundesparteitag der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands. Düsseldorf, 28.–31. März 1965, Hamburg o.D.; dies. 14. Bundesparteitag der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands. Bonn, 21.–24. März 1966, Hamburg o.D.

181 Heinz Vielain: In eine neue Epoche mit Kiesinger, in: Echo der Zeit vom 28. Mai 1967.

Die Grundkonzeption von 1965 aus dem roten Logo und den flankierenden Farben Schwarz und Weiß blieb auch für den Bundestagswahlkampf 1969 relevant. Während die Bundespartei sowie die Agenturen Bonner Werbe und Dr. Hegemann zur Beibehaltung des Logos tendierten, schlug die Werbeagentur R.W. Eggert „eine Modernisierung des Erscheinungsbildes“ vor, wobei die Farbkombination erhalten bleiben, jedoch eine neue Schriftart für das Logo verwendet werden sollte, die „sehr viel kräftiger, bulliger, wuchtiger ist und einen Anspruch auf Kraft und Führung ausstrahlt“.¹⁸² Ein Entwurf in der Schriftart Gill Sans wurde angefertigt. Durchsetzen konnte sich R.W. Eggert mit diesem Vorschlag jedoch nicht. Hintergrund war, dass das Image der CDU erhalten bleiben und nur leicht in Richtung Fortschritt modifiziert werden sollte, um die Stammwähler nicht zu verschrecken.¹⁸³ Bereits die Landesgeschäftsführerkonferenz sprach sich für die Beibehaltung des Logos aus.¹⁸⁴ Auch ein erneuter Test des IFM bestätigte die Ansicht, am Signet und der Farbauswahl Signalrot festzuhalten.¹⁸⁵ Die Helvetica-Variante wurde aufgrund ihrer Klarheit und Harmonie bevorzugt, war jedoch ausdrücklich nicht dazu geeignet, „die CDU als eine besonders progressive und moderne Partei darzustellen“. Das Gill Sans-Logo traf hingegen auf Ablehnung. Die Schrift wirke zu plump und insbesondere das C sei „verunglückt“. Als Fazit betonte das IFM, dass der Modernisierungsversuch zwar nicht aus dem Auge gelassen werden sollte, die Gill Sans-Alternative jedoch nicht der richtige Weg sei. Entsprechend gab Dr. Hegemann wie bereits 1965 auch 1969 zusammen mit den Bestellunterlagen für die Plakate erneut eine Vorlage für verbindliche Gestaltungselemente der CDU heraus.¹⁸⁶

182 Protokoll der Besprechung am 10. Februar 1969, in: ACDP 07-001-5117; Konzeption von R.W. Eggert zur CDU-Werbekampagne zur Bundestagswahl 1969 vom Februar 1969, in: ACDP 07-001-5159. R.W. Eggert hatte bereits zuvor die Hereinnahme eines Flaggen-symbols als neues Element vorgeschlagen: Protokoll der Besprechung am 27. Januar 1969, in: ACDP 07-001-5117. Vgl. auch Gerstl: Wahlplakate, S. 303.

183 Empfehlung der Werbeagentur Dr. Hegemann GmbH Düsseldorf zur Konzeption CDU / Bundestagswahl 1969 vom 24. Februar 1969 sowie Konzeption CDU / Bundestagswahl 1969 erstellt von der Werbeagentur Dr. Hegemann GmbH vom 18. März 1969, in: ACDP 07-001-5117. Allerdings soll auf der Besprechung am 25. Februar 1969 bei einem Vergleich der Logos von R.W. Eggert und der CDU der Agenturvorschlag besser angekommen sein: Bericht von R.W. Eggert über die Besprechung am 25. Februar 1969, in: ACDP 07-001-5118.

184 Kurzprotokoll Landesgeschäftsführerkonferenz am 22. April 1969, in: ACDP 07-001-511.

185 Institut für Motivforschung: CDU Grundwerbemittelanalyse, S. 19–24, in: ACDP Presse-archiv 69 64 05. Vgl. auch: Protokoll der Dr. Hegemann GmbH zur Besprechung am 9. Juni 1969, in: ACDP 07-001-5117; Bericht Nr. 14/69 von R.W. Eggert zur Besprechung am 9. Juni 1969, in: ACDP 07-001-5118; Gerstl: Wahlplakate, S. 306 f.

186 Die verbindlichen Gestaltungselemente der CDU für das Wahljahr 1969, in: ACDP 07-001-5097.

5. *Antique Olive*

Aus der Bundestagswahl 1969 gingen CDU und CSU zwar als stärkste Fraktion hervor, die Bundesregierung stellte jedoch erstmals eine sozial-liberale Koalition unter Willy Brandt. Damit stand für die CDU die Frage im Raum, ob das auch durch Logo und Farbe verkörperte Image zukunftsfähig war. Bereits im Februar 1969 hatte eine Umfrage der Politischen Akademie Eichholz ergeben, dass CDU und CSU in den Augen der Bevölkerung eine konservative und „gegen den Fortschritt skeptische Partei“ sei. „Sie ist erfolgreich ohne Mut zur Veränderung [...]“. ¹⁸⁷ Kurz nach der Bundestagswahl betonte der geschäftsführende Gesellschafter von R.W. Eggert, Walter Scheele, in einer internen Runde des Bundes Deutscher Werbeberater in Düsseldorf zudem, dass die CDU „in einem Verschleißprozeß [sei]. Ihr Image ist verbraucht. Die CDU als Marke ist antiquiert.“ ¹⁸⁸ Eine Nachwahlanalyse machte deutlich, dass die Partei „eine Dynamisierung ihres Erscheinungsbildes“ brauche, ohne die „zentralen Imagequalitäten der CDU/CSU“ – Stabilität und Sicherheit – in Frage zu stellen. ¹⁸⁹

Die Feststellungen scheinen ihre Wirkung nicht verfehlt zu haben. Auf der Landesgeschäftsführerkonferenz im Februar 1970 kam es zu einer Manöverkritik über den Wahlkampf. Auf die Frage des hessischen Landesgeschäftsführers, ob es zweckmäßig sei, für die bevorstehende Landtagswahl Plakate in der gleichen Farbgebung wie 1969 herauszubringen, antwortete Gerhard Elschner: „Der Erinnerungswert bei gleicher oder ähnlicher graphischer Gestaltung bzw. Farbe bedeutet in jedem Falle auch eine Erinnerung an das alte Image der CDU. Ich würde Zweifel hegen, ob das eine ideale Lösung für den hessischen Wahlkampf ist.“ ¹⁹⁰

Aufgrund der Äußerungen von Scheele und Elschner dürfte bei den Landesverbänden, denen 1970 Landtagswahlen ins Haus standen, wenig Begeisterung für die weitere Verwendung der bisherigen Werbelinie einschließlich des Logos aufgekommen sein. Am 22. März stand zunächst die Hamburger Bürgerschaftswahl an. Hier hatte der Wahlkampfausschuss bereits im Oktober 1969 beschlossen, mit den Grafikern Ekkehart Rustmeier und Wolf-Viktor Graf von Westarp zusammenzuarbeiten. Gleichzeitig machte man deutlich, dass „die vorhandenen Grundelemente, Farben und Schrift, der CDU-Werbung“ nicht geändert werden sollten. Allerdings wurden die Grafiker „mit einer Weiter-

187 Samtkissen, Flaschenbier und Lackschuhe, in: FAZ vom 13. Februar 1969.

188 Friedrich Kassebeer: Als Marke antiquiert, in: SZ vom 4./5. Oktober 1969. Vgl. auch Schreiben von Walter Scheele an Kraske vom 20. November 1969, in: ACDP 07-001-5091, worin Scheele die Berichterstattung der SZ in dieser Angelegenheit kritisierte.

189 Zusammenfassender Bericht über die Nachuntersuchung der Bundestagswahl 1969, in: ACDP 07-001-5156.

190 Kurzprotokoll Landesgeschäftsführerkonferenz am 23./24. Februar 1970, in: ACDP 07-001-512.



Abb. 16: Logo des Landesverbandes Hamburg zur Bürgerschaftswahl 1970 (ACDP 03-010-054/1)

entwicklung, das heißt Modernisierung dieser Elemente“ beauftragt.¹⁹¹ Im November entschied man sich dann für einen Entwurf, wobei die Helvetica für Slogan und Logo beibehalten wurde. Der Slogan war in Orange gehalten, das Logo weiterhin in Rot. Beide wurden jedoch parallelperspektivisch dargestellt (Abb. 16).¹⁹²

Am 14. Juni 1970 fand in Niedersachsen eine vorgezogene Landtagswahl statt, da die bislang in Hannover regierende Koalition aus CDU und SPD im April zerbrochen war. Man hatte also

nur eine sehr kurze Zeit zur Vorbereitung des Wahlkampfes zur Verfügung und setzte daher erneut auf die Farbe Grün, die bereits bei der Landtagswahl 1967 und der Kommunalwahl 1968 zum Einsatz gekommen war.¹⁹³ Bemerkenswert war jedoch ein sehr dominantes Logo mit einer ultrafetten roten Gill Sans.¹⁹⁴ Die erhaltenen Quellen schweigen sich zur Entstehung des Logos aus. Klar ist nur, dass man, da die Zeit sehr knapp war, keine Agentur verpflichten konnte und stattdessen „Fachleute“ hinzuzog.¹⁹⁵ Über eine parteiinterne Information vom 30. April 1970 kennen wir die grundlegende Wahlkampfkonzeption. Das Konzept sollte „einfach und ‚knallig‘“ sein und der Wahlkampf „dynamisch, zupackend und vor allem offensiv“ sowie „in Hauruck-Manier mit dem Blick nach vorn“ geführt werden. In der Information wurde zwar das Logo nicht ausdrücklich erwähnt, allerdings die grafische Konzeption aus Grün, Weiß und einem „knalligen Rot“ beschrieben, so dass davon auszugehen ist, dass es als Element mit eingeplant war (Abb. 17).¹⁹⁶

In Nordrhein-Westfalen wurde ebenfalls am 14. Juni 1970 gewählt. Hier hatte bereits die Agentur Dr. Hegemann in ihrem Entwurf für eine Wahlkampfstrategie klargemacht, dass die CDU aus ihrer „selbstgewählten Reserviertheit“ heraustreten und die Initiative ergreifen müsse. Dazu sei eine „vorsichtige Korrektur“ des Images der Partei unter Wahrung positiver Komponenten in Richtung „jung,

191 Protokoll der Wahlkampfausschusssitzung am 27. Oktober 1969, in: ACDP Bestand LV Hamburg 03-010-052/2.

192 Protokoll der Wahlkampfausschusssitzung am 10. November 1969, ebd. Vgl. auch: Vorlage für Slogan und Logo, in: ACDP 03-010-054/1.

193 Synopse der Antworten auf einen Fragebogen zur Auswertung der Landtagswahlkämpfe 1970/71 vom April 1972, in: ACDP 07-001-6085. Zur Plakatgestaltung bei der Landtagswahl 1967 ACDP Plakatarchiv 10-008-270 sowie 10-008-275.

194 Als Beispiel ACDP Plakatarchiv 10-008-306.

195 Synopse der Antworten auf einen Fragebogen zur Auswertung der Landtagswahlkämpfe 1970/71 vom April 1972, in: ACDP 07-001-6085.

196 CDU aktuell vom 30. April 1970, in: ACDP Bestand KV Oldenburg-Land 02-066-015/2.



Abb. 17: Plakat der CDU in Niedersachsen zur Landtagswahl 1970 (ACDP 10-008-306)



Abb. 18: Plakat des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen zur Landtagswahl 1970 (ACDP 10-009-600)

dynamisch-aktiv“ nötig.¹⁹⁷ Den Zuschlag erhielt jedoch die Düsseldorfer Agentur Troost, da man „eine neue Linie in die Wahlkampfwerbung“ bringen wollte.¹⁹⁸ Als Schriftart für Slogans und Logo wurde Franklin Gothic festgelegt, als Farbe „Perfekt-Rot“. Zusätzlich wurde jedoch rechts neben das Akronym CDU ein aufwärtsstrebender grüner Pfeil gesetzt, womit nicht nur eine Wiedergabe der Landesfarben, sondern offenbar auch der gewünschte dynamische Effekt erreicht werden sollte (Abb. 18).¹⁹⁹

Die dritte Landtagswahl wurde an diesem Tag im Saarland abgehalten. Hier war es im Vorfeld zu erheblichen Komplikationen gekommen, nachdem es zwischen dem Landesverband Saar und dem WEMA-Institut für empirische Sozialforschung GmbH aus Köln, das ein Komplettpaket aus Marktforschung und

197 Werbeagentur Dr. Hegemann GmbH: Die Wahlkampfstrategie der CDU. Gedanken zur Landtagswahl 1970 in Nordrhein-Westfalen vom 20. Februar 1970, in: ACDP 03-002-329/2.

198 Synopse der Antworten auf einen Fragebogen zur Auswertung der Landtagswahlkämpfe 1970/71 vom April 1972, in: ACDP 07-001-6085.

199 Werbemittelkatalog mit Gestaltungsrichtlinien der Agentur Troost, in: 03-002-325/1. Vgl. als Beispiel auch ACDP Plakatsammlung 10-009-600.

Werbemitteln angeboten hatte, zu massiven Verstimmungen gekommen war.²⁰⁰ Erst knapp eine Woche vor der entscheidenden Sitzung erhielten Dr. Hegemann und R.W. Eggert den Auftrag, eigene Präsentationen als mögliche Alternativen vorzubereiten,²⁰¹ woraufhin R.W. Eggert schließlich den Zuschlag erhielt.²⁰² Die Darstellung orientierte sich eindeutig am Hamburger Vorbild. Auch hier war der Slogan in Orange gehalten, allerdings nicht in Helvetica, sondern in Futura gesetzt. Für das Logo wurde die bekannte Helvetica-Schrift verwendet, es war aber nicht parallel-, sondern zentralperspektivisch dargestellt.²⁰³

Zur Landtagswahl in Hessen im November 1970 hatte man ursprünglich überlegt, dass das Logo nach nordrhein-westfälischem Vorbild mit einem grünen Pfeil „dynamisiert“ werden sollte,²⁰⁴ die Idee wurde aber offenbar verworfen. Die Plakate wurden nicht, wie ursprünglich angedacht, ebenfalls von Troost, sondern von der Frankfurter Agentur Alwo gestaltet. Man blieb hier beim Logo der Bundestagswahl.²⁰⁵

Sowohl bei der Abgeordnetenhauswahl in Berlin Mitte März 1971 als auch bei der Landtagswahl in Schleswig-Holstein im April desselben Jahres hielt man sich an das Vorbild aus Nordrhein-Westfalen mit dem Logo in Franklin Gothic und dem grünen Aufwärtspfeil. In beiden Fällen zeichnete Troost für die grafische Gestaltung verantwortlich.²⁰⁶ Für die Bürgerschaftswahl in Bremen im Oktober zeichnete wiederum Alwo für die Gestaltung verantwortlich. Hier legte man sich für das Logo auf Gill Sans fest, das auf einigen Plakaten in einem Orange-Ton gehalten war.²⁰⁷

Bereits am 21. März 1971 hatte die Landtagswahl in Rheinland-Pfalz stattgefunden. Für die Gestaltung der Plakate war vor allem Dr. Hegemann zuständig, wobei auch hier ein Werbemitteltest durch WEMA im Vorfeld durchgeführt

200 Vermerk zu bisherigen Zusammenarbeit mit der WEMA sowie Vermerk zu der Rechtslage in der WEMA-Angelegenheit, in: ACDP 03-011-167/3. Schreiben von Karl L. Krakow an Rüdiger Göb vom 16. April 1970, in: ACDP 03-011-041/2. Für das Logo soll demnach WEMA den im Vorfeld der Bundestagswahl abgelehnten Gill Sans-Entwurf wieder ins Spiel gebracht haben. Zur Kritik an WEMA Kruke: Demoskopie, S. 136.

201 Aktennotizen zu Vorbesprechungen mit den Agenturen am 8. bzw. 9. April 1970, in: ACDP 03-011-041/2.

202 Synopse der Antworten auf einen Fragebogen zur Auswertung der Landtagswahlkämpfe 1970/71 vom April 1972, in: ACDP 07-001-6085.

203 ACDP Plakataarchiv 10-011-250. Vgl. auch ACDP 03-011-040/1.

204 Grundlinien des Werbekonzepts für die Landtagswahl 1970 von Alexander Niemetz und Peter Radunski vom 2. Juni 1970, in: ACDP 03-020-017/1.

205 Salten: „Wir kommen“, S. 77; Vgl. auch ACDP Plakataarchiv 10-007-302.

206 Schreiben der Agentur Troost an Landesgeschäftsführer Joachim Kalisch vom 17. August 1970, in: ACDP 03-012-125/2 sowie ACDP Plakataarchiv 10-004-389; Werbemittelkonzeption der Agentur Troost, in: ACDP 03-006-495.

207 Korrespondenz der Landesgeschäftsstelle mit Alwo, in: ACDP 03-017-035/2 sowie ACDP Plakataarchiv 10-005-355.



Abb. 19: Faltblatt der CDU Rheinland-Pfalz zur Landtagswahl 1971 (ACDP 03-026-113/1)

worden war.²⁰⁸ Für das Logo verwendete man eine kursive Helvetica in Rot. Es ist nicht vollkommen klar, wer auf diese Idee gekommen ist. In einem Schreiben der sich ebenfalls bewerbenden Agentur Absatzberater Schmid-Preissler GmbH wird gesagt, dass WEMA das „CDU-Zeichen“ zur Präsentation mit nach Mainz bringe.²⁰⁹ Es ist aber kaum zu sagen, ob man sich bereits im Vorfeld auf das neue Logo verständigt hatte und ob WEMA der Urheber war. Landesgeschäftsführer Hans Terlinden sprach in einem Rundschreiben im Januar 1971 mit Bezug auf das Logo davon, dass man es „in der bisherigen Form“, also der geraden Helvetica, nicht mehr verwenden werde. „Für alle Publikationen haben wir ein verbindliches Schriftmuster entwickelt [...]“. Verbindliche Schriftvorlagen für das Logo und den Slogan wurden mitverschickt.²¹⁰ Als Schrift für den Slogan

wurde die in den 1960er Jahren veröffentlichte Antique Olive des französischen Schriftdesigners Roger Excoffon in der ultrafetten kursiven Fassung Nord Italic verwendet.²¹¹ Das Akronym CDU erschien in dieser Schrift erstmals in der Überschrift „Die CDU steht Rede und Antwort“ eines Faltprospektes zur Landtagswahl (Abb. 19).²¹²

Infolge der Wahlkämpfe 1970/71 stand also eine große Anzahl an möglichen Logos zur Verfügung. Diese Vielzahl drohte jedoch, das ohnehin nie völlig gelöste Problem der Uneinheitlichkeit des CDU-Signets wieder zu verschärfen. Aus-

208 Niederschrift über eine Sitzung des Wahlausschusses und des Landesvorstandes am 12. Januar 1971 sowie Kontaktbericht der Dr. Hegemann GmbH zur Sitzung am 13. Januar 1971, in: ACDP Bestand LV Rheinland-Pfalz 03-026-114/1. Vgl. auch: Konzeption und Werbemittel zur Landtagswahl 1971 der Werbeagentur Dr. Hegemann GmbH, in: ACDP 03-026-632.

209 Schreiben der Absatzberater Schmid-Preissler GmbH an Hans Terlinden vom 8. Januar 1971, in: ACDP 03-026-114/1.

210 Rundschreiben von Hans Terlinden an die Bezirks- und Kreisgeschäftsstellen vom 18. Januar 1971, in: ACDP 03-026-113/2. Für die Sloganvorlage vgl. auch ACDP 03-026-113/1.

211 Sandra Chamaret/Julien Gineste/Sébastien Morlighem: Roger Excoffon et la fonderie Olive (Bibliothèque typographique Y). Paris 2010, S. 253–277.

212 Faltprospekt „Die CDU steht Rede und Antwort“, in: ACDP 03-026-113/1. Auf der Rückseite des Faltblattes war weiterhin das Signet in der kursiven Helvetica dargestellt.

lösendes Moment für die Frage nach einem einheitlichen Logo war die Überlegung der Bundesgeschäftsstelle, einen neuen Briefkopf zu gestalten, wobei der Schriftzug dann auch einheitlich von den Landesverbänden verwendet werden sollte.²¹³ Im Februar 1971 legte der Leiter der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit Werner Brüssau einen Vorschlag mit einem roten CDU-Schriftzug auf weißem Grund vor, der in der Abteilungsleiterbesprechung grundsätzlich akzeptiert wurde.²¹⁴ Dies wurde im März 1971 auch im Kreise der Landesgeschäftsführer thematisiert, die ebenfalls „eine Einigung über eine einheitliche und verbindliche Gestaltung“ des Logos einforderten.²¹⁵ Die Angelegenheit blieb jedoch vorerst unerledigt, bis im September die Frage aufkam, wie die Gestaltung des beleuchteten CDU-Schriftzugs auszusehen hatte, der auf dem Dach der neuen Bundesgeschäftsstelle in Bonn angebracht werden sollte.²¹⁶ Zu diesem Zweck hatte Brüssau verschiedene Logos entwickeln lassen, die vom Sozialwissenschaftlichen Forschungsinstitut (SFK) der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) getestet werden sollten. Die Frage der CDU-Reklame am Neubau sollte daher zunächst zurückgestellt werden, da erst der Bundesvorstand das Logo genehmigen müsse.²¹⁷

In diese Phase fiel nun die Landtagswahl in Baden-Württemberg am 23. April 1972. Schon früh war offenbar geplant, diesen Wahlkampf mit Unterstützung der Bundespartei als eine Art Lackmustest zur Koordinierung der Wahlwerbung zu nutzen.²¹⁸ Dabei half, dass die Wahlkampfkommission des Landesverbandes sich darum bemühte, aus den vorherigen Wahlkämpfen Lehren zu ziehen.²¹⁹ Außerdem wurde Gerhard Elschner, der sich inzwischen in München mit einer Beratungsfirma selbstständig gemacht hatte, aber noch immer eng mit der CDU zusammenarbeitete, durch den Landesverband als Berater verpflichtet. Zu seinen Aufgaben gehörten unter anderem: „Durchführung von Image-Analysen und Werbemitteltests“, „Vorschläge für Wahlkampf- und Werbemaßnahmen“ sowie

213 Ergebnisprotokoll Abteilungsleiterbesprechung am 14. Januar 1971, in: ACDP 07-001-12166.

214 Ergebnisprotokoll Abteilungsleiterbesprechung am 10. Februar 1971, ebd. Gemäß Bundesgeschäftsführer Otfried Hennig gab es keinen Grund, an der Verwendung der Farbe Rot etwas zu ändern: Schreiben von Hennig an Hjalmar Hartenfels vom 26. Januar 1972, in: ACDP 07-001-12035.

215 Ergebnisprotokoll Konferenz der Landesgeschäftsführer am 23. März 1971, in: ACDP 07-001-513.

216 Ergebnisprotokoll Abteilungsleitersitzung am 17. August 1971, in: ACDP 07-001-12166.

217 Ergebnisprotokoll Abteilungsleiterkonferenz am 7. August 1971, ebd. Ergebnisprotokoll Konferenz der Landesgeschäftsführer am 14. September 1971, in: ACDP 07-001-513.

218 Ergebnisprotokoll Konferenz der Landesgeschäftsführer am 25./26. Mai 1971, ebd. Zu den Leistungen der Bundesgeschäftsstelle im Landtagswahlkampf: Ergebnisprotokoll des Gesprächs mit dem LV Baden-Württemberg zur Vorbereitung der Landtagswahlen am 12. August 1971, in: ACDP 07-001-6021.

219 Zusammengefasster Kurzbericht über die Landtagswahlkämpfe in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Saarland zur Wahl am 14. Juni 1970, in: ACDP 03-024-283/3; Protokoll über die Sitzung der Wahlkampfkommission am 16. Februar 1971, in: ACDP 03-024-076/1.

„Schriftliche Beratung durch Kurzgutachten zu einzelnen Entscheidungsfragen (z. B. Farbgebung, Slogan, Signetcharakter, Bildauswahl)“.²²⁰

Auf der Basis eingereicherter Farbvorschläge diverser Agenturen entschied sich die Wahlkampfkommission auf ihrer Sitzung am 18. Juni 1971, verschiedene Farbkombinationen in die engere Wahl zu nehmen. Außerdem wurde festgelegt, für den CDU-Schriftzug eine kursive Schrift zu verwenden.²²¹ Auf dieser Basis erstellten die Agenturen ihre Konzeptionen. In unserem Zusammenhang von besonderem Interesse ist das Exposé von Fahrensohn+Fehse aus München vom September 1971. Hier haben sich Fotos der Entwürfe erhalten, die das Logo in Antique Olive zeigen.²²² Vorbild hierfür dürfte das Logo der CSU aus dem Landtagswahlkampf 1970 gewesen sein, für das ebenfalls Antique Olive Nord Italic verwendet worden war.²²³

Am 16. November 1971 fand eine Besprechung von Vertretern der Wahlkampfkommission mit Konrad Kraske, der seit Oktober CDU-Generalsekretär war, dem neuen Bundesgeschäftsführer Ottfried Hennig, weiteren Mitarbeitern der Bundesgeschäftsstelle und Gerhard Elschner statt, auf der festgelegt wurde, dass bezüglich der Werbekonzeption „eine Abstimmung mit der Bundespartei erfolgen soll, damit in gewissem Umfang Vorentscheidungen für den Bundestagswahlkampf in die Überlegungen mit einbezogen werden können“.²²⁴ Kurz zuvor hatte die Wahlkampfkommission bereits beschlossen, Elschner mit der Durchführung eines Werbemitteltests zu beauftragen.²²⁵ Diesen führte er im Dezember 1971 in Zusammenarbeit mit dem Meinungsforschungsinstitut GETAS in und um Stuttgart, Ravensburg und Freiburg durch.²²⁶ Für das Logo wurden den Befragten insgesamt sieben Entwürfe vorgelegt.²²⁷ Neben dem bisherigen Helvetica-Logo und den Vorlagen aus den Wahlkämpfen in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Hamburg sowie dem Antique Olive-Logo

220 Vertrag zwischen dem CDU-LV Baden-Württemberg und Gerhard Elschner vom 2. Juli 1971, in: ACDP 03-024-075/3. Vgl. auch Kruke: Demoskopie, S. 147.

221 Protokoll Sitzung der Wahlkampfkommission am 18. Juni 1971, in: ACDP 03-024-076/1. Für die Kommunalwahl im Oktober desselben Jahres verwendete man daher folgerichtig das Logo aus dem rheinland-pfälzischen Landtagswahlkampf. Vgl. den Plakatenwurf ebd.

222 Exposé für eine neue Werbung der Unionsparteien der Werbeagentur Fahrensohn+Fehse vom September 1971, in: ACDP 07-001-6022.

223 Andreas Bitterhof: Die Logos der CSU, o. O., o. J., S. 2 in: https://www.hss.de/fileadmin/user_upload/HSS/Dokumente/ACSP/CSU/CSU-Logos.pdf (Abruf: 2. Januar 2025). Vgl. auch Gerstl: Wahlplakate, S. 361.

224 Vermerk von Günter Meyer an Kraske, Hennig u. a. zur Besprechung am 16. November 1971, in: ACDP 03-024-075/3.

225 Protokoll der Sitzung der Wahlkampfkommission am 10. November 1971, in: ACDP 03-024-076/1.

226 Zum Folgenden: Bericht von Gerhard Elschner über einen Werbemitteltest für die CDU Baden-Württemberg, Dezember 1972 [sic!], ebd.

227 Ein Set der Vorlagen hat sich erhalten, in: ACDP 03-024-087/3. Olaf Hennig informierte die Abteilungsleiter des Konrad-Adenauer-Hauses auf einer Besprechung am 9. Dezember 1971, in: ACDP 07-001-12175.

nach CSU-Vorbild gab es noch zwei weitere Vorschläge, die vermutlich über Brüssau hinzugekommen waren: Ein „Block-Signet“, das sich durch eine ultrafette und sehr massiv wirkende Schrift auszeichnete, sowie einen Entwurf, der sehr stark auf geometrischen Formen beruhte. Ob auch das Antique Olive-Logo zu den Brüssau-Vorlagen gehörte, ist nicht mehr nachzuvollziehen. Nicht berücksichtigt wurden die Logos aus Rheinland-Pfalz und dem Saarland. Zu vermuten ist, dass man in ihnen nur Varianten anderer Logos ohne besondere Eigenständigkeit gesehen hat. Die meisten Logoentwürfe wurden ambivalent bis negativ beurteilt. Besonders schlecht schnitten das niedersächsische Logo und der Entwurf mit den geometrischen Formen ab. Das perspektivische Signet aus Hamburg kam vor allem bei überzeugten SPD-Wählern gut an, schied damit nach Elschners Auffassung ebenfalls aus. Für das alte Helvetica-Logo bestätigte sich, dass es das „kritische Image einer alten CDU von vorgestern“ symbolisierte und höchstens noch für Stammwähler geeignet wäre. Beim Block-Entwurf hielten sich negative und ambivalente bis positive Bewertungen in etwa die Waage, vor allem aber jüngere und Wechselwähler äußerten sich negativ darüber. Das Troost-Logo aus Nordrhein-Westfalen erhielt – obwohl mehrheitlich eher negativ beurteilt – von etwa einem Viertel bis einem Drittel der Befragten sehr positive Rückmeldungen. Es schien insbesondere musisch orientierte Wähler und Frauen anzusprechen. Eindeutiger Sieger war jedoch der Antique Olive-Schriftzug mit einem Drittel positiven und etwa zur Hälfte ambivalenten Bewertungen mit positiver Tendenz. Negative Bewertungen kamen von Anhängern anderer Parteien. Positive Ansichten lauteten etwa „schwungvoll“, „flott“ oder „dynamisch“. Da es insbesondere jüngere und Wechselwähler ansprach, ohne die Stammwähler zu verschrecken wurde es als einziges als „recht empfehlenswert“ eingestuft: „[E]s geht gewissermaßen an die Grenze dessen, was unser Image gerade noch trägt.“ Im Rahmen der Auswertung wurde jedoch empfohlen, das D noch zu bearbeiten, da es etwas plump wirke. Bemerkenswert ist zudem Elschners Aussage: „Man sollte schließlich davon ausgehen, daß man ein Signet dieser Art sicher nicht über sehr lange Zeiträume benutzen kann. Jedenfalls kaum so lange wie das vorige, das bisher übliche Schriftzeichen. Vielmehr sollte man es spätestens in fünf bis sechs Jahren erneut überprüfen.“

Das Ergebnis war also eindeutig. Bereits am 23. Dezember 1971 fand in der Bundesgeschäftsstelle eine Besprechung im Beisein Hennigs mit der Agentur Dr. Hegemann statt. Hier wurde ihnen der Beschluss der Wahlkampfkommission über die Erteilung des Auftrages zur Gestaltung und Streuung von Plakaten und Anzeigen mitgeteilt. Bezüglich der Logos wurde festgelegt, dass es „auf der Grundlage der beiden Signets, die im Werbemitteltest am besten abgeschnitten haben“ gestaltet werden solle, „wobei das dem CSU-Signet ähnliche Signet den Vorzug haben soll“.²²⁸ Außerdem wurde eine Zusammenfassung der Test-

228 Kurzprotokoll der Besprechung mit der Firma Hegemann in der Bundesgeschäftsstelle am 23. Dezember 1971, in: ACDP 03-024-076/1.

ergebnisse für Kraske, Hennig sowie weitere führende Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstelle erstellt.²²⁹ Auch vom Test selbst gingen mehrere Exemplare Anfang Februar nach Bonn.²³⁰

Schon am 6. Januar 1972 präsentierte Dr. Hegemann der Wahlkampfkommission das überarbeitete Logo in verschiedenen Gestaltungsvarianten. Ausgewählt wurde schließlich das Signet, „dessen Buchstabe ‚C‘ sich stärker in die Gesamtgestaltung integriert und die horizontalen Linien stärker betont“.²³¹ Einen Tag später bestätigte die Agentur, dass das Logo in Kürze der Bundesgeschäftsstelle übergeben werde, um es den Landesgeschäftsführern vorzulegen. Ausdrücklich wurde festgehalten, dass alle Rechte für das Logo bei der CDU lägen.²³²

Für den Landtagswahlkampf lag damit eine Lösung vor. Das Antique Olive-Logo hatte sich durchgesetzt und wurde verwendet.²³³ In der Presse wurde die Verwendung des neuen Logos aufmerksam registriert.²³⁴ Rückblickend machte der Landesverband nochmals deutlich, dass „mit dem Wahlkampf auch eine Image-Korrektur zugunsten der CDU“ erreicht werden sollte. Das Ziel sei es gewesen, „dem Wähler ein zukunftsorientiertes, dynamisches, kraftvolles, aufgeschlossenes, zuverlässiges, vertrauenswürdiges und jüngerer Bild der CDU zu geben“. Dazu gehörte auch das entsprechende Logo, für das sich aus dem Werbemitteltest „eindeutige und insofern zwingende Empfehlungen“ ergeben hätten.²³⁵

Am 12. Januar 1972 berieten die Abteilungsleiter der Bundesgeschäftsstelle über den Werbemitteltest und befürworteten ebenfalls das Antique Olive-Logo, das auch für das Dach der neuen Bundesgeschäftsstelle verwendet werden

229 Vermerk von Günter Meyer an Kraske, Hennig, Bilke, Brüssau und Winkler zum Ergebnis des Werbemitteltests für die Landtagswahl Baden-Württemberg vom 23. Dezember 1971, in: ACDP 07-001-6083.

230 Handschriftliche Bemerkung vom 7. Februar 1972 auf dem Deckblatt des Werbemitteltests, in: ACDP 03-024-076/1.

231 Protokoll der Werbeagentur Dr. Hegemann über die Besprechung am 6. Januar 1972, in: ACDP 03-024-087/3. Ein Entwurf für Gestaltungsrichtlinien zur Landtagswahl hielt fest, dass weiterhin das CDU-Rot der Kast & Ehinger GmbH verwendet werden sollte, ebd.

232 Schreiben der Werbeagentur Dr. Hegemann an den LV Baden-Württemberg vom 7. Januar 1972, ebd.

233 So etwa ACDP Plakatarchiv 10-002-350. Vgl. auch: Informationen der CDU-Bundesgeschäftsstelle für den Wahlkampf in Baden-Württemberg (2) vom 31. Januar 1972, in: ACDP 03-024-174/2.

234 CDU wirbt im Wahlkampf mit einem neuen Signet, in: Die Welt vom 11. Februar 1972; CDU wirbt mit neuem Signet, in: WAZ vom 16. Februar 1972. In letzterem Artikel findet sich auch die Angabe des Wahlkampfleiters der CDU Baden-Württemberg, Gerhard Mahler, dass das neue Logo 20.000 DM gekostet habe.

235 Analytische Untersuchungen des CDU-LV Baden-Württemberg zur Landtagswahl 1972, in: ACDP 03-024-074/3.



Abb. 20: Foto des Konrad-Adenauer-Hauses in Bonn (KAS/Fotograf unbekannt)

sollte.²³⁶ Das Präsidium der CDU fasste am 17. Januar einen entsprechenden Beschluss (Abb. 20).²³⁷ Kurz darauf informierte Elschner dann auch die Landesgeschäftsführer. Die Abteilung Öffentlichkeitsarbeit sollte den Landesverbänden ein Gestaltungsmuster mit genauer Farbangabe, einen Vorlagenkatalog und ein Muster für Briefköpfe zusenden.²³⁸ Diese Zusage erfüllte Werner Brüßau wenige Tage später.²³⁹

Damit hatte die Partei ein Logo etabliert, das entgegen Elschners Empfehlung über die nächsten etwa 30 Jahre das markentechnische Bild der CDU prägen sollte. Am besten drückte es vielleicht der hessische Landesgeschäftsführer Manfred Kanther aus, der in einem Rundschreiben an seine Kreisverbände

236 Ergebnisprotokoll der Abteilungsleiterbesprechung am 12. Januar 1972, in: ACDP 07-001-12175. Ende 1972 wurde der Schriftzug installiert, vgl. Kristin Bartsch: Konrad-Adenauer-Haus, in: Martin Bredenbeck/Constanze Moneke/Martin Neubacher (Hg.): Bauen für die Bundeshauptstadt (Edition Kritische Ausgabe 2). Bonn 2011, S. 109–114, hier 110.

237 Ergebnisprotokoll des Präsidiums der CDU am 17. Januar 1972, in: ACDP 07-001-1405.

238 Ergebnisprotokoll Landesgeschäftsführerkonferenz am 18./19. Januar 1972, in: ACDP 07-001-514; Ergebnisprotokoll Abteilungsleiterbesprechung am 19. Januar 1972, in: ACDP 07-001-12175.

239 Schreiben von Werner Brüßau an die Landesgeschäftsführer der CDU vom 24. Januar 1972, in: ACDP 07-001-2227. Die Vorlage lag dem Brief nicht bei und ließ sich trotz umfangreicher Suche in anderen Akten bislang nicht auffinden.

erneut die Bedeutung eines einheitlichen Auftretens betonte: „Über Geschmack läßt sich immer streiten, aber wichtiger als die Tatsache, daß es allen gefällt, ist die Einheitlichkeit. Dieser Grundsatz der Werbewirtschaft muß sicher auch für die Partei gelten. Auf meine Bitte hin wird die Bundespartei auch einheitliche Briefköpfe für alle Organisationsstufen und Gliederungen der Partei entwerfen.“²⁴⁰ Die Reaktion auf das neue Logo scheint demnach innerparteilich eher ambivalent gewesen zu sein, es versprach jedoch am Ehesten, eine größere Werbewirkung zu erzielen. Dies galt vor allem in Hinblick auf die vorgezogene Bundestagswahl 1972. In einem von Elschner erstellten Briefing für die Werbeagenturen, wurde von vorneherein klargestellt, dass das Logo „in vorgegebener Form und Farbe (CDU-rot)“ erhalten bleibt.²⁴¹ So wurde es entsprechend eingesetzt.²⁴²

Die Wahlniederlage und der Wechsel im Parteivorsitz von Rainer Barzel zu Helmut Kohl im Juni 1973 änderten nichts an der weiteren Verwendung des mittlerweile durch Bundestagswahl und die Leuchtbuchstaben auf dem Dach der CDU-Zentrale etablierten Logos. Mit den Landesverbänden, die vor Landtagswahlkämpfen standen, war in bilateralen Gesprächen ausdrücklich vereinbart worden, das neue Logo als „Werbekonstante“ zu benutzen.²⁴³ Dennoch schien man ein klares bildliches Merkmal jenseits des Signets zu vermissen. Auslöser dürfe die Verwendung einer markanten Anzugnadel mit einem roten tropfenförmigen Plastikkopf durch die SPD gewesen sein.²⁴⁴ Der neue Generalsekretär Kurt Biedenkopf machte deutlich, dass er sich für die CDU ein ähnli-

240 Allgemeines Rundschreiben der CDU Hessen an die Kreisgeschäftsstellen Nr. 1/72 vom 26. Januar 1972, in: ACDP 03-020-093. Vermutlich als Reaktion darauf etablierte im Februar 1972 der Leiter der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit der Bundesgeschäftsstelle Karl Krakow eine „Kreativgruppe“, um ein einheitliches Gestaltungsbild „vom Briefbogen über die Visitenkarte bis hin zum Plakat und der Informationsbroschüre“ zu entwickeln. Teilnehmer der ersten Besprechung waren Klaus Wille, Chef-Designer der Deutschen Lufthansa, Nordert Kleiner, stellvertretender Chef der grafischen Abteilung des Magazins „Stern“, Dieter Bremeyer, ehemaliger Kreativdirektor der Werbeagentur R.W. Eggert, und Werner Brüssau, siehe Vermerk von Krakow an Hennig vom 2. Februar 1972, in: ACDP 07-001-053.

241 Briefing für Bundestagsneuwahlen, die am 26.11. oder 3.12.1972 stattfinden, in: ACDP 07-001-5168. In einem Entwurf war Elschner noch davon ausgegangen, dass das Logo nur „prinzipiell rot, aber auch andersfarbig möglich“ wäre. Als Grundfarben legte er darin „weiss, rotes Signet und schwarze, graue oder dunkelblaue Schrift“ fest und betonte, dass es „kein bestimmtes Symbol, Wappen oder sonstiges Zeichen für die CDU“ gebe: Stichworte zu einer kurzen Grundlagen-Information (briefing) für Werbegealter der CDU-Werbung bis 1973 von Gerhard Elschner vom 21. Februar 1972, ebd. Das endgültige Briefing war Ergebnis einer geforderten Überarbeitung: Niederschrift über die Sitzung der Planungsgruppe am 28. Juni 1972, in: ACDP 07-001-518. Vgl. auch Kruke: Demoskopie, S. 148; Gerstl: Wahlplakate, S. 344.

242 So etwa ACDP Plakatarchiv 10-001-1548.

243 Vermerk von Karl-Heinz Bilke an Peter Radunski vom 17. Oktober 1973, in: ACDP 07-001-12199. Irritiert zeigte sich Bilke davon, dass der LV Hamburg zur bevorstehenden Bürgerschaftswahl zeitweise ein mehrfarbiges Logo in Erwägung gezogen hatte.

244 Archiv der sozialen Demokratie (AdsD) 6/STICK00642.

ches Erkennungszeichen wünschte: „Die in dem Zeichen liegende Bereitschaft, sich zu erkennen zu geben als ein Parteimitglied, wird positiv empfunden, der Mangel einer vergleichbaren offensiven Erkennungsmarke, eines Erkennungszeichens von sehr vielen unserer Mitglieder als negativ.“²⁴⁵

Der Leiter der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit Karl Krakow ließ daher fünf Gestaltungsvarianten für eine neue Anstecknadel erarbeiten, die in vergrößerter Form auch als Autoaufkleber genutzt werden konnten.²⁴⁶ Gemäß der Anregung Krakows befasste sich die Landesgeschäftsführerkonferenz auf ihrer Sitzung am 15. März 1973 mit der Frage und fasste den Beschluss, die Bundesgeschäftsstelle zu beauftragen, „die bisherige blaue CDU-Nadel mit dem neuen CDU-Signet zu versehen und darüber hinaus ein CDU-Erkennungszeichen zu entwickeln, in dem das Signet ‚CDU‘ nicht erscheint“. Man plante, Anstecknadeln, Autoaufkleber, Schlüsselanhänger und Buttons mit diesem Zeichen anfertigen zu lassen.²⁴⁷ Auf der Sitzung am 5. September 1973 wurde dem Bundesvorstand das vorgelegte Erkennungszeichen empfohlen, das nicht mit dem Logo verbunden werden und alle anderen Erkennungszeichen ablösen sollte, einschließlich der blauen Nadel.²⁴⁸

Die ganze Angelegenheit erhielt einen gewissen Nachdruck durch die Tatsache, dass Gottfried Krummacher, Inhaber der Prägeanstalt und Metallwarenfabrik G. Krummacher KG aus Sankt Augustin bei Bonn, eigenmächtig den aus der Troost-Konzeption bekannten grünen Aufwärtspfeil als Anstecknadel für

245 Kurt Biedenkopf auf der Klausurtagung des Bundesvorstandes am 4./5. Oktober 1973, in: Günter Buchstab (Hg.): Kohl: „Wir haben alle Chancen“. Die Protokolle des Bundesvorstandes 1973–1976, 1. Halbbd. 1973–1974 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 67/1). Düsseldorf 2015, Nr. 4, S. 187. Ob die Bundesgeschäftsstelle tatsächlich „zunehmend von den Landesverbänden, den Kreisverbänden und den Mitgliedern bedrängt“ worden war, um ein solches Zeichen herauszubringen, sei dahingestellt, ebd., S. 183.

246 Vermerk von Krakow an Hennig vom 29. Januar 1973, in: ACDP 07-001-101. Vgl. auch: Bericht von Krakow an Hennig über den Besuch beim LV Hamburg am 19. Januar 1973 vom 29. Januar 1973, ebd.

247 Ergebnisprotokoll der Landesgeschäftsführerkonferenz am 15. März 1973, in: ACDP 07-001-517. Mitte Juni standen die blauen Nadeln zur Auslieferung bereit: Schreiben von Günter Meyer an die Kreisgeschäftsführer vom 19. Juni 1973, in: ACDP 07-001-2230. Die Nadeln wurden wohl von der Metallwarenfabrik Wilhelm Deumer aus Lüdenscheid angefertigt: Schreiben der Wilhelm Deumer KG an die Bundesgeschäftsstelle vom 8. Juni 1972 und Antwortschreiben von Karl L. Krakow vom 17. Juni 1972, in: 07-001-053. Von den neueren Nadeln mit dem Antique Olive-Schriftzug haben sich Exemplare in der Kleinwerbe-mittelsammlung des ACDP erhalten, allerdings nicht vom Vorgängermodell.

248 Ergebnisprotokoll der Landesgeschäftsführerkonferenz am 5. September 1973, in: ACDP 07-001-517. Die nach der Bundestagswahl 1976 vorgenommene Identifizierung des Erkennungszeichens mit dem Logo beruht auf einer Fehldeutung: Manfred Rabeneick: Die Wahlkampf-führung der CDU zur Bundestagswahl 1976, S. 97, in: ACDP 07-001-5298. Rabeneick bezog sich auf die ungenauen Angaben in: Bericht der Bundesgeschäftsstelle an den 23. Bundesparteitag, Mannheim, 23.–25. Juni 1975. Bonn o. J., S. 19.



Abb. 21: Vorschlag eines Erkennungszeichens der Werbeagentur von Mannstein (ACDP 07-001-12229)

wen nach sei das Ziel des neuen Zeichens, „optisch und inhaltlich deutlich zu machen, daß die Partei aktiv ist, daß sie etwas zu sagen hat und daß das Zusammengehörigkeitsgefühl der einzelnen Mitglieder sichtbar noch verstärkt wird“. Es müsse „ein ganz neues, ein unbelastetes Zeichen“ sein, weswegen er sich gegen ein Zeichen aussprach, das Ähnlichkeiten mit einem „Regierungssymbol“ aufwies. Die Lösung war ein, ähnlich dem Logo, schrägrechts geneigtes rotes Ausrufezeichen. Das untere Ende des Ausrufezeichenstriches war konkav gewölbt, so dass es wie eine Aussparung für den Punkt wirkte. Der Strich wiederum durchbrach einen um das Ausrufezeichen gelegten roten Kreis (Abb. 21).²⁵³ Von Mannstein interpretierte das Ausrufezeichen als „Aufruf zur lebendigen Kommunikation“. Die an die Präsentation anschließende Diskussion zeigte,

CDU-Mitgliederherstellte und verteilte.²⁴⁹ Da dies nicht nur aus urheberrechtlichen Gründen kritisch erschien, sondern auch dazu geeignet war, die eigenen Maßnahmen der Bundesgeschäftsstelle in dieser Hinsicht zu hintertreiben, wurde Krummacher sehr deutlich auf die Problematik hingewiesen.²⁵⁰ Die Angelegenheit zog sich noch bis ins Frühjahr 1973 hin und scheint sich dann verlaufen zu haben.²⁵¹

Am 5. und 6. Oktober 1973 traf der Bundesvorstand zu einer Klausurtagung zusammen. Hier stellte Coordt von Mannstein, Inhaber der Werbeagentur von Mannstein, sein Konzept für ein Erkennungszeichen vor.²⁵² Seinen Worten

249 Schreiben von Krummacher an Barzel vom 30. März 1973 mit einem Exemplar der Anstecknadel, in: ACDP 07-001-12035. Vgl. auch: Ein grüner Pfeil als Gegenstück zur roten Nadel, in: Rhein-Sieg-Rundschau vom 23. März 1973. Zur Konzeption von Krummacher: Der grüne Pfeil. Aktivierungsmodell Nr. 3: Dynamisierung, in: ACDP 07-001-12035.

250 Vermerk von Justitiar Peter Scheib für Hennig vom 27. März 1973, ebd. sowie Schreiben von Hennig an Krummacher vom 29. März 1973, ebd.

251 Krakow empfahl, wegen der Verwendung des grünen Pfeils rechtliche Schritte gegen Krummacher einzuleiten: Vermerk von Krakow an Hennig vom 28. Mai 1973, ebd. Ob diese Anregung umgesetzt wurde, ist unklar, aber nicht sehr wahrscheinlich. Hennig scheint auf dem Parteitag des Kreisverbandes Rhein-Sieg im Juni 1973 Kritik an Krummachers Vorgehen geübt zu haben, vgl. Schriftwechsel zwischen Hennig und Krummacher vom Juni 1973, ebd.

252 Zum Folgenden Buchstab (Hg.): Kohl: „Wir haben alle Chancen“, Nr. 4, S. 183–193.

253 Eine Abbildung des Entwurfes findet sich in: Semantische Analyse von Symbolen im Hinblick auf ihre Aussagekraft und Assoziationsstärke zu bestimmten politischen Richtungen, in: ACDP 07-001-12229.

dass die Mitglieder des Bundesvorstandes dem Zeichen eher kritisch gegenüberstanden. Alfred Dregger empfand es als „etwas protzig“, Jürgen Echternach als autoritär und Hans Filbinger befürchtete eine „Assoziation zu einem Aschenbecher mit einer Zigarette“. Heinrich Köppler brachte die Zurückhaltung der Versammlung auf den Punkt: „Mein Bedenken ist, daß es für ein Erkennungszeichen zu kompliziert und für ein Aussagesymbol vielleicht nicht richtig gezielt sein könnte.“ Außerdem stieß Karl Carstens erneut die Frage nach der Farbwahl an, insbesondere nach den Vorteilen von Rot gegenüber Grün. Schließlich einigte man sich darauf, das Zeichen wie auch die Frage nach der Farbe im Rahmen einer Umfrage einem Test zu unterziehen.

Der Auftrag dafür erging an das SFK.²⁵⁴ Die ursprüngliche Vorstellung, den Test bis zum Frühjahr 1974 vorliegen zu haben,²⁵⁵ erfüllte sich nicht. Erst Mitte November 1974 sollten schließlich erste Ergebnisse zur Verfügung gestellt werden,²⁵⁶ die Übergabe des Gesamtberichtes erfolgte aber erst Anfang 1975.²⁵⁷ In diesem Bericht wurden bei 159 Befragten neben den Erkennungszeichen – hier als „Parteisymbole“ bezeichnet – auch zwei Logos unter der Überschrift „Alternative CDU-Zeichen (abstrakt)“ getestet.²⁵⁸ Dabei handelte es sich zum einen um ein breites rotes U, das die Buchstaben C und D umschloss. C und D stellten einen Kreis dar, wobei der vertikale D-Strich den Kreis teilte und das gegenüber dem D deutlich kleinere C etwas abgesetzt wurde. Das andere Zeichen bestand aus drei horizontal in Form eines Quadrates angeordneten Balken. Der oberste Balken hatte oben links und rechts abgerundete Ecken, während die Schmalseiten beim mittleren Balken links und beim unteren Balken rechts abgerundet waren. Die Logos dürften nicht als Alternative zum Antiqua Olive-Signet gedacht gewesen sein, immerhin hatte Biedenkopf bereits im Sommer 1973 den Auftrag zur Entwicklung einer Fahne für das Konrad-Adenauer-Haus erteilt, die nach Vorschlag von Krakow eben dieses enthalten sollte.²⁵⁹ Dies wäre kaum sinnvoll gewesen, hätte er damals daran gedacht, ein neues Logo einzuführen. Die beiden Entwürfe dürften eher als Alternativen zu den bildlichen Darstellungen im Test gedacht gewesen sein. Das Ergebnis war aus Sicht der Tester jedoch deutlich: „Die durchaus positive Tendenz, Moderni-

254 Schreiben von Bundesgeschäftsführer Karl-Heinz Bilke an Werner Kaltefleiter vom 18. Oktober 1973, in: ACDP 07-001-228.

255 Entwurf eines Schreibens von Bilke an Kaltefleiter vom 4. Oktober 1973, ebd.

256 Schreiben von Bilke an Kaltefleiter vom 10. Oktober 1974, in: ACDP 07-001-11586. Vgl. auch: Zwischenbericht zur Zusammenarbeit zwischen der KAS und der CDU-BG vom 30. Oktober 1974, in: ACDP 07-001-12203.

257 Schreiben von Bilke an Kaltefleiter vom 20. Januar 1975, ebd.

258 Zum Folgenden: Semantische Analyse von Symbolen im Hinblick auf ihre Aussagekraft und Assoziationsstärke zu bestimmten politischen Richtungen, in: ACDP 07-001-12229. Die Analyse ist als „Teilbericht“ gekennzeichnet, wobei nicht klar ist, worauf sich das bezieht.

259 Vermerk von Krakow an Bilke vom 21. August 1973, in: ACDP 07-001-101.

tät mit der CDU zu verbinden, wird hier extrem überstrapaziert.“ Dem ersten Logo fehlte es nach Ansicht der Befragten an „Seriösität“, während das zweite sogar mit Begriffen wie „vollkommen verrückt“ und „fürchterlich“ abgelehnt wurde. Bei den Erkennungszeichen wurden neben dem Ausrufezeichen und dem grünen Pfeil auch ein an den Ecken abgerundetes rotes Quadrat, das einen weißen Aufwärtspfeil enthielt, sowie ein im heraldischen Sinne nach rechts schauendem Adler in runder Form, wohl dem Adler des Deutschen Bundestages nachempfunden, mit schwarzer Outline und den Nationalfarben ausgefüllt, getestet.²⁶⁰ Ausgerechnet die beiden erstgenannten Zeichen konnten von fast zwei Dritteln der Befragten keiner Partei zugeordnet werden. Der Pfeil im roten Quadrat wurde vor allem auf die SPD bezogen. Allein der Adler wurde eher als Symbol der CDU angesehen, allerdings vor allem von FDP- und FDP-beeinflussten Wählern. Die übrigen, selbst die CDU-Anhänger, fielen erheblich ab. Im Ergebnis waren die Symbole „zwar tendenziell inhaltlich besetzt, aber nicht stark parteipolitisch gebunden“. Die Tests der Farbhintergründe waren etwas deutlicher in ihrer Aussagekraft. Rot wurde überwiegend mit der SPD, Blau mit der FDP und Schwarz mit der CDU verbunden. Während Gelb leicht mit der FDP verknüpft wurde, wurden Grün und Weiß mit einem Rahmen in den Nationalfarben keiner Partei zugeordnet. Orange wurde ebenfalls mit der SPD verbunden – eine verständliche Verbindung, hatten die Sozialdemokraten doch im Bundestagswahlkampf 1972 mit einem orangenen Logo gewonnen.²⁶¹ Hervorzuheben ist, dass hier erstmals Schriftvarianten auf ihre Wirkung hin getestet wurden.

Das Endergebnis muss ernüchternd gewesen sein. Nicht nur, dass Symbole wie SPD-Rot oder CDU-Schwarz die „Kraft und das Angebot zur positiven Identifikation“ nicht mehr besaßen, sie hatten zudem auch die Funktion „als subjektiv notwendige Identifikationsstütze verloren“ und wurden nur noch „reine Gestaltungselemente“. So wurden auch Auffassungen, dass eine Farbe wie Grün oder ein Pfeil in sich bereits eine Aussage hätten, als illusorisch bezeichnet.

Mit diesem deutlichen Ergebnis hatten sich die Frage nach einem Erkennungszeichen und der Entwurf von Mannsteins erledigt. Weder der Bundesvorstand noch die Landesgeschäftsführerkonferenz kamen noch einmal darauf zurück. Hinzu kam, dass die Bundestagswahl 1976 ihre Schatten vorauswarf. Das Logo war dabei von vorneherein gesetzt, es ging nur noch um die Frage, mit welcher Subline es ergänzt werden sollte. Aus der ersten Idee „frei, sicher, sozial“²⁶² entwickelte man unter der werbefachlichen Ägide von Mannsteins „sicher, sozial

260 Ob es sich hierbei um die von Krakow Anfang 1973 in Auftrag gegebenen Erkennungszeichen handelte, lässt sich nicht mehr feststellen.

261 Gerstl: Wahlplakate, S. 376 f.

262 Protokoll des Ideen- und Meinungsaustausches der PR-Gruppe am 31. Januar 1976, in: ACDP 07-001-5306.

und frei“.²⁶³ Diese Subline wurde zusätzlich mit den aufrechtstehenden Farben Schwarz-Rot-Gold versehen, die, ähnlich dem Logo, nach rechts geneigt waren (Abb. 22).²⁶⁴ Die Betonung der Nationalfarben, die auch bei der SPD deutlich wahrnehmbar war,²⁶⁵ blieb in der Presse nicht unbemerkt.²⁶⁶ Manfred Rabeneick sprach rückblickend von einer „nationale[n] Prägung des Wahlkampfes“.²⁶⁷ Die Werbung wurde offenbar als so erfolgreich angesehen, dass man sich entschied, das Logo mit der Subline und den Nationalfarben als „Grundelement der weiteren Werbemaßnahmen“ beizubehalten.²⁶⁸

-
- 263 Protokoll der Besprechung der Bundesgeschäftsstelle mit der Agentur von Mannstein am 26. März 1976, in: ACDP 07-001-5300. Vgl. auch: Manfred Rabeneick: Die Wahlkampf-führung der CDU zur Bundestagswahl 1976, S. 84, in: ACDP 07-001-5298.
- 264 Protokoll der Besprechung der Bundesgeschäftsstelle mit der Agentur von Mannstein am 12. April 1976, in: 07-001-5300. Mit der auf diese Weise angeordneten Deutschland-Fahne wurde auch eine Anstecknadel entwickelt: Protokoll der Besprechung der Bundesgeschäftsstelle mit der Agentur von Mannstein am 22. April 1976, ebd. Vgl. auch: Günter Buchstab (Hg.): Kohl: „Wir haben alle Chancen“. Die Protokolle des Bundesvorstandes 1973–1976, 2. Halbbd. 1975–1976 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 67/2). Düsseldorf 2015, Nr. 32, S. 2011. Zur Umsetzung, vgl. etwa ACDP Plakatarchiv 10-001-1802.
- 265 ACDP Plakatarchiv 10-001-1887.
- 266 Wolfgang Clement: Schwelgen in Schwarz-Rot-Gold, in: Westfälische Rundschau vom 5. Mai 1976; Helmut Herles: Schwarz-Rot-Gold sind alle meine Kleider, in: FAZ vom 2. Oktober 1976. Eine Bestätigung der Aussage von Herles, wonach das Emblem in den Nationalfarben nicht durch von Mannstein, sondern von einer anderen Agentur entworfen wurde, der man erst die Urheberrechte abkaufen musste, lässt sich aus den erhaltenen Quellen nicht herleiten, obwohl Gerstl: Wahlplakate, S. 409, Anm. 107 ihr anscheinend Glauben schenkt. In den ersten Entwürfen der Agentur von Mannstein war noch kein Schwarz-Rot-Gold vorhanden: Konzeption der von Mannstein Werbeagentur KG für eine Wahlkampf-Werbelinie der CDU. Bundestagswahl 1976 vom 23. Januar 1976, in: ACDP 07-001-5299. Weitere Agenturen, von denen Arbeitsproben zu unterschiedlichen Aufgabenbereichen angefordert wurden, waren Dr. Hegemann, Troost, OTW (Berlin) und Wolff & Winderlich (Hamburg): Arbeitsprobenbeurteilungen der Werbeagenturen für den Bundestagswahlkampf 1976 vom 14. November 1975, ebd.. Dabei werden die Nationalfarben ausdrücklich nur in der Beurteilung der Ideen von OTW erwähnt, die diese in Kopfleisten wiederkehren ließen. Bei ihrer späteren Präsentation wurden sie allerdings wohl auch von Wolff & Winderlich eingesetzt, möglicherweise etwas übertrieben: Vermerk von Delling an Peter Radunski vom 27. Januar 1976 mit Anmerkungen zur Präsentation der Werbeagenturen am 20. Januar 1976, ebd. Eindeutige Hinweise auf eine Urheberschaft des schräggestellten Schwarz-Rot-Gold-Blocks außerhalb der Agentur von Mannstein gibt es nicht. Verträge wurden schließlich außer mit Troost auch mit den drei übrigen Agenturen abgeschlossen, wobei OTW und Wolff & Winderlich für den Bereich der institutionellen Werbung zuständig waren. In allen Verträgen finden sich recht standardisierte Freistellungsklauseln der CDU gegenüber Ansprüchen der Agenturen sowie bei Urheber- oder Persönlichkeitsrechtsverletzungen Dritter: Verträge der CDU mit den diversen Werbeagenturen, ebd. Es ist daher anzunehmen, dass Herles' Information auf einem Missverständnis beruhte.
- 267 Manfred Rabeneick: Der Bundestagswahlkampf 1976 der CDU, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 10 (1979), S. 64–74, hier 67. Vgl. auch Gerstl: Wahlplakate, S. 410–411.
- 268 Arbeitsanalyse der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit zum Bundestagswahlkampf 1976 vom 24. Januar 1977, S. 8, in: ACDP 07-001-5238.



Abb. 22: Plakat zur Bundestagswahl 1976 (ACDP 10-001-1802)

Diese Linie wurde konsequent auch in den Bundestagswahlkämpfen 1980 und 1983 verfolgt,²⁶⁹ bis man sich 1987 für die Subline „Die Zukunft“ entschied, die aufwärtsstrebend in einer himmelblauen Handschrift gestaltet worden war. Der schräggestellte Flaggenblock blieb jedoch erhalten.²⁷⁰ Ohnehin war die Adaptivität des Logos seine große Stärke. Selbst in vereinzelt Fällen, in denen Parteigliederungen nicht auf das CDU-Rot zurückgriffen, behielt die Schrift ihre markante Aussagekraft.²⁷¹ Es konnte jedoch auch, wie die Bundestagswahlkämpfe gezeigt hatten, erweitert werden. Der Landesverband Berlin entschied sich beispielsweise für seinen Briefkopf für den Ausdruck „Berliner CDU“, wobei „Berliner“ ebenfalls in roter Antique Olive gestaltet worden war, ergänzt durch den bekannten grünen Aufwärtspfeil.²⁷²

Die saarländische CDU wählte für ihre Briefbögen für den Begriff „Saar“ eine an Antique Olive angelehnte Schrift in Schwarz, jedoch mit sehr eigenwilliger Gestaltung des A.²⁷³ Andere Verbände setzten einfach Flaggen oder- Wappenelemente als zusätzliches Identifikationsmerkmal ein.²⁷⁴

269 ACDP Plakatarchiv 10-001-2203 (1980) sowie 10-001-2556 (1983). Weiterhin wurde seitens der Bundesgeschäftsstelle das Gebot eines einheitlichen Wahlkampfes propagiert: Nichts dem Zufall überlassen, in: Die Zeit vom 4. Februar 1983. Vgl. auch Gerstl Wahlplakate, S. 530. Bei Europawahlen wurden die zusätzlichen Gestaltungselemente dem Anlass entsprechend modifiziert, so beispielsweise: ACDP Plakatarchiv 10-030-4 (1979), 10-030-105 (1984) oder 10-030-501 (1994).

270 ACDP Plakatarchiv 10-001-2942.

271 So verwendete etwa der KV Cloppenburg zeitweise das Logo in grüner Farbe auf seinen Briefköpfen: Schreiben des KV Cloppenburg an das Versandzentrum der Union Betriebs-GmbH vom 31. Januar 1973, in: ACDP 07-001-183. Der BV Südbaden entschied sich hingegen für ein perspektivisch aufgebautes Logo mit den Farben Weiß, Blau und Grün: Schreiben des Bezirksvorsitzenden an die Bezirksgeschäftsstelle vom 21. Dezember 1976, in: ACDP 03-018-149.

272 Schreiben LV Berlin an die Bundesgeschäftsstelle vom 3. April 1975, in: ACDP 07-001-5299.

273 Schreiben LV Saar an die Bundesgeschäftsstelle vom 4. Juni 1975, ebd.

274 So etwa die Landesverbände Baden-Württemberg (Pressemitteilung des LV vom 12. Januar 1987, in: ACDP 07-001-12353), Nordrhein-Westfalen (Schreiben des LV an Radunski vom 5. März 1990, ebd.) oder Rheinland-Pfalz (Einladung zum 31. Landesparteitag der CDU Rheinland-Pfalz am 15. November 1986, ebd.).



Abb. 23: Plakat des Demokratischen Aufbruchs (ACDP 10-024-5150)

Wie oben beschrieben, führte die Demokratisierung der CDU der DDR als Folge der Friedlichen Revolution zu Diskussionen über die Neugestaltung des eigenen Logos. Die angestellten Überlegungen zur Umgestaltung wurden durch die Ende Januar erfolgte Vorverlegung der Volkskammerwahl vom Mai auf den 18. März 1990 und die Gründung des Wahlbündnisses Allianz für Deutschland (DA) und der Deutschen Sozialen Union (DSU) jedoch rasch obsolet.²⁷⁵ Auf der Großen Runde der Allianz am 6. Februar 1990, zu der neben den drei Parteien auch Vertreter der CDU-Bundesgeschäftsstelle, der KAS und des CDU-Landesverbandes Berlin zusammenkamen, wurde festgelegt, dass die CDU der DDR mit dem Logo der bundesdeutschen CDU in den Wahl-

kampf ziehen sollte.²⁷⁶ Die DSU, deren Logogestaltung bis dahin recht uneinheitlich war,²⁷⁷ legte sich auf „schräge Schriftzeichen blau auf grünem Untergrund“ fest und zeigte damit klar ihre Nähe zu ihrer westdeutschen Partnerpartei CSU.²⁷⁸ Der DA wollte über seine Logogestaltung auf der nächsten Vorstandssitzung entscheiden. Bislang hatte man ein sehr ausdrucksstarkes Logo verwendet. Ein rotes D in der Schriftart Times wurde mit einem weit nach rechts geneigten A verbunden dessen rechter Schrägbalken in einer Vertikalposition stand. Der linke Schrägbalken des A fiel mit dem Fuß des D zusammen und wurde über die Spitze des Buchstabens hinaus zu einem grünen Pfeil verlängert, der eine Ecke in einen das DA umschließenden roten Kreis formte, um die sich die beiden

275 Michael Richter: Die Bildung der Allianz für Deutschland, in: HPM 15 (2008), S. 335–346. Kirchner betonte Ende Januar, dass sich die CDU „ab sofort im Wahlkampf befinden würde und nun aus dem Stand anzutreten hätte“, in: Vermerk von Friedrich Claudius Schlumberger an Bernhard Vogel u. a. über die Teilnahme an der Konferenz der Bezirks- und Kreissekretäre der CDU (Ost) am 29. Januar 1990, in: ACDP 07-001-6902.

276 Ergebnisprotokoll der Besprechung (Große Runde) am 6. Februar 1990, ebd.

277 Auf den Briefbögen bediente man sich einer dünnen schräggestellten Grotesk im Stile einer Helvetica: Schreiben von Peter-Michael Diestel an Volker Rühle vom 12. Februar 1990, ebd. Auf einem Flugblatt vom Januar 1990 nutzte man hingegen ein offensichtlich handgemaltes Logo im Antique Olive-Stil: „Die demokratische Mitte ist sich einig!“, ebd.

278 ACDP Plakatarchiv 10-024-5185. Vgl. auch die Gestaltung der CSU-Plakate zur Landtagswahl 1990, ACDP Plakatarchiv 10-003-704.



Abb. 24: Plakat des Demokratischen Aufbruchs (ACDP 10-024-5178)



Abb. 25: Plakatvorlage der Allianz für Deutschland (ACDP 10-024-5010)

schwarz gefärbten Begriffe „ökologisch“ und „sozial“ gruppierten (Abb. 23).²⁷⁹ Der Aufbruch aus einem umgrenzten Raum konnte so bildlich wie farblich eindrucksvoll dargestellt werden. Für den Wahlkampf dürfte die Gestaltung aber wohl zu komplex gewesen sein. Auch wenn das Protokoll der Vorstandssitzung am 8. Februar keinen ausdrücklichen Beschluss über das Logo enthielt, wurde die Vorstellung der Werbematerialien der Allianz für Deutschland darin festgehalten.²⁸⁰ Es ist anzunehmen, dass in diesem Zusammenhang eine Übereinkunft erzielt worden ist, das Logo umzuändern. Die neue Version bestand nun aus einem schrägrechts geneigten A, das zu etwa einem Drittel vom D überlagert wurde, beide in einer ultrafetten Schrift, die durchaus eine gewisse Ähnlichkeit zur Antique Olive aufwies (Abb. 24).²⁸¹ Somit konnten die Logos der drei Parteien visuell angeglichen werden, was für den gemeinsamen Wahlkampf nur vorteilhaft sein konnte. Alle drei Logos wurden auf den gemeinsamen Plakaten und Flugblättern der Allianz für Deutschland abgedruckt. Hinzu kam eine Art Logo der Allianz (Abb. 25). Es bestand aus dem Wort „Ja!“ in Schwarz-Rot-Gold und darunter, in kleinerer Schrift, der Subline „Freiheit und Wohlstand“.

²⁷⁹ ACDP Plakatarchiv 10-024-5150.

²⁸⁰ Protokoll der Vorstandssitzung des DA am 8. Februar 1990, in: ACDP 07-011-3505.

²⁸¹ ACDP Plakatarchiv 10-024-5178. Das Logo wurde auch in einer schwarz-rot-goldenen Farbvariante verwendet: ACDP Plakatarchiv 10-024-5152.

Als Schriftart wurde Futura verwendet.²⁸² Das Layout der Plakate wurde vom bewährten Werbepartner von Mannstein erstellt.²⁸³ Der von der Bundesgeschäftsstelle aus koordinierte Materialaufwand zur Volkskammerwahl war gewaltig. Unter anderem 20 Millionen Flugblätter und 500.000 Plakate fanden ihren Weg in die DDR und zementierten dort den Eindruck, dass das Logo der westdeutschen CDU auch von ihrer ostdeutschen Schwester übernommen worden war.²⁸⁴ Entsprechend fanden sowohl der Vereinigungsparteitag am 1./2. Oktober 1990 als auch die Bundestagswahl im Dezember klar im Zeichen von Antique Olive in Verbindung mit dem bekannten schräggestellten Schwarz-Rot-Gold-Zusatz statt.²⁸⁵ Dieser fiel ab der Bundestagswahl 1994 weg.²⁸⁶ Auch die neuen Landesverbände im Osten adaptierten das Logo nach Vorbild der westdeutschen Landesverbände.²⁸⁷

6. Neue visuelle Strategien

Seit den 1970er und 1980er Jahren setzten Wirtschaftsunternehmen und in der Folgezeit auch Organisationen und Parteien zunehmend auf das Konzept der Corporate Identity (CI).²⁸⁸ Damit ist „die strategisch geplante und operativ umgesetzte Selbstdarstellung und Verhaltensweise eines Unternehmens nach innen und außen auf Basis einer festgelegten Unternehmensphilosophie, einer langfristigen Unternehmenszielsetzung und eines definierten Soll-Images“ gemeint.²⁸⁹ Von besonderer Bedeutung für unser Thema ist dabei der Teilbereich des Corporate Design (CD), also der visuellen Umsetzung der CI des Unternehmens beziehungsweise der Organisation.²⁹⁰ Auf dem Leipziger Parteitag im Herbst 2003 wurde erstmals in einem Beschluss die Bedeutung einer CI für die CDU festgestellt. Als Aufgabe für die CDU wurde festgelegt, „die Gemeinsam-

282 ACDP Plakatarchiv 10-024-5010.

283 Rechnung der Agentur von Mannstein an die Bundesgeschäftsstelle vom 29. Oktober 1990, in: ACDP 07-001-6916.

284 Bericht der Bundesgeschäftsstelle zur Sitzung der Landesgeschäftsführer am 21. März 1990 vom 15. März 1990: Maßnahmen der CDU zur Unterstützung der Parteien in der „Allianz für Deutschland“ im DDR-Wahlkampf, in: ACDP 07-001-6901.

285 ACDP Plakatarchiv 10-001-3500.

286 ACDP Plakatarchiv 10-001-4000. Das Logo blieb aber erhalten, anders als Gerstl: Wahlplakate, S. 645 behauptet.

287 Beispiele: ACDP Plakatarchiv 10-035-1 (Landtagswahl in Sachsen 1990), 10-034-100 (Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 1994), 10-037-100 (Landtagswahl in Thüringen 1994).

288 Berger: Corporate Design, S. 27.

289 Klaus Birkigt/Marinus M. Stadler: Corporate Identity – Grundlagen, in: Klaus Birkigt/Marinus M. Stadler/Hans Joachim Funk (Hg.): Corporate Identity. Grundlagen, Funktionen, Fallbeispiele. 11. Aufl. München 2002, S. 11–61, hier 59. Vgl. auch Siegle Logo, S. 81–83; Berger: Corporate Design, S. 33–44.

290 Stankowski: Erscheinungsbild, S. 191–206. Vgl. auch Siegle: Logo, S. 83 f.

keit auch im Erscheinungsbild auszudrücken, ohne die Vielfalt zu ersticken“. Basis dafür sei das Logo, „das die Partei zwischen Flensburg und Konstanz verbindet“. Um „ein frisches Erscheinungsbild“ der CDU zu erreichen, sollte die Partei bis zur Europawahl 2004 eine neue CI entwickeln und verankern. Landesverbände, Kreisverbände und Vereinigungen sollten verpflichtet sein, ihre Werbelinien auf dieses neue Erscheinungsbild auszurichten.²⁹¹ Die grundlegenden Vorarbeiten zu diesem Beschluss hatten im Vorfeld im Rahmen der Arbeit der Kommission Bürgerpartei stattgefunden.

Hintergrund der Erarbeitung einer neuen visuellen Strategie war, wie in der Vorstellung der CI im Vorfeld der Europawahl 2004 festgestellt wurde, die visuelle Gemeinsamkeit der CDU zu stärken und sich im Parteienwettbewerb visuell stärker zu differenzieren.²⁹² Ein wesentlicher Auslöser war die zunehmende Verwässerung der Marke „CDU“ durch die Vielzahl an grafischen Anwendungen seitens der Parteigliederungen.²⁹³ Die zunehmende Verbreitung der Bildbearbeitung am eigenen Computer hatte es ermöglicht, ohne viel Aufwand und Beteiligung von Grafikern eigene Logos zu erstellen, was offenbar weithin genutzt worden war. Hinzu kam die Erkenntnis, dass bei der Bundestagswahl 2002 das Design der CDU sich nicht wesentlich von denen der politischen Mitbewerber abhob.²⁹⁴ Diese grundlegenden Überlegungen wurden den Landesgeschäftsführern auf ihrer Sitzung am 23. Juni 2003 vorgestellt. Hierbei wurde angekündigt, dass über den Sommer 2003 ein neues einheitliches Design entwickelt werden sollte, das nicht nur langlebig und anwenderfreundlich sein, sondern auch „Freiräume für regionale und sektorale Eigenständigkeiten“ enthalten sollte.²⁹⁵

Verantwortlich für die Umsetzung war neben Generalsekretär Laurenz Meyer die Werbeagentur McCann Erickson. Zum einen wurde ein neues Logo in einer gerade- und einer schräggestellten Version gestaltet, zum anderen für die CI zwei Farbvarianten in Orange und Blau hergestellt. Die Vorschläge testete das Marktforschungsinstitut GMS Dr. Jung GmbH im Rahmen einer Umfrage unter Focus Groups in Leipzig, Stuttgart, Düsseldorf und Lüneburg Ende Juli und Anfang August.²⁹⁶ Dabei kam heraus, dass die neue CI grundsätzlich akzeptiert, die Befragten jedoch überwiegend die blaue Linie favorisierten, die als ausgewogen und vertrauenerweckend wahrgenommen wurde. Die Focus Group in

291 CDU-Bundesgeschäftsstelle: Bürgerpartei CDU. Reformprojekt für eine lebendige Volkspartei, Beschluss des 13. Parteitages in Leipzig, 2003. Berlin o. J., S. 21.

292 Dies.: Die CI der CDU und die Europawahlkampflinie 2004. Berlin o. J., S. 4.

293 Ebd., S. 8 f. Dies wurde vom damaligen Verantwortlichen für das Corporate Design in der CDU-Bundesgeschäftsstelle, Olaf Dembinski, bestätigt: Interview mit Olaf Dembinski am 24. Oktober 2024.

294 Interview mit Olaf Dembinski am 24. Oktober 2024.

295 Präsentation: Das Projekt „Corporate Identity“ der CDU, in: ACDP 07-001-582.

296 Präsentation: Focus Groups zur Corporate Identity der CDU, in: ACDP 07-001-25169.

Leipzig sprach sich jedoch überwiegend für das Orange aus. Diese Farbe wurde hier als aufmerksamkeitsstark und ansprechend charakterisiert. Bei den Logos wurde mit 66 Prozent eindeutig die bisherige Antique Olive-Version bevorzugt, während das gerade (18 Prozent) und das schräg gestellte Logo (16 Prozent) sehr viel schlechter abschnitten. Das alte Logo wurde interessanterweise von Befragten als dynamischer und moderner oder gar als Mischung aus den beiden Alternativen betrachtet. Positive Assoziationen mit dem geraden Logo waren unter anderem Solidität und Zuverlässigkeit, mit dem schrägen Logo Dynamik, Eleganz und Aufgeschlossenheit. Auch wenn die Meinungsforscher sich am Ende dafür aussprachen, die offenbar vorhandene Favorisierung von Orange und den Logowechsel zu überdenken, nahm der Bundesvorstand auf seiner Klausurtagung im September 2003 von einer von McCann Erickson vorgenommenen Überarbeitung der CI Kenntnis und sprach sich deutlich für Orange als Parteifarbe und gegen einen Kompromiss oder ein Nebeneinander beider zur Auswahl stehenden Farben aus.²⁹⁷ Die endgültige CI wurde dem Bundesvorstand im Anschluss an seine Sitzung am 17. November 2003 präsentiert und auf dem Leipziger Parteitag vorgestellt.²⁹⁸

Die Schriftart des neuen Logos orientierte sich weiterhin im Grundsatz am Antique Olive-Vorbild, allerdings deutlich verschlankt und dynamisiert. Einen Bruch stellte das neue Logo mithin nicht dar, da auch die Schrägstellung und das CDU-Rot erhalten blieben.²⁹⁹ Um die Variabilität zu beschränken, wurde eine „Logoschutzzone“ definiert, in der nur Gliederungsbezeichnungen zulässig sein sollten, und für grafische Zusätze eine „Logozusatzzone“ links neben dem Logo eingerichtet.³⁰⁰ Als Akzentfarbe war erwartungsgemäß Orange (Patrone 144C) festgelegt worden. Zur Begründung führte man an, dass die Farbe politisch nicht besetzt sei und eine emotionale Dimension anspreche. Dabei ging die ursprüngliche Idee für das Orange auf die Bundesvorsitzende Angela Merkel selbst zurück.³⁰¹ Blau sollte weiterhin als Kommunikationsfarbe Verwendung finden, etwa als Hintergrundton, dem sogenannten Fond.³⁰² Die bisher von der Bundespartei verwendete Hausschrift Franklin Gothic wurde von der neu-

297 Ergebnisse der Leitungsklausur in Groß Ziethen am 4./5. September 2003, ebd. Man folgte damit auch einem Trend in der Werbung, die stark auf Orange setzte, vgl. Schüler: Farben, S. 37.

298 Protokoll der Sitzung des Bundesvorstandes der CDU Deutschlands am 17. November 2003, in: ACDP 07-001-2304. Vgl. auch: CDU mit neuer Werbelinie, in: Union in Deutschland vom 4. Dezember 2003.

299 Das Rot stand während des Entwicklungsprozesses nie zur Debatte: Interview mit Olaf Dembinski am 24. Oktober 2024.

300 CDU-Bundesgeschäftsstelle: Die CI der CDU, S. 11–13; Die Basiselemente des Erscheinungsbildes CDU vom Februar 2004, S. 5–17: <https://www.designtagebuch.de/cd-manuals/cdu-gestaltungsrichtlinien.pdf> (Abruf: 2. Januar 2025).

301 Interview mit Olaf Dembinski am 24. Oktober 2024.

302 CDU-Bundesgeschäftsstelle: Die CI der CDU, S. 19; Basiselemente, S. 19.



Abb. 26: Plakat zur Europawahl 2004 (ACDP 10-030-1204)

traleren CDU Kievit abgelöst, die nun für die Gesamtpartei, insbesondere auch bei Onlineauftritten, verbindlich werden sollte.³⁰³

Auf dem Leipziger Parteitag konnte Angela Merkel somit nicht nur in organisatorischer, programmatischer und personeller Hinsicht Voraussetzungen für ihre Kanzlerkandidatur bei der nächsten Bundestagswahl schaffen, sondern den Wandel der CDU auch visuell akzentuieren.³⁰⁴ In der Presse wurde dies durchaus wahrgenommen.³⁰⁵ Auch die Rückmeldungen aus der Partei scheinen durchweg positiv gewesen zu sein.³⁰⁶ Der Testlauf für das neue Design war dann die Bürgerschaftswahl in Hamburg im Februar 2004, die die CDU deutlich gewann.³⁰⁷ Der Erfolg wurde auch der von Laurenz Meyer vorangetriebenen visuellen Konzeption zugeschrieben.³⁰⁸

Im Europawahlkampf 2004 wurde die neue Strategie dann auch bundesweit etabliert (Abb. 26)³⁰⁹ und blieb im Grunde genommen die gesamte Ära Merkel hindurch gültig. 2010 wurde eine aktualisierte Fassung des Manuals zur CI herausgegeben, wobei unter anderem der blaue Fond nochmals herausgestellt wurde.³¹⁰ Bei den Schriften blieb die CDU Kievit die etablierte Textschrift, für Überschriften sollte nun jedoch die CDU Helvetica verwendet werden. Als Webschrift wurde Verdana festgelegt.³¹¹ Viel detaillierter als noch 2003 wurden für alle möglichen Einsatzmöglichkeiten von Schriften und Farben, ob physisch

303 CDU-Bundesgeschäftsstelle: Die CI der CDU, S. 17; Basiselemente, S. 20; Interview mit Dembinski am 24. Oktober 2024.

304 Zur Bedeutung des Parteitages Gerd Langguth: Angela Merkel. Biografie. 6. Aufl. München 2010. S. 256–261.

305 Union setzt auf ein frisches Orange, in: Leipziger Volkszeitung vom 1. Dezember 2003; Mit Orange wird alles gut, in: FR vom 2. Dezember 2003.

306 Interview mit Olaf Dembinski am 24. Oktober 2024.

307 ACDP Plakatarchiv 10-006-1600; Alles so schön orange hier, in: Die Zeit vom 26. Februar 2004; „Frisch und modern, das ist für die CDU untypisch“, in: FAZ vom 26. Februar 2004.

308 Der Frauenflüsterer, in: Stern vom 22. April 2004.

309 ACDP Plakatarchiv 10-030-1204.

310 CDU-Bundesgeschäftsstelle: Corporate Design der Union. Das visuelle Erscheinungsbild der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, Berlin 2010, S. 30 f., https://www.designtagebuch.de/cd-manuals/cdu_design_manual.pdf (Abruf: 2. Januar 2025).

311 Ebd., S. 32 f.



Abb. 27: Plakat zur Bundestagswahl 2017 (ACDP 10-001-15000)

oder virtuell, Vorgaben gemacht. Das Bemühen, auf allen Ebenen eine einheitliche visuelle Strategie durchzusetzen war also klar erkennbar.

Zur Bundestagswahl 2017 zeigte sich dann in dem von der Agentur Jung von Matt hergestellten Wahlkampfmaterial eine gewisse Absetzung vom bislang verfolgten Konzept. Es wurde nach langer Abstinenz erneut mit Schwarz, Rot und Gelb beziehungsweise Gold gearbeitet. Die Farben wurden auf den Plakaten mit sich überlagernden geometrischen Formen dargestellt und so über dunklere Farbschattierungen auf geradezu abstrakte Weise zusammengefügt (Abb. 27).³¹² Damit war die Darstellung sehr variabel für verschiedene Zwecke einsetzbar.³¹³ Das Orange trat in dieser Konzeption in den Hintergrund, was durchaus registriert wurde.³¹⁴ Auch die Europawahl 2019

wurde mit einer ähnlichen Kampagne bestritten, ergänzt um die Europaflagge.³¹⁵

Die Bundestagswahl 2021, zu der Merkel nicht mehr antrat, wurde von der Agentur Serviceplan bestritten. Das Spiel mit den Nationalfarben wurde aus der Konzeption von 2017 übernommen. Jedoch wurden die Farben nicht mehr durch Drei- oder Vierecke dargestellt, die einen Großteil des Raumes ausfüllten, sondern in einen Ring gefasst, der Themen- wie Kandidatenfotos umfasste.³¹⁶ Auch hier war die Variabilität von großer Bedeutung.³¹⁷ Die Kampagne wurde in der Presse jedoch als unscheinbar und mutlos charakterisiert und Parteigrößen wie Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer oder der Vorsitzende

312 Die Kampagnen-Werbelinie der CDU zur Bundestagswahl 2017 (22. Juni 2017), <https://www.youtube.com/watch?v=0jH0ciD0BvA> (Abruf: 2. Januar 2025); Noch 93 Tage, in: Die Welt vom 23. Juni 2017; Sabine Danek: So sieht Jung von Matts erste Kampagne für die CDU aus (26. Juni 2017), <https://page-online.de/kreation/so-sieht-die-erste-kampagne-von-jung-von-matt-fuer-die-cdu-aus/> (Abruf: 2. Januar 2025). Zentral ist in diesem Zusammenhang: ACDP Plakatarchiv 10-001-15000.

313 Interview mit dem Leiter der Stabsstelle Kampagnenservice der CDU-Bundesgeschäftsstelle, Harald Walter, am 24. Oktober 2024.

314 Patriotische Verpackung, in: SZ vom 23. Juni 2017.

315 ACDP Plakatarchiv 10-030-2310.

316 Eine Übersicht verschiedener Großplakate findet sich unter <https://www.horizont.net/galerien/Wahlplakate-der-CDU-4377> (Abruf: 2. Januar 2025).

317 Interview mit Harald Walter am 24. Oktober 2024.

des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages Norbert Röttgen traten mit einem eigenen Design auf.³¹⁸

Die Neuorientierung der CDU nach dem Ende der Ära Merkel hatte auch Folgen für die im Grunde kaum noch relevante CI. Nachdem schon beim Landtagswahlkampf der CDU Thüringen 2019 Türkis neben Orange Einzug gehalten hatte,³¹⁹ setzte bei der Landtagswahl in Niedersachsen im Oktober 2022 die dortige CDU ebenfalls auf Türkis.³²⁰ Ihnen folgte der Landesverband Berlin bei der Wiederholungswahl zum Abgeordnetenhaus Anfang 2023 mit einer Werbelinie in Türkis, wobei nun das Logo in Orange daherkam.³²¹ Der Landesverband Hessen schließlich setzte zur Landtagswahl im Oktober 2023 auf Petrol.³²² Das Vorbild für diese Farbwahl dürfte in Österreich bei der ÖVP zu suchen sein, die bereits 2017 unter Sebastian Kurz Türkis als neue Farbe angenommen und damit die Nationalratswahl 2019 gewonnen hatte.³²³

Der seit Januar 2022 amtierende neue CDU-Bundesvorsitzende Friedrich Merz sah sich also einer Situation gegenüber, in der erneut die visuelle Einheitlichkeit der CDU zunehmend verloren zu gehen drohte. Neben der personellen und inhaltlichen Neuorientierung sollte daher auch eine Überarbeitung des äußeren Erscheinungsbildes der CDU erfolgen.³²⁴ Am 19. September 2023 präsentierten Carsten Linnemann und Christine Stumpp ein durch die Hamburger Agentur Guru entwickeltes neues Logo. In typografischer Hinsicht gab es keine Veränderungen.³²⁵ Die Schrift erscheint nun nicht mehr in Rot, sondern in Union-Schwarz. Ergänzt

318 CDU stolpert durch die sozialen Medien, in: Die Welt vom 2. September 2021; Plakativ, in: Der Tagesspiegel vom 3. September 2021.

319 ACDP Plakatarchiv 10-037-1205.

320 Kampfgeist in Türkis, in: Rotenburger Kreiszeitung vom 5. Oktober 2022. Ein Bild mit Plakaten der CDU Niedersachsen befindet sich unter <https://www.noz.de/deutschland-welt/meinung/artikel/niedersachsen-die-cdu-muss-noch-viel-ueberzeugungsarbeit-leisten-42684500> (Abruf: 2. Januar 2025). Vgl. auch: CDU: Schulen „raus aus Kreidezeit“, in: Northeimer Neueste Nachrichten vom 12. August 2022.

321 Die CDU stylt sich neu, in: B.Z. vom 27. November 2022. Beispiele für Großflächenplakate finden sich unter <https://www.imago-images.de/offers/533307/News/Aktuelles-Zeitgeschehen/Wahlplakate-in-Berlin?db=stock> (Abruf: 2. Januar 2025).

322 ACDP Plakatarchiv 10-007-3000. Vgl. auch: CDU startet Wahlkampf, in: FR vom 25. März 2023.

323 Von der Traditionspartei zur „Ich-AG“, in: NZZ vom 1. Juli 2017; Von Schwarz-Blau zu Türkis-Blau: Parteien und ihre Farben (24. Oktober 2017), <https://kurier.at/politik/inland/koalition-von-schwarz-blau-zu-tuerkis-blau-parteien-und-ihre-farben/293.992.759> (Abruf: 2. Januar 2025). Für die Erarbeitung des neuen CI der Bundespartei soll dies aber keine Rolle gespielt haben, denn da diverse Farben aus politischen Gründen wegfielen, sei man im Designprozess schnell in das Farbspektrum des Türkis gekommen: Interview mit Harald Walter am 24. Oktober 2024.

324 Interview mit Harald Walter am 24. Oktober 2024.

325 Zum Folgenden CDU-Bundesgeschäftsstelle: CDU Corporate Design Manual. 2. Aufl. Berlin 2023, https://ci.cdu.de/sites/www.ci.cdu.de/files/cdu_manual2023_november.pdf (Abruf: 2. Januar 2025) Die Typografie soll zu keinem Zeitpunkt zur Disposition gestellt worden sein: Interview mit Harald Walter am 24. Oktober 2024.



Abb. 28: Logo der CDU seit 2023 (Logo-vorlage der CDU-Bundesgeschäftsstelle)

wird es durch den sogenannten Bogen, der dem Logo vorangestellt wird. Dabei handelt es sich um drei nebeneinanderstehende, in Bogenform ansteigende Balken in den Farben Union-Schwarz, Union-Rot und Union-Gold, die im Manual als „Mercedesstern oder Apfellogo“ der CDU bezeichnet werden und ein wenig an die Signalanzeige eines Mobiltelefons erinnern (Abb. 28). Im Kreativprozess scheinen vor allem die

dynamischen und aufwärtsstrebenden Eigenschaften des Bogens gut angekommen zu sein.³²⁶ Außerhalb des Schutzraums des Logos kann der Bogen als Projektionsfläche für unterschiedliches Bildmaterial genutzt werden. Damit haben Landes- und Kreisverbände nach langer Zeit erstmals nicht mehr die Möglichkeit, das Logo mittels eigener Zusätze wie Wappen oder Symbole zu individualisieren. Dies geht nun nur noch in Versalien unterhalb des Logos, wofür die Schrift *Inter regular* bestimmt wurde.³²⁷ Die wichtigsten Veränderungen betrafen aber die Farbwahl. Als neue Hauptfarben wurden Cadenabbia-Türkis und Rhöndorf-Blau – ein deutlich ins Schwarze changierender Blauton – festgelegt, benannt nach dem bevorzugten Urlaubsort und dem Wohnort Konrad Adenauers.³²⁸ Das Türkis soll symbolisch für „Freiheit, Vitalität, Dynamik“ stehen, das Blau für „Sicherheit, Substanz, Kompetenz“, das „Ying und Yang der CDU“. Weiterhin können Weiß und Union-Gold zum Einsatz kommen. Als Headline-Schrift soll *Inter*, für die Sublines und Fließtexte *IBM Plex Serif* verwendet werden.

Bei der Logo-Vorstellung verdeutlichte Linnemann nochmals die Uneinheitlichkeit in der Präsentation der Marke CDU in den vergangenen Monaten, der mit dem neuen Logo und der Farbwahl begegnet werden sollte. Die Farbwahl wurde als Vereinheitlichung der zunehmenden Tendenz innerhalb der Partei zur Übernahme dieser oder ähnlicher Farben interpretiert. Eine Verbindung zum Auftritt der ÖVP sah er nicht, da das dort genutzte Türkis ganz anders sei. Für Linnemann war es jedoch selbstverständlich, dass die CDU als „Deutschlandpartei“ auch die Nationalfarben ins Logo übernahm.³²⁹ In der Presse wurde neben

326 Interview mit Harald Walter am 24. Oktober 2024.

327 Der Wechsel der Schrift hing vor allem damit zusammen, dass man für CDU Kievit Lizenzgebühren bezahlen musste, während *Inter* lizenzfrei ist: Interview mit Harald Walter am 24. Oktober 2024.

328 Cadenabbia-Türkis war eine Wortschöpfung von Guru, die auf große Zustimmung traf. Rhöndorf-Blau trug ursprünglich einen anderen Namen, wurde dann aber neu bezeichnet: Interview mit Harald Walter am 24. Oktober 2024.

329 Unser starkes Zeichen. Für die Erneuerung. Für den Zusammenhalt. Für die CDU (19. September 2023), <https://www.youtube.com/watch?v=3c7ZH1PVK7s&t=169s> (Abruf: 2. Januar 2025).

einigen Pannen im Rahmen der Vorstellung – Angela Merkel wurde erst in letzter Minute in das Vorstellungsvideo integriert, in dem zusätzlich anstelle des Reichstages der georgische Präsidentenpalast zu sehen war³³⁰ – vor allem die Nähe der Farbgebung zur ÖVP thematisiert. Zum Teil war damit sogar die Überlegung verbunden, ob die CDU sich farblich in Richtung der rechtspopulistischen Alternative für Deutschland (AfD) bewege.³³¹ Allerdings bemerkte man auch, dass die Bezugnahme auf Adenauer und die Abwendung vom Orange der Merkel-Ära auf gewisse programmatische Veränderungen hindeutete.³³²

7. Fazit

Eine nähere Betrachtung der Geschichte des Logos der CDU offenbart eine hochgradige Komplexität. Dabei lassen sich einige durchgehende Entwicklungslinien ausmachen. Zunächst wäre die bei allen deutschen Parteien zu beobachtende Bevorzugung von Wort- oder Wort-Bildmarken gegenüber reinen Bildmarken zu nennen.³³³ In der Nachkriegszeit dominierten bei der CDU wohl schon aus Kostengründen Akronyme und ausgeschriebene Parteinamen gegenüber bildlichen Darstellungen. Signets mit bildlichen Elementen wie das Kreuz-Kreis-Logo im Rheinland dürften eher die Ausnahme von der Regel dargestellt haben. Trotz der Etablierung der bildlichen Darstellung des Adler-Kreuz-Logos blieb in den nachfolgenden Wahlkämpfen der Adenauerzeit die Parallelnutzung von Bild- und Wort-Marke üblich. Erst durch das Helvetica-Logo neigte sich die Waage endgültig in Richtung der Wortmarke. Keines der 1971 abgefragten Logos enthielt noch Bildelemente. Mit Antique Olive kamen dann die erwähnten Individualisierungstendenzen in Form von Wappen oder Symbolen zum Tragen. Der 2023 eingeführte Bogen ist dagegen nach langer Zeit wieder ein grafisches Element, das offiziell zum Logo gezählt wird.

Ein weiterer wichtiger Aspekt für die Entwicklung des Logos war die ausgeprägte föderalistische Struktur der CDU.³³⁴ Allein in der SBZ bildete sich eine

330 Jetzt streitet die CDU sogar übers Logo, in: Die Welt vom 21. September 2023.

331 Schwarz und begeistert, in: SZ vom 20. September 2023; „Ins Verderben“, in: Der Tagespiegel vom 21. September 2023. Harald Walter streitet eine solche farbliche Nähe deutlich ab: Interview mit Harald Walter am 24. Oktober 2024.

332 Zwei Farben Blau, in: WAMS vom 23. September 2023; Vital wie Adenauer, in: Der Spiegel vom 23. September 2023.

333 Vgl. die Übersicht bei Eva Theil: Parteilogos im Wandel der Zeit (22. April 2015), <https://www.politik-kommunikation.de/politik/parteilogos-im-wandel-der-zeit/> (Abruf: 2. Januar 2025). Die Aussage in der 1966 eingereichten Dissertation von Arnold Rabbow, dass „[k]aum eine politische Partei [...] ohne Symbole oder Embleme“ auskommt, war schon zum Zeitpunkt der Veröffentlichung nur noch bedingt korrekt: Arnold Rabbow: Visuelle Symbole als Erscheinung der nicht-verbalen Publizistik (Münster; Univ.; Diss.). Münster 1968.

334 Josef Schmid: Die CDU. Organisationsstrukturen, Politiken und Funktionsweisen einer Partei im Föderalismus. Opladen 1990.

stärker zentralistisch orientierte Funktionsweise heraus, was bei der allgemeinen Durchsetzung des Reichsgeschäftsstellenlogos von Nutzen war. In den Westzonen hingegen schafften es nicht einmal die Landesverbände, Vorgaben in dieser Hinsicht zu machen geschweige denn durchzusetzen. Entsprechend waren auch die Bemühungen Adenauers und Hoffstätters in den Jahren 1949/50 nicht von Erfolg gekrönt. Erst die Erkenntnis, dass ein gemeinsames Symbol nicht nur die innerparteiliche Geschlossenheit befördern, sondern auch eine für Wahlkämpfe förderliche Außenwirkung haben würde, führte 1953 zur Einführung des Adler-Kreuz-Logos. Eine Durchsetzung als einziges Logo wurde jedoch weder angestrebt noch realisiert. Erst mit dem Eintritt in die Helvetica-Phase ab 1965 wurde der Anspruch der Bundesgeschäftsstelle auf Herstellung einer visuellen Einheitlichkeit der Partei deutlicher, wobei auch die zunehmende Bedeutung der Demoskopie eine Rolle gespielt haben dürfte.³³⁵ Die Krise nach der verlorenen Bundestagswahl 1969 zeigte aber die Möglichkeiten der Landesverbände zu eigenen kreativen Lösungen, sobald sie nicht mehr von der Wirkungskraft der Ideen der Bundesgeschäftsstelle überzeugt waren, ein Vorgang, der sich fast 55 Jahre später nach Ende der Ära Merkel wiederholen sollte. Erst mit der Einführung des Antique-Olive-Logos ab 1972 setzte sich die Gestaltungshoheit der Bundespartei endgültig durch, wobei auch die guten Individualisierungsmöglichkeiten des Logos eine Rolle gespielt haben dürften. Der Versuch Biedenkopfs und von Mannsteins, ein eigenes Erkennungszeichen neben dem Logo zu etablieren, scheiterte. Der Trend zur Zentralisierung der visuellen Gestaltung der CDU verstärkte sich nach dem Ende der Ära Kohl mit einer Etablierung eines CD und der zunehmenden Beschränkung der Logo-Individualisierung.

Die dritte Linie liegt in der Bedeutung von Schwarz-Rot-Gold für das Logo. Nachdem Ferdinand Friedensburg bereits 1946 die Farben für ein Parteilogo verwenden wollte, bemühte sich Adenauer dann 1949 darum, die Wirmer-Flagge als Erkennungszeichen der Partei zu etablieren. blieb er zunächst noch ohne Erfolg, da man sich nicht sicher war, ob die Öffentlichkeit die neue Flagge gegenüber Schwarz-Weiß-Rot bevorzugen würde, setzte er mit der Einführung des Adler-Kreuz-Logos seine Vorstellungen durch. Die CDU schärfte so auch symbolisch ihr Image als staatstragende Partei. Mit dem Helvetica-Logo verzichtete man zum einen auf die Nationalfarben, zum anderen wurde Rot als Schriftfarbe zu einem langlebigen Kennzeichen der CDU, was auch in der Antique-Olive-Ära so blieb. Ab 1976 kam dann der durch von Mannstein eingeführte Flaggenblock hinzu, der zwar formell nicht als Teil des Logos zu gelten hatte, es aber faktisch bis in die 1990er Jahre begleitete. Unter Angela Merkel wurde mit Orange eine eigene Parteifarbe definiert, nachdem Überlegungen einer Gestaltung mit Grün Anfang der 1970er Jahre nicht überzeugt hatten. Schwarz-Rot-Gold verschwand wieder aus dem Erscheinungsbild der Partei. Zur Bundestagswahl 2017 kehrte

335 Mergel: Propaganda, S. 98–100.

es jedoch deutlich zurück und verdrängte zunehmend das Orange. Mit der Neugestaltung 2023 änderte sich nicht nur die Parteifarbe, mit dem Bogen kehrten auch die Nationalfarben wieder ins Logo zurück.

Viertens ist schließlich deutlich geworden, dass Logoumgestaltungen vor allem in Zeiten politischer und programmatischer Neuorientierung vorkommen. Dies war am Ende der Adenauer-Ära mit der Abkehr vom Adler-Kreuz-Logo und den Veränderungen im Schriftbild ebenso der Fall, wie nach dem Machtverlust 1969, sowie den langen Kanzlerschaften von Kohl und Merkel. Es dürfte kein Zufall sein, dass die visuelle Umgestaltung der programmatischen Standbestimmung vorangeht. So folgte der Einführung von Antique Olive die Erarbeitung des ersten Grundsatzprogramms der CDU von 1978, den Veränderungen von 2003 das Grundsatzprogramm von 2007 und der neuesten Metamorphose das erst kürzlich beschlossene Grundsatzprogramm von 2024. So ist die Neugestaltung eines Logos immer auch ein hochgradig symbolischer und politischer Akt.

Andreas Hermes und die Gesellschaft für die Wiedervereinigung Deutschlands e. V.

Andreas Grau

So alternativlos und folgerichtig die Außen- und Deutschlandpolitik von Bundeskanzler Konrad Adenauer rückblickend erscheint, so umstritten war sie in den frühen Jahren der Bundesrepublik Deutschland. Der von ihm verfolgte Kurs der Westintegration, der Wiederaufrüstung und der europäischen Integration konnte nur gegen große Widerstände durchgesetzt werden. Die Gegner der Adenauerschen Politik fanden sich dabei nicht nur in der SPD, der FDP und rechts- oder linksradikalen Gruppen, sondern auch in der eigenen Partei. Insbesondere in der Frage der Wiedervereinigung war die Politik des Kanzlers den nationalen Gruppierungen in der Union und auch Vertretern der Berliner CDU nicht konsequent genug.¹

Obwohl die CDU/CSU-Fraktion und ihre führenden Köpfe den Kurs Adenauers grundsätzlich unterstützten, gab es in ihren Reihen ebenfalls Vorbehalte und Kritik. Ein Zirkel, der die deutsche Teilung in den Mittelpunkt seiner Agitation stellte und sich deshalb für Kontakte zur Sowjetunion aussprach, war die Gesellschaft für die Wiedervereinigung Deutschlands. Mentor und Vorsitzender der Gesellschaft, in der sich viele prominente Politiker aus dem Unionslager versammelten, war der CDU-Mitgründer Andreas Hermes². Noch vor Gründung der Bundesrepublik Deutschland rief er im März 1949 den Godesberger Kreis ins Leben, aus dem Anfang 1950 die Gesellschaft für die Wiedervereinigung Deutschlands e. V. hervorging. Zur Gesellschaft gehörten unter anderem das Mitglied des Parlamentarischen Rates und Landtagsabgeordneter aus Württemberg-Hohenzollern, Paul Binder, der Landwirtschaftsminister aus Nordrhein-Westfalen, Heinrich Lübke, der CDU-Mitgründer und ehemalige Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, Theodor Steltzer, das Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses, Ernst Lemmer, der ehemalige Botschafter, Mitgründer der CSU und stellvertretende Vorsitzende der CSU-Landtagsfraktion, Friedrich-Wilhelm von Prittwitz und Gaffron, der ehemalige Botschafter Rudolf Nadolny, und sogar Bundestagspräsident Hermann Ehlers stand dem Kreis nicht fern.

Die Bedeutung des Godesberger Kreises zeigt seine Aufnahme in Meyers Enzyklopädisches Lexikon von 1974. Im Unterschied zu ähnlichen Zirkeln wie

1 Vgl. Hans-Peter Schwarz: Adenauer. Der Aufstieg 1876–1952. Stuttgart 1986, S. 655 und Hanns-Jürgen Küsters: Die Regierungspartei der Bundesrepublik Deutschland unter den Vorsitzenden Konrad Adenauer und Ludwig Erhard, in: Norbert Lammert (Hg.): Handbuch zur Geschichte der CDU. Grundlagen, Entwicklungen, Positionen. Darmstadt 2022, S. 125–145, hier 126.

2 Vgl. die Einschätzung von Hermes, „dem Adenauers nationalpolitischer Kurs nicht zusagt und der das Zeug zum Widersacher hätte“ bei Schwarz: Adenauer. Der Aufstieg, S. 644 f.

dem Laupheimer Kreis³ oder dem Nauheimer Kreis⁴, wies die Gesellschaft für die Wiedervereinigung Deutschlands eine enge Bindung an die Union auf. Welche Ziele dieser Kreis verfolgte, warum Konrad Adenauer ihn ablehnte, was die Gesellschaft für die Wiedervereinigung Deutschlands erreichen konnte, weshalb sie letztlich scheiterte und warum sie als Vorläuferin des Kuratoriums Unteilbares Deutschland gelten kann, soll im Folgenden dargelegt werden. Grundlage der Darstellung sind die umfangreichen Akten zur Gesellschaft in den Nachlässen von Andreas Hermes, Paul Binder und Friedrich-Wilhelm von Prittwitz und Gaffron im Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung in Sankt Augustin.

Der Godesberger Kreis

Noch bevor die Beratungen über das Grundgesetz zum Abschluss gekommen waren, beschloss Andreas Hermes Anfang 1949, „den immer sichtbarer werdenden Bemühungen der Siegermächte, die von ihnen besetzten Teile Deutschlands in ihre jeweilige Einflußsphäre einzubeziehen“, entgegenzutreten.⁵ In seinen Überlegungen wurde er durch Gespräche mit dem ehemaligen Botschafter des Deutschen Reiches in Moskau, Rudolf Nadolny, bestärkt, den Hermes noch aus Berlin kannte.⁶ Ende Februar 1949 lud er einen kleinen Kreis von ihm nahestehenden Persönlichkeiten für den 13. März 1949 zu sich nach Bad Godesberg ein, um „die Frage der Wahrung der Deutschen [sic!] staatlichen Einheit zu besprechen“.⁷ Zu dem Treffen kamen der Bankier Hermann Josef Abs, der Direktor beim Frankfurter Wirtschaftsrat, Hermann Pünder, sein Kollege Ludwig Erhard, Theodor Steltzer, der stellvertretende FDP-Vorsitzende und Mitglied des Frankfurter Wirtschaftsrates, Franz Blücher, Friedrich-Wilhelm von Prittwitz und Gaffron sowie der bereits genannte Nadolny. Entschuldigt hatten sich das Mitglied des Parlamentarischen Rates, Paul Binder und der Kölner Bankier Robert Pferdenges. In seiner einleitenden Ansprache stellte Hermes die

3 Vgl. zum Laupheimer Kreis Frank Häußler: Ulrich Steiner und der Laupheimer Kreis. Ein konservatives Randphänomen in der Frühzeit der Bundesrepublik Deutschland, in: Historisch-Politische Mitteilungen (HPM) 6 (1999), S. 189–206.

4 Vgl. zum Nauheimer Kreis Wolfgang Altgeld: Nauheimer Kreis, in: Historisches Lexikon Bayerns Nauheimer Kreis – Historisches Lexikon Bayerns, https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Nauheimer_Kreis (Abruf: 24. April 2025).

5 Anna Hermes: Und setzt ihr nicht das Leben ein. Andreas Hermes – Leben und Wirken. Stuttgart 1971, S. 259.

6 Vgl. ebd. Die Behauptung von Nadolny, die Initiative zu einem deutschen „Einheitsbund“ sei allein von ihm ausgegangen und er habe Hermes nur den Vorsitz angetragen, trifft sicher nicht zu. Vgl. Rudolf Nadolny: Mein Beitrag. Erinnerungen eines Botschafters des Deutschen Reiches, hg. von Günter Wollstein. Köln 1985, S. 348 f. Nadolny war 1933/34 Botschafter in Moskau und trat auf eigenen Wunsch von seinem Posten zurück.

7 Brief von Hermes an Theodor Steltzer vom 24. Februar 1949, in: Archiv für christlich-demokratische Politik (ACDP) Bestand Andreas Hermes 01-090-106/1.

seit Kriegsende von deutscher Seite gemachten Fehler und Versäumnisse heraus – vor allem diejenigen der politischen Parteien – wodurch der Einheitswille des deutschen Volkes bislang nicht genügend zum Ausdruck gekommen sei. Zudem sei in der Bevölkerung eine zunehmende Gleichgültigkeit festzustellen. Deshalb müsse der Versuch gemacht werden, die Deutschen – über Partei- und Zonengrenzen hinweg – in dem Wunsch zusammenzuführen, die Einheit des Vaterlandes zu retten. Nadolny stimmte Hermes zu und forderte ebenfalls eine Initiative von deutscher Seite. Dazu müsse eine Massenbewegung aller Deutschen in Ost und West geschaffen werden, die den Wunsch nach Wiedervereinigung zum Ausdruck bringe. Am Ende der Diskussion wurde die Gründung einer überparteilichen Organisation grundsätzlich beschlossen. Die weiteren Schritte sollten aber erst auf der nächsten Sitzung des Kreises, der durch andere Persönlichkeiten noch erweitert werden sollte, entschieden werden.⁸

Trotz des recht mageren Ergebnisses des Treffens sorgten die Persönlichkeit des Gastgebers sowie die Teilnehmerliste für ein gewaltiges Presseecho. Unter der Überschrift „Nadolny verhandelt“ berichtete die Welt am 15. März 1949, dass der frühere Botschafter „einen sehr engen Kontakt zur SMA“ (Sowjetische Militäradministration) pflege und wiederholt zum Ausdruck gebracht habe, „Deutschland könne und müsse mit der Sowjetunion zu einer Verständigung kommen.“ Die „Bildung einer westdeutschen Bundesregierung“ lehne er ab. Bei dem Treffen seien Fragen besprochen worden, „die die Verwirklichung eines gesamtdeutschen Staates ermöglichen“ und der „wirtschaftlichen Annäherung zwischen Ost- und Westdeutschland“ dienen. Der Teilnehmerkreis lasse aber darauf schließen, „dass man nicht nur zusammentraf, um über diese Probleme zu sprechen“.⁹ In der Hannoverschen Presse war sogar von einer „Geheimkonferenz in Bad Godesberg“ zu lesen. Das Treffen führender Politiker aus den bürgerlichen Parteien sei von Hermes „im geheimen vorbereitet worden“. Insbesondere die Teilnahme von Pünder und Erhard sei unverständlich, da die Person von Nadolny „in einem sehr bedenklichen Zwielficht“ stehe. Möglicherweise sei bei dem Treffen sogar über die Bildung einer „künftigen gesamtdeutschen Regierung“ beraten worden, mit Hermes als Kanzler und Nadolny als Außenminister.¹⁰ Auch das Hamburger Abendblatt stellte die Person von Nadolny in seinem Bericht in den Vordergrund. In Godesberg sei über die Möglichkeit eines Friedensvertrages und die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Ost- und Westdeutschland gesprochen worden.¹¹

Die westdeutschen Parteien nahmen den Kreis um Hermes mit Sorge und Verärgerung zur Kenntnis. Konrad Adenauer, Präsident des Parlamentarischen

8 Vgl. Teilnehmerliste und Zusammenfassung des Treffens am 13. März 1949, ebd.

9 Die Welt vom 15. März 1949, in: ACDP 01-090-110/1.

10 Vgl. Hannoversche Presse vom 15. März 1949, ebd.

11 Vgl. Hamburger Abendblatt vom 16. März 1949, ebd.

Rates und Vorsitzender der CDU in der britischen Zone, äußerte sich vor dem Wahlrechtsausschuss der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands am 19. März 1949 besorgt über eine mögliche Verständigung zwischen den USA und der UdSSR. Diese würde zweifellos zu Lasten Deutschlands gehen. Deshalb sei es außerordentlich wichtig, dass endlich „eine westdeutsche Bundesregierung“ gebildet werde, statt weiter im „absoluten Zustand der Negation“ zu verbleiben. Die im Parlamentarische Rat diskutierten Themen, wie die Länderfinanzen oder die Bundesfinanzverwaltung, seien für ihn „keine weltbewegende Frage“. Solange es keine westdeutsche Bundesregierung gebe, werde „die europäische Frage nicht weiterkommen“. Die Vorschläge, die von dem Nadolny-Kreis gemacht würden, stifteten dabei nur Verwirrung, und es sei ihm unverstänglich, wie „so prominente Leute eine solche Sache machen“ könnten.¹²

Auch von der SPD wurde die Initiative von Hermes und Nadolny kritisch beurteilt. Der ehemalige Botschafter habe gar keine Legitimation, über die deutsche Einheit zu verhandeln, erklärte der SPD-Pressedienst. Es sei doch vor allem die Politik der UdSSR, die für die Spaltung verantwortlich sei. Deshalb habe auch kein SPD-Politiker an dem Godesberger Treffen teilgenommen.¹³ Die ablehnende Haltung der SPD konnte nicht weiter überraschen. Schon 1947 hatte der SPD-Vorsitzende Kurt Schumacher die außenpolitischen Ideen von Rudolf Nadolny abgelehnt, als dieser ihn über seine Kontakte zur SMA informierte. Für Schumacher war der Botschafter seitdem kein ernsthafter Gesprächspartner mehr, sondern ein Agent der UdSSR.¹⁴

Aufgrund des negativen Echos auf das Godesberger Treffen sahen sich Hermes und Nadolny veranlasst, für den 21. März 1949 zu einer Pressekonferenz nach Frankfurt einzuladen, um ihre Sicht der Besprechung darzustellen. Statt der eingeladenen 12 Pressevertreter kamen über 100 Journalisten. Dabei stellte der ehemalige Botschafter klar, dass er kein Vertrauensmann der UdSSR sei und seit über einem Jahr keinen Kontakt mehr zur SMA habe. Wie Hermes anschließend betonte, zeige die große Aufregung um das Godesberger Treffen nur, wie drängend das Problem der deutschen Teilung sei. Die Deutschen soll-

12 Sitzung des Wahlrechtsausschusses der AG der CDU/CSU am 19. März 1949, in: Die Unionsparteien 1946–1950. Protokolle der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands und der Konferenz der Landesvorsitzenden. Bearb. von Brigitte Kaff (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 17). Düsseldorf 1991, S. 411. Adenauer spielt wahrscheinlich auf die Verhandlungen zwischen den USA und der UdSSR zur Beendigung der Berlin-Blockade an, die am 4. Mai 1949 zum Abschluss des Jessup-Malik-Abkommens führten.

13 Vgl. Hannoversche Presse vom 15. März 1949, in: ACDP 01-090-110/1.

14 Vgl. Hans-Peter Schwarz: Vom Reich zur Bundesrepublik. Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945–1949. Neuwied/Berlin 1966, Anm. 53. Zur Person von Nadolny und seinen Kontakten zur UdSSR vgl. auch Alexander Gallus: Die Neutralisten. Verfechter eines vereinten Deutschland zwischen Ost und West 1945–1990 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus u. der politischen Parteien, Bd. 127). Düsseldorf 2001, S. 146 f.

ten dessen Lösung nicht allein den Besatzungsmächten überlassen. Vielmehr könne auch das deutsche Volk eine wichtige Rolle in diesem Prozess spielen.¹⁵

Die kritischen Reaktionen auf die Godesberger Besprechung überraschten auch manche Teilnehmer. Franz Blücher fand es unverständlich, wie „das Geschreibsel in den Zeitungen“ zustande gekommen sei. Vermutlich stecke ein „parteitaktisches Manöver der SPD“ dahinter. Dabei habe man ja auch Männer der SPD und der Gewerkschaften hinzuziehen wollen, um durch „die Betonung des Gemeinsamen“ den politischen Willen anzutreiben. Der Kreis sei doch von der „Sorge um das ganze Volk und dessen Einbettung in den grossen europäisch-abendländischen Gedanken“ getragen gewesen. Vielleicht könne man ja noch aus „diesen dummen und verlogenen Angriffen ein Gutes machen“.¹⁶ In seiner Antwort ärgerte sich von Prittwitz und Gaffron darüber, dass in den Presseberichten besonders Nadolny und dessen Verbindung zur sowjetischen Besatzungsmacht herausgestellt worden sei. Vermutlich wäre es besser gewesen, wenn die Teilnehmer der Godesberger Besprechung sich direkt danach über ihren wirklichen Inhalt geäußert hätten.¹⁷

Auch die Neue Zürcher Zeitung konnte die scharfe Kritik an dem Godesberger Kreis nicht nachvollziehen. Bei nüchterner Betrachtung sei doch davon auszugehen, dass die Bewegung um Hermes und Nadolny „vielleicht ein beachtlicher Faktor in der zukünftigen deutschen Politik werden wird“. Der Wille der Deutschen, an einem Gesamtstaat festzuhalten, sei nun mal „eine unbestreitbare Tatsache“. Für jeden verantwortungsbewussten deutschen Politiker sei es auf Dauer unmöglich, das deutsche Anliegen ständig zu übergehen. Außerdem sei Russland „nun einmal ein mächtiger Nachbar Deutschlands“, mit dem ein „Weg zum Zusammenleben“ gefunden werden müsse. Dies könne am besten ein deutscher Staat, der „sich nicht restlos dem Westen verschreibt“. Hermes verstehe viel von den gesamtdeutschen Problemen und der russischen Mentalität. Auch Nadolny sei ein Fachmann für osteuropäische Fragen. Für beide sei ein Handeln auf „Wunsch oder Weisung der Sowjets oder der SED ausgeschlossen“. Ihre Initiative werde sicher „aus dem deutschen politischen Gespräch nicht wieder verschwinden“.¹⁸

Selbst Konrad Adenauer musste Ende April 1949 vor der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU anerkennen, dass es auch in der CDU Männer gäbe – „und zwar keine schlechten Männer“ –, die es zwar gut meinten, sich aber „der verhängnisvollen Täuschung hingeben“ würden, dass es besser sei, „wenn wir nicht zur

15 Vgl. Vermerk über die Pressekonferenz am 21. März 1949, in: ACDP 01-090-106/1 und Nadolny: Mein Beitrag, S. 349 f.

16 Brief von Blücher an von Prittwitz und Gaffron vom 29. März 1949, in: ACDP Bestand Friedrich Wilhelm von Prittwitz und Gaffron 01-139-007/1.

17 Vgl. Brief von Prittwitz und Gaffron an Blücher vom 9. Juli 1949, ebd..

18 Epilog zum Godesberger Teegespräch, in: NZZ vom 20. April 1949, in: ACDP, 01-090-106/1.

Gründung eines deutschen Bundes kommen würden“. Aus seiner Sicht werde jedoch die „russische Politik eine ungeheure Stärkung erfahren“, wenn die „politische Organisation der drei Westzonen“ misslingen würde. Wenn wir diesen deutschen Bund schaffen, so Adenauer weiter, „optimieren wir für die Mächte, die im Atlantikpakt vereinigt sind. Das sind die Mächte, die sich zusammengeschlossen haben, um gegenüber Asien die christlichen und die europäischen Ideale hochzuhalten.“¹⁹

Wie von der NZZ vorhergesagt, ließ sich Andreas Hermes von der öffentlichen Kritik nicht entmutigen und trieb seine Initiative weiter voran. Es sei doch ein Irrglaube, schrieb er Ende Juli 1949 an Heinrich Vockel, dass „der Westen ohne die Wiedervereinigung mit dem Osten eine gesicherte Zukunft haben“ werde. Das Problem Gesamtdeutschland sei nun „von höchster Aktualität“. Deshalb werde er zusammen mit Herrn Nadolny die „Gründung des Deutschen Einheitsbundes“ vorbereiten. Dafür brauche er „eine Front unabhängiger Männer, die keinerlei Posten suchen“. Leider habe sich Jakob Kaiser schon zu sehr ins „Fahrwasser des Westens“ ziehen lassen.²⁰ Ähnlich äußerte er sich gegenüber Robert Pferdenges. Für ihn gebe es keine Ost- oder Westpolitik, sondern nur eine deutsche Politik. Das Endziel müsse das einheitliche Deutschland sein. Jede andere Lösung bringe das Land nur in eine hoffnungslose Lage, so Hermes. Auch wenn die heutige politische Situation aussichtslos erscheine, müsse man sich für die Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes einsetzen.²¹ In diesem Schreiben kam allerdings schon ein Problem zur Sprache, das die Pläne von Hermes von Beginn an massiv behinderte: Durch seine Ämter als Präsident des Deutschen Bauernverbandes und des Deutschen Raiffeisenverbandes war er zeitlich sehr stark ausgelastet und hatte kaum noch Zeit. Wegen einer Reise nach Kanada wurde das nächste Treffen des Godesberger Kreises deshalb zunächst in den Juli verschoben²² und schließlich auf Ende August – und damit auf einen Zeitpunkt nach der ersten Bundestagswahl am 14. August 1949.

Allerdings stand das zweite Treffen des Kreises, zu dem Hermes für den 28. August 1949 einlud, unter keinem guten Stern. Schon im Vorfeld trafen zahlreiche Absagen ein. So teilte das ehemalige Mitglied des Parlamentarischen Rates und Leiter des Rechtsamtes der Bizone, Walter Strauß mit, dass ihm zwar die Einheit Deutschlands sehr am Herzen liege, aber der Zeitpunkt und das weitgefasste Anliegen der Besprechung wenig erfolgversprechend seien. Die Arbeit der neuen Bundesregierung und der politischen Parteien müsse dem Ziel der Wiedervereinigung dienen. Um in der westdeutschen Bevölkerung die Verbundenheit mit der Ostzone zu stärken, könne er sich zwar durchaus einen Kreis

19 Sitzung der CDU/CSU-Arbeitsgemeinschaft am 26. April 1949, in: Die Unionsparteien 1946–1950, S. 476 f.

20 Brief Hermes an Vockel vom 24. Juli 1949, in: ACDP 01-090-108/1.

21 Vgl. Brief Hermes an Pferdenges vom 4. Juli 1949, in: ACDP 01-090-106/1.

22 Vgl. Brief Hermes an von Prittwitz und Gaffron vom 18. Mai 1949, in: ACDP 01-139-007/1.

aus Persönlichkeiten aller Schichten und politischen Richtungen vorstellen. Da die Sozialdemokratie aber nicht an dem Treffen in Godesberg teilnehmen würde, fehle dem Kreis leider die erforderliche breite Streuung. Deshalb werde er seine Ziele nicht erreichen können.²³ Für die Berliner CDU erklärte Ernst Lemmer, dass im Vorfeld des Godesberger Treffens eine Pressekampagne dagegen stattgefunden habe, die vor allem Botschafter Nadolny herausgestellt habe, um das Ganze als sowjetische Initiative zu brandmarken. Alle Argumente und Einwände gegen diese Kampagne seien erfolglos gewesen. Leider habe Nadolny durch zahlreiche Erklärungen und Interviews selbst dazu beigetragen, „ihn zum schwarzen Gespenst“ zu machen. Auch sei bei den Vorbereitungen wohl ein Fehler gemacht worden, weshalb es leicht sei, die Besprechung nun als „eine Verschwörung gegen die westdeutsche Situation hinzustellen“. Seine Berliner Parteifreunde Heinrich Vockel, Heinrich Krone und Ferdinand Friedensburg seien deshalb „aufs äußerste deprimiert“. Zwar seien sie mit Hermes „voll und ganz einig“, aber wegen der schwierigen Lage müssten sie darum bitten, das Treffen zu verschieben. Auch er selbst, so Lemmer zum Schluss, rate dazu, einen besseren Zeitpunkt abzuwarten.²⁴ Ferdinand Friedensburg – stellvertretender Oberbürgermeister von Berlin – schrieb, dass er der Besprechung in Godesberg zwar sehr ungern fernbleibe, aber er könne sich keinen Krach mit seinen politischen Freunden in Berlin und mit Adenauer im Westen leisten. Außerdem werde das Treffen wegen der zahlreichen Absagen wohl kaum praktische Ergebnisse haben.²⁵

Auch der Vorsitzende der Berliner CDU, Walther Schreiber, erteilte Hermes eine Absage. Die Tatsache, dass es bisher nicht zur Herstellung der deutschen Einheit gekommen sei, liege doch nicht „an der mangelnden Begeisterung der Deutschen“, sondern „an den brutalen Methoden der Sowjets“. Die Initiative von Hermes erwecke jedoch den Eindruck, als hätten die maßgebenden politischen Kräfte in Deutschland „bisher nicht ihre Pflicht getan“. Außerdem, so Schreiber weiter, nähre sie den Verdacht, dass wichtige deutsche Persönlichkeiten „noch immer nicht die ganze Unerbittlichkeit des aggressiven kommunistischen Imperialismus erkannt hätten“ und glauben würden, man könne mit „wohlgemeinten Einheitsparolen etwas erreichen“. In wenigen Wochen werde endlich eine westdeutsche Regierung gebildet, die die Aufgabe habe, „für ganz Deutschland zu sprechen“. Daher sei es falsch, ihren Bemühungen vorzugreifen.²⁶

23 Vgl. Brief Strauß an Hermes vom 17. August 1949, in: ACDP, 01-090-106/1.

24 Vgl. Brief Lemmer an Hermes vom 26. August 1949, ebd. Zur kritischen Einstellung von Lemmer gegenüber der Deutschlandpolitik Adenauers siehe Michael Lemke: *Einheit oder Sozialismus? Die Deutschlandpolitik der SED 1949–1961*. Köln/Weimar 2001, S. 236.

25 Vgl. Brief Friedensburg an Hermes vom 25. August 1949, in: ACDP 01-090-106/1.

26 Brief von Schreiber an Hermes vom 16. August 1949, ebd..

Für weitere Absagen sorgten auch Telegramme, die Konrad Adenauer verschicken ließ und in denen er vor einer Teilnahme an der Godesberger Besprechung warnte.²⁷ Schließlich blieben auch die eingeladenen FDP-Politiker Theodor Heuss und Franz Blücher dem Treffen fern.²⁸

Letztlich folgten nur 16 Personen der Einladung von Andreas Hermes am 28. August 1949.²⁹ Außer Hermes und Nadolny nahmen der ehemalige Oberbürgermeister von Mönchengladbach, Wilhelm Elfes, und das ehemalige Mitglied des Parlamentarischen Rates, Paul Binder, aus dem politischen Bereich sowie der Berliner Propst Heinrich Grüber teil. Nach einem einleitenden Referat von Hermes beschloss der Kreis, ein ständiges Sekretariat zu errichten und einen vorläufigen Ausschuss zu gründen, dem Hermes, Nadolny, von Prittwitz und Gaffron, Binder, der Kölner Professor Peters und der Gutsbesitzer Hansen angehörten. Als Ziel des Ausschusses wurde festgelegt, das „Festhalten an der deutschen Einheit auf ländermäßiger Grundlage stärker als bisher zu betonen und zu vertreten unter Ablehnung aller nationalistischen und totalitären Tendenzen“. Das Ergebnis der Besprechung wurde im Anschluss der Presse erläutert.³⁰

Wie sich Hermes die Arbeit des Ausschusses vorstellte, legte er in einem Brief an Hermann Josef Abs dar. Die nun gegründete Gemeinschaft solle für die „Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands“ eintreten. Ihre Aufgabe sei, das „Verlangen des deutschen Volkes nach Wiedervereinigung“ zu stärken und das Ausland in Wort und Schrift über „die Lebensnotwendigkeit unseres Volkes“ aufzuklären. Dazu solle ein Informationsdienst herausgegeben und ein Sekretariat eingerichtet werden. Schließlich habe die Idee des Ausschusses schon „in weiten Teilen Deutschlands einen lebhaften Widerhall gefunden“. Um die Kosten von monatlich etwa 2.000 DM für diese Arbeit aufbringen zu können, bat er Abs um eine Spende.³¹ Mit den Finanzen hatte Hermes ein Problem angesprochen, das der Arbeit der Gesellschaft von Anfang an Schwierigkeiten bereiten sollte.

Zunächst schien der Start des Ausschusses aber erfolgsversprechend zu sein. Täglich liefen „spontane Zustimmungen und zwar von ernsten Leuten“ ein, teilte Hermes von Prittwitz und Gaffron Anfang September 1949 mit. Es sei keine Frage, dass wir „mit unseren Bestrebungen auf dem richtigen Weg sind“. Der Ausschuss müsse die „Dinge jetzt in aller Stille konsolidieren“. Es müsse jedoch

27 Vgl. Telegramm von Herbert Blankenhorn an von Prittwitz und Gaffron vom 24. August 1949, in dem Adenauer darum bittet, der Besprechung bei Hermes fernzubleiben, da die „Teilnahme von Mitgliedern der CDU/CSU unerwünscht“ sei. ACDP 01-139-007/1 und Allgemeine Kölnische Rundschau vom 26. August 1949, in: ACDP 01-090-110/2.

28 Vgl. Die Neue Zeitung vom 24. August 1949, ebd.

29 Vgl. Einladung von Hermes vom 11. August 1949, in: ACDP 01-105-070/2.

30 Protokoll der Sitzung am 28. August 1949, ebd. und Westdeutsche Allgemeine vom 30. August 1949, in: ACDP 01-090-110/2.

31 Brief von Hermes an Abs vom 19. August 1949, in: ACDP 01-090-108/1.

alles getan werden, um einen „Konflikt mit Bonn“ zu vermeiden. Sicherlich könne er dazu die „Mitarbeit mancher Freunde aus der Fraktion und im Bundestag“ gewinnen.³² Auch von Prittwitz hielt die Gründung eines Ausschusses, der den Willen des deutschen Volkes zur Zusammengehörigkeit betone, für dringend geboten. Die Spaltung Deutschlands wäre nicht so weit gekommen, wenn die Bevölkerung früher diesen Wunsch deutlich ausgedrückt hätte. Gerade im Augenblick der Gründung des westdeutschen Staates müsse das betont werden, stellte er gegenüber Adenauer klar. Die Parole einer Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit dürfe keinesfalls nationalistischen oder totalitären Kreisen überlassen werden. Deshalb halte er wenig davon, wenn die CDU ihre Mitglieder überwache und vor dem Kreis um Hermes und Nadolny warne. Die von verschiedenen Seiten geäußerte Kritik, Hermes oder Nadolny handelten im Auftrag der UdSSR, könne er nur als Unsinn bezeichnen.³³

Die Gründung der Gesellschaft für die Wiedervereinigung Deutschlands

Bis Ende 1949 hatte sich der Ausschuss unter der Leitung von Hermes darauf geeinigt, eine Gesellschaft für die Wiedervereinigung Deutschlands zu gründen. Über ihre genauen Aufgaben gingen die Vorstellungen aber zunächst sehr auseinander. So dachte Binder an Kundgebungen und einen „Generalstab“ für alle Fragen rund um die Sowjetische Besatzungszone. Um zu einer Wiedervereinigung zu kommen, schlug er als Programm vor: Die „Entbolschewisierung der Ostzone in jeder Hinsicht“, den Rückzug der russischen Truppen aus ihrer Zone, keine Beteiligung der Bundesrepublik an militärischen Einrichtungen sowie ein Verzicht auf die deutschen Ostgebiete, um „wirklichen Frieden“ mit den Satellitenstaaten herzustellen. Schließlich sei es notwendig, das vereinigte Deutschland so in West-Europa zu verankern, dass es „infolge seiner Größe nicht als Störungsfaktor empfunden wird“.³⁴ In einem unsignierten Papier von Januar 1950 hieß es hingegen, die Gesellschaft wolle alles tun, um die mit der Vereinigung Westdeutschlands mit der Sowjetischen Besatzungszone und den Ostgebieten zusammenhängenden Probleme zu lösen. Dazu sollten Kenner der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse in der Zone und in den früheren deutschen Ostgebieten die aktuelle Lage genau darstellen und daraus Aufgaben für

32 Brief von Hermes an von Prittwitz und Gaffron vom 7. September 1949, in: ACDP 01-139-007/1.

33 Vgl. Brief von Prittwitz und Gaffron an Adenauer vom 30. August 1949, ebd. Adenauer blieb dem Hermes-Nadolny-Kreis gegenüber aber weiter kritisch eingestellt, wie sein Brief an Hermes vom 18. September 1949 belegt: Wegen seiner Kontakte zu Nadolny komme Hermes für den Posten des Bundeslandwirtschaftsministers nicht in Frage. Vgl. Adenauer Briefe 1949–1951. Bearb. von Hans Peter Mensing (Rhöndorfer Ausgabe). Berlin 1985, S. 108.

34 Brief von Binder an Blauel (Sekretär des Ausschusses) vom 11. Dezember 1949, in: ACDP 01-090-106/1.

den Fall der Wiedervereinigung ableiten. Für verschiedene Forschungsfelder wie Landwirtschaft, Finanzen und Investitionen oder Industrie- und Verkehrspolitik wurden in dem Papier auch schon einzelne Experten genannt.³⁵

Am 21. Januar 1950 fand dann in Bad Homburg die Gründung der Gesellschaft für die Wiedervereinigung Deutschlands e. V. statt. In der Gründungsurkunde hieß es, die überparteiliche Gesellschaft habe den Zweck, „die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands bis zu ihrer Festlegung in einer gesamtdeutschen Verfassung und ihrer internationalen Anerkennung in einem Friedensvertrag mit friedlichen Mitteln zu betreiben“. Die Urkunde wurde von 65 Personen unterzeichnet, darunter Ernst Lemmer, Ferdinand Friedensburg, Paul Binder, Wilhelm Elfes, der niedersächsische Minister Günther Gereke, Heinrich Lübke, die Botschafter Rudolf Nadolny und Friedrich von Prittwitz und Gaffron sowie der frühere badische Staatspräsident Willy Hellpach.³⁶ In seiner Eröffnungsrede erklärte Andreas Hermes, dass die Politik der Siegermächte seit 1945 zum Verlust der staatlichen Einheit Deutschlands geführt habe. Durch die Uneinigkeit der Besatzungsmächte seien nun zwei deutsche Staaten entstanden. Wenn die Gesellschaft für das Lebensrecht und die Lebensnotwendigkeit des deutschen Volkes eintrete, richte sich dies nicht gegen andere und könne nicht mit Nationalismus verwechselt werden. Vielmehr diene die Rückkehr Deutschlands zur Selbständigkeit dem Frieden in Europa und der Welt. Aufgrund der zunehmenden Spannungen zwischen den politischen Parteien in Deutschland habe die Gesellschaft die Sorge, dass diese darüber die Lebensfrage des deutschen Volkes vergessen würden. Sie wolle das Gefühl der Verbundenheit zwischen allen Deutschen in Ost und West wachhalten und die Weltöffentlichkeit über die Lebensnotwendigkeit des deutschen Volkes aufklären. Gerade im Ausland herrsche große Unkenntnis über die Situation in Deutschland, das wegen seiner Lage nicht mit Ländern wie Schweden oder der Schweiz verglichen werden könne. Ein geteiltes Deutschland werde niemals zur Befriedung Europas und der Welt beitragen. Um ihre Ziele zu erreichen, wolle die Gesellschaft einen Informationsdienst herausgeben, den internationalen Gedankenaustausch über Deutschland fördern, Kundgebungen durchführen und Landes- und Kreisgruppen gründen.³⁷

Außer Hermes sprachen bei der Gründungstagung noch der Berliner Redakteur Harald Roos über die Wirtschaftsbeziehungen zwischen West- und Ostdeutschland, Friedrich von Prittwitz und Gaffron über Deutschland und Europa und Willy Hellpach zum Abschluss über deutsches Schicksal, deutsches Vermächtnis, deutsche Verpflichtung.³⁸ In der anschließenden Aussprache erklärte Bin-

35 Vgl. Aktennotiz von I/1950, in: ACDP 01-105-070/1. So sollte z. B. die Industrie- und Verkehrspolitik von Prof. Thalheim untersucht werden, die Finanzen und Investitionen von Prof. Meinberg und die soziologische Struktur der Bevölkerung von Prof. Gleitze.

36 Gründungsurkunde der Gesellschaft, ebd.

37 Vgl. Broschüre über die Gründungstagung am 21. Januar 1950, Rede von Hermes, ebd.

38 Vgl. ebd.

der, dass nun der richtige Zeitpunkt zur Gründung der Gesellschaft gekommen sei, da die Amerikaner eingesehen hätten, dass die Russen doch anders seien, als ursprünglich gedacht und erkennen würden, dass eine „Bolschewisierung“ ihrer Zone gegen den Willen der Bevölkerung nicht durchzusetzen sei. Allerdings müsse sich auch die Bonner Regierung darüber klar werden, dass eine Wiedervereinigung zu einer Gefährdung des bisher Erreichten führen könne. Wie Botschafter Nadolny ausführte, sei es für das Schicksal Europas ganz entscheidend, ob Deutschland bolschewistisch oder demokratisch werde. Die Teilung Deutschlands in Besatzungszonen sei ein Fehler der Alliierten gewesen. Durch die brutale Politik der UdSSR in ihrer Zone habe der gesamte Westen nun eine feindselige Haltung ihr gegenüber entwickelt. Es sei Aufgabe der Deutschen, die Verbindung zu allen Teilen Deutschlands nicht abreißen zu lassen und den Alliierten Vorschläge für einen gerechten Frieden zu machen. Ziel sei die Wiederherstellung Deutschlands in einem friedlichen Europa. Für Minister Lübke war der Wunsch nach Wiedervereinigung zwar überall vorhanden, werde aber bisher nicht immer klar zum Ausdruck gebracht. Deshalb sei die Gründung der Gesellschaft notwendig. Außerdem müsste sachliche Kritik an der Politik der Alliierten möglich sein. Allerdings dürfe dabei die Mitschuld mancher Deutscher nicht vergessen werden.³⁹

Wie der Bonner General-Anzeiger berichtete, habe die Gründung der Gesellschaft in Bad Homburg viel Beachtung aber auch viel Kritik erfahren. Es werde befürchtet, dass sie insbesondere der Propaganda der Nationalen Front in der DDR Vorschub leisten könnte. Grund dafür sei die Beteiligung von Nadolny.⁴⁰ Eher pessimistisch war der Bericht der Neuen Zürcher Zeitung über die Gründungstagung. Zwar seien die Forderungen der Gesellschaft „durchaus populär“, doch würde es sich bei den Gründern nur um „Männer zwischen 60 und 70 Jahren“ handeln. Das Programm der Gesellschaft erscheine „so abstrakt, so wirklichkeits- und lebensfremd“, dass es wohl „nur wenig Werbekraft“ auszustrahlen vermöge. Letztlich sei die ganze Gesellschaft „eine Bewegung von Leuten, die in ihrem nationalen Empfinden aufs tiefste verletzt sind, ohne fähig zu sein, das ungeheure Leid, das Deutschland über den Kontinent gebracht hat, in seinem Ausmaß und in seinen unvermeidlichen Konsequenzen zu erkennen“.⁴¹ Eigentlich müsste eine Gesellschaft für die Wiedervereinigung Deutschland völlig überflüssig sein, schrieb Christ und Welt. Es sei aber kennzeichnend für die ungesunde Entwicklung der deutschen Politik, dass sie existiere. Auch könne dem Kreis weder der Vorwurf gemacht werden, nur aus Nationalisten zu bestehen, noch die Politik der SED zu vertreten. Hermes habe klargestellt, dass

39 Vgl. ebd., Aussprache. Wie die Beiträge von Binder und Nadolny zeigen, hatten einige Mitglieder der Gesellschaft eine recht eigenwillige Sicht auf die weltpolitische Situation.

40 Vgl. General-Anzeiger vom 24. Januar 1950, in: ACDP 01-090-107/1.

41 Neue Zürcher Zeitung vom 24. Januar 1950, ebd.

die Gesellschaft die Politik der Bundesregierung für eine Befriedung Europas und für friedliche Beziehungen zu allen Völkern teile.⁴²

Bundeskanzler Adenauer war über die Gründung der Gesellschaft trotzdem ungehalten. Die Mitglieder der CDU/CSU-Fraktion bat er darum, der Gründungstagung besser fernzubleiben.⁴³ Vor der Fraktion erklärte er, dass es einen ungünstigen Eindruck machen würde, wenn „sich führende Männer der CDU/CSU“ [...] in Homburg mit Herrn Nadolny und Herrn Noack⁴⁴ treffen.“ Und weiter: „Das Anliegen der Wiedervereinigung haben wir alle. Wer sich aber mit Leuten wie Nadolny und Noack zusammensetzt, erweckt im Ausland den Eindruck, er sei ein Freund Russlands.“⁴⁵ In der anschließenden Aussprache wurde Adenauer allerdings von der Fraktion aufgefordert, mehr für die Wiedervereinigung zu tun. Die CDU dürfe nicht zulassen, dass der Eindruck entstehe, nur die SPD würde sich für die Einheit einsetzen.⁴⁶ Wie Hermann Pünder in einem Brief an Hermes noch berichtete, habe Adenauer in der Sitzung behauptet, Hermes sehe die Bundesregierung nur als eine vorübergehende Erscheinung an und spare sich selbst für eine gesamtdeutsche Regierung auf. In der Diskussion hätten Heinrich Lübke und Robert Tillmanns die Angriffe Adenauers auf die Gesellschaft für die Wiedervereinigung Deutschlands klar zurückgewiesen.⁴⁷

Erste Krisen

Unmittelbar nach ihrer Gründung geriet die Gesellschaft schon in eine Krise. Ebenso wie Paul Binder, der bereits im Dezember 1949 das Fehlen eines klaren Konzeptes, wie eine Wiedervereinigung erreicht werden könnte, festgestellt hatte, kritisierte dies auch Rudolf Nadolny. Wohl direkt nach der Gründungstagung erarbeitete er deshalb ein Programm und verschickte es Anfang Februar 1950 an die übrigen Vorstandsmitglieder. In dem 10-Punkte-Programm ging Nadolny von Deutschland in den Grenzen von 1937 aus und forderte, die „Abtrennungen deutschen Gebiets wieder rückgängig zu machen“. Das Reich müsse „sowohl territorial wie auch völkisch, wirtschaftlich, sozial und kulturell“ wieder geeint werden. Außer der Spaltung in Ost- und Westdeutschland sei auch die „Abtrennung der Ostgebiete bis zur Oder-Neiße-Linie, des Saargebiets und der von Holland, Belgien und Luxemburg im Westen annektierten Gebiete“

42 Vgl. Christ und Welt vom 2. Februar 1950, ebd.

43 Vgl. Brief von Ferdinand Friedensburg an von Prittwitz und Gaffron vom 25. Januar 1950, in: ACDP, 01-139-007/1.

44 Gemeint ist Ulrich Noack und sein 1948 gegründeter Nauheimer Kreis, der sich für einen neutrales Deutschland einsetzte. Vgl. Gallus: Die Neutralisten, S. 153 ff. Allerdings hatte Noack gar nicht an der Gründungstagung in Bad Homburg teilgenommen.

45 Protokoll der Fraktionssitzung vom 24. Januar 1950, in: ACDP 08-001-1006/2.

46 Vgl. ebd. Abrufbar auch unter www.fraktionsprotokolle.de

47 Vgl. Brief von Pünder an Hermes vom 25. Januar 1950, in: ACDP 01-090-107/1. Im offiziellen Protokoll ist darüber nichts vermerkt.

rechtswidrig erfolgt und rückgängig zu machen. Während im Westen an den Vorkriegsgrenzen festgehalten werden könne, müsse gegenüber Polen eine neue Grenze gebildet werden, die „den Ostpreußen abtrennenden Korridor beseitigt“. Die Vertreibung der „Volksdeutschen“ aus Polen und der Tschechoslowakei sei völkerrechtswidrig und unter unmenschlichen Bedingungen erfolgt. Die Vertriebenen aus Polen und der Tschechoslowakei sollten „ins Reich aufgenommen“ werden, während die Sudetendeutschen in ihre Heimat zurückkehren sollten – es sei denn, sie erhielten von der Tschechoslowakei „ein entsprechendes Territorium als deutsches Reichsgebiet zur Verfügung gestellt“. Deutschland müsse in jeder Beziehung wieder die „völlige Selbstbestimmung erhalten“ sofern es sich dazu verpflichte, „nicht wieder nazistisch oder sonstwie diktatorisch regiert“ zu werden. Für dieses Programm solle die Gesellschaft durch Presseartikel, Vorträge, Massenkundgebungen und einen Informationsdienst werben. Des Weiteren sollten Arbeitskreise gebildet werden.⁴⁸

Gegen diese Vorstellungen von Nadolny liefen mehrere Vorstandsmitglieder Sturm. Wie Binder Hermes mitteilte, halte er das ganze Programm „sowohl dem Inhalt als auch der Form nach für völlig verfehlt“. Falls manche Formulierungen im Ausland bekannt würden, müssten sie den Eindruck erwecken, als seien die Deutschen „unbelehrbare und unverbesserliche Nationalisten Hugenbergischer Prägung“. Sollte sich die Gesellschaft dieses Programm zu eigen machen, würde dies einen „nicht vorzustellenden Skandal“ auslösen. Es werde daher wohl nichts anderes übrigbleiben, als Nadolny zu raten, dass er sich „in Zukunft jeglicher Aktivität innerhalb der Gesellschaft enthält“.⁴⁹ Auch von Prittwitz und Gaffron war entsetzt über das Programm und dessen Sprache. Es verlasse die bisher von der Gesellschaft verfolgte ruhige und sachliche Linie.⁵⁰ Hermes rief daraufhin Nadolny an und bat ihn, das Programm zurückzuziehen, da es zu weitgehend sei.⁵¹

An der Vorstandssitzung der Gesellschaft am 12. März 1950, an der neben Hermes auch Binder, von Prittwitz und Gaffron, Nadolny, Roos, Reutter, Haffner und Generalsekretär Blauel teilnahmen, wurde das Programm von Nadolny daher nicht angesprochen. Vielmehr ging es um Änderungen an der Satzung und die Herausgabe des Informationsdienstes. Redakteur Roos wurde von Hermes damit beauftragt, eine Probenummer zu erstellen, die neben Informationen über die Wirtschaft der SBZ auch die Landwirtschaft und die Interessen der Vertriebenen berücksichtigen solle. Der Informationsdienst solle in Berlin

48 Nadolny: Mein Beitrag, S. 351 f. Auch wenn Nadolny betonte, an den international anerkannten Grenzen von 1937 festhalten zu wollen, ging er mit der Forderung zur Beseitigung des polnischen Korridors und nach Siedlungsgebieten für die Sudetendeutschen eindeutig darüber hinaus.

49 Brief von Binder an Hermes vom 13. Februar 1950, in: ACDP 01-090-107/1.

50 Vgl. Brief von Prittwitz und Gaffron an Blauel vom 10. Februar 1950, in: ACDP-139-007/1.

51 Vgl. Nadolny: Mein Beitrag, S. 353.

erstellt werden und alle 14 Tage erscheinen. Die erste Mitgliederversammlung der Gesellschaft wurde für den 12. Mai 1950 in Frankfurt geplant.⁵² Offenbar hatte Botschafter Nadolny wohl erwartet, in der Vorstandssitzung sein Programm verteidigen zu können. Da es nicht dazu gekommen sei, erklärte er einen Tag später seinen Austritt aus der Gesellschaft.⁵³ Es scheint sich aber um eine Kurzschlussreaktion gehandelt zu haben, denn Nadolny wurde bei der Mitgliederversammlung im Mai in den Vorstand gewählt und erwähnte den Austritt auch nicht in seinen Erinnerungen.⁵⁴

Die Mitgliederversammlung fand dann wie geplant am 12. Mai 1950 statt. Dabei wurde die Satzung verabschiedet und der Vorstand der Gesellschaft für die Wiedervereinigung Deutschlands gewählt. Die bisherigen Vorstandsmitglieder wurden bestätigt: Neben Andreas Hermes gehörten dem Vorstand Rudolf Nadolny, Paul Binder, Willy Hellpach, Friedrich von Prittwitz und Gaffron, Ernst Lemmer, Hans Peters, Alex Haffner und Albert Hansen an. Geschäftsführer blieb Fritz Blauel. Des Weiteren wurden noch Franz Reuter, Marie-Luise Gräfin Leutrum, Emil Bardey, Heinrich Lübke, Hartmann von Richthofen und Max Zwicknagel in den Vorstand berufen.⁵⁵

In seiner Eröffnungsansprache erklärte Hermes, dass die Wiedervereinigung nun wieder stärker im Zentrum der politischen Diskussion stehe. Vielleicht sei dies schon „unseren bisherigen Beratungen“ geschuldet. Auch wenn die gegenwärtige politische Situation keine große Hoffnung auf eine baldige Wiedervereinigung mache, müsse sich das deutsche Volk „mit den Waffen des Rechtes und der Moral“ dagegen wehren, dass sich auf seinem Gebiet die Auseinandersetzung der Weltmächte vollziehe. Westdeutschland, wo man sich persönlicher Sicherheit und Meinungsfreiheit erfreue, dürfe darüber die Millionen Deutsche im Osten nicht vergessen und man habe die Pflicht, alles zu unterlassen, was „die so verhängnisvoll weit getriebene Spaltung noch verschärfen könnte“. Die Gesellschaft habe daher Sorge, ob der Kurs der Bundesrepublik nicht „zu einseitig Richtung Westeuropa gesteuert“ werde. Zu großer Außenpolitik sei die Bundesrepublik gar nicht in der Lage. Die beste Außenpolitik sei deshalb diejenige, „die nicht gemacht wird“. Natürlich sei man für die friedliche Zusammenarbeit mit anderen Völkern und die Schaffung eines europäischen Wirtschaftsraumes, doch sollte man keine Bindung eingehen, die „für das gesamte deutsche Volk weittragende Folgen haben könnte“. So sei zu befürchten, dass der Beitritt zum Europarat „nicht einer Stärkung des gesamtdeutschen Gedankens und Strebens dienen könnte“. Fünf Jahre nach Kriegsende sei es nun endlich an der

52 Vgl. Protokoll der Vorstandssitzung am 12. März 1950, in: ACDP 01-105-070/1.

53 Vgl. Brief von Nadolny an Hermes vom 13. März 1950, ebd.

54 Vgl. Nadolny: Mein Beitrag, S. 353.

55 Vgl. Heft über die Mitgliederversammlung am 12. Mai 1950, in: ACDP 01-105-070/1.

Zeit, dem deutschen Volk „in einem Friedensvertrag die sicheren Grundlagen für seinen Neuaufbau“ zu geben.⁵⁶

Außer Hermes sprachen bei der Mitgliederversammlung noch Professor Hans Peters über „Die staatsrechtliche Lage Gesamtdeutschlands“ und Minister Heinrich Lübke über „Deutsche Landwirtschaft – Deutsche Einheit“.⁵⁷

Obwohl die Gesellschaft nun einen offiziellen Vorstand und eine Satzung hatte, war in der Mitgliederversammlung weder ein konkretes Programm festgelegt, noch die Frage des Informationsdienstes geklärt worden. Darum hinterließ die Versammlung vom 12. Mai 1950 bei Hellpach auch keine Begeisterung. Insgesamt sei man doch keinen Schritt weitergekommen, schrieb er an von Prittwitz und Gaffron. Beim Informationsdienst habe Herr Roos überhaupt nichts vorgelegt, und es zeige sich, dass Hermes viel zu sehr mit anderen Dingen beschäftigt sei. Außerdem werde die politische Situation zunehmend ungünstiger.⁵⁸ Wie groß die Arbeitsüberlastung von Hermes war, zeigte auch ein Brief von Geschäftsführer Blauel. Am 16. September 1950 teilte er Hermes mit, dass er die Geschäftsführung der Gesellschaft niederlegen wolle, da dieser keine Zeit für sie habe. Auch von Botschafter Nadolny sei keine Hilfe zu erwarten. Somit sei er „völlig auf mich selbst gestellt und erfahre weder Rat noch Hilfe“.⁵⁹

Vermutlich war die Resignation von Blauel auch auf die ergebnislose Vorstandssitzung Anfang August in München zurückzuführen. Dabei war intensiv über den geplanten Informationsdienst diskutiert worden. Wie Geschäftsführer Blauel erklärte, verfügte die Gesellschaft über kein Geld. Auf die warnenden Hinweise von Reuter und Bardey, die Gesellschaft gelte als zwielichtig oder gar kommunistisch infiltriert, erwiderte Hermes nur lapidar, man vertrete eine gute Sache und Kritik lasse sich nicht vermeiden. Letztendlich ging man ohne konkretes Ergebnis auseinander.⁶⁰

Bis Ende 1950 hatte sich die Finanzlage der Gesellschaft nicht verbessert. Wie der Finanzausschuss feststellte, war die Frage der kontinuierlichen Finanzierung der Gesellschaft ungelöst.⁶¹ Dazu trug auch der Informationsdienst „Deutsche Politik“ bei, der ab 14. Oktober 1950 wöchentlich erschien und neben einem

56 Eröffnungsansprache von Hermes am 12. Mai 1950, ebd. Der von Hermes abgelehnte Beitritt der Bundesrepublik zum Europarat wurde von Bundestag am 16. Juni 1950 beschlossen. Die Warnung vor vertraglichen Bindungen mit weitreichendem Folgen bezog sich wahrscheinlich auf den am 9. Mai 1950 vorgestellten Schuman-Plan.

57 Vgl. Heft über die Mitgliederversammlung, ebd.

58 Vgl. Brief von Hellpach an von Prittwitz und Gaffron vom 16. Juni 1950, in: ACDP1-105-007/1. Vermutlich spielt Hellpach auf die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie durch Polen und die DDR am 6. Juni 1950 und den Beginn der Verhandlungen über eine Montanunion am 20. Juni 1950 an.

59 Brief von Blauel an Hermes vom 16. September 1950, in: ACDP 01-090-107/1.

60 Vgl. Protokoll der Vorstandssitzung am 5. August 1950, in: ACDP 01-105-070/1.

61 Vgl. Vermerk über die Besprechung am 5. Dezember 1950, in: ACDP 01-105-070/2. Auch Nadolny klagt in seinen Erinnerungen über die knappen Finanzmittel. Vgl. Nadolny: Mein Beitrag, S. 354.

Leitartikel vor allem Wirtschaftsnachrichten aus der SBZ brachte.⁶² Die ersten Leitartikel – ohne Angabe eines Verfassers – kritisierten deutlich die Politik der Westmächte. Durch die Besatzungspolitik sei die Lethargie des deutschen Volkes vergrößert worden, hieß es etwa in Nummer 1. Auch die Gründung neuer Länder stelle ein Hindernis bei der Wiedervereinigung dar. Wenn der Westen jedoch die Wiedervereinigung verhindere, werde er das deutsche Volk nicht zur Verteidigung Europas gewinnen können.⁶³ Eine Woche später warf die „Deutsche Politik“ den Westmächten vor, auf die Abriegelung der innerdeutschen Grenze nicht reagiert zu haben. Nach der Aufhebung der Berliner Blockade hätte kein Interzonenhandelsabkommen geschlossen werden dürfen. Insgesamt müssten die Westmächte ihre Deutschlandpolitik gründlich ändern. Vor allem Frankreich müsse endlich die Bestimmungen von Potsdam und Jalta anerkennen.⁶⁴ Ende November 1950 wurde die Kritik in der „Deutschen Politik“ auch auf die Bundesregierung ausgeweitet. Sie sei nur „eine Teilgebiets-Regierung“, das sei „der Kernfehler der Bonner Konstruktion“. Die Bundesregierung sollte auf das Angebot aus Ost-Berlin, einen gesamtdeutschen Rat einzurichten, mit der Forderung nach freien Wahlen antworten. Es könnte nämlich sein, dass die UdSSR aus Angst vor einer Westintegration der Bundesrepublik zu Zugeständnissen in der deutschen Frage bereit sein werde.⁶⁵ Tatsächlich nahm die Bundesregierung diese Kritik zur Kenntnis. Bei einer Besprechung zwischen Hermes und dem neuernannten Staatssekretär im Bundeskanzleramt, Otto Lenz, im Februar 1951 kam dieser direkt darauf zu sprechen. Die Gesellschaft fordere doch Gespräche mit dem SED-Regime, so Lenz, damit würde sich die Bundesregierung auf eine gefährliche Bahn begeben. Ihm sei völlig klar, verteidigte sich Hermes, dass das SED-Regime nur im Westen Fuß fassen wolle. Doch halte er es nicht für sinnvoll, alle Vorschläge aus Ost-Berlin abzulehnen. Vielmehr sollte Bonn feststellen, ob es die andere Seite ernst meine.⁶⁶

1951: Das entscheidende Jahr

Zu Beginn des Jahres 1951 schienen sich grundlegende Änderungen in der Gesellschaft für die Wiedervereinigung Deutschlands anzukündigen. Aus seiner Kur schrieb Hermes an Lemmer, dass er entschlossen sei, „aus der Sorge

62 Vgl. die Ausgaben der Deutschen Politik in: ACDP 01-090-106/1.

63 Vgl. Deutsche Politik vom 14. Oktober 1950, ebd.

64 Vgl. Deutsche Politik vom 21. Oktober 1950, ebd.

65 Deutsche Politik vom 25. November 1950, ebd. Der Artikel nimmt Bezug auf die Prager Erklärung der Ostblock-Staaten vom 21. Oktober 1950 mit dem Vorschlag zur Bildung eines gesamtdeutschen Konstituierenden Rates. Vgl. Michael Lemke: Einheit oder Sozialismus? Die Deutschlandpolitik der SED 1949–1961. Köln/Weimar 2001, S. 131 f.

66 Vgl. Im Zentrum der Macht. Das Tagebuch von Staatssekretär Otto Lenz 1951–1953. Bearb. von Klaus Gotto/Hans-Otto Kleinmann/Reinhard Schreiner (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 11). Düsseldorf 1989, S. 45.

um unser politisches Schicksal heraus mich wieder stärker der Politik zuzuwenden“. Denn die „jetzige oft dilettantische Führung der Politik“ müsse verdrängt werden. Deshalb wolle er sich in beruflicher Hinsicht entlasten. Ende Februar werde er nach Berlin kommen, um eine politische Rede zu halten. Die Gesellschaft müsse aus der „Reserve nunmehr heraustreten“.⁶⁷ Offenbar waren die Pläne von Hermes aber nur ein kurzes Strohfeuer. Denn schon im Februar 1951 beklagte sich Geschäftsführer Blauel, dass dieser keine Zeit habe, sich um die Gesellschaft zu kümmern. Seit ihrer Gründung habe sich dieser Zustand nicht geändert. Falls die Gesellschaft weiter ohne richtige Führung und mit unklarer Finanzierung dahintreibe, werde sie ein unrühmliches Ende nehmen.⁶⁸ In der Vorstandssitzung am 12. März 1951 zog Andreas Hermes dann auch die entsprechenden Konsequenzen und kündigte an, sich in Zukunft nicht mehr mit der Gesellschaft befassen zu können. Zwar müsse sie weiter bestehen bleiben, aber er brauche dringend eine Entlastung. Botschafter Nadolny schlug daraufhin vor, als 2. Vorsitzender die laufende Arbeit zu übernehmen. Ohne darauf näher einzugehen, betonte Binder die Bedeutung der Gesellschaft. Es sei ihre Aufgabe, auf das Ausland einzuwirken, den Wunsch nach Wiedervereinigung in die Bevölkerung hineinzutragen und Pläne für eine Wiedervereinigung zu entwickeln. Von Prittwitz und Gaffron und Hellpach lehnten einen Wechsel im Vorsitz ab und schlugen vor, den Sitz der Gesellschaft von Rhöndorf nach Bonn zu verlegen. Nachdem Hermes erneut auf seine notwendige Entlastung hingewiesen hatte, schlug von Richthofen vor, dass doch Binder eine führende Rolle übernehmen könnte. Weil Nadolny aber darauf bestand, 2. Vorsitzender zu bleiben, wurde Binder schließlich zum Generalbevollmächtigten von Hermes bestellt.⁶⁹

Während Hermes sich somit von der Leitung der Gesellschaft für die Wiedervereinigung Deutschlands zurückzog, hatte Paul Binder große Pläne mit ihr, wie er Hermes schon am 16. Februar 1951 mitgeteilt hatte. Der Start der Gesellschaft sei leider unglücklich gewesen, nicht zuletzt da die SPD eine Teilnahme abgelehnt und in der Presse Verdächtigungen gegen sie gestreut hätte. Außerdem habe sich die Gesellschaft praktisch „zu einem Sammelbecken derjenigen Kreise, die mit der Politik von Herrn Adenauer nicht einverstanden“ sind, entwickelt. Nun aber trete die deutsche Frage in ein neues Stadium und daher sei es notwendig, „unsere Gesellschaft wieder aktiv werden zu lassen“. Unabhängig von der amtlichen Politik müsse die Gesellschaft vor allem auf das Ausland einwirken. Da die Bundesrepublik noch über kein Außenministerium verfüge, könne sie „die Wahrnehmung der deutschen Interessen gegenüber dem Ausland“

67 Brief von Hermes an Lemmer vom 10. Januar 1951, in: ACDP 01-090-108/2.

68 Vgl. Brief von Blauel an Hermes vom 22. Februar 1951, in ACDP 01-090-107/1.

69 Vgl. Vorstandssitzung vom 12. März 1951, ebd. Die Mitglieder der Gesellschaft wurden erst mit Rundschreiben vom 28. Juli 1951 über die Veränderungen im Vorstand informiert. Vgl. Rundbrief, in: ACDP 01-105-070/1.

übernehmen. Dazu sollte von Prittwitz und Gaffron Reisen zu Politikern wie Truman, Churchill, Acheson, Bevin, de Gasperi, Schuman und Pleven unternehmen. Eine andere Persönlichkeit „die das Vertrauen der Russen hat“, müsste zu Semjonow und Molotow entsandt werden. Botschafter Nadolny komme dafür aber nicht in Frage. In Deutschland sollte die Gesellschaft sich nur auf Plakate und Pressekonferenzen beschränken. Falls man jetzt nicht die Gelegenheit ergreife, „außenpolitisch und propagandistisch aktiv zu werden“, dann sei es besser, die „Gesellschaft mangels Masse zu liquidieren“.⁷⁰

Nachdem Binder allerdings am 12. März quasi die Leitung der Gesellschaft übernommen hatte, musste er nach einer längeren Unterredung mit Hermes einsehen, dass seine Pläne nicht zu verwirklichen waren. Dazu habe die Gesellschaft nicht genügend Vertrauenskapital. Stattdessen könne sie klären, so Binder, welche Fragen sich aus der Wiedervereinigung verschiedener Gebiete Deutschlands ergeben würden. Es müsse unter allen Umständen verhindert werden, dass sich aus der Vereinigung von West- und Ostdeutschland eine Diktatur der SPD [sic!] ergebe. Um ein konkretes Programm zu erarbeiten, solle Kontakt mit dem Ministerium für Gesamtdeutsche Fragen aufgenommen werden. Mit Jakob Kaiser und Staatssekretär Thedieck habe er schon gesprochen. Kaiser sei zunächst etwas reserviert gewesen, habe aber zum Schluss finanzielle Unterstützung und Hilfe für die Gesellschaft in Aussicht gestellt. Zu den Punkten, um die sich die Gesellschaft jetzt kümmern müsse, gehörten die Neugliederung Deutschlands nach der Wiedervereinigung, die wirtschaftlichen und sozialen Probleme, die sich aus der Rückwanderung der Flüchtlinge ergäben und die Aufrechterhaltung der Bodenreform von 1945/46 in der SBZ. Um die entsprechenden Mitarbeiter und Gelder zur Bearbeitung dieser Fragen werde er sich kümmern. Was die Arbeit der Gesellschaft angehe, so würde er grundsätzliche Dinge mit Hermes besprechen und Nadolny darüber informieren. Rein technische Fragen würde er hingegen allein entscheiden. Auch Sekretär Blauel erhalte seine Aufträge nur von ihm. Zunächst solle dieser sich um die Verlegung des Büros nach Bonn bemühen.⁷¹ Seine eigenen politischen Vorstellungen über die Wiedervereinigung fasste Binder in einen Brief an den Berliner Redakteur Roos zusammen. In erster Linie komme es auf die Bundesrepublik und die Ostzone an. Den Anspruch auf die Gebiete jenseits der Oder-Neiße-Linie müsse man grundsätzlich aufrecht-

70 Brief von Binder an Hermes vom 16. Februar 1951, in: ACDP 01-090-108/2. Hintergrund des Briefes, der einmal mehr die realitätsfremden Vorstellungen Binders zeigt, ist sicher der Vorschlag der UdSSR zur Einberufung einer Außenministerkonferenz über Deutschland vom 3. November 1950 und die Revision des Besatzungsstatuts durch die Westmächte am 6. März 1951. Dadurch wurde der Bundesrepublik auch wieder die Einrichtung eines Auswärtigen Amtes gestattet.

71 Vgl. Brief von Binder an Hermes vom 19. März 1951, in: ACDP 01-105-070/2. Die Bemerkungen von Binder zur Oder-Neiße-Grenze sind vor dem Hintergrund der Anerkennung dieser Grenze durch die Regierungen der DDR und Polens am 6. Juni 1950 zu sehen.

erhalten, doch solle der genaue Grenzverlauf nicht diskutiert werden: „Dass wir in dieser Hinsicht aber irgendwelche Zugeständnisse machen müssen, ist mir vollkommen klar.“ Das SED-Regime in der SBZ könne natürlich „für uns kein Verhandlungspartner sein“. Dessen Ziel bestehe nur darin, „Deutschland kommunistisch zu machen“. Die Westmächte seien den deutschen Problemen gegenüber „vorurteilsfreier und fruchtbarer“ als die UdSSR und niemand sei bereit, „für das russische System zu optieren“. Was die Haltung der Gesellschaft zur Bundesregierung angehe, so habe er zwar gegen die Politik und die Person des Bundeskanzlers viele Bedenken, aber er sei „immer noch der befähigste Mann [...], den wir für die Rolle des Kanzlers und Außenministers zur Verfügung haben“. Allerdings könne die Gesellschaft in der Frage der Wiedervereinigung „erheblich weitergehen als die Bundesregierung“. Natürlich dürfe man die Politik der Bundesregierung nicht angreifen und Adenauer als „Vollstrecker der Westmächte“ darstellen, wenn man von Bonn Gelder bekommen wolle. Deswegen mache er sich Sorgen, dass möglicherweise Nadolny einen Artikel mit anderen politischen Vorstellungen publizieren könnte. Als Redakteur müsse Roos dies unter allen Umständen verhindern. Falls sich der Botschafter „nicht der notwendigen politischen Zurückhaltung befeissigt“, könne er, so Binder zum Schluss, nicht mehr „die Verantwortung für die weitere Tätigkeit der Gesellschaft“ übernehmen.⁷²

Für den genannten Nadolny, der von Binder eine Kopie des Briefes vom 19. März erhalten hatte, war damit das Maß voll. Binder wolle mit der Gesellschaft Aufgaben durchführen, die „in keiner Weise denen ihrer Satzung“ entsprechen würden, schrieb er an Hermes. Für seine Pläne solle er „eine andere Gesellschaft gründen“. Bereits auf der Vorstandssitzung habe er gegen die Bestellung von Binder protestiert. Er empfehle dessen Rücktritt. Mit Sekretär Blauel, der Weisungen von Binder entgegengenommen habe und das Büro in Rhöndorf kündigen wolle, könne er „nicht weiter zusammenarbeiten“. Sollte seinen Forderungen nicht entsprochen werden, so Nadolny am Schluss, sehe er sich genötigt „aus der Gesellschaft auszuschneiden“.⁷³ Mit seiner Drohung konnte er allerdings nichts erreichen, weshalb er Mitte April 1951 offiziell aus der Gesellschaft für die Wiedervereinigung Deutschlands austrat.⁷⁴ Das Ausscheiden von Nadolny bedeute aufgrund seiner zahlreichen Kontakte zweifellos einen Einschnitt für die Gesellschaft, auch wenn seine praktische Mitarbeit überschaubar gewesen war.⁷⁵ Doch war auch zunehmend Kritik an ihm laut geworden, weil er sich um nichts kümmern würde.⁷⁶

72 Brief von Binder an Roos vom 26. März 1951, in: ACDP 01-090-107/1.

73 Brief von Nadolny an Hermes vom 23. März 1951, ebd.

74 Vgl. Brief von Nadolny an Hermes vom 20. April 1951, ebd.

75 Vgl. dazu den Brief von Hellpach an Blauel vom 13. Juni 1951, in: ACDP 01-105-070/2.

76 Vgl. Kurzbericht von Blauel an Hermes vom 11. April 1951, in: ACDP 01-105-070/1.

Ende Juni berichtete Binder dann Hermes, dass die Angelegenheit Nadolny „völlig erledigt“ sei. Bei seinem Besuch in Berlin sei er nicht darauf angesprochen worden. Er habe dort mit Vockel, Krone und Tillmanns konferiert und man habe beschlossen, dass die Gesellschaft selber Aufträge an Sachverständige vergeben solle. Daraufhin habe er mit verschiedenen Sachverständigen gesprochen und ein Programm festgelegt, für das insgesamt 24.000–26.000 DM benötigt würden.⁷⁷

In den nächsten Wochen versuchte Binder, die Gelder für die Forschungsarbeiten aufzubringen. Wenn die Arbeiten abgeschlossen seien, könne keine Stelle in Deutschland bei Fragen der Wiedervereinigung mehr an der Gesellschaft vorbeigehen. Außerdem könne er dann weitere Gelder mobilisieren. Die Arbeit der Redaktion der „Deutschen Politik“ habe er ebenfalls reorganisiert.⁷⁸ Über seine weitreichenden Pläne mit der Gesellschaft sprach Binder am 23. Juni 1951 auch mit Staatssekretär Lenz.⁷⁹ Seine politischen Vorstellungen zur Frage der Wiedervereinigung stellte er in zwei Leitartikeln der „Deutschen Politik“ vor: Die von Konrad Adenauer angestrebte Wiederbewaffnung der Bundesrepublik stehe unter einem unglücklichen Stern, da sie im Ausland umstritten sei und von der Bevölkerung abgelehnt werde, so Binder Anfang Juni 1951. Deswegen müsse sie mit der Errichtung der Vereinigten Staaten von Europa verbunden werden. Vorher müsste jedoch die Bundesrepublik die volle Souveränität erhalten und das Besatzungsstatut abgeschafft werden.⁸⁰ Mitte Juli forderte Binder in der „Deutschen Politik“ erneut die Aufhebung des Besatzungsstatuts als Voraussetzung einer Wiederbewaffnung. Nur als gleichberechtigter Partner könne sich die Bundesrepublik an der Verteidigung Europas beteiligen.⁸¹

Die hochfliegenden Pläne von Paul Binder lösten sich allerdings schon ein paar Wochen später in Luft auf. Als er Ende August 1951 aus dem Urlaub zurückkehrte, hatte ihm Sekretär Blauel nämlich mitgeteilt, dass die Gesellschaft vor der Zahlungsunfähigkeit stehe. Offenbar waren die übrigen Vorstandsmitglieder weitgehend untätig geblieben und hatten sich ganz auf Binder verlassen. In seiner Antwort an Blauel beschwerte dieser sich denn auch, dass er die Arbeit der Gesellschaft für die Wiedervereinigung Deutschlands nicht alleine tragen könne. Er wolle nicht an Spender herantreten, solange die Gesellschaft nichts vorzuweisen habe. Zwar könne man das Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen um Unterstützung bitten, doch halte er es für zweckmäßiger, wenn die Gesellschaft unabhängig von der Bundesregierung bleibe.⁸²

77 Vgl. Brief von Binder an Hermes vom 28. Juni 1951, in: ACDP, 01-105-070/2. Das Programm sah Untersuchungen über die Landwirtschaft, über die Forstwirtschaft, über die Industrie- und Verkehrspolitik, über den Außenhandel und über die Finanzpolitik der SBZ vor.

78 Vgl. Brief von Binder an Bardey vom 7. Juli 1951, ebd.

79 Vgl. Tagebucheintrag vom 23. Juni 1951, in: Im Zentrum der Macht, S. 102 f.

80 Vgl. Deutsche Politik vom 2. Juni 1951, in: ACDP 01-090-106/1.

81 Vgl. Deutsche Politik vom 14. Juli 1951, ebd.

82 Vgl. Brief von Binder an Blauel vom 28. August 1951, in: ACDP 01-105-070/1.

Auf der Suche nach einem neuen Vorsitzenden

Die Finanzprobleme der Gesellschaft konnten in der Vorstandssitzung am 15. September 1951 gelöst werden, weil Hermes die notwendigen Gelder auftrieb. Dafür machte er allerdings klar, dass er nicht länger den Vorsitz ausüben könne. Binder müsse ihn ganz ersetzen. Dieser lehnte jedoch den Vorsitz ab, da er nicht bekannt genug sei. Daraufhin schlug Hermes Hellpach oder von Prittwitz und Gaffron als neue Vorsitzende vor.⁸³ Mit beiden Herren führte Binder kurz darauf Gespräche. Hellpach fühlte sich durch die Anfrage geehrt, hatte aber verschiedene Bedenken: So könne er die mit dem Vorsitz verbundenen zusätzlichen Ausgaben nicht tragen. Insbesondere habe er Sorge, dass seine politischen Vorstellungen über eine Wiedervereinigung mit denen der Gesellschaft nicht übereinstimmen könnten. Er glaube, Deutschland werde „ansehnliche Teile des früheren deutschen Ostens opfern müssen“ und habe keine Aussicht, Ostpreußen oder Oberschlesien zurückzubekommen. Ein Deutschland in den Grenzen von 1937 halte er für eine „geradezu kindliche Illusion“. Zur Lösung der europäischen Frage denke er an einen neutralen Gürtel von Schweden und Finnland über Deutschland und Österreich bis Italien. Eine Vereinigung Europas sei für ihn erst nach einer „wiederhergestellten innen- und außenpolitischen Souveränität Deutschlands“ denkbar.⁸⁴

In seiner Antwort versuchte Binder, die Bedenken Hellpachs zu zerstreuen. Natürlich würden ihm alle Ausgaben, die durch den Vorsitz der Gesellschaft entstünden, ersetzt werden. Die politischen Vorstellungen Hellpachs teile er weitgehend. Auch er gehe nicht mehr vom Deutschen Reich aus, sondern trete für eine enge Verbindung Deutschlands mit Westeuropa ein, zu dem es wirtschaftlich und kulturell ja auch gehöre. Mit dem Verlust Ostpreußens und Oberschlesiens rechne er ebenfalls. Vor einer Einigung Europas müsse Deutschland zuerst die volle Gleichberechtigung erhalten. Grundsätzlich könne die Gesellschaft noch gerettet werden, so Binder zum Schluss, wenn Hermes einen größeren Betrag von den landwirtschaftlichen Organisationen einwerben würde.⁸⁵

Letztlich lehnte Hellpach den Vorsitz wegen seines hohen Alters aber ab. Auch von Prittwitz und Gaffron war nicht begeistert über eine zusätzliche Belastung. Unverhofft tat sich aber die Möglichkeit auf, eine jüngere, sehr bekannte Persönlichkeit für den Vorsitz gewinnen zu können: Bundestagspräsident Hermann Ehlers. Ihn hatte Heinrich Lübke beim Bundesparteitag der CDU in Karlsruhe (18.–21. Oktober 1951) auf die Gesellschaft für die Wiedervereinigung Deutschlands angesprochen. Ehlers schien nicht grundsätzlich abgeneigt, deren Vorsitz

83 Vgl. Vermerk über die Vorstandssitzung am 15. September 1951, in: ACDP 01-105-070/2.

84 Brief von Hellpach an Binder vom 1. Oktober 1951, ebd.

85 Vgl. Brief von Binder an Hellpach vom 5. Oktober 1951, ebd.

zu übernehmen, bat aber um Bedenkzeit.⁸⁶ Um ihn für das Amt zu gewinnen, schrieb ihm Binder nach dem Parteitag einen ausführlichen Brief. Die Gesellschaft habe bei ihrer Gründung darunter gelitten, dass die SPD sie abgelehnt und Adenauer sie verdächtigt habe, nur dazu zu dienen, „Dr. Hermes an die Spitze der CDU-Politik zu bringen“. Außerdem habe sich das „Fehlen eines klaren Programms“ negativ ausgewirkt. Leider sei die Gesellschaft jetzt in finanziellen Schwierigkeiten, da die meisten Vorstandsmitglieder zu inaktiv seien. Entweder müsse man sie nun liquidieren oder „sehr stark aktivieren“. Er hoffe, Ehlers sei bereit, mit seinem „Namen der Gesellschaft einen neuen Start zu geben“. Damit würde er „unserer deutschen Politik einen großen Dienst erweisen“.⁸⁷

Offenbar hatte Paul Binder aber mittlerweile selbst Zweifel, ob es noch möglich war, der Gesellschaft „einen neuen Start“ zu geben. Auf verschiedene Brandbriefe an Hermes antwortete dieser mit dem Angebot zu einer persönlichen Aussprache, um die Vorwürfe Binders zu klären. Allerdings hatte Hermes wegen einer Kur und einer Konferenz für ein solches Gespräch kaum Zeit.⁸⁸ Am 9. November 1951 fand dann eine Vorstandssitzung statt. Dabei kündigte Hermes an, dass die eigentlich für Mitte November geplante Werbeveranstaltung der Gesellschaft in Düsseldorf ausfallen müsse. Sowohl er als auch Binder seien beruflich so stark eingebunden, dass als einzige Lösung nur noch ein Zusammengehen der Gesellschaft mit dem Königsteiner Kreis in Frage komme.⁸⁹ Dadurch würde sich die Finanzierung und die Arbeitssituation beider Seiten verbessern. Geschäftsführer Blauel berichtete daraufhin, dass zwar beim Königsteiner Kreis Interesse an einer engen Zusammenarbeit bestehe, aber eine völlige Verschmelzung derzeit nicht in Frage komme. Wie Binder erklärte, habe er am Abend zuvor Ehlers getroffen. Dieser sei offenbar bereit, den Vorsitz der Gesellschaft zu übernehmen. Ob dies noch bei einer Fusion mit dem Königsteiner Kreis gelte, könne er nicht sagen. Die Einwände von Binder und Blauel ließ Hermes nicht gelten und beauftragte den Geschäftsführer damit, Verhandlungen über eine sofortige Verschmelzung mit dem Königsteiner

86 Vgl. Brief von Binder an Reuter vom 30. Oktober 1951, ebd., und Brief von Binder an Hermes vom 20. Oktober 1951 in: ACDP 01-090-108/2.

87 Brief von Binder an Ehlers vom 22. Oktober 1951, in: ACDP 01-105-070/2.

88 Vgl. Brief von Hermes an Binder vom 22. Oktober 1951, ebd.

89 Der Königsteiner Kreis wurde im Juli 1949 gegründet und strebte die rechtliche und wirtschaftliche Einheit Deutschlands an. Er beobachtete die Entwicklung in der DDR und erarbeitete Empfehlungen für einen Zusammenschluss des deutschen Wirtschaftsgebietes. Vgl. Markus Gloe: Planung für die deutsche Einheit. Der Forschungsbeitrag für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands 1952–1975. Wiesbaden 2005, S. 51 f.

Kreis zu führen. Außerdem sollte Blauel und den Sekretärinnen zum Jahresende gekündigt werden.⁹⁰

Die Besprechung führte bei Blauel zu großer Verärgerung über Hermes. Der habe die Dinge geradezu auf den Kopf gestellt und Binder vorgeworfen, nichts geleistet zu haben. Leider habe Binder dazu geschwiegen. Es müsse jetzt dringend über die Auflösung der Gesellschaft oder die Fusion beraten werden. Eine Auflösung sei allerdings „eine Blamage für alle Beteiligten“ und durch nichts zu rechtfertigen.⁹¹

Offenbar wollte auch Binder das Verhalten von Hermes nicht weiter tolerieren. Wie er diesem mitteilte, sei er nun zu dem Ergebnis gekommen, dass „eine stärkere Aktivierung der Gesellschaft praktisch nicht möglich ist“. Er werde deshalb sein Amt als geschäftsführender Vorsitzender niederlegen und aus der Gesellschaft austreten. Geschäftsführer Blauel und den Sekretärinnen habe er zum 31. Dezember gekündigt. Es täte ihm leid, so Binder zum Schluss, aus der Gesellschaft „in der kritischen Lage“ ausscheiden zu müssen.⁹² Zu den Gründen für seinen Schritt schrieb er Ehlers, Hermes strebe eine „Verschmelzung mit dem Königsteiner Kreis“ an und scheine außerdem „auf die Zeit vor 1945 zurückgehen“ zu wollen. Da er nicht in der Lage sei, „diese völlig verfahrenere Lage zu meistern“, habe er sein Vorstandsamt niedergelegt. Trotzdem halte er es für wichtig, dass der Wiedervereinigungsgedanke „in irgendeiner wirksamen Weise weiter vertreten werden muss“.⁹³ Dass Binder die Tätigkeit der Gesellschaft für sinnvoll hielt und sich ihr weiter verbunden fühlte, zeigt sein Schriftwechsel mit dem Sekretär der Gesellschaft. Nachdem Blauel ihm vorgeworfen hatte, sein Amt unüberlegt und vorschnell niedergelegt und vor überwindbaren Schwierigkeiten kapituliert zu haben,⁹⁴ rechtfertigte sich Binder, dass ihm durch „die mangelnde Unterstützung seitens des Vorstandes“ nichts anderes übriggeblieben sei, als auszutreten. Außerdem spiele ja Hermes mit dem Gedanken die „Gesellschaft eventuell zu liquidieren“. Er sei weder verärgert, noch wolle er seinen Austritt in der Presse vermarkten, sondern bleibe vielmehr ehrenamt-

90 Vgl. Vermerk über die Sitzung des Finanzausschusses am 9. November 1951, in: ACDP 01-105-070/1. Wie Blauel in seinem Rechenschaftsbericht vom 3. Februar 1952 darlegte, hatten zwischen ihm und dem Vorsitzenden des Königsteiner Kreises verschiedene Besprechungen stattgefunden, um eine Arbeitsgemeinschaft zu bilden. Als Ergebnis nahmen Mitglieder der Gesellschaft an den Tagungen des Königsteiner Kreises teil. Vgl. Rechenschaftsbericht vom 3. Februar 1952, in: ACDP 01-090-107/1.

91 Brief von Blauel an Binder vom 12. November 1951, in: ACDP 01-105-070/1.

92 Brief von Binder an Hermes vom 14. November 1951, in: ACDP 01-105-070/2. Von der Entscheidung von Binder erfuhr Hermes, der in Rom weilte, erst mit einiger Verspätung und war völlig überrascht. Vgl. Brief von Hermes an Binder, in: ACDP 01-090-108/2.

93 Brief von Binder an Ehlers vom 16. November 1951, in: ACDP 01-105-070/2. Die Behauptung von Nadolny, Binder sei nach einer erfolglosen Berlinreise aus der Gesellschaft ausgetreten, ist somit falsch. Vgl. Nadolny: Mein Beitrag, S. 355.

94 Vgl. Brief von Blauel an Binder vom 15. Dezember 1951, in: ACDP 01-105-070/1.

lich für die Gesellschaft tätig und wolle versuchen, die „Dinge irgendwie wieder aufzufangen“.⁹⁵

Außer Binder war Anfang November auch noch Hellpach aus der Gesellschaft ausgetreten. Bei ihm brachte die Absage der Düsseldorfer Versammlung das Fass zum Überlaufen. Offenbar gehe Hermes davon aus, dass „alle anderen sich lediglich nach ihm zu richten“ hätten: „Diese Art der Vorsitzführung ist für meine Mitwirkung in der Gesellschaft nicht länger erträglich.“ Er könne „nichts Gedeihliches“ mehr von der Gesellschaft erwarten und trete daher aus.⁹⁶

Zur Beratung, wie es mit der Gesellschaft nach dem Austritt von Binder nun weitergehen sollte, lud Blauel für den 9. Dezember 1951 zu einer Vorstandssitzung ein.⁹⁷ Offenbar traf man dabei aber keine endgültige Entscheidung über die Zukunft der Gesellschaft. Doch waren die meisten Vorstandsmitglieder der Ansicht, dass nur eine Auflösung in Frage komme, worüber eine Mitgliederversammlung entscheiden solle. Allerdings müsse der Eindruck vermieden werden, dass die Gesellschaft gescheitert sei oder ihre Ziele aufgegeben hätte.⁹⁸ Deshalb stand auch weiterhin die Idee einer Fusion oder Neugründung im Raum. Lemmer und von Prittwitz plädierten zumindest für die Fortführung des Informationsdienstes „Deutsche Politik“, um die Gesellschaft wenigstens nominell aufrecht zu erhalten. Zumindest von Prittwitz hielt die bisher geleistete Arbeit für sinnvoll, da die Mitglieder nicht ganz erfolglos auf die Spaltung Deutschlands aufmerksam gemacht hätten.⁹⁹

Ende Dezember 1951 erfolgte die Einladung zu einer Mitgliederversammlung am 3. Februar 1952. Neben einer Eröffnungsrede des Vorsitzenden Hermes und einem Rechenschaftsbericht von Sekretär Blauel standen auf der Tagesordnung noch ein Antrag zur Auflösung der Gesellschaft und ihre Umwandlung in einen Arbeitskreis sowie ein Antrag zur Fortführung der Gesellschaft und ihrer Verlagerung nach Berlin.¹⁰⁰ Die Versammlung, an der auch ein Vertreter des Ministeriums für gesamtdeutsche Fragen teilnahm, wurde von Heinrich Lübke geleitet, da Hermes durch einen Autounfall verhindert war. In seiner Rede beklagte Lübke, dass die Initiativen der Gesellschaft seit ihrer Gründung „manches zu wünschen übriggelassen“ hätten. Dies sei auch auf die Krankheiten und Reisen von Hermes zurückzuführen. Die Aufgabe der Gesellschaft sei „heute noch so akut wie damals“. Deshalb wolle man auch weiter alles unternehmen, um die Wiedervereinigung zu erreichen. In der anschließenden Aussprache wurde die mögliche Auflösung der Gesellschaft kritisiert und mehrfach ihr Fortbestehen gefordert. Im Ergebnis stimmte die Mitgliederversammlung dafür, die Arbeit der

95 Brief von Binder an Blauel vom 20. Dezember 1951, in: ACDP 01-139-007/1.

96 Brief von Hellpach an Binder vom 9. November 1951, in: ACDP 01-105-070/2

97 Vgl. Einladungsschreiben vom 20. November 1951, in: ACDP 01-105-070/1.

98 Vgl. Brief von Prittwitz an Hermes vom 29. Dezember 1951, in: ACDP 01-139-007/1.

99 Vgl. Brief von Prittwitz an Hellpach vom 12. Januar 1952, ebd.

100 Vgl. Einladung vom 28. Dezember 1951, in: ACDP 01-090-107/1.

Gesellschaft fortzusetzen und die „Deutsche Politik“ weiter herauszugeben. Botschafter Nadolny solle gebeten werden, wieder in die Gesellschaft einzutreten. Die Wahl eines neuen Vorstandes und eines Arbeitsprogramms wurde auf die nächste Versammlung vertagt.¹⁰¹

Die Gesellschaft siecht dahin

Nachdem die Mitgliederversammlung eine Auflösung der Gesellschaft abgelehnt hatte, schien es zunächst, als ob sie unter Führung von Hermann Ehlers ihre Arbeit fortsetzen könnte. Obwohl von Ehlers noch keine Zusage vorlag, den Vorsitz zu übernehmen, hielt dieser doch Kontakt zu ihr und machte sich schon Gedanken über einen neuen Geschäftsführer.¹⁰² Auch Paul Binder, der eigentlich ausgetreten war, zeigte sich sehr daran interessiert, die Gesellschaft unter Ehlers fortzusetzen. Er bat deshalb Hermes dringend darum, das Gespräch mit Ehlers zu suchen.¹⁰³ Hermes, der noch im November 1951 ultimativ eine Verschmelzung mit den Königsteiner Kreis gefordert hatte, dachte im Januar 1952 darüber nach, einen Weg „zur Fortführung der Arbeiten der Gesellschaft“ zu finden, denn die Zeit würde dazu zwingen „die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands mit noch grösserer Aktivität als in der Vergangenheit zu behandeln“.¹⁰⁴ Tatsächlich fand Ende Mai 1952 eine Vorstandssitzung der Gesellschaft in Bonn statt, an der neben Hermes und Lemmer auch Bundestagspräsident Ehlers teilnahm. Auch das Sekretariat der Gesellschaft arbeitete trotz der Ende 1951 ausgesprochenen Kündigungen noch weiter.¹⁰⁵ Im Juni 1952 überlegte Binder sogar, wieder Mitglied der Gesellschaft zu werden.¹⁰⁶

Allerdings bestanden die Schwierigkeiten weiter, die das Wirken der Gesellschaft schon bisher behindert hatten: Vorstandssitzungen mussten wegen der Verhinderung der Vorstandsmitglieder immer wieder verschoben werden, und die notwendigen inhaltlichen Arbeiten wurden von diesen nicht erledigt. Dass der Vorstand nun auch noch auf Bundestagspräsident Ehlers Rücksicht nehmen musste, verbesserte die Situation nicht. Immerhin schien der aber weiter an dem

101 Protokoll der Mitgliederversammlung am 3. Februar 1952, ebd. Die Behauptung von Christoph Meyer, Lübke wäre zum Nachfolger von Hermes gewählt worden, trifft also nicht zu. Vgl. Christoph Meyer: Die deutschlandpolitische Doppelstrategie. Wilhelm Wolfgang Schütz und das Kuratorium Unteilbares Deutschland (1954–1972). Landesberg a. L. 1997, S. 36.

102 Vgl. Brief von Ehlers an Binder vom 5. Mai 1952, in: 01-105-048/3.

103 Vgl. Brief von Binder an Hermes vom 9. Mai 1952, in: ACDP 01-090-107/1.

104 Brief von Hermes an Lübke vom 26. Januar 1952, in: ACDP 01-090-108/2.

105 Vgl. Brief von Blauel an von Prittwitz und Gaffron vom 14. Juni 1952, in: ACDP 01-139-007/1. Laut Rudolf Morsey habe sich die Gesellschaft im Frühjahr 1952 aufgelöst, was somit nicht richtig ist. Vgl. Rudolf Morsey: Heinrich Lübke. Eine politische Biographie. Paderborn 1996, S. 196.

106 Vgl. Brief von Blauel an Hermes vom 26. Juni 1952, in: ACDP 01-090-108/2.

Vorsitz interessiert zu sein.¹⁰⁷ Bis Mitte August war man jedoch keinen Schritt weitergekommen. Man müsse endlich „zu einem neuen Anfang kommen“, drängte daher Sekretär Blauel. Er sei sicher, dass Ehlers „binnen kurzem der Gesellschaft Geltung und Anerkennung verschafft“ haben werde.¹⁰⁸ Vermutlich auch wegen dieser Ermahnung wandte sich Hermes Mitte Oktober 1952 endlich an Ehlers und lud diesen zu einem Gespräch ein. Durch seine zahlreichen Aufgaben sei er leider nicht in der Lage gewesen, so gestand er gegenüber Ehlers ein, sich „den Aufgaben der Gesellschaft für die Wiedervereinigung Deutschlands so zu widmen, wie es mein sehnlichster Wunsch war“. Als einfaches Mitglied der Gesellschaft wolle er weiterhin alles tun, „um zu ihrem erfolgreichen Wirken beizutragen“. Er würde es daher sehr begrüßen, wenn Ehlers bereit wäre, „der Gesellschaft zu einem neuen Start zu [ver]helfen“. ¹⁰⁹ Nun war es allerdings zu spät: Durch seine Wahl zum stellvertretenden Vorsitzenden der CDU auf dem 3. Bundesparteitag in Berlin im Oktober 1952¹¹⁰ sah sich Ehlers außerstande, den Vorsitz der Gesellschaft zu übernehmen. Er könne sich aber vorstellen, an der Gründung eines überparteilichen Forums von angesehenen Bürgern aus allen Berufsgruppen mitzuwirken, das für die Verbreitung und Vertiefung des Wiedervereinigungswillens im Volke eintrete. Dies teilte er Hermes und Blauel in einem Gespräch Anfang November 1952 mit. Nach Gründung des Forums könnte die Gesellschaft für die Wiedervereinigung Deutschlands diesem ihre Aufgaben übertragen und sich auflösen.¹¹¹ Die von Ehlers vorgeschlagene Gründung einer überparteilichen Organisation von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens zur Propagierung des Wiedervereinigungswillens wurde im Juni 1954 mit dem „Kuratorium Unteilbares Deutschland. Volksbewegung für die Wiedervereinigung“ dann auch tatsächlich Wirklichkeit. Dessen Geschichte ist aber bereits ausführlich geschrieben worden.¹¹²

Fazit

Die von Hermes und Rudolf Nadolny 1950 gegründete Gesellschaft für die Wiedervereinigung Deutschlands wollte eine Massenbewegung für die deutsche Einheit schaffen und verhindern, dass sich die Westalliierten und die Bundes-

107 Vgl. Brief von Blauel an Hermes vom 24. Juli 1952, in: ACDP 01-090-107/1.

108 Brief von Blauel an Hermes vom 15. August 1952, ebd.

109 Brief von Hermes an Ehlers vom 21. Oktober 1952, in: ACDP 01-090-108/2.

110 Vgl. Hans-Otto Kleinmann: Geschichte der CDU 1945–1982. Hg. von Günter Buchstab. Stuttgart 1993, S. 154.

111 Vgl. Brief von Blauel an Binder vom 10. November 1952, in: ACDP 01-105-070/2. Spätere Quellen zur Gesellschaft für die Wiedervereinigung Deutschlands sind kaum zu finden. Wie aus Briefen von Andreas Hermes vom 24. März 1954 und Sekretär Blauel vom 5. Juni 1954 an Jakob Kaiser aber hervorgeht, bestand die Gesellschaft 1954 formal noch, wenn auch nur passiv. Vgl. ACDP 01-090-104/1.

112 Vgl. Meyer: Deutschlandpolitische Doppelstrategie.

regierung über das Votum des deutschen Volkes hinwegsetzen könnten. Weil die Gesellschaft aber von Anfang an verdächtigt wurde, im Sinne der UdSSR oder der SED zu handeln und ihre Mitglieder kaum Aktivitäten entfalteten, entwickelte sie keine Anziehungskraft. Hinzu kamen ständige finanzielle Probleme und unklare Vorstellungen der Mitglieder, wie der deutschen Teilung entgegenzuwirken sollte.¹¹³ Dabei waren in ihr neben Hermes politische Schwergewichte wie Heinrich Lübke, Ernst Lemmer und Paul Binder versammelt. Sie zogen aus der Niederlage von 1945 andere Konsequenzen als Adenauer und wollten wieder an das Deutsche Reich der Weimarer Republik anknüpfen. In der Adenauerschen Politik der europäischen Integration sahen sie eine Gefahr für das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes.¹¹⁴ Sowohl Hermes als auch Nadolny überschätzten sich und die politischen Möglichkeiten der Bundesrepublik jedoch gewaltig. Binder hingegen war vor allem an wirtschaftlichen Fragen in Zusammenhang mit der Wiedervereinigung interessiert. Abgesehen von der Gründungsveranstaltung entfaltete die Gesellschaft keine größeren Werbeaktivitäten. Nicht zuletzt nahmen der sich verschärfende Ost-West-Gegensatz und die ersten Erfolge, die der Bundeskanzler mit seiner Politik erzielen konnte, allmählich eine Gleichberechtigung der Bundesrepublik zu erreichen, der Gesellschaft für die Wiedervereinigung Deutschlands den Wind aus den Segeln.

Die Idee, das Ziel der Wiedervereinigung stärker zu propagieren, griff schließlich auch die Bundesregierung mit der Gründung des Forschungsbeirats für Fragen der Wiedervereinigung im März 1952 auf. Durch das Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen wurde im Juni 1952 außerdem der Verein zur Förderung der Wiedervereinigung Deutschlands gegründet.¹¹⁵ Aufbau, Ziele und teilweise auch die personelle Zusammensetzung der Gesellschaft weisen zudem auf das Kuratorium Unteilbares Deutschlands hin, das von der Bundesregierung am 17. Mai 1954 gegründet wurde.¹¹⁶ Das Ziel des Kuratoriums, den Willen der Bevölkerung zur Wiedervereinigung wachzuhalten und zu mobilisieren, hatte sich schon die Gesellschaft für die Wiedervereinigung Deutschlands zum Ziel gesetzt, weshalb sie zu dessen Vorläufern gezählt werden muss.¹¹⁷

113 Vgl. Gallus: Neutralisten, S. 151 f. und Alfred Esser: Wilhelm Elfes 1884–1969 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B 53). Mainz 1990, S. 183 f.

114 Vgl. Günter Buchstab: Andreas Hermes, in: Zeitgeschichte in Lebensbildern Bd. 6. Mainz 1984, S. 112 f.: Dass Hermes nicht die veränderte „Situation nach der Kapitulation 1945 zur Grundlage neuer außenpolitischer Zielvorstellungen machte, seine preußisch-deutsche Tradition nicht in Frage stellte, stempelt ihn vom Gesichtspunkt der nationalen, deutschen Geschichte aus zu einer tragischen Figur“. Ebd., S. 112.

115 Vgl. Gloe: Planung für die deutsche Einheit, S. 38 und 54.

116 Vgl. Meyer: Die deutschlandpolitische Doppelstrategie, S. 66 f.

117 Vgl. ebd. S. 35. Schon Anna Hermes fand 1971: „Zu offensichtlich sind die Parallelen in Zielsetzung, Organisation und Erwartungen mit der Gesellschaft für die Wiedervereinigung Deutschlands, als daß ich sie im einzelnen nennen müßte.“ Dies.: Und setzt ihr nicht das Leben ein, S. 265.

Eine „politische Elementarschule“. Die Junge Union in der Ära Stoltenberg (1955–1961)

Claudius Kiene

Innerhalb der deutschen Christdemokratie stellt die Junge Union (JU) bis heute die wohl wichtigste politische Sozialisierungsinstanz dar. Seit ihrer Gründung hat die JU unzählige Amts- und Mandatsträger von CDU und CSU hervorgebracht. Dennoch ist ihre Geschichte bis heute mehr im Rahmen von Festschriften als in geschichtswissenschaftlichen Studien erzählt worden. Dies gilt auch für die Jahre 1955 bis 1961, in denen mit Gerhard Stoltenberg der bis heute erfolgreichste vormalige JU-Bundesvorsitzende an der Spitze des christdemokratischen Parteienwachstums stand.

Frank Bösch hat bereits 2001 konstatiert, dass die Junge Union der 1950er Jahre in der Literatur als parteitreues Karrieresprungbrett vernachlässigt wurde.¹ Gleichwohl gibt es durchaus Untersuchungen, welche die zweite Hälfte der 1950er Jahre genauer in den Blick nehmen. Neben Böschs wegweisender Arbeit über die Adenauer-CDU ist hier die vergleichend angelegte Studie des Historikers Wolfgang Krabbe zu nennen, der insbesondere das Verhältnis der JU zu ihren Mutterparteien CDU und CSU eingehend analysiert hat.² Das Interesse der politik- und sozialwissenschaftlichen Forschung hat demgegenüber vor allem die typologische Frage auf sich gezogen, inwieweit Nachwuchsorganisationen wie die JU als „Sprungbretter“ für politische Karriere dienen.³ Auch hier vermögen die späten 1950er Jahre reichlich Anschauungsmaterial zu liefern. Insofern besteht Anlass genug, das Profil der Jungen Union unter Gerhard Stoltenbergs Bundesvorsitz eingehend zu vermessen.

-
- 1 Frank Bösch: Die Adenauer-CDU. Gründung, Aufstieg und Krise einer Erfolgspartei, 1945–1969. Stuttgart u. a. 2001, S. 312–320, hier 313.
 - 2 Wolfgang R. Krabbe: Parteijugend in Deutschland. Junge Union, Jungsozialisten und Jungdemokraten, 1945–1980. Wiesbaden 2002; die sonstigen einschlägigen Veröffentlichungen zur Geschichte der JU behandeln die 1950er Jahre allenfalls kursorisch: Wulf Schönbohm: Zur politischen und programmatischen Entwicklung der Jungen Union Deutschlands, in: Christliche Demokratie in Deutschland. Analysen und Dokumente zur Geschichte und Programmatik der Christlich Demokratischen Union Deutschlands und der Jungen Union Deutschlands. Hg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung. Melle 1978, S. 579–596; Jochen Wagner: Die Junge Union Deutschlands. Geschichte, Struktur, Perspektiven (Malstatter Beiträge). Saarbrücken 1998.
 - 3 Vgl. Peter Radunski: Zum Generationswechsel in Parteien: Die Junge Union als Sprungbrett für politische Karrieren in der CDU, in: Reale Utopien. Glanz und Elend der Parteien. Mainz 1970, S. 139–167; Dietrich Herzog: Politische Karrieren. Selektion und Professionalisierung politischer Führungsgruppen. Opladen 1975; Wolfgang Hackel: Die Auswahl des politischen Nachwuchses in der Bundesrepublik Deutschland. Die Junge Union als Sprungbrett für politische Karrieren in der CDU. Stuttgart 1978.

Ein überraschender Führungswechsel: Der Augsburger Deutschlandtag

Im Hinblick auf die bestimmenden Merkmale der zu analysierenden sechs Jahre sind bereits die Umstände, unter denen der Pastorensohn aus dem holsteinischen Bad Oldesloe in sein Amt gelangte, äußerst vielsagend. Seit 1950 hatte der Soester Bundestagsabgeordnete Ernst Majonica den Vorsitz des JU-Bundesverbandes innegehabt. Die Umstände von Majonicas Ablösung im Jahr 1955 bleiben bis heute ein Stück weit nebulös. In den zeitgenössischen Quellen und retrospektiven Schilderungen der Beteiligten werden sehr unterschiedliche Kritikpunkte an der Amtsführung des seinerzeit 34-jährigen Westfalen genannt. Wie sich etwa der damalige Vorsitzende der JU Augsburg, Walter Althammer, erinnerte, hätten viele Jungunionisten daran Anstoß genommen, dass sich Majonica mehr seinem Bundestagsmandat und der Außenpolitik als der Organisationsarbeit in der JU widmete.⁴

Andere monierten den politischen Stil, mit dem der Soester Abgeordnete die Anliegen des Parteinachwuchses gegenüber den Mutterparteien und in der Öffentlichkeit artikulierte. Obwohl man ihm keinen mangelnden Fleiß hatte vorwerfen können, sei Majonica, so der damalige Bundessekretär Heinz Schwarz rückblickend, zuweilen einfach „zu nett“ gewesen.⁵ In diese Richtung deuten auch einige der Glückwunschschriften, die Stoltenberg nach seiner Wahl zum neuen Bundesvorsitzenden erhielt. Ein Wiesbadener JU-Freund bescheinigte dem Schleswig-Holsteiner die glückliche Veranlagung, die notwendig sei, um die „etwas erstarnte Diskussion innerhalb der Jungen Union wieder zum Leben zu erwecken“. Stoltenbergs Wahl stelle eine „längst fällige Korrektur“ dar.⁶ Schließlich dürfte sich auch die Unzufriedenheit mancher Delegierter mit der Vormachtstellung der Landesverbände Rheinland und Westfalen, aus deren Reihen mit Bruno Six, Josef Hermann Dufhues und Majonica drei der bisherigen vier Bundesvorsitzenden stammten, zum Nachteil des Amtsinhabers ausgewirkt haben.

Wie auch immer man die Beweggründe im Einzelnen gewichten mag: Sie waren keinesfalls so schwerwiegend, dass bereits im Vorfeld des Deutschland-

4 Walter Althammer: Erinnerungen, in: Abgeordnete des Deutschen Bundestages. Aufzeichnungen und Erinnerungen, Bd. 16. Hg. vom Deutschen Bundestag. München 2002, S. 93 f.

5 Zeitzeugengespräch mit Heinz Schwarz, 22. Februar 2022.

6 Ein Wiesbadener JU-Mitglied an Stoltenberg, 27. Mai 1955, in: Archiv für Christliche Demokratische Politik (ACDP) Bestand Gerhard Stoltenberg 01-626-158/6; auch Hans-Otto Kleinmann und Christopher Beckmann gehen davon aus, dass die medial kolportierte Vermutung, Majonica sei vielen Delegierten zu sehr als Routinier erschienen, „der Wahrheit ziemlich nahe kommen“ dürfte: Hans-Otto Kleinmann/Christopher Beckmann: Einleitung, in: Ernst Majonica: Das politische Tagebuch, 1958–1972. Bearb. von Hans-Otto Kleinmann und Christopher Beckmann (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 55). Düsseldorf 2011, S. VII–LXXVI, hier XXII f.

tags vom 20. bis 22. Mai 1955 im schwäbischen Augsburg von einem Wechsel an der JU-Spitze ausgegangen wurde.⁷ Vielmehr hatten sich die Landesverbände eigentlich auf eine Wiederwahl des bisherigen Vorsitzenden verständigt und auch der JU-Deutschlandrat hatte bei seinem Treffen auf dem Koblenzer Rittersturz noch ein einstimmiges Votum zugunsten Majonicas abgegeben.⁸ Entsprechend kurzfristig fiel der Entschluss, bei der Neuwahl des Vorstands einen Gegenkandidaten aufzustellen. Heinz Schwarz vermutete im Rückblick, dass am Abend vor der Vorstandswahl etwas geschehen sein musste.⁹ Stoltenberg selbst gab Jahrzehnte später an, er sei an diesem Abend „ins Bett gegangen, während die anderen bis drei halb vier Uhr noch Personalien diskutierten“.¹⁰ Am Tag der Abstimmung habe er zu seiner eigenen Verblüffung „von einer sehr großen Zahl von Delegierten“ gehört, dass diese ihn für den Bundesvorsitz vorschlagen wollten. Nun habe er „den Fehler gemacht [...] nicht eindeutig zu sagen, daß ich die Wahl nicht annehmen würde“. Tatsächlich lassen sich keine Hinweise darauf finden, dass Stoltenberg aktiv auf eine Kampfkandidatur gegen Majonica hingearbeitet hätte.

Dass eine größere Gruppe von Delegierten den Schleswig-Holsteiner auf den Schild hob, kam gleichwohl nicht unvermittelt. Obwohl der von Stoltenberg geführte Landesverband nur sieben der knapp 130 Delegierten stellte,¹¹ spra-

-
- 7 Der Austragungsort war eine Referenz auf die historische Schlacht auf dem unweit von Augsburg gelegenen Lechfeld im Jahr 955: Schriftliche Auskunft von Oscar Schneider, 4. Oktober 2021; vgl. zum Gedenkjahr 1955 und dessen geschichtspolitischer Instrumentalisierung Elke Seefried: Abendland in Augsburg. Zur Renaissance eines katholischen Deutungsmusters nach 1945 auf lokaler Ebene, in: Peter Fassl/Rainer Jehl (Hg.), Schwaben im Hl. Römischen Reich und das Reich in Schwaben. Studien zur geistigen Landkarte Schwabens. Augsburg 2009, S. 165–210, hier 198–208.
- 8 Vgl. Gerhard Reddemann: Von der Diskussion zur Aktion, in: Manfred Dumann (Hg.): 25 Jahre Junge Union Deutschlands. Werdegang, Grundlagen, Aufgaben. Bonn 1972, S. 11–46, hier 40; demgegenüber berichtet Majonica, auf der Deutschlandratssitzung sei es „zu harten und langen Auseinandersetzungen gekommen über die Frage, wer Bundesvorsitzender werden sollte. [...] Mit Mehrheit wurde ich wieder vorgeschlagen.“: Ernst Majonica: Die Junge Union Deutschlands 1950 bis 1955, in: Christoph Böhr (Hg.): Jugend bewegt Politik. Die Junge Union Deutschlands 1947 bis 1987. Krefeld 1988, S. 105–119, hier 117.
- 9 Heinz Schwarz: Erinnerungssplitter – Aus den frühen Jahren der Jungen Union, in: Philipp Mißfelder (Hg.): 60 Jahre Junge Union Deutschlands. Monschau 2007, S. 50–54, hier 51.
- 10 Gerhard Stoltenberg: Ansprache, in: Christian Zöllner (Hg.): Verleihung des Hermann Ehlers Preises 1999 an Dr. Gerhard Stoltenberg. Kiel 2000, S. 15–21, hier 18 f.
- 11 Auflistung der schleswig-holsteinischen Delegierten, o. D., in: ACDP Bestand Junge Union 04-007-003/3; Landesgeschäftsstelle der JU Schleswig-Holstein an das JU-Bundessekretariat, 16. Mai 1955, ebd.; die Lübecker Nachrichten geben demgegenüber eine Zahl von acht schleswig-holsteinischen Delegierten an: Neuer Vorsitzender: Stoltenberg, in: Lübecker Nachrichten vom 22. Mai 1955, in: ACDP, 01-626-158/6.

chen mehrere Gründe für die Wahl des frisch promovierten Kieler Historikers.¹² Schon auf der Deutschlandratssitzung in Mehlem im Sommer 1954 hatte sich Stoltenberg den Ruf des potentiell künftigen Bundesvorsitzenden erarbeiten können.¹³ Auch Majonica behauptete später, dass er Stoltenberg ohnehin als seinen Nachfolger vorgesehen hatte.¹⁴ Der gerade einmal 26-jährige Protestant galt als wacher, intellektuell versierter Kopf. Daneben machte ihn innerhalb einer Organisation, deren Erscheinungsbild von berufstätigen Männern mittleren Alters geprägt wurde,¹⁵ auch seine Jugendlichkeit zu einer attraktiven Galionsfigur.

Einen ähnlichen Effekt dürften sich manche Delegierte von Stoltenbergs konfessionellem Bekenntnis erhofft haben.¹⁶ Schließlich war die Junge Union der 1950er Jahre stärker noch als die CDU vom organisierten Katholizismus geprägt. Demgegenüber hatte der Oldesloer Pastorensohn nicht nur eine offenkundig protestantische Prägung erfahren, er stand auch stärker unter dem Einfluss konservativer und liberaler Strömungen innerhalb der Union. So hatte Stoltenbergs Doktorvater Otto Becker als ein Mitbegründer der schleswig-holsteinischen CDU in den Weimarer Jahren der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) angehört. Gänzlich anders als im Rheinland oder im Südwesten der Bundesrepublik war auch die parteipolitische Gemengelage, innerhalb der sich die Christdemokraten im hohen Norden behaupten mussten.¹⁷ Insofern brachte der Gegenkandidat aus Kiel einen Erfahrungshorizont mit, der sich von den politischen Sozialisations-erfahrungen der meisten Jungunionisten deutlich unterschied.

Vor allem aber hatte Stoltenberg bereits als JU-Vorsitzender in Schleswig-Holstein sein ausgeprägtes organisatorisches Geschick unter Beweis gestellt.¹⁸ Der dortige Landesverband war im Vorfeld seiner Amtsübernahme im Oktober 1951 an einem Tiefpunkt angelangt.¹⁹ Mit Stoltenberg rückte ein Mitglied der

12 Stoltenberg hatte im Februar seine Promotion über die parlamentarische Arbeit des Reichstags in den Jahren nach der Reichsgründung 1871 abgeschlossen: Promotionsurkunde Gerhard Stoltenbergs, 5. Mai 1954, in: Landesarchiv Schleswig-Holstein (LASH) Bestand Kultusministerium Abt. 811 Nr. 21092; Gerhard Stoltenberg: Der Deutsche Reichstag 1871–1873 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 7). Düsseldorf 1955.

13 Vgl. Reddemann: Von der Diskussion zur Aktion, S. 40.

14 Majonica: Die Junge Union Deutschlands 1950 bis 1955, S. 117.

15 Vgl. Bösch: Die Adenauer-CDU, S. 313.

16 Vgl. ebd., S. 316.

17 Zur Gründungsgeschichte und den Anfängen der schleswig-holsteinischen CDU vgl. Peter Wulf: „Sammlung rechts von der Sozialdemokratie“. Geschichte der CDU in Schleswig-Holstein 1945/1946, in: Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte 126 (2001), S. 119–156; ders.: „Der Landesfürst“. Carl Schröter und die schleswig-holsteinische CDU 1945–1951, in: Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte 132 (2007), S. 211–254.

18 Vgl. Heinz Josef Varain: Parteien und Verbände. Eine Studie über ihren Aufbau, ihre Verflechtung und ihr Wirken in Schleswig-Holstein, 1945–1958 (Staat und Politik 7). Köln/Opladen 1964, S. 46.

19 Vgl. Richard Salomon/Olaf Klar: Junge Union in Schleswig-Holstein, in: Helmut Ziegler (Hg.): 6 Jahre Junge Union. Hamburg 1953, S. 48–54, hier 51.

ersten Stunde an die Spitze der schleswig-holsteinischen JU, das zuvor als Vorsitzender des Kreisverbands Stormarn in Erscheinung getreten war.²⁰ Bereits als Landesvorsitzender begriff Stoltenberg die Junge Union primär als eine Institution der politischen Bildung. Die „staatsbürgerliche Erziehung“ stach nicht nur als Thema von Arbeitskreisen und Resolutionen hervor; sie prägte in diesen Jahren auch das Innenleben der JU Schleswig-Holstein. Nach Stoltenbergs Auffassung stand das „Vermitteln von Wissen und Erfahrungen im Mittelpunkt unserer Arbeit“.²¹

Gerade zu Beginn seiner Amtszeit als Landesvorsitzender erwies sich die Ausrichtung von Wochenendtagungen für die Verbreiterung der personellen Basis als ungemein erfolgreich.²² Demselben Ziel diene die Vernetzung mit anderen Organisationen der Jugendarbeit wie der Landjugend oder den Jung-handwerkern, die Stoltenberg gezielt vorantrieb. Die Erfolge, die der Oldesloer Pastorensohn hierbei erzielen konnte, öffneten ihm schon bald weitere Türen. 1953 erhielt er bei der Wahl des JU-Bundesvorstands auf dem Deutschlandtag in Bad Honnef unter den Beisitzern die zweitmeisten Stimmen.²³ Im Jahr darauf gelang ihm mit 25 Jahren der Sprung in den Kieler Landtag. Insofern konnte Stoltenberg mit dem „MdL“ und dem „Dr. phil.“ mit zwei wertvollen Qualitätsnachweisen auf dem innerparteilichen Personalmarkt reüssieren.

Gewillt, den Senkrechtstarter aus dem protestantischen Norden gegen Majonica ins Rennen zu schicken, war unter anderem die JU Bayern um den stellvertretenden Bundesvorsitzenden Friedrich Zimmermann.²⁴ Letztlich kam der Personalvorschlag im Goldenen Saal des Augsburger Rathauses wohl aus dem „hessischen Winkel“, mutmaßlich angeregt von den Delegierten aus Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg.²⁵ In mehreren Presseberichten wurde die Initiative der südwestdeutschen Verbände als ausschlaggebend beurteilt.²⁶ Hervorgetan hatte sich bei der Aussprache im Plenum offenbar auch der junge Helmut Kohl, der mit einer „flammende[n] Rede [...] noch Zögernde umstimmte und

20 Kreisvorsitzende der Jungen Union (Vorläufige Aufstellung), 3. Januar 1950, in: ACDP Bestand Kreisverband Dithmarschen, 02-082-005/1.

21 Gerhard Stoltenberg: Aufgaben und Wollen der Jungen Union, in: Informationsdienst der Jungen Union Schleswig-Holstein Nr. 1, Januar 1954, S. 1–2, hier 2, in: ACDP, 02-082-006/5.

22 Vgl. Protokoll der Landesausschußsitzung der Jungen Union am 12. Juli 1952, in: ACDP, 02-082-006/6.

23 Deutschlandtag der Jungen Union, in: Informationsdienst der Jungen Union Schleswig-Holstein Nr. 1, Januar 1954, S. 6–8, in: ACDP, 02-082-006/5.

24 Vgl. Oscar Schneider an Stoltenberg, 29. September 1988, in: ACDP, 01-626-159/2; Oscar Schneider an Stoltenberg, 29. September 1993, in: ACDP, 01-626-144/2.

25 H. U. P. [Hanns Ulrich Pusch]: Junge Politiker mit Profil: Gerhard Stoltenberg, in: Lübecker Nachrichten vom 25. Mai 1955, S. 7.

26 Vgl. Das politische Porträt: Gerhard Stoltenberg, in: Deutsche Korrespondenz vom 23. Juli 1955.

für Stoltenberg gewann“.²⁷ Insofern zeichnete sich im Plenum des Augsburger Deutschlandtages eine Herausforderung der Hegemonie der Landesverbände Rheinland und Westfalen durch eine breite Allianz der nord- und süddeutschen Verbände ab.

Bei der anschließenden Wahl errang Stoltenberg zur allgemeinen Überraschung nicht nur einen Achtungserfolg, sondern eine zarte Mehrheit von 60 zu 58 Stimmen.²⁸ Aufgrund des genauso unerwarteten wie knappen Ergebnisses bat Stoltenberg um einen weiteren Wahlgang, in dem nun 71 Delegierte für und 55 gegen den Schleswig-Holsteiner stimmten. Obwohl dieser zweite Wahlgang, wie Stoltenberg gegenüber den Delegierten bekundete, ihm die Entscheidung nicht viel leichter machte als sie bisher war, nahm er die Wahl schließlich unter Beifall an.²⁹ Seine erste Ansprache als Bundesvorsitzender der Jungen Union nutzte Stoltenberg, um eine Brücke zum unterlegenen Lager zu schlagen. Er erklärte, dass es keinen Anlass zu irgendeiner Begeisterung gebe, und sprach von einer „sehr schwierigen Situation“, in der man sich nun befinde: „Ein Teil der Delegierten kennt den neuen Bundesvorsitzenden persönlich nicht – wie kann er von ihnen erwarten, dass er ihr persönliches Vertrauen sofort finden wird!“ Den Blick in die Zukunft gerichtet versprach Stoltenberg, „mit bestem Willen und Streben“ für die gemeinsamen Ziele arbeiten zu wollen: „Sie mögen dann [beim nächsten Deutschlandtag, C.K.] in einer ruhigeren und abgewogeneren Atmosphäre entscheiden, wie die Dinge laufen.“

Auf die Umstände der Wahl eingehend bekräftigte Stoltenberg, dass er die Kampf abstimmung mit Majonica nicht gewollt habe. Die Frage sei „ganz plötzlich in der Versammlung hier“ entstanden. Im Anschluss an eine ausgiebige Würdigung der Arbeit seines Vorgängers appellierte Stoltenberg an die Geschlossenheit der Vereinigung und bat künftig um eine Zurückstellung dessen, „was heute hier an Kritik und Gegensätzen laut geworden ist und was auch einmal sachlich ausgetragen werden muss“. Diesem Appell schloss sich der unterlegene Majonica an, der hoffte, dass die zutage getretene Missstimmung „um der gemeinsamen Sache, um der gemeinsamen Aufgabe willen“ zurückgestellt werde.³⁰

Wie von etlichen Delegierten erhofft, ging vom Augsburger Deutschlandtag das Signal eines Generationswechsels aus. Der Wahlausgang habe, wie die Presse kommentierte, „den Wunsch nach einer Verjüngung in der Spitze“ ver-

27 So die Darstellung Wolfgang Börnens, der Kohl nach eigenen Angaben dreimal persönlich befragte: Wolfgang Börsen: Fels oder Brandung? Gerhard Stoltenberg – Der verkannte Visionär. Sankt Augustin 2004, S. 32; freundliche Auskunft von Wolfgang Börsen, 23. Oktober 2022.

28 Kleinmann/Beckmann: Einleitung, S. XXII.

29 Auszug aus dem Protokoll des Deutschlandtages 1955 in Augsburg, o. D., in: ACDP Bestand Heinz Schwarz, 01-470-136/2.

30 Ernst Majonica nach der Wahl von Dr. Stoltenberg zum Bundesvorsitzenden, o. D., ebd.

deutlicht.³¹ Ähnlich wird der vermeintliche Einschnitt in der Geschichte der Jungen Union in der wissenschaftlichen Literatur beurteilt. Während Wolfgang Krabbe am Wechsel im Bundesvorsitz die Ablösung der Kriegs- beziehungsweise HJ-Generation festmacht, erkennt Wulf Schönbohm in der Wahl Stoltenbergs den endgültigen Abschluss einer achtjährigen Aufbauphase.³² Nicht zuletzt empfanden auch die Akteure selbst den Augsburger Deutschlandtag als eine Zäsur. Für den langjährigen Bundessekretär Heinz Schwarz war das nördlichste Bundesland Schleswig-Holstein in diesen Jahren räumlich und mental „noch sehr weit weg“ gewesen. Dass ein junger Protestant aus dem hohen Norden JU-Bundesvorsitzender wurde, war in diesem Sinne „irgendwo etwas ganz besonderes“.³³

Organisatorische und finanzielle Rahmenbedingungen

Die Ausgangsbedingungen, die Gerhard Stoltenberg bei seinem Amtsantritt vorfand, können durchaus als gut gelten. Die lange Amtszeit seines Vorgängers Majonica hatte im Anschluss an die turbulenten Aufbaujahre für eine Verstetigung der organisatorischen und inhaltlichen Arbeit gesorgt. Mit der kontroversen Debatte über die westdeutsche Wiederbewaffnung war eine maßgebliche Schlacht der Anfangsjahre der Bundesrepublik erfolgreich geschlagen.³⁴ Als Kenner und Befürworter des Themas war es Majonica gelungen, die skeptischen Stimmen unter den früheren Kriegsteilnehmern in den eigenen Reihen zu besänftigen. Auch die größte finanzielle Misere des Bundesverbandes, die noch 1954 die Ausrichtung eines Deutschlandtages verhindert hatte, war überwunden.³⁵ Insofern ist Jochen Wagner zuzustimmen, der die Zeit von Stoltenbergs Bundesvorsitz als eine „solide Aufbauperiode“ charakterisiert hat, in der nicht mehr auf die strukturelle Einheit des Bundesverbandes hingewirkt werden musste, sondern dessen weitere innere Entwicklung in den Mittelpunkt gestellt werden konnte.³⁶

Der Ort, von dem aus sich Stoltenberg diesem Ziel widmen konnte, war die Bundesgeschäftsstelle der CDU in der Bonner Nassestraße. Hier hatte die Junge Union erst Ende Januar 1955 drei Räume im vierten Stock bezogen, nachdem

31 Das politische Porträt: Gerhard Stoltenberg, in: Deutsche Korrespondenz vom 23. Juli 1955.

32 Krabbe: *Parteijugend in Deutschland*, S. 104; Schönbohm: Zur politischen und programmatischen Entwicklung der Jungen Union, S. 585.

33 Zeitzeugengespräch mit Heinz Schwarz, 22. Februar 2022.

34 In dieser hatte die JU nach Einschätzung Wolfgang Krabbes seitens der Unionsparteien sogar die Hauptlast der Diskussion zu tragen: Krabbe: *Parteijugend in Deutschland*, S. 105.

35 Vgl. Reddemann: Von der Diskussion zur Aktion, S. 39.

36 Wagner: *Die Junge Union Deutschlands*, S. 59; Wagner betrachtet die Amtszeit Stoltenbergs im Verbund mit der Majonicas sowie ihrer Nachfolger Bert Even und Egon Klepsch als „Die Phase der Konsolidierung“ (1950–1969): ebd., S. 55–64.

ihre Geschäftsstelle zuvor separat in der Herwarthstraße untergebracht war.³⁷ Der Umzug in die Räumlichkeiten der Mutterpartei barg für die JU vor allem finanzielle Vorteile. Von nun an hatte sie weder eine Miete zu entrichten, noch musste sie alltäglich anfallende Aufgaben wie den Postversand selbst übernehmen und finanzieren oder die Telefongebühren zahlen. Im Gegenzug büßte sie aber auch einen Teil ihrer Unabhängigkeit gegenüber der CDU ein. Relativiert wird die Bedeutung des JU-Bundessekretariats dadurch, dass Stoltenberg die Hauptarbeit als Bundesvorsitzender zunächst von Kiel aus erledigte, wo ihm die Infrastruktur des schleswig-holsteinischen CDU-Landessekretariats zur Verfügung stand. Nach seinem Einzug in den Deutschen Bundestag verlagerte sich der Großteil dieser Tätigkeiten 1957 ins Bonner Bundeshaus, wo Stoltenberg eine vom JU-Bundesverband bezahlte Sekretärin bei der Arbeit unterstützte.³⁸

Obwohl sich der Einfluss der CDU auf die Junge Union durch Maßnahmen wie den Umzug in die Nassestraße vergrößerte, blieb die JU im Vergleich zu den Jugendorganisationen der anderen Parteien vergleichsweise unabhängig.³⁹ Anders als im Fall der Jungsozialisten mussten ihre Mitglieder nicht gleichzeitig einer der beiden Mutterparteien angehören. Die verhältnismäßig große und wachsende Mitgliederschaft der Jungen Union war für ihr politisches Gewicht innerhalb der Unionsparteien von elementarer Bedeutung. Unter den Vereinigungen von CDU und CSU war die JU die mit Abstand stärkste.⁴⁰ Entsprechend war es eine, wenn nicht sogar die zentrale Herausforderung dieser Jahre, über den Status einer „Plakatklebekolonie“ hinauszukommen und das personelle in entsprechendes politisches Gewicht umzumünzen.

Erschwert wurde diese Aufgabe dadurch, dass die JU phasenweise in großer finanzieller Abhängigkeit zu ihrer notorisch von Finanzsorgen geplagten Mutterpartei stand. Für gewöhnlich finanzierte sich die Parteijugend auf lokaler Ebene

37 Protokoll der Bundesvorstandssitzung der JU am 7. März 1955 in Bonn, in: ACDP, 04-007-003/3.

38 Protokoll über die Bundesvorstandssitzung am 12./13. Oktober 1957 in Berlin, in: ACDP, 04-007-036/5; Aktenvermerk vom 29. November 1957, in: ACDP, 01-626-067/1. Die Anzahl der Mitarbeiter im Bundessekretariat variierte und war für gewöhnlich zu Wahlkampfzeiten spürbar erhöht. Auf dem Deutschlandtag 1958 berichtete Stoltenberg von sechs – demnächst fünf – hauptamtlichen Kräften gegenüber acht Mitarbeitern im Wahljahr 1957: Aus dem Rechenschaftsbericht Dr. Stoltenbergs vor dem Deutschlandtag 1958, in: ACDP, 04-007-005/1.

39 Vgl. Wolfgang R. Krabbe: „Rekrutendepot“ oder politische Alternative? Funktion und Selbstverständnis der Partei-Jugendverbände, in: *Geschichte und Gesellschaft* 27 (2001), S. 274–307, hier 301; Bösch: *Die Adenauer-CDU*, S. 313.

40 Vgl. ebd., S. 313 f. Internen Schätzungen zufolge hatte die JU in den 1950er Jahren 55.000 Mitglieder (1964: 67.500): ebd., S. 516; einer Aufstellung aus dem Jahr 1960 nach dominierten unter den JU-Mitgliedern Angestellte (24,2 %), Arbeiter (18,7 %) und unselbstständige Handwerker (16,3 %); hinsichtlich der Altersstruktur bildeten die 20–25-Jährigen (28,8 %), die 25–30-Jährigen (23,8 %) und die unter 20-Jährigen (21,7 %) die größten Gruppen: *Soziologische Struktur (Junge Union)*, o. D. [1960], in: ACDP, 04-007-006/1.

durch Mitgliedsbeiträge; auf Landes- und Bundesebene machten staatliche Mittel aus dem jeweiligen Landes- oder dem Bundesjugendplan das Gros der zur Verfügung stehenden Mittel aus. Seitens der CDU erhielt die Junge Union kleinere, in Wahljahren auch größere Zuschüsse. Dafür, dass die JU trotz der Konsolidierungsbemühungen Majonicas und des kostenmindernden Umzugs in die Nassestraße erneut in finanzielle Schieflage geriet, war insbesondere der Bundestagswahlkampf 1957 ursächlich. Angesichts eines „extrem kostspieligen Wahlkampf[s]“ zeigte sich die Bundes-CDU nämlich nicht in der Lage, ihrem Parteinachwuchs die üblichen Zuschüsse auszuzahlen.⁴¹ Noch ein Jahr nach der Wahl musste Stoltenberg einen Rückstand von 25.000 DM bilanzieren.⁴² Der finanzielle Engpass machte der JU-Führung schwer zu schaffen und bremste etwa das Vorhaben aus, dem Bundesverband mit einer grundlegenden Neukonzeptionierung seiner Mitgliederzeitschrift zu einem attraktiveren Erscheinungsbild zu verhelfen.⁴³

Die Lage besserte sich schrittweise, als Stoltenberg den CDU-Bundes-schatzmeister Ernst Bach überzeugen konnte, der JU einmalig 15.000 DM zu überweisen und den weiter gewachsenen Berg an Verbindlichkeiten so auf 20.000 DM zu reduzieren.⁴⁴ Als entscheidender Hebel zur Bereinigung der Problematik erwies sich letztlich der Gang über CDU-Bundesgeschäftsführer Konrad Kraske, den Stoltenberg noch aus dessen früherer Funktion als Bundesvorsitzender des Rings Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) kannte. Ende Januar 1959 legte Stoltenberg Kraske nach Absprache einen ausführlichen Aktenvermerk vor, in dem er einen Rückstand an Zuwendungen der CDU in Höhe von 35.000 DM bilanzierte.⁴⁵ Um die laufenden Ausgaben decken zu können, habe man im Vorgriff für Bildungsarbeit und Verwaltungskosten sogar die zweckgebundenen Mittel aus dem Bundesjugendplan verwenden müssen. Bis spätestens Mitte Februar, so Stoltenbergs eindringliche Bitte, benötige man daher einen Betrag von minimal 25.000 DM von Seiten des CDU-Bundesverbandes.

41 Bösch: Die Adenauer-CDU, S. 213.

42 Protokoll über die Sitzung des Bundesvorstandes am 20. September 1958 in Kiel, in: ACDP 04-007-037/2.

43 Stoltenberg an Hans Globke, 20. Januar 1958, in: ACDP 01-626-066/4; vgl. Manfred Dumann: Information – Diskussion – Entscheidung, in: ders. (Hg.): 25 Jahre Junge Union Deutschlands, S. 167–173.

44 Protokoll über die Sitzung des Bundesvorstandes am 13. Dezember 1958 in Königswinter, in: ACDP 04-007-037/2.

45 Gerhard Stoltenberg: Aktenvermerk über die finanzielle Situation der Jungen Union Deutschlands, 27. Januar 1959, in: ACDP, 01-626-067/1. Mitte Januar hatte Stoltenberg bereits vor dem CDU-Bundesvorstand über die finanziellen Sorgen der JU referiert: Protokoll der CDU-Bundesvorstandssitzung am 17. Januar 1958, in: Adenauer: „... um den Frieden zu gewinnen“. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands, 1957–1961. Bearb. von Günter Buchstab (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 24). Düsseldorf 1994, S. 43–110, hier 53 f.

Auf dieser Grundlage legte Kraske nun dem Parteivorsitzenden dar, warum sich die JU seit der Bundestagswahl 1957 dauerhaft in finanziellen Schwierigkeiten befand. Mit Blick auf die Abrechnung der Jugendplanmittel am 1. April unterstrich der Bundesgeschäftsführer, dass „bis dahin unter allen Umständen eine Regelung gefunden werden muss“.⁴⁶ Kraskes Intervention bei Adenauer trug Früchte. Ab dem 1. April 1959 erhielt die Junge Union wieder einen monatlichen Zuschuss in Höhe von 10.000 DM vom CDU-Bundesverband.⁴⁷ Dennoch blieben finanzielle Engpässe bis zum Ende der Ära Stoltenberg ein ständiger Begleiter der Arbeit der Jungen Union. Gerade die kleineren Landesverbände bewegten sich, wie der Landesvorsitzende der JU Oldenburg unter Rückgriff auf eine Formulierung des Bundesfinanzministers Franz Etzel betonte, „fast ausschließlich nur noch am ‚Rande des Defizits‘“.⁴⁸

Aufbegehren und Anpassung. Das Verhältnis zur Adenauer-CDU

Das Verhältnis der Jungen Union zu ihrer Mutterpartei war trotz der finanziellen und logistischen Anbindung an die Bundes-CDU keinesfalls von bedingungsloser Unterordnung bestimmt.⁴⁹ Vielmehr verstand sich die JU als aktivistischer Kern innerhalb einer reformbedürftigen Honoratiorenpartei und zugleich – wie andere Parteijugendorganisationen auch – als „Gralshüter der Parteidoktrin“,⁵⁰ die nach Ansicht vieler Jungunionisten im Bonner Regierungsalltag allzu oft das Nachsehen hatte. Bei einzelnen Anliegen wie dem 1960 verabschiedeten Jugendarbeitsschutzgesetz trieb die Junge Union die CDU durchaus mit Erfolg vor sich her.⁵¹ Den Höhepunkt des Aufbegehrens gegen die Mutterpartei und deren Vorsitzenden markiert der Deutschlandtag 1956, auf dem sich Stoltenberg

46 Kraske an Adenauer, 3. Februar 1959, in: ACDP 01-626-067/1.

47 Protokoll über die Sitzung des Bundesvorstandes der Jungen Union Deutschlands am 30. Mai 1959 in Würzburg, in: ACDP 04-007-037/2.

48 Oskar-Wilhelm Büchel an Stoltenberg, 5. November 1959, in: ACDP 01-626-066/4.

49 Vgl. Bösch: Die Adenauer-CDU, S. 317.

50 Krabbe: Funktion und Selbstverständnis der Partei-Jugendverbände, S. 305.

51 Ein Arbeitskreis des Augsburger Deutschlandtages hatte sich eingehend mit dem Thema befasst. In der Folge warb Stoltenberg mit Nachdruck dafür, dieses als strategisch wichtig erachtete Thema nicht der SPD zu überlassen: Protokoll der CDU-Bundesvorstandssitzung am 23. November 1956, in: Adenauer: „Wir haben wirklich etwas geschaffen.“ Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands, 1953–1957. Bearb. von Günter Buchstab (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 16). Düsseldorf 1990, S. 1102–1181, hier 1176; Protokoll der CDU-Bundesvorstandssitzung am 7. Februar 1957, ebd., S. 1181–1222, hier 1214; „Junge Union“ diskutiert Parteien-Gesetz, in: FAZ vom 14. Juli 1958; vgl. Gesetz zum Schutze der arbeitenden Jugend (Jugendarbeitsschutzgesetz) vom 9. August 1960, in: Bundesgesetzblatt Teil I, Nr. 45, 13. August 1960, S. 665–681.

erstmalig einer Wiederwahl stellen musste.⁵² Die Zusammenkunft im Kurhaus in Lübeck-Travemünde mündete in einer scharfen Abrechnung mit Adenauer, dem Zustand und politischen Kurs der CDU sowie der Darbietung einzelner christdemokratischer Minister.

In seinem Rechenschaftsbericht hatte Stoltenberg inhaltlich bereits die Richtung vorgegeben, die im Anschluss in Presse und Partei hohe Wellen schlagen sollte. Seine Kritik adressierte die organisatorischen Defizite der CDU, deren Reform und Modernisierung der JU-Vorsitzende für unerlässlich erklärte. Die Mitglieder der Jungen Union teilten die Überzeugung, „dass im demokratischen Staat des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes keine politische Konzeption ohne eine wirkungsvolle, lebendige Organisation zum Tragen kommen oder, wenn sie einmal in Verantwortung steht, die gestaltende Kraft bleiben kann“.⁵³ Aus dieser Perspektive blieb die Machtstellung der CDU im Bund solange prekär, bis es ihr gelang, die relativ starken Landesverbände an die Kandare zu nehmen sowie für eine wirksame Verbreiterung der Mitgliederschaft und deren Beteiligung am politischen Prozess zu sorgen. Bereits an früherer Stelle hatte Stoltenberg das Hohelied der Parteireform angestimmt und dabei deutlich gemacht, dass er die Eröffnung weiterer Möglichkeiten zur sinnvollen Mitarbeit für die Parteien wie auch für den demokratischen Staat als Ganzes für eine Existenzfrage hielt.⁵⁴

Während sich Stoltenbergs Plädoyer noch in den üblichen Bahnen des Parteireformdiskurses der 1950er Jahre bewegte, gingen Äußerungen in zwei der fünf Arbeitskreise weit hierüber hinaus. Dort richtete sich die Kritik nicht nur gegen vermeintliche organisatorische Defizite der CDU (eine „Parteireform an Haupt und Gliedern“), sondern erfasste auch deren Vorsitzenden und die „einsamen Entschlüsse des Patriarchen von Rhöndorf“.⁵⁵ Es wurden gar „restaurative Tendenzen“ in der Bundesrepublik beklagt – eine Formulierung, die man eher von Adenauers Kritikern wie Walter Dirks und Eugen Kogon erwartet hätte.⁵⁶ Scharfe Kritik wurde in dem mit dem Aufbau der Bundeswehr befassten Arbeits-

52 Das in Travemünde abgegebene Votum war in Anbetracht des vorhergegangenen Augsburger Deutschlandtages geradezu spektakulär. Stoltenberg wurde mit 126 Stimmen wiedergewählt, denen lediglich eine ungültige Stimme und vier Enthaltungen gegenüberstanden: Kurzprotokoll über die Plenarsitzungen am 30. Juni und 1. Juli 1956 im Kurhaus in Travemünde, in: ACDP 04-007-003/4.

53 Rechenschaftsbericht des Bundesvorsitzenden, Dr. G. Stoltenberg, anlässlich des Deutschlandtages 1956 in Travemünde, in: ACDP 01-470-136/2.

54 Vgl. Gerhard Stoltenberg: Der gesamtdeutsche Auftrag der Jungen Union. Anlage zu: Der Sprecher. Werkblätter der Jungen Union Westfalen und Rheinland Nr. 6, Juni 1956, in: ACDP 01-626-067/1.

55 Reddemann: Von der Diskussion zur Aktion, S. 40.

56 Zur Restaurationsthese vgl. Andreas Wirsching: Restauration oder Modernisierung – Deutungen der Ära Adenauer, in: Norbert Lammert (Hg.): Christlich Demokratische Union. Beiträge und Positionen zur Geschichte der CDU. München 2020, S. 737–768, hier 740–749.

kreis IV zudem an Verteidigungsminister Theodor Blank geübt. Zum Wortführer der Travemünder Rebellen hatte sich allen voran Ernst Benda aufgeschwungen, der im Arbeitskreis III („Zwischen nationalistischer Restauration und marxistischer Revolution“) als Referent auftrat. Aus seiner Sicht bestand die reelle Gefahr, dass die Mitgliedschaft in der erfolgsverwöhnten CDU zunehmend für Opportunisten, Reaktionäre und Rechtsradikale attraktiv würde. Als Mittel gegen die vermeintliche Selbstgefälligkeit der Union empfahl Benda unter dem Applaus der Delegierten eine Regierungsbeteiligung der SPD.

In der westdeutschen Presse stießen derlei Äußerungen verständlicherweise auf großes Interesse. Der Korrespondent der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* hob vor allem die von Referenten und Diskussionsrednern heraufbeschworene „Gefahr einer nationalistischen restaurativen Unterwanderung“ hervor.⁵⁷ Auch die auflagenstarke *Westdeutsche Allgemeine* konnte mit einer Vielzahl wörtlicher Zitate aufwarten. So gab das Blatt unter anderem die Einschätzung von Stoltenbergs Stellvertreter Bert Even wieder, wonach es der Kapitalfehler der CDU sei, dass diese „keine geistige Konzeption“ habe, sondern nur in der Tagespolitik herumwurstele.⁵⁸ Besonders ausführlich sezierte die *Frankfurter Rundschau* die Travemünder Wortmeldungen. Gefallen seien abschätzige Kommentare wie der, dass die CDU fast nur noch eine „Mandatsverteilungsagentur“ sei.⁵⁹ Bei der Hamburger *Zeit* stieß das im Travemünder Kurhaus abgehaltene Scherbengericht über die eigene Mutterpartei auf großes Wohlwollen. Fast schon euphorisch erklärte der Redakteur Hans Gresmann die Delegierten zu den Repräsentanten einer jungen politischen Generation, „die sich ernst und sehr ehrlich um die Fragen unseres öffentlichen Lebens bemüht, die sich vor keiner Wahrheit, sei sie auch unbequem, drückt und die einen klaren Sinn für Realitäten hat“.⁶⁰ Gresmann berichtete seinen Lesern vom Unbehagen der Jungen mit dem „Bonner Stil“, von immer wieder vernehmbaren Wörtern wie „Saturiertheit, Starrheit, Selbstzufriedenheit und Betriebsblindheit“ oder dem Lamento über den Verlust der geistigen Grundhaltung auf dem „Fronacker der Tagespolitik“.

In Bonn schlugen die Presseberichte „wie eine Bombe ein.“⁶¹ Stoltenberg sah sich über persönliche Gespräche und Briefe mit einer Welle des Unmuts konfron-

57 Heftige Kritik an der eigenen Partei. Die Junge Union fordert Rückkehr zum Geist der Gründungsjahre, in: FAZ vom 2. Juli 1956.

58 Junge Union ist unzufrieden. Harte Worte gegen den Bundeskanzler und Minister Blank auf dem Jahreskongreß in Travemünde, in: WAZ vom 2. Juli 1956.

59 „Draußen die Schnauze halten!“ Junge Union wettert im Travemünder Kurhaus gegen Adenauer und Blank, in: Frankfurter Rundschau vom 2. Juli 1956.

60 Nicht Revolution – Nicht Restauration, in: Die Zeit vom 5. Juli 1956.

61 Reddemann: Von der Diskussion zur Aktion, S. 41.

tiert. Rückblickend sprach er von „herben Reaktionen aus der Parteiführung“. ⁶² Auch in der Unionsfraktion regte sich Empörung. Theodor Blank rügte die freimütige Aussprache der Arbeitskreise in Anwesenheit der Presse als „eine solche politische Tölpelei, daß man sich nur wundern könne, daß dort niemand mit energischer Hand eingegriffen habe“. ⁶³ Als Gesicht und Sprachrohr der Parteijugend musste eine solche Kritik nicht zuletzt Stoltenberg treffen, den Adenauer zeitnah zum Rapport einbestellte. ⁶⁴ Die Verstimmung zwischen dem Parteivorsitzenden und der JU-Spitze konnte zwar in einem gemeinsamen Gespräch mit Fraktionschef Heinrich Krone ausgeräumt werden, ⁶⁵ doch war es zu diesem Zeitpunkt keinesfalls abzusehen, inwieweit Adenauer Stoltenberg persönlich für das „sehr gefährliche Echo“ haftbar machen würde. ⁶⁶ Der JU-Vorsitzende hatte aus Sicht des Kanzlers bereits im Herbst des Vorjahres für schlechte Presse gesorgt, als er sich bei einer Rede in Berlin ausgiebig zur Nachfolgediskussion äußerte, während Adenauer durch eine Atemwegserkrankung außer Gefecht gesetzt war. ⁶⁷

Tatsächlich zeigte sich der CDU-Vorsitzende im Umgang mit der aufmüpfigen Parteijugend mitnichten als nachtragend. Vielmehr setzte dieser darauf, den reformerischen Elan der JU dadurch einzuhegen, dass er deren Führungsriege die gewünschten innerparteilichen Karrierechancen aufzeigte. ⁶⁸ Dies wurde auf dem Hamburger Parteitag im Frühjahr 1957 deutlich, auf dem Adenauer

62 Gerhard Stoltenberg: Die Junge Union als stärkste und lebendigste Vereinigung von CDU und CSU, in: Böhr (Hg.): Die Junge Union Deutschlands 1947 bis 1987, S. 121–123, hier 123. Demgegenüber sparen die beiden umfangreicheren autobiographischen Schriften Stoltenbergs dessen Erfahrungen als JU-Vorsitzender aus: Gerhard Stoltenberg: Wendepunkte. Stationen deutscher Politik, 1947–1990. Berlin 1997; ders.: Erinnerungen und Entwicklungen. Deutsche Zeitgeschichte, 1945–1999. Flensburg 1999.

63 CDU/CSU, 2. WP, Fraktionssitzung am 3. Juli 1956, bearb. von Helge Heidemeyer, in: Editionsprogramm „Fraktionen im Deutschen Bundestag, 1949–2005“, online. http://fraktionsprotokolle.de/cdu-csu-02_1956-07-03-t1445_EP.xml (Abruf: 17. Juni 2025); CDU/CSU, 2. WP, Fraktionsvorstandssitzung am 2. Juli 1956, bearb. von Helge Heidemeyer, in: http://fraktionsprotokolle.de/cdu-csu-02_1956-07-02-t1500_EP.xml (Abruf: 17. Juni 2025).

64 „Politik allein bringt keine Erfüllung“. Ministerpräsident Gerhard Stoltenberg wird 50 Jahre alt – Ein Gespräch nicht nur über Alltagsprobleme, in: Lübecker Nachrichten vom 28. September 1978, in: ACDP Bestand Landesverband Schleswig-Holstein 03-006-132/1.

65 Vgl. Stoltenberg: Die Junge Union als stärkste und lebendigste Vereinigung, S. 123.

66 CDU/CSU, 2. WP, Fraktionsvorstandssitzung am 2. Juli 1956.

67 Gerhard Stoltenberg: Die Zukunft der CDU. Rede gehalten auf der Landesdelegiertentagung der Berliner Jungen Union am 30. Oktober 1955, in: ACDP 04-007-043/1; CDU diskutiert Adenauer-Nachfolge. Kanzler erst im nächsten Jahr wieder arbeitsfähig, in: Hamburger Echo vom 31. Oktober 1955, in: ACDP 01-626-066/3; vgl. Hans-Peter Schwarz: Adenauer. Der Staatsmann 1952–1967. Stuttgart 1991, S. 225.

68 Die Bundestagswahl 1957 spielte in den internen Diskussionen der JU-Führung eine große Rolle. Bundessekretär Heinz Schwarz zog sogar die Übernahme ganzer CDU-Kreisverbände durch die JU in Erwägung, um deren personelle Vorstellungen durchzusetzen: Protokoll über die Sitzung des Bundesvorstandes am 25. August 1956 in Bonn, in: ACDP 04-007-036/5; vgl. Stoltenberg an die Landesvorsitzenden der Jungen Union, 19. November 1956, ebd.

daran appellierte, der Jungen Union stärkere Möglichkeiten zur Mitarbeit in der Partei zu geben („Die jungen Leute müssen heran“).⁶⁹ Auch in einem internen Gespräch, an dem neben Stoltenberg dessen Stellvertreter Bert Even und Friedrich Zimmermann sowie Bundessekretär Heinz Schwarz teilnahmen, bekräftigte der Bundeskanzler, dass die Förderung junger Kandidaten ganz in seinem Sinne sei.⁷⁰ Insbesondere den Bundestagseinzug Stoltenbergs unterstützte Adenauer nach Kräften.⁷¹ Neben dem Bundesvorsitzenden erlangten ganze 21 weitere JU-Mitglieder – unter ihnen auch Zimmermann und Even – bei der Wahl im darauffolgenden September ein Abgeordnetenmandat in Bonn.⁷²

Die Einbindung der jungen Parlamentarier in die Fraktionsdisziplin hatte erhebliche Rückwirkungen auf das Verhältnis zwischen Parteienachwuchs und Mutterpartei. Fortan wurden gerade auf den öffentlichkeitswirksamen Deutschlandtag zurückhaltendere Töne angeschlagen, wenn es um die Reform und Modernisierung der CDU ging. Sichtbar wurde diese Entwicklung mit dem Deutschlandtag 1958 in Konstanz, in dessen Nachgang sich die JU-Führung mit der Behauptung auseinandersetzen musste, ihren jugendlichen Elan verloren zu haben.⁷³ Für den sichtlich enttäuschten *Zeit*-Redakteur Hans Gresmann waren aus den „Ketzern von Travemünde“ die „Avancierten von Konstanz“ geworden.⁷⁴ Insofern war das Verhältnis zwischen der Jungen Union und der CDU in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre durchaus wechselhaft. Das lautstarke Aufbegehren zu Beginn von Stoltenbergs Amtszeit wich einer Beziehung, die mehr von Disziplin und Loyalität bestimmt war. Deutlichere Kritik am „Honoratioren-Unwesen“ wurde erst wieder auf dem Deutschlandtag 1961 in Oldenburg geäußert, der zugleich das Ende der Ära Stoltenberg markiert.⁷⁵

69 Christlich Demokratische Union Deutschlands (Hg.), 7. Bundesparteitag der CDU, 11.–15. Mai 1957 in Hamburg. Hamburg o. J. [1957], S. 217.

70 Protokoll über die Sitzung des Bundesvorstandes am 15. Dezember 1956 in der Politischen Akademie Eichholz, in: ACDP 04-007-036/5; vgl. Protokoll der CDU-Bundesvorstandssitzung am 23. November 1956, in: Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands, 1953–1957, S. 1102–1181, hier 1175, Fn. 71.

71 Adenauer an den Schleswiger CDU-Kreisvorsitzenden Nico Braack, 23. Mai 1957, in: ACDP Bestand Kreisverband Schleswig-Flensburg 02-135-022; Adenauer an den Eckernförder CDU-Kreisvorsitzenden Peter Ruschke, ebd.

72 Die Formel muß gefunden werden. „Deutschlandtag“ der Jungen Union im Zeichen des Europa-Gedankens, in: Kieler Nachrichten vom 14. Juli 1958, in: ACDP 01-626-147/3.

73 Vgl. Die jungen Herren der CDU. Der Deutschlandtag der Jungen Union drängt auf ein Parteiengesetz, in: Deutsche Zeitung vom 16. Juli 1958, ebd.; Gerhard Stoltenberg: Ist die Junge Union alt geworden?, in: Echo der Zeit vom 17. August 1958, in: ACDP 04-007-005/2; Peter Fränzl: Jugend die nicht brauset..., in: Christ und Welt, 18. August 1960, in: ACDP Pressearchiv.

74 Hans Gresmann: Die Kinder entließen ihre Revolution. Zum Deutschland-Tag der Jungen Union in Konstanz, in: Die Zeit vom 17. Juli 1958.

75 Das Unbehagen in der Jungen Union. Kritik an der Hamburger Fronde gegen Adenauer und den Wahlergebnissen, in: Deutsche Zeitung vom 16. Oktober 1961, in: ACDP Pressearchiv.

Kernaufgabe politische Bildungsarbeit

Eine Funktion, die der Jungen Union wie jeder anderen Parteijugendorganisation in unterschiedlichem Ausmaß zufiel, war die einer Schulungs- und Wahlhelfertruppe.⁷⁶ Die politische Bildungsarbeit, die sich Stoltenberg bereits in Schleswig-Holstein mit Nachdruck auf die Fahnen geschrieben hatte, bildete auch in dessen Amtszeit als Bundesvorsitzender einen unverkennbaren Schwerpunkt. Dies offenbart unter anderem ein Blick auf die Ausgabenpolitik der JU. So flossen im Rechnungsjahr 1961 ganze 60.000 DM in die auf Bundes- und Landesebene abgehaltenen Kurse und Seminare.⁷⁷

Inhaltlich deckte das Schulungsangebot an Mitglieder und Funktionäre eine vergleichsweise große Bandbreite ab. 1957 etwa gliederte sich dieses in vier verschiedene Lehrgänge. Auf besonders große Resonanz stieß mit 192 Teilnehmern ein Kurs zur „Theorie und Praxis der Demokratie“.⁷⁸ Weniger Andrang herrschte bei den Lehrgängen zu „Wirtschaft und Gesellschaft“ und „Agrarpolitischen Fragen“. Als Dauerbrenner entpuppten sich die Bildungsangebote zu „Gesamtdeutschen Fragen“, an denen 1957 170 Mitglieder teilnahmen. Ohne dass es des Mauerbaus als Initialzündung bedurft hätte, fanden noch 1961 stolze acht sechstägige „Ost-West-Lehrgänge“ im Haus Steineck in Mehlem statt, an denen auch Mitglieder des RCDS teilnehmen konnten.⁷⁹

Die Nachfrage nach Informationsangeboten mit deutschlandpolitischem Schwerpunkt reichte so weit, dass die JU seit dem Sommer 1958 den Kauf einer eigenen Tagungsstätte im Westberliner Ortsteil Nikolassee vorantrieb. Zu diesem bemerkenswerten Schritt sah sich Stoltenberg veranlasst, da 1957 über 1.000 JU-Mitglieder an Kursen in West-Berlin teilgenommen hatten und man zusehends mit dem Problem konfrontiert war, geeignete Tagungsräume zu finden.⁸⁰ 1958 waren es immerhin über 800 junge Christdemokraten, die sich in Berlin in sie-

76 Vgl. Krabbe: Parteijugend in Deutschland, S. 12.

77 Entwurf des Haushaltsplans für das Rechnungsjahr 1961, A. Ordentlicher Haushalt, o. D., in: ACDP 01-626-067/1; Entwurf des Haushaltsplans für das Rechnungsjahr 1961, B. Außerordentlicher Haushalt, o. D., ebd. Dem standen als wesentliche Einnahmen 180.000 DM aus dem 12. Bundesjugendplan sowie monatliche Zuschüsse der CDU in Höhe von inzwischen 15.000 DM gegenüber.

78 Vgl. Bericht des Bundesvorsitzenden Dr. G. Stoltenberg in Dortmund über die Lehrgangsarbeit auf Bundesebene in der Zeit vom 27. Mai bis 8. Juni 1957, in: ACDP 04-007-004/1.

79 Vgl. Aktennotiz, o. D. [1961], in: ACDP Bestand Ring Christlich Demokratischer Studenten 04-006-060/1. Zum RCDS bestand unter Stoltenberg ein freundschaftliches, wenn auch nicht übermäßig enges Verhältnis. Ende 1956 hatte man einen regelmäßigen Informations- und Publikationsaustausch vereinbart: Aktennotiz über die Besprechung des Bundesvorstands des RCDS mit dem Bundesvorsitzenden der JU, Dr. Stoltenberg, am 24. November 1956, in: ACDP 04-006-059/4. Außerdem etablierte sich die Praxis, einen RCDS-Vertreter in den JU-Deutschlandrat zu kooptieren: Stoltenberg an Dieter Ibielski, 4. Dezember 1959, in: ACDP 04-006-060/1.

80 Vgl. Stoltenberg an Kai-Uwe von Hassel, 9. Oktober 1958, in: ACDP 01-626-067/1.

ben- bis zehntägigen Kursen mit dem „Kommunismus in Theorie und Praxis“ auseinandersetzen.⁸¹ Von dem Erwerb einer eigenen Tagungsstätte konnte sich der Bundesvorstand sowohl erhoffen, das stetige Interesse der Mitglieder an den deutschlandpolitischen Bildungsangeboten zu bedienen, als auch ein sichtbares Zeichen der Solidarität mit dem umzingelten West-Berlin zu setzen.

In der Vorstandssitzung am 20. September 1958 in Kiel konnten Stoltenberg und das Berliner JU-Mitglied Manfred Klein – wohl der eigentliche Initiator des Projekts – erstmals die Eckdaten und einen konkreten Zeitplan für das Unterfangen präsentieren.⁸² Die Anschaffungskosten für das Haus wurden den Teilnehmern der Kieler Zusammenkunft nicht mitgeteilt, der Wert des Objektes sei aber „bei weitem mehr als man dafür zahlen müsste“, wie Klein den anwesenden Vorstandsmitgliedern versicherte.⁸³ Tatsächlich sollte der Preis für den am 30. September abgeschlossenen Kauf bei „ungewöhnlich günstig[en]“ 90.000 DM liegen.⁸⁴ Hinzu kamen weitere 60.000 DM, die für die Instandsetzung und Einrichtung veranschlagt wurden. Dass sich Stoltenberg und die Junge Union trotz ihrer prekären Finanzlage zu einem derart kostspieligen Vorhaben entschlossen, unterstreicht die große Bedeutung, die sie diesem Stück praktizierter Deutschlandpolitik beimäßen. Beschlossen wurden in der Kieler Sitzung auch der Name des Hauses und die Gründung eines gleichnamigen Trägervereins: Die Tagungsstätte im Kirchweg 25 sollte an den 1955 verstorbenen Bundesminister Robert Tillmanns erinnern, der in Nikolassee auf dem evangelischen Friedhof beigesetzt worden war.⁸⁵

In ihrem Vorgehen bestärkt haben dürfte die JU-Spitze jenes Ultimatum, mit dem der sowjetische Staatschef Nikita Chruschtschow am 27. November 1958 den Abzug der westlichen Alliierten aus Berlin forderte. Gegenüber seinem Fraktionskollegen, dem Außenpolitiker Kurt Birrenbach, räumte Stoltenberg in einem Brief vom Dezember ein, dass die „jüngste unerwartete politische Entwicklung um Berlin [...] für die Planungen der künftigen Arbeit fraglos einige unbekannte Momente“ schaffe.⁸⁶ Gleichwohl würde man sich in einen „Gegensatz zur allgemeinen politischen Haltung von Bundestag und Bundesregierung

81 Vgl. Stoltenberg an Ernst Lemmer, 22. Januar 1959, ebd. Im Berichtsjahr 1958/1959 waren es abermals 1.000 JU-Mitglieder, die an Kursen in Berlin teilnahmen: Gerhard Stoltenberg, Rechenschaftsbericht, in: Die Entscheidung Nr. 10, Oktober 1959, S. 3–6, hier 3.

82 Zu Klein vgl. Ilko-Sascha Kowalczyk: Manfred Klein, in: Karl Wilhelm Fricke/Peter Steinbach/Johannes Tuchel (Hg.): Opposition und Widerstand in der DDR. Politische Lebensbilder. München 2002, S. 162–165.

83 Protokoll über die Sitzung des Bundesvorstandes am 20. September 1958 in Kiel, in: ACDP 04-007-037/2.

84 Vgl. Stoltenberg an von Hassel, 9. Oktober 1958, in: ACDP 01-626-067/1.

85 Stoltenberg übernahm den Vorsitz des Trägervereins, dem neben ihm die Bundesvorstandsmitglieder Bert Even und Theodor Mengelkamp angehörten: Stoltenberg an Ernst Lemmer, 22. Januar 1959, ebd.; Stoltenberg an Kurt Birrenbach, 13. Dezember 1958, in: ACDP 01-626-066/4.

86 Ebd.

zur Berlinfrage“ bewegen, wenn man „die erforderlichen Massnahmen zur Fortführung und Intensivierung unserer Pläne in Berlin nicht weiterführen“ würde.

Die offizielle Einweihung fand schließlich am 30. Juni 1959 im Beisein der Familie Tillmanns statt.⁸⁷ Ebenfalls anwesend waren die beiden Bundesminister Gerhard Schröder und Ernst Lemmer, von denen letzterer im Vorfeld entscheidend zur Finanzierung des Vorhabens beigetragen hatte.⁸⁸ Im ersten Gästebuch der Bildungsstätte wurde als Aufgabe des Robert-Tillmanns-Hauses formuliert, „den Kontakt zwischen jungen Deutschen aus der Bundesrepublik und der sowjetisch besetzten Zone und Berlin herzustellen und zu pflegen sowie junge Bürger aus Westdeutschland mit den politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnissen Berlins und der sowjetisch besetzten Zone vertraut zu machen und sie in christlich-sozialer Verantwortung staatsbürgerlich und politisch zu bilden“.⁸⁹ Die endgültige Eröffnung im Oktober erfolgte schließlich noch rechtzeitig genug, als dass Stoltenberg den Delegierten des Berliner Deutschlandtages verkünden konnte, dass das Haus ab sofort als Tagungsstätte zur Verfügung stehe.⁹⁰

Programmatische Schwerpunkte in der Deutschland- und Europapolitik

Die Gründungsgeschichte des Robert-Tillmanns-Hauses und die bewusste Ausrichtung eines Deutschlandtages im Zeichen der zweiten Berlin-Krise deuten bereits darauf hin, wo einer der thematischen Schwerpunkte der Jungen Union unter dem Vorsitz Gerhard Stoltenbergs lag: In den Jahren 1955 bis 1961 kam der Deutschlandpolitik eine herausragende Bedeutung zu. Entsprechend präsent war die Sorge um das Schicksal der Menschen in Berlin und der „Zone“ in der programmatischen Arbeit der JU. Neben der Forderung nach zwischenmenschlichen Begegnungen war es das Drängen auf humanitäre Erleichterungen für

87 Kurz-Protokoll der Sitzung des JU-Bundesvorstandes am 14. September 1959, in: ACDP 01-626-067/1; vgl. Weert Börner: Ein Ostfriese am Rhein. Sechzig Jahre Christdemokrat im Dienst. o. O., o. J., S. 166.

88 Vgl. Stoltenberg an Ernst Lemmer, 22. Januar 1959, in: ACDP 01-626-067/1. In der Finanzierungsfrage war Stoltenberg auch bei Adenauer, Familienminister Franz-Josef Wuermeling sowie seinem CDU-Landesvorsitzenden Kai-Uwe von Hassel vorstellig geworden: Stoltenberg an Adenauer, 20. August 1958, in: ACDP 01-626-066/4, Stoltenberg an von Hassel, 9. Oktober 1958, in: ACDP 01-626-067/1.

89 Zit. nach Beatrice Freund (Red.): 50 Jahre Robert-Tillmanns-Haus e. V., 1959–2009. Berlin 2009, S. 9; vgl. dort auch die Ausführungen zu den Inhalten und der Entwicklung der Bildungsarbeit sowie zu den Erfahrungen der westdeutschen Besuchergruppen, S. 9 f. u. 20–27. Im ersten Jahr seines Bestehens besuchten nach Stoltenbergs Angaben 34 Gruppen mit über 1.000 JU-Mitgliedern aus dem ganzen Bundesgebiet das Haus: Gerhard Stoltenberg: Wir stellen uns der Opposition. Rechenschaftsbericht des Bundesvorsitzenden, in: Die Entscheidung Nr. 10, Oktober 1960, S. 10–12, hier 10.

90 Gerhard Stoltenberg: Rechenschaftsbericht, in: Die Entscheidung Nr. 10, Oktober 1959, S. 3–6, hier 3.

die DDR-Bürger, das im Mittelpunkt der meisten ihrer deutschlandpolitischen Stellungnahmen stand.⁹¹ In ihrem Bekenntnis zum Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes wollten sich die jungen Christdemokraten dabei von niemandem übertreffen lassen. Der Entwurf einer Resolution für den Konstanzer Deutschlandtag 1958 stellte einleitend fest, dass „die Wiedervereinigung Deutschlands für jeden Deutschen vordringlichstes Anliegen war, ist und bleiben wird.“⁹² Eine Konstante in den Verlautbarungen der Jungen Union und ihres Vorsitzenden stellte darüber hinaus der für die Nachkriegszeit so prägende anti-kommunistische Konsens dar.⁹³

Neben der Deutschland- war es einzig die Europapolitik, die unter den Funktionären und Mitgliedern ein vergleichbares Interesse weckte.⁹⁴ Als politisches Kern- und Herzensanliegen zog sich das Thema durch zahllose Artikel und Entschlüsse dieser Jahre. Dies gilt auch für die Reden des Vorsitzenden, der sich wiederholt und mit Nachdruck zu der Notwendigkeit einer Einigung Europas bekannte. Stoltenberg begründete seine persönliche Haltung mit einer „Fülle zwingender wirtschaftlicher, sozialer und strategischer Argumente“.⁹⁵ Ihn bewegte erstens die Einsicht, dass die Wiedervereinigung Deutschlands und die Einigung Europas als eine „gemeinsame große Aufgabe“ zu verstehen seien. Zweitens begriff er Europa als ein Friedensprojekt, als eine „unabdingbare Notwendigkeit“ nach den Katastrophen zweier Weltkriege. Und drittens gebiete schließlich die Tatsache einer „gärenden, erwachenden neuen Welt in Asien und Afrika“ eine Auflockerung und „in wesentlichen Punkten“ eine endgültige Überwindung der nationalstaatlichen Grenzen in Europa. Wolle Europa seine Stellung in der Welt behaupten, sei dies nur mit vereinten Kräften möglich.

Den Geist derartiger Wortmeldungen atmeten auch zwei Resolutionen, die der JU-Deutschlandrat im Mai und der Mainzer Deutschlandtag im September 1960 verabschiedeten. Mit seiner einstimmig beschlossenen Erklärung bekannte sich der Deutschlandrat „unbeirrbar zum Ziel der politischen Integration Europas“ und begründete dieses Bekenntnis damit, dass sich Europa nur geeint in der weltpolitischen Entwicklung behaupten könne.⁹⁶ Als konkrete Forderungen

91 Vgl. Entwurf eines aktuellen Wahlprogramms zur Jugendpolitik der CDU, verabschiedet vom Jugendbeirat der CDU am 2. Mai 1957, in: ACDP 01-626-147/2.

92 Entwurf einer außenpolitischen Resolution für den Deutschlandtag der Jungen Union, o. D. [1958], in: ACDP 04-007-004/2.

93 Vgl. Stoltenberg: Der gesamtdeutsche Auftrag der Jungen Union.

94 Auch eine Durchsicht der Jahrgänge 1959 bis 1961 der Mitgliederzeitschrift *Die Entscheidung* bestätigt den Eindruck einer Vorrangstellung außen-, europa- und deutschlandpolitischer Themen.

95 Gerhard Stoltenberg: Rückschau und Ausblick, in: Heinz Schwarz (Hg.): 10 Jahre Junge Union Deutschlands 1947/1957. Festschrift zur Jubiläumstagung zehn Jahre Junge Union Deutschlands, Königstein i. T., 19. bis 20. Januar 1957. Hamburg o.J. [1957], S. 22–24, hier 23 f.

96 Entschlüsse des Deutschlandrates auf seiner Sitzung am 21. Mai 1960 in Bad Soden/Taunus, in: ACDP 04-007-037/2.

wurden die Bildung einer Europäischen Gemeinschaft durch einen Zusammenschluss von EWG, Montan-Union und Euratom, die Konzentration sämtlicher bestehender Institutionen in Brüssel sowie die Einführung direkter Wahlen zum Europäischen Parlament erhoben. Jenes sollte gegenüber den bisherigen parlamentarischen Versammlungen auf europäischer Ebene politisch deutlich aufgewertet werden.

Auch der Mainzer Deutschlandtag leitete die Notwendigkeit einer Einigung Europas aus der weltpolitischen Lage ab, diesmal ergänzt um den Hinweis auf die Bedrohung durch den „bolschewistische[n] Imperialismus“.⁹⁷ Eine unverbindliche Zusammenarbeit ohne Souveränitätsverzicht hielt der verantwortlich zeichnende Arbeitskreis I für nicht ausreichend, weshalb die Junge Union „unabdingbar an dem Ziel der Schaffung eines europäischen Bundesstaates“ festhielt. In ihren praktischen Forderungen ging die Mainzer Entschließung mit acht konkreten Punkten über die Erklärung des Deutschlandrates hinaus. Inhaltliche Übereinstimmung bestand hinsichtlich einer Fusion der bestehenden Institutionen zu einer einzigen „europäischen Wirtschafts-Exekutive“ sowie der Einführung direkter Wahlen eines europäischen Parlaments. Darüber hinaus forderten die Delegierten des Deutschlandtages die Errichtung einer europäischen Universität, eine verstärkte Zusammenarbeit der christlich-demokratischen Parteien und die vermehrte Ausrichtung internationaler Begegnungstreffen durch die JU, da die zu errichtende Union nicht bloß einen Zusammenschluss staatlicher Bürokratien verkörpern dürfe, sondern „in erster Linie die solidarische Gemeinschaft der europäischen Menschen“ sein müsse.

Am Rande des Austritts: Erfolg und Krise der internationalen Zusammenarbeit

Als ein Stück praktizierter Europapolitik verstand das Führungspersonal der Jungen Union seit jeher das Engagement des Bundesverbandes in der Union International des Jeunes Démocrates Chrétiens (UIJDC), dem Dachverband der christlich-demokratischen Jugendorganisationen, dessen Mitgliederschaft sich vor allem auf den Westen Europas konzentrierte.⁹⁸ Auf den alljährlichen Deutschlandtagen war die Zusammenarbeit mit den europäischen Partnerverbänden wiederholt Thema. So zeigte neben der Mainzer Resolution die Aussprache auf dem Berliner Deutschlandtag 1959, dass die Delegierten der inter-

97 Entschließung des Arbeitskreises I „Europapolitik“, o. D. [23./24. September 1960], in: ACDP 04-007-006/1.

98 Die UIJDC blieb zunächst auf Europa beschränkt, bis sie sich 1959 in eine europäische und eine lateinamerikanische Sektion aufteilte. In der politischen Arbeit der Jungen Union spielten die Verbindungen nach Mittel- und Südamerika jedoch keine nennenswerte Rolle, vgl. Reinhard Schreiner: Organisationen und Zusammenschlüsse christlich-demokratischer Parteien seit 1945. Eine Übersicht, in: Historisch-Politische Mitteilungen 1 (1994), S. 241–252, hier 250.

nationalen Arbeit einen hohen Stellenwert beimaßen und sich eine größere Bedeutung der UIJDC wünschten.⁹⁹

Dieses Anliegen bejahte auch Gerhard Stoltenberg. Die Teilnahme an den Veranstaltungen des internationalen Dachverbandes war von Beginn an fester Bestandteil seiner Aufgaben als Bundesvorsitzender gewesen. 1955 war die deutsche Equipe Ausrichter des 8. Jahreskongresses der UIJDC im bayerischen Tutzing. In den darauffolgenden Jahren fanden Tagungen in Rom (1956), Mailand (1956) und im norditalienischen Badeort Castiglione (1957) statt.¹⁰⁰ Bei diesen Zusammenkünften machte Stoltenberg durchaus eine gute Figur. Im Nachgang zu einem Kongress im niederländischen Scheveningen erkundigte sich UIJDC-Generalsekretär Jean Degimbe sogar, ob Stoltenberg bereit wäre, die Präsidentschaft des Dachverbandes zu übernehmen.¹⁰¹ Wie Degimbe versicherte, waren mit dem Amt in erster Linie repräsentative Aufgaben verbunden. Dennoch schlug Stoltenberg den Vorsitz mit Verweis auf seine „expanding obligations in the parliamentary and party-work“ aus.¹⁰²

Degimbes Avancen unterstreichen, wie fest die Junge Union Deutschlands in die Arbeit der UIJDC eingebunden war. Im Januar 1960 meinte auch das zuständige Bundesvorstandsmitglied Egon Klepsch berichten zu können, dass die deutsche Position in der UIJDC recht gut sei.¹⁰³ Der Bundesvorstand hielt, sofern die finanziellen Mittel es zuließen, sogar eine weitere Intensivierung der Mitarbeit in den Gremien des Dachverbandes für geboten. Hierzu passt, dass der ungarische Exilant György O'svath die Jahre 1958 bis 1968 in einer Festschrift als eine „Dekade der Vertiefung und der Erweiterung“ der internationalen Arbeit“ der Jungen Union charakterisiert hat.¹⁰⁴

Diese Periodisierung verdeckt die Tatsache, dass die Beziehungen zwischen der Jungen Union und der UIJDC spätestens mit dem Beginn des Jahres 1961 in eine schwere Krise gerieten. Anlass war eine Arbeitstagung des Lenkungs-komitees der UIJDC in Luxemburg, auf welcher eine Reihe von Personalentscheidungen getroffen wurde, die auf den entschiedenen Widerstand der deutschen Equipe stießen. Wie Klepsch seinem Bundesvorsitzenden berichtete, hatte

99 Protokoll der Plenarsitzung des Deutschlandtages in Berlin am 26. September 1959, in: ACDP 01-626-067/1.

100 Vgl. Programm: 8. Jahreskongress der Union Internationale des Jeunes Démocrates Chrétiens, 13.–15. September 1955 in Tutzing, in: ACDP 01-626-066/3; Bundesvorstandssitzung am 25. Februar 1956 in Ludwigsburg, in: ACDP 04-007-036/5; Protokoll über die Sitzung des Deutschlandrates am 26. und 27. Mai 1956 in Berlin, in: Archiv für Christlich-Soziale Politik (ACSP) Nachlass Fritz Pirkel 401; Schwarz: Erinnerungssplitter, S. 53.

101 Degimbe an Stoltenberg, 5. Januar 1959, in: ACDP 01-626-066/4.

102 Stoltenberg an Degimbe, 21. Januar 1959, ebd.

103 Protokoll über die Sitzung des Bundesvorstandes der Jungen Union Deutschlands am 23. Januar 1960 in Bonn, in: ACDP 01-626-067/1.

104 György O'svath: Die Geschichte der internationalen Beziehungen der Jungen Union Deutschlands, 1947–1972, in: Dumann (Hg.): 25 Jahre Junge Union Deutschlands, S. 135–165, hier 146–154.

die Tagung einen „außerordentlich unbefriedigenden Verlauf“ genommen.¹⁰⁵ Im Hinblick auf die Personalentscheidungen, die innerverbandlichen Verfahrensweisen wie auch die politischen Grundsätze konstatierte der JU-Vertreter „klaffende Gegensätze“ zwischen den Auffassungen der deutschen Vertreter und jener knappen Mehrheit, die sich in Luxemburg durchgesetzt hatte. Anstoß nahm Klepsch vor allem an der Wiederwahl des Präsidenten Angelo Bernassola und des polnischen Vize-Generalsekretärs Stanisław Gebhardt, von denen er zu berichten wusste, diese hätten einem Teil der Südamerikaner sowie togolesischen Vertretern erklärt, dass in der UIJDC „leider zwei faschistische Verbände seien, nämlich die Deutschen und die Österreicher“.

Bernassola zeigte sich in einem Brief an Stoltenberg irritiert über das Auftreten der deutschen Delegierten bei der Luxemburger Tagung und betonte zugleich die gute Zusammenarbeit in der Vergangenheit. Er sei immer darum bemüht gewesen, die Junge Union vor wichtigen Treffen und Entscheidungen zu informieren und einzubinden. Französischerseits sei ihm sogar der Vorwurf gemacht worden, „in too much close contact“ mit den Deutschen gewesen zu sein.¹⁰⁶ In seinem Antwortschreiben bekräftigte Stoltenberg die Unzufriedenheit der JU mit der Wiederwahl Gebhardts, die gegen eine Vereinbarung verstoßen habe, wonach der Vize-Generalsekretär stets zugleich Generalsekretär der in der UIJDC organisierten osteuropäischen Exilverbände sein müsse.¹⁰⁷ Das Vorgehen der UIJDC-Spitze rügte Stoltenberg als „sehr unklug“ und erklärte, dass der Bundesvorstand „eine befriedigende Regelung dieser Frage zur Voraussetzung für seine Mitarbeit in den Organen der Internationalen Union“ mache. Tatsächlich betrachtete das Führungsgremium der JU die Mitgliedschaft in der UIJDC „bis zur Klärung aller Fragen“ als ruhend und setzte sowohl die Teilnahme an offiziellen Sitzungen als auch die Zahlung von Beiträgen aus.¹⁰⁸

Dieser für den Dachverband bedrohliche Beschluss der mitgliederstarken deutschen Equipe mündete in einem Schlichtungsgespräch, das Klepsch und eine Reihe weiterer JU-Vertreter Anfang Mai mit Bernassola im Bonner Bundessekretariat führten. Klepsch erklärte, dass die JU zu Gebhardt „wegen einer politischen Einstellung in grundsätzlichen Fragen“ kein Vertrauen habe.¹⁰⁹ Bernassola bewegte sich auf die deutsche Seite zu, indem er ankündigte, Gebhardts

105 Egon Klepsch an Stoltenberg, 18. Februar 1961, in: ACDP, 01-626-067/1; vgl. den Bericht Klepschs vor dem JU-Bundesvorstand: Protokoll über die Sitzung des Bundesvorstandes am 8. April 1961 in Düsseldorf, in: ACDP 04-007-037/2.

106 Bernassola an Stoltenberg, 25. März 1961, in: ACDP 01-626-066/4.

107 Stoltenberg an Bernassola, 22. April 1961, in: ACDP 01-626-067/1; seitens der JU berief man sich in dieser Frage auf eine mündliche Zusatzerklärung der deutschen Delegation anlässlich der Annahme der Satzung der UIJDC: Protokoll über die Sitzung des Bundesvorstandes am 8. April 1961 in Düsseldorf, in: ACDP 04-007-037/2.

108 Ebd.

109 Vermerk über die Besprechung mit Herrn Dr. Bernassola am 6. Mai 1961 in Bonn, 13. Mai 1961, in: ACDP 01-626-067/1.

Wahl nochmals zu überprüfen. Doch bereits die nächste Sitzung des UIJDC-Exekutivbüros zeigte aus Sicht des deutschen Teilnehmers Helmut Geiger, dass Bernassola nicht bereit war, die in Bonn gegebenen Zusagen zu halten.¹¹⁰ Der JU-Bundesvorstand bekräftigte daher Anfang Juni seine Haltung, die Mitgliedschaft in der UIJDC vorerst ruhen zu lassen, und erklärte, in Zukunft einzig mit einer aus einem luxemburgischen und einem niederländischen Vertreter gebildeten Schlichtungskommission verhandeln zu wollen.¹¹¹

Gegenüber dem niederländischen Vertreter Piet van Engelen erörterte Stoltenberg nochmals eingehend die Vorstellungen der JU und betonte, dass es in dieser Angelegenheit um nicht weniger als die Frage gehe, „ob die Junge Union Deutschlands überhaupt noch unter den gegebenen Statuten und Bedingungen in der Internationalen Union verbleiben und arbeiten kann“.¹¹² Der JU-Vorsitzende unterstrich, dass die Wiederwahl Gebhardts gegen „mündlich mehrfach vereinbarte Prinzipien“ verstoßen habe und „willkürlich nur aus Gründen persönlicher Freundschaften und Antipathien, die man leider schon mit Cliquenbildung bezeichnen muß“, erfolgt sei. Ferner monierte Stoltenberg, dass die Satzung der UIJDC eine Mehrheitsbildung unter Einschluss kleiner und kleinster Verbände wie San Marino und Exilspanien gegen die großen Verbände Deutschland und Frankreich zuließe.¹¹³ Dabei verfügten jene kleineren Verbände „teilweise weder über die erforderliche organisatorische Stärke noch die wünschenswerte politische Sachkenntnis“.

Ende Juni kam es zu einem Gespräch zwischen van Engelen, dem luxemburgischen Schlichtungskommissionsmitglied Jean Wolter und der JU-Spitze in Bonn. Man verständigte sich darauf, dass van Engelen und Wolter dem Leitungskomitee die deutschen Vorstellungen zur Neugestaltung der UIJDC-Satzung übermittelten, auf deren Grundlage schließlich eine Neuwahl des Führungsgremiums abzuhalten sei: „Nur unter dieser Voraussetzung sieht sich die Junge Union Deutschlands in der Lage, wiederum in der UIJDC mitzuarbeiten.“¹¹⁴ Obwohl das Leitungskomitee bereits tags darauf in Brüssel über die Ergebnisse des Schlichtungsgespräches beriet, blieb es den Deutschen über Wochen eine Antwort schuldig. Der JU-Bundesvorstand zeigte sich hierüber ausgesprochen verärgert und beschloss, die Daumenschrauben weiter anzuziehen: Dem Generalsekretär der UIJDC, Evert Mathies, wurde zum 1. Okto-

110 Vermerk über die Sitzung des Exekutivbüros der UIJDC am 20. Mai 1961 in Brüssel, 26. Mai 1961, ebd.

111 Protokoll über die Sitzung des Bundesvorstandes der Jungen Union Deutschlands am 2./3. Juni 1961, in: ACDP 04-007-037/2.

112 Stoltenberg an van Engelen, 7. Juni 1961, in: ACDP 01-626-067/1.

113 Insofern überrascht es nicht, dass die JU im Konflikt mit der UIJDC auf französischer Seite Unterstützung fand: Vermerk über die Sitzung des Exekutivbüros der UIJDC am 20. Mai 1961 in Brüssel, 26. Mai 1961, ebd.

114 Protokoll über die Sitzung des Bundesvorstandes der Jungen Union Deutschlands am 19. August 1961 in Bonn, in: ACDP 04-007-037/2.

ber 1961 ein Ultimatum gestellt, wonach die Junge Union mit ihrem Austritt drohte, „sollte bis zu diesem Zeitpunkt keine befriedigende Antwort in Bonn vorliegen“.¹¹⁵ Wenngleich dieser drastischste aller denkbaren Schritte ausblieb, hinterließ Stoltenberg seinem Nachfolger Bert Even auf dem Feld der internationalen Zusammenarbeit alles andere als geordnete Verhältnisse.

Konfessionelle Konflikte und „ein Quentchen Heuchelei“

Freilich blieben auch in der internen Arbeit der Jungen Union Konflikte nicht aus. Diese waren weniger politischer Natur. Zumindest aus den verfügbaren Quellen ist nicht ersichtlich, dass es unter Stoltenbergs Bundesvorsitz gravierende Richtungsstreitigkeiten gegeben hätte. Dies vermag durchaus zu überraschen, da die Ära Stoltenberg eine Scharnierzeit markiert zwischen einer Jungen Union, die bis weit in die 1950er Jahre hinein auf den linken, christlich-sozial orientierten Flügel der CDU fixiert war, und der JU der 1960er Jahre, die stärker unter den Vorzeichen einer konservativen Grundorientierung agierte.¹¹⁶ Erstere Strömung verkörperte etwa Bert Even, der als stellvertretender Bundesvorsitzender und Vorsitzender des mächtigen Landesverbandes Rheinland auch unter Stoltenberg zu den unangefochtenen Schlüsselakteuren zählte.¹¹⁷

Bezeichnenderweise war es eine andere Konfliktlinie, die in den überlieferten Protokollen und Briefen immer wieder sichtbar wird. Bereits Frank Bösch hat anhand einzelner Beispiele aufgezeigt, dass „erstaunlicherweise“ auch in der Jungen Union konfessionelle Spannungen zwischen den katholischen und protestantischen Mitgliedern auftraten.¹¹⁸ Damit glich die JU der 1950er Jahre auf diesem Feld stärker als lange vermutet ihrer Mutterpartei.

Stoltenberg selbst zeigte sich als Vorsitzender bemüht, den Proporz nach konfessionellen, regionalen und auch generationellen Gesichtspunkten nicht allzu sehr zum leitenden Prinzip bei der Zusammensetzung seines Bundesvorstandes werden zu lassen. Als dieser im Mai 1956 über seine anstehende Neuaufstellung auf dem Travemünder Deutschlandtag beriet, erteilte Stoltenberg der Feststellung, dass bestimmte regionale Interessen berücksichtigt werden müssten, eine ausdrückliche Absage: Derartige Überlegungen könnten für die Zusammensetzung des Bundesvorstandes „nicht letztlich maßgebend sein“, da die Junge Union „im Deutschlandrat bereits ein nach regionalen Gesichtspunkten

115 Ebd.

116 Vgl. Krabbe: Funktion und Selbstverständnis der Partei-Jugendverbände, S. 297.

117 Even bekannte sich dezidiert zu dem „betont christlich-sozialen Geist“ der Gründerjahre der Jungen Union: Bert Even an Richard Jaeger, 23. Oktober 1961, in: ACSP Nachlass Richard Jaeger B:44.

118 Bösch: Die Adenauer-CDU, S. 316.

zusammengesetztes Führungsgremium besitze“.¹¹⁹ Einschränkend pflichtete ihm der rheinland-pfälzische Landesvorsitzende Peter Josten bei, der darauf hinwies, dass „der Vorstand bei seinen Erörterungen zwar besondere Momente (z. B. konfessionelle Gesichtspunkte) berücksichtigen müsse, daß aber im Plenum keinesfalls der Eindruck erweckt werden dürfe, die Betreffenden würden nicht ausschließlich ihrer persönlichen Qualifikation wegen präsentiert“. Auch Jostens Hinweis in eigener Sache, er sei mit seinen bald 41 Jahren „altersmäßig gesehen „überfällig““, wollte Stoltenberg nicht als Kriterium gelten lassen. Ein Ausscheiden Jostens aus dem Bundesvorstand sei aus den genannten Gründen „keineswegs nötig“. Die Junge Union Deutschlands „dürfe sich von gewissen Kreisen der CDU, die da meinten, wer über 25 Jahre alt sei, könne nicht mehr Mitglied der JUD sein, nicht in eine Psychose treiben lassen“.

Während Stoltenberg den generationellen und regionalen Proporz demonstrativ beiseiteschob, blieben kleinere und größere konfessionelle Querelen während seiner Amtszeit nicht aus. 1958 kam es im Vorfeld des Konstanzer Deutschlandtages zu Auseinandersetzungen, da aufgrund der „konfessionellen Verhältnisse innerhalb der Konstanzer CDU, ein prominenter Redner der CDU als nicht geeignet angesehen wurde“.¹²⁰ In der Folge empörte sich der Landesausschuss der JU Berlin über solche „dem Unionsgedanken zuwiderlaufene [sic] Überlegungen“ und forderte, diese mit einer Verlegung des Tagungsortes „schärfstens“ zu bekämpfen. Am stärksten wurde der konfessionelle Gegensatz auf den Deutschlandtagen selbst sichtbar: Zum einen durch die beiden getrennt gefeierten Gottesdienste am Sonntagmorgen,¹²¹ zum anderen bei der Aufstellung und Wahl von Vorständen. So lag bei der Neuwahl des Bundesvorstandes 1960 in Mainz das akribisch protokollierte Verhältnis zwischen den gewählten Katholiken und Protestanten bei sieben zu vier.¹²² Kleinlich und rückständig erschien ein solches Auf- und Gegenrechnen nicht nur manchem JU-Mitglied. Der in den Deutschlandrat kooptierte Vertreter des RCDS, Dietrich Nemitz, zeigte sich in einem Bericht über ein Zusammentreffen im Mai 1960 verständnislos: „Es gab heftige Diskussionen wegen der Religionszugehörigkeit der Referenten bzw. Arbeitskreisleiter! Primitiver ging es wirklich nicht!“¹²³

119 Protokoll über die Sitzung des Bundesvorstandes am 26. Mai 1956 in Berlin, in: ACDP 04-007-036/5.

120 Karl-Heinz Schmitz, Landesvorsitzender der JU Berlin, an Stoltenberg, 6. Februar 1958, in: ACDP 01-626-066/4.

121 Vgl. etwa das Programmheft des Travemünder Deutschlandtages, wo im Plural von „Gottesdiensten“ gesprochen wird: Programmheft: Deutschland-Tag der Jungen Union Deutschlands in Lübeck-Travemünde, 29. Juni bis 1. Juli 1956, in: ACDP 01-626-147/1.

122 Notiz: Wahlergebnis vom Deutschlandtag der Jungen Union in Mainz am 23./24. September 1960, in: ACDP 04-007-006/1.

123 Streng vertraulicher Bericht über die Sitzung des Deutschlandrates der Jungen Union am 21./22. Mai 1960 in Bad Soden/Taunus von Dietrich Nemitz, in: ACDP 04-006-060/1.

Auch die einzige größere Woge der Kritik, die sich zwischen 1955 und 1961 gegen den Bundesvorsitzenden richtete, hatte – zumindest nach außen hin – einen konfessionellen Zwist zum Anlass. Im Frühjahr 1960 erfuhr Ernst Majonica am Rande des CDU-Bundesparteitages in der Karlsruher Schwarzwaldhalle, dass Stoltenberg aus „weltanschauliche[n] Gründen“ wohl nicht wiedergewählt werde.¹²⁴ Kundgetan hatte ihm diese Vermutung sein westfälischer Landsmann, das Bundesvorstandsmitglied Theodor Mengelkamp. An Dynamik gewann die Debatte über eine mögliche Ablösung Stoltenbergs jedoch erst, als eine Kommunikationspanne im Vorfeld des Mainzer Deutschlandtages den Eindruck erweckte, der norddeutsche Protestant wolle die Axt an die konfessionelle Bekenntnisschule anlegen.

Im September 1960 kündigte der Pressedienst der schleswig-holsteinischen CDU einen Vortrag an, den Stoltenberg im November auf einem kulturpolitischen Kongress der Landespartei in Bad Bramstedt halten sollte.¹²⁵ Offenbar ohne Rücksprache mit Stoltenberg hatte ein „übereifriger Mitarbeiter“ mit einer Bemerkung im Ankündigungstext die Erwartung geschürt, der JU-Bundesvorsitzende würde sich auf dem Kongress kritisch mit der heutigen Form der Konfessionsschule auseinandersetzen wollen.¹²⁶ Eingedenk der Tatsache, dass die katholische Bekenntnisschule die vielleicht heiligste jener Kühe war, die Helmut Kohl später als Modernisierer von Rheinland-Pfalz schlachten sollte,¹²⁷ wird verständlich, dass diese Ankündigung in den katholisch geprägten Landesverbänden Süd- und Westdeutschlands zum Teil für blankes Entsetzen sorgte. Stark missbilligend kommentiert und damit bekannt gemacht hatten die Randnotiz des CDU-Pressedienstes die Würzburger *Allgemeine Sonntagszeitung* und die *Katholische Nachrichten-Agentur*, ihres Zeichens wichtige Medien im katholischen Milieu der frühen Bundesrepublik.

Wenige Tage vor Beginn des Deutschlandtages im Saal des Kurfürstlichen Schlosses wusste die *Allgemeine Sonntagszeitung* ihren Lesern auf der Titelseite zu berichten, dass aus Schleswig-Holstein eine „merkwürdige Kunde“ käme.¹²⁸ Auf dem geplanten Kongress in Bad Bramstedt wolle der Bundesvorsitzende der Jungen Union, Gerhard Stoltenberg, „begründen, weshalb die CDU Schleswig-Holsteins der Gemeinschaftsschule auf christlicher Grundlage den Vorzug gibt vor einer ‚Konfessionalisierung‘ des öffentlichen Schulwesens“.

124 Tagebucheintrag vom 26. April 1960, in: Majonica: Das politische Tagebuch, S. 107.

125 Der im schleswig-holsteinischen CDU-Pressedienst erschienene Artikel konnte leider nicht im Original konsultiert werden.

126 Rudolf Woller: Die CDU bleibt eine Weltanschauungspartei. Grundsatzdebatte beim Mainzer Deutschland-Tag der Jungen Union, in: Weser-Kurier, 26. September 1960, in: ACDP Pressearchiv.

127 Vgl. Markus Raasch: „Ein fürchterlicher Verrat“? Katholischsein und die Abschaffung der staatlichen Konfessionsschulen in Rheinland-Pfalz, 1963–1973 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B: Forschungen 144). Paderborn 2023.

128 Elternrecht, in: Die Allgemeine Sonntagszeitung vom 18. September 1960.

Die *Sonntagszeitung* rügte nicht nur, dass die schleswig-holsteinische CDU hiermit eine Forderung ihrer politischen Gegner übernehme, sondern erinnerte den JU-Vorsitzenden auch daran, dass „das Recht der Eltern, die Schulform für ihre Kinder zu bestimmen, [...] sich auch durch einen Beschluß der schleswig-holsteinischen CDU nicht [wird] wegwischen lassen“.

Im Umgang mit unliebsamen Veröffentlichungen mittlerweile geübt, setzte Stoltenberg umgehend ein Schreiben an die Mitglieder des Deutschlandrates auf. In diesem sprach er von einem „unqualifizierten Angriff gegen mich unter Betonung meiner Eigenschaft als Vorsitzender der Jungen Union“ und identifizierte als Auslöser eine „unglückliche Formulierung“ des schleswig-holsteinischen CDU-Pressedienstes, für die er keine Verantwortung trage und die ihm erst nach Veröffentlichung bekannt geworden sei.¹²⁹ In einer in der *Sonntagszeitung* abgedruckten Gegendarstellung äußerte er zudem sein persönliches Befremden und das „viele[r] meiner Freunde“ über „die Form, in der Sie zu meinem geplanten Referat Stellung nehmen“.¹³⁰ Abschließend machte Stoltenberg sein Unverständnis deutlich, warum man sich nicht vor „dieser Attacke“ bemüht hätte, „den wirklichen Sachverhalt durch eine kurze Rückfrage zu klären“. Zuspruch erhielt der schleswig-holsteinische Bundestagsabgeordnete unter anderem von seinem Fraktionsvorsitzenden Heinrich Krone, der sich in Sorge über den „unserer gemeinsamen Sache zugefügte[n] Schaden“ an die Chefredaktion der *Katholischen Nachrichten-Agentur* gewandt hatte.¹³¹

Als ein besonders aufmerksamer Beobachter dieses vermeintlichen Eklats erwies sich der spätere ZDF-Chefredakteur Rudolf Woller, der für den Bremer *Weser Kurier* über den Mainzer Deutschlandtag berichtete. Aus Wollers Sicht waren die Gründe dafür, dass „Stoltenberg überhaupt ins Wanken geriet, [...] für die Junge Union symptomatisch“.¹³² Der Journalist diagnostizierte eine „Unerbittlichkeit, die in kulturpolitischen Fragen aus dem ausgewogenen Verhältnis zwischen den beiden Konfessionen erwächst“. Wer an diesem Gleichgewicht rüttle, drohe vom Thron gestürzt zu werden. Zugleich könnten kulturpolitische Begründungen innerhalb der JU aber jederzeit als Deckmantel für Motive der reinen Machtpolitik dienen: „Niemand würde es wagen, an offiziellen Begründungen zu zweifeln, aber ein Quentchen Heuchelei wird wohl immer möglich bleiben.“ Dafür, dass Woller mit dieser Vermutung richtig lag, spricht nicht zuletzt die Tatsache, dass Theodor Mengelkamp bereits ein halbes Jahr zuvor das Gerücht verbreitet hatte, Stoltenberg stehe kurz vor der Ablösung. Folglich hatten dessen interne Widersacher lediglich auf einen passenden Vor-

129 Entwurf für ein Rundschreiben an die Mitglieder des Deutschlandrates der Jungen Union Deutschlands, 15. September 1960, in: ACDP 04-007-043/1.

130 Leser schreiben an die ASZ, in: Die Allgemeine Sonntagszeitung vom 25. September 1960.

131 Heinrich Krone an die Chefredaktion der Katholischen Nachrichten-Agentur, 16. September 1960, in: ACDP 04-007-043/1.

132 Woller: Die CDU bleibt eine Weltanschauungspartei.

wand gewartet, um Stoltenbergs Wiederwahl infrage zu stellen. Allen Anscheins nach kam dem von Mengelkamp geleiteten westfälischen Landesverband bei dieser halbgenen Revolte eine zentrale Rolle zu.¹³³

Gemessen an der Unruhe, die im Vorfeld des Mainzer Deutschlandtages um Stoltenbergs Person geherrscht hatte, fiel der Denkkettel nämlich erstaunlich milde aus. 105 Ja-Stimmen standen nur 33 Nein-Stimmen gegenüber; hinzu kamen 11 Enthaltungen und 1 ungültige Stimme.¹³⁴ Das Wahlergebnis dokumentierte, dass es letztlich keine überzeugende personelle Alternative zu Gerhard Stoltenberg gab. Zwar mag diesem seine inzwischen reichhaltige Erfahrung, medial entfachte Feuer zu löschen, geholfen haben, aber: „Stoltenbergs Dementi, so überzeugend es war, hätte ihm gar nichts genützt, wäre ein einigermaßen ebenbürtiger Gegenkandidat vorhanden gewesen“, wie Rudolf Woller vermutete.¹³⁵

Das Ende einer Ära: Der Oldenburger Deutschlandtag

Diese Annahme bewahrheitete sich, als Stoltenberg im Herbst 1961 nach fast sechseinhalb Jahren schließlich freiwillig aus dem Amt des Bundesvorsitzenden ausschied und der Jungen Union fortan als Ehrevorsitzender verbunden blieb. Die Suche nach einem geeigneten Nachfolger gestaltete sich als schwierig. Von Bert Even, auf den die Wahl letztlich fiel, waren nach allgemeiner Ansicht nur wenige neue Impulse für die Arbeit der Parteijugend zu erwarten. Der Rheinländer war über drei Jahre älter als sein schleswig-holsteinischer Vorgänger, sodass er von vornherein nur als Übergangslösung infrage kam.¹³⁶ Auch Weert Börner, der auf dem Oldenburger Deutschlandtag zu Evens Stellvertreter gewählt wurde, zeigte sich skeptisch. Even sei zwar „ein patenter Kerl, allerdings wohl nicht vom Format Stoltenberg“.¹³⁷

Entsprechend groß fiel das Lob aus, mit dem der scheidende Bundesvorsitzende nach über einer halben Dekade im Amt verabschiedet wurde. Bert Even erinnerte noch einmal an die beträchtlichen Schwierigkeiten, die Stoltenberg

133 Vgl. Muß man die Wirtschaftswunder-Schraube stoppen? Ein Bundestagsabgeordneter sucht mit der Jungen Union nach dem geistigen Standort der CDU, in: Die Welt vom 27. September 1960, in: ACDP Pressearchiv.

134 Notiz: Wahlergebnis vom Deutschlandtag der Jungen Union in Mainz am 23./24. September 1960, in: ACDP 04-007-006/1; vgl. zum Verlauf des Mainzer Deutschlandtages auch Dietrich-Wilhelm Rollmann: Erinnerungen, in: Abgeordnete des Deutschen Bundestages. Aufzeichnungen und Erinnerungen, Bd. 3. Hg. vom Deutschen Bundestag. Boppard am Rhein 1985, S. 297–408, hier 343 f.

135 Woller: Die CDU bleibt eine Weltanschauungspartei.

136 In der Presse wurde er sogar als „Notlösung“ bezeichnet: Bergab auf der schiefen Ebene. Die Junge Union vor einem Führungswechsel, in: Christ und Welt, 1. November 1961, in: ACDP Pressearchiv.

137 Börner: Ein Ostfrieser am Rhein, S. 194.

im Laufe seiner Amtszeit in Organisations- und Finanzfragen zu überwinden hatte.¹³⁸ Als Vorsitzender habe er sämtliche Beschlüsse der JU-Gremien „mit größter Fairneß und Loyalität“ durchgeführt und die Anliegen der Jungen Union in einer „menschlich ansprechenden Weise“ vertreten. Es sei zum großen Teil Stoltenbergs Verdienst, so Even, dass sich die JU innerhalb dessen sechsjähriger Amtszeit „aus einer politischen Elementarschule zu einem politischen Faktor entwickelt“ habe.

Tatsächlich schickten sich die Absolventen dieser Elementarschule bald an, den Kurs ihrer Mutterparteien maßgeblich zu bestimmen. Die Namen der damaligen Akteure im Bundesvorstand, im Deutschlandrat und auf den alljährlichen Deutschlandtagen lesen sich wie ein *Who is Who* der Geschichte der beiden Unionsparteien in den 1970er und 1980er Jahren. Zu erwähnen sind hier neben Helmut Kohl, Gerhard Stoltenberg und Friedrich Zimmermann auch Heiner Geißler, Peter Lorenz, Werner Zeyer und Philipp Jenninger. Als weitere Namen ließen sich Karl Lamers, Annemarie Griesinger, Friedrich Vogel und Horst Waffenschmidt nennen. Nicht im engeren Sinne der damaligen JU zugehörig, aber mit ihr verbunden war darüber hinaus der spätere stellvertretende CDU-Bundesvorsitzende Heinrich Köppler als seinerzeitiger Spitzenfunktionär der katholischen Jugendverbände.

Schlussbetrachtung

Mit Gerhard Stoltenberg war 1955 ein Vorsitzender an die Spitze der Jungen Union Deutschlands getreten, der in vielerlei Hinsicht mit den bewährten Mustern ihrer Anfangsjahre brach. Weder von seinem Alter her noch landsmannschaftlich, programmatisch oder konfessionell entsprach der Oldesloer Pastorensohn dem durchschnittlichen Jungunionisten der frühen 1950er Jahre. Zudem mangelte es ihm anders als seinen Vorgängern an einer starken Hausmacht, die seine Machtposition innerhalb des Bundesverbandes hätte stützen können. Dennoch setzte sich Stoltenberg über einen Zeitraum von sechs Jahren an der Spitze der Jungen Union fest.

Wesentlich hierzu beigetragen hatte das Geschick, mit dem Stoltenberg die personalpolitischen Interessen des JU-Bundesvorstands gegenüber der CDU-Spitze um Konrad Adenauer vertrat. Auch als Redner machte der Schleswig-Holsteiner eine gute Figur, wenn er etwa vor 20.000 Zuhörern in der Dortmunder Westfalenhalle an der Seite Adenauers, Karl Arnolds und Ernst Lemmers

138 Stenographischer Bericht des Schlusswortes von Bert Even, o. D. [1961], in: ACDP 04-007-006/2.

den Bundestagswahlkampf 1957 eröffnete.¹³⁹ In seiner dortigen Ansprache legte der JU-Vorsitzende erwartungsgemäß ein unzweideutiges Bekenntnis zum politischen Kurs der CDU und zur Person ihres Vorsitzenden ab: Niemand könne „heute nur im Entferntesten [...] ein solches Mass an Vertrauen und Achtung in unserem Volk, und gerade auch in der Jugend“ vorweisen wie Konrad Adenauer. Zugleich versicherte Stoltenberg den zahlreichen JU-Mitgliedern im Publikum, dass „Verehrung und Vertrauen [...] nicht Servilität“ bedeuteten, und beschwor das Selbstverständnis der christdemokratischen Jugendorganisation, „Motor“ und „Gewissen“ der Unionsparteien zu sein.

War die Junge Union der Jahre 1955 bis 1961 ein solcher Motor? Wenn man ihr Profil auf einen Nenner bringen möchte, drängt sich eher der Begriff jener „politischen Elementarschule“ auf, die sein Urheber Bert Even im Jahr 1961 überwunden glaubte. Eine Elementarschule war die JU in einem dreifachen Sinn: Erstens über das von Stoltenberg gepflegte Selbstverständnis, eine Institution der politischen Bildung zu sein und über das Heranführen junger Menschen an eine politische Partei zur Stabilisierung der jungen deutschen Nachkriegsdemokratie beitragen zu können. Zweitens für die Mitglieder, die an einem breiten Schulungs- und Bildungsangebot partizipieren konnten, das auch Reisen ins westeuropäische Ausland miteinschloss. Und schließlich drittens für die Führungsriege um Gerhard Stoltenberg, die essentielle politische Erfahrungen sammelte und dabei Kontakte und Netzwerke knüpfte, die die Geschichte der Unionsparteien gerade in den 1970er und 1980er Jahren nachhaltig prägten.

139 Rede Gerhard Stoltenbergs zur Eröffnung des Wahlkampfes auf der Kundgebung am 30. Juni 1957 in der Westfalenhalle in Dortmund, in: ACDP 01-626-147/2; die Kundgebung markierte zugleich den Abschluss des Dortmunder Deutschlandtages, für den der Bundesverband eigens acht Sonderzüge angemietet hatte, um neben den 150 Delegierten möglichst viele Mitglieder der JU in der westfälischen Großstadt zu versammeln: Heinz Schwarz an Bruno Heck, 4. Juni 1957, in: ACDP 04-007-004/1.

Die Haltung der CDU zur KSZE von 1969 bis 1975. Im Spannungsfeld von Entspannungspolitik, deutscher Frage und europäischer Integration¹

Anna Graf-Steiner/Peter Ruggenthaler

„Wenn Breschnew in diesen Tagen eine Zwischenbilanz aufmacht, kann er [...] in der Tat zufrieden sein. Eine Konferenz, die von seinen Vorgängern schon seit der Mitte der 50er Jahre verlangt worden ist, hat er zustande gebracht. Und wenn Breschnew in diesen Tagen den Vorsitzenden der SPD, den früheren Bundeskanzler Brandt, in Moskau und in der Sowjetunion gefeiert hat, wie wir es alle gelesen und gesehen haben, dann weiß er genau, warum. (Beifall bei der CDU/CSU)“²

Die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) markierte den Höhepunkt in der Entspannungspolitik im Kalten Krieg. Die sozial-liberale Koalition unter den Bundeskanzlern Willy Brandt und Helmut Schmidt sah die Unterzeichnung der Helsinki-Schlussakte von 1975 auch als Erfolg ihrer „neuen Ostpolitik“. Vielmehr aber war die Entspannungspolitik in Europa das Ergebnis einer „neuen Westpolitik“ der Sowjetunion und der Bereitschaft der USA und ihrer Verbündeten, Brücken über den „Eisernen Vorhang“ zu bauen.³ Der Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Leonid I. Brežnev, forcierte seit Mitte der 1960er Jahre eine gesamteuropäische Sicherheitskonferenz, die in der „Bukarest-Erklärung“ vom 6. Juli 1966 zum außenpolitischen Hauptziel des Warschauer Paktes erhoben wurde. Diese zielte auf die Anerkennung der sowjetischen Hegemonie über Mittelost- und Osteuropa und die Festschreibung des Status quo in Europa ab.⁴

- 1 Die Forschung zu diesem Artikel erfolgte im Rahmen der beiden, vom Österreichischen Forschungsfonds (FWF) geförderten Projekte 10.55776/P31869 (Rolle der neutralen Staaten in der sowjetischen Außenpolitik) und 10.55776/I5306 (Sowjetisch-Österreichische Wirtschaftsbeziehungen 1955–1964).
- 2 Deutscher Bundestag, 7. Wahlperiode, 183. Sitzung, 25. Juli 1975, S. 12854 (Dr. Schröder). Die Protokolle sind online abrufbar unter https://www.bundestag.de/webarchiv/textarchiv/2014/kw35_parlamentsdokumentation-285652 (Abruf: 27. Juni 2025).
- 3 Michael Borchard/Stefan Karner/Hanns Jürgen Küsters/Peter Ruggenthaler: Einleitung, in: Dies. (Hg.): *Entspannung im Kalten Krieg. Der Weg zum Moskauer Vertrag und zur KSZE*. Graz/Wien 2020, S. 11; zur Rolle und Politik der Bundesregierung im KSZE-Prozess siehe Matthias Peter: *Die Bundesrepublik im KSZE-Prozess 1975–1983. Die Umkehrung der Diplomatie*. Berlin/München/Boston 2015 sowie Petri Hakkarainen: *A State of Peace in Europe. West Germany and the CSCE, 1966–1975*. New York/Oxford 2011.
- 4 Csaba Békés: *The Warsaw Pact, the German Question and the CSCE Process*, in: Oliver Bange/Gottfried Niedhart (Hg.): *Helsinki 1975 and the Transformation of Europe*. New York/Oxford 2008, S. 113–128, hier 115; Wanda Jarzabek, *Preserving the Status Quo or Promoting Change? The Role of the CSCE in the Perception of Polish Authorities, 1964–1989*, ebd., S. 144–159, hier 144; Michael C. Morgan, *The Final Act. The Helsinki Accords and the Transformation of the Cold War*. Oxford 2018, S. 80 f.

Ab Juli 1973⁵ verhandelten schließlich die 35 Teilnehmerstaaten⁶ in der „Konferenz über Sicherheit und Entspannung in Europa“ (KSZE) über den Text eines Abschlussdokuments, der „KSZE-Schlussakte“ oder „Helsinki-Schlussakte“. Diese umfasste drei sogenannte „Körbe“:

1. Prinzipienkatalog für die Beziehungen zwischen den Teilnehmerstaaten,
2. Vertrauensbildende Maßnahmen sowie Zusammenarbeit in Wirtschaft, Wissenschaft, Technik und Umwelt, sowie
3. Zusammenarbeit im humanitären und kulturellen Bereich sowie Informationsfreiheit.

Nachdem die Bundesregierung am 23. Juli 1975 ihre Zustimmung zu den Verhandlungsergebnissen beschlossen hatte,⁷ wurde die KSZE-Schlussakte am 1. August 1975 in Helsinki von den Staats- und Regierungschefs der Teilnehmerstaaten unterzeichnet.

Die CDU/CSU-Fraktion hatte in den Jahren davor aus der Opposition heraus massive Einwände erhoben.⁸ Für die Union stellte die aktive Teilnahme der Bundesrepublik am multilateralen Konferenzprojekt eine besondere Herausforderung dar. Einerseits hegten führende CDU-Politiker tiefgreifende Zweifel an den Zielen und der Glaubwürdigkeit der Sowjetunion und ihrer Verbündeten, insbesondere hinsichtlich der potentiellen Auswirkungen der KSZE auf die deutsche Frage, die Westintegration und das Kräfteverhältnis zwischen Ost und West. Kritiker warfen der sozialliberalen Koalition eine unkritische Haltung gegenüber Moskau vor, dessen Kernziel eine endgültige Festschreibung der europäischen Nachkriegsgrenzen – einschließlich der innerdeutschen Grenze – auf multilateraler Ebene und eine Festigung der sowjetischen Hegemonie über Ostmitteleuropa sei. Andererseits konnte sich die CDU einer Politik der Entspannung und des Dialogs mit dem Osten nicht grundsätzlich verschließen.

5 Nach multilateralen Vorgesprächen, die im November 1972 auf Botschafterebene in Helsinki begannen, wurde die KSZE offiziell im Juli 1973 durch eine Außenministerkonferenz in Helsinki eröffnet. Die Kommissionsphase, in der die endgültigen Formulierungen – wiederum auf Botschafterebene – verhandelt wurden, begann im September 1973 in Genf.

6 Teilnehmerstaaten waren die europäischen Staaten (inkl. der Sowjetunion, exkl. Albanien), die USA und Kanada.

7 Deutscher Bundestag, 8. Wahlperiode, 183. Sitzung, 25. Juli 1975, S. 12797.

8 In einem am 25. Juli bei der Bundestagsitzung eingebrachten Entschließungsantrag forderte die Oppositionspartei die Bundesregierung auf, die Schlussdokumente der KSZE nicht zu unterzeichnen. Siehe ebd.; vgl. auch: Entschließungsantrag der Fraktion der CDU/CSU zur Erklärung der Bundesregierung. Deutscher Bundestag, 7. Wahlperiode. Drucksache 7/3885. Für eine kurze Zusammenfassung der CDU-Sicht Kordula Kühlem: Von der Sicherheit zur Zusammenarbeit in Europa – Die KSZE-Schlussakte und ihre Folgen, in: Konrad Adenauer Stiftung (Hg.): Geschichte der CDU. Online abrufbar unter: <https://www.kas.de/de/web/geschichte-der-cdu/kalender/kalender-detail/-/content/von-der-sicherheit-zur-zusammenarbeit-in-europa-die-ksze-schlussakte-und-ihre-folgen> (Abruf: 15. Juni 2025).

Ziel dieses Artikels ist es, die Haltung der CDU zur KSZE von 1969 bis 1975 zu analysieren und ein differenziertes Bild der kritischen CDU-Sichtweise zu zeichnen. Worin manifestierten sich die Kritikpunkte an der Haltung der sozialliberalen Koalition, worin sah man Risiken? Und inwiefern waren diese Bedenken berechtigt?

Eine gesamteuropäische Sicherheitskonferenz – von einem sowjetischen zu einem multilateralen Konferenzprojekt

Bereits in den 1950er-Jahren hatte die Sowjetunion verschiedene Vorschläge für eine europäische Sicherheitsordnung unterbreitet. Die Vorschläge beinhalteten die Auflösung beider Militärböcke zugunsten eines kollektiven Sicherheitssystems.⁹ Die Initiativen waren propagandistischer Natur und zielten im Kern darauf ab, der Debatte um eine deutsche Wiedervereinigung auszuweichen, indem man sie in den Kontext einer für den Westen nicht annehmbaren, gesamteuropäischen Friedensordnung stellte.¹⁰ Im Kern ging es darum, „Moskau nicht als prinzipiellen Gegner einer deutschen Wiedervereinigung, sondern als wahren Makler für den Frieden zu präsentieren“ und den Westen – durch die einkalkulierte Ablehnung der sowjetischen „Friedens“-Initiativen – als Kriegstreiber darzustellen.¹¹

-
- 9 Molotov sprach sich auf der Viermächte-Außenministerkonferenz in Berlin 1954 für eine vermeintliche „Lösung“ der Deutschen Frage durch die Schaffung eines kollektiven Sicherheitssystems in Europa aus. Dabei verhehlte er nicht die propagandistische Intention des Vorschlags, schließlich sollte den USA nur Beobachterstatus zukommen – neben der VR China. Siehe dazu: Memorandum by the Special Assistant to the President (Jackson), 22.2.1954, in: Foreign Relations of the United States (FRUS) 1952–1954, Vol. 7, Part.1, Dok. 528; The Special Assistant to the President (Jackson) to Marie McCrum, White House Secretary, 10.2.1954, ebd., Dok. 456; The United States Delegation at the Berlin Conference to the Department of State, 11.2.1954, ebd., Dok. 451. Zur Interessenslage der USA siehe Hanns Jürgen Küsters: Der Integrationsfriede. Viermächte-Verhandlungen über die Friedensregelung mit Deutschland 1945–1990. München 2000, S. 657–669. Zu Nikita S. Chruschtschovs Vorschlag auf der Genfer Gipfelkonferenz 1955 siehe im Detail Vladislav Zubok: Soviet Policy Aims at the Geneva Conference, 1955, in: Günter Bischof/Saki Dockrill (Hg.): Cold War Respite. The Geneva Summit of 1955. Baton Rouge 2000, S. 55–74.
- 10 Gerhard Wettig: Sowjetische Deutschland-Politik 1953 bis 1958. Korrekturen an Stalins Erbe, Chruschtschows Aufstieg und der Weg zum Berlin-Ultimatum (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 82). München 2011, S. 31 f., 40; siehe auch Vladislav Zubok: A Failed Empire. The Soviet Union in the Cold War from Stalin to Gorbachev. London 2009, S. 106 f.; Zubok: Soviet Policy Aims, S. 66; A. A. Fursenko/Timothy J. Naftali: Khrushchev's Cold War. The inside Story of an American Adversary. New York 2006, S. 43–47; Peter Ruggenthaler/Anna Steiner: Der Weg nach Helsinki. Entspannung mit Bonn als letzte Etappe auf dem Weg zur Einberufung der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, in: Borchard u. a. (Hg.): Entspannung im Kalten Krieg, S. 677–701.
- 11 Anna Graf-Steiner: Brückenbauer im Kalten Krieg. Österreich und der lange Weg zur KSZE-Schlussakte. Graz/Wien/Berlin 2024, S. 60.

Ab 1958 griff der Kreml den polnischen¹² „Rapacki-Plan“ für eine nuklearfreie Zone in Mitteleuropa auf.¹³ Während kleinere europäischen Staaten durchaus Interesse zeigten (darunter Schweden, Norwegen, Dänemark und Österreich), reagierten Washington, Bonn und Paris mit Ablehnung.¹⁴ Dies traf auch auf den aktualisierten Plan zu, den Polen im Dezember 1964 vor die UNO-Generalversammlung brachte. Warschau regte an, im Rahmen einer europäischen Konferenz unter Teilnahme der USA das Einfrieren der Nuklearwaffen in Mitteleuropa zu erörtern.¹⁵ Für Bonn war auch dieser Vorschlag nicht annehmbar. In den Augen der Bundesregierung wäre der Plan gleichbedeutend mit einer Aushöhlung der Viermächteverantwortung für Deutschland und einer politischen Aufwertung der DDR gewesen. Zudem sah sie in einer denuklearisierten Zone eine Gefahr für das militärische Gleichgewicht und die eigene Sicherheit.¹⁶

-
- 12 Es ist nicht endgültig geklärt, ob der Plan (nur) auf Polens Initiative zurückging oder ob und inwieweit Moskau in die Initiierung und Erarbeitung eingebunden war. Laut Długołecki zeigt sich auf Basis der verfügbaren Quellen, dass Polen durchaus eigene Ziele verfolgte und sich „die Rolle der polnischen Diplomatie bei der Entwicklung [...] nicht auf eine ‚Verbreitung‘ des [sowjetischen] Konzepts beschränkte“. Siehe dazu im Detail Piotr Długołecki: *Diplomatic file: An Unknown Context of the Rapacki Plan*, in: *The Polish Quarterly of International Affairs* 20 (2011), S. 59–71, hier 62; siehe auch Wanda Jarzabek: *Hope and Reality. Poland and the Conference on Security and Cooperation in Europe, 1964–1989*. CWIHP Working Paper 56/2008, S. 4; von einer „genuin polnischen Idee“ spricht Michael Gehler: *Neutralität und Neutralisierungspläne für Mitteleuropa? Österreich, Ungarn, Tschechoslowakei und Polen*, in: Udo Wengst/Dominik Geppert (Hg.): *Neutralität – Chance oder Chimäre? Konzepte des Dritten Weges für Deutschland und die Welt 1945–1990*. München 2005, S. 105–131, hier 124.
- 13 Der „Erste Rapacki-Plan“ sowie Erläuterungen dazu sind auszugsweise abgedruckt in: Friedrich-Karl Schramm/Wolfram-Georg Riggert/Alois Friedel (Hg.): *Sicherheitskonferenz in Europa. Dokumentation 1954–1972. Die Bemühungen um Entspannung und Annäherung im politischen, militärischen, wirtschaftlichen, wissenschaftlich-technologischen und kulturellen Bereich*. Frankfurt a. M. 1972, darin Dok. 274: *Erster Rapacki-Plan. Rede des polnischen Außenministers, Adam Rapacki, vor der 12. Tagung der Vollversammlung der Vereinten Nationen am 2. Oktober 1957 (Auszüge)*, S. 388–390; Dok. 275: *Rede des polnischen Außenministers, Adam Rapacki, vor dem Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten des Sejm am 13. Dezember 1957 (Erläuterungen zum Ersten Rapacki-Plan) (Auszug)*, S. 391 f.
- 14 Zoltán Marusza: *Denuclearization in Central Europe? The Rapacki Plan during the Cold War*, in: *Öt Kontinens* 1/2008, S. 225–264, hier 239.
- 15 Memorandum der polnischen Regierung vom 29. Februar 1964 betr. das ‚Einfrieren‘ der nuklearen Rüstungen in Mitteleuropa, in: Schramm/Riggert/Friedel (Hg.): *Sicherheitskonferenz in Europa*, S. 414 f. Zum Hintergrund der neuen polnischen Initiative und zum Konflikt zwischen dem polnischen Generalsekretär und Chruščev im Vorfeld siehe im Detail Douglas Selvage: *Poland and the Sino-Soviet Rift, 1963–1965*. CWIHP E-Dossier 10/Jänner 2004, <https://www.wilsoncenter.org/publication/poland-and-the-sino-soviet-rift-1963-1965> (Abruf: 20. Juni 2025); siehe auch ders.: *The Warsaw Pact and Nuclear Nonproliferation, 1963–1965*. CWIHP Working Paper 32/2001, S. 12. Wanda Jarzabek merkt an, dass es in polnischen Archiven weder Beweise für noch gegen Konsultationen mit Moskau vor dieser neuerlichen Lancierung des Rapacki-Plans gibt, Jarzabek: *Preserving the Status Quo or Promoting Change?*, S. 145.
- 16 Peter: *Die Bundesrepublik im KSZE-Prozess 1975–1983*, S. 70.

Im Januar 1965 griff der Warschauer Pakt die Idee einer gesamteuropäischen Sicherheitskonferenz wieder auf, diesmal auf Betreiben des polnischen Parteichefs Władysław Gomułka. Er forderte eine breite diplomatische Offensive, um die westlichen Pläne für eine multilaterale Atomstreitmacht (MLF) zu kontern.¹⁷ Brežnev teilte zwar die Kritik an der MLF, legte sich aber zu Konferenzplänen nicht fest.¹⁸ Da die MLF-Pläne von der NATO 1965 aufgegeben wurden,¹⁹ verlor auch die Debatte über ein kollektives Sicherheitssystem zunächst an Dringlichkeit.

Die Bundesregierung geriet in dieser Phase „zusehends unter Druck und in Isolierung, ihre Beziehungen zur Sowjetunion und den anderen Warschau-Pakt-Staaten zu normalisieren“.²⁰ Am 25. März 1966 bot die Bundesregierung unter Bundeskanzler Ludwig Erhard den Warschauer-Pakt-Staaten in einer „Friedensnote“²¹ den Abschluss bilateraler Gewaltverzichtsabkommen an und erklärte sich bereit, dem Nuklearen Nichtverbreitungsvertrag (NPT) beizutreten.²² Die Frage einer Anerkennung der Grenzen und einer Anerkennung der DDR sollte gemäß „Friedensnote“ aus den jeweiligen Gewaltverzichtsabkommen jedoch ausgeklammert werden. Moskau vertrat den Standpunkt, dass eine Regelung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den sozialistischen Ländern

-
- 17 Békés: *The Warsaw Pact, the German Question and the CSCE Process*, S. 114 f.; siehe auch die zum Teil online zugänglichen Aufzeichnungen des PBA-Treffens in: Vojtech Mastny/Christian Nuenlist/Anna Locher/Douglas Selvage (Hg.): *Collection: Records of the Warsaw Pact Political Consultative Committee, PCC Meetings 1956–1969*. VII. Warsaw, 19–20 January 1965. Online abrufbar unter <http://www.php.isn.ethz.ch/lory1.ethz.ch/collections/colltopic2b2b.html?lng=en&id=17127&navinfo=14465> (Abruf: 15. Juni 2025).
- 18 Graf-Steiner: *Brückenbauer im Kalten Krieg*, S. 74–76. Siehe auch Andrej Zagorskij: *Chel'sinskij Process. Peregovory v ramkach Soveščanja po bezopasnosti i sotrudničestvu v Evrope 1972–1991*. Moskau 2005, S. 21; Selvage: *The Warsaw Pact and Nuclear Non-proliferation*, S. 12, 16 f.; ders.: *Poland and the Sino-Soviet Rift, 1963–1965*.
- 19 Siehe dazu im Detail Christian Nuenlist/Anna Locher (Hg.): *Transatlantic Relations at Stake. Aspects of NATO, 1956–1972* (Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik 78). Zürich 2006. Für eine Chronologie zu MLF siehe Benjamin Hautecouverture: „Non proliferation and disarmament: chronology of the multilateral force (1960–1965)“, *Historical note, CESIM*, Juni 2007, <https://inis.iaea.org/records/1wx09-34932> (Abruf: 16. Juni 2025). Zum Abrücken der Johnson-Administration von den MLF-Plänen Ralph Dietl: *Towards a European „Third Force“? Reflections on the European Political and Security Cooperation, 1948–1964*, in: Nuenlist/Locher (Hg.): *Transatlantic Relations at Stake*, S. 2–50, hier 46 f.
- 20 Hanns Jürgen Küsters: *Deutschlands Rechtsstatus – Streitfrage der Ost- und Entspannungspolitik im Lichte sowjetischer Akten*, in: Borchard/Küsters/Karner/Ruggenthaler (Hg.): *Entspannung im Kalten Krieg*, S. 55–96, hier 64.
- 21 *Note der Regierung der Bundesrepublik Deutschland vom 25. März 1966 zur deutschen Friedenspolitik*, in: Schramm/Riggert/Friedel: *Sicherheitskonferenz in Europa*, S. 32–36 bzw. in: Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hg.): *Dokumente zur Deutschlandpolitik (DzD)*, IV. Reihe/Bd. 12/1. Bearb. von Gisela Oberländer. Frankfurt a. M. 1981, S. 381–385.
- 22 Zwar nahm die „Friedensnote“ Bezug auf den „Rapacki-Plan“, sie zielte aber, im Gegensatz zu diesem, nicht auf eine multilaterale Konferenz, sondern auf bilaterale Einigungen ab. Siehe dazu Peter: *Die Bundesrepublik im KSZE-Prozess*, S. 71 f.

auf einer solchen Basis unmöglich sei.²³ Moskau reaktivierte daraufhin die Idee einer multilateralen Sicherheitskonferenz.

Auf dem XXIII. Parteitag der KPdSU (März/April 1966) wurde eine „angemessene internationale Konferenz zur Erörterung der Sicherheit“, auf der die endgültige Festlegung der europäischen Nachkriegsgrenzen erfolgen sollte, als außenpolitisches Hauptziel formuliert. Das Konzept konnte zum einen als Gegenentwurf zur „Friedensnote“ benutzt werden.²⁴ Zum anderen bot sich, nach dem Austritt Frankreichs aus den NATO-Militärstrukturen, die Chance auf eine „partielle Interessensgemeinschaft“ mit de Gaulle,²⁵ die Brežnev nutzen wollte. Auf dem Bukarester Treffen des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Paktes im Juli 1966 wurde eine gesamteuropäische Sicherheitskonferenz schließlich zum gemeinsamen außenpolitischen Hauptziel erklärt.²⁶ Die „Bukarest-Deklaration“²⁷ (6. Juli 1966) des Warschauer Paktes machte deutlich, dass sich eine Sicherheitskonferenz in erster Linie mit Deutschland beschäftigen solle: Sie verlangte Gewaltverzicht, die Anerkennung der bestehenden Grenzen, die Anerkennung der DDR, eine Reduktion der Truppen in beiden deutschen Staaten und eine Ausweitung der Zusammenarbeit.²⁸ Damit wurde der Friedensnote und der „Strategie Bonns [...], das Junktim zwischen europäischer Sicherheit und Wiedervereinigung mittels elaborierter ‚Deutschland-Pläne‘ durchzusetzen“, eine klare Absage erteilt.²⁹

Multilateralismus und Implikationen für die Deutschland-Politik

Im Westen gab es zu diesem Zeitpunkt noch keine Bereitschaft, auf derartige Forderungen einzugehen.³⁰ Doch die Diskussionen über eine Sicherheitskonferenz intensivierten sich nach der Bukarest-Deklaration in Ost und West. Der Fokus der sowjetischen Diplomatie lag dabei insbesondere auf Frank-

23 Nikolaj Pavlov: „Neue Ostpolitik“ der BRD oder „Neue Westpolitik“ der UdSSR?, in: Borchard u. a. (Hg.): Entspannung im Kalten Krieg, S. 119–132, hier 121.

24 Peter: Die Bundesrepublik im KSZE-Prozess, S. 71–73.

25 Siehe dazu im Detail Burkard Schmitt: Frankreich und die Nukleardebatte der Atlantischen Allianz 1956–1966. München 1998, insb. S. 195–223.

26 Békés: The Warsaw Pact, the German Question and the CSCE Process, S. 115.

27 Erklärung der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrags vom 6. Juli 1966 in Bukarest zur europäischen Sicherheit, in: Schramm/Riggert/Friedel: Sicherheitskonferenz in Europa, S. 425–435; zur Bukarest-Deklaration auch Békés: The Warsaw Pact, the German Question and the CSCE Process, S. 115 f.; Morgan: The Final Act, S. 80 f.

28 Graf-Steiner: Brückenbauer im Kalten Krieg, S. 84.

29 Peter: Die Bundesrepublik im KSZE-Prozess, S. 73.

30 Békés: The Warsaw Pact, the German Question and the CSCE Process, S. 115 f.

reich, den neutralen Staaten und den kleineren NATO-Staaten.³¹ Diese sollten nicht nur um der Sicherheitskonferenz selbst willen als Fürsprecher und Vermittler gewonnen werden. Man erhoffte sich durch ihre Unterstützung auch eine Schwächung des Zusammenhalts innerhalb der Allianz.³² Im Juni 1967 verabschiedeten die Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten die „Karlsbader Erklärung“, in der sie ihren Wunsch nach einer gesamteuropäischen Sicherheitskonferenz unter Teilnahme aller „europäischen Staaten“ bekräftigten und vier zentrale Bedingungen für deren Einberufung formulierten, die direkt auf die Kernpunkte der bundesdeutschen Außen- und Deutschlandpolitik zielten:

1. Anerkennung der bestehenden Grenzen inkl. der Oder-Neiße-Grenze,
2. Anerkennung der DDR und Aufgabe des Alleinvertretungsanspruchs durch die Bundesrepublik,

31 Der Rolle der neutralen Staaten, erstmals unter Einbeziehung sowjetischer Akten, widmete sich das vom FWF geförderte, internationale Forschungsprojekt „The Role of the Neutral States (Austria, Sweden, Finland and Switzerland) in Soviet Foreign Policy Strategy, 1969–1975“ (10.55776/P31869), das am Ludwig Boltzmann Institut für Kriegsfolgenforschung unter der Leitung von Peter Ruggenthaler durchgeführt wurde. Bereits erschienen ist eine Monografie zur Rolle Österreichs: Graf-Steiner: Brückenbauer im Kalten Krieg. Zur sowjetischen Sicht auf Neutralität vgl. Mark Kramer/Aryo Makko/Peter Ruggenthaler (Hg.): The Soviet Union and Cold War Neutrality and Nonalignment in Europe. New York/London 2021 (darunter auch der Beitrag von Kimmo Rentola zur Rolle Finnlands: Soviet Attitudes to Finnish Neutralism, 1947–1989, S. 127–147). Siehe auch Brežnevs Äußerungen auf dem Plenum des ZK der KPdSU am 12. Dezember 1966 (nächste Fußnote). Zur Rolle der Neutralen (aus westlicher Sicht und eigener Perspektive) Thomas Fischer: Neutral Power in the CSCE: The N+N States and the Making of the Helsinki Accords 1975. Baden-Baden 2009; Benjamin Gilde: Österreich im KSZE-Prozess 1969–1983. Neutraler Vermittler in humanitärer Mission. München 2013; Philipp Rosin: Die Schweiz im KSZE-Prozess 1972–1983. Einfluß durch Neutralität. München 2014; Aryo Makko: Ambassadors of Realpolitik. Sweden, the CSCE, and the Cold War. New York/Oxford 2017;

32 So äußerte sich Brežnev in seiner Rede auf dem Plenum des ZK der KPdSU am 12. Dezember 1966, RGANI, F. 2, op. 3, d. 49. Brežnev: „Kurz gesagt besteht das Ziel der europäischen Politik der Sowjetunion darin, die für uns vorteilhaften Ergebnisse des vergangenen Krieges und der Nachkriegsentwicklung zu festigen, das Bündnis der wichtigsten Kräfte des gegenwärtigen Imperialismus – USA und BRD – zu schwächen, die NATO zu lockern [rasšatat’ NATO]; nicht zuzulassen, dass die westdeutschen Revanchisten und Militaristen an Kraft gewinnen und vor allem nicht zuzulassen, dass sie an Kernwaffen gelangen; auf dieser Grundlage die Sicherheit unserer westlichen Grenzen und jener unserer befreundeten sozialistischen Länder zu konsolidieren und die Bedingungen zur erweiterten und gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit von Ländern in Europa mit unterschiedlichen Gesellschaftssystemen zu schaffen.“ (S. 9) In weiterer Folge stellte er die rhetorische Frage: „Worin liegt die Kraft der Bukarester Deklaration? Vor allem darin, dass sie jenen gesunden Tendenzen neue Dynamik verlieh, die sich gegenwärtig in Europa entwickeln. Es geht um die Bemühung einer großen gesellschaftlich-politischen Kraft westeuropäischer Länder zur Befreiung vom amerikanischen Diktat, zu einer selbständigen Politik, zur Etablierung von Zusammenarbeit mit europäischen sozialistischen Ländern. [...] In diesem Zusammenhang messen wir der Entwicklung unserer Beziehungen mit Frankreich besondere Bedeutung bei“ (S. 10).

3. Verzicht der Bundesrepublik auf die Stationierung und den Erwerb von Atomwaffen,
4. Nichtigkeitserklärung des Münchner Abkommens von Anfang an.³³

Für die Bundesregierung unter Kurt Georg Kiesinger (CDU) war diese Erklärung ein deutliches Signal, dass eine gesamteuropäische Konferenz nach sowjetischem Verständnis im Wesentlichen dazu dienen sollte, die deutsche Teilung festzuschreiben. Die als „Frontalattacke“ empfundene „Karlsbader Erklärung“ blieb daher von der Bundesregierung unbeantwortet.³⁴ Parallel dazu diskutierten auch die NATO-Staaten über die künftige Ausrichtung des Bündnisses. Im sogenannten „Harmel-Bericht“, der Ende 1967 angenommen wurde, bekräftigte die NATO, dass Sicherheit und Entspannung in Europa untrennbar miteinander verbunden waren, und erklärte sich – dem Wunsch der kleineren NATO-Staaten entsprechend – zu Gesprächen über Abrüstung und Truppenreduzierungen bereit.³⁵ Der „Harmel-Bericht“ war für Bonn ein „Meilenstein für die Neuausrichtung der bundesdeutschen Außen- und Sicherheitspolitik“, da es gelungen war, die „Wiedervereinigung als politisches Ziel des Bündnisses“ weiterhin aufrechtzuerhalten.³⁶

Im Juni 1968 erklärten die NATO-Staaten in Reykjavik ihr Interesse an Verhandlungen über den beidseitigen und ausgewogenen Truppenabbau (Mutual and Balanced Force Reductions, MBFR) in Europa.³⁷ Die Deklaration, an deren Formulierung Außenminister Willy Brandt (wie auch schon am Harmel-Report³⁸) aktiv mitgearbeitet hatte, war vordergründig eine Antwort auf östliche Vorschläge zu einer Sicherheitskonferenz und sollte, angesichts fehlender Fortschritte in der deutschen Frage, aufzeigen, „dass der Westen die Détente ernst nahm“.³⁹ Allerdings gab es zu diesem Zeitpunkt auch innerhalb der Allianz keine

33 Ruggenthaler/Steiner: Der Weg nach Helsinki, S. 685; siehe dazu auch Rosin: Die Schweiz im KSZE-Prozess, S. 43, 115; Erklärung der auf der Konferenz in Karlsbad vertretenen kommunistischen und Arbeiterparteien Europas, 26. April 1967, Dok. 298, in: Schramm u. a. (Hg.): Sicherheitskonferenz in Europa, S. 442.

34 Hakkarainen: A State of Peace in Europe, S. 20.

35 Siehe dazu im Detail Helga Haftendorn: Entstehung und Bedeutung des Harmel-Berichtes der NATO von 1967, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (VFZ) 40 (1992), S. 169–221.

36 Peter: Die Bundesrepublik im KSZE-Prozess, S. 79.

37 NATO On-line library, Ministerial Communiqués, „North Atlantic Council, Mutual And Balanced Force Reductions. Declaration adopted by Foreign Ministers and Representatives of Countries participating in the NATO Defence Program“, Reykjavik, 24.–25. Juni 1968, <https://www.nato.int/docu/comm/49-95/c680624b.htm> (Abruf: 16. Juni 2025).

38 Helga Haftendorn: „The Harmel Report and its Impact on German Ostpolitik“, in: Wilfried Loth/Georges-Henri Soutou (Hg.): The Making of Detente: Eastern Europe and Western Europe in the Cold War, 1965–75 (Cold War History 20). London 2008, S. 103–116.

39 Helga Haftendorn: The Link between CSCE and MBFR. Two Sprouts from One Bulb, in: Andreas Wenger/Vojtech Mastny/Christian Nuenlist (Hg.): Origins of the European Security System. The Helsinki Process Revisited, 1965–75. Oxon/New York 2008, S. 237–258, das Zitat 239; siehe auch Peter: Die Bundesrepublik im KSZE-Prozess, S. 79 f.

Einigung über konkrete Inhalte oder den Zeitplan für diese Verhandlungen, noch rechnete man mit einer positiven Antwort der Adressaten.⁴⁰

Die Koalition in Bonn war sich, ungeachtet konzeptioneller Unterschiede in der Ostpolitik, in Sachen Sicherheitskonferenz einig: Die Bedingungen des Ostens – insbesondere die Anerkennung der DDR – waren inakzeptabel, folglich war die Zeit noch nicht reif für eine gesamteuropäischen Konferenz.⁴¹

Die Niederschlagung des „Prager Frühlings“ im August 1968 ließ die Entspannungspolitik, und damit auch den bi- und multilateralen Austausch über das Konferenzprojekt, zwar kurzfristig verebben, die Unterbrechung blieb jedoch nur von kurzer Dauer.⁴² Die Formulierung der „Breznev-Doktrin“ als nachträgliche Rechtfertigung für die Invasion machte deutlich, wo Moskau die Grenzen für Liberalisierungen im sowjetischen Block zog.⁴³ Dieses Signal verfehlte nicht seine Wirkung auf den Westen. In Bonn setzte sich die Einsicht durch, dass die Sowjetunion am bestehenden politischen und territorialen Status quo in Osteuropa festhielt und dessen Veränderung notfalls auch mit Gewalt verhinderte. Für die westdeutsche Ostpolitik bedeutete dies eine konzeptionelle Zäsur: Zwar hielten Brandt und sein enger Mitarbeiter Egon Bahr weiterhin öffentlich an der Losung „Wandel durch Annäherung“ fest, insgeheim jedoch nahmen sie Abschied von dieser Konzeption und orientierten sich in ihrer Entspannungs- und Ostpolitik fortan am Status quo.⁴⁴ Die CDU/CSU hingegen sah sich durch die Ereignisse des Jahres 1968 in ihrer kritischen Haltung bestätigt und warnte vor einem Konferenzprozess, der allein den sowjetischen Interessen diene.

Im Frühjahr 1969 nahm die Konferenzdiplomatie wieder an Fahrt auf. Ost und West verbanden unterschiedliche Motive mit der Wiederaufnahme der Konferenzidee: In Westeuropa herrschte der Wunsch vor, die „Früchte der Détente“ zu ernten und die eigenen Verteidigungsausgaben zu senken. Die USA sahen einen Truppenabbau und Entspannung in Europa als einen wesentlichen Beitrag zu ihrer obersten Priorität, einem „gesichtswahrenden Abzug aus Vietnam“.⁴⁵ Für Moskau wiederum gewann Entspannung im Westen angesichts

40 Haftdorn: *The Link between CSCE and MBFR*, S. 239

41 Entsprechend hatte sich Willy Brandt etwa am 7. Dezember 1967 und erneut am 20. Juni 1968 vor dem Bundestag geäußert. Die oppositionelle FDP unter Hans-Dietrich Genscher hingegen trat seit 1966 für eine gesamteuropäische Konferenz ein. Siehe Hakkarainen: *A State of Peace in Europe*, S. 20–22; Peter: *Die Bundesrepublik im KSZE-Prozess*, S. 74.

42 Zum „Prager Frühling“ und dessen Niederschlagung siehe Stefan Karner u. a. (Hg.): *Prager Frühling. Das internationale Krisenjahr 1968 (Beiträge und Veröffentlichungen des Ludwig Boltzmann-Instituts für Kriegsfolgen-Forschung, Sonderband 9/1)*. Köln/Weimar/Wien 2008.

43 Mark Kramer: *The Kremlin, the Prague Spring, and the Brezhnev Doctrine*, in: Vladimir Tismaneanu (Hg.): *Promises of 1968: Crisis, Illusion, Utopia*. Budapest 2010, S. 285–370; siehe auch Mark Kramer: *Die Breznev-Doktrin und ihre Auswirkungen auf die „Ostpolitik“*, in: Borchard u. a. (Hg.): *Entspannung im Kalten Krieg*, S. 225–246.

44 Ebd., 240–244.

45 Haftdorn: *The Link between CSCE and MBFR*, S. 240.

des Konfliktes mit China an Bedeutung.⁴⁶ Mit dem „Budapester Appell“ vom 17. März 1969 brachte der Warschauer Pakt erneut eine gemeinsame Initiative für eine gesamteuropäische Konferenz vor, die versöhnlichere Töne anschlug: sowohl die Forderung, die militärischen Bündnisse aufzulösen, als auch jene, fremde Truppen aus Europa abzuziehen, wurden aufgegeben.⁴⁷ Die „maßvolleren deutschlandpolitischen Ziele“ des Appells hatten entsprechende „Signalwirkung“ auf die Bundesrepublik.⁴⁸ Brežnevs Hauptziele hingegen blieben unverändert: die Anerkennung des Status quo (innerdeutsche Grenze und Oder-Neiße-Linie), der Verzicht der BRD auf Verfügungsgewalt über Kernwaffen und ein Sonderstatus für Berlin. Erstmals ging der Budapester Appell jedoch auch auf zentrale westliche Forderungen ein: zum einen sollte auf einer gesamteuropäischen Konferenz auch über Zusammenarbeit in Wirtschaft, Technologie, Wissenschaft und Kultur verhandelt werden, zum anderen über Rüstungskontrolle und Abrüstung.⁴⁹

Bei Außenminister Brandt verfehlte der versöhnlichere Ton nicht seine Wirkung. Auf der Ministerratstagung der NATO im April 1969 in Washington setzte er sich „mit Nachdruck dafür ein, die Budapester Initiative aufzugreifen“.⁵⁰ Darüber hinaus setzte er durch, dass der NATO-Ministerrat der UdSSR Vier-Mächte-Gespräche über Berlin anbot.⁵¹ Die NATO zeigte sich im Kommuniqué der Ministerratstagung gesprächsbereit und bekundete ihren Willen, in „enger gegenseitiger Konsultation bei der Sowjetunion und den anderen Ländern Osteuropas“ mögliche Themen für eine Sicherheitskonferenz zu sondieren. Sie bestand weiterhin auf einer Teilnahme der USA und Kanadas an den Verhandlungen⁵² – eine solche war von offizieller östlicher Seite bislang nicht offiziell eingeräumt worden, es galt inzwischen jedoch als offenes Geheimnis, dass der Warschauer Pakt deren Einbeziehung faktisch an die Teilnahme der DDR knüpfte.⁵³

46 Morgan: *The Final Act*, S. 81; siehe im Detail auch Sergey Radchenko: *Die Sowjetunion, China und die Entspannungspolitik*, in: Borchard u. a. (Hg.): *Entspannung im Kalten Krieg*, S. 247–271, insb. 248–250.

47 Aufruf zu einer Europäischen Sicherheitskonferenz vom 17.3.1969, in: Vojtech Mastny/Malcolm Byrne: *A Cardboard Castle? An Inside History of the Warsaw Pact, 1955–1991*. Budapest 2005, S. 330 f. Siehe auch Csaba Békés: *Der Warschauer Pakt und der KSZE-Prozess*, in: Torsten Diedrich/Winfried Heinemann/Christian F. Ostermann (Hg.): *Der Warschauer Pakt*. Berlin 2009, S. 225–244; Morgan: *The Final Act*, S. 82 f.; Peter: *Die Bundesrepublik im KSZE-Prozess*, S. 76 (hier ist der 17. April angegeben, tatsächlich wurde das Dokument am 17. März veröffentlicht).

48 Peter: *Die Bundesrepublik im KSZE-Prozess*, S. 76.

49 Haftdorn: *The Link between CSCE and MBFR*, S. 240.

50 Hakkarainen: *A State of Peace in Europe*, S. 24–30; Peter: *Die Bundesrepublik im KSZE-Prozess*, S. 80.

51 Ebd., S. 77.

52 Kommuniqué über die Ministertagung des Nordatlantikrates am 10. und 11. April in Washington (Auszüge), in: Schramm/Riggert/Friedel (Hg.): *Sicherheitskonferenz in Europa*, S. 70 f.

53 Békés: *The Warsaw Pact, the German Question and the CSCE Process*, S. 124.

Während Außenminister Brandt im Frühjahr 1969 im NATO-Ministerrat aktiv für ein Aufgreifen des Budapester Appells warb, hielt sich die CDU/CSU deutlich zurück. In Fraktionssitzungen und öffentlichen Stellungnahmen wurde betont, dass eine Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit nur dann sinnvoll sei, wenn sie nicht zur Anerkennung der deutschen Teilung führe. In Bonn sorgte Brandts offensives Eintreten für eine Sicherheitskonferenz für Kontroversen.⁵⁴ Bundeskanzler Kiesinger kritisierte ihn im Anschluss an die NATO-Ministerratstagung, indem er auf einem CDU-Kongress am 11. April 1969 erklärte, manche Deutsche würden sich hinsichtlich des Budapester Appells unbegründete Illusionen machen. In einem Gespräch mit seinem schwedischen Amtskollegen Erländer ließ Kiesinger durchklingen, dass er Brandt im Vorfeld der NATO-Tagung noch gewarnt habe, „nicht zu weit zu gehen“.⁵⁵ Innerhalb des Bundeskanzleramts kritisierte Karl Carstens, Chef des Bundeskanzleramts und ehemaliger Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Brandt besonders scharf und warf dem Außenminister auch persönlich in einem Schreiben vor, er habe in Washington verabsäumt, darauf hinzuweisen, dass das sowjetische Konferenzziel darin liege, die deutsche Teilung festzuschreiben.⁵⁶

Die wachsende Differenz innerhalb der Großen Koalition in Hinblick auf eine gesamteuropäische Konferenz wurde auch nach außen hin zunehmend sichtbar. Wengleich die Bundestagsfraktionen zumindest darin übereinstimmten, dass es nötig sei, die sowjetischen Intentionen über diplomatische Kanäle auszuloten, wurden die „kleinen Unterschiede“ „dramatisch verschärft“. Die sich aufschaukelnden institutionellen Rivalitäten zwischen Bundeskanzleramt und Auswärtigem Amt wurden zu „zentralen Faktoren für die Unfähigkeit der Großen Koalition, eine starke westdeutsche Position gegenüber einer Sicherheitskonferenz zu formulieren“.⁵⁷ In den sechs Monaten von der Verkündung des Budapester Appells bis zur Bundestagswahl traten in den Diskussionen um die Sicherheitskonferenz zwei Entwicklungen deutlich zu Tage: „die zunehmend

54 Hakkarainen: *A State of Peace in Europe*, S. 30.

55 Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit Ministerpräsident Erländer, 17.4.1969, in: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland (AAPD) 1969, Dok. 128, S. 493–498, <https://www.degruyter.com/downloadpdf/books/9783486718188/9783486718188.482/9783486718188.482.pdf> (Abruf: 17. Juni 2025); „Zur Europäischen Sicherheitskonferenz bemerkte der Herr Bundeskanzler, er glaube nicht, daß sie stattfinden werde. Wie er die Dinge sehe, wollten die Amerikaner keine Konferenz dieser Art, und was die Außenminister in Washington gesagt hätten, sei eher zurückhaltend gewesen mit der Ausnahme von Nenni und Brandt, den er gewarnt habe, nicht zu weit zu gehen. Er weigere sich keineswegs, den Gedanken zu prüfen, doch glaube er, das einzige, das der Konferenz zum Erfolg verhelfen könne, wäre die Anerkennung des Status quo, und gerade das mache die Sache schwierig.“ Ebd., S. 497 f.; siehe auch Ruggenthaler/Steiner: *Der Weg nach Helsinki*, S. 689; Hakkarainen: *A State of Peace in Europe*, S. 31.

56 Hakkarainen: *A State of Peace in Europe*, S. 30 f.

57 Ebd., S. 30–33, die Zitate 32 f.

unterschiedlichen außenpolitischen Sichtweisen der Koalitionspartner einerseits, und die Annäherungen der Ideen von SPD und FDP andererseits“.⁵⁸

In dieser innenpolitisch brisanten Zeit sorgte die finnische Regierung mit einer Initiative für zusätzliche Bewegung auf multilateraler Ebene. Am 5. Mai 1969 lud Helsinki die europäischen Staaten sowie (im Unterschied zum Budapester Appell) die USA und Kanada dazu ein, Verhandlungen über eine europäische Sicherheitsordnung aufzunehmen. Die finnische Initiative war eng mit dem Wunsch nach internationaler Anerkennung der eigenen Neutralität im Schatten der Niederschlagung des „Prager Frühlings“ sowie mit der eigenen Deutschlandpolitik verknüpft: Versuche der Bundesrepublik, mit Finnland eine bilaterale Ostpolitik zu betreiben, hatte Helsinki aus Rücksicht auf Moskau nicht wahrgenommen. Eine multilaterale Sicherheitskonferenz, so die Hoffnung des finnischen Präsidenten, Urho Kekkonen, könne für Finnland einen Weg hin zu Kontakten mit der Bundesrepublik bedeuten. Andererseits stand das Land unter massivem sowjetischem Druck, die DDR anzuerkennen. Mit dem Memorandum versuchte die finnische Regierung, die eigene „unparteiische Haltung“ in der deutschen Frage zu betonen, unterhielt man doch zu beiden deutschen Staaten die gleichen – nämlich keine vollen diplomatischen – Beziehungen.⁵⁹

Obwohl keine Klarheit herrschte, inwieweit der finnische Vorstoß im Vorfeld mit Moskau abgestimmt worden war, ging man im Bonner Außenministerium richtigerweise davon aus, dass Finnland auch eigene Interessen mit der Initiative verband.⁶⁰ Die Dynamik, mit der die Idee einer Sicherheitskonferenz in der Folge nun auch im Westen vorangetrieben wurde, überraschte schließlich auch die Fürsprecher in Bonn.⁶¹ Brandt plädierte in einer viel beachteten Rede am 7. Mai dafür, dass vor einer europäischen Sicherheitskonferenz erst das Verhältnis der beiden deutschen Staaten geklärt werden müsse.⁶² Diese Zurückhaltung irritierte die Sowjetunion, die die Haltung der Bundesrepublik genauestens verfolgte.⁶³ So hatte der KGB vernommen, dass das Auswärtige Amt den Budapester Appell analysiert habe und abklären wolle, wie aus Sicht der sozialistischen Länder der

58 Ebd., S. 24.

59 Kimmo Rentola: Finnlands Ruf nach einer Europäischen Sicherheitskonferenz im Jahr 1969, in: Borchard u. a. (Hg.): *Entspannung im Kalten Krieg*, S. 645–655, hier 646 f.; ders.: *Der Vorschlag einer europäischen Sicherheitskonferenz und die stille Krise zwischen Finnland und der Sowjetunion 1968–1971*, in: Geppert/ Wengst (Hg.): *Neutralität*, S. 177–202; zur sowjetischen Sicht auf die finnische Neutralität siehe im Detail ders.: *Soviet Attitudes to Finnish Neutralism, 1947–1989*, in: Kramer/Makko/Ruggenthaler (Hg.): *The Soviet Union and Cold War Neutrality*, S. 127–147.

60 Hakkarainen: *A State of Peace in Europe*, S. 35 f.

61 Ruggenthaler/Steiner: *Der Weg nach Helsinki*, S. 689; Hakkarainen: *A State of Peace in Europe*, S. 36.

62 Botschafter Grewe, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt, 14.5.1969, in: AAPD 1969, Dok. 157, S. 591–594, hier 593; siehe auch Ruggenthaler/Steiner: *Der Weg nach Helsinki*, S. 689.

63 Ebd.; Hakkarainen: *A State of Peace in Europe*, S. 37.

Vorbereitungsprozess aussehen und welche Themen im Rahmen der Konferenz diskutiert werden sollten. Auch würde es derzeit eingehend die Beziehungen zur Sowjetunion und deren zukünftige Entwicklungsmöglichkeiten prüfen.⁶⁴

Im Sommer spitzten sich die Konflikte der Großen Koalition in Bonn zu; die gesamteuropäische Konferenz war dabei nur eines der umstrittenen Themen. Brandt trat auf internationaler Bühne für eine Sicherheitskonferenz ein und betonte deren Bedeutung für eine europäische Friedensordnung. Gleichzeitig erklärte er weiterhin, dass ein Fortschritt in den innerdeutschen Beziehungen Voraussetzung für eine solche Konferenz sein müsse. Man verwahrte sich aber, auch gegenüber den NATO-Partnern, gegen den Vorwurf, damit eine Vorbedingung für die Einberufung einer Konferenz zu stellen. Ein diplomatischer Drahtseilakt.⁶⁵ Die FDP trat für eine europäische Sicherheitskonferenz „ohne Vorbedingungen“ als wichtigster Baustein einer zu erreichenden „europäischen Friedensordnung“ ein.⁶⁶ Die CDU/CSU-Fraktion stand der Idee hingegen weiterhin skeptisch gegenüber. Bundeskanzler Kiesinger etwa erwähnte in seiner Rede vor dem Bundestag am 17. Juni 1969 die Sicherheitskonferenz mit keinem Wort. Rainer Barzel begründete die Skepsis seiner Fraktion hinsichtlich des Budapester Appells und der Einladung zu einer gesamteuropäischen Konferenz damit, dass „den Worten ganz andere Taten entgegenstehen“.⁶⁷ Insbesondere kritisierte er, dass die Initiative der NATO-Staaten von Reykjavik zu Entspannung und Abrüstungsmaßnahmen bislang vom Warschauer Pakt ignoriert worden sei. Eine europäische Friedensordnung erfordere „mehr als das Festschreiben des Status quo“, so Barzel. Er plädierte für einen ganzheitlichen Ansatz: Wolle man ein effektives europäisches Sicherheitssystem, das zu einer wahren Friedensordnung führe, müsse Entspannung „Hand in Hand mit den Sicherheitsproblemen behandelt und gelöst“ werden.⁶⁸ Barzel sah in den Abrüstungsformeln des Appells nur ein oberflächliches Zugeständnis, nicht aber ernsthafte Verhandlungsbereitschaft.

Kiesinger räumte in zahlreichen Hintergrundgesprächen mit deutschen und internationalen Journalisten im Sommer 1969 ein, dass er und Brandt unterschiedliche Auffassungen zur KSZE hätten. Er selbst stand der KSZE skeptisch gegenüber und erwartete wenig von ihr, hielt es aber aus Gründen der Deutschlandpolitik für unklug, sie offen abzulehnen. Brandt wiederum, so deutete Kiesinger an, glaube insgeheim ebenso wenig an die Sicherheitskonferenz, nutze sie jedoch aus rein taktischen Überlegungen, um sich als „Friedenspolitiker“ zu

64 RGANI, F. 5, op. 61, d. 572, S. 79–81, KGB (Zacharov) an das ZK der KPdSU, 13.6.1969; Ruggenthaler/Steiner: Der Weg nach Helsinki, S. 690.

65 Hakkarainen: A State of Peace in Europe, S. 39–42.

66 Ebd., S. 43.

67 Deutscher Bundestag, 5. Wahlperiode, 239. Sitzung, Bonn, 17. Juni 1969, S. 13282; siehe auch Hakkarainen: A State of Peace in Europe, S. 43 f.

68 Deutscher Bundestag, 5. Wahlperiode, 239. Sitzung, Bonn, 17. Juni 1969, S. 13282.

inszenieren.⁶⁹ Die wachsende Kluft zwischen den Koalitionsparteien blieb auch westlichen Beobachtern nicht verborgen. Im Inland scheute sich die CDU/CSU-Fraktion, offene Kritik an Brandt oder der SPD hinsichtlich ihrer Haltung zur Sicherheitskonferenz zu üben. Die US-Botschaft in Bonn führte diese Zurückhaltung darauf zurück, dass man in der Bevölkerung eine „latente Zustimmung zum Konferenzprojekt“ vermutete. In Washington hingegen bemühte sich die Fraktion, ihrem Standpunkt – eine Sicherheitskonferenz sei derzeit noch nicht wünschenswert und bedürfe gründlicher Vorbereitung – Gehör zu verschaffen.⁷⁰ Dort stieß diese Haltung durchaus auf Verständnis, da man dem Konferenzprojekt selbst mit Skepsis begegnete.

Die Haltung Brandts und Bahrs war tatsächlich von einem zentralen Widerspruch geprägt: Während sie sich nach außen hin engagierter als die wichtigsten NATO-Partner USA, Frankreich und Großbritannien für die KSZE einsetzten, war gerade deren Zurückhaltung im Sinne der Bonner Außenpolitik. Denn „so lange die wichtigsten Alliierten nicht an einer schnellen Einberufung der Sicherheitskonferenz interessiert waren“, konnte diese hinausgezögert werden, um in der Zwischenzeit Fortschritte in der Deutschen Frage zu erreichen – ohne dass das Auswärtige Amt offiziell Vorbedingungen für eine Konferenz stellte. Dieser durchaus „paradoxe“ Zugang resultierte aus dem Wunsch Brandts und seines Ministeriums, „den Prozess hin zur Konferenz aufgrund des Inhalts [zu] unterstützen“, ihn aber zugleich aus instrumentellen Gründen zu behindern. Dadurch sah man sich im Westen gleich zweifacher Kritik ausgesetzt: entweder zu weit zu gehen oder den Prozess bewusst zu verzögern.⁷¹

Am 7. August teilte die finnische Regierung allen Adressaten des Mai-Memorandums mit, bereits von siebzehn Ländern, darunter vier NATO-Staaten (Großbritannien, Niederlande, Portugal und Norwegen) positive Antworten erhalten zu haben – nicht jedoch von der Bundesrepublik. Das Auswärtige Amt – ursprünglich ohne Antwortabsicht – sah sich nun unter Zugzwang.⁷² In dieser Phase sondierten der SPD-Fraktionsvorsitzende Helmut Schmidt und sein Stellvertreter Egon Franke die sowjetischen Absichten und die konkreten Inhalte des sowjetischen Konzepts für ein europäisches Sicherheitssystem über diplomatische Kanäle. In einem Gespräch mit dem sowjetischen Botschafter schlug Schmidt vor, dass die Supermächte USA und UdSSR gemeinsam einen Entwurf für ein solches Projekt ausarbeiten könnten, da dies seiner Meinung nach „am effektivsten“ wäre.⁷³ Auf diesen Vorschlag, die Konferenzvorbereitung nicht auf

69 Hakkarainen: *A State of Peace in Europe*, S. 44.

70 Ebd., S. 44f., das Zitat 44.

71 Ebd., S. 46f., die Zitate 46.

72 Ebd., S. 47.

73 RGANI, F. 5, op. 61, d. 570, S. 82–85, Bericht der Botschaft der UdSSR in der BRD (Carapkin), Aufzeichnungen des Gesprächs mit dem Fraktionsvorsitzenden der SPD im Bundestag, H. Schmidt, und dem stv. Fraktionsvorsitzenden E. Franke, 13.8.1969; Ruggenthaler/Steiner: *Der Weg nach Helsinki*, S. 690.

multilateraler Ebene zu führen, sondern diese in die Hände der Supermächte zu legen, reagierte Botschafter Carapkin zurückhaltend. Er betonte, dass „vor allem die europäischen Staaten selbst“ die Hauptrolle bei der Behandlung von Sicherheitsfragen spielen sollten. Gleichzeitig warnte er davor, diesen Vorbereitungsprozess als Vorwand zu nutzen, um die tatsächliche „Einberufung endlos hinauszuzögern“.⁷⁴

Am 9. September wurde die Bonner Antwort an den Leiter der BRD-Handelsmission in Helsinki, Detlev Scheel, weitergeleitet. Dieser war angewiesen worden, den Text mündlich vorzubringen und ihn als „Non-Papier“ zu übergeben, was er am 12. September auch tat.⁷⁵ Die Antwort zeichnete sich „durch einen hohen Grad an Unverbindlichkeit“ aus und ließ die Entscheidung für oder gegen eine europäische Sicherheitskonferenz offen – ein Symptom der zugespitzten Wahlkampfsituation in der Bundesrepublik und der daraus resultierenden „dilatatorischen Behandlung des Konferenzprojekts“.⁷⁶ Symptomatisch war jedoch die fehlende Abstimmung innerhalb der Großen Koalition: Der Antwortentwurf war Anfang September mit der Bitte um Rückmeldung – wenn auch ohne konkrete Frist – an das Bundeskanzleramt weitergeleitet worden. Eine Stellungnahme des Kanzleramts wurde jedoch nicht abgewartet. Stattdessen übermittelte das Auswärtige Amt die Antwort an Helsinki eigenmächtig, ohne dass das Bundeskanzleramt zuvor zugestimmt hatte.⁷⁷

Unmittelbar nach der verlorenen Bundestagswahl nutzte die CDU nochmals die internationale Bühne, um ihre Haltung zum Konferenzprojekt zu unterstreichen. So erhob Erik Blumenfeld auf der Tagung der Beratenden Versammlung des Europarats (29.9.–4.10.1969) „vehementen Einspruch“, woraufhin die Resolution über die Befürwortung einer europäischen Sicherheitskonferenz zurückgestellt wurde. Auch auf der 15. Sitzung der NATO-Parlamentarier (16.–21.10.1969) in Brüssel gelang es Blumenfeld seiner Aussage nach, die Mehrheit der Parlamentarier von „unseren Argumenten in der Realität und in der pessimistischen Beurteilung einer solchen Sicherheitskonferenz“ zu überzeugen.⁷⁸ Dies wertete er als Beleg, dass die CDU/CSU breite internationale Unterstützung für ihre Position gewinnen könne.⁷⁹

Nach der raschen Bildung der sozialliberalen Koalition legte Brandt am 28. Oktober in seiner Regierungserklärung dar, dass die Außenpolitik der

74 Ebd.

75 Hakkarainen: *A State of Peace in Europe*, S. 47.

76 Haftendorn: *Sicherheit und Entspannung*, S. 429 f.

77 Siehe dazu im Detail Hakkarainen: *A State of Peace in Europe*, S. 47–49.

78 Barzel: „Unsere Alternativen für die Zeit der Opposition“. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1969–1973. Bearb. von Günter Buchstab und Denise Lindsay (*Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte* 56). Düsseldorf 2009, Nr. 2, 28. Oktober 1969, S. 27 f. (Blumenfeld).

79 Blumenfeld: „Ich will damit sagen, Herr Vorsitzender, daß die Möglichkeit besteht, eine breite Mehrheit auch in der internationalen Öffentlichkeit für unseren Standpunkt zu gewinnen und daß wir das also sehr deutlich machen sollten.“ Ebd., S. 28.

Bundesrepublik an die Friedensnote vom März 1966 und die Regierungserklärung vom Dezember 1966 anknüpfen werde.⁸⁰ Er betonte die Bereitschaft zu Gewaltverzichtsabkommen – auch gegenüber der DDR – und kündigte zudem die Unterzeichnung des Vertrags über die Nichtverbreitung von Atomwaffen an.⁸¹ Eine europäische Sicherheitskonferenz könne „nach sorgfältiger Vorbereitung eine wichtige Etappe auf dem Wege zu größerer Sicherheit bei geringerer Rüstung und zu Fortschritten zwischen den Partnern Ost- und Westeuropas werden“. Die Bundesregierung bekräftige bezüglich einer solchen Konferenz jene Haltung, „die in dem am 12. September dieses Jahres in Helsinki übergebenen Memorandum eingenommen worden ist“.⁸²

Der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß zeigte sich bei der anschließenden Sitzung des Bundesvorstands der CDU empört über diese Bemerkung Brandts zum Memorandum. Schließlich sei die im Namen der Regierung übergebene Antwort „in einer lebenswichtigen Frage“ weder im Kabinett besprochen noch den Mitgliedern der damaligen Regierung zur Kenntnis gelangt. Kiesinger bestätigte in einem Zwischenruf, dass selbst er als Bundeskanzler von Brandt übergangen worden sei: „Das hat er hinter dem Rücken des Bundeskanzlers gemacht.“⁸³

80 Siehe dazu Pavlov: „Neue Ostpolitik“ der BRD, S. 122. Pavlov weist darauf hin, dass die sozialliberale Koalition ihre Ostpolitik nur dank der Vorarbeit der Großen Koalition beginnen konnte. Bereits die Regierungserklärung Kiesingers am 13. Dezember 1966 „signalisierte Dialogbereitschaft“ und widmete dem Verhältnis zur Sowjetunion bis dahin ungekannt viel Raum.

81 In der anschließenden Bundesvorstandssitzung der CDU kritisierte Birrenbach: „Man sagt, man werde den Nichtverbreitungsvertrag unterzeichnen, sobald die noch ausstehenden Klärungen herbeigeführt sind. Ob positiv oder negativ, wird in diesem Zusammenhang völlig offengelassen. Man [...] unterzeichnet dann, weil man die Antwort in jedem Falle positiv interpretiert [...]“. Protokolle des Bundesvorstands der CDU 1969–1973, Nr. 2, 28. Oktober 1969, S. 26 f.

82 Regierungserklärung Willy Brandts vom 28. Oktober 1969, in: https://www.1000dokumente.de/Dokumente/Willy_Brandts_Regierungserklärung (Abruf: 19. Juni 2025).

83 Protokolle des Bundesvorstands der CDU 1969–1973, Nr. 2, 28. Oktober 1969, S. 20 f. Strauß fuhr nach Kiesingers Bestätigung fort: „Das hat er hinter dem Rücken des Bundeskanzlers gemacht, ohne sein Wissen und ohne seinen Willen, d. h. daß also hier eine Geheimpolitik mit Hilfe des Herrn Bahr schon damals getrieben worden ist. Und die Ziele dieser Geheimpolitik kennen wir doch. Sie beruhen – ich möchte gar nicht böse werden – auf einer totalen Fehleinschätzung der wirklichen Ziele der sowjetischen Politik, auf einer totalen Fehlanalyse der eigentlichen Verhältnisse innerhalb des Warschauer Paktes, und sie beruhen auf der selbstgebastelten Traumgrundlage“ (ebd.). Während Strauß hier angab, bis zu dieser Sitzung nicht mit Kiesinger über dieses Thema gesprochen zu haben und erst aus dessen Antwort erfahren zu haben, dass auch dieser nicht eingeweiht war, erinnerte er sich drei Jahre später anders an die Episode. Im September 1972 berichtete Strauß, damals aus den Abendnachrichten von der Übergabe des Memorandums erfahren zu haben. Daraufhin habe er Kiesinger angerufen und gefragt: „Hast Du das per Richtlinie ihm erlaubt? Wenn ja, dann ist das eine Schweinerei.“ Kiesinger habe daraufhin geantwortet: „Ich weiß überhaupt nichts davon, habe nichts gehört davon, ich halte das für ausgeschlossen.“ Protokolle des Bundesvorstands der CDU 1969–1973, Nr. 27., 14./15. September 1972, S. 923.

Die Reaktionen der Opposition auf die Passagen aus Brandts Regierungserklärung, die sich mit der europäischen Sicherheit beschäftigen, fielen scharf aus. Die Vorwürfe reichten von einer undurchdachten und naiven Außenpolitik bis hin zu einer Konzeption, die auf einer „totalen Fehleinschätzung der sowjetischen Ziele“ (Strauß) beruhte.⁸⁴ Der Zugang der Regierung zu einer europäischen Sicherheitskonferenz, basierend auf einer solchen Konzeption, wurde als reale Gefahr betrachtet, da unter diesen Vorzeichen eine europäische Sicherheitskonferenz zu einer „vertragliche[n] Pax sovjetica“ (Blumenfeld) werden könnte.⁸⁵

Zusätzlich wurde von Seiten der Opposition, namentlich von Barzel, das Fehlen einer humanitären Agenda für eine etwaige Sicherheitskonferenz in der Konzeption der Regierung kritisiert.⁸⁶ Schließlich betrachtete die CDU-Fraktion eine europäische Sicherheitskonferenz vor dem Spiegel des (west-)europäischen Integrationsprozesses und sah darin eine potentielle Gefahr für die politische Einheit des Westens. Ein Vorwurf von Kurt Birrenbach, führender Außenpolitiker der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, an Brandt lautete, dass dieser „immer wieder der europäischen Friedensordnung vor dem Problem der europäischen Einigung“ den Vorrang einräume.⁸⁷ Damit gebe Brandt das Ziel einer politischen Einigung Europas, das sich die Bundesrepublik gesetzt hatte, praktisch auf.⁸⁸

84 Ebd., Nr. 2, 28. Oktober 1969, S. 20 f.; Kurt Birrenbach: „Die Erklärungen zur europäischen Sicherheitskonferenz sind das Dürftigste, was in der ganzen Regierungserklärung steht“, ebd., S. 25.

85 Erik Blumenfeld: „[Dass] gerade diese europäische Sicherheitskonferenz wirklich eine historische Weichenstellung bedeuten würde, wenn wir dem Kurs folgen, der in der Unverbindlichkeit der Aussage der Regierungserklärung liegt. Ohne das nun zu wiederholen, was der Kollege Strauß gesagt hat, so möchte ich also ganz deutlich sagen, daß das in Wirklichkeit die vertragliche Pax sovjetica sein würde, die wir dann haben würden“. Ebd., S. 27.

86 Barzel: „Und ich meine, es wäre gut, wenn man für diese europäische Sicherheitskonferenz nicht nur davon ausgeht, daß man den Status quo von Staaten her sichern will, sondern daß die deutsche Seite endlich mal den Status menschenwürdigen Lebens überall in Europa zur Basis macht. Dann haben wir, glaube ich, eine Aussage, mit der wir durch all diese Geschichten durchkommen. Das ist das, was wir hier früher entwickelt haben.“ Ebd., S. 22

87 Ebd., S. 25. Siehe auch die Äußerung Franz Josef Strauß: „Da [in Brandts Regierungserklärung] ist ein Pflichtbekenntnis zur europäischen Einheit enthalten mit Angeboten für die Erweiterung der EWG, für Ausdehnung der Zusammenarbeit mit Frankreich in einem unverbrüchlichen Sinne, aber die eigentliche Frage, wie nämlich das Verhältnis europäische Sicherheitskonferenz und europäische Friedensordnung zu einem Ausbau der europäischen Einheit im Westen stehen soll, darüber ist wie immer kein Wort gesagt worden“. Ebd., S. 20.

88 Ebd., S. 25.

Neue Vorzeichen für Ost- und Westpolitik: Moskau, Brandt und die KSZE

Die Bildung der sozialliberalen Regierung unter Willy Brandt – mit der man in Moskau vor den Wahlen nicht gerechnet hatte,⁸⁹ – und dessen Regierungserklärung wurden von der Sowjetunion umgehend analysiert.⁹⁰ Das sowjetische Außenministerium hob dabei eine erstmalige Anerkennung der Existenz zweier deutscher Staaten und das Fehlen von Angriffen auf sozialistische Länder als positive Signale hervor.⁹¹ Die Unterzeichnung des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen („Atomwaffensperrvertrag“) durch die Bundesrepublik wurde ebenfalls begrüßt.⁹² Dieser Schritt, den auch US-Außenminister William Rogers lobte und als ein „Ereignis von historischer Bedeutung“ kommentierte,⁹³ wurde von der CDU-Opposition als „voreilig“ kritisiert.⁹⁴ Die beiden großen Parteien teilten grundsätzlich die Bedenken im Hinblick auf im Vertrag nicht konkretisierte Aspekte, etwa hinsichtlich des Kontrollverfahrens. Die neue Regierung war jedoch „eher geneigt [...], der künftigen Entwicklung zu vertrauen und den die neue Ostpolitik behindernden Ballast abzuwerfen“, wohingegen die Opposition „die Folgeergebnisse des bundesdeutschen Beitritts im Voraus festnageln“ wollte.⁹⁵

In der Folge weitete Moskau Konsultationen mit der Bundesregierung zu internationalen Fragen aus, einschließlich der KSZE, ging jedoch davon aus, dass sich Brandt primär an den Positionen der USA, Großbritanniens und Frankreichs orientieren werde.⁹⁶ Die von Egon Bahr insgeheim implementierte, aber stets bestrittene Strategie einer Junktimierung zwischen Ostpolitik und KSZE war von Beginn an Thema der Gespräche. Trotz gegenteiliger Beteuerungen konnte Bahr, der die Verhandlungen ab 1970 führte, die sowjetischen Zweifel

89 Michail Prozumenščikov: Brežnev und Brandts „neue Ostpolitik“, in Borchard u. a. (Hg.): *Entspannung im Kalten Krieg*, S. 97–117, hier 107.

90 Siehe dazu im Detail Ruggenthaler/Steiner: *Der Weg nach Helsinki*, S. 691

91 Prozumenščikov: Brežnev und Brandts „neue Ostpolitik“, S. 107.

92 RGANI, F. 3, op. 72, d. 304, S. 7–41, Politbüro-Beschluss (Prot. 147/I) über die politische Linie und einige praktische Schritte der UdSSR im Zusammenhang mit der Bildung der Regierung W. Brandt in der BRD, 1.12.1969; Ruggenthaler/Steiner, *Der Weg nach Helsinki*, S. 692.

93 Matthias Küntzel: *Bonn und die Bombe. Deutsche Atomwaffenpolitik von Adenauer bis Brandt*. Frankfurt a. M. 1992, S. 204.

94 Protokolle des Bundesvorstands der CDU 1969–1973, Nr. 4, 12. Dezember 1969, S. 59; siehe auch ebd., Nr. 7, 23. April 1970, S. 224 f.: „Wir haben gesagt, Verhandlungen über Gewaltverzicht und nichts sonst.“ Die Einschätzung, dass der Zeitpunkt der Unterschrift „denkbar ungünstig“ gewesen sei, habe er im Nachgang auch von „prominenter amerikanischer Seite“ gehört, so Kiesinger. Ebd.

95 Küntzel: *Bonn und die Bombe*, S. 203 f.

96 Siehe dazu im Detail: Ruggenthaler/Steiner: *Der Weg nach Helsinki*, S. 692 f.

daran, dass die Bundesrepublik den Gewaltverzicht de facto zur Vorbedingung für eine gesamteuropäische Konferenz mache, nicht gänzlich ausräumen.⁹⁷

Die CDU-Opposition erörterte die Verhandlungen ausführlich in ihrer Bundesvorstandssitzung vom 23. April. Alarmiert zeigte man sich durch eine Formulierung im Kommuniké zum Gewaltverzichtsabkommen vom 24. März, wonach dieses „[a]usgehend von der wirklichen Lage in Europa“ verhandelt würde – was, nach Meinung Kiesingers, einer faktischen Anerkennung der DDR gleichkomme.⁹⁸ Zudem kritisierte man die mangelhafte Information über den Verhandlungsverlauf und die Zielsetzung durch die Regierung,⁹⁹ und ging mit deren „Ostpolitik“ sehr hart ins Gericht.¹⁰⁰ CDU-Generalsekretär Bruno Heck verwahrte sich gegen Angriffe der Regierung, wonach sich die CDU-Position in „Streit- und Formelkram“ verliere, denn man müsse sich „darüber im klaren sein, was dieser Formelkram für die Sowjets bedeutet“.¹⁰¹

Im „Moskauer Vertrag“ vom 12. August 1970 erklärten die Sowjetunion und die Bundesrepublik auch ihre Absicht, für die Durchführung einer gesamteuropäischen Konferenz zur Festigung der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa einzutreten. Um diesem Ziel näherzukommen, ging die sowjetische Seite im September 1970 auch auf die CDU/CSU-Fraktion zu. Barzel erklärte in einem Gespräch mit dem sowjetischen Botschafter Carapkin, dass seine Fraktion eine gesamteuropäische Konferenz „grundsätzlich positiv“ sehe, diese jedoch nicht der (west-)europäischen Integration und deren Ziel eines gemeinsamen Mark-

97 Ebd.

98 Protokolle des Bundesvorstands der CDU 1969–1973, Nr. 7, 23. April 1970, S. 225 f. Kiesinger: „Der eine Satz sagt eigentlich schon alles. [...] Also, nach diesem Satz im Kommuniké und nach dem, was wir sonst erfahren, scheint in der Tat diese Regierung nicht etwa nur, wie auch manche unserer Freunde denken, einen frischen Ritt nach Osten vorzuhaben [...]. Ich weiß nicht, ob es noch möglich sein kann überhaupt, die Aufnahme der DDR in die internationalen Organisationen, insbesondere die UNO, abzuwehren. Und das bedeutet natürlich praktisch die völkerrechtliche Anerkennung, auch wenn dies de jure in den bilateralen Beziehungen noch nicht der Fall ist. Darüber streiten sich ja im übrigen die Völkerrechtler. Aber hier ist nicht der Streit der Völkerrechtler entscheidend, sondern hier ist nun einmal die normative Kraft des Faktischen entscheidend.“

99 Kiesinger: „Und die Ziele, die diese Regierung bei diesen Gesprächen verfolgt, hat sie bisher nicht gesagt.“ (S. 269); CDU-Generalsekretär Bruno Heck erklärte, seine Fraktion würde von der Regierung „durch Nichtinformation fehlinformiert“. Ebd., S. 272.

100 Die Vorwürfe, die gegenüber der aktuellen Ostpolitik der Bundesregierung geäußert wurden, reichten von einer „nebelige[n], vernebelte[n] Politik“, „lebensgefährlich“, „todernst [...] nicht nur für unser Volk, sondern auch für den Westen“ bis hin zu einer „Politik der Hybris“. Brandt sehe sich selbst als „der große Friedensmacher“, so Kiesinger, der ihn daher bereits direkt gefragt habe: „Mann Gottes, sehen Sie das denn nicht, daß, wenn Sie eine solche Politik machen, das die Sowjetunion auf Kilometer riecht und schon gerochen hat?“ Ebd., S. 272, 274 f.

101 Ebd., S. 272.

tes entgegenlaufen dürfe.¹⁰² Solange es keinen Fortschritt in den innerdeutschen Beziehungen gebe, könne er eine solche Konferenz nicht unterstützen.¹⁰³

Nach der Unterzeichnung des „Moskauer Vertrags“ setzte die Bundesregierung für das Zustandekommen einer KSZE Fortschritte in den Beziehungen zur DDR, aber auch eine Lösung der Berlin-Frage als Junktim gegenüber der Sowjetunion ein.¹⁰⁴ Bei seinem Besuch auf der Krim im September 1971 umgehend nach Abschluss des Berlin-Abkommens kam Brandt Brežnev teilweise entgegen: vor der Einberufung müssten noch „entsprechende Konsultationen“ durchgeführt, dann könne eine Vorkonferenz abgehalten werden.¹⁰⁵ Auf dem Novemberplenium gab Brežnev in seiner Rede an, dass Brandt auf der Krim zugesagt habe, sich gegenüber „seinen Verbündeten“ für eine solche Konferenz stark zu machen.¹⁰⁶ In dieser Rede legte er auch die Ziele einer solchen Konferenz nochmals dar: „[...] die Sicherstellung der Unerschütterlichkeit der bestehenden Grenzen“ in Europa, die „Regulierung der Probleme, die mit der Existenz zweier deutscher Staaten verbunden sind“, sowie eine Bestätigung der Souveränität der DDR „auf internationaler Ebene“.¹⁰⁷

Barzel resümierte im Oktober, dass das Treffen in Oreanda auf der Krim eine Zäsur in der internationalen Rezeption der „neuen Ostpolitik“ der Bundesregierung darstellte. Während die Alliierten die westdeutsche Ostpolitik „[b]is Oreanda“ als Zugeständnisse Westdeutschlands abgetan hätten, befürchteten sie nun eine Gefährdung ihrer eigenen Kerninteressen und Sicherheit. Diese Unsicherheit innerhalb der Westmächte manifestierte sich in Zweifeln an Adenauers „Schutzschild“-Konzeption und der Verlässlichkeit Bonns als NATO-Partner. Barzel betonte, dass die CDU weiterhin „die ostpolitischen Dinge von der Westpolitik her auf[...]rollen, also ganz stark Europa und die NATO [...] betonen“ müsse. Die Erfahrungen seit dem Sommer hätten gezeigt, dass die Partei mit ihrer Haltung – Fokus auf den Bereich Truppenreduzierung und

102 Siehe dazu auch eine Äußerung Barzels im Bundesparteivorstand im Dezember 1971: „Ich glaube, daß die Sowjetunion, wenn sie von Realitäten und von Frieden und Europa und solchen Dingen spricht, vor die Frage gestellt werden muß, warum sie eigentlich nicht die EWG anerkennt. Sie tut dies bewußt nicht.“ Protokolle des Bundesvorstands der CDU 1969–1973, Nr. 20, 9. Dezember 1971, S. 615.

103 Ruggenthaler/Steiner: Der Weg nach Helsinki, S. 694; RGANI, F. 5, op. 62, d. 576, S. 139–144, Aus dem Tagebuch von S. K. Carapkin. Protokoll des Gesprächs mit Rainer Barzel und Richard Stücklen am 22.9.1970, 5.10.1970.

104 Siehe dazu im Detail Hakkarainen: A State of Peace in Europe, S. 79–89.

105 Siehe Gespräch Brežnev–Brandt am 18.9., S. 1411; Ruggenthaler/Steiner: Der Weg nach Helsinki, S. 695.

106 RGANI, F. 2, op. 3, d. 248, S. 42–61, Rede L. I. Brežnevs beim Novemberplenium des ZK der KPdSU, 22.11.1971, S. 48; siehe auch Ruggenthaler/Steiner: Der Weg nach Helsinki, S. 696.

107 RGANI, F. 2, op. 3, d. 248, S. 42–61, Rede L. I. Brežnevs beim Novemberplenium des ZK der KPdSU, 22.11.1971, S. 43 f.

„Behutsamkeit in Sachen Sicherheitskonferenz“ – im Westen Verbündete finde und keineswegs isoliert sei.¹⁰⁸

Die Zeit bis zur Ratifizierung der Verträge war von Nervosität in Moskau¹⁰⁹ und einem angespannten innenpolitischen Klima in der Bundesrepublik geprägt. Teile der FDP wollten die Ost- und Deutschlandpolitik nicht mehr mittragen und wechselten in das Lager der Opposition, wodurch die Regierung Brandt 1972 ihre parlamentarische Mehrheit verlor. Ein von Barzel am 27. April 1972 eingebrachtes konstruktives Misstrauensvotum scheiterte knapp.¹¹⁰ Die von der CDU erhoffte Neuverhandlung des „Moskauer Vertrags“ war damit vom Tisch. Durch Verhandlungen mit dem sowjetischen Botschafter Falin erreichte die CDU jedoch eine Interpretation des Moskauer Vertrags, der ihre Bedenken berücksichtigte, insbesondere hinsichtlich der deutschen Frage und des Wiedervereinigungsziels. Mit der Bundesregierung erzielte sie eine gemeinsame Entschließung des Bundestags, die von der Sowjetunion widerspruchsflos entgegengenommen wurde und klarstellte, dass die Ostverträge die Lösung der deutschen Frage nicht präjudizierten. Dadurch sicherte die CDU ihr Hauptziel, das Recht auf Wiedervereinigung und Selbstbestimmung zu wahren, ohne den Vertrag direkt abzulehnen oder neu zu verhandeln.¹¹¹

Die Ratifizierung¹¹² des Moskauer und Warschauer Vertrags durch den Bundestag „machten den Weg frei für die multilaterale Konferenz“.¹¹³ Eine Woche später empfing Brežnev US-Präsident Richard Nixon in Moskau. Auf diesem Gipfel wurden entscheidende Weichen gestellt: Nixon und Brežnev einigten sich bilateral – ohne Rücksicht auf die noch uneinheitliche NATO-Linie zu KSZE und MBFR gesondert zu verhandeln. Nixon stimmte KSZE-Vor-

108 Protokolle des Bundesvorstands der CDU 1969–1973, Nr. 19, 25. Oktober 1971, S. 553. Siehe auch ebd., Nr. 20, 9. Dezember 1971. Barzel: „Seit dem Sommer bemühen wir uns, die Ostpolitik dieser Bundesregierung unter dem Aspekt, daß man uns hier ein bißchen international isolieren könnte, nicht im Frontalangriff anzugehen, sondern von westpolitischen Argumenten her.“

109 Ruggenthaler/Steiner: Der Weg nach Helsinki, S. 694–699.

110 Wie sich später herausstellen sollte, waren zwei Unionsabgeordnete bestochen worden. Siehe dazu Kai Wambach: Rainer Barzel. Eine Biographie. Paderborn 2019, S. 513–550; Douglas Selvage/Walter Süß: Staatssicherheit und KSZE-Prozess. MfS zwischen SED und KGB (1972–1989). Göttingen 2019, S. 45.

111 Siehe dazu im Detail Gerhard Wettig: Die Berliner Vier-Mächte-Verhandlungen 1970/71 im Kontext der „neuen Ostpolitik“, in: Borchard u. a. (Hg.): Entspannung im Kalten Krieg, S. 179–222, hier 218–220.

112 Zum Ratifizierungsprozess siehe Stefan Kreuzberger: Westintegration und Neue Ostpolitik. Die Außenpolitik der Bonner Republik. Berlin 2009, S. 109–120.

113 Peter: Die Bundesrepublik im KSZE-Prozess, S. 84.

gesprächen noch im Herbst zu, Brežnev Sondierungsgesprächen über MBFR, die im Januar 1973 in Wien beginnen sollten.¹¹⁴

Die CDU sah sich vor den vorgezogenen Bundestagswahlen am 19. November 1972 in einem Dilemma: Einerseits stand sie der KSZE äußerst kritisch gegenüber, andererseits wollte sie dieses Thema im Wahlkampf nur mit Zurückhaltung behandeln. Man verständigte sich darauf, ein prinzipielles Ja zu KSZE, MBFR und Abrüstung auszusprechen, dabei jedoch die gemeinsame Haltung mit dem Westen und die Bedeutung des deutsch-amerikanischen Verhältnisses in den Vordergrund zu stellen.¹¹⁵ Auf dem 20. Bundesparteitag der CDU in Wiesbaden (9.–11. Oktober 1972) bekräftigte die Partei diesen Ansatz und würdigte die Konferenzen in Helsinki (KSZE) und Wien (MBFR) grundsätzlich positiv, allerdings mit Vorbehalten. Rainer Barzel betonte, dass die CDU die KSZE nur dann unterstützen werde, wenn sie tatsächlich der Entspannung diene, einschließlich der Förderung von Freizügigkeit für Menschen, Informationen und Meinungen. Sollte sich die Konferenz jedoch in ein „Schaugeschäft“ verwandeln, in dem ein „gesamteuropäischer Traum“ die Realität verdränge, sei die CDU „nicht dafür zu haben“. Die Realität, so Barzel, sei die im Westen mit der EWG bereits „verwirklichte[n] europäische[n] Friedensordnung“.¹¹⁶

Am 6. November 1972 wurde der Grundlagenvertrag paraphiert und damit „aus Bonner Sicht auch die bilateralen Voraussetzungen für Helsinki geschaffen“.¹¹⁷ Aus der Bundestagswahl am 19. November 1972 ging die sozialliberale Koalition gestärkt hervor; die Regierung Brandt sah sich damit „namentlich in ihrer Ostvertragspolitik legitimiert“.¹¹⁸ Die CDU zog aus dem Wahlergebnis zwei zentrale Schlüsse: Zum einen dürfe man den Anschluss an die internationale Politik nicht verlieren, um „für die wirklich entscheidenden Dinge zu kämpfen und gegen die Tendenzen der Regierung anzugehen, die ja lebensgefährlich sind“, wie Richard von Weizsäcker formulierte.¹¹⁹ Zum anderen müsse sie insbesondere die Idee eines politisch geeinten Europas verteidigen, der die „gesamteuropäische Friedensordnung Willy Brandts und Egon Bahrs“ entgegenstehe.¹²⁰

114 Memorandum of Conversation, Moscow, May 24, 1972, in: FRUS 1969–1976, Vol. 14, Dok. 265, S. 1033, <https://history.state.gov/historicaldocuments/frus1969-76v14/d265> (Abruf: 21. Juni 2025); John Van Oudenaren: *Detente in Europe. The Soviet Union and the West since 1953*. Durham/London 1993, S. 212; siehe zur Genese und Ausdifferenzierung der beiden Konferenzkomplexe sowie zu den Standpunkten innerhalb der NATO im Detail Haftendorn: *The Link between CSCE and MBFR*.

115 Protokolle des Bundesvorstands der CDU 1969–1973, Nr. 27, 14./15. September 1972, S. 921–923; ebd., Nr. 28, 25. September 1972, S. 972 f.

116 20. Bundesparteitag der CDU in Wiesbaden (9.–11. Oktober 1972), https://www.kas.de/documents/252038/253252/1972-10-09-11_Protokoll_20.Bundesparteitag_Wiesbaden.pdf/9a0daaad-1c68-17f1-23d4-a0197ca17b6d, S. 105 f. (Abruf: 21. Juni 2025).

117 Peter: *Die Bundesrepublik im KSZE-Prozess*, S. 84.

118 Ebd., S. 84.

119 Protokolle des Bundesvorstands der CDU 1969–1973, Nr. 31, 4. Dezember 1972, S. 1070.

120 Ebd.

Ihre künftige Aufgabe sah die Partei darin, ein „Wächteramt“ wahrzunehmen – sowohl in den Verhandlungen zu KSZE und MBFR, als auch in Berlin und in den Beziehungen zur DDR.¹²¹

Am 22. November 1972 begannen die multilateralen Vorgespräche in Helsinki auf diplomatischer Ebene. Bereits hier wurden die unterschiedlichen Vorstellungen der Teilnehmerstaaten deutlich, insbesondere in der Prioritätensetzung zwischen Prinzipienklärung und konkreten Ergebnissen im „Dritten Korb“. Die Sowjetunion wollte möglichst rasch verhandeln und sah die Prinzipienklärung (und darin insbesondere die Festlegung des Status quo) als Kernelement, während westliche Staaten – und an vorderster Front die Neutralen – auf möglichst konkrete Ergebnisse im „Dritten Korb“ pochten. „Korb II“ diente in diesem Ringen vor allem als Verhandlungsmasse.¹²² Die von der Vorkonferenz formulierten Schlussempfehlungen dienten letztlich als Grundlage für die Konferenz, bei der die bundesdeutsche Delegation insbesondere das Verhältnis zwischen Gewaltverzicht und Grenzen präzisieren wollte.¹²³

Die Kritikpunkte der CDU an der KSZE

Die CDU begegnete der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) mit einer Mischung aus grundsätzlicher Zustimmung und Skepsis. Im April 1973 äußerte sich Rainer Barzel differenziert zu den Konferenzen in Helsinki (KSZE) und Wien (MBFR). Er betonte zwar die positive Grundhaltung der CDU, wie sie in der Wiesbadener Erklärung verankert war, warnte aber gleichzeitig vor der Gefahr, dass in Helsinki Erklärungen abgegeben werden könnten, die in Grenz- und Statusfragen unumkehrbare Rechtstitel schaffen würden, die für die deutsche Seite nicht akzeptabel wären. Er plädierte dafür, die Verträge einzuhalten, aber in Richtung der Entschließung vom 17. Mai zu interpretieren. Barzel forderte, in Helsinki deutlich zu machen, dass aus vorläufig beschriebenen Grenzen keine endgültigen Regelungen gemacht werden dürften. Barzel mahnte seine Parteikollegen aber auch, nicht „von gestern zu träumen“ und „hinter unser Programm zurückzufallen“, sondern von den geschaffenen außen- und deutschlandpolitischen Realitäten auszugehen und mit „nach vorne gerichteter Entschlossenheit“ zu handeln. Er unterstrich das Ziel, die „Realität dieses einen deutschen Volkes zu stärken, [und] das Selbstbestimmungsrecht zu erstreben“. Dies sollte durch verstärkten Austausch und größere Freizügigkeit erreicht werden, die wiederum zu mehr Selbstbestimmung führen würden. Barzel betonte dabei den Vorrang der Westpolitik, die Notwendigkeit der fortschreitenden europäischen Vereinigung und die Wichtigkeit einer robusten trans-

121 Ebd., Nr. 32, 27. Januar 1973, S. 1180.

122 Vgl. Morgan: The Final Act, S. 154–168.

123 Peter: Die Bundesrepublik im KSZE-Prozess, S. 91.

atlantischen Partnerschaft. Es gelte, so Barzel, „die Konferenzen in Wien und Helsinki positiv zu sehen und sie, was möglich ist, zu beeinflussen, [...] und der Sowjetunion und den Ländern Ost- und Mitteleuropas deutlich zu machen, daß Frieden und Zusammenarbeit unsere Ziele sind“.¹²⁴

Die größten Differenzen zwischen CDU und der sozialliberalen Koalition taten sich vor allem in Bezug auf die Verhandlungen über militärische Abrüstung (MBFR) auf. Die CDU war von Beginn an der Überzeugung, dass die MBFR Vorrang vor einer KSZE haben müsse und beide Verhandlungskomplexe in engem Zusammenhang stehen sollten, um einseitige Zugeständnisse des Westens zu verhindern.¹²⁵ Während Brandt anfangs eine ähnliche Position vertreten hatte, rückte die SPD im Laufe der Konkretisierung beider Verhandlungskomplexe von dieser Haltung ab.

In der Phase der sicherheitspolitischen Positionierung innerhalb der NATO, die das Thema MBFR 1968 selbst als Verhandlungsgegenstand (im Rahmen einer oder vor/neben einer Sicherheitskonferenz) vorgeschlagen hatte, war Bundeskanzler Brandt sehr offensiv für die MBFR eingetreten. Der Diskussionsprozess war allerdings nicht so verlaufen, wie von der sozialliberalen Koalition erhofft. Ihrer Vorstellung nach sollte nicht die MBFR von der Einberufung einer europäischen Sicherheitskonferenz abhängig gemacht werden, sondern umgekehrt: eine KSZE könne nicht ohne MBFR stattfinden.¹²⁶ Innerhalb der Allianz konnte man sich auf keine gemeinsame Position zur MBFR einigen.¹²⁷ Umstritten war vor allem die Bonner Forderung, auch nukleare Rüstung in den Themenkomplex einzuschließen.¹²⁸ Brandts aus Sicht der Alliierten übermäßiges Engagement für die MBFR sowie die unzureichende Einbindung der USA und der anderen NATO-Mitglieder trugen dazu bei, dass Kissinger und Nixon zur Überzeugung kamen, selbst „die Ballkontrolle“ übernehmen zu müssen.¹²⁹ Über Kissingers Vermittlung wurde mit Moskau eine Einigung erzielt,

124 Protokolle des Bundesvorstands der CDU 1969–1973, Nr. 35, 12. Mai 1973, S. 1347–1349, 1474 f.

125 Peter: Die Bundesrepublik im KSZE-Prozess, S. 91.

126 Stephan Kieninger: *Dynamic Detente. The United States and Europe, 1964–1975*. Lanham 2016, S. 133–136, hier 134; Siehe zur Haltung der Bundesregierung zum Thema Truppenreduktionen/MBFR auch Weißbuch 1970 zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Lage der Bundeswehr. Deutscher Bundestag, 6. Wahlperiode, Drucksache VI/765, 14. Mai 1970, S. 10 f., <https://dserver.bundestag.de/btd/06/007/0600765.pdf> (Abruf: 22. Juni 2025) sowie den von Verteidigungsminister Helmut Schmidt im NATO-Rat eingebrachten Vorschlag: Aufzeichnungen des Referats II B 2, Beiderseitige und ausgewogene Truppenreduzierungen (MBFR) Arbeitspapier = deutsche Vorlage im NATO-Rat vom 16. April 1970, 16. April 1970.

127 Haftendorn: *The Link between CSCE and MBFR*, S. 250.

128 Kieninger: *Dynamic Detente*, S. 133–136, hier 134; zur Frage einer nuklearen Option in MBFR 1973–1975 ebd., S. 143–149; siehe auch Haftendorn: *The Link between CSCE and MBFR*.

129 Kieninger: *Dynamic Détente*, S. 191.

die Brežnev und Nixon auf dem Gipfel in Moskau im Mai 1972 besiegelten: Sie einigten sich auf eine Trennung der Verhandlungskomplexe KSZE und MBFR und Nixon stimmte dem Beginn der KSZE im Herbst 1972 zu, Brežnev dem Beginn explorativer Vorgespräche zur MBFR (die schließlich im Frühjahr 1973 begannen). Die Alliierten wurden erst nachträglich, auf der NATO-Ratstagung in Bonn Ende Mai, vor vollendete Tatsachen gestellt.¹³⁰

Die Bundesregierung beharrte in der Folge darauf, dass die beiden Konferenzen möglichst eng „verklammert“ sein sollten.¹³¹ Die NATO setzte gemeinsam mit den Neutralen erfolgreich den Einschluss des Themas der „vertrauensbildenden Maßnahmen“ in die KSZE-Agenda durch, um zumindest über einen Teilbereich der militärischen Sicherheit auf gesamteuropäischer Ebene zu verhandeln. Auf die Agenda der MBFR wurden wiederum „begleitende Maßnahmen“ und damit eine politische Komponente aufgenommen. Die Bundesregierung zeigte sich damit zufrieden. Sie sah fortan „keinen zeitlichen Zusammenhang mehr zwischen den beiden Komplexen“, sondern führte an, dass die früher startende KSZE eine gewisse „Testfunktion“ für die MBFR haben könne.¹³² Bei Brežnevs Verabschiedung aus Bonn im Mai 1973 widersprach Brandt auch nicht dessen Äußerung, wonach man die beiden Verhandlungskomplexe „nicht verknüpfen“ dürfe. Der Gast aus Moskau führte aus: „Zuerst soll die europäische Konferenz und dann, nach gewisser Zeit, sollen Verhandlungen über die Reduzierung der Streitkräfte stattfinden. Die europäische Konferenz gilt es in jedem Fall durchzuführen, selbst dann, wenn nicht alle Fragen in der Vorbereitungsphase abgestimmt werden können.“¹³³

Die eigentliche KSZE wurde am 3. Juli 1973 mit einem Treffen der Außenminister in Helsinki eröffnet. Bundesaußenminister Walter Scheel umriss in seiner Rede die Ziele der Bundesrepublik und betonte die Notwendigkeit der aktiven Einbeziehung aller Staaten in die Entspannungspolitik. Diese müsse „aus den Amtsstuben und Regierungskanzleien“ herausgeführt und in die Bevölkerung getragen werden. Scheel forderte den Abbau von Hindernissen für Kontakte und Austausch zwischen Ost und West sowie die Einhaltung von Verhaltensregeln, insbesondere den Gewaltverzicht, betonte aber gleichzeitig, dass die Möglichkeit friedlicher Grenzänderung unberührt bleiben müsse. Dies sei für die Bundesrepublik aus zwei Gründen wichtig: Zum einen im Interesse

130 Ebd.; Haftendorn: *The Link between CSCE and MBFR*, S. 250; Morgan: *The Final Act*, S. 99 f.

131 Peter: *Die Bundesrepublik im KSZE-Prozess*, S. 90; Graf-Steiner: *Brückenbauer im Kalten Krieg*, S. 192 f.

132 Peter: *Die Bundesrepublik im KSZE-Prozess*, S. 91.

133 RGANI, F. 80, op. 1, d. 575, S. 81 f., Niederschrift des Gesprächs des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, L. I. Brežnev, mit dem Bundeskanzler der BRD, W. Brandt, 22. Mai 1973, in: Michael Borchard u. a. (Hg.): *Portal Ostpolitik*, <https://www.kas.de/de/web/wissenschaftliche-dienste-archiv/ostpolitik-1973> (Abruf: 22. Juni 2025).

des Ziels der Teilnehmerstaaten der Europäischen Gemeinschaften, bis zum Ende des Jahrzehnts zu einer Europäischen Union zu werden. Zum anderen wies er darauf hin, dass es das politische Ziel der Bundesrepublik sei, „auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt“. Er hob hervor, dass die Teilnehmer „mit denselben Worten dasselbe meinen“ müssten. Die KSZE sei ein „Test“ dafür, ob der Übergang von einer bilateralen zu einer multilateralen Entspannungspolitik gelingen könne. Dabei mahnte der bundesdeutsche Außenminister auch zu Ehrlichkeit, sollten „unsere Auffassungen über die Wirklichkeit noch zu weit auseinanderklaffen“.¹³⁴

Eine gemeinsame Sprache zu finden, war in der Kommissionsphase der KSZE in Genf (18. September 1973–21. Juli 1975) die Aufgabe der Diplomaten-delegationen der 35 Teilnehmerstaaten. Brežnev hatte im Gespräch mit Brandt in Bonn noch gehofft, die Kommissionsphase könne rasch abgehandelt werden. Nach der Vorbereitungsphase und der Eröffnung durch die Außenminister könnten die Diplomaten „wohl kaum irgendetwas Neues sagen und [...] ergänzen“.¹³⁵ Tatsächlich zogen sich die Verhandlungen über fast zwei Jahre hin.

In Genf bestand das Hauptziel der Delegation aus Bonn darin, die Prinzipien-erklärung des „Ersten Korbes“ in Einklang mit den „Ostverträgen“ zu gestalten und die deutsche Frage offenzuhalten. Zudem unterstützte sie Prinzipien wie die souveräne Gleichheit und das Selbstbestimmungsrecht der Völker, die insbesondere von den neutralen und nichtpaktgebundenen Staaten (N+N) vorangetrieben wurden und die die vom Osten geforderten, statischen Prinzipien (Gewaltverzicht, Unverletzlichkeit der Grenzen und Nichteinmischung in innere Angelegenheiten) „ausbalancieren“ sollten.¹³⁶ Ein wesentlicher Dissenzpunkt war die Frage, ob und inwiefern das Prinzip der „Unverletzlichkeit der Grenzen“ (Prinzip 3) mit dem Grundsatz der friedlichen Grenzänderung verknüpft werden sollte. Die Sowjetunion verweigerte eine Verknüpfung dieser beiden Prinzipien.¹³⁷ Ebenfalls in „Korb 1“ verhandelt wurden die „militärischen Aspekte der Sicherheit“, die vertrauensbildende Maßnahmen (Manöverankündigungen und Austausch von Beobachtern) vorsahen und in Punkto Geltungsbereich und Größenordnung umstritten waren. Die bundesdeutsche Delegation pochte auch auf eine Verbindung zu den parallel in Wien stattfindenden MBFR-Gesprächen im KSZE-Schlussdokument, also einer Formel, die die „wechselseitige Ergänzung

134 Rede des Außenministers der Bundesrepublik Deutschland, Walter Scheel, während der ersten Phase der KSZE in Helsinki, gehalten in Helsinki am 4. Juli 1973, in: Bulletin der Bundesregierung Nr. 82/1973, S. 833–837.

135 RGANI, F. 80, op. 1, d. 574, S. 70–82, Aufzeichnung des Gespräches des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, L. I. Brežnev, mit dem Bundeskanzler der BRD, W. Brandt, 20.5.1973; Graf-Steiner: Brückenbauer im Kalten Krieg, S. 192.

136 Siehe dazu Peter: Die Bundesrepublik im KSZE-Prozess, S. 95.

137 Ebd., S. 95 f., 102–106.

politischer und militärischer Aspekte der Sicherheit an geeigneter Stelle“ in der Schlussakte ausdrücken sollte.¹³⁸

Im Bereich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit („Korb II“) trat die Bundesrepublik in größter Geschlossenheit mit den weiteren EWG-Mitgliedstaaten auf. Die neun EWG-Staaten verfolgten primär das Ziel, verbesserte wirtschaftliche Beziehungen zu den Staaten des Ostblocks zu erreichen. Zu Beginn der Verhandlungen hatte man durchaus Hoffnungen in diesen Bereich gesetzt, die jedoch rasch enttäuscht wurden. Eine Hürde bestand darin, dass Moskau eine Anerkennung des RGW im Gegenzug für eine Anerkennung der EWG forderte, was für die EWG-Kommission nicht annehmbar war.¹³⁹ Die Gruppe der EWG-Mitglieder rechnete nicht mit einer substantiellen Änderung der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der sozialistischen Staaten, sondern suchte nach Möglichkeiten, wie man die bestehenden Wirtschaftsordnungen einander näherbringen könne.¹⁴⁰ In den Verhandlungen war der Westen freilich im Vorteil, da aufgrund der wirtschaftlichen Lage und Konkurrenzfähigkeit nur von dieser Seite ernsthaftige Konzessionen gefordert werden konnten.¹⁴¹ Die EWG-Staaten forderten im Gegenzug für Handelserleichterungen Reziprozität in Form von größerer Preisrationalität, verbesserten Geschäftskontakten, detaillierteren Wirtschaftsinformationen und dem Abbau von Handelshemmnissen. Insgeheim verfolgten sie damit auch das Ziel, den einzelnen RGW-Staaten mehr Unabhängigkeit von Moskau zu ermöglichen. Dies stand im Gegensatz zum Wunsch Moskaus, die Kontrolle über die Außenwirtschaftsbeziehungen seiner Verbündeten zu wahren, wobei insbesondere Polen, Ungarn und Rumänien Interesse an engeren Beziehungen zur EWG zeigten.¹⁴² Letztlich scheiterte eine umfassende Einigung an den gegensätzlichen Interessen und Vorstellungen beider Seiten und insbesondere am Unwillen der Sowjetunion, für Handelserleichterungen Konzessionen zu machen. Dies sorgte im Westen durchaus für Verwunderung, entsprach aber Brežnevs Linie, die Verhandlungen nicht durch Detailfragen in die Länge zu ziehen, sondern den Fokus auf die Prinzipienklärung in „Korb I“ und einen schnellen Abschluss zu legen.¹⁴³

Im Hinblick auf „Korb III“ der KSZE, der sich mit humanitären Fragen und kulturellem Austausch befasste, ging die Initiative des Westens von der EWG und den neutralen Staaten aus. Die USA unterstützten die westlichen Standpunkte vor dem Hintergrund, dass diese ein Druckmittel gegenüber dem Osten

138 Ebd., S. 96 f.

139 Wolfgang Mueller: Recognition in Return for Détente? Brezhnev, the EEC, and the Moscow Treaty with West Germany, 1970–1973, in: JCWS 13/4/2011, S. 79–100, hier 96.

140 Angela Romano: From Détente in Europe to European Détente. How the West Shaped the Helsinki CSCE. Brüssel 2009, S. 113.

141 Siehe dazu im Detail Morgan: The Final Act, S. 154–163.

142 Mueller: Recognition in Return for Détente?, S. 94; Morgan: The Final Act, S. 154.

143 Morgan: The Final Act, S. 166.

boten, sahen sie aber insgeheim als weniger wichtige „soft power“-Instrumente.¹⁴⁴ Ein zentrales Streitthema stellte das Verhältnis zwischen der Prinzipienklärung („Korb I“) und den Inhalten von „Korb III“ dar.¹⁴⁵ Die sowjetische Delegation forderte, in der Präambel zu „Korb III“ nicht nur allgemeine Ziele voranzustellen, sondern explizit auf das Prinzip der „Nichteinmischung in innere Angelegenheiten“ zu verweisen. Dies war für den Westen unannehmbar, da damit die folgenden Bestimmungen und deren Überprüfung konterkariert worden wären.¹⁴⁶

Zur selben Zeit drängte die Sowjetunion auf ein rasches Ende der Verhandlungen und bezeichnete die Hartnäckigkeit, mit der die westlichen Staaten, darunter insbesondere die EWG-Staaten und die Neutralen, sich für den humanitären Bereich engagierten, als eine unnötige und letztlich vergebliche Verzögerung.¹⁴⁷ Brežnevs Ansicht nach war die Prinzipienklärung das eigentlich wichtige Dokument, das es schnellstmöglich zu unterzeichnen galt, ohne zu weiteren Konzessionen gedrängt zu werden.¹⁴⁸ Trotz Bemühungen des sowjetischen Generalsekretärs und einiger Stimmen im Westen, darunter des österreichischen Bundeskanzlers Bruno Kreisky,¹⁴⁹ die für ein rasches Ende der Konferenz und einen baldigen Gipfel eintraten, war die Mehrheit der Delegierten aus EWG- und N+N-Ländern in Genf nicht bereit, die Konferenz ohne entsprechende Konzessionen des Ostens abzuschließen.

Angesichts der stockenden KSZE-Verhandlungen und der als starr wahrgenommenen sowjetischen Position sah sich die CDU zunehmend in ihren ursprünglichen Sorgen um die Entwicklung des Konferenzprojekts bestätigt. Sie befürchtete eine „Verhärtung“ der deutschen Teilung, eine Vernachlässigung der Menschenrechtsfrage und die Gefahr, dass die KSZE zur Legitimierung kommunistischer Regime sowie zu einer Verfestigung sowjetischer Dominanz in

144 Kieninger: *Dynamic Détente*, S. 132, 247–268, 277–287; Morgan: *The Final Act*, 186 f.

145 Gilde: *Österreich im KSZE-Prozess*, S. 99–106, hier 100 f.

146 Ebd., S. 105–107.

147 Deutlich machte das etwa Außenminister Gromyko auf dem Aprilplenium 1975, als er die Themen des „Dritten Korbes“ als „künstliche, absichtlich geschaffene Erschwernisse“ bezeichnete, die sich der Westen „ausdenke“ im Versuch, „unsere innere Ordnung und einige unserer Gesetze zu untergraben“. Die Teilnehmerstaaten würden inzwischen aber „auch verstehen“, dass keine Entscheidungen von außen getroffen werden könnten, „die eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten bedeuten würden und den Interessen unseres Staates und ihrer Sicherheit und der Sicherheit unserer Freunde Schaden zufügen würden, oder die für uns aus ideologischen Erwägungen nicht annehmbar wären“. Siehe RGANI, F. 2, op. 3, d. 351, Protokoll Nr. 9 der Plenumsitzung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion vom 16.4.1975, S. 8–12, hier 11 f.

148 Morgan: *The Final Act*, 178; 254 f.

149 Siehe dazu im Detail Anna Graf-Steiner: *Kreisky, the Soviet Union, and the Helsinki Process*, in: Günter Bischof/Michael Burri (Hg.): *Bruno Kreisky's Foreign Policy: A Reassessment* (Austrian and Habsburg Studies 39). New York 2025, S. 167–202.; dies.: *Brückebauer im Kalten Krieg*, S. 154 f., 219–224.

Ostmitteleuropa beitragen könne,¹⁵⁰ sowie eine Schwächung der Westintegration und der transatlantischen Beziehungen.¹⁵¹

Getragen von der Sorge, dass sich angesichts des sowjetischen Drucks auf einen baldigen Abschluss „auch wichtige westliche Staaten sich zu einem voreiligen Konferenzabschluß auf der Grundlage fragwürdiger Kompromisse verleiten lassen könnten“, legte die CDU/CSU-Fraktion in einer „Großen Anfrage“ vom 8. Juli 1974 ihren Standpunkt dar und forderte eine umfassende Information der deutschen Öffentlichkeit über die Inhalte und Auswirkungen der KSZE.¹⁵² Sie erbat eine Stellungnahme der Bundesregierung zu ihren Positionen und jenen der Teilnehmerstaaten zu einzelnen Fragen und Informationen über die aktuellen Verhandlungsergebnisse: zum Verhältnis von KSZE und MBFR; zur völkerrechtlichen und politischen Qualität der Schlussakte; zur Frage der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und deren Folgen für die Europäische Gemeinschaft; sowie zur Frage, ob die Bundesregierung die Verhandlungsergebnisse für „ausreichend“ für eine Abschlusskonferenz erachte. In diesem Punkt machten Carstens und Stücklen im Namen ihrer Fraktion klar, dass sie vor einem solchen „voreiligen Konferenzbeschluss auf der Grundlage fragwürdiger Kompromisse und unausgewogener Leistungen“ warnten.¹⁵³ Wie schon eingangs im Dokument verwiesen sie erneut ausgerechnet auf die Worte des damaligen Außenministers (und nunmehrigen Bundespräsidenten) Walter Scheel bei der KSZE-Eröffnung vor einem Jahr, wonach es ein „Gebot der Ehrlichkeit“ wäre, offen einzugestehen, sollte sich im Laufe der Verhandlungen herausstellen, dass die Positionen doch zu weit auseinanderliegen.¹⁵⁴

Die Bundesregierung beantwortete die Anfrage am 10. Oktober;¹⁵⁵ in der Bundestagsdebatte am 17. Oktober war die KSZE das Hauptthema. Der Leiter des Arbeitskreises V der CDU/CSU-Bundestagsfraktion (Außen-, Deutschland-, Verteidigungs-, Europa-, Entwicklungs- und Außenwirtschaftspolitik),

150 „Die KSZE darf die Hegemonie der Sowjetunion über Ost-Mittel-Europa nicht verewigen. Sie muß vielmehr den Hoffnungen und Ansprüchen der Menschen und Völker im gegenwärtigen sowjetischen Machtbereich auf Gewährleistung der Menschenrechte und Grundfreiheiten entsprechen.“ Große Anfrage der CDU/CSU vom 8. Juli 1974, BT-Drs. 7/2354, S. 1, <https://dserver.bundestag.de/btd/07/023/0702354.pdf> (Abruf: 28. August 2025).

151 Ebd., S. 2, 9.

152 Schließlich, hier zitierte man aus Scheels Rede bei der Eröffnung der KSZE, „wollen die Menschen die Früchte der Entspannung im täglichen Leben spüren, sie mit Händen greifen“. Ebd., S. 1.

153 Ebd., S. 3–9, das Zitat 9.

154 Ebd., S. 9f.; siehe auch Rede des Außenministers der Bundesrepublik Deutschland, Walter Scheel, während der ersten Phase der KSZE in Helsinki, gehalten in Helsinki am 4. Juli 1973, in: Bulletin der Bundesregierung Nr. 82/1973, S. 833–837.

155 Antwort der Bundesregierung vom 10. Oktober 1974, BT-Drs. 7/2616, auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU/CSU vom 8. Juli 1974 betr. Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, <https://dserver.bundestag.de/btd/07/026/0702616.pdf> (Abruf: 28. August 2025).

Werner Marx, stellte eingangs fest, dass es sich bei der „Großen Anfrage“ nicht um eine „Streitschrift“ gehandelt habe, sondern die Opposition gewillt sei, der Regierung, sofern diese dazu bereit sei, „in der Sache zu helfen“ und „die Verhandlungsposition der Bundesregierung [zu] stützen“. ¹⁵⁶ Positiv bewertet wurde die Aussage der Regierung in ihrer Antwort, wonach die Zusammenarbeit im Rahmen der NATO und der EWG-Mitgliedsstaaten im Rahmen der Konferenz gestärkt worden sei, ¹⁵⁷ sowie die Formulierung, dass die Stärkung der Allianz zwischen Westeuropa und dem Atlantischen Bündnisses von vorrangigem Interesse sei. ¹⁵⁸ Ebenfalls zufrieden zeigte man sich mit der Klarstellung, dass es sich beim Schlussdokument nicht um völkerrechtliche Festlegungen und bindende Bestimmungen handle. ¹⁵⁹ Diese Leitlinien sollten nach Ansicht der CDU in den weiteren Verhandlungen konsequent verteidigt werden.

Marx stellte erneut klar: Wenn ein „Mehr an Freiheit in Europa“ im Rahmen der Konferenz aufgrund einer Blockadehaltung des Ostens nicht zu erreichen sei, „dann sollte das ganze Unternehmen möglichst rasch und ohne feierliche Unterschrift beendet werden. Denn [...] wenn für die Menschen nichts herauskommt, dann hat diese ganze Sache weder Sinn noch Wert.“ Er mahnte, dass die westliche Welt nicht zu viele Zugeständnisse machen dürfe, nur um Erleichterungen versprochen zu bekommen, die schlussendlich nicht eingehalten würden. Es gebe „keine Zweifel“ daran, dass die Schlussakte in den Augen Moskaus ein „Ersatz für einen Friedensvertrag“ sei und es im Kern um Deutschland gehe, nämlich „um die von den Sowjets erwünschte europäische Absegnung der Zerstückelung unseres Landes“. Die Bundesregierung dürfe „nach den großen substantiellen Opfern, die sie in den Ostverträgen gebracht hat“, keinesfalls davon zurückweichen, Konzessionen vom Osten einzufordern. ¹⁶⁰ Die Unionsfraktion werde die Verhandlungsergebnisse weiterhin an der Wahrung der in der „Großen Anfrage“ genannten Ansprüche bewerten.

Die entscheidenden Kompromisse in den Genfer Verhandlungen zeichneten sich erst im Frühling und Frühsommer 1975 ab. Ein zentraler Punkt war die Einbettung der Formel zur „friedlichen Grenzänderung“ im „Ersten Korb“. Sie wurde nicht in Prinzip 3 („Unverletzlichkeit der Grenzen“) oder Prinzip 8 („Selbstbestimmungsrecht der Völker“) verankert, sondern in Prinzip 1 („Souveräne Gleichheit“). ¹⁶¹ Da alle Prinzipien ausdrücklich gleichrangig waren, stellte

156 Deutscher Bundestag, 8. Wahlperiode, 125. Sitzung, S. 8326 f., <https://dserver.bundestag.de/btp/07/07125.pdf> (Abruf: 28. August 2025).

157 Ebd., S. 8327.

158 Ebd., S. 8329. Auf den Zuruf aus den Reihen der SPD, dass dies nichts Neues sei und sie dies „immer gesagt“ hätten (Cortier), entgegnete Marx: „Immer gesagt, aber selten getan, verehrter Kollege Cortier!“ (ebd.).

159 Ebd., S. 8328.

160 Ebd., S. 8328–8331.

161 Peter: Die Bundesrepublik im KSZE-Prozess, S. 106 f.

diese Lösung auch die bundesdeutsche Delegation zufrieden. Damit stehe nach Auffassung der Bonner Diplomaten nicht die „Unverletzlichkeit der Grenzen“ im Zentrum der Prinzipienklärung, sondern es bestehe ein „inhaltliche[r] Zusammenhang“ zwischen friedlicher Grenzänderung und Unverletzlichkeit der Grenzen.¹⁶²

Auch im Bereich der militärischen Aspekte wurde unter Vermittlung der N+N-Staaten¹⁶³ im Juli 1975 ein Kompromiss erzielt, der die Warschauer-Pakt-Staaten erstmals zu größerer militärischer Transparenz verpflichtete. Die Parameter (die Reichweite der Manöverankündigung bezog 250 Kilometer sowjetischen Territoriums mit ein, eine Truppengröße von 25.000 Mann und bedurfte einer Ankündigungsfrist von 21 Tagen) blieben jedoch hinter den Erwartungen der Bundesrepublik zurück.¹⁶⁴ Die Schlussakte verwies nicht explizit auf die MBFR, stellte jedoch den engen Zusammenhang zwischen politischen und militärischen Aspekten der Sicherheit heraus und betonte ihren „komplementären Charakter“ für gemeinsame Bemühungen zur Förderung von Entspannung und Abrüstung.¹⁶⁵

Im „Dritten Korb“ wurde ebenfalls unter Mediation der N+N-Staaten mit dem von ihnen ausgearbeiteten „Package Deal“ ein Kompromiss gefunden: Die UdSSR stimmte den Bestimmungen des „Dritten Korbes“ zu, im Gegenzug wurde in dessen Präambel lediglich allgemein auf die Prinzipienklärung verwiesen, nicht aber ausdrücklich auf die „Nichteinmischung“.¹⁶⁶ Am 21. Juli 1975 wurde die Kommissionsphase schließlich abgeschlossen, nachdem zwei Tage zuvor der Termin für die Gipfelkonferenz in Helsinki – 30. Juli bis 1. August 1975 – festgelegt worden war.¹⁶⁷

Während die Konferenz in Genf zu Ende ging, entbrannte in Bonn eine innenpolitische Auseinandersetzung um die Ergebnisse der KSZE. Von 11. Juni bis 24. Juli 1975 befasste sich der Auswärtige Ausschuss des Bundestages in vier Sitzungen intensiv mit der KSZE-Materie. Unter Anwesenheit von Außenminister Hans-Dietrich Genscher, des Genfer Delegationsleiters Klaus Blech¹⁶⁸ sowie

162 Ebd., S. 107.

163 Siehe dazu im Detail Fischer: *Neutral Power*, S. 303–305.

164 Peter: *Die Bundesrepublik im KSZE-Prozess*, S. 108.

165 Schlussakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, Helsinki, 1. August 1975, <https://www.osce.org/files/f/documents/6/e/39503.pdf>, S. 17 (Abruf: 24. Juni 2025).

166 Gilde: *Österreich im KSZE-Prozess*, S. 177–185.

167 FRUS, 1969–1976, Volume XXXIX, *European Security*, Document 318, Telegram From the Mission in Geneva to the Department of State, 21. Juli 1975, <https://history.state.gov/historicaldocuments/frus1969-76v39/d318> (Abruf: 25. Juni 2025).

168 Karl Blech wurde im November 1974 von Außenminister Hans-Dietrich Genscher zum neuen Leiter der deutschen Delegation bei der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) ernannt. Diese Personalentscheidung Genschers bedeutete eine Ablösung von Guido Brunner, der zuvor die Delegation in den Jahren 1973/74 geleitet hatte. Siehe Peter: *Die Bundesrepublik im KSZE-Prozess*, S. 103.

weiterer KSZE-Experten des Auswärtigen Amts wurde der Text der Schlussakte ausführlich diskutiert. Im Mittelpunkt stand die Frage, ob die Formulierungen der Schlussakte die deutsche Wiedervereinigungsoption offenhielten oder langfristig durch die „Kraft des Faktischen“ beeinträchtigen würden. Genscher betonte, dass die Sicherung der deutschen Rechtsvorbehalte eine Vorbedingung für den Abschluss der Konferenz sei, und verwies auf die deutschland- und berlinpolitischen Garantien der drei Westmächte in Helsinki. Vertreter der Opposition hingegen warnten vor einer Durchsetzung der sowjetischen Interpretation. Sie forderten Sicherheiten, die die Bundesregierung nicht geben konnte. Die Regierungsvertreter warnten wiederum vor einer einseitigen Fixierung auf die deutsche Frage, die den humanitären Teil in den Hintergrund drängen würde. Am 24. Juli empfahl der Ausschuss schließlich mit den Stimmen von SPD und FDP die Unterzeichnung der Schlussakte.¹⁶⁹

Am 25. Juli 1975 trat der Bundestag zu einer Sondersitzung zusammen.¹⁷⁰ Bundeskanzler Helmut Schmidt hatte im Vorfeld angeordnet, dass das Kabinett „möglichst vollzählig“ anwesend sein solle.¹⁷¹ In einer mehrstündigen Debatte wiederholten Redner von CDU und CSU ihre Kritik an der Schlussakte in „schärferer Tonart“ als zuvor im Ausschuss.¹⁷² Marx kritisierte in seiner Rede die Geheimdiplomatie Bahrs im Vorfeld des „Moskauer Vertrags“, denn die 1970 mit der Sowjetunion unterzeichnete Absichtserklärung, „alles von ihnen Abhängende für ihre [der KSZE] Vorbereitung und erfolgreiche Durchführung“ zu tun, habe „die Bundesregierung gebunden“ und sei „auslösender Faktor“ für viele Europäer und die Amerikaner gewesen, sich an der KSZE zu beteiligen.¹⁷³ Es komme, so Marx, bei den Texten der Schlussakte „auch auf die Absichten an, mit denen sie redigiert wurden; denn Vieldeutigkeit [...], Mehrdeutigkeit führt eben nicht zu Entspannung und Ausgleich, sondern sie ist die neue Quelle neuer Konflikte“.¹⁷⁴ Einmal mehr verwies mit Marx ein Vertreter der CDU auf die Rede Scheels in Helsinki und dessen Forderungen nach Klarheit, gleicher Sprache und übereinstimmenden Meinungen – Maßstäben, die die Bundesregierung nicht erfüllt habe, denn „die Texte haben in weiten Bereichen keinesfalls Klarheit geschaffen“.¹⁷⁵

169 Ebd., S. 114 f.

170 Deutscher Bundestag, 7. Wahlperiode, 183. Sitzung, 25. Juli 1975, <https://dserver.bundestag.de/btp/07/07183.pdf> (Abruf: 28. August 2025).

171 Peter: Die Bundesrepublik im KSZE-Prozess, S. 115.

172 Ebd.

173 Deutscher Bundestag, 7. Wahlperiode, 183. Sitzung, 25. Juli 1975, S. 12803 f. (Marx).

174 Ebd., S. 12804. (Marx).

175 Ebd.

Ein weiterer Kritikpunkt der Union betraf den fehlenden Zusammenhang zwischen KSZE und MBFR.¹⁷⁶ Gerhard Schröder nannte dies den „entscheidende[n] Fehler“ der Bundesregierung: Man hätte der MBFR „den Vorrang erkämpf[en]“ müssen. Ohne Fortschritte in Wien hätte man „auf das Projekt der KSZE verzichten“ müssen: „Das Ergebnis, das wir jetzt vor uns sehen, ist aber dies: Man gibt sich mit einem großen klingenden Spiel zufrieden, nachdem man eine in westlichen Augen vorrangige Sache [Fortschritte in der MBFR] nicht durchsetzen konnte.“¹⁷⁷ Carstens kritisierte, durch die Trennung der beiden Verhandlungskomplexe sei in Wirklichkeit „schon der Name [der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa] eine Täuschung“. Sicherheit bedeute nicht den Austausch von „ein paar unverbindliche[n] Vereinbarungen über Manöverbeobachtungen“. Die vertrauensbildenden Maßnahmen der KSZE vernachlässigten die „zentrale Frage der Sicherheit“, nämlich die Begrenzung des Rüstungspotentials des Warschauer Paktes.¹⁷⁸

Die Unionsfraktion befürchtete zudem, die Sowjetunion betrachte die Schlussakte als einen „Ersatzfriedensvertrag“, der die sowjetische Herrschaft über Ostmitteleuropa langfristig legitimieren und die deutsche Wiedervereinigung erschweren würde.¹⁷⁹ Moskau habe schon „die Ostverträge als eine endgültige Festschreibung der Teilung Deutschlands in Europa verstanden“.¹⁸⁰ Auch den Kompromiss zur „friedlichen Grenzänderung“ sah die Union nicht als „große[n] Triumph“ der Regierung. Zwar sei man „zufrieden, daß es eine Formel gibt“, doch wiederhole diese „lediglich Selbstverständlichkeiten“ und sei dennoch

176 „Sie [die Bundesregierung] hat den Zusammenhang zwischen der Sicherheitskonferenz und jener Konferenz, die man noch „Konferenz für gegenseitigen ausgewogenen Truppenabzug“ nennt, den Zusammenhang, der damals eine Voraussetzung für die Eröffnung der KSZE war, aufgegeben. Herr Bundesaußenminister, dies war ein folgenschwerer Fehler. Denn erst dort, wo es um harte Tatsachen, um militärische Rüstung, um Waffen, Gerät, Soldaten ging, wo man um Einklagbares, Meßbares, Fühlbares miteinander verhandelt, dort hätte sich die Bereitschaft zu faßbarer Sicherheit in Europa erweisen können. Ebd., S. 12805.

177 Ebd., S. 12856 f. (Dr. Schröder).

178 Carstens: „Am Anfang, als die Konferenz über KSZE in Genf begonnen wurde, war sich der Westen einig, daß zwischen dem Abschluß dieser Konferenz und dem Abschluß der Parallelkonferenz in Wien über Truppenreduzierungen ein Zusammenhang bestehen müsse, daß es zur Erhöhung der europäischen Sicherheit und, damit man überhaupt in Wahrheit von Sicherheit sprechen könne, notwendig sei, gleichzeitig mit dem Abschluß dieser Konferenz in Genf eine Begrenzung der Rüstungen in Ost und West, eine ausgewogene gegenseitige Reduzierung der Streitkräfte in Ost und West herbeizuführen. Davon, meine Damen und Herren, ist nichts übriggeblieben. Man hat den Zusammenhang zwischen den beiden Konferenzen gelöst.“ Ebd., S. 12833.

179 „Die Sowjetunion begreift die Unterschrift von 35 Staatsmännern unter dieses Bündel von Papieren als Besiegelung dessen, was sie als militärische Eroberung und ideologisch-politisch gewaltsame Umformung in Ost-Mitteleuropa erzwungen hat. Für sie ist – man lese in sowjetischen Zeitungen – diese Konferenz ein Ersatzfriedensvertrag, für uns natürlich nicht, weder für irgendeinen in der Opposition noch für die Regierung.“ Ebd., S. 12806 (Marx).

180 Ebd., S. 12806 f.

bis zuletzt hart umkämpft gewesen. Dass die friedliche Grenzänderung nicht an das Selbstbestimmungsrecht gebunden wurde, könne die Bundesregierung „kaum als [...] Erfolg verkaufen“.¹⁸¹ Die Sowjetunion wolle „jede Diskussion über die deutsche Wiedervereinigung ersticken und, falls sie doch geführt werden sollte, als Verletzung der Prinzipien der KSZE angreifen“.¹⁸²

Außenminister Genscher entgegnete, dass in Helsinki „keine deutschen Interessen preisgegeben“ würden und hob die erstmalige Anerkennung der Präsenz der USA und Kanadas in Europa durch den Osten sowie die Thematisierung der „menschlichen Erleichterungen“ hervor. Gleichzeitig dämpfte er überzogene Erwartungen und betonte, die KSZE sei lediglich eine „Möglichkeit“, die durch „bewusste und zielstrebige Gestaltung“ genutzt werden müsse. Nach intensiver Debatte wurde der von der Unionsfraktion eingebrachte Antrag, die Schlussakte nicht zu unterzeichnen, von SPD und FDP abgelehnt. Stattdessen wurde ein Gegenantrag verabschiedet, der die Billigung der Helsinki-Beschlüsse empfahl.¹⁸³

Nirgendwo gab es „eine mit der Bundesrepublik vergleichbare parlamentarische Debatte über die KSZE“.¹⁸⁴ Diese offenbarte nicht nur parteipolitische Differenzen, sondern auch Bruchlinien innerhalb der CDU/CSU-Fraktion.¹⁸⁵ So lobte etwa der Abgeordnete Alois Mertes die „vorzügliche Arbeit“ der KSZE-Delegation der Bundesrepublik, äußerte aber Bedenken, dass die unterschiedlichen Interpretationsmöglichkeiten der Texte eine Gefahr für die Einhaltung der Bestimmungen bereithalte.¹⁸⁶ Der außenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Walther Leisler Kiep, verließ die Debatte verfrüht, ohne seine Rede gehalten zu haben, die eine „grundsätzlich positive Würdigung der KSZE-Ergebnisse“ enthalten hätte.¹⁸⁷

Fazit

Im Jahr 1975 war die Haltung der CDU/CSU zur KSZE von einem grundsätzlichen Dilemma geprägt. Angesichts des breiten westlichen Konsenses zur Schlussakte hätte eine zu scharfe Kritik die Glaubwürdigkeit der von der Union stets betonten westpolitischen Orientierung gefährdet. In der Bundestagsdebatte vom 25. Juli 1975 machten, so Haftendorn, „sorgfältig abwägende Stellungnahmen [wie die von Alois Mertes] das grundsätzliche Dilemma deutlich, mit dem die Opposition in ihrer entspannungspolitischen Position konfron-

181 Ebd., S. 12807.

182 Ebd., S. 12807f.

183 Peter: Die Bundesrepublik im KSZE-Prozess, S. 115.

184 Ebd., S. 113–116 das Zitat 113.

185 Haftendorn: Sicherheit und Entspannung, S. 490 f.

186 Ebd., S. 490.

187 Ebd., insb. FN 164. Siehe auch Peter: Die Bundesrepublik im KSZE-Prozess, S. 115 f.

tiert war“.¹⁸⁸ Im weiteren Prozess habe aber gerade ihre skeptische Haltung der Unionsfraktion einen „taktischen Vorteil“ gebracht, weil sie die Umsetzung der Schlussakte kritisch überwachen konnte, während SPD und FDP am Erfolg der erhofften Folgewirkungen gemessen wurden.¹⁸⁹

Die skeptische Haltung der Union zeigte sich insbesondere in ihrer Bewertung der Schlussakte selbst. Matthias Peter argumentiert, dass der „verengte Blick“ auf die deutsche Frage dazu geführt habe, „die dynamischen Elemente der Schlussakte“ zu verkennen.¹⁹⁰ In der Furcht, die sowjetische Herrschaft über Ostmitteleuropa könne durch Helsinki legitimiert werden, hätten Unionspolitiker „sich unwillentlich die östliche Interpretation der Konferenzergebnisse zu eigen“ gemacht.¹⁹¹ Helmut Kohl bewertete diese Haltung später selbstkritisch als „außenpolitischen Fehler“.¹⁹²

Zugleich deutete sich innerhalb der Union ein Wandel an. Jüngere Abgeordnete wie Alois Mertes und Walther Leisler Kiep würdigten die Arbeit des Auswärtigen Amtes, warnten aber zugleich, das Risiko übersteige den möglichen Gewinn. Laut Peter zeigte sich in diesen Stimmen ein personeller und programmatischer Umbruch, der die KSZE paradoxerweise auch „zu einer Antriebskraft des beginnenden konservativen Aufbruchs“ in den 1970er Jahren werden ließ.¹⁹³ Auch die Parteiführung versuchte, aus Helsinki Handlungsspielräume zu gewinnen. Nach der Unterzeichnung forderte das CDU-Präsidium, die Vereinbarungen nicht nur hinzunehmen, sondern „die Absprachen von Helsinki offensiv in die Außenpolitik des Westens einzubringen“.¹⁹⁴

Nach der Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki bemühte sich die CDU/CSU, ihre Haltung zur Entspannungspolitik deutlicher zu konturieren. In einer Fraktionserklärung vom 22. Juni 1976 wies sie sowjetische Vorwürfe zurück, sie sabotiere die Ostpolitik, und bekräftigte ihr grundsätzliches Bekenntnis zu Entspannung und Sicherheit. Zugleich verband sie dieses Bekenntnis unmissverständlich mit der deutschen Frage: „Entspannung ist vollkommen unvereinbar mit der Aufrechterhaltung der deutschen Spaltung.“ Damit grenzte sie sich von einer Deutung ab, die die KSZE-Schlussakte als Anerkennung des Status quo verstand. Besondere Bedeutung maß die Fraktion dem „Dritten Korb“ bei: Die Bestimmungen zu humanitären Fragen, Kontakten und Reiseerleichterungen wurden ausdrücklich zum Prüfstein für die Glaubwürdigkeit der östlichen Vertragspartner erklärt. Denn „erst wenn [...] Freizügigkeit für Menschen, Ideen, Informationen und Meinungen in ganz Europa herrscht, [...]

188 Haftendorn: Sicherheit und Entspannung, S. 490 f.

189 Ebd., S. 491.

190 Peter: Die Bundesrepublik im KSZE-Prozess, S. 155 f.

191 Ebd.

192 Ebd., siehe auch Helmut Kohl: Erinnerungen 1930–1982. München 2004, S. 387.

193 Peter: Die Bundesrepublik im KSZE-Prozess, S. 155 f.

194 Kühlem: Von der Sicherheit zur Zusammenarbeit in Europa.

kann von wirklicher Entspannung gesprochen werden.¹⁹⁵ Die Erklärung machte deutlich, dass die Union die KSZE nicht ablehnte, sondern sie vor allem an der Einhaltung der eingegangenen Verpflichtungen und den tatsächlichen Entspannungsfortschritten maß.

Die weitere Entwicklung gab dieser Haltung teilweise Recht: In den Ostblockstaaten änderte sich unmittelbar wenig, doch entstanden auf Grundlage der Schlussakte sogenannte Helsinki-Gruppen, die sich auf Menschenrechtsbestimmungen beriefen und öffentlich auf Verletzungen der Bestimmungen des „Dritten Korbes“ aufmerksam machten.

Dass Helmut Kohl in seiner Regierungserklärung vom 13. Oktober 1982 erklärte, die Union werde den KSZE-Prozess fortsetzen, erscheint daher konsequent. Die KSZE sei „eine Chance, eine Charta für das Zusammenleben der Staaten in Europa“, und die Bundesregierung werde sich „[a]uf der Grundlage der geschlossenen Verträge und der Schlußakte von Helsinki [...] um echte Entspannung, um Dialog und Zusammenarbeit bemühen“. Ziel sei es, „die Teilung Deutschlands und Europas [...] für die Menschen erträglicher zu machen und gute Beziehungen zu unseren Nachbarn in Mittel- und Osteuropa zu unterhalten“.¹⁹⁶

Das wichtigste Anliegen der CDU/CSU, die deutsche Frage offen zu halten und nicht die Teilung Deutschlands zu zementieren, blieb mit der Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte gewährleistet. Die Bundesrepublik konnte sich nicht selbst des damals vielfach allerdings als illusorisch angesehenen Traums einer Wiedervereinigung berauben. Die Moskauer so wichtige Formulierung der „Unverletzlichkeit der Grenzen“ verbot zwar jegliche gewaltsame Änderung und untersagte territoriale Forderungen, ließ aber die Möglichkeit friedlicher Grenzänderungen durch Vereinbarung offen. Damit konnte die sowjetische Diplomatie leben, denn eine Wiedervereinigung auf friedlichem Wege galt 1975 als unvorstellbar. Im Einigungsprozess 1989/90 konnte Helmut Kohl darauf aufbauen.

Der KSZE-Prozess blieb trotz Rückschlägen wie der sowjetischen Invasion in Afghanistan 1979, die der Entspannungspolitik ein Ende setzte, als multilateraler Rahmen bestehen und führte zu Folgetreffen in Madrid und Wien. In der Folge wurde er institutionell verstetigt: 1990 verabschiedeten die Staats- und Regierungschefs die „Charta von Paris für ein neues Europa“, 1995 folgte die Umwandlung der KSZE in die OSZE.

195 CDU/CSU, 07. WP, Fraktionssitzung am 22.06.1976, bearb. v. Joachim Wintzer, in: Editionsprogramm „Fraktionen im Deutschen Bundestag 1949–2005“, online, http://fraktionsprotokolle.de/cdu-csu-07_1976-06-22-t1505_WZ.xml (Abruf: 26. Juni 2025).

196 Helmut Kohls Regierungserklärung: „Regierungserklärung des Bundeskanzlers vor dem Deutschen Bundestag, Koalition der Mitte: Für eine Politik der Erneuerung, 13. Oktober 1982“, in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bulletin Nr. 93, 14. Oktober 1982, S. 853–868; siehe auch Kühlem: Von der Sicherheit zur Zusammenarbeit in Europa.

Heute, fünfzig Jahre später, zeigt sich die historische Tragweite der KSZE-Schlussakte auch in ihrer Verletzung: Mit Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine hat Präsident Vladimir Putin die zentralen Prinzipien von Helsinki – Gewaltverbot, territoriale Integrität, Achtung der Menschenrechte – offen gebrochen. Damit ist die KSZE zugleich Erinnerung an die Bedeutung verlässlicher Normen und Mahnung, wie fragil die europäische Friedensordnung bleibt.

Repräsentative Demokratie oder Popularitätspopulismus. Wie der Laschet-Söder-Konflikt um die Kanzlerkandidatur 2021 zur Grundsatzfrage für die CDU wurde

Stephan Eisel

Bei der Bundestagswahl 2021 bewarb sich in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland erstmalig ein amtierender Bundeskanzler nicht um seine Wiederwahl. Schon am 29. Oktober 2018 hatte Bundeskanzlerin Angela Merkel dem CDU-Bundesvorstand und dann der Öffentlichkeit bekannt gegeben, darauf zu verzichten.

Von den bisher neun Kanzlerwechseln in der Geschichte der Bundesrepublik erfolgten vier während der Legislaturperiode: 1963 von Konrad Adenauer zu Ludwig Erhard, 1966 von Ludwig Erhard zu Kurt Georg-Kiesinger, 1974 von Willy Brandt zu Helmut Schmidt und 1982 von Helmut Schmidt zu Helmut Kohl. Ebenfalls in vier Fällen verloren die Amtsinhaber ihre Kanzlerschaft bei Bundestagswahlen: 1969 Kurt Georg Kiesinger gegen Willy Brandt, 1998 Helmut Kohl gegen Gerhard Schröder, 2005 Gerhard Schröder gegen Angela Merkel und 2025 Olaf Scholz gegen Friedrich Merz. Nur in einem Fall – nämlich 2021 – erfolgte der Wechsel im Kanzleramt weder während der Legislaturperiode noch durch eine Wahlniederlage.

Dabei kam es in der Geschichte der Unionsparteien im April 2021 zum ersten Mal zur direkten und offen ausgetragenen Konkurrenz zwischen den Parteivorsitzenden von CDU und CSU um die Kanzlerkandidatur. Der offene Konflikt zwischen Armin Laschet und Markus Söder dauerte zwar nur vom 11. bis zum 19. April, war aber weit mehr als der übliche Wettbewerb zwischen zwei Personen mit unterschiedlichem Profil. Im Mittelpunkt standen auch keine wesentlichen programmatischen Differenzen.

Im Kern ging es vielmehr um eine Grundsatzfrage, die Söder am 24. April 2021 in der *Süddeutschen Zeitung* selbst auf den Punkt brachte: Er und Laschet hätten „ein unterschiedliches Verständnis von Demokratie“. Dabei spielte eine wichtige Rolle, dass CDU und CSU nach 70 Jahren immer noch kein Verfahren für die Einigung der beiden selbstständigen Parteien über einen gemeinsamen Kanzlerkandidaten gefunden hatten. Die regelmäßigen Vorsätze, dieses grundlegende Defizit zu beheben, waren immer wieder ins Leere gelaufen.

I. Zur Geschichte der Kanzlerkandidaturen in der Union

Für Union und die SPD verlief die Nominierung eines Kanzlerkandidaten immer dann relativ unproblematisch, wenn sich amtierende Kanzler der Wiederwahl stellten. Das schloss nicht aus, dass es in den Parteien politische Diskussionen darüber gab, ob eine erneute Kandidatur sinnvoll sei. Diese Erfahrung mach-

ten Konrad Adenauer vor der Bundestagswahl 1961, Helmut Kohl 1997/1998 und Olaf Scholz 2024/2025. Aber es kam jeweils nicht zu kontroversen Abstimmungen.

Für die SPD war als nach 1945 zunächst größte Oppositionspartei ihr Fraktionsvorsitzender im Bundestag als Oppositionsführer gleichsam der geborene Kanzlerkandidat. Erst als sich Erich Ollenhauer – seit 1952 Partei- und Fraktionschef der SPD – nach seinen beiden Niederlagen gegen Adenauer 1953 und 1957 entschloss, 1961 nicht erneut anzutreten, wurde diese ungeschriebene Regel durchbrochen. Der damalige Regierende Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, wurde am 11. Juli 1960 vom SPD-Präsidium ausdrücklich als „Kanzlerkandidat“ vorgeschlagen und dann als solcher vom SPD-Parteitag in Hannover am 22. November 1960 gewählt.¹ Damit war der Begriff „Kanzlerkandidat“ sozusagen offiziell eingeführt. Vorsitzender der SPD wurde Brandt erst 1964. Als Kanzlerkandidat trat er aus dieser Funktion unangefochten² noch einmal 1965 und 1969 an.

Wie Konrad Adenauer und Ludwig Erhard Kanzler wurden

In den Unionsparteien war die Entscheidung darüber, wer der gemeinsame Kanzlerkandidat für die jeweils nächste Bundestagswahl sein solle, von Anfang an ein oft auch kontroverses Thema zwischen den beiden Schwesterparteien CDU und CSU. Es handelt sich eben um zwei selbstständige Parteien. Dabei musste einerseits die deutlich größere CDU auf die Befindlichkeit der kleineren CSU Rücksicht nehmen. Andererseits musste diese den prinzipiellen Führungsanspruch der größeren CDU akzeptieren. Die Entscheidung über den Kanzlerkandidaten der Union war deshalb meist ein Balanceakt.

Schon am 6. Januar 1949 wies Konrad Adenauer in einer Sitzung der CDU/CSU-Fraktion im Parlamentarischen Rat darauf hin, dass der Wahlkampf für die erste Bundestagswahl „eine einheitliche Steuerung“ verlange und dafür ein gemeinsamer Wahlausschuss der Landesverbände von CDU und CSU gegründet werden solle. Dabei müsse man beachten, dass der Vorsitzende der CSU, Josef Müller, ausdrücklich auf der Eigenständigkeit der CSU bestehe. In der anschließenden Aussprache wurde vorgeschlagen, dass Adenauer den Vorsitz des Ausschusses übernehmen solle.³

Kurz darauf trafen sich in Königswinter die Führungskräfte von CDU und CSU und setzten den Vorschlag um. Bereits am 14. Februar 1949 fand die erste

1 Vgl. Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung, Willy-Brandt – online Biografie (<https://www.willy-brandt-biografie.de/regierender-buergermeister-und-kanzlerkandidat-1957-1966/>) (Abruf: 25. Juli 2025).

2 SPD-Fraktionsvorsitzende waren damals Fritz Erler (1964–1967) und Helmut Schmidt (1967–1969). Sie hatten keine eigenen Ambitionen auf eine Kanzlerkandidatur.

3 Zit. nach: Die CDU/CSU im Parlamentarischen Rat – Sitzungsprotokolle der Unionsfraktion. Bearb. von Rainer Salzmann (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 2). Stuttgart 1981, S. 329 ff.

Sitzung dieses Wahlausschusses unter Adenauers Vorsitz statt.⁴ Damit hatte dieser nach der Wahl zum Präsidenten des Parlamentarischen Rates am 1. September 1948 seinen Führungsanspruch weiter untermauert. Es ist überliefert, dass er im Frühjahr 1949 erstmals klar die Absicht äußerte, Bundeskanzler werden zu wollen.⁵ Einen offiziellen Spitzenkandidaten der Union für die Bundestagswahl 1949 gab es aber nicht.

Nachdem die Union die erste Bundestagswahl am 14. August 1949 knapp vor der SPD gewonnen hatte, sicherte sich Adenauer dann am 20. August für eine Kandidatur als Bundeskanzler zunächst die Unterstützung des bayerischen Ministerpräsidenten Hans Ehard. Dieser war im Mai auch mit Adenauers Unterstützung nach einem internen Machtkampf CSU-Vorsitzender geworden. Adenauer soll ihm zunächst versichert haben, dass er als Kanzler zwar geeignet sei, aber seine Kandidatur nicht in Frage komme, da die CSU wenige Monate zuvor gegen das Grundgesetz gestimmt habe.⁶

Am Tag nach diesem Gespräch meldete Adenauer dann bei der von ihm initiierten informellen „Rhöndorfer Konferenz“ führender Unionspolitiker offen seinen Anspruch auf die Kanzlerschaft an. In der konstituierenden Sitzung der erstmalig zusammentretenden CDU/CSU-Bundestagsfraktion wurde er am 1. September zum Vorsitzenden und auf Vorschlag von Jakob Kaiser offiziell zum Kandidaten für die Kanzlerschaft bestimmt.⁷ Am 15. September wurde Adenauer schließlich mit der knappst möglichen Mehrheit von einer Stimme im Deutschen Bundestag zum ersten Bundeskanzler gewählt.

Zu den Kanzlerkandidaturen bei den folgenden Bundestagswahlen 1953, 1957 und 1961 sagte Konrad Adenauer in der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes am 14. März 1963 – als es um seine eigene Nachfolge ging – lapidar: „Bei der späteren Wahl des Bundeskanzlers ergab sich etwas automatisch, daß man den früheren nahm. Man ersparte sich manchen Ärger, und die Sache ging weiter. Aber das nimmt nun einmal ein Ende.“⁸

In der Tat kam es bei der Entscheidung über Adenauers Nachfolge zu einer ernsthaften Kontroverse um die Kanzlerschaft, insbesondere weil Adenauer mit aller Macht verhindern wollte, dass Ludwig Ehrhard sein Nachfolger wurde.

4 Vgl. Kathrin Zehender: Erste Bundestagswahl, in: Geschichte der CDU, <https://www.kas.de/de/web/guest/geschichte-der-cdu/kalender/kalender-detail/-/content/erste-bundestagswahl-cdu-und-csu-gewinnen-mit-31-knapp-vor-der-spd> (Abruf: 18. August 2025).

5 Vgl. Hans-Peter Schwarz: Adenauer. Der Aufstieg 1876–1952. Stuttgart 1986, S. 619.

6 Vgl. ebd., S. 610 ff., 622.

7 CDU/CSU, 1. WP, Fraktionssitzung am 1. September 1949, bearb. v. Helge Heidemeyer, Udo Wengst, in: Editionsprogramm „Fraktionen im Deutschen Bundestag 1949–2005“, http://fraktionsprotokolle.de/cdu-csu-01_1949-09-01-t1000_WZ.xml (Abruf: 12. August 2025).

8 Zit. nach: Adenauer: „Stetigkeit in der Politik“. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1961–1965. Bearb. von Günter Buchstab (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 32). Düsseldorf 1998, S. 413.

Bei der Bundestagswahl 1961 hatte die Union ihre vier Jahre zuvor erreichte absolute Mehrheit verloren. Die FDP hatte einen Rücktritt Adenauers während der Legislaturperiode zur Bedingung für eine Koalition gemacht.

Um den Konflikt zwischen Adenauer und Erhard zu entschärfen, wurden der Fraktionsvorsitzende Heinrich von Brentano von der Fraktion und der geschäftsführende CDU-Vorsitzende Hermann-Josef Dufhues vom CDU-Vorstand beauftragt, einen möglichst breit getragenen Vorschlag zu unterbreiten. Am 23. April 1963 schlugen beide der Bundestagsfraktion Ludwig Erhard als Adenauer-Nachfolger vor. Der Noch-Bundeskanzler widersprach diesem Vorschlag in derselben Sitzung ausdrücklich: „Ich spreche nicht gern aus, daß ich einen Mann, mit dem ich selbst seit 14 Jahren zusammengearbeitet habe und der Hervorragendes geleistet hat, nun für einen anderen Posten, den er haben möchte, nicht für geeignet halte.“⁹ Bei der folgenden Abstimmung votierten von den 225 anwesenden Abgeordneten 159 für Erhard, 47 stimmten gegen ihn und 19 enthielten sich.

Mit ausschlaggebend für die Entscheidung waren die 50 CSU-Abgeordneten, für die Franz-Josef Strauß – seit 1961 Vorsitzender der CSU – die Unterstützung für Erhard allerdings mit einem vergifteten Hinweis verband. Nicht immer habe Erhard „den Zugang zu den arcana imperii¹⁰ gefunden oder gesucht. [...] Aber es bestehe die Hoffnung, daß ein Mann wie Erhard mit seinen 67 Jahren noch durchaus entwicklungsfähig ist.“ Nach dem Rücktritt Adenauers wurde Ludwig Erhard dann am 16. Oktober 1963 mit 279 der 308 möglichen Stimmen aus der eigenen Koalition zum Bundeskanzler gewählt.¹¹

Von Kurt-Georg Kiesinger zu Rainer Barzel

Auch bei der Entscheidung über die Nachfolge von Ludwig Erhard spielte die CSU eine wichtige Rolle. Schon ein Jahr nach der erfolgreichen Bundestagswahl 1965 zerbrach am 27. Oktober 1966 im Streit um den Bundeshaushalt die von ihm geführte christlich-liberale Koalition.

Fraktionschef Rainer Barzel erklärte in der Sitzung der CDU/CSU-Fraktion am 2. November 1966, dass Ludwig Erhard dem Fraktionsvorstand seine Bereitschaft zum Rücktritt mitgeteilt habe. Erhard bestätigte dies. Die Fraktion traf aber dann zunächst keine Entscheidung über die Nachfolge, weil die Parteigremien ihre Zuständigkeit geltend machten. In der Fraktionssitzung am 10. November informierte dann Franz-Josef Strauß, der als stellvertretender Fraktionsvorsitzender leitete, weil Barzel selbst einer der Kandidaten war, „daß

9 Zit. nach: CDU/CSU, 4. WP, Fraktionssitzung am 23. April 1963, bearb. v. Corinna Franz, in: Editionsprogramm „Fraktionen im Deutschen Bundestag 1949–2005“, online. http://fraktionsprotokolle.de/cdu-csu-04_1963-04-23-t1510_EP.xml (Abruf: 24. Juli 2025).

10 „Geheimnisse des Regierens“ (Übersetzung durch den Verfasser).

11 Vgl. Stephan Eisel, Die Kanzlerwahlen seit 1949, <https://www.stephaneisel.de/clubs/eisel/artic/Kanzlerwahlen-bis%202025.pdf> (Abruf: 8. August 2025).

von den vier Vorschlägen des Bundesparteivorstandes nach der Erklärung des Bundestagspräsidenten Gerstenmaier also einer zu streichen sei. Übrig blieben: Barzel, Kiesinger und Schröder.¹² Aus der Fraktion wurde noch EWG-Kommissionpräsident Walter Hallstein vorgeschlagen, der aber im zweiten Wahlgang mit nur drei Stimmen ausschied.

Kurt Georg Kiesinger wurde im 3. Wahlgang mit 137 Stimmen von den anwesenden 244 Fraktionsmitgliedern – davon 49 der CSU – als Kandidat für die Kanzlerschaft nominiert. Auf Gerhard Schröder waren im 3. Wahlgang 81 und auf Rainer Barzel 26 Stimmen entfallen. Am 1. Dezember 1966 wurde Kiesinger mit 340 Stimmen gegen 109 Stimmen bei 23 Enthaltungen zum dritten Bundeskanzler in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland gewählt. Auch bei diesem zweiten Kanzlerwechsel während der laufenden Legislaturperiode war die also die gemeinsame CDU/CSU-Bundestagsfraktion das Entscheidungszentrum.

Nach seiner Wahlniederlage 1969 trat Kurt Georg Kiesinger 1971 nicht wieder für das Amt des CDU-Vorsitzenden an. Erstmals musste die Union aus der Opposition heraus einen Kanzlerkandidaten nominieren. Eine Vorentscheidung darüber fiel mit der Wahl von Rainer Barzel, der bereits Chef der CDU/CSU-Bundestagsfraktion war, zum CDU-Vorsitzenden. Er setzte sich am 4. Oktober 1971 beim CDU-Bundesparteitag in Saarbrücken nach langer und lebhafter Debatte mit 344:174 Stimmen gegen Helmut Kohl durch.¹³ Zum ersten Mal in der Geschichte der CDU hatte es um den Vorsitz eine Kampfkandidatur gegeben.

Die CSU akzeptierte, dass der Vorsitzende der gemeinsamen Bundestagsfraktion und CDU-Parteichef der geborene Kanzlerkandidat war. Nur zwei Stimmen fehlten Barzel dann am 27. April 1972, um Willy Brandt in einem konstruktiven Misstrauensvotum als Bundeskanzler abzulösen. Inzwischen weiß man, dass dabei die Stasi ihre Finger im Spiel hatte.¹⁴

Bis zum gescheiterten Misstrauensvotum hatte Franz-Josef Strauß noch stillgehalten, aber dann nahm er Barzels Meinungswechsel vom „Nein“ zu den von Willy Brandt ausgehandelten Ostverträgen zum „Jein“, also der Enthaltung bei den Abstimmungen zur Ratifizierung im Mai 1972 zum Anlass, etwas vom gemeinsamen Kanzlerkandidaten abzurücken. In einem Interview mit der *Welt am Sonntag* vom 28. Mai 1972 erklärte Strauß, „noch“ gelte der Beschluss, Barzel als Kanzlerkandidaten aufzustellen: „Aber es wäre falsch, die Augen davor

12 Zit. nach: CDU/CSU, 5. WP, Fraktionssitzung am 10. November 1966, bearb. v. Corinna Franz, in: Editionsprogramm »Fraktionen im Deutschen Bundestag 1949–2005«, http://fraktionsprotokolle.de/cdu-csu-05_1966-11-10-t1307_EP.xml (Abruf: 13. Juli 2025).

13 Vgl. Stephan Eisel: Wahlergebnisse der CDU-Bundesvorsitzenden, <https://www.stephan-eisel.de/clubs/eisel/artic/Wahlen-CDU-Bundesvorsitzende.pdf> (Abruf: 8. August 2025).

14 Vgl. Andreas Grau: Auf der Suche nach den fehlenden Stimmen 1972. Zu den Nachwirkungen des gescheiterten Misstrauensvotums Barzel/Brandt, in: Historisch-Politische Mitteilungen (HPM) 16 (2009), S. 1–17.

zu verschließen, dass in der Öffentlichkeit die Hintergründe und Zusammenhänge nicht verstanden worden sind, die Herrn Barzel veranlasst haben, von seinem immer betonten Nein zu den Ostverträgen zu einem bedingten Ja überzugehen. Solche Entscheidungen bleiben aber auch manchmal einem Politiker nicht erspart, aber auch nicht Rückwirkungen, die man nicht von heute auf morgen aus der Welt schaffen kann.“ Die SPD attackierte im folgenden Wahlkampf für die vorgezogene Bundestagswahl Barzel dann gerne als „von Franz Josef Strauß genehmigter Kanzlerkandidat“.¹⁵

Nach der klaren Niederlage bei der Bundestagswahl 1972 – die Union wurde erstmals nur zweitstärkste Fraktion – stellte sich für CDU und CSU die Frage nach der Kanzlerkandidatur für die Bundestagswahl 1976 neu. Zunächst blieb Rainer Barzel zwar Fraktionsvorsitzender. Er trat aber am 9. Mai 1973 zurück, weil sich die Fraktion am Tag zuvor mit 101 Nein-Stimmen bei 93 Ja-Stimmen seinem Vorschlag nicht anschloss, dem Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zu den Vereinten Nationen zuzustimmen.¹⁶ Fraktionsvorsitzender wurde nunmehr am 17. Mai 1973 Karl Carstens, der sich klar gegen Richard von Weizsäcker und Gerhard Schröder durchsetzte.¹⁷ Die CSU hätte ihn auch gerne als Kanzlerkandidaten gesehen – nicht zuletzt, weil Strauß den aufstrebenden Helmut Kohl verhindern wollte.

Helmut Kohl und Franz Josef Strauß im Dauerkonflikt

Kohl wurde nach dem Rücktritt Barzels bei einem vorgezogenen Parteitag am 12. Juni 1973 mit 86,5 Prozent der Delegiertenstimmen zum CDU-Vorsitzenden gewählt.¹⁸ Es war klar, dass damit der Anspruch auf die Kanzlerkandidatur verbunden war. Ein fulminanter Erfolg mit absoluter Mehrheit für die CDU (53,9 Prozent) bei den rheinland-pfälzischen Landtagswahlen am 9. März 1975 stärkte seine Position weiter.

Am gleichen Tag veröffentlichte das Magazin *Der Spiegel* aber eine interne Rede, die Franz-Josef Strauß am 18. November 1974 bei einer Tagung der CSU-Landesgruppe gehalten hatte. Darin erteilte der CSU-Chef allen Koalitionsüberlegungen in der CDU eine klare Absage und forderte einen kompromisslosen

15 Zit. nach: Sozialdemokratischer Pressedienst vom 24. Januar 1972. Vgl. ausführlicher Carsten Penzlin: Rainer Barzel als Kanzlerkandidat im Bundestagswahlkampf 1972, in: HPM 14 (2007), S. 121–136

16 Vgl. CDU/CSU, 7. WP, Fraktionssitzung am 8. Mai 1973, bearb. v. Joachim Wintzer, in: Editionsprogramm „Fraktionen im Deutschen Bundestag 1949–2005“, http://fraktionsprotokolle.de/cdu-csu-07_1973-05-08-t1100_WZ.xml (Abruf: 25. Juli 2025) und CDU/CSU, 7. WP, Fraktionssitzung am 9. Mai 1973, ebd., http://fraktionsprotokolle.de/cdu-csu-07_1973-05-09-t0900_WZ.xml (Abruf: 25. Juli 2025).

17 Vgl. CDU/CSU, 7. WP, Fraktionssitzung am 17. Mai 1973, ebd., http://fraktionsprotokolle.de/cdu-csu-07_1973-05-17-t1407_WZ.xml (Abruf: 15. August 2025).

18 Vgl. Wahlergebnisse der CDU-Bundesvorsitzenden, in: Stephan Eisel: Helmut Kohl – Nahaufnahmen. 3. Aufl. Bonn 2023, S. 194 f.

Oppositionskurs, auch unter Inkaufnahme eines „Staatsbankrotts“. So werde der Union bei der Wahl 1976 die alleinige Regierungsverantwortung quasi in die Hände fallen. Diese Rede, die auch mit Angriffen gegen Helmut Kohl garniert war, verschärfte den Druck zur Klärung der Kanzlerkandidatur.

Am 12. Mai 1975 fasste der CDU-Bundesvorstand dann in geheimer Abstimmung den einstimmigen Beschluss: „Der Bundesvorstand beauftragt das Präsidium der CDU, der gemeinsamen Sitzung der Präsidien von CDU und CSU den Parteivorsitzenden der CDU, Dr. Helmut Kohl, als Kandidaten der Union für das Amt des Bundeskanzlers vorzuschlagen.“¹⁹

Am 7. Juni tagte der CSU-Parteiausschuss. Franz Josef Strauß wies in dieser Sitzung nachdrücklich darauf hin, dass die Verhandlungsposition der CSU gegenüber der CDU in strategischen und inhaltlichen Fragen „hoffnungslos“ sei, wenn im Blick auf die Kanzlerkandidatur „das Rennen aus Gründen der Geschlossenheit, der Gemeinschaftlichkeit, der Einheitlichkeit, der überzeugenden Wirkung nach draußen schon von uns aufgegeben ist.“ Es gehe nicht um eine persönliche Konkurrenz, sondern einen Beschluss, der sein Gewicht für Verhandlungen mit der CDU stärke.

Weil dann über ihn diskutiert wurde, verließ Strauß dann die Sitzung. Nach einer etwas ungeordneten Diskussion um eine Formulierung, die den offenen Konflikt mit der CDU vermeiden und zugleich die CSU-Verhandlungsposition zu Wahlprogramm und -strategie stärkte sollte, wurde bei vier Gegenstimmen und vier Enthaltungen schließlich beschlossen: „Der Parteiausschuß der CSU hat heute wesentliche Punkte für die deutsche Politik nach innen und außen im Rahmen eines Sachprogramms zur Verhandlung mit der CDU festgelegt. Der Parteiausschuß der CSU stellt fest, dass Franz Josef Strauß die am besten geeignete Persönlichkeit zur Durchsetzung dieser Grundsätze und zur Bestimmung und Gestaltung der Bundespolitik ist.“²⁰

Obwohl Strauß in seinen Ausführungen mehrfach seine persönliche Freundschaft zu Helmut Kohl betont und darum gebeten hatte, den Begriff „Kanzlerkandidatur“ zu vermeiden, trat für die Öffentlichkeit ein Konflikt zwischen den Schwesterparteien über die Kanzlerkandidaten-Frage erstmals ganz offen zu Tage. Aber es kam noch nicht zu einer Kampfabstimmung. Nach schwierigen Verhandlungen einigten sich die Präsidien von CDU und CSU am 19. Juni 1975 auf einen gemeinsamen Beschluss: „Die CDU hat Helmut Kohl als Kandidat für das Amt des Bundeskanzlers vorgeschlagen. Die CSU hat davon Kenntnis genommen, daß die CDU als größere Partei den Anspruch erhebt, den Kanzlerkandidat zu stellen. Die CSU hält an ihrer Bewertung fest, daß ihr Vorsitzender

19 Zit. nach Kohl: „Wir haben alle Chancen“. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1973–1976. Bearb. von Günter Buchstab mit Denise Lindsay (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 70). Düsseldorf 2015, S. 1251, 1253.

20 CSU-Parteiausschuss, Protokoll vom 7. Juni 1975, in: Archiv für Christlich Soziale Politik (ACSP) PA 19750607:3.

der geeignete Kandidat ist. Die CSU wird im Interesse der gemeinsamen Sache ebenso wie die CDU Helmut Kohl als Kanzlerkandidaten unterstützen.“²¹

Beim direkt anschließenden CDU-Parteitag wurde Kohl mit 98,4 Prozent der Delegiertenstimmen als CDU-Bundesvorsitzender bestätigt. Aber Strauß ließ immer wieder Zweifel an Kohl durchblicken, und schon seit 1972 machten ständig Gerüchte von der Gründung einer vierten Partei beziehungsweise der bundesweiten Ausdehnung der CSU („Getrennt marschieren, vereint schlagen“) die Runde.

Bei einer hohen Wahlbeteiligung von 90,7 Prozent erreichten die Unionsparteien mit ihrem Kanzlerkandidaten Helmut Kohl dann am 3. Oktober 1976 mit 48,6 Prozent einen grandiosen Wahlerfolg und verpassten die absolute Mehrheit im Bundestag nur um sechs Mandate. Franz Josef Strauß sah in dem Ergebnis dennoch die zweite Niederlage nach 1972 und führte bei einer Tagung der CSU-Landesgruppe in Wildbad Kreuth am 19. November 1976 mit 30 Ja-Stimmen gegen 18 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung und einer ungültigen Stimme einen Beschluss zur Aufkündigung der Fraktionsgemeinschaft mit der CDU im Bundestag herbei, um so die bundesweite Ausdehnung der CSU einzuleiten. Nur so könne man die absolute Mehrheit erreichen.²²

Nach heftigen Auseinandersetzungen und der Drohung von Helmut Kohl, mit der CDU auch in Bayern anzutreten, rückte die CSU in einer gemeinsamen Sitzung der CSU-Bundestagsabgeordneten mit dem CSU-Landesvorstand am 9. Dezember 1976 mit 39 Ja-Stimmen bei sieben Nein-Stimmen und drei Enthaltungen vom Kreuther Trennungsbeschluss wieder ab.²³

Am 13. Dezember wurde Helmut Kohl in geheimer Wahl von 230 Abgeordneten bei nur acht Nein-Stimmen, drei Enthaltungen und zwei ungültigen Stimmen zum Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gewählt.²⁴

Der „Geist von Kreuth“ belastete das Verhältnis der Schwesterparteien allerdings weiter, zumal Strauß in einer internen, aber dann als Mitschnitt im Magazin *Der Spiegel* am 28. November 1976 veröffentlichten Rede vor Mitgliedern der bayerischen Jungen Union vier Tage zuvor gesagt hatte: „Helmut Kohl wird nie Kanzler werden. Er ist total unfähig, ihm fehlen die charakterlichen, die geistigen und die politischen Voraussetzungen. Ihm fehlt alles dafür.“

21 Zit. nach Konrad-Adenauer-Stiftung, Pressearchiv.

22 Vgl. Die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1972–1983. Bearb. von Volker Stalman (Bearb.) (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien IV – Deutschland seit 1945 15/II). Düsseldorf 2019, S. 251 (nach Aufzeichnungen von Theo Waigel) und S. 257 (nach Aufzeichnungen von Wighard Härtl).

23 Vgl. CSU-Landesgruppe, 8. WP, Gemeinsame Sitzung der CSU-Fraktion mit dem Landesvorstand am 9.12.1976, bearb. v. Volker Stalman, in: Editionsprogramm „Fraktionen im Deutschen Bundestag 1949–2005“, http://fraktionsprotokolle.de/csu-1g-08_1976-12-09-t1430_EP.xml (Abruf: 2. August 2025).

24 Vgl. Helmut Kohl: Erinnerungen 1930–1982. München 2004, S. 437.

Immer wieder stellte Strauß in der Folge Kohls Führungsanspruch in Frage und erzielte dabei auch Wirkungen in der CDU. Im Dezember 1978 forderte der frühere CDU-Generalsekretär und damals stellvertretende CDU-Bundesvorsitzende Kurt Biedenkopf von Helmut Kohl zu dessen völliger Überraschung den Rückzug als CDU/CSU-Fraktionsvorsitzender und damit de facto den Verzicht auf eine neue Kanzlerkandidatur.²⁵

Von Strauß zu Kohl

Am 6. November 1978 wurde Franz Josef Strauß zum bayerischen Ministerpräsidenten gewählt und schied nach 29 Jahren aus dem Bundestag aus. Von seinen Ambitionen für eine Kanzlerkandidatur ließ er nicht ab. Nach vielen Spekulationen teilte die CSU-Spitze am 24. Mai 1979 der Öffentlichkeit mit, dass Strauß als Kanzlerkandidat zur Verfügung stehe.²⁶ Eine Reihe wichtiger CDU-Landesvorsitzender – darunter Heinrich Köppler im Rheinland, Kurt Biedenkopf in Westfalen, Alfred Dregger in Hessen und Lothar Späth in Baden-Württemberg²⁷ – unterstützten die Ambitionen von Strauß schon aus Sorge um die Einheit der Union und mit Blick auf eigene Landtagswahlen.

Kohl hatte nach eigenem Bekunden schon früh erkannt, dass es angesichts des Drängens von Strauß „für eine erneute Kanzlerkandidatur von mir weder in den CDU-Gremien noch in der gemeinsamen Bundestagsfraktion eine Mehrheit gab“.²⁸ Da er befürchtete, Strauß sei für Wechselwähler und als Koalitionspartner der FDP schwer vermittelbar, schlug Kohl den niedersächsischen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht als Kanzlerkandidat vor. Der CDU-Bundesvorstand folgte ihm hierin am 28. Mai 1979 bei zwei Enthaltungen.²⁹

Da Strauß an seiner Kandidatur festhielt, einigte man sich darauf, dass die Entscheidung in der Bundestagsfraktion fallen sollte. Die Personaldebatte war dabei erneut von Gedankenspielen und Drohungen überschattet, die CSU über Bayern hinaus auszudehnen. Dies abzuwenden war sicherlich ein Motiv im Abstimmungsverhalten vieler Mitglieder der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 2. Juli 1979, in der sich Franz Josef Strauß mit 237:102 Stimmen klar gegen Ernst Albrecht durchsetzte.³⁰ Die Bundestagswahl am 5. Oktober 1980 verlor die Union mit dem Kanzlerkandidaten Strauß dann allerdings deutlich und erzielte mit 44,5 % das schwächste Ergebnis seit 1949.

25 Ebd., S. 503.

26 Vgl. Münchner Merkur vom 26. Mai 1979.

27 Vgl. Der Spiegel vom 1. Juli 1979.

28 Kohl: Erinnerungen 1930–1982, S. 524.

29 Kohl: „Stetigkeit, Klugheit, Geduld und Zähigkeit“. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1976–1980. Bearb. von Günter Buchstab (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 68/1). Düsseldorf 2018, S. 1722.

30 Ebd., S. 933.

Mit Strauß hatte Kohl abgesprochen, im Falle eines Wahlsieges kein Ministeramt zu übernehmen, sondern Fraktionsvorsitzender zu bleiben. Nach seiner Wahlniederlage schlug Strauß Kohl in der ersten Sitzung der neuen Bundestagsfraktion am 7. Oktober 1980 als deren Vorsitzenden vor. Helmut Kohl erhielt 210 Stimmen bei zwei Nein-Stimmen und zwei Enthaltungen. Es gab keine Versuche, die Entscheidung von Wildbad Kreuth neu zu beleben. Die Einheit der Union war gewahrt.³¹ CDU und CSU waren sich auch einig, dass über die Kanzlerkandidatur zur nächsten Bundestagswahl erst 1983 entschieden werden solle. Falls ein Regierungswechsel während der Legislaturperiode möglich sei, solle diese Entscheidung in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion getroffen werden.³²

Als am 17. September 1982 die sozialliberale Koalition nach längeren Querelen zerbrach, wurde Helmut Kohl bereits am 20. September von den Führungsgremien der CDU als Kanzlerkandidat nominiert. Die CSU schloss sich an und in Anwesenheit von Franz Josef Strauß wurde Kohl in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit 228 Stimmen bei einer Nein-Stimme und einer Enthaltung am 21. September offizieller Kandidat der Union für das anstehende konstruktive Misstrauensvotum.³³ Dieses Misstrauensvotum gegen Helmut Schmidt gewann Helmut Kohl am 1. Oktober 1982 mit 256 der 497 abgegebenen Stimmen und wurde Bundeskanzler. Die vorgezogene Bundestagswahl am 6. März 1983 gewannen die Unionsparteien dann mit 48,8 Prozent der Stimmen, ihrem besten Ergebnis seit 1957 (damals 50,2 Prozent).

Die Kanzlerkandidaturen bei den folgenden Wahlen 1987, 1990 und 1994 waren für Helmut Kohl nicht mehr strittig, zumal nach dem Tod von Franz Josef Strauß 1988 Theo Waigel den CSU-Vorsitz übernommen hatte. Ihn und Kohl verband ein enges Vertrauensverhältnis. Lediglich aus der CDU selbst wurde Kohls Führungsanspruch in Frage gestellt. 1989 gab es, angeführt von Heiner Geißler, Versuche, ihn als Parteivorsitzenden durch den baden-württembergischen Ministerpräsidenten Lothar Späth abzulösen. Beim Bremer Parteitag im September trat dann aber doch niemand gegen Kohl an, der mit 77,3 Prozent der Delegiertenstimmen als Parteivorsitzender bestätigt wurde.³⁴

1994 ließ Helmut Kohl zum Entsetzen aller Wahlkämpfer kurz vor der Bundestagswahl in einem *SATI*-Interview die Bemerkung fallen, dies sei sein letzter Bundestagswahlkampf.³⁵ In seinen Erinnerungen schrieb er rückblickend: „Der Last und der Pflicht, die ich mit dieser fünften Wahl zum Bundeskanzler übernahm, war ich mir sehr bewusst. Längst hatte ich für mich beschlossen, in

31 Vgl. Kohl: Erinnerungen 1930–1982, S. 565, 573 ff.

32 Ebd., S 585, 618.

33 Ebd., S 630, 633.

34 Vgl. Stephan Eisel: Wahlergebnisse der CDU-Bundesvorsitzenden, <https://www.stephaneisel.de/clubs/eisel/artic/Wahlen-CDU-Bundesvorsitzende.pdf> (Abruf: 8. August 2025).

35 Vgl. Stephan Eisel: Helmut Kohl, S. 220.

der Mitte der Legislaturperiode einen Stabwechsel im Bundeskanzleramt vorzunehmen. Nur ein einziger Kandidat stand für mich zur Diskussion: Wolfgang Schäuble.³⁶

Dass es dann zum Kanzlerwechsel vor 1998 nicht kam, hatte mit dem äußerst knappen Ausgang der Bundestagswahl 1994 zu tun. Die Koalition aus CDU, CSU und FDP verfügte im Bundestag über eine Mehrheit von nur fünf Mandaten gegenüber SPD, Grünen und PDS. Darunter waren auch FDP-Abgeordnete, die offen Sympathien für eine sozialliberale Mehrheit erkennen ließen. Außerdem gab es innerhalb der CDU/CSU Bundestagsfraktion eine Gruppe von Abgeordneten mit erheblichen persönlichen Vorbehalten gegen Wolfgang Schäuble. Es verwundert also nicht, dass Kohl einen Kanzlerwechsel, der mit einer geheimen Wahl im Deutschen Bundestag verbunden gewesen wäre, für zu risikoreich hielt.³⁷ Noch nie hatte nämlich ein Kandidat bei dieser geheimen Kanzlerwahl alle Stimmen der ihn unterstützenden Koalition erhalten.³⁸ Dennoch löste es auch innerparteilich viel Kritik aus, dass Kohl 1998 erneut als Spitzenkandidat antrat.³⁹ Er verlor dann die Wahl 1998 deutlich: Die Unionsparteien kamen nur noch auf 35,1 Prozent und verloren mit einem Minus von 6,3 Prozent das Kanzleramt.

Edmund Stoiber und Angela Merkel

Nach der Wahlniederlage von Helmut Kohl 1998 war die Union wieder mit der Aufgabe konfrontiert, aus der Opposition heraus einen gemeinsamen Kanzlerkandidaten für die Bundestagswahl 2002 zu finden. Dem gingen Turbulenzen voraus, die zu einem neuen Ungleichgewicht führten: Durch die Ende 1999 beginnende Spendenaffäre geriet die CDU in eine tiefe Krise, die dazu führte, dass der ansonsten wahrscheinlichste Kanzlerkandidat Wolfgang Schäuble am 16. Februar 2000 öffentlich erklärte, nicht mehr als Partei- und Fraktionsvorsitzender zu kandidieren. Den Fraktionsvorsitz übernahm am 29. Februar Friedrich Merz. Am 10. April wurde Angela Merkel mit überzeugenden 95,2 Prozent der Delegiertenstimmen zur CDU-Bundesvorsitzenden gewählt.⁴⁰ Zum ersten Mal seit 1976 lagen die beiden Spitzenämter der CDU nicht mehr in einer Hand.

Bei der CSU gab es die umgekehrte Entwicklung: Seit 1993 war Edmund Stoiber bayerischer Ministerpräsident, übernahm aber erst 1999 auch den CSU-Vorsitz von Theo Waigel. Damit waren erstmals seit dem Tod von Franz Josef

36 Zit. nach: Helmut Kohl: *Erinnerungen 1990–1994*. München 2007, S. 739

37 Vgl. Helmut Kohl: *Mein Tagebuch 1998–2000*. München 2000, S. 13.

38 Vgl. Stephan Eisel: *Die Kanzlerwahlen seit 1949*, <https://www.stephaneisel.de/clubs/eisel/artic/Kanzlerwahlen-bis%202025.pdf> (Abruf: 8. August 2025).

39 Vgl. Wenn ein altes Schlachtross ..., in: FAZ vom 19. Januar 2019.

40 Vgl. Stephan Eisel, *Wahlergebnisse der CDU-Bundesvorsitzenden*, <https://www.stephaneisel.de/clubs/eisel/artic/Wahlen-CDU-Bundesvorsitzende.pdf> (Abruf: 8. August 2025).

Strauß die Spitzenämter in der CSU wieder vereint. Außerdem hatte Stoiber 1994 und 1998 souverän die Landtagswahlen gewonnen. In der CDU wuchs daher die Unterstützung dafür, ihm die Kanzlerkandidatur anzutragen.

Der damalige Ministerpräsident von Thüringen Bernhard Vogel erinnerte sich dazu: „Einige von uns, die wir in besonderem Maße engagiert waren wie mein baden-württembergischer Kollege Erwin Teufel und ich kamen zu der Überzeugung, es wäre besser, wenn man die Kanzlerkandidatur Edmund Stoiber überließe. [...] Es haben auch andere den Rat gegeben. Nur wir beide erinnere ich mich eben sehr genau, dass wir damals uns den Mut gefasst haben, ihr das ins Gesicht zu sagen. Und es spricht für sie, dass sie, wenn auch ungern, dem Rat gefolgt hat.“⁴¹

Angela Merkel wollte nach eigenem Bekunden „die Kandidatur weder kampflos aufgeben noch mit dem Kopf durch die Wand“.⁴² Sie erklärte deshalb ihren Anspruch auf die Kanzlerkandidatur am 6. Januar 2002 in der *Welt am Sonntag* erstmals öffentlich („Ich bin bereit zu einer Kanzlerkandidatur.“). So zwang sie nach eigenem Verständnis Stoiber zu einer ähnlichen Erklärung noch am gleichen Tag. Zugleich wusste sie, dass es in der CDU viele Vorbehalte gegen ihre Kandidatur gab.

So kam es am 11. Januar 2002 zu jenem inzwischen legendären Frühstück von Angela Merkel mit Edmund Stoiber in dessen Privathaus in Wolfratshausen. Am Nachmittag erklärte Merkel in Magdeburg, wo sich der CDU-Bundesvorstand zu einer Klausurtagung versammelt hatte, vor der Presse: „Wir haben bei diesem Frühstück vereinbart, dass Edmund Stoiber der Kanzlerkandidat der Union für die Bundestagswahl 2002 sein wird. Ich habe diesen Vorschlag entsprechend unserem Beschluss des Dresdner Parteitages eben dem Bundesvorstand unterbreitet, und er ist einstimmig akzeptiert und bestätigt worden.“ Als Begründung für ihre Entscheidung maß Angela Merkel „dem Kriterium der Geschlossenheit allergrößte Bedeutung zu“.⁴³

Die Union verlor die Bundestagswahl am 22. September 2002 äußerst knapp und verpasste es nur um 6.027 Stimmen, wieder stärkste Fraktion im Bundestag zu werden. Mit einer Mehrheit von nur vier Mandaten konnten Gerhard Schröder und Joschka Fischer ihre rotgrüne Koalition fortsetzen.

Wie Helmut Kohl 1980 mit Franz Josef Strauß hatte Angela Merkel 2002 mit Edmund Stoiber verabredet, nach der Wahl den Fraktionsvorsitz zu übernehmen. Stoiber erinnerte sich später, dass man sich darüber schon in Wolfrats-

41 Zit. nach Kilian Pfeffer: Die K-Frage – Wie wird man Kanzlerkandidat, in: SWR2-Wissen online 21. Januar 2021, <https://www.swr.de/swrkultur/wissen/die-k-frage-wie-wird-man-kanzlerkandidat-102.html> (Abruf: 11. August 2025).

42 Zit. nach Angela Merkel (mit Beate Baumann): Freiheit. Erinnerungen 1954–2021. 2. Aufl. Köln 2024, S. 280.

43 Zit. nach: FAZ.net, 11. Januar 2002, <https://www.faz.net/aktuell/politik/k-frage-wir-haben-bei-diesem-fruehstueck-vereinbart-149340.html> (Abruf: 11. August 2025).

hausen einig geworden sei: „Im Falle meines Sieges oder meiner Niederlage wollte sie den Fraktionsvorsitz anstreben, sagte sie. Ich habe ihr meine Unterstützung zugesichert.“⁴⁴ Nach den Erinnerungen von Angela Merkel fand diese Verabredung erst am Tag vor der Bundestagswahl statt.⁴⁵

Am Tag nach der Wahl machte Stoiber seine Unterstützung für Merkels Griff nach dem Fraktionsvorsitz auch in den Vorständen von CDU und CSU deutlich. Auf seinen Vorschlag wurde sie am 24. September mit 92 Prozent der Stimmen zur Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion gewählt.⁴⁶ Damit verbunden war die Vereinbarung, dass Stoiber Kanzlerkandidat bliebe, wenn es während der Legislaturperiode einen Regierungswechsel geben sollte.⁴⁷

Als dann aber Gerhard Schröder nach der dramatischen SPD-Wahlniederlage in Nordrhein-Westfalen am 22. Mai 2005 Neuwahlen für den Bundestag ankündigte, wurde Angela Merkel bereits am 30. Mai auf Vorschlag von Edmund Stoiber bei einer gemeinsamen Sitzung der Präsidien von CDU und CSU einstimmig zur Kanzlerkandidatin der Union gekürt.⁴⁸ Sie erinnert sich dazu: „Soweit es noch Verhinderungsversuche gegeben hat, hatten sie keine Chance mehr.“⁴⁹ Nach ihrem Wahlsieg 2005 war Merkel als Bundeskanzlerin dann auch konkurrenzlose Spitzenkandidatin der Union bei den Bundestagswahlen 2009, 2013 und 2017.

II. Der Laschet-Söder-Konflikt um die Kanzlerkandidatur 2021

Bei der Bundestagswahl 2017 verlor die Union unter der Führung Merkels 8,6 Prozent der Stimmen. Der AfD gelang mit 12,6 Prozent erstmals der Sprung in den Bundestag. Merkels Versuch der Bildung einer Jamaika-Koalition scheiterte an der FDP woraufhin sich die SPD nur sehr widerwillig zur Fortsetzung der Großen Koalition bereitfand.

Zugleich hatte sich seit 2015 der Konflikt von Angela Merkel mit CSU-Chef Horst Seehofer zugespitzt. Er hatte schon 1992–1998 als Gesundheitsminister den Kabinetten von Helmut Kohl angehört und war dort Ministerkollege von Merkel gewesen. 2005 war er Landwirtschaftsminister im ersten Kabinett Mer-

44 Zit. nach WELT online, 26. August 2013, <https://www.welt.de/politik/deutschland/article119372007/Bundestagswahl-2002-Als-Edmund-Stoiber-Kanzler-werden-wollte.html> (Abruf: 12. August 2025).

45 Vgl. Merkel: Freiheit, S. 284.

46 Vgl. ARD-Tagesschau vom 24. September 2002, <https://www.tagesschau.de/multimedia/video/video-1092381.html> (Abruf 15. August 2025).

47 Vgl. SWR vom 23. September 2002 mit Originaltönen von Merkel und Stoiber, <https://www.swr.de/swrkultur/wissen/archivradio/angela-merkel-kickt-2002-friedrich-merz-weg-104.html> (Abruf: 12. August 2025).

48 Vgl. Der Spiegel vom 30. Mai 2005, <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/union-merkel-zur-kanzlerkandidatin-gekuert-a-358169.html> (Abruf: 12. August 2025).

49 Zit. nach Merkel: Freiheit, S. 293.

kel geworden, aber mit seiner Wahl zum bayerischen Ministerpräsidenten am 27. Oktober 2008 ausgeschieden. Grund für den Wechsel war vor allem, dass die CSU im September 2008 erstmals seit vier Jahrzehnten bei Landtagswahlen ihre absolute Mehrheit verloren hat. Seehofer konnte sie 2013 zurückerobern.

Allerdings kündigte er im Oktober 2016 an, eines seiner beiden Ämter (Partei-vorsitzender und Ministerpräsident) nach der Bundestagswahl 2017 abgeben zu wollen, damit der CSU-Parteivorsitzende wieder Mitglied der Bundesregierung sein könne.⁵⁰ Im März 2018 trat Seehofer dann als bayerischer Ministerpräsident zurück. Sein Nachfolger wurde Markus Söder, mit dem er seit Jahren im Dauerkonflikt gelegen hatte. Seehofer konnte so als CSU-Chef der Regierung Merkel angehören und übernahm dort das Innenministerium. Der Konflikt um die Flüchtlingsfrage, den es zwischen Merkel und Söder seit 2015 gegeben hatte, verlagerte sich nun ins Bundeskabinett.⁵¹

Merkels Rückzug löst Kanzlerkandidaten-Debatte aus

Angela Merkel erinnerte sich: „Im Herbst 2018 stand ich unter Druck.“⁵² Sie zog die Konsequenzen aus ihrem erkennbaren Autoritätsverlust und gab am 29. Oktober 2018 überraschend bekannt, dass sie beim anstehenden CDU-Bundesparteitag nicht mehr als Parteivorsitzende kandidieren werde. Sie sei aber bereit, bis zum Ende der Legislaturperiode Kanzlerin zu bleiben.⁵³ Unmittelbar zuvor hatten die CSU in Bayern und die CDU in Hessen bei Landtagswahlen zweistellige Verluste hinnehmen müssen. Mit ihrer Entscheidung führte Angela Merkel gegen ihre eigentliche Überzeugung die Trennung zwischen Kanzlerschaft und Parteivorsitz herbei: „Wie Helmut Kohl war ich davon überzeugt, dass Parteivorsitz und Kanzleramt in einer Hand sein mussten. Nur das verlieh die notwendige letzte machtpolitische Autorität – in die eine wie die andere Richtung. Wenn ich jetzt davon abwich, indem ich drei Jahre vor der Bundestagswahl verzichtete, dann nur, weil ich damit meinen Ausstieg aus der Politik einleitete. Im anderen Fall wäre eine Trennung von Parteivorsitz und Kanzleramt für mich niemals in Frage gekommen.“⁵⁴ In Merkels Erinnerungen findet sich allerdings keine Reflektion über die Folgen ihrer Entscheidung für die CDU und die Union insgesamt.

50 Vgl. FAZ online, 16. Oktober 2016, <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/partei-und-landeschef-seehofer-will-2017-eines-seiner-spitzenaemter-aufgeben-14483495.html> (Abruf: 14. August 2025).

51 Vgl. Stationen des Konfliktes Seehofer-Merkel, in: Tagesspiegel vom 23. Juni 2018, <https://www.tagesspiegel.de/politik/merkel-gegen-seehofer-zerruttung-uber-14-jahre-4974343.html> (Abruf: 14. August 2025).

52 Zit. nach Merkel: Freiheit, S. 661.

53 Vgl. Pressekonferenz in der CDU-Bundesgeschäftsstelle am 29. Oktober 2018 – Video, <https://archiv.cdu.de/node/31213> (Abruf: 9. August 2025).

54 Zit. nach Merkel: Freiheit, S. 661.

Beim CDU-Bundessparteitag im Dezember 2018 setzte sich im 2. Wahlgang Annegret Kramp-Karrenbauer knapp als CDU-Vorsitzende gegen Friedrich Merz durch.⁵⁵ Sie galt damit als wahrscheinlichste Kanzlerkandidatin für die Bundestagswahl 2021. Allerdings kündigte sie nach einer Regierungskrise in Thüringen, in die sich Merkel aus der Ferne eingeschaltet hatte, am 10. Februar 2020 ihren Verzicht auf die Kanzlerkandidatur sowie den Rückzug vom Parteivorsitz an. Dabei beschrieb Annegret Kramp-Karrenbauer unmissverständlich die entstandene Lage: „Mit der Aufgabe des Parteivorsitzes durch Angela Merkel und der Trennung von Kanzlerschaft und Parteivorsitz haben wir eine in der CDU geübte Praxis aufgegeben. Es hat sich bis in die jüngsten Tage gezeigt, dass damit eine ungeklärte Führungsfrage einher geht, nämlich die Frage nach der Kanzlerkandidatur. [...] Die Trennung von Kanzlerschaft und Parteivorsitz, die offene Frage der Kanzlerkandidatur schwächt die CDU in einer Phase der Politik in Deutschland, in der dieses System und in der Deutschland auf eine starke CDU angewiesen ist. [...] Parteivorsitz und Kanzlerkandidatur müssen aus meiner Sicht aber am Ende in einer Hand liegen. Deshalb werde ich so lange Parteivorsitzende bleiben, bis die Entscheidung über die Kanzlerkandidatur getroffen ist und das Parteiamt in die entsprechenden Hände abgeben, wenn dies die Delegierten auf einem Parteitag genauso sehen.“⁵⁶

Bereits am 25. Februar 2020 gaben sowohl Armin Laschet als auch Friedrich Merz ihre Kandidatur für den CDU-Vorsitz bekannt.⁵⁷ Das wurde allgemein auch als Bewerbung um die Kanzlerkandidatur verstanden.

Von Söders wiederholtem Kandidaturverzicht zum Konflikt mit Armin Laschet

Schon in einer unmittelbaren Reaktion auf die Erklärung von Kramp-Karrenbauer erklärte der CSU-Vorsitzende Markus Söder noch am gleichen Tag im *Bayerischen Fernsehen*, nicht an einer Kanzlerkandidatur interessiert zu sein: „In Bayern ist mein Standort und mein Anker, ich bin bei den bayerischen Wählerinnen und Wählern im Wort [...]. Ich bin der festen Überzeugung, es wird

55 Im ersten Wahlgang waren 450 Stimmen auf Annegret Kramp-Karrenbauer, 329 Stimmen auf Friedrich Merz und 157 Stimmen auf Jens Spahn entfallen. Vgl. Stephan Eisel, Wahl-ergebnisse der CDU-Bundesvorsitzenden, <https://www.stephaneisel.de/clubs/eisel/artic/Wahlen-CDU-Bundesvorsitzende.pdf> (Abruf: 8. August 2025).

56 Zit. nach Pressekonferenz von Annegret Kramp-Karrenbauer am 10. Februar 2020, Video ntv, <https://www.n-tv.de/mediathek/videos/politik/AKK-Jede-Annaeherung-an-AfD-schwach-CDU-article21567171.html> ((Abruf: 15. Juli 2025).

57 Vgl. FAZ online vom 25. Februar 2020, <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/friedrich-merz-will-cdu-vorsitz-kandidat-steht-fuer-neue-partei-16650739.html> (Abruf: 16. Juli 2025). Bereits eine Woche zuvor hatte Norbert Röttgen seine Kandidatur angemeldet. Vgl. FAZ vom 18. Februar 2020, <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/roettgen-zu-bewerbung-um-cdu-vorsitz-geht-um-zukunft-der-cdu-16639785.html> (Abruf: 16. Juli 2025).

sich jemand finden in der CDU, der unbedingt will.“⁵⁸ Eine Woche später schob Söder allerdings am 17. Februar nach einer CSU-Vorstandssitzung nach: „Wir mischen uns nicht ein natürlich, wer Parteivorsitzender der CDU wird. Das ist Sache der CDU. Aber für uns ist Folgendes klar: Der Kanzlerkandidat, der kann nur gemeinsam bestimmt werden. Vorfestlegungen, dass mit dem Parteivorsitz automatisch eine Kanzlerkandidatur verbunden sei, das geht natürlich nicht.“ Es handele sich hier um „zwei Dinge, die zu trennen sind [...]“. Wir glauben auch, dass es klug ist, die Zeitachsen zu trennen.“⁵⁹ In den Tagen danach wiederholte er mehrfach, man könne sich mit der Entscheidung über den Kanzlerkandidaten bis Anfang 2021 Zeit lassen.

Die COVID-19-Pandemie – der erste Lockdown begann am 22. März 2020 – brachte dann allerdings nicht nur die politische Agenda, sondern auch alle Zeitpläne durcheinander. Der CDU-Bundesvorstand beschloss bereits am 12. März den ursprünglich für den 25. April 2020 vorgesehenen CDU-Parteitag zu verschieben.⁶⁰ Die Frage der Kanzlerkandidatur der Union geriet in den Hintergrund, wurde aber vor allem wegen der guten Umfragewerte für Markus Söder in den Medien immer wieder thematisiert. Auch die beiden Kandidaten für den CDU-Vorsitz wurden regelmäßig dazu befragt.

Am 4. Juni 2020 sagte Friedrich Merz in einem Interview mit der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*: „Wir haben in der Union eine klare Reihenfolge festgelegt. Erst wählt die CDU ihren Vorsitzenden, danach entscheiden CDU und CSU, wer der gemeinsame Kanzlerkandidat wird. [...] Ich sehe Markus Söder nicht als einen Konkurrenten um die Kanzlerkandidatur. Ich nehme seine Äußerung ernst, dass er in Bayern bleiben will.“ Wenig später äußerte sich Laschet in einem Interview mit der *Welt am Sonntag* am 14. Juni ganz ähnlich.

Am 6. Juli 2020 unterstrich Markus Söder zu den anhaltenden Spekulationen um seine Kanzlerkandidatur in einer Videokonferenz des CSU-Parteivorstands erneut: „Mein Platz ist immer in Bayern. Ich führe die Debatte ja nicht, es wird ja ständig über mich geredet, und zwar von allen.“⁶¹ Im *ARD-Sommerinterview* am 2. August ergänzte er: „Die derzeitigen Umfragewerte sind keine realen. [...] Wenn ich sage, mein Platz ist in Bayern, dann ist das nicht nur irgend so ein Satz, den man so daher sagt, sondern das hat dann schon eine echte Schwere

58 Zit. nach ntv, 10. Februar 2020, <https://www.n-tv.de/politik/Soeder-will-nicht-Kanzlerkandidat-werden-article21567669.html> (Abruf: 15. Juli 2025).

59 Zit. nach SZ online vom 17. Februar 2020, <https://www.sueddeutsche.de/politik/muenchen-soeder-kanzlerkandidatenkuer-macht-erst-ende-2020-sinn-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-200217-99-945595> (Abruf: 15. Juli 2025).

60 Vgl. Erklärung der CDU-Vorsitzenden Annegret Kramp-Karrenbauer vom 12. März 2020, <https://archiv.cdu.de/node/49398> (Abruf: 16. Juli 2025).

61 Zit. nach: SZ vom 6. Juli 2020

dahinter.“ Das Zugriffsrecht auf die Kanzlerkandidatur liege ohnehin bei der Schwesterpartei CDU.⁶²

Ebenfalls am 2. August 2020 antwortete Markus Söder in einem Interview mit der *Bild am Sonntag* auf die Frage: „Ihr Standardsatz lautet: Mein Platz ist in Bayern. Ist Ihr Platz ausschließlich und in den nächsten Jahren definitiv in Bayern oder ist das nur ein taktischer Nebelsatz für den Moment“ wieder mit den Worten: „Was ich sage, meine ich ernst. Natürlich freut es mich, dass man mir laut Umfragen auch andere Aufgaben zutrauen würde. Aber gleichzeitig wollen mich die Bayern als Ministerpräsidenten behalten. Das ist für mich schon sehr wichtig. Die CDU hat das Vorschlagsrecht für den Kanzlerkandidaten und war immer die Kanzlerpartei. Es gibt gute Gründe, warum die CSU nie den Kanzler gestellt hat. Ich werde mit voller Kraft mithelfen, dass es Deutschland gut geht, aber meine Aufgabe ist in Bayern.“

Am 18. Dezember 2020 äußerte sich Armin Laschet bei der Vorstellung einer Söder-Biographie ganz ähnlich. Zur Kanzlerkandidatur würden die Präsidien von CDU und CSU einen gemeinsamen Vorschlag machen: „Als Erstes wird Kanzlerkandidat der Union der, von dem wir alle glauben, dass er die größten Chancen hat zu gewinnen. Das bemisst sich allerdings nicht nur an Umfragen. Wir haben gerade erlebt: Die Umfragen von Markus Söder waren mal die schlechtesten in Deutschland, jetzt sind es die besten. Umfragen schwanken hin und her.“ Er habe die Wahlen in NRW 2017 gewonnen, obwohl die damalige Ministerpräsidentin Kraft in Umfragen weit vorne gelegen habe: „Deshalb wird nicht in Allensbach entschieden, wer Kanzlerkandidat wird.“⁶³

Der verschobene CDU-Parteitag konnte endlich am 16. Januar 2021 stattfinden, musste aber Online durchgeführt werden. Armin Laschet setzte sich dabei in der Stichwahl mit 521:466 Stimmen gegen Friedrich Merz durch.⁶⁴ Das galt allgemein als Vorentscheidung über die Kanzlerkandidatur. Die endgültige Entscheidung wollten CDU und CSU nach den Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz treffen, die am 14. März 2021 stattfanden. Die CDU verlor beide Wahlen und blieb jeweils in der Opposition. Die Union ging dann auch mit sinkenden Umfragezahlen in die folgende Osterpause.

Am ersten Tag nach den Osterferien traf sich die Führung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 11. April zu einer Klausurtagung. Es war klar, dass die Kanzlerkandidatenfrage jetzt zügig geklärt werden musste. Sowohl Armin

62 Zit. nach: ntv, 2. August 2020, <https://www.n-tv.de/politik/Soeder-traut-guten-Umfragewerten-nicht-article21947849.html> (Abruf: am 16. Juli 2025).

63 Zit. nach: ntv, 18. Dezember 2020, <https://www.n-tv.de/politik/Laschet-schliesst-CSU-Kandidaten-nicht-aus-article22245073.html> (Abruf: 16. Juli 2025).

64 Im 1. Wahlgang hatte Armin Laschet 380 Stimmen erhalten, Friedrich Merz 385 und Norbert Röttgen 224. Vgl. Stephan Eisel: Wahlergebnisse der CDU-Bundesvorsitzenden, <https://www.stephaneisel.de/clubs/eisel/artic/Wahlen-CDU-Bundesvorsitzende.pdf> (Abruf: 8. August 2025).

Laschet als auch Markus Söder erklärten im Fraktionsvorstand ihre Bereitschaft zur Kandidatur und traten damit dann gemeinsam vor die Presse. Von Laschet war dies erwartet worden. Söder hingegen beendete mit seiner öffentlichen Erklärung monatelange Spekulationen um eine Kandidatur, die er zunächst immer wieder zurückgewiesen und zuletzt selbst wieder angefacht hatte.⁶⁵ Jetzt sagte er: „Unglaublich viele Menschen aus beiden Parteien und auch darüber hinaus“ hätten ihn zu einer Kandidatur gedrängt: „Wenn dies Partei und Fraktion und die Mitglieder wollen, dann ist das für mich dann auch eine klare Sache, dass man dann nicht kneifen darf.“⁶⁶

Die beiden Parteivorsitzenden bekräftigten dann, eine gemeinsame Entscheidung zur Kandidatenfrage zu treffen. Nach Angaben von Teilnehmern in der Klausurtagung der Führung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hatte Markus Söder seine Kandidatur dort an eine klare Bedingung geknüpft: „Wenn die CDU bereit wäre, mich zu unterstützen, wäre ich bereit. Wenn die CDU es nicht will, bleibt ohne Groll eine gute Zusammenarbeit.“⁶⁷

Mit den Bewerbungen von Amin Laschet und Markus Söder um die Kanzlerkandidatur der Union standen erstmals in der über 70-jährigen Geschichte der Schwesterparteien die Vorsitzenden von CDU und CSU selbst im direkten Wettbewerb um das gleiche Amt. Dieser Wettbewerb eskalierte schnell zum Konflikt.

Söders „Hinterzimmer“-Vorwurf

Noch am Abend des 11. April formulierte Markus Söder in einem Interview mit dem Bayerischen Fernsehen mit einem folgenschweren Vorwurf seine Skepsis gegenüber Gremienentscheidungen der CDU. Die Kandidatenfrage dürfe „nicht nur im kleinsten Hinterzimmer entschieden werden“. Neben den Fraktionen müssten sich Parteimitglieder „zumindest über Social Media“ einbringen können.⁶⁸

Am 12. April traten dann die Führungsgremien von CDU und CSU zu getrennten Sitzungen zusammen. Man hatte verabredet, ein Meinungsbild ohne formelle Abstimmung einzuholen, um keinen der beiden Kandidaten zu beschädigen und ihnen zugleich einen Weg zu der von beiden vor den Medien angekündigten gemeinsamen Lösung offen zu lassen.

65 Vgl. zum Beispiel Interview mit Markus Lanz im ZDF am 6. April 2021, <https://www.youtube.com/watch?v=6dnb3gHY7Qs> (Abruf: 16. Juli 2025).

66 Zit. nach Videomitschnitt des Pressestatements von Markus Söder bei ntv 11. April 2021, <https://www.n-tv.de/politik/Soeder-Ich-bin-bereit-zu-dieser-Kandidatur-article22482769.html> (Abruf: 17. Juli 2025).

67 Zit. nach SZ vom 11. April 2021.

68 Zit. nach BR24 Videomitschnitt, 11. April 2021, <https://www.br.de/nachrichten/bayern/da-kneift-man-nicht-soeder-im-br-interview-zur-kanzlerfrage,SUIhANB> (Abruf: 18. Juli 2025).

CDU-Parteivize Volker Bouffier teilte nach der Sitzung des CDU-Präsidiums am Vormittag mit, dort habe man Laschet „ohne Ausnahme“ unterstützt und „deutlich gemacht, dass wir ihn für außergewöhnlich geeignet halten“.⁶⁹ Nach der anschließenden Sitzung des CDU-Bundesvorstandes sagte CDU-Generalsekretär Paul Ziemak: „Das Meinungsbild ist eindeutig. Es gibt eine breite Unterstützung für Armin Laschet als Kanzlerkandidat für CDU und CSU.“ Armin Laschet bestätigte, dass in den Gremien auch die aktuellen Umfrageergebnisse erörtert worden seien, die Söder deutlich vor Laschet sahen: „Aber jeder hatte unzählige Beispiele bei der Hand, wie Umfrageergebnisse sich in kürzester Zeit verändern können.“⁷⁰

Am Nachmittag des 12. April sprach sich dann das CSU-Präsidium für Söder als Kanzlerkandidaten aus. Trotz des klaren Votums der CDU-Führungsgremien, Laschet zu unterstützen, hatte Söder seine Kandidatur nicht wie allgemein erwartet zurückgezogen, sondern bestritt erneut die Legitimation dieser Gremien, für die CDU zu sprechen. Er sagte in einer Pressekonferenz am Nachmittag des 12. April: „Es kann nicht sein, dass ein kleines Präsidium entscheidet und sagt: ‚Basta, so ist es.‘“⁷¹ Es sei zwingend, auch andere Stimmen zu hören.

Am Abend des gleichen Tages fügte Söder in einem Fernseh-Interview mit dem Bayerischen Rundfunk auf die Frage, ob er damit nicht wortbrüchig geworden sei, hinzu: „Natürlich macht es nur Sinn zu kandidieren, wenn man breite Unterstützung aus der CDU hat. Das heißt aber nicht nur das Gremium des Parteipräsidiums. Das ist ja ein relativ ausgewählter Kreis – und da habe ich Respekt vor dieser Entscheidung, das sage ich ausdrücklich: das ist ein wichtiger Punkt. Aber wenn man sieht, was im Laufe des Tages aus den Verbänden der CDU, aus Bezirks- und Landesverbänden durch – eine sagen wir einmal – anderslautende Ideenfindung stattfand, wenn man hört, dass es in der Fraktion wohl großen Diskussionsbedarf gibt, dann denke ich, ist es klug, dass man nicht nur in einem kleinen Hinterzimmer entscheidet.“⁷² Geflissentlich erwähnte Söder nicht, dass neben dem CDU-Präsidium auch der CDU-Bundesvorstand mit Vertretern aller CDU-Landesverbände und Parteivereinigungen Laschet unterstützt hatte.

Am 13. April wiederholte Söder vor der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, es sei entscheidend, nicht nur Gremien zu überzeugen. Man müsse „die Basis und die Wähler begeistern“. Der damalige Verkehrsminister Andreas Scheuer

69 Zit. nach: dpa, 12. April 2021, <https://www.allgaeuer-zeitung.de/panorama/laschet-cdu-will-partei-als-kanzlerkandidat-103470415> (Abruf: 17. Juli 2025).

70 Zit. nach: ntv, 12. April 2021, <https://www.n-tv.de/politik/Laschet-will-versuchen-heute-mit-Soeder-zu-sprechen-article22484678.html> (Abruf: 17. Juli 2025).

71 Zit. nach: Die Welt vom 2. April 2021.

72 Zit. nach: Video des Bayerischen Fernsehens, 12. April 2021, <https://www.youtube.com/watch?v=UjDfmUrcsO4> (Abruf: 18. Juli 2025).

(CSU) ergänzte: „Wir sind keine Vorstandspartei.“⁷³ Noch am 13. April schrieb Friedrich Merz an die CDU-Mitglieder in seiner sauerländischen Heimat: „Die CSU stellt das Votum des höchsten Führungsgremiums der CDU infrage!“⁷⁴

Der Wettbewerb zwischen zwei Kandidaten wurde zur Auseinandersetzung darüber, ob über die Kanzlerkandidatur in den gewählten Führungsgremien der Parteien entschieden werden oder dies durch andere im Diffusen liegende Verfahren ersetzt werden sollte. Schon am 17. April wies die frühere CDU-Chefin Annegret Kramp-Karrenbauer bei einer Veranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung in aller Deutlichkeit auf den Kern des Konflikts hin. Wenn man die Legitimität von Parteigremien in Frage stelle und sie als „Hinterzimmer“ bezeichne, schade das nicht nur „dem gegenseitigen Respekt, der Zusammenarbeit in der Union“. Es schade „auch den repräsentativen Strukturen, die wir in der Bundesrepublik haben“.⁷⁵

Der durch Söders „Hinterzimmer“-Vorwurf ausgelöste Konflikt wurde eine Woche lang unter großer medialer Begleitung ausgetragen. Es ging im Kern darum, ob die Union an ihrer Bindung an die repräsentative Demokratie mit ihren geordneten und transparenten Verfahren und Verantwortlichkeiten festhält oder stattdessen einem populistisch-plebiszitären Zeitgeist nachgibt, der andere Parteien längst erfasst hat.

Demoskopische Popularitätswerte als Entscheidungskriterium

Markus Söder stellte dem seiner Meinung nach „veralteten Demokratieverständnis“⁷⁶ der CDU neben den höchst manipulativen volatilen „social media“ immer wieder Umfragen gegenüber, in denen er mit seinen Popularitätswerten seit einiger Zeit vor Laschet gelegen hatte. Auch vor der entscheidenden Bundesvorstandssitzung der CDU am 19. April hatte Söder noch einmal darauf hingewiesen: „Man soll Umfragen in der Tat nicht überschätzen, aber sie sind einige der wenigen Maßstäbe, die man hat, um im Moment unsere Entscheidungen zu hinterfragen.“⁷⁷

Auf diese Umfrage-Fixierung bezog sich auch die höchst problematische Aussage von Ministerpräsident Reiner Haselhoff, mit der er – selbst vor Landtagswahlen stehend – am 15. April 2021 gegenüber dem *Spiegel* seine Unterstützung für Markus Söder begründete: „Leider geht es jetzt nur um die harte

73 Zit. nach: Merkur.de vom 15. April 2021 (Abruf: 18. Juli 2025).

74 Zit. nach: Der Spiegel vom 13. April 2021. Am 17. April 2021 wurde Merz, der 2009 aus dem Bundestag ausgeschieden war, in seinem alten Wahlkreis Hochsauerland erneut zum Bundestagskandidaten nominiert.

75 Zit. nach: SZ vom 19. April 2021.

76 Zit. nach: Nürnberger Nachrichten vom 24. April 2021

77 Zit. nach: Videomitschnitt der Pressekonferenz von Markus Söder am 19. April 2021, <https://www.youtube.com/watch?v=FN3gbMgJElQ> (Abruf: 21. Juli 2025).

Machtfrage: Mit wem haben wir die besten Chancen? Es geht nicht um persönliche Sympathie, Vertrauen oder Charaktereigenschaften.“

Dass Umfragen unzuverlässig sein können, hatten die Hauptprotagonisten schon bei den bis dahin einzigen Wahlen erfahren, bei denen sie selbst als Spitzenkandidaten angetreten waren: Für die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen 2017 sahen Umfragen in den Monaten vor der Wahl die SPD vor der CDU, am Wahltag hatte sich die Reihenfolge zugunsten der CDU gedreht. Mit dem Spitzenkandidaten Laschet erreichte die Partei gegenüber 2012 einen Zuwachs von 6,7 Prozent und erhielt 33 Prozent der Stimmen. In Bayern hatten Umfragen ein halbes Jahr vor der Landtagswahl 2018 die CSU noch bei 42–44 Prozent gesehen. Tatsächlich landete sie am 14. Oktober 2018 mit dem Spitzenkandidaten Söder bei 37,2 Prozent und verlor 10,7 Prozent gegenüber der letzten Landtagswahl. Es ließen sich viele ähnliche Beispiele anführen: Schon legendär ist das kurzfristige Umfragehoch des SPD-Kanzlerkandidaten Martin Schulz Anfang 2017, das eine dramatische Niederlage der SPD bei der Bundestagswahl wenige Monate später nicht verhinderte.

Oft wird übersehen, dass demoskopische Popularitätswerte viel mit medialer Präsenz zu tun haben und nicht mit Zustimmung verwechselt werden dürfen. Bei Söders Umfrage-Hoch ab Frühjahr 2020 gab es einen direkten Zusammenhang zum Vorsitz in der Ministerpräsidentenkonferenz, den er im Oktober 2019 übernommen hatte. Dadurch war er seit Beginn der Corona-Krise im Fernsehen ständig an der Seite von Angela Merkel zu sehen. Erst ab diesem Zeitpunkt nahm seine Umfrage-Popularität zu. Zuvor hatte sie auf dem gleichen Niveau wie bei Laschet gelegen. WDR-Programm-Direktor und Umfrage-Spezialist Jörg Schönenborn bezeichnete am 15. April 2021 die Söder-Werte als „optische Täuschung“, weil sie nur ein Spiegel dessen seien, „was die aktuelle Berichterstattung gerade zeigt“.⁷⁸

Dass der Kern demoskopischer Popularität die Bekanntheit der jeweiligen Person ist, zeigt auch die Methodik zum Beispiel der Forschungsgruppe Wahlen. Sie beschreibt die Ermittlung der „Top-Ten“-Liste des „Politbarometers“ so: „Die Ermittlung erfolgt in zwei Schritten. Zunächst stellt die Forschungsgruppe Wahlen ohne Namen vorzugeben ca. alle zwei Monate folgende Frage: ‚Wer sind Ihrer Meinung nach zurzeit die wichtigsten Politiker und Politikerinnen in Deutschland?‘“ Die Ergebnisse auf diese Frage liefern eine Rangliste der wichtigsten Politiker und Politikerinnen in Deutschland. Davon werden die zehn am häufigsten genannten Politikernamen in einem zweiten Schritt beim darauffolgenden Politbarometer den Befragten zur Bewertung vorgelegt.“⁷⁹

78 The Pioneer Briefing von Gabor Steingart (Podcast), 15. April 2021, <https://www.thepioneer.de/originals/thepioneer-briefing-business-class-edition/podcasts/historisches-glueck-fuer-die-gruenen> (Abruf: 22. Juli 2025).

79 Zit. nach: Forschungsgruppe Wahlen, <https://www.forschungsgruppe.de/FAQ/#Politiker> (Abruf: 5. August 2025).

Ohne den entsprechenden Bekanntheitsgrad kommt es also gar nicht zu einer demoskopischen Bewertung der Person.

Mit seinem Plädoyer für persönliche Popularitätswerte als zentralem Entscheidungskriterium für die Kanzlerkandidatenfrage stellte Markus Söder das bisherige Selbstverständnis der CDU in Frage. Selbst ihre verkürzte Beschreibung als reiner „Kanzlerwahlverein“ bringt nämlich zum Ausdruck, dass sich zuerst in Führungspositionen der Partei bewähren musste, wer als Kanzlerkandidat an die Spitze rückte. Mit Ausnahme von Erhard und Kiesinger waren alle Kandidaten Parteichefs bevor (!) sie Kanzler wurden. Legitimation durch die Wahl zum Parteivorsitzenden war ihre Stärke, wenn sie hier das Vertrauen verloren, war ihr Scheitern vorprogrammiert. Natürlich spielte die Frage nach der Beliebtheit in der Bevölkerung eine Rolle, aber wesentlich wichtiger war und ist die Kompetenzvermutung. So waren Konrad Adenauer, Helmut Kohl und Angela Merkel keine Umfrageliebliche. Wahlen gewannen sie trotzdem. Wolfgang Schäuble hat es in seiner Antwort auf Söders Popularitätspopulismus am 13. April 2021 in der *BILD* auf den Punkt gebracht: „Wir gewinnen die Wahl als CDU am besten, wenn wir sagen, wer danach das Land am besten regiert.“

Populäre Kandidaten garantieren keine Wahlerfolge

Söder stellte seiner Fokussierung auf demoskopische Beliebtheitswerte nicht inhaltliche Fragen in den Mittelpunkt seiner Bewerbung um die Kanzlerkandidatur, sondern war auf die Person fixiert. So sagte er zum Beispiel bei seiner Pressekonferenz am 12. April: „Meistens ist es ja so, dass Personen die Parteien in der Wahl ziehen und nicht umgekehrt.“⁸⁰ Am Tag darauf wiederholte er in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: „Es sind Personen, die Wahlen entscheiden.“ Deshalb könne man persönliche Popularitätswerte nicht ignorieren.⁸¹

Hier hatte ihm die ÖVP in Österreich die Vorlage geliefert: Als nach einer Serie von Wahlniederlagen im Mai 2017 deren Vorsitzender zurücktrat, nutzte der junge Europaminister und frühere langjährige Vorsitzende der „Jungen ÖVP“, Sebastian Kurz, dieses Machtvakuum und übernahm den Vorsitz und richtete innerhalb kürzester Zeit die Partei völlig auf seine Person aus. Kurz rief „Die neue Volkspartei“ aus, setzte durch, dass die ÖVP bei den Nationalratswahlen 2017 unter dem Namen „Liste Sebastian Kurz“ antrat und ließ sich zusichern, dass seine Personalvorschläge für diese Liste übernommen würden.⁸² Die ÖVP hatte sich damit selbst kastriert. Kurz war mit diesem fast ausschließ-

80 Zit. nach: Videomitschnitt, <https://www.youtube.com/watch?v=UjDfmUrcsO4> (Abruf: 6. August 2025).

81 Zit. nach Merkur vom 15. April 2021 online, <https://www.merkur.de/politik/soeder-laschet-kanzlerkandidat-cdu-csu-union-merkel-bundestagswahl-showdown-zr-90406149.html> (Abruf: 6. August 2025).

82 Vgl. Kurier vom 13. Mai 2017 – online, <https://kurier.at/politik/inland/eigene-liste-kurz-stellt-oevp-sieben-bedingungen/263.708.528> (Abruf: 8. August 2025).

lich personenbezogenen Konzept bei den Wahlen 2017 und 2019 erfolgreich und konnte die Regierung bilden. Zum Zeitpunkt der Debatte um die Kanzlerkandidatur der Union im Frühjahr 2021 galt er vielen noch als Erfolgsmodell. Sein Rücktritt im Oktober 2021 wegen staatsanwaltschaftlicher Ermittlungen mit dem Verdacht der Untreue und Bestechlichkeit hat allerdings gezeigt, welche Risiken ein derart personenfixiertes Politikverständnis in sich birgt.

In einem Interview mit den *Nürnberger Nachrichten* am 24. April 2021 beklagte Söder nach der Laschet-Entscheidung des CDU-Bundesvorstandes einerseits, ihm sei zu Unrecht vorgeworfen worden, „wie Sebastian Kurz in Wien oder wie Emmanuel Macron in Paris (zu) handeln“, um dann andererseits hinzuzufügen: „Zumindest haben beide Wahlen gewonnen.“

In Frankreich stehen mit der Direktwahl des Präsidenten übrigens per Verfassung Personen im Mittelpunkt. Emmanuel Macron war 2012 als Berater des sozialistischen Präsidenten François Hollande in den Élysée-Palast eingezogen und wurde 2014 Wirtschaftsminister. 2016 trat er zurück, gründete seine eigene politische Bewegung „La République en marche“ (LREM), erreichte als unabhängiger Kandidat 2017 die Stichwahl um das Präsidentenamt und besiegte dort die rechtsextreme Marine Le Pen. Die Regionalwahlen in Frankreich zeigten im Juni 2021 aber, dass es Macron nicht gelungen ist, seine personenbezogene Bewegung als stabile politische Kraft in Frankreich zu verankern.

Während Kurz einen Amtsinhaber besiegt und Macron sich im Wettbewerb um das Präsidialamt gegen eine extreme Bewerberin durchgesetzt hatte, stellt sich in Deutschland das Bild differenzierter dar. Bei 21 Bundestagswahlen von 1949 bis 2025 haben unabhängig von ihren persönlichen Popularitätswerten nur viermal die Amtsinhaber verloren (Kiesinger 1969, Kohl 1998, Schröder 2005 und Scholz 2025). Bei den 34 Landtagswahlen zwischen 2015 und 2025 verloren die Amtsinhaber ebenfalls nur viermal. Es handelt sich also in Deutschland eher um einen Amtsinhaber-Bonus als um einen Personen-Bonus: Im Mittelpunkt steht offenbar die Bewertung der Politik und weniger der Person.

Das gilt umgekehrt auch für die vier Ausnahmen: 2017 in Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein, 2023 in Berlin und 2024 in Thüringen. Hier haben die Amtsinhaber verloren, obwohl sie in der persönlichen Popularität ihre Herausforderer deutlich hinter sich gelassen hatten. So hatte im Norden Ministerpräsident Torsten Albig im direkten Vergleich ebenso eindeutig vor Daniel Günther gelegen wie in Nordrhein-Westfalen Ministerpräsidentin Hannelore Kraft vor Armin Laschet und Ministerpräsident Bodo Ramelow vor Mario Voigt in Thüringen beziehungsweise die Berliner Regierende Bürgermeisterin Franziska Giffey vor Kai Wegner. Würde das Söder'sche Prinzip „Personen ziehen Parteien“ dominieren, hätten Albig, Kraft, Ramelow und Giffey gewinnen müssen. Sie konnten aber die Grundregel nicht durchbrechen, nach der bei ent-

sprechend schlechter Bilanz Regierungsparteien abgewählt werden, auch wenn die Spitzenkandidaten populär sind.

Die Intransparenz eines medial verstärkten Basis-Mythos

Nachdem Markus Söder schon am 11. April seine Bereitschaft zur Kanzlerkandidatur mit der Abwertung von CDU-Führungsgremien als „Hinterzimmer“ verbunden hatte, legte er bei der Pressekonferenz nach einer Sitzung des CSU-Präsidiums am 12. April noch einmal nach. Zur Unterstützung für Armin Laschet in Präsidium und Bundesvorstand der CDU sagte er: „Wir leben in einer moderneren Form der Demokratie. Nicht zehn oder zwanzig oder dreißig Leute entscheiden allein, sondern Wahlen gewinnt man nur mit einer richtigen breiten Unterstützung und der aktiven Mitgliederschaft.“⁸³ Söder nahm für sich in Anspruch, er habe für seine Bewerbung „unheimlich viele Aufforderungen bekommen – aus der CSU sowieso, aber auch aus der CDU“. Man müsse jetzt in die in die Partei und Fraktion „hineinhorchen“. „Parteien in dieser Zeit können nicht einfach von oben geführt werden.“ Er wolle eine „breite Mehrheit der CDU, aber diese breite Mehrheit muss sich auch noch einmal gesamt dokumentieren, nicht nur durch Beschluss“.⁸⁴ Wie eine breite Mehrheit in der CDU ohne Beschluss festgestellt werden könne, sagte Söder nicht.

Wer allerdings versucht, die vielzitierte „Stimme der Basis“ konkret zu belegen, stößt schnell an Grenzen. So gab es in den Tagen nach Söders Kandidatur-Bekanntgabe nur ganz wenige Stellungnahmen von regionalen CDU-Gremien für ihn als Kanzlerkandidaten. Auf Landesebene wurde zunächst nur ein Beschluss des Präsidiums der Berliner CDU für Söder gemeldet.⁸⁵ Allerdings handelt es sich bei der Hauptstadt-CDU um einen kleinen Verband, der damals auf einem CDU-Parteitag nur 32 von 1.001 Delegierten stellte.

Obwohl andere Festlegungen ausblieben, übernahmen die Medien Söders Narrativ einer verbreiteten Stimmung zu seinen Gunsten in der CDU. Dafür wurden zum Teil absurde Belege ins Feld geführt. So stellten fast alle überregionalen Medien bis hin zu den Hauptnachrichten im Fernsehen dem eindeutigen „Stimmungsbild“ des CDU-Bundesvorstandes für Laschet vom 12. April einen Beschluss des Vorstandes des Ortsverbandes Düsseldorf-Lierenfeld für Söder gegenüber, dem damals nur 30 Mitglieder angehörten.⁸⁶ Die

83 Zit. nach Mitschnitt der CSU-Pressekonferenz vom 12. April 2021, Die Zeit vom 12. April 2021, <https://www.zeit.de/politik/2021-04/livestream-kanzlerkandidat-union-markus-soeder-csu-pressekonferenz> (Abruf: 20. Juli 2025).

84 Zit. ebd.

85 Vgl. Tagesspiegel vom 12. April 2021, <https://www.tagesspiegel.de/berlin/berliner-cdu-spricht-sich-fur-soder-aus-5395033.html> (Abruf: 20. Juli 2025).

86 Vgl. dpa, 12. April 2021 und zum Beispiel Die Zeit vom 12. April 2021, <https://www.zeit.de/news/2021-04/12/cdu-ortsverein-im-laschet-land-spricht-sich-fuer-soeder-aus> (Abruf: 20. Juli 2025).

CDU insgesamt hat über 10.000 Ortsverbände. Es war schlicht unseriös, einen einzigen davon zur „Stimme der Basis“ zu stilisieren. In den folgenden Tagen immer wieder zitierte Einzelstimmen aus der CDU beriefen sich ihrerseits auf Gespräche, Telefonanrufe und Emails, deren tatsächliche Zahl aber schwer überprüfbar ist. Die mediale Verstärkung solcher Stimmungsbilder hat sicherlich auch einen Echoeffekt ausgelöst. Insgesamt lassen sich in Medien weniger als hundert regionale Funktions- und Mandatsträger der CDU nachweisen, die sich klar für Söder aussprachen.

Dem stand eine spontane Unterschriftensammlung „Union für Laschet“ gegenüber, der sich nach dem 12. April 475 aktuelle und ehemalige Funktions- und Mandatsträger aus allen Bundesländern mit einem Schwerpunkt in Nordrhein-Westfalen anschlossen.⁸⁷ Teilweise wurde dagegen im Söder-Lager argumentiert, man dürfe bei der CDU-Basis Voten aus Nordrhein-Westfalen nicht mitzählen, wie auch bayerische Stimmen in der CDU ausgespart wären. Eine derartige Aufteilung in CDU-Mitglieder erster und zweiter Klasse hätte nicht nur 130.000 nordrhein-westfälische CDU-Mitglieder – also fast ein Drittel aller CDU-Mitglieder – vom Meinungsbildungsprozess ausgesperrt, sondern wäre auch die Aufhebung des demokratischen Urprinzips „One (wo)man – one Vote“ gewesen.

Für die Behauptung einer Diskrepanz zwischen dem Votum des CDU-Bundesvorstandes pro Laschet und dessen Unterstützung an der Basis lassen sich objektiv nachvollziehbare Belege nicht finden. Medial verstärkte Einzelstimmen, die über „Stimmungsbilder“ berichten, sind dafür kein Ersatz. Ohne Zweifel gab es in der CDU Unterstützer für Söder, so wie sich übrigens in der CSU – allerdings medial fast völlig ignoriert – auch Unterstützer für Laschet zu Wort meldeten. Transparent und überprüfbar nachvollziehbar war allerdings das jeweilige Ausmaß nicht.

Ein Beispiel für die medial verzerrte Darstellung der Stimmung an der CDU-„Basis“ ist auch die vielfach zitierte Diskussion in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, wo sich Laschet und Söder am 13. April 2021 vorstellten. Der Fraktion gehörten damals 245 Abgeordnete an, davon 200 von der CDU. Insgesamt kamen 66 Fraktionsmitglieder zu Wort. Alle 16 CSU-Abgeordneten, die sich zu Wort meldeten, unterstützten Söder. Von den 50 CDU-Abgeordneten, die sich

87 Vgl. dazu unter anderem dpa, 12. April 2021; General-Anzeiger Bonn vom 14. April 2021; ntv, 15. April 2021; Frankfurter Rundschau vom 16. April; Die Zeit vom 15. April 2021; SZ vom 19. April 2021. S. auch Alfons Pieper: Union? Es brodelt in der CDU – Eine kleine Aktion pro Laschet, in: Blog der Republik 14. April 2021, <https://www.blog-der-republik.de/union-es-brodelt-in-der-cdu-eine-kleine-aktion-pro-laschet/> (Abruf: 20. April 2021). Die Liste der Unterstützer liegt dem Autor vor.

an der Debatte beteiligten, sprachen 28 pro Söder und 22 pro Laschet.⁸⁸ Drei Viertel der CDU-MdBs äußerten sich in der Fraktionsvorsitzung nicht. Die Fraktionsdebatte – die offenbar von den Söder-Unterstützern wesentlich besser vor- und nachbereitet worden war als vom Laschet-Lager – hatte eine erhebliche mediale Wirkung, weil sie in der Folgezeit häufig als Beleg für die angebliche Stimmung an der Parteibasis angeführt wurde. Nach dem Präsidium der Berliner CDU stellten sich nun auch die Landesvorsitzenden der CDU in Hamburg und Thüringen hinter Söder. Dem schlossen sich die Landesvorsitzenden und Ministerpräsidenten im Saarland und in Mecklenburg-Vorpommern an.

Das differenzierte Bild an der CDU-Basis

Selbst wenn man in diesen CDU-Verbänden eine einheitliche Unterstützung für Söder unterstellt – was nicht der Fall war –, kamen von dort wenig mehr als zehn Prozent der über 400.000 CDU-Mitglieder. Mediale Abfragen ergaben in anderen Landesverbänden zudem ein gemischtes Stimmungsbild. Die Vorsitzenden der Landesverbände Rheinland-Pfalz und Sachsen legten sich nicht fest, die in Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Hessen und Nordrhein-Westfalen stellten sich ebenso ausdrücklich hinter Laschet wie die Vorsitzenden von Sozialausschüssen, Frauen-Union, Mittelstandsvereinigung und Seniorenunion. Überprüfbare Voten aus CDU-Gremien unterhalb der Bundes- und Landesebene sind im Übrigen nur vereinzelt bekannt. So sprachen sich im Bezirksverband Rheinhessen-Pfalz die Kreisvorsitzenden überwiegend für Söder aus. Ähnliches wurde aus dem Bezirksverband Koblenz-Montabaur berichtet.⁸⁹

In der entscheidenden Bundesvorstandssitzung am 19. April 2021 berichteten einige Landes- beziehungsweise Vereinigungsvorsitzende über die Stimmung in ihren Verbänden. Diese Sitzung fand als Videokonferenz statt. So war es möglich, dass einzelne Teilnehmer Journalisten eine unerkannte Teilnahme ermöglichten. Daraus folgte die Wiedergabe mancher Wortmeldungen in Echtzeit bei Twitter.⁹⁰

Das in der Vorstandssitzung beschriebene Stimmungsbild an der Basis war gemischt und keineswegs so eindeutig wie oft medial dargestellt. Der Vorsitzende der Sozialausschüsse, Karl-Josef Laumann, eröffnete die Debatte mit

88 Auf Bild.de waren alle Wortmeldungen im Ticker zu verfolgen. Vgl. BILD vom 14. April 2021, <https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/kanzlerkandidatur-der-union-soeder-gegen-laschet-machtkampf-um-deutschland-76056506.bild.html> (Abruf: 25. Juli 2025).

89 Vgl. Lokalo.de, 19. April 2021, <https://lokal.de/artikel/225602/cdu-verbaende-aus-rheinland-pfalz-tendieren-zu-soeder-sondersitzung-vorgezogen/> (Abruf: 21. Juli 2025). Vgl. FAZ vom 20. April 2021

90 Die folgenden Zitate stammen alle aus der Twitter-Timeline der Journalisten Robin Alexander (Welt, @robinalexander) und Paul Ronzheimer (BILD @ronzheimer), die die Sitzung erkennbar live verfolgt haben. Zum Verlauf der digitalen Sitzung im Einzelnen vgl. auch Berliner Morgenpost vom 21. April 2021 und Der Spiegel vom 20. April 2021.

dem klaren Statement: „Sozialausschüsse wünschen sich, dass Armin Kanzlerkandidat wird.“ Der Vorsitzende der Jungen Union, Tilmann Kuban, berichtete, dass 14 seiner 18 Landesverbände für Söder seien. Dabei erwähnte er nicht, dass die Junge Union lediglich ihre Landesvorsitzenden in einer Videokonferenz nach einem „Stimmungsbild“ in ihren Verbänden gefragt hatte. Nach deren subjektiver Einschätzung tendierte die Mehrheit in den 14 Landesverbänden – die Hälfte davon hatte deutlich weniger als 1.000 Mitglieder – zugunsten von Söder. Die nordrhein-westfälische Junge Union mit mehr als einem Drittel aller JU-Mitglieder war für Laschet.⁹¹ Der JU-Bundesvorstand hatte in dieser Phase bemerkenswerterweise weder getagt noch ein Votum abgegeben.

Daniel Günther sagte zur Stimmung in der CDU Schleswig-Holstein: „Die Mehrheit an der Basis ist nicht für Armin Laschet [...]. Ich habe auch viele Aussagen, dass Laschet ins Rennen gehen muss.“ Für Rheinland-Pfalz beschrieb Julia Klöckner eine Stimmung an der Basis für Söder. In Sachsen-Anhalt gab es nach der Darstellung von Ministerpräsident Reiner Haselhoff eine klare Stimmung für Söder. Er fügte hinzu, das sei die Stimmung überall in den neuen Bundesländern. Dem widersprach ausdrücklich der Brandenburger CDU-Vorsitzende Jan Redman: „Sein Präsidium mehrheitlich für Laschet, Kreisverbände ausgeglichen.“ Aus Mecklenburg-Vorpommern ergänzte der dortige Landesvorsitzende Sack: „Hatten erweiterten Landesvorstand. Deutliches Votum für Laschet.“ Der sächsische Ministerpräsident Michael Kretschmer sprach von „einem Konflikt in unseren Reihen“. Über Baden-Württemberg berichtete die Vorstandsvorsitzende des Städtetages, Gudrun Heute-Bluhm: „Aus den Reihen der Bürgermeister habe ich eine ganz klare Ansage bekommen: Armin Laschet.“ Der Parlamentarische Geschäftsführer der 29 Mitglieder umfassenden CDU/CSU-Gruppe im Europaparlament Markus Pieper hielt fest: „Die deutliche Mehrheit in unserer Fraktion ist für Laschet.“

Die Entscheidung für Laschet

Vor der entscheidenden Sitzung des CDU-Bundesvorstandes am Abend des 19. April 2021 hatte Markus Söder nach einer Sitzung des CSU-Präsidiums erneut erklärt, dass seine Bereitschaft zur Kanzlerkandidatur ein Angebot sei, „wenn eine breite Mehrheit der CDU, dies will und trägt. [...] Es handelt sich bei dieser ganz entscheidenden Personalfrage nicht um einen Streit zwischen CDU und CSU, sondern es geht letztlich um eine Entscheidung und Diskussion innerhalb der CDU. [...] Breite Unterstützung [...] ist wenn Vorstand, Fraktion und Basis das gemeinschaftlich wollen. [...] Ich habe ausdrücklichen Respekt – damit da kein Missverständnis aufkommt – vor allen Gremien [...] Ich bin ein Anhänger und Verteidiger der repräsentativen Demokratie [...]. Also Respekt

91 Vgl. ntv, 18. April 2021, <https://www.n-tv.de/politik/Junge-Union-schlaegt-sich-auf-Soeders-Seite-article22498372.html> (Abruf: 14. August 2025).

vor den Gremien ist selbstverständlich.“ Zugleich fügte er relativierend hinzu: „Aber es ist auch wichtig, Respekt und Interesse für Mitglieder, Abgeordnete und auch die Bevölkerung draußen zu finden, die uns letztlich trägt und in deren Einklang wir sein wollen. Eine moderne repräsentative Demokratie vereint beides und denkt gemeinsam: Die Gremien, aber umgekehrt auch die Mitglieder und die Bevölkerung, die uns hier tragen. [...]. Jetzt meine Bitte [...] an die CDU, jetzt das Meinungsbild abzurunden und das wir es auch dann gemeinsam abschließen.“ Zum Schluss betonte er erneut: „Wo und wie entscheidet die CDU allein, auch welches Gremium das ist. Wenn der Bundesvorstand das ist, dann werden wir das respektieren [...]. Meine Entscheidung war und ist immer ein Angebot [...]. Aber die Entscheidung darüber, ob dieses Angebot angenommen werden kann oder nicht, kann nur die CDU letztlich treffen.“⁹²

Damit hatte auch Söder trotz seiner wiederholten „Hinterzimmer“-Vorwürfe anerkannt, dass die Entscheidung beim CDU-Bundesvorstand lag, der sich dann in der Nacht vom 19. auf den 20. April in einer geheimen Abstimmung mit einem klaren 31:9-Votum (bei sechs Enthaltungen) für Armin Laschet entschied. An der Abstimmung hatten mit Ausnahme von Angela Merkel alle stimmberechtigten Vorstandsmitglieder teilgenommen. In mehreren Wortmeldungen in dieser Sitzung war auch deutlich geworden, dass manche Vorstandsmitglieder tatsächlichen oder vermeintlichen Stimmungen in ihren Verbänden nicht folgen wollten. Sie beriefen sich auf die Freiheit des Mandats und wollten sich dem Zwang eines imperativen Mandates nicht unterwerfen. Der stellvertretende Chefredakteur der *WELT*, Robin Alexander schrieb dazu treffend: „Debatte im CDU-Vorstand ist auch Lehrbeispiel für Konflikt klassische repräsentative Demokratie vs moderne Stimmungs-/Demoskopiedemokratie.“⁹³

In den (digitalen) Medien kursierte im Anschluss an das Votum für Laschet die falsche Behauptung, im CDU-Bundesvorstand hätten an dieser Abstimmung Landesvorsitzende und Ministerpräsidenten nicht teilgenommen und nur deshalb sei das Ergebnis so klar für Laschet ausgefallen. Tatsächlich waren vier der sechs CDU-Ministerpräsidenten (Bouffier, Haseloff, Kretschmer, Laschet) stimmberechtigte gewählte Vorstandsmitglieder. Lediglich kooptiert waren die Ministerpräsidenten Günther und Hans, von denen sich einer öffentlich für Laschet und der andere für Söder ausgesprochen hatte. Auch sieben der 17 CDU-Landesvorsitzenden waren gewählt und damit stimmberechtigte Vorstandsmitglieder (Althusmann, Breher, Bouffier, Klöckner, Kretschmer, Laschet, Strobl). Von den zehn nicht stimmberechtigten, sondern lediglich kooptierten Landesvorsitzenden hatten sich vier für Laschet und sechs für Söder positio-

92 CSU-Pressekonferenz am 19. April 2021, <https://www.youtube.com/watch?v=FN3gbMgJEIQ> (Abruf: 2. August 2025).

93 Vgl. dazu auch Welt-TV, 20. April 2021, <https://www.welt.de/politik/deutschland/video230536025/Robin-Alexander-ueber-Entscheidung-fuer-Laschet-als-Kanzlerkandidat.html?cid=socialmedia.twitter.shared.web> (Abruf: 22. Juli 2025).

niert. Selbst wenn also alle Ministerpräsidenten und Landesvorsitzenden mitgestimmt hätten, hätte sich das Ergebnis nur um zwei Stimmen zugunsten Söders verändert.

Trotz des klaren Votums des CDU-Bundesvorstandes zugunsten von Laschet wurde die Debatte über die Kanzlerkandidatur vom unterlegenen Kandidaten und dessen Anhängern immer wieder neu befeuert. Schon am 20. April sagte der CSU-Generalsekretär Markus Blume bei der CSU-Pressekonferenz, bei der Söder seine Kandidatur mit Verweis auf das Votum des CDU-Bundesvorstandes zurückzog: „Markus Söder war erkennbar der Kandidat der Herzen. Aber in der Demokratie und gerade auch in der innerparteilichen Demokratie entscheidet etwas anderes, nämlich am Ende die Mehrheit.“⁹⁴

Diese öffentliche Delegitimierung des CDU-Vorstandsvotums setzte sich fort. Auf die Frage der *Nürnberger Nachrichten*: „Mittlerweile haben Sie in Ihren „Hinterzimmern“ getagt. Wie ist die Reaktion des CSU-Vorstandes oder des Parteipräsidiums auf Ihre Verunglimpfung der Gremien der Schwesterpartei?“ antwortete Söder am 24. April: „Da war nichts abwertend gemeint. Natürlich sind Gremien wichtig, aber ich wundere mich über ein sehr veraltetes Demokratieverständnis. Es gibt einen großen Wunsch der Bürger nach Beteiligung in Zeiten von hohen Partizipationsmöglichkeiten durch social media und Basisbefragungen. Das darf man nicht ausblenden.“ Und weiter: „Wer den Bürgern die Möglichkeit der Teilnahme an Entscheidungsprozessen mit dem Hinweis auf Formalitäten verweigert, der muss gute Argumente dafür haben. Ich finde jeweils keine.“

Es folgten viele ähnliche Äußerungen. Noch im *ZDF*-Sommerinterview am 1. August 2021 tat sich Markus Söder schwer, seine Niederlage zu akzeptieren: „Ich habe gesagt, ich mache ein Angebot, das muss zu hundert Prozent angenommen werden. Ich hätte wahrscheinlich gewonnen, wenn ich so eine harte Auseinandersetzung gemacht hätte – knapp gewonnen, es hätte aber nicht getaugt für einen guten Wahlkampf.“ Obwohl sich nur zwei der sechs CDU-Ministerpräsidenten (Haseloff und Hans) für ihn ausgesprochen hatten, meinte Söder in diesem Interview auch, dass ihn „die Mehrheit der Ministerpräsidenten-Kollegen“ unterstützt hätte.⁹⁵ Noch zwei Wochen vor der Bundestagswahl sagte CSU-Generalsekretär Markus Blume am 9. September 2021 dem *Spiegel*: „Natürlich stünden wir mit Markus Söder besser da. Die ungebrochen hohen Zustimmungswerte für Markus Söder zeigen, welches Potenzial wir als Union eigentlich haben.“

94 Zit. nach Redaktionsnetzwerk Deutschland, 20. April 2021. <https://www.rnd.de/politik/armin-laschet-als-unions-kanzlerkandidat-gemischte-reaktionen-VGGMUFQAVWKO-QEKVMS4R3X2FLY.html> (Abruf: 15. Juli 2025).

95 Zit. nach *ZDF*-Sommerinterview 1. August 2021 – Videomitschnitt, https://www.facebook.com/watch/live/?ref=watch_permalink&v=964677507434674 (Abruf: 15. Juli 2025).

Bei einem Verlust von 8,8 Prozent kamen die Unionsparteien bei der Bundestagswahl am 26. September 2021 nur noch auf 24,1 Prozent der Stimmen. Mit einem Vorsprung von 0,6 Prozent wurde die SPD stärkste Fraktion und bildete die Regierung. In der Union und besonders der CDU wurde diese Wahlniederlage wesentlich auf die anhaltenden Querschüsse von Markus Söder auch im Wahlkampf zurückgeführt.

Diese Erfahrung hat sehr dazu beigetragen, dass sich CDU und CSU relativ schnell einigten, mit Friedrich Merz als Kanzlerkandidat zur vorgezogenen Bundestagswahl am 23. Februar 2025 anzutreten. Er wurde am 23. September 2024 von den Präsidien von CDU und CSU einstimmig nominiert.⁹⁶ Schon am 17. September hatten Merz und Söder bei einer gemeinsamen Pressekonferenz ihre Einigung mitgeteilt, obwohl Söder in den Beliebtheitsumfragen 2024 regelmäßig deutlich vor Merz gelegen hatte.

Jetzt schob Söder diesen Aspekt im Unterschied zu 2021 zur Seite und sagte dazu: „Ich habe ein Versprechen gegeben, dass 2021 sich nicht wiederholen wird und ich halte Wort. [...] Friedrich Merz und ich, wir haben beide eine hohe Akzeptanz in der Bevölkerung, eine hohe Akzeptanz und Relevanz auch in den Umfragen. Daher gehört es zum Selbstverständnis von CDU und CSU, dass beide Parteivorsitzende grundsätzlich geeignet sind für die zentrale politische Aufgabe unseres Landes, für die Kanzlerkandidatur. [...] Historisch gesehen ist es so, dass die CDU als größere Schwester das erste Zugriffsrecht hat. Auch das ist ein natürliches Recht. Friedrich Merz als Parteivorsitzender nimmt von diesem Anrecht Gebrauch, die CSU akzeptiert das, ich akzeptiere das – und zwar nicht zähneknirschend.“⁹⁷

III. Grundsätzliche Fragen

Die Herabsetzung gewählter Gremien als „Hinterzimmer“ verbunden mit der Behauptung breiter Unterstützung der Parteibasis, eine Fixierung auf demoskopische Popularitätswerte und der Hang zur Reduzierung eines politischen Programms auf Personen waren die strategischen Leitplanken des Versuchs von Markus Söder, 2021 Kanzlerkandidat der Union zu werden. Darum ging es, als er davon sprach, dass ihn von Armin Laschet „ein unterschiedliches Verständnis von Demokratie“ trenne. Was vordergründig im Laschet-Söder-Konflikt als Wettbewerb zwischen Personen erschien, war tatsächlich eine fundamentale Herausforderung des Selbstverständnisses der CDU: Sollte aus einer politischen Partei mit klaren, demokratisch legitimierten repräsentativen Entscheidungs-

96 Vgl. Tagesschau online, <https://www.tagesschau.de/inland/merz-union-kanzlerkandidat-100.html> (Abruf: 12. August 2025).

97 Zit. nach: Pressekonferenz von Friedrich Merz und Markus Söder am 17. September 2024 – Video bei tagesschau.de, <https://www.tagesschau.de/multimedia/sendung/tagesschau24/live/video-1380718.html> (Abruf: 12. August 2025).

strukturen eine an einer Führungsfigur orientierte politische Bewegung werden? Letztlich war die Entscheidung der CDU für den Kanzlerkandidaten Armin Laschet eine Absage an ein populistisch-volatiles Politikverständnis und ein Votum für die Stärkung bewährter demokratischer Entscheidungsverfahren.

Die Ambivalenz von Mitgliederbefragungen

Schon vor der entscheidenden Sitzung des CDU-Bundesvorstandes hatte Söders „Hinterzimmer“-Vorwurf gegen das gewählte Führungsgremium der CDU die Debatte über mögliche Alternativen der Entscheidungsfindung belebt. So schlug der Vorsitzende der CSU-Landtagsfraktion Thomas Kreuzer am 12. April 2021 eine Mitgliederbefragung vor. Das wurde aber vom CSU-Präsidium noch am gleichen Tag ausdrücklich abgelehnt.⁹⁸ Söder selbst sagte dazu in einer Pressekonferenz nach der Präsidiumssitzung: „Ich glaube, die Zeit ist jetzt zu kurz, um eine Mitgliederbefragung zu machen. Ich höre das aus CDU-Basisverbänden und ich höre das bei uns. Es wäre ein Instrument, wenn wir Zeit hätten, aber die Zeit ist jetzt nicht da.“⁹⁹ In einem Interview mit dem *Bayerischen Fernsehen* am Abend des 12. April flirtete er jedoch wieder mit der Idee. Auf die Frage: „Wie wollen Sie denn das Patt zwischen den beiden Parteigremien auflösen? Eine Mitgliederbefragung – hieß es aus der CSU-Landtagsfraktion – wäre doch ein geeignetes Mittel. Jetzt haben Sie da wieder einen Rückzieher gemacht, aber digital geht das doch“, antwortete Söder: „Das war ein Vorschlag. Ich glaube, dass dieser Vorschlag garnicht so schlechte Chancen bieten würde für eine gemeinsame Entscheidung.“ Dann verwies er erneut auf den Zeitdruck.¹⁰⁰

Die beiden Unionsparteien waren sich darin einig, dass die Kanzlerkandidatur schnell entschieden werden solle. Außerdem hätte eine gemeinsame Mitgliederbefragung die Dominanz der CDU mit damals ca. 400.000 Mitgliedern gegenüber ca. 130.000 CSU-Mitgliedern zum Ausdruck gebracht.¹⁰¹ Vor allem deshalb hatte ein CSU-Parteitag bereits im Oktober 2019 auch auf Drängen des neuen Parteivorsitzenden Markus Söder den Vorschlag einer Mitgliederbefragung zur

98 Vgl. Die Welt vom 12. April 2021 und Der Spiegel vom 13. April 2021.

99 Zit. nach: Mitschnitt der CSU-Pressekonferenz vom 12. April 2021 bei Die Zeit vom 12. April 2021, <https://www.zeit.de/politik/2021-04/livestream-kanzlerkandidat-union-markus-soeder-csu-pressekonferenz> (Abruf: am 20. Juli 2025).

100 Zit. nach: Videomitschnitt Bayerisches Fernsehen, 12. April 2021, <https://www.youtube.com/watch?v=UjDfmUrcsO4> (Abruf: 21. Juli 2025).

101 Vgl. zu den Mitgliederzahlen Bundeszentrale für Politische Bildung, 12. Oktober 2022, <https://www.bpb.de/themen/parteien/parteien-in-deutschland/zahlen-und-fakten/138672/mitgliederentwicklung-der-parteien/> (Abruf: 12. Juli 2025).

Entscheidung über den Kanzlerkandidaten ausdrücklich abgelehnt.¹⁰² Einen Monat später traf ein CDU-Bundesparteitag die gleiche Entscheidung.¹⁰³

Nur aus drei der 325 CDU-Kreisverbände ist bekannt, dass sie zur Kanzlerkandidaten-Frage Mitgliederbefragungen durchgeführt haben. In zwei Fällen geschah dies in Form digitaler „48h-Blitzumfragen“, die am 15. April für zwei Tage freigeschaltet wurden: Im Kreisverband Mainz-Bingen waren von 2.008 Mitgliedern nur 753 Mitglieder per mail erreichbar. 522 Mitglieder nahmen an der digitalen Umfrage teil. Davon votierten 407 für Söder. Das sind zwar drei Viertel derer, die an der Befragung teilgenommen haben, aber nur 20 Prozent der Mitglieder insgesamt. Ähnliches gilt für den Kreisverband Mainz mit 1.300 Mitgliedern, von denen zum Zeitpunkt der Befragung 824 per mail erreichbar waren. An der Befragung beteiligte sich etwas mehr als die Hälfte (462). 364 stimmten für Söder.¹⁰⁴ Eine schriftliche Befragung gab es nur unter den rund 900 Mitgliedern im Kreisverband Worms-Alzey: 461 Mitglieder beteiligten sich daran, 380 sprachen sich für Söder aus – also etwas mehr als ein Drittel der Gesamtmitgliederzahl.¹⁰⁵

Schon diese Ergebnisse zeigen, dass eine von manchen geforderte (schnelle) digitale Befragung aller CDU-Mitglieder ein Viertel bis ein Drittel der Mitglieder ausgesperrt hätte, die aus welchen Gründen auch immer für die Partei nicht digital erreichbar waren. Die Erfahrung einer sehr eingeschränkten Aussagekraft digitaler Mitgliederbefragungen hatte auch die Junge Union gemacht, als sie zum Wettbewerb um den CDU-Vorsitz zwischen Armin Laschet und Friedrich Merz im Oktober 2020 die eigenen Mitglieder digital befragte. Beteiligt hatten sich selbst in der Altersgruppe unter 35 Jahren – bei dieser Altersgrenze endet die JU-Mitgliedschaft – nur 20,1 Prozent, also nur knapp 15.000 der ca. 75.000 Mitglieder.¹⁰⁶

Als im Dezember 2021 nach der verlorenen Bundestagswahl und dem Rücktritt von Armin Laschet in der CDU online und postalisch eine Mitgliederbefragung über die Kandidaten für den CDU-Bundesvorsitz stattfand, nahmen daran 254.957 der 386.200 Mitglieder (also 66 Prozent) teil. Davon stimmten 132.638 online und 122.319 per Brief ab.¹⁰⁷

102 Vgl. Redaktionsnetzwerk Deutschland, 18. Oktober 2019, <https://www.rnd.de/politik/csu-parteitag-lehnt-urwahl-des-kanzlerkandidaten-ab-W5EGMJXONRC2JILULRDUHV25U.html> (Abruf: 15. Juli 2025).

103 Vgl. Der Spiegel vom 23. November 2019.

104 Alle Angaben nach Mitteilungen der CDU-Kreisgeschäftsstelle Mainz/Mainz-Bingen an den Autor am 21. April 2021.

105 Vgl. Mitteilung der CDU Alzey-Worms vom 17. April 2021, <https://cdu-alzey-worms.de/news/lokal/191/Ueberwaeltigende-Mehrheit-der-Basis-fuer-Markus-Soeder-als-Kanzlerkandidaten.html> (Abruf: 2. August 2025).

106 Vgl. Redaktionsnetzwerk Deutschland, 3. November 2020, <https://www.rnd.de/politik/junge-union-fur-merz-als-cdu-chef-laschet-nur-auf-dem-dritten-platz-SCIOWRJROJEUDDANE22XKJ6J3Y.html> (Abruf: 19. August 2025).

107 Vgl. <https://www.home.cdu.de/artikel/friedrich-merz-ist-designierter-cdu-vorsitzender> (Abruf: 14. August 2025).

Partei oder Fraktion?

Da eine Befragung aller Mitglieder von CDU und CSU über den gewünschten Kanzlerkandidaten 2021 schon aus zeitlichen Gründen ausschied, wurden für die Entscheidungsfindung unterschiedliche Gremien ins Spiel gebracht, die aber ihrerseits nicht repräsentativ waren.

Da die CDU/CSU-Bundestagsfraktion das einzige gemeinsame Gremium der beiden selbstständigen Schwesterparteien ist, liegt es nahe, dass sie immer wieder als Entscheidungsgremium ins Spiel gebracht wurde, wenn die Kanzlerkandidatur zwischen CDU und CSU strittig war. Dass hier aber ein Spannungsverhältnis zwischen Partei und Fraktion besteht, hat Konrad Adenauer schon in der allerersten Fraktionssitzung am 1. September 1949 thematisiert.

Die „Rhöndorfer Konferenz“ führender Vertreter von CDU und CSU hatte sich nämlich kurz vor der Konstituierung der Fraktion gegen eine Regierungsbildung mit der SPD ausgesprochen. Adenauer sagte dazu – unterbrochen von einigen Zwischenrufen, die verdeutlichten, wie spannungsgeladen die Thematik war – zu Beginn der ersten Fraktionssitzung:

„Es hat gestern eine sehr lange Vorbesprechung stattgefunden in einem Kreis, der sich zusammensetzte aus den Landesvorsitzenden, den Ministerpräsidenten, Ministern und Landtagspräsidenten, die zu uns gehören. Es ist ganz selbstverständlich, daß die Fraktion allein das Recht hat, über die Regierungsbildung zu entscheiden, und daß deswegen dieser Fraktion nicht vorgegriffen werden durfte, aber, meine Damen und Herren,

(Zuruf: Sehr richtig!)

trotz dieses Zwischenrufes wollen wir uns darüber klar sein, daß keine parlamentarische Fraktion ein Wesen ist, das völlig für sich besteht, sondern jede Fraktion irgendeines Parlamentes muß die engste Fühlung halten mit ihrer Partei [...].“ Sie habe, so Adenauer weiter, zu berücksichtigen, „was die zuständigen Parteiinstanzen einschließlich der Wähler denken“.¹⁰⁸

Als es 14 Jahre später in der Debatte um seine eigene Nachfolge um die Rolle der Partei ging, erinnerte Konrad Adenauer in der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes am 14. März 1963 daran, was sich seitdem verändert hatte. „Als im Jahre 1949 zum erstenmal ein Bundeskanzler gewählt wurde, hatten wir noch keine Bundespartei, sondern nur Landesparteien. Infolgedessen konnte niemand beanspruchen, irgendwie auch Gehör zu finden bei der Meinungsbildung der Fraktion.“¹⁰⁹ Da die Konflikte um die Adenauer-Nachfolge immer heftiger wurden, erteilte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ihrem Vorsitzenden Heinrich

108 Zit. nach CDU/CSU, 1. WP, Fraktionssitzung am 1. September 1949, bearb. v. Helge Heidemeyer, Udo Wengst, in: Editionsprogramm „Fraktionen im Deutschen Bundestag 1949–2005“, http://fraktionsprotokolle.de/cdu-csu-01_1949-09-01-t1000_WZ.xml (Abruf: 24. August 2025).

109 Zit. nach Adenauer: „Stetigkeit in der Politik“, S. 413.

von Brentano am 5. März 1963 ausdrücklich „Vollmacht für die Gespräche mit der Fraktion, mit dem Bundesparteivorstand und mit dem Vorstand der CSU, in denen die Voraussetzungen dafür geschaffen werden sollen, daß der Fraktion ein Vorschlag gemacht werden kann, der getragen ist von einer großen Zahl Verantwortlicher.“¹¹⁰

Am 14. März gab der CDU-Bundesvorstand Josef Hermann Dufhues als Geschäftsführendem Vorsitzenden der CDU einstimmig einen ähnlichen Auftrag. In der vorausgehenden Debatte ging es vor allem darum, dass man die Entscheidung über einen neuen Kanzler nicht allein der Fraktion überlassen könne. Anton Dichtel, Vorsitzender der CDU Südbaden, brachte in seinem Beitrag das inzwischen gewachsene Selbstbewusstsein der Partei auf den Punkt: „Auf alle Fälle möchte ich noch einmal mit aller Deutlichkeit sagen, an der Partei kann man bei dieser gestaltenden Frage nicht vorbeigehen. Dabei möchte ich den Herren Bundestagsabgeordneten sagen: Ihr Recht in Ehren, Ihre Situation in Ehren; das ist alles in Ordnung, aber letzten Endes beginnt erst das Herz eines Bundestagsabgeordneten zu schlagen, wenn er von der Partei nominiert, herausgestellt und im Wahlkampf getragen wird.“¹¹¹

Von Brentano und Dufhues arbeiteten eng zusammen und machten in der Fraktionssitzung am 23. April 1963 beide den Vorschlag, Ludwig Erhard als Nachfolger von Adenauer zu wählen. Dufhues lobte in diesem Zusammenhang ausdrücklich, dass der Fraktionsvorsitzende von Brentano „so viel Wert darauf gelegt hat, die Meinung der Partei kennenzulernen und zu berücksichtigen“.¹¹²

Auch wenn die CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Entscheidung traf, hatte die Partei ihren Einfluss seit 1949 doch erheblich gesteigert. Das wurde drei Jahre später noch deutlicher bei der Entscheidung über die Nachfolge von Ludwig Erhard. Als der Fraktionsvorsitzende Rainer Barzel die Bundestagsfraktion am 2. November 1966 über dessen beabsichtigten Rücktritt unterrichtete, wies er zugleich darauf hin, dass bei ihm ein Telegramm eingegangen sei, „unterzeichnet von den Landesverbänden der CDU Baden-Württemberg (Adorno, Filbinger, Burg, Scheufelen), Rheinland-Pfalz (Kohl), Landesverband Saar (Zeyer), in dem gebeten wurde, vor der Sitzung des Bundesvorstandes am Dienstag, dem 8. November, keine die Partei präjudizierenden Beschlüsse zu fassen“. Der Fraktionsvorstand empfahl daher, „zunächst auch den Parteigremien Gelegen-

110 CDU/CSU, 4. WP, Fraktionssitzung am 5. März 1963, bearb. v. Corinna Franz, in: Editionsprogramm „Fraktionen im Deutschen Bundestag 1949–2005“, http://fraktionenprotokolle.de/cdu-csu-04_1963-03-05-t1505_EP.xml (Abruf: 25. Juli 2025).

111 Zit. nach Adenauer: „Stetigkeit in der Politik“, S. 416.

112 CDU/CSU, 4. WP, Fraktionssitzung am 23. April 1963, bearb. v. Corinna Franz, in: Editionsprogramm „Fraktionen im Deutschen Bundestag 1949–2005“, http://fraktionenprotokolle.de/cdu-csu-04_1963-04-23-t1510_EP.xml (Abruf: 25. August 2025).

heit zur Stellungnahme zu geben“, auch wenn „die schließliche Entscheidung in dieser Fraktion, in diesem Hause liegt“.¹¹³

In der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes am 8. November, an der auch der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß teilnahm, wurde dann kontrovers darüber diskutiert, ob man sich zur Kanzlerkandidatenfrage überhaupt äußern solle oder dadurch die Fraktion unzulässig präjudiziere. Helmut Kohl, der dem Gremium als Landesvorsitzender der rheinland-pfälzischen CDU angehörte, ergriff die Initiative und sprach die Namen aus, die zuvor alle Redner zu nennen vermieden hatten: der Fraktionsvorsitzende Rainer Barzel, Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier, der Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Kurt Georg Kiesinger und Außenminister Gerhard Schröder. Man müsse sich dieser Kandidaten-debatte stellen: „Es führt gar kein Weg vorbei. [...] Wir präjudizieren damit auch nicht die Fraktion.“ Kohl fügte hinzu: „Weil unsere Freunde von der CSU noch hier sind [...], möchte ich, daß die auch ein Bild aus erster Hand gewinnen. Es ist eine mächtige und wichtige Schwesterpartei; aber im Konzert der CDU und CSU, Herr Kollege Strauß, ist es die kleinere Schwesterpartei. Deswegen ist es ganz richtig, daß wir heute das erste Wort haben.“¹¹⁴

Strauß unterstützte Kohl ausdrücklich: Wenn man der CDU/CSU-Fraktion empfehle, aus dem Kreis der genannten Namen sich auf einen Kandidaten zu einigen, werde sich die Fraktion auch nicht „präokkupiert fühlen“. Allerdings solle man die genannten Kandidaten jetzt auch fragen, ob sie zu einer Kanzlerkandidatur bereit seien. In unterschiedlich gewundenen Formulierungen bestätigten das anschließend alle vier von Helmut Kohl genannten Personen.

In seiner Eigenschaft als CDU-Bundesgeschäftsführer übermittelte der Bundestagsabgeordnete Konrad Kraske in der Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 9. November 1966 das Ergebnis der CDU-Vorstandssitzung: „Hinsichtlich der Kandidatenfrage habe der Parteivorsitzende begrüßt, daß die Fraktion in der vergangenen Woche alle Diskussionen über diesen Punkt zurückgestellt habe, um den Gremien der CDU und CSU die Möglichkeit zu Äußerungen zu geben. Dem Parteivorstand sei klar gewesen, daß er sich zwar äußern müsse, daß die Entscheidung über diese Frage aber hier in dieser Fraktion liege und er diese Entscheidung nicht präjudizieren könne und wolle. [...] Der Vorstand habe dann noch festgestellt, daß es wünschenswert sei, wenn diese Entscheidung so bald wie möglich fallen würde.“¹¹⁵

113 Zit. nach CDU/CSU, 5. WP, Fraktionssitzung am 2. November 1966, ebd. (Abruf: 23. Juli 2025).

114 Zit. nach Kiesinger: „Wir leben in einer veränderten Welt.“ Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1965–1969. Bearb. von Günter Buchstab unter Mitarbeit von Denise Lindsay (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 50). Düsseldorf 2005, S. 338 ff.

115 Zit. nach CDU/CSU, 5. WP, Fraktionssitzung am 9. November 1966, bearb. v. Corinna Franz, in: Editionsprogramm „Fraktionen im Deutschen Bundestag 1949–2005“, http://fraktionsprotokolle.de/cdu-csu_05_1966-11-09-t1515_EP.xml (Abruf: 20. Juli 2025).

Am Tag darauf votierte die CSU in einer um die CSU-Landesgruppe erweiterten Vorstandssitzung für Kiesinger. Bedenken, die Bundestagsfraktion könne sich dadurch präjudiziert sehen, wurden zur Seite geschoben. Über die Kandidaten, die der CDU-Bundesvorstand vorgeschlagen hatte, stimmte die Bundestagsfraktion dann ab und entschied sich für Kiesinger.

Bei Rainer Barzel, der im Oktober 1971 zum CDU-Vorsitzenden gewählt worden war, einigte sich bereits Ende November 1971 eine CDU/CSU-Verhandlungskommission auf seine Nominierung zum Kanzlerkandidaten. Dies wurde dann von den Vorständen von CDU und CSU in getrennten Sitzungen am 9. Dezember einstimmig beschlossen.¹¹⁶ Die Bundestagsfraktion war hier nicht beteiligt.

Auch bei der Entscheidung über die Kanzlerkandidatur von Helmut Kohl für die Bundestagswahl 1976 war die CDU/CSU-Bundestagsfraktion nicht beteiligt. Nach schwierigen Verhandlungen hatten sich die Präsidien von CDU und CSU am 19. Juni 1975 darauf geeinigt.

Beim Wettbewerb zwischen Ernst Albrecht und Franz Josef Strauß um die Kanzlerkandidatur für die Wahlen 1980 war zunächst unklar, welches Gremium darüber entscheiden sollte. Dazu gab im CDU-Bundesvorstand am 25. Juni 1979 eine intensive Debatte. Das Thema sollte in der gemeinsamen, paritätisch besetzten Strategiekommision von CDU und CSU besprochen werden. Der CDU-Bundesvorstand beschloss einstimmig: „Ausgangspunkt für die Verhandlungen mit der CSU ist für den Bundesvorstand der CDU eine Entscheidung über den Kanzlerkandidaten der Union durch ein gemeinsames demokratisch legitimes Gremium, das gewichtet ist entsprechend der Mitglieder- und Wählerstärke der Parteien, wobei das Hauptelement von den Parteien gestellt werden soll und zu dem auch die Mitglieder der Bundestagsfraktion der CDU/CSU gehören.“¹¹⁷ Noch am gleichen Abend wies CSU-Landesgruppenchef Zimmermann den Vorschlag als „unzumutbar“ zurück und CSU-Generalsekretär Stoiber sprach von einem „bedauernswerten Versuch der CDU, die CSU zu majorisieren“.¹¹⁸ Da der Konflikt unauflösbar war, beschlossen am 2. Juli 1979 der CDU-Bundesvorstand und der CSU-Landesvorstand, die CDU/CSU-Bundestagsfraktion entscheiden zu lassen, was noch am gleichen Tag geschah. So wurde Franz Josef Strauß gemeinsamer Kanzlerkandidat der Unionsparteien. Die Fraktion hatte die Entscheidung darüber nicht an sich gezogen, sondern war von den Parteigremien darum gebeten worden.

116 Vgl. Barzel: „Unsere Alternativen für die Zeit der Opposition“. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1969–1973. Bearb. von Günter Buchstab mit Denise Lindsay (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 56). Düsseldorf 2009. S. 610, 637.

117 Zit. nach Kohl: „Stetigkeit, Klugheit, Geduld und Zähigkeit, S. 1927 f. Der Beschluss wurde mit geringfügigen Veränderungen als Pressemitteilung veröffentlicht- Vgl. Pressearchiv der Konrad-Adenauer-Stiftung 2/20/OPP-E-1-1.

118 Zit. nach Stuttgarter Zeitung vom 27. Juni 1979.

Parteigremien entschieden dann wieder, als am 17. September 1982 die sozialliberale Koalition endgültig zerbrach. Präsidium und Bundesvorstand der CDU nominierten bereits am 20. September 1982 Helmut Kohl einstimmig als Kanzlerkandidaten.¹¹⁹ Die CSU schloss sich an und die Bundestagsfraktion bestätigte das Votum. Auch Edmund Stoibers Kanzlerkandidatur 2002 wurde ebenso wie die von Angela Merkel 2005 wieder von den Parteigremien ohne Mitwirkung der Bundestagsfraktion beschlossen.

Im Konflikt zwischen Markus Söder und Armin Laschet wurde die CDU/CSU-Bundestagsfraktion als Entscheidungsgremium aber wieder ins Spiel gebracht. Markus Söder sagte am 12. April 2021: „Es ist aber wichtig auch in die Fraktion hineinzuhorchen. Die wichtigsten Wahlkämpfer, die den Wahlkampf auch tragen, sind nämlich die Abgeordneten und die Kandidatinnen und Kandidaten.“¹²⁰ 2021 gehörten ihr zwar 245 Abgeordnete an, es gibt aber in Deutschland 299 Wahlkreise. Über 50 Wahlkreise waren also nicht in der Fraktion vertreten. Betroffen waren davon vor allem Niedersachsen, Berlin, Hessen, Hamburg und Nordrhein-Westfalen. Die Meinung der CDU-Mitglieder aus diesen Wahlkreisen wäre bei einer Fraktionsabstimmung gänzlich unter den Tisch gefallen. Außerdem hätten Abgeordnete entschieden, die bei der anstehenden Wahl nicht wieder antreten wollten oder dafür vor Ort nicht wieder aufgestellt worden waren. Zugleich wären die Kandidaten ohne Stimmrecht geblieben, die bei der Wahl 2021 erstmals antraten und von der Auswahl eines Kanzlerkandidaten besonders betroffen waren.

Zu beachten ist im Gesamtzusammenhang auch die klare Vorgabe des Bundeswahl- und des Parteiengesetzes, wonach die Aufstellung von Kandidaten vornehmste Aufgabe der Parteien ist. Dieser Gesichtspunkt spielte auch eine zentrale Rolle, als am 2. Juli 1979 im CDU-Bundesvorstand darüber debattiert wurde, im Wettbewerb zwischen Ernst Albrecht und Franz Josef Strauß der CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Entscheidung über den Kanzlerkandidaten zu überlassen. Helmut Kohl hatte gleich zu Beginn der damaligen Sitzung darauf hingewiesen, dass es um etwas „Prinzipielles“ gehe. Man müsse klarstellen, „daß die Partei für die Nominierung von Spitzenkandidaten für die Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahlen zuständig ist“. Es bedürfe gegenüber der Partei einer Begründung, warum man die Entscheidung über die Kanzlerkandidatur an die Fraktion abgebe.¹²¹ Kohl wurde in dieser Auffassung von vielen Vorstandsmitgliedern unterstützt, darunter der rheinland-pfälzische Minis-

119 Vgl. Kohl: „Gelassenheit und Zuversicht“. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1980–1983. Bearb. von Günter Buchstab (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 70). Düsseldorf 2018, S. 933.

120 Zit. nach Mitschnitt der CSU-Pressekonferenz vom 12. April 2021, bei: Die Zeit, 12. April 2021, <https://www.zeit.de/politik/2021-04/livestream-kanzlerkandidat-union-markus-soeder-csu-pressekonferenz> (Abruf: 20. Juli 2025).

121 Zit. nach Kohl: „Stetigkeit, Klugheit, Geduld und Zähigkeit“, S. 1958.

terpräsident Bernhard Vogel, der grundsätzliche Einwände erhob, „daß eine Partei in einer Lebensfrage das Votum an eine Fraktion abgibt“.¹²² Nach einer längeren Debatte über konkrete Formulierungen bekräftigte der Bundesvorstand bei nur zwei Gegenstimmen „daß die Partei für die Nominierung von Spitzenkandidaten für die Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahlen zuständig ist“. Da ein gemeinsames Wahlgremium von CDU und CSU nicht bestehe, „macht sich der Bundesvorstand einen Beschluß der Bundestagsfraktion zu den Kanzlerkandidaten der Unionsparteien zu eigen unter der Voraussetzung, daß erstens beide Kandidaten das Ergebnis der Abstimmung der Bundestagsfraktion akzeptieren und zweitens [...] keine der beiden Parteien eine direkte oder indirekte bundesweite Ausdehnung gegen den Willen der anderen Partei unternimmt“.¹²³

Wie repräsentativ sind Parteigremien?

Mangelnde Repräsentativität ist auch das Problem der im Laschet-Söder-Konflikt für die Entscheidung über die Kanzlerkandidatur ebenfalls ins Spiel gebrachten Kreisvorsitzenden-Konferenz. Es gibt nämlich unter den 325 CDU-Kreisverbänden solche mit weniger als 300 Mitgliedern und solche mit mehr als 5.000 Mitgliedern. Jedem dieser Verbände nur eine Stimme zu geben, wäre also schon per se völlig verzerrend. In nur einer Stimme ließe sich zudem ein differenziertes Stimmungsbild im jeweiligen Kreisverband nicht zum Ausdruck bringen. Der CDU-Bundesvorstand hat es deshalb in seiner Sitzung am 19. April 2021 in geheimer Abstimmung mit 29 zu 14 Stimmen abgelehnt, eine Kreisvorsitzendenkonferenz entscheiden zu lassen.¹²⁴

Tatsächlich repräsentativ für die über 400.000 CDU-Mitglieder – und nach der Satzung deshalb das höchste Entscheidungsgremium¹²⁵ – ist der CDU-Bundesparteitag. Er besteht aus 800 Delegierten, die in den Kreisverbänden nach den dortigen Mitgliederzahlen gewählt werden. Dazu kommen 200 Delegierte, die die Landesverbände entsprechend der bei der letzten Wahl zum Deutschen Bundestag für die Landeslisten abgegebenen Zweitstimmen wählen. Vom Bundesvorstand anerkannte Auslandsverbände – zurzeit nur Brüssel – entsenden ungeachtet ihrer Mitgliederzahl einen Delegierten zum Bundesparteitag. So kommt die Gesamtzahl von aktuell 1.001 Delegierten zustande.

Bei einem CSU-Parteitag werden übrigens etwa zehn Prozent der Delegierten nicht von der Basis gewählt, sondern erhalten ihren Delegiertenstatus durch andere Ämter. Dazu gehören die Mitglieder des Parteivorstands, die Bezirksvorsitzenden, die CSU-Mitglieder der Bundes- und der Bayerischen Staatsregierung

122 Zit. ebd., S. 1979.

123 Zit. ebd., S. 1975.

124 Vgl. Berliner Morgenpost vom 21. April 2021, <https://www.morgenpost.de/politik/article401485380/cdu-news-laschet-soeder-kanzlerkandidatur.html> (Abruf: 10. August 2025).

125 Vgl. dazu und den folgenden Angaben das Statut der CDU, <https://www.cdu.de/app/uploads/2025/03/Statutenbroschuere-der-CDU-2025.pdf> (Abruf: 15. August 2025).

sowie die Vorsitzenden der Parteivereinigungen. Der weit überwiegende Teil der Delegierten wird allerdings auch hier in den Kreisverbänden entsprechend der Mitgliederzahl bestimmt. Beim Parteitag im September 2020 gab es 828 stimmberechtigte Delegierte, von denen 743 in den Kreisverbänden gewählt worden waren. Sie repräsentierten ca. 140.000 Mitglieder.¹²⁶

Im Statut der CDU heißt es ausdrücklich: „Der Bundesvorstand leitet die Bundespartei.“ Es war also nur folgerichtig, dass ein Votum über die Kanzlerkandidatenfrage im CDU-Bundesvorstand fallen musste, wenn ein Parteitag aus Zeitgründen nicht zusammentreten konnte.

Der CDU-Bundesparteitag wählt alle zwei Jahre 42 Mitglieder des CDU-Bundesvorstandes. Dazu kommen per Satzung als weitere kooptierte stimmberechtigte Mitglieder: Ehrengremien, Bundeskanzler, Präsidenten oder Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages, Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages, der Präsidenten des Europäischen Parlamentes, der Vorsitzende der EVP-Fraktion des Europäischen Parlamentes und der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, soweit sie der CDU angehören. Daran ergaben sich im April 2021 insgesamt 47 stimmberechtigte Mitglieder des CDU-Bundesvorstandes.

Obwohl die CSU nur ca. ein Drittel der Mitglieder der CDU hat, haben die höchsten Parteigremien in etwa die gleiche Zahl an stimmberechtigten Mitgliedern. Dem Vorstand der CSU gehörten damals 42 stimmberechtigte Mitglieder an.¹²⁷ Deshalb wären Abstimmungen in gemeinsam tagenden Gremien nicht repräsentativ.

Wenn über ein künftiges gemeinsames Entscheidungsgremium von CDU und CSU für die Kanzlerkandidatur nachgedacht wird, kann es sich eigentlich nur um ein Gremium handeln, das die Zahl der Mitglieder nach gleichen Regeln abbildet. Im Strauß-Albrecht-Konflikt hatte Gerhard Stoltenberg als stellvertretender Parteivorsitzender im CDU-Bundesvorstand am 25. Juni 1979 erklärt, das könne erreicht werden, „wenn man von einer proportionalen Vertretung ausgeht unter Hinzufügung paritätischer Elemente“.¹²⁸ Der baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth entgegnete, Proportionalität zwischen CSU und CDU bedeute ein Verhältnis von 1:4, Parität ein Verhältnis von 1:1.

Dieser Widerspruch ist nicht auflösbar: Neigt sich die Wage zur Proportionalität, ist das für die CSU wenig attraktiv, weil sie damit strukturell in einer Minderheitensituation wäre. Wäre Parität ausschlaggebend, sähe die CDU ihr Gewicht unzulässig geschmälert. Daran scheiterten bisher alle Versuche ein gemeinsames Entscheidungsgremium zur Kanzlerkandidatur zwischen CDU und CSU zu bilden.

126 Auskunft der CSU-Landesleitung per mail vom 6. Mai 2021 gegenüber dem Autor.

127 Vgl. Satzung der CSU vom 19. Oktober 2019, <https://www.csu.de/blatterkatalog/catalogs/Satzung/pdf/complete.pdf> (Abruf: 17. August 2025).

128 Zit. nach Kohl: „Stetigkeit, Klugheit, Geduld und Zähigkeit“, S. 1877 f.

Repräsentative Demokratie statt „ungestüme Popularitätssucht“

Selbstverständnis und Erfolg der Union gründeten immer auch auf einer Widerstandsfähigkeit gegen den demoskopischen Zeitgeist. Franz Josef Strauß hat es in einer viel zitierten Empfehlung so beschrieben: „Dem Volk aufs Maul schauen, den Leuten aber nicht nach dem Mund reden.“¹²⁹ Helmut Kohl meinte zu den von ihm sehr wohl genau beobachteten Umfrageergebnissen: „Ich gehöre nicht zu denen, die morgens den Finger nass machen, um zu sehen, woher der Wind weht, und sich dann möglichst windschnittig aufstellen.“¹³⁰

Wichtige Entscheidungen in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland wie die Einführung der Sozialen Marktwirtschaft, die Gründung der Bundeswehr, den Nato-Doppelbeschluss oder die Euro-Einführung hatte die Union gegen anfänglich deutlich ablehnende Umfragewerte durchgesetzt. Im Widerspruch dazu implizierte Söders Strategie, dass CDU und CSU ihre Politik nach aktuellen Umfragen ausrichten sollten, statt ihr Programm aus ihren politischen Überzeugungen zu definieren und dafür um Zustimmung zu werben. Aus programmatisch ausgerichteten Parteien würden so personenbezogene Bewegungen werden, die sich auf demoskopisch gemessenen Stimmungen stützen. Söders Kandidatur stellte die Kernfrage, ob Politik um Mehrheiten für die eigene Überzeugung werben sollte oder die eigene Überzeugung von Meinungsumfragen abhängig macht.

Dass es hier nicht nur um das Politikverständnis einer Partei, sondern um mehr ging, brachte Wolfgang Schäuble am 1. Juli 2021 in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* unter der Überschrift „Das Prinzip Repräsentation“ noch einmal auf den Punkt. Mit deutlichem Bezug auf die Laschet-Söder-Kontroverse, in der er Laschet unterstützt hatte, schrieb Schäuble: „Und auch die Parteien werden vom basisdemokratischen Sog erfasst. Immer öfter geraten sie unter den Druck innerparteilicher Strömungen oder werden zu Unterstützungsbewegungen charismatischer Führungspersönlichkeiten. Auf diese Weise lassen sich beachtliche Erfolge erzielen – das haben Sebastian Kurz oder Emmanuel Macron bewiesen. Ohne eine lebendige Partei wird es aber schwierig, sich längerfristig durchzusetzen. Parteien sind Institutionen, die Meinungen bündeln und Interessen ausgleichen. Wenn sie nur zur Mobilisierung dienen, unterminieren sie ihre eigene Daseinsberechtigung. Das schwächt die Legitimation der repräsentativen Demokratie insgesamt.“

Der britische Staatsphilosoph und Abgeordnete Edmund Burke hat dazu schon 1774 in einer Rede an die Wähler von Bristol eine zeitlos gültige Ant-

129 Kürzlich wieder verwendet von Landtagspräsidentin Ilse Aigner, Bayerischer Landtag 1. März 2023, <https://www.bayern.landtag.de/landtag-im-gespraech-meinungsforschung/> (Abruf: 10. August 2025).

130 Zit. nach: Eisel: Helmut Kohl, S. 163.

wort gegeben: „Es sollte die Freude und der Stolz eines jeden Repräsentanten sein, mit seinen Wählern in der innigsten Eintracht, der engsten Obereinstimmung und der freimütigsten Verbindung zu leben. Deren Wünsche sollten für ihn größtes Gewicht haben, deren Meinung in hohem Respekt stehen, deren Geschäfte uneingeschränkte Aufmerksamkeit verdienen. [...] Und vor allem hat er stets und in allen Fällen deren Interessen den seinen vorzuziehen. Aber seine unvoreingenommene Meinung, sein reifes Urteil, sein erleuchtetes Gewissen, die darf er Ihnen nicht opfern [...]. Ihr Repräsentant schuldet Ihnen nicht nur seinen Fleiß, sondern sein Urteilsvermögen. Und er verrät Sie, anstatt Ihnen zu dienen, wenn er es Ihrer Meinung zuliebe aufopfern würde. [...] Ein gutes Parlamentsmitglied zu sein, ist – lassen Sie mich das sagen – keine leichte Aufgabe. Insbesondere in dieser unserer Zeit, wo die Neigung, in die gefährvollen Extreme serviler Willfährigkeit oder ungestümer Popularitätssucht zu verfallen, so deutlich ausgeprägt ist.“¹³¹

131 Zit. nach: Winfried Steffani: Edmund Burke: Zur Vereinbarkeit von freiem Mandat und Fraktionsdisziplin, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 12 (1981), S. 113 f.

MISZELLE

„... ein demokratisches Deutschland muß Parteien haben“. Erich Köhlers Überlegungen für den Aufbau einer überkonfessionellen christlichen Volkspartei

Christopher Beckmann

Einführung

Erich Köhler, der vom 7. September 1949 bis zu seiner Amtsniederlegung am 13. Oktober 1950¹ das Amt des ersten Präsidenten des Deutschen Bundestages ausübte, ist heute nahezu völlig in Vergessenheit geraten. Das gilt für die Öffentlichkeit und für seine eigene Partei, die CDU, ebenso wie für die historische Forschung, die sich allenfalls am Rande mit seiner Person beschäftigt hat. 1985 konstatierte Udo Wengst, zu Köhler existiere „nicht einmal eine biographische Skizze“.² Daran hat sich bis heute wenig geändert. 2010 erschien in der Wochenzeitung „Das Parlament“ ein Beitrag von Michael Feldkamp³, 2017 im Rahmen des Online-Angebots der Konrad-Adenauer-Stiftung ein Biogramm aus der Feder des Verfassers aus Anlass des 125. Geburtstages von Köhler⁴. In diversen Darstellungen zur Frühgeschichte der hessischen CDU taucht sein Name regelmäßig auf⁵, etwa als eine Art Gegenpol zum ersten Landes-

-
- 1 In einem handschriftlichen Schreiben an den Vizepräsidenten des Deutschen Bundestags, Carlo Schmid (SPD) vom 13. Oktober 1950, in: Parlamentsarchiv Berlin Bestand 3004 Präsidialbüro Erich Köhler 8/79, 217, Bl. 2.
 - 2 Udo Wengst: Einleitung, in: Auftakt zur Ära Adenauer. Koalitionsverhandlungen und Regierungsbildung 1949. Bearb. von Udo Wengst (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Vierte Reihe: Deutschland seit 1945, 3). Düsseldorf 1985, S. IX–LV, hier XXII, Anm. 79.
 - 3 Michael F. Feldkamp: Der noble, aber kranke Präsident, in: Das Parlament Nr. 51/52 (2010).
 - 4 Christopher Beckmann: Erich Köhler (1892–1958), <https://www.kas.de/de/web/geschichte-der-cdu/personen/biogramm-detail/-/content/erich-koehler-v1> (Abruf: 29. August 2024).
 - 5 Siehe etwa Walter Mühlhausen: Hessen im 20. Jahrhundert. Eine politische Geschichte. Wiesbaden 2023; Heinrich Rüschemschmidt: Gründung und Anfänge der CDU in Hessen (Quellen und Forschungen zur hessischen Geschichte 42). Darmstadt/Marburg 1981. Einige Hinweise auch bei Frank Bösch: Die Adenauer-CDU. Gründung, Aufstieg und Krise einer Erfolgspartei 1945–1969. Stuttgart/München 2001; Winfried Becker: CDU und CSU 1945–1950 Vorläufer, Gründung und regionale Entwicklung bis zum Entstehen der CDU-Bundespartei. (Studien zur politischen Bildung 13). Mainz 1987, hier v. a. S. 88–97; Arkadius R. L. Gurland: Die CDU/CSU. Ursprünge und Entwicklung bis 1953. Frankfurt a. M. 1980.

vorsitzenden Werner Hilpert⁶ und dessen programmatischen und koalitions-politischen Vorstellungen, was übrigens in dieser Simplizität keineswegs zutrifft. Eine Auseinandersetzung mit Erich Köhler als eigenständiger politischer Akteur, seinen Prägungen und seinen politischen Vorstellungen ist aber auch im Rahmen der hessischen Landesgeschichtsforschung bislang nicht erfolgt.⁷ Damit teilt er das Schicksal so manchen Politikers, der in der frühen Nachkriegszeit nicht ohne Einfluss und Bedeutung war, heute aber allenfalls einer kleinen Minderheit überhaupt noch namentlich bekannt ist.⁸

Tatsächlich spricht einiges für eine eingehendere Beschäftigung mit der Person und den politischen Vorstellungen Erich Köhlers: Er hatte während der NS-Zeit aufgrund seiner Ehe mit einer „Nicht-Arierin“ nicht nur massive berufliche Nachteile und existenzielle wirtschaftliche Schwierigkeiten erlitten, sondern auch ständig in Angst um seine Frau leben müssen – Erfahrungen, die bei seinem Einsatz für die Schaffung einer stabilen Demokratie sicher eine wichtige Rolle spielten. Er gehörte 1945 zu den protestantischen Mitgründern der CDU als bewusst überkonfessioneller christlicher Partei und nahm dabei in Hessen wichtige Ämter wie das des Fraktionsvorsitzenden in der – ernannten – Beratenden Landesversammlung⁹ wie auch der – gewählten – Verfassungsberatenden Landesversammlung¹⁰ ein. Er war somit einer der Verfassungsväter des neugegründeten Landes. Überregionale Bedeutung erlangte Köhler als Präsident des Wirtschaftsrates der Bi- beziehungsweise Trizone in Frankfurt. Hier

6 Zu Hilpert Sabine Pappert: Werner Hilpert – Politiker in Hessen 1945 bis 1952. Vorkämpfer für eine christlich-soziale Demokratie (Politische und parlamentarische Geschichte des Landes Hessen 30). Wiesbaden 2003.

7 In einem im Jahr 2000 erschienenen Sammelband mit biographischen Beiträgen zu für die Gründungsgeschichte Hessens nach 1945 wichtigen Persönlichkeiten taucht Köhler nicht auf: Bernd Heidenreich/Walter Mühlhausen (Hg.): Einheit und Freiheit. Hessische Persönlichkeiten und der Weg zur Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden 2000.

8 Ein anderes Beispiel ist der westfälische CDU-Mitgründer und spätere stellvertretende Bundesvorsitzende Friedrich Holzapfel, der eine wichtige Rolle beim Aufbau der CDU in der britischen Zone spielte und gleichfalls nur noch zeithistorischen Connaissseuren bekannt ist. Vgl. Christopher Beckmann: Friedrich Holzapfel (1900–1969). In: Historisch-Politische Mitteilungen 12 (2005), S. 129–155; ders.: Friedrich Holzapfel (1900–1969), in: Daniel Schmidt (Hg.): Die Oberbürgermeister und Oberstadtdirektoren in Westfalen und Lippe. Die Spitzen der kreisfreien Städte zwischen 1824 und 1999. Bd. 2: Ausgewählte Lebensbilder. Münster 2025, S. 277–291.

9 „... der Demokratie entgegen“. Die Sitzungsprotokolle des Beratenden Landesausschusses von Groß-Hessen im Jahr 1946. Eine Dokumentation. Bearb. von Bernhard Parisius und Jutta Scholl-Seibert (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Nassau 65; Vorgeschichte und Geschichte des Parlamentarismus in Hessen 11). Wiesbaden 1999..

10 Die Entstehung der Hessischen Verfassung von 1946. Eine Dokumentation. Hg. und eingel. v. Helmut Berding. Bearb. von Helmut Berding und Katrin Lange (Vorgeschichte und Geschichte des Parlamentarismus in Hessen 10). Wiesbaden 1996. Die Protokolle von Beratendem Landesausschuss und Verfassungsgebender Landesversammlung sind auch online zugänglich über das Portal „Hessische Parlamentarismusgeschichte“, <https://parlamente.hessen.de/protokolle/060686995?p=66> (Abruf: 21. August 2025).

fiel bekanntlich eine Vorentscheidung für die marktwirtschaftliche Ordnung der Bundesrepublik.¹¹ Zudem wurde erstmals eine Fraktionsgemeinschaft von CDU und CSU beschlossen¹² und durch die Bildung einer bürgerlichen Koalition aus Unionsparteien, FDP und Deutscher Partei ein Koalitionsmuster entwickelt, dass viele Jahre prägend für den bundesdeutschen Parlamentarismus sein sollte.

Die Vernachlässigung Köhlers durch die Zeitgeschichtsforschung mag auch daran liegen, dass ein Nachlass bis auf einige wenige – aber, wie zu zeigen sein wird, durchaus aussagekräftige – Unterlagen, die nach dem Tod seiner Frau Helene im Jahr 1988 in das Archiv für christlich-demokratische Politik (ACDP) der Konrad-Adenauer-Stiftung gelangten,¹³ offenbar nicht existiert. Die Quellenrecherche ist daher mühsam und zeitaufwändig. Auch spielt vermutlich eine Rolle, dass sein Scheitern im Amt des Bundestagspräsidenten¹⁴ in der Rückschau alle anderen politischen Aktivitäten negativ überlagert hat.

Der Beitrag will das Schicksal Erich Köhlers während der NS-Zeit und seine aus diesen Erfahrungen resultierenden Überlegungen für ein Wiedereingangssetzen des (partei)politischen Lebens in Deutschland nach dem Ende des NS-Regimes nachzeichnen. Hauptgrundlage hierfür sind zwei umfangreichere Dokumente aus dem im ACDP verwahrten Nachlasssplitter: Ein mit „Erinnerungen“ überschriebenes 15seitiges Typoskript, das wohl Teil von zur Veröffentlichung bestimmten Erinnerungen sein sollte und in dem Köhler sein Schicksal und das seiner jüdischstämmigen Ehefrau Helene während der NS-Zeit schildert.¹⁵ Außerdem ein auf „April 1945“ datiertes 6seitiges Typoskript mit der Überschrift „Betr.: Künftige Parteienbildung im ‚Bürgertum‘“.¹⁶ Es sollte Teil der „Erinnerungen“ sein und war, wie Köhler festhielt, „mein Beitrag zur

11 Georg Müller: Die Grundlegung der westdeutschen Wirtschaftsordnung im Frankfurter Wirtschaftsrat 1947–1949. Frankfurt a. M. 1982. Siehe auch nach wie vor Tilman Pünder: Das bizonale Interregnum. Die Geschichte des Vereinigten Wirtschaftsgebiets 1946–1947. Waiblingen 1966. In komprimierter Form Dagmar Nelleßen-Strauch: Der Frankfurter Wirtschaftsrat, https://www.kas.de/documents/252038/253252/7_dokument_dok_pdf_818_1.pdf/658fb7c1-a1d6-2703-5b82-3d458591540c?version=1.0&t=1539675404771 (Abruf: 25. August 2025).

12 Rainer Salzmann (Bearb.): Die CDU/CSU im Frankfurter Wirtschaftsrat. Protokolle der Unionsfraktion 1947–1949 (Forschungen Quellen zur Zeitgeschichte 2). Düsseldorf 1988, Einleitung des Herausgebers, S. 5–32, hier 24.

13 ACDP Bestand Erich Köhler 01–447. Findbuch online einsehbar unter <https://www.kas.de/documents/259803/12345940/Erich+Ko%CC%88hler.pdf/2ad7d199-3ffd-9791-50ae-3326ee786de0?version=1.1&t=1618823067949> (Abruf: 25. August 2025).

14 Vgl. Michael F. Feldkamp: der noble aber kranke Präsident, in: Das Parlament Nr. 51/52 (2010).

15 Auf ein geplantes Memoiren-Projekt deutet zumindest der einleitende Passus hin, in dem es heißt, diese „Erinnerungen“ sollten dazu beitragen, „daß diese Vergangenheit nicht dem Gedächtnis der Mitlebenden und künftig Lebenden verloren geht“. Typoskript, „1933 bis 29. März 1945“, in: ACDP 01-447-001/1, S. 1.

16 In: ACDP 01-447-001/1.

‚Christlich-Demokratischen Partei‘ später ‚Union‘.¹⁷ Die Überlegungen werden im Rahmen dieses Beitrags erstmals veröffentlicht.

Jugend, Studium, berufliche Tätigkeit

Erich Adolf Köhler wurde am 27. Juni 1892 in Erfurt im elterlichen Haus in der heutigen Regierungsstraße 4 nahe der Staatskanzlei geboren.¹⁸ Nach der Vorschule besuchte er von 1901 bis 1911 das „Königliche Realgymnasium zu Erfurt“, das damals bereits inoffiziell – ab 1928 dann offiziell – den Namen „Realgymnasium zur Himmelspforte“ trug. Die Namensgebung ging zurück auf das im Spätmittelalter gegründete „Collegium ad portam coeli“, in dem zeitweilig auch der junge Martin Luther wohnte.¹⁹ Nach dem Abitur absolvierte Köhler ein Studium der Volkswirtschaft und der Staatswissenschaften an den Universitäten Marburg, Berlin, Leipzig und Kiel. Kurz nach Beginn des Ersten Weltkriegs wurde er Soldat und war während des gesamten Kriegsverlaufs an verschiedenen Schauplätzen eingesetzt, zuletzt in Lothringen. Im Juli 1918 erhielt er das Eisene Kreuz 2. Klasse²⁰ und – obwohl zu diesem Zeitpunkt bereits wegen seiner „nichtarischen“ Frau erwerbslos – im September 1935 das von Reichspräsident Paul von Hindenburg gestiftete Ehrenkreuz für Frontkämpfer.²¹ Mit Datum vom 13. Dezember 1919 war er in Erfurt im Range eines Leutnants aus der Armee entlassen worden.²²

1919 promovierte Köhler mit Auszeichnung an der Universität Kiel bei Bernhard Harms, dem Gründer des heutigen Instituts für Weltwirtschaft,²³ mit einer Arbeit über „Die Beziehungen der thüringischen Industrie zum Weltmarkt“, deren Druckfassung kurz darauf in der Schriftenreihe des Instituts erschien.²⁴

17 Typoskript „1933 bis 29. März 1945“, in: ACDP 01-447-001/1, S. 10.

18 Steffan Raßloff: Erich Köhler: der erste Bundestagspräsident, https://www.erfurt-web.de/Erster_Bundestagspraesident_Erich_Koehler (Abruf: 4. Juli 2025). Tabellarische Lebensläufe Köhlers finden sich unter anderem im betreffenden Bestand der Pressedokumentation des Deutschen Bundestages sowie unter <https://parlamente.hessen.de/abgeordnete/129496901> (Abruf: 4. Juli 2025).

19 Heute lautet der offizielle Schulname „Heinrich-Mann-Gymnasium Erfurt – Staatliches Gymnasium ‚Zur Himmelspforte‘“. Zur Schulgeschichte Tom Fleischhauer (Hg.): Heinrich-Mann-Gymnasium Erfurt. Staatliches Gymnasium „Zur Himmelspforte“. Eine Festschrift zum 175. Jubiläum mit Schulgeschichte(n) aus drei Jahrhunderten. Erfurt 2019.

20 Vorläufiger Ausweis, unterzeichnet vom Gouverneur der Festung Metz mit handschriftlichem Zusatz „7.VII.18“, in: ACDP 01-447-001/4.

21 Urkunde vom 5. September 1935, ebd.

22 Entlassungsschein vom 16. Dezember 1918, ebd.

23 Lisa Eiling: Primat der Praxis. Bernhard Harms und das Institut für Weltwirtschaft 1913–1933. Tübingen 2023. Das Institut trug zunächst den Namen „Königliches Institut für Seeverkehr und Weltwirtschaft“. Harms wurde 1933 aus politischen Gründen seiner Positionen entbunden.

24 Erich Köhler: Die Beziehungen der thüringischen Industrie zum Weltmarkt (Probleme der Weltwirtschaft 32). Jena 1920.

Im selben Jahr trat er in den Dienst des ebenfalls in Kiel ansässigen Verbandes der Arbeitgeber.

1921 heiratete Köhler standesamtlich Helene Freund,²⁵ die zuvor eine Ausbildung zur Opernsängerin absolviert hatte²⁶. Da seine Frau, die aus Prag stammte, jüdischen Glaubens war²⁷, war eine kirchliche Trauung anscheinend nicht möglich. Diese erfolgte erst 1946, nachdem Helene Köhler, die 1923 aus der „Israelitischen Kirche“, wie es damals hieß, ausgetreten war²⁸, sich evangelisch hatte taufen lassen²⁹.

Bis zu deren Selbstauflösung Anfang Juli 1933 gehörte Erich Köhler dem Zentralvorstand der nationalliberalen Deutschen Volkspartei (DVP)³⁰ an, trat dort offenbar aber nicht in Erscheinung. Zumindest taucht er in den edierten Dokumenten zu den Führungsgremien der DVP nicht auf.³¹ Ohnehin war das stark aufgeblähte, zeitweilig über 400 Mitglieder umfassende Gremium in der DVP mit ihren komplizierten Entscheidungsprozessen „kein Gravitationszentrum politischer Macht“.³² Wie Köhlers Engagement für die DVP in Kiel konkret aussah, ist anhand der bislang zugänglichen Quellen nicht zu rekonstruieren, da für die regionale und lokale Ebene der Partei aufgrund von Aktenvernichtungen nach den Reichstagswahlen vom 5. März 1933 so gut wie keine Überlieferung existiert.³³

25 Bescheinigung der Eheschließung und Heiratsurkunde in: ACDP 01-447-001/3.

26 Abschlusszeugnis Conservatorium für Musik Prag vom 10. Juli 1916, in: ACDP 01-447-001/9.

27 Geburtszeugnis Israelitische Kultusgemeinde Prag vom 12. August 1896, ebd.

28 Bescheinigung über den Austritt vom 9. August 1923, ebd.

29 Taufschein und Trauschein, jeweils vom 15. April 1946 ebd.

30 Zur Geschichte der DVP Ludwig Richter: Die Deutsche Volkspartei 1918–1933 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 134). Düsseldorf 2002.

31 Eberhard Kolb/Ludwig Richter (Bearb.): Nationalliberalismus in der Weimarer Republik. Die Führungsgremien der Deutschen Volkspartei 1918–1933 (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien: Reihe 3, Die Weimarer Republik 9). 2 Bde. Düsseldorf 1999. Allerdings sind von den 31 Sitzungen des Zentralvorstands, die zwischen 1919 und 1933 stattfanden, lediglich 9 Wortprotokolle überliefert. Vgl. Einleitung der Bearbeiter, ebd., S. 7*–50*, hier 46*.

32 Zur Rolle des Zentralvorstands Richter: DVP, S. 129–133, das Zitat 133; zu seiner Zusammensetzung ebd., S. 184–186.

33 Ebd., S. 19 f. Richter konstatiert eine generell „äußerst desolante [...] Quellenlage“, ebd.

Schicksal während der NS-Zeit

Kurz nach der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler begann für das Ehepaar Köhler eine zwölfjährige Leidenszeit, über die Erich Köhler – vermutlich nach seinem Ausscheiden aus dem Amt des Bundestagspräsidenten – ein 15seitiges Typoskript anfertigte.

Nach diesen Aufzeichnungen wurde er zum 1. Oktober 1933 als Geschäftsführer des Verbandes der Arbeitgeber wegen seiner jüdischen Frau gekündigt. Seine Vorgesetzten hätten auf „Weisung der NSDAP-Kreisleitung“ gehandelt und seien damit, wie er konzedierte, „der damals herrschenden Gewalt“ gewichen.³⁴

Da der männliche Teil „arisch“ war, handelte es sich bei dem Ehepaar Köhler nach dem patriarchalischen Weltbild der Nationalsozialisten um eine „privilegierte Mischehe“. Die betreffenden Eheleute verfügten – trotz aller Schikanen – über größere Handlungsräume als Paare, in den der Mann jüdisch oder jüdischer Abstammung war, wie etwa im bekannten Falle des Dresdener Romanisten Viktor Klemperer. So waren „privilegierte“ Paare zunächst von der Einweisung in Sammelunterkünfte und von der ab September 1941 geltenden Pflicht zum Tragen des gelben „Judensterns“ ausgenommen.³⁵ Zudem blieben die meisten Jüdinnen und Juden in Mischehen bis kurz vor Kriegsende von Deportationen verschont.³⁶ Dennoch waren auch sie einem stetig steigenden Verfolgungsdruck ausgesetzt, der sich in wachsender, zunächst vor allem beruflicher Diskriminierung und zunehmender Isolation ausdrückte.³⁷

Nachdem das Paar zunächst in Kiel geblieben war und von Erspartem sowie einer immerhin gewährten Abfindung gelebt hatte,³⁸ zogen Erich und Helene Köhler am 1. April 1937 nach Frankfurt am Main. Man wollte der in Wiesbaden lebenden Schwester Helene Köhlers und deren Mann, die sich als „jüdisch versippt“ in der gleichen prekären Situation befanden, näher sein und hoffte, im Rhein/Main-Gebiet werde sich leichter „eine Möglichkeit irgendeiner Betätigung“ finden lassen. Zudem leistete der finanziell offenbar gut gestellte Schwager auch materielle Hilfe.³⁹ Tatsächlich erhielt Köhler über einen mit seinem Schwager befreundeten Bankdirektor eine Halbtagesstelle bei der Firma Hessische Gummiwerke Fritz Peter AG in Klein-Auheim, wo er gegen ein

34 Typoskript „1933 bis 29. März 1945“, in: ACDP 01-447-001/1, S. 1.

35 Zur Situation christlich-jüdischer Paare in der NS-Zeit Maximilian Strnad: Privileg Mischehe? Handlungsräume »jüdisch versippter« Familien 1933–1949 (Hamburger Beiträge zur Geschichte der deutschen Juden 54). Göttingen 2021, hier u. a. S. 145–151.

36 Ebd., S. 221–227.

37 Vgl. ebd., S. 164–184. Eine aus einer Mischehe hervorgegangene junge Frau konstatierte rückblickend eine „totale Unsicherheit aller Lebensverhältnisse“, zit. ebd., S. 249.

38 Köhler, der zuvor ein Jahresgehalt von 15.000 Reichsmark bezogen hatte, erhielt nach eigenen Angaben eine Abfindung in Höhe von 10.000 RM. Notariell beglaubigte Erklärung Köhlers vom 17. Juli 1954, in: Hessisches Hauptstaatsarchiv (HHStA) 518 Nr. 2988.

39 Typoskript „1933 bis 29. März 1945“, in: ACDP 01-447-001/1, S. 2.

bescheidenes Salär von 250 Reichsmark im Monat unter anderem Versicherungsfragen zu bearbeiten hatte. Hierüber kam er Ende 1939 in Kontakt mit Roland Eckhoff, dem Generalagenten der zum Allianz-Konzern gehörenden Frankfurter Allianz-Versicherungs-AG – „einen Mann mit gleicher Gesinnung“, wie Köhler rückblickend notierte.⁴⁰ Dieser schlug ihm vor, bei ihm als Versicherungsagent einzutreten und widerstand auch dem Ansinnen der Gestapo, ihn nach kurzer Zeit wieder zu entlassen. Obwohl ihm das mit der Aufgabe verbundene Klinkenputzen nicht leichtfiel und er die seiner Qualifikation und Berufserfahrung nicht annähernd entsprechende Tätigkeit als Demütigung und eklatanten beruflichen Abstieg empfand, war Köhler darin so erfolgreich, dass er und seine Frau „schon bald wenigstens keine materiellen Sorgen“ mehr hatten.⁴¹

Demgegenüber verschärfte sich die Bedrohung durch die mit fortschreitender Kriegsdauer sich radikalisierende Rassenpolitik des NS-Regimes,⁴² zumal gerade in Frankfurt am Main unter Federführung der Gestapo besonders brutal gegen die Juden und die Mischehepaare vorgegangen wurde.⁴³ Nachdem zunächst vor allem die männlichen jüdischen Partner zum Arbeitseinsatz zwangsverpflichtet wurden, waren ab 1941 zunehmend auch die Frauen betroffen und wurden ab Februar 1943 systematisch zur Zwangsarbeit herangezogen.⁴⁴ Helene Köhler musste ab September 1943 in einer Buchdruckerei arbeiten. Kurz darauf hatte das Paar seine Wohnung zu räumen und bekam zwei Zimmer bei einer ebenfalls in „Mischehe“ lebenden Familie zugewiesen. Erich Köhler, der trotz fortschreitender Isolation und Diskriminierung offenbar zu keinem Zeitpunkt eine vom NS-Staat vielfach den „arischen“ Partnern nahegelegte Scheidung in Betracht zog, lebte nun in ständiger Angst um seine Frau, deren „Verschleppung“ – also Deportation – er jeden Tag fürchtete.⁴⁵ Im März 1944 wurde die Wohnung bei einem großen Bombenangriff auf Frankfurt, der fast

40 Ebd.

41 Ebd., S. 2 f. Köhlers jährliche Einkünfte als Versicherungsagent stiegen von rd. 4.000 RM im Jahr 1940 bis 1943 auf rd. 20.000 RM an, um dann wegen der zunehmenden Bombenzerstörungen massiv abzufallen. Vgl. Notariell beglaubigte Erklärung Köhlers vom 17. Juli 1954, in: HHStA 518 Nr. 2988; Meldebogen aufgrund des Gesetzes zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus vom 8. April 1946, in: HHStA 520/38 Nr. 36042.

42 Reiner Pommerin: Die NS-Rassenpolitik und die Bundesrepublik (Reclams Uni versalbibliothek 14472). Stuttgart 2024. Eindrücklich die Schilderungen aus der Perspektive eines Betroffenen in den Tagebüchern des Dresdener Romanisten Victor Klemperer: Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten. 2 Bde. Hg. von Walter Naujoks unter Mitarbeit von Hadwig Klemperer. 2. Aufl. Berlin 1995, hier vor allem der 2. Band: Tagebücher 1942–1945.

43 Strnad: Privileg Mischehe?, S. 255. Vgl. Monica Kongreen (Hg.): „Nach der Kristallnacht“. Jüdisches Leben und antijüdische Politik in Frankfurt a. M. 1938–1945. Frankfurt a. M. 1999.

44 Zum Arbeitseinsatz von Jüdinnen und Juden aus Mischehen Strnad: Privileg Mischehe?, S. 213–221.

45 Typoskript „1933 bis 29. März 1945“, in: ACDP 01-447-001/1, S. 4.

die gesamte mittelalterliche Alt- und Neustadt vernichtete⁴⁶, zerstört, ebenso der Betrieb, in dem Helene Köhler hatte arbeiten müssen. Das Paar fand Unterkunft in der Wohnung einer befreundeten, wegen der Bombenangriffe aufs Land geflüchteten Familie. Dort wurde Helene Köhler bei einem erneuten Angriff am 25. September 1944 verschüttet, konnte aber gerettet werden.⁴⁷

In den letzten Kriegswochen spitzte sich die Lage für die Eheleute Köhler noch einmal zu. Nachdem am 19. Januar 1945 der Befehl ergangen war, alle noch im Reich verbliebenen Juden bis zum 15. Februar nach Theresienstadt zu deportieren⁴⁸, erhielt auch Helene Köhler die entsprechende Order. Erich Köhler bekam nahezu zeitgleich den Befehl, sich zum Transport zum Arbeitseinsatz im Arbeitslager Clausthal-Zellerfeld der Organisation Todt zu melden.⁴⁹ Diese Verpflichtung galt seit Oktober 1943 für die wegen der Ehe mit einer Jüdin als „wehrunwürdig“ geltenden Männer, was bedeutet, dass Köhler zu den letzten gehörte, denen ein entsprechender Befehl zuzuging.⁵⁰ Grund hierfür war möglicherweise eine Bescheinigung des erwähnten Versicherungs-Generalagenten Eckhoff, wonach Köhlers weitere Mitarbeit zur Wahrnehmung von „schwerwiegenden Interessen der Wehrbetriebe“ in der Region unverzichtbar sei.⁵¹ Obgleich der Abtransport aufgrund von Erkrankungen der Eheleute zunächst aufgeschoben wurde, trafen sie Vorkehrungen für einen gemeinsamen Suizid. Köhler schrieb dazu: „Lebend hätte man uns nicht getrennt. Die Güte eines alten Frankfurter Arztes hatte uns die Mittel verschafft. 3 Stunden war ich Anfang Februar im strömenden Regen durch das zerstörte Frankfurt gelaufen, bis die nötige Anzahl von Tabletten zusammen war. Ich werde diesen Tag nie vergessen. Wir hatten mit dem Leben abgeschlossen.“⁵²

Ärzte verhinderten schließlich auch endgültig den Abtransport des Ehepaars. Sein Hausarzt erklärte Erich Köhler „wegen erheblicher Schwächezustände“ für transportunfähig und wies ihn ins Frankfurter Marienkrankenhaus ein. Einer der dortigen Chefärzte diagnostizierte eine schwere Rippenfellentzündung,

46 Zum Schicksal der Stadt während des Bombenkriegs siehe Michael Fleiter (Hg.): *Heimat/Front. Frankfurt am Main im Luftkrieg*. Frankfurt a. M. 2013 (Katalog der gleichnamigen Ausstellung 2013 im Institut für Stadtgeschichte).

47 Typoskript „1933 bis 29. März 1945“, in: ACDP 01-447-001/1, S. S. 5.

48 Strnad: *Privileg Mischehe*, S. 326–352. Strnad zeigt, dass diesem Befehl angesichts des sich abzeichnenden Kriegsendes nicht mehr einheitlich Folge geleistet wurde und es zahlreichen der Betroffenen gelang, abzutauchen.

49 Notariell beglaubigte Erklärung Köhlers vom 17. Juli 1954, in: HHStA 518 Nr. 2988.

50 Zum Arbeitseinsatz jüdischer Männer aus Mischehen vgl. Strnad: *Privileg Mischehe*, S. 276–284.

51 Schreiben an das Arbeitsamt Frankfurt/M vom 13. Mai 1943 (Abschrift), in: ACDP 01-447-001/5.

52 Typoskript „1933 bis 29. März 1945“, in: ACDP 01-447-001/1, S. 5 f. Zu Suiziden von zur Deportation vorgesehenen Mischehepartnern Strnad: *Privileg Mischehe?*, S: 322–326; allgemein Christian Goeschel: *Suicides of German Jews in the Third Reich*, in: *German History* 25 (20027), S. 22–45.

bestätigte die Arbeits- und Transportunfähigkeit und nahm ihn stationär auf.⁵³ Er gewährte auch Helene Köhler Unterschlupf im Krankenhaus und schützte diese so, wie Köhler nach dem Krieg in einem „Persilschein“ für den Arzt festhielt, „vor der Gefahr eines nochmaligen Zugriffs der Gestapo“.⁵⁴

Aufgrund der existenziellen persönlichen Bedrohung durch das NS-Regime empfanden Helene und Erich Köhler das Kriegsende, das in Frankfurt am Main mit dem Einmarsch amerikanischer Truppen am 29. März 1945 eintrat⁵⁵, ohne Wenn und Aber als Befreiung: „Die Stunde der Freiheit für uns hatte geschlagen!“⁵⁶

Köhler zog aus den Erfahrungen der NS-Zeit den Schluss, „daß die Freiheit der Person, die Freiheit des Bekenntnisses, des Gewissens und der Überzeugung der letzte und tiefste Inhalt nicht nur des Menschentums, sondern ins Politische übertragen das wahre Wesen eines demokratischen Staates“ darstelle⁵⁷ – eine Formulierung, die sich fast wortgleich auch in verschiedenen seiner öffentlichen Äußerungen in der unmittelbaren Nachkriegszeit findet. Diese Überzeugung wurde zum Ausgangspunkt seines politischen Engagements nach dem Ende des NS-Regimes.

Überlegungen zum Wiederaufbau des politischen Lebens

Köhler, der in der Forschungsliteratur bisher nicht als eigenständiger Kopf wahrgenommen wurde, führte noch vor der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht im kleinen Kreis erste Gespräche über den Neuaufbau einer Parteienlandschaft in Deutschland, an denen auch Geistliche beider Konfessionen beteiligt waren. Dabei habe von Anfang an Einvernehmen darüber bestanden, „daß der christliche Gedanke bei der künftigen Gruppierung der Kräfte das Verbindende und richtungweisende Element sein müsse“.⁵⁸

53 Notariell beglaubigte Erklärung Köhlers vom 17. Juli 1954, in: Hessisches Hauptstaatsarchiv (HHStA) 518 Nr. 2988.

54 Typoskript „1933 bis 29. März 1945“, in: ACDP 01-447-001/1, S. 6–8, das Zitat 8.

55 Heike Drummer/Jutta Zwilling: Die Befreiung Frankfurts durch die Amerikaner, <https://www.frankfurt1933-1945.de/beitraege/kriegsende/beitrag/die-befreiung-frankfurts-durch-die-amerikaner> (Abruf: 17. Juli 2025). Vgl. auch Walter Mühlhausen: Zwischen Besetzung und Kapitulation. Hessen und das Ende des Zweiten Weltkrieges, in: Bernd Heidenreich/Evelyn Brakhoff/Andreas Rödder (Hg.): Der 8. Mai im Geschichtsbild der Deutschen und ihrer Nachbarn. Wiesbaden 2016, S. 11–28.

56 Typoskript „1933 bis 29. März 1945“, in: ACDP 01-447-001/1, S. 8. Köhler vermerkte, es sei nicht eines der „geringsten Verbrechen“ der Nazis gewesen, das deutsche Volk in zwei Lager gespalten zu haben: „[...] der eine Teil wünschte den ‚Sieg‘ um der Erhaltung ihrer Herrschaft willen, der andere Teil ersehnte den Sieg der wirklichen Sieger um seiner Freiheit willen“. Ebd.

57 Typoskript „1933 bis 29. März 1945“, in: ACDP 01-447-001/1, S. 1.

58 Ebd., S. 10 f.

Im Nachlasssplitter Köhlers im ACDP findet sich, das erwähnte, auf „April 1945“ datierte 6seitige Typoskript mit der Überschrift „Betr.: Künftige Parteienbildung im ‚Bürgertum‘“.⁵⁹ Einige Aspekte deuten darauf hin, dass der Text mit dem Wissen um die spätere Entwicklung nachträglich bearbeitet wurde. So ist von der „Abtrennung des protestantischen Ostdeutschlands und des katholischen Schlesiens“ die Rede, die im April 1945 noch nicht absehbar war. Und auch eine „amtliche Anerkennung der S.P.D. und K.P.D.“ war zu diesem Zeitpunkt noch nirgendwo erfolgt.⁶⁰

Das Papier beginnt mit einem dezidierten Bekenntnis zur Parteiendemokratie: „[...] ein demokratisches Deutschland muß Parteien haben“. Mit der Wiedergründung und Zulassung von SPD und KPD sei eine Aufteilung in ein „sozialistisch-marxistisches“ und ein „nicht-marxistisches“ Deutschland erfolgt, wobei offen sei, „in welchem Ausmaße S.P.D. und K.P.D. zusammengehen“.⁶¹ Es sei daher im Sinne eines funktionierenden politischen Systems notwendig, die bisher zersplitterten „politischen Anschauungen“ des nicht-marxistischen Lagers in einer neuen großen Sammelpartei zusammenzufassen. Die Herausbildung eines „2–3 Parteien-System[s]“ nach britischem und US-amerikanischem Vorbild sei auch notwendig als Nachweis, dass die Deutschen nunmehr reif für die demokratische Staatsform seien.⁶²

Bemerkenswerterweise sah der Protestant Erich Köhler als einzig geeigneten „Kristallisationspunkt aller nichtmarxistischen Schichten“ in Deutschland die Zentrumspartei. Sie solle zum „Angelpunkt aller Erwägungen über die politische Parteibildung in den restlichen Teilen des deutschen Volkes“ werden und in Überwindung der früheren weitgehenden konfessionellen Begrenztheit in einer „allgemeinen ‚demokratischen Parteibildung‘“ aufgehen.⁶³ Köhler begründete dies einmal mit der früheren Stärke des Zentrums, zumal in den mehrheitlich katholischen Gebieten des Deutschen Reiches. Entscheidend aber war in seinen Augen die Tatsache, dass das Zentrum vor 1933 den Charakter einer sozialen, wenn auch konfessionell begrenzten, Volkspartei gehabt hatte:

„Seine weltanschaulich bedingte einzigartige soziologisch umfassende Differenziertheit inbezug auf Zusammensetzung läßt es nach Fortfall der historischen Begründung seines konfessionellen Charakters geradezu berufen erscheinen, alle diejenigen Teile des Volkes zusammenzufassen, die auf dem Boden demokratischer und religiöser Fundierung unseres künftigen politischen Lebens stehen.“

59 In: ACDP 01-447-001/1. Daraus die folgenden Zitate. Das Dokument wird im Anhang zu diesem Beitrag erstmals veröffentlicht.

60 „Betr.: Künftige Parteienbildung im ‚Bürgertum‘“, in: ACDP 01-447-001/1, S. 1 f.

61 Ebd., S. 1.

62 Ebd., S. 2.

63 Ebd.

Ein solches Projekt sah Köhler als durchaus erfolgversprechend an bei „gehöriger Aufklärung auch in nichtkatholischen Kreisen“.⁶⁴ Damit gehörte er zu den wenigen einigermaßen prominenten evangelischen Persönlichkeiten, die von Anfang an den Gedanken einer überkonfessionellen christlich-demokratischen Volkspartei verfolgten. Ansonsten waren auch in Hessen Protestanten zunächst nur zum kleineren Teil für ein parteipolitisches Zusammengehen mit den Katholiken zu gewinnen.⁶⁵ Dass Köhler dabei ausdrücklich ein Anknüpfen an Strukturen und Traditionen des Zentrums nicht als hinderlich, sondern im Gegenteil als förderlich für die Bildung einer solchen christlichen Volkspartei ansah, erscheint besonders bemerkenswert. Die Orientierung am schon vor 1933 gegebenen Charakter des Zentrums als klassen- und schichtenübergreifende, wenngleich konfessionell begrenzte Partei sollte es ermöglichen, dessen Anhängerschaft mit den früheren Wählern und Mitgliedern der Deutschen Demokratischen Partei, der Deutschen Volkspartei sowie zum Teil der Deutschnationalen Volkspartei⁶⁶ zusammenzuführen.

Der sich an diese grundsätzlichen strategischen Überlegungen anschließende „Grundriß eines Programms einer einheitlichen demokratischen Partei, organisatorisch begründet auf ehemaliges Z, [D.]D.P. und D.V.P.“ beschränkte sich auf eher allgemein gehaltene, knappe Formulierungen, etwa das Bekenntnis zu Völkerverständigung, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Besonders betont wurde – wie in den Aufrufen der allermeisten christlich-demokratischen „Gründungskerne“⁶⁷ – die Rückbesinnung auf Christentum und christliche Werte als Grundlage für den Neubeginn.

Die Möglichkeit, am Projekt einer überkonfessionellen christlichen Volkspartei gestaltend mitzuwirken, bot sich Köhler in Verbindung mit einer neuen beruflichen Herausforderung. Anfang Juni 1945 bekam er das Angebot, die Hauptgeschäftsführung der Industrie- und Handelskammer Wiesbaden zu übernehmen, das er umgehend annahm. Einige Wochen später erfolgte der Umzug des Ehepaars Köhler nach Wiesbaden.⁶⁸ Die neue Tätigkeit war auch für Köhlers sich anbahnende politische Karriere von Bedeutung und Nutzen, spielten doch die Industrie- und Handelskammern eine „Pionierrolle“ bei der Wiederingangsetzung nicht nur des wirtschaftlichen, sondern auch des politischen Lebens in

64 Ebd., S. 3.

65 Rüschemschmidt: Gründung und Anfänge, S. 195.

66 Hier bezog sich Köhler auf „rein konservative“, nicht zur NSDAP übergegangene frühere Mitglieder und Wähler der DNVP. Vgl. ebd., S. 3.

67 Zu den zahlreichen, zunächst weitgehend unabhängig voneinander agierenden „Gründungskernen“ der CDU vgl. Kleinmann: Geschichte der CDU, S. 23–49 (vgl. FN 71).

68 Typoskript „1933 bis 29. März 1945“, in: ACDP 01-447-001/1, S. 11 f.

Hessen. Zum Teil auch mit sachfremden Aufgaben betraut⁶⁹, entwickelten sie sich zu „Kristallisationskerne[n] des Wiederaufbaus“.⁷⁰

Wie die Unionsparteien insgesamt, so war auch die hessische CDU in ihrer Frühzeit eine ausgesprochen heterogene Partei, in der sich wirtschaftsliberale, konservative und christlich-soziale Kräfte zusammenfanden⁷¹ und die deshalb nur schwer einem Links-Rechts-Schema zuzuordnen war.⁷² So entwickelten die Gründer der Christlich-Demokratischen Partei, wie sie zunächst hieß, in Frankfurt mit den „Frankfurter Leitsätzen“ ein „linkes“, starke christlich-sozialistische Züge tragendes Programm, das nicht zuletzt von der örtlichen katholisch-theologischen Fakultät beeinflusst war⁷³. Demgegenüber verstand sich die CDU in Kassel und Wiesbaden, wo Köhler zu den Mitgründern zählte, als „Vertretung bürgerlicher Kreise“.⁷⁴

Nach Köhlers Erinnerungen fand die Gründungsversammlung der CDP Wiesbaden, von der sich offenbar kein Protokoll erhalten hat, im September 1945 im Rathaus statt. Dies ist wohl zutreffend, berichtete die örtliche Presse doch am 22. September über einen entsprechenden, an die Besatzungsbehörden gestellten Lizenzierungsantrag. Zu den Mitgründern gehörten neben Köhler unter anderem der Präsident der IHK Wiesbaden, August Amann⁷⁵ und der spätere Stadtkämmerer Heinrich Roos, der vor 1933 der liberalen Deutschen Demokratischen

69 Vgl. Pappert: Werner Hilpert, S. 28–30, das Zitat 30.

70 Walter Mühlhausen: Hessen im 20. Jahrhundert. Eine politische Geschichte. Wiesbaden 2023, S. 330. Als Fallstudie ders.: Die IHK Frankfurt am Main und ihre Rolle beim Wiederaufbau 1945–1948. Frankfurt a. M. 2004.

71 Nach dem Urteil von Sabine Pappert ist die Quellenlage zur Frühgeschichte der hessischen CDU „eher mager“, dies.: Werner Hilpert, S. 6. Die nach wie vor gründlichste, auf umfangreichen Archivrecherchen beruhende Darstellung ist die Arbeit von Heinrich Rüschemschmidt: Gründung und Anfänge. In komprimierter Form ders.: Gründung und erste Jahre. Die CDU Hessen unter Werner Hilpert 1945–1952, in: Bernd Heidenreich/Werner Wolf (Hg.): Der Weg zur stärksten Partei. 50 Jahre CDU Hessen. Köln 1995, S. 13–36. Zu den regional stark divergierenden Gründungsgeschichten der CDU vgl. nach wie vor Hans-Otto Kleinmann: Geschichte der CDU 1945–1982. Hg. von Günter Buchstab. Stuttgart 1993, S. 15–130; Bösch: Die Adenauer-CDU, München 2001, S. 21–71; Becker: CDU und CSU 1945–1950. Siehe auch Christopher Beckmann: Parteigründung in Ost und West, in: Norbert Lammert (Hg.): Handbuch zur Geschichte der CDU. Grundlagen, Entwicklungen, Positionen. 2. Aufl. Darmstadt 2023, S. 59–77.

72 Rüschemschmidt: Gründung und erste Jahre, S. 15.

73 Ders.: Gründung und Anfänge, S. 50. Zur Gründungsgeschichte der CDP/CDU Frankfurt am Main ebd., S. 39–74. Zu Entstehung und Wortlaut der Frankfurter Leitsätze Christine Bach: Politische Leitsätze der Christlich-Demokratischen Union Stadtkreis Frankfurt, <https://www.kas.de/de/web/geschichte-der-cdu/dokumente-zur-geschichte-der-cdu/-/content/1945-frankfurter-leitsaetze-cdu> (Abruf: 20. August 2025).

74 Pappert: Werner Hilpert, S. 42.

75 Vgl. <https://www.wiesbaden.de/stadtlexikon/stadtlexikon-a-z/amann-august> (Abruf: 20. August 2025).

Partei angehört hatte⁷⁶. Auf dem Gründungsaufwurf der CDP Wiesbaden vom 29. September 1945⁷⁷, der inhaltlich deutlich am Berliner Gründungsaufwurf der CDU vom 26. Juni 1945⁷⁸ orientiert ist, fehlt der Name Erich Köhlers. Er trat allerdings dann auf der ersten Großversammlung der Partei als Redner auf.⁷⁹ In seinen Aufzeichnungen betonte er als entscheidendes Motive für die Gründung in Wiesbaden wie auch in anderen Teilen Deutschlands den Gedanken, „daß der Gegensatz der Konfessionen im politischen Leben aufhören und an seine Stelle zum ersten Mal in der deutschen Geschichte die Zusammenarbeit der Konfessionen im politischen Raum treten müsse“ sowie die Überzeugung, dass „das Bekenntnis zu Gott die bestimmende Kraft im politischen und öffentlichen Leben“ zu sein habe. Dies habe die anfangs regional und weltanschaulich heterogene Partei, deren Gründer einander oftmals noch gar nicht gekannt hätten, in entscheidender Weise verbunden.⁸⁰

Ausgehend von dieser Grundüberzeugung gehörte Erich Köhler zu den zentralen Gründungspersönlichkeiten der hessischen CDU und den Schöpfern der Verfassung des jungen Landes. Da er dabei keineswegs nur Mitläufer, sondern – wie unter anderem die im Folgenden edierten Überlegungen „Zur künftige[n] Parteibildung im Bürgertum“ belegen – durchaus eigenständiger Kopf war, wäre ein eingehendere Untersuchung seiner Rolle in den ersten Nachkriegsjahren ein sicherlich lohnendes Unterfangen.⁸¹

76 Vgl. https://www.wiesbaden.de/stadtlexikon/stadtlexikon-a-z/Roos__Heinrich (Abruf: 20. August 2025).

77 Abgedruckt in Rüschemschmidt: Gründung und Anfänge, S. 542. Zur Entstehung der CDP in Wiesbaden ebd., S. 75–79.

78 Zu Entstehung und Wortlaut des Berliner Gründungsaufwurfs Ralf Thomas Baus: Gründungsaufwurf der CDU in Berlin, <https://www.kas.de/de/web/geschichte-der-cdu/kalender-detail/-/content/gruendungsaufwurf-der-cdu-in-berlin> (Abruf: 20. August 2025).

79 Rüschemschmidt: Gründung und Anfänge, S. 77 f.

80 Typoskript „1933 bis 29. März 1945“, in: ACDP 01-447-001/1, S. 14 f.

81 Der Verfasser bereitet derzeit einen Aufsatz vor, der – soweit anhand der verfügbaren Quellen möglich – vor allem die Rolle Köhlers bei der Gründung der hessischen CDU und der Erarbeitung der hessischen Verfassung in den Blick nimmt.

Memorandum Erich Köhlers zum Neuaufbau eines deutschen Parteiensystems nach dem Ende des NS-Regimes*

April 1945

Betr.: Künftige Parteienbildung im „Bürgertum“

Bürgertum absichtlich in Anführungsstriche gesetzt. Wiedergebrauch des Begriffes im künftigen politischen Sprachgebrauch unmöglich.

In einem d e m o k r a t i s c h e n Deutschland kann es nur
„M i t b ü r g e r“ geben!

Grundsätzliche Frage, ob Partei, solange keine Regierungsgewalt besteht, überhaupt nötig, durch die Tatsachen nicht nur überholt, sondern zu bejahen, denn ein demokratisches Deutschland muß Parteien haben.

Amtliche Anerkennung der S.P.D. und K.P.D. bedeutet entwicklungsgeschichtlich die Aufgliederung in ein sozialistisch-marxistisches und nicht-marxistisches Deutschland, politisch-organisatorisch die Gegenüberstellung einer großen Volksgruppe mit einer grundsätzlich einheitlichen politischen Weltanschauung mit einer anderen, zersplittert in eine ganze Reihe von politischen Anschauungen.

Dabei bleibt offen, in welchem Ausmaße S.P.D. mit K.P.D. zusammengehen wird (Tendenz der „Volksfront“).

Bildung der Gewerkschaften und die damit kommende entsprechende Unternehmerorganisation wirkt mittelbar auf künftigen Aufmarsch der Parteien von der Seite der wirtschaftlich-sozialen Gliederung und Kräfte.

Zu beachten ist dabei, daß Gewerkschaften ausdrücklich politische Tendenzen verboten sind, was naturgemäß auch für die Unternehmenseite gilt.

Grundfragen:

- 1.) „Freier demokratischer Gewerkschaftsbund“, d. h. wirtschaftliche Zusammenfassung aller Arbeiter (und Angestellter?) könnte identisch mit S.P.D. und K.P.D. sein; damit würde die politisch-organisatorische Aufgliederung des Volkes in einen sozialistischen und einen nicht-sozialistischen Teil auch eine politisch-geistige werden und zugleich zwischen Arbeitnehmern und Unternehmern (alias „Bürgertum“) ein weltanschaulicher Gegensatz stabilisiert.

* 6-seitiges Typoskript in: ACDP 01-447-001/1.

- 2.) Werden die früheren christlichen (katholischen) und Hirsch-Dunckerschen (demokratischen) Gewerkschaften⁸² wieder eine Brücke zum „Bürgertum“ bilden können und wollen?
- 3.) Unter diesem Gesichtspunkt wird die Wiedererrichtung des Zentrums als selbständige Partei zum Angelpunkt aller Erwägungen über die politische Parteibildung in den restlichen Teilen des deutschen Volkes.
- 4.) Es fragt sich, ob die sich parteipolitisch zum Zentrum bekennenden Kräfte gewillt und in der Lage sind, ohne als eigene Partei aufzutreten, viel erfolgreicher zum Ausgleich der weltanschaulichen und wirtschaftlich-sozialen Gegensätze beizutragen, wenn sie in einer allgemeinen „demokratischen Parteibildung“ aufgehen, die alle umfaßt, die weder sich zur K.P.D. noch S.P.D. zählen und zählen wollen.
- 5.) Entwicklungsgeschichtlich, aber auch, wie betont werden muß, ideenmäßig liegt es zum mindesten nahe, daß die Gruppen, die einst den „bürgerlichen“ Teil der „Großen Koalition“ bildeten, auch jetzt wieder zusammengehen und darüber hinaus auch nach außen hin eine parteimäßige Einheit bilden, das wären Zentrum, Demokraten und Deutsche Volkspartei, d. h. diejenigen Teile, die sich aufrichtig zu einem demokratischen Deutschland nach Grundsatz und sachlicher Notwendigkeit bekennen.

Für einen Zusammenschluß auf dieser Basis sprechen folgende Erwägungen:⁸³

- a.) Am Bestehen von K.P.D. und S.P.D. ist nichts zu ändern! Tritt aber auch das Zentrum wieder ins Leben, so ist mit der Bildung noch weiterer bürgerlicher Parteien zu rechnen, während die Bereitschaft des Zentrums auf Bildung einer großen Einheitspartei von vornherein schon psychologisch dem Streben nach mehreren Parteien den Wind aus den Segeln nimmt.
- b.) Wesentlich ist aber die Tatsache, daß in USA und England das 2–3 Parteien-System besteht und insoweit aus welt- und außenpolitischen Gründen eine Anlehnung an dieses System eine unerläßliche Notwendigkeit ist. Andernfalls dokumentiert das deutsche Volk erneut seine völlige Unreife für ein demokratisches Staatswesen.

82 Vor 1933 existierten in Deutschland sogenannte Richtungsgewerkschaften. Neben den sozialdemokratisch orientierten Organisationen waren dies vor allem die christlichen Gewerkschaften und die liberal-nationalen Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine. Vgl. Michael Schneider: Die Christlichen Gewerkschaften 1894–1933. Bonn 1984; Hans-Georg Fleck: Soziale Gerechtigkeit durch Organisationsmacht und Interessenausgleich. Ausgewählte Aspekte zur Geschichte der sozialliberalen Gewerkschaftsbewegung in Deutschland (1868/69 bis 1933), in: Erich Matthias/Klaus Schönhoven (Hg.): Solidarität und Menschenwürde. Etappen der deutschen Gewerkschaftsgeschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart. Bonn 1984, S. 83–106.

83 Dieser Satz fand sich im Original zwei Absätze weiter unten und wurde mittels eines per Hand nachgetragenen Pfeils vor den mit „a.“ bezeichneten Absatz gezogen.

- c.) Der Führungsanspruch des alten Zentrums innerhalb einer derartigen Gruppe ist schon deshalb unbestritten, weil rein zahlenmäßig auch nach Abtrennung des protestantischen Ostdeutschlands und des katholischen Schlesiens durch West- und Süddeutschland die Überlegenheit des Zentrums als gesichert anzusehen ist.
- d.) Die historischen Gründe, die einst zur Gründung des Zentrums als einer ausgesprochen konfessionellen Partei führten, sind durch die heutige völlig geänderte Lage entfallen.
- e.) Seine weltanschaulich bedingte einzigartige soziologisch umfassende Differenziertheit in Bezug auf Zusammensetzung läßt es nach Fortfall der historischen Begründung seines konfessionellen Charakters geradezu berufen erscheinen, alle diejenigen Teile des Volkes zusammenzufassen, die auf dem Boden demokratischer, religiöser Fundierung unseres künftigen politischen Lebens stehen.
- f.) Es ist nicht unmöglich, daß beim Fehlen einer großen demokratischen Parteibildung aus besonders kapitalkräftigen Kreisen eine Neuaufrichtung der alten „Deutsch-demokratischen Partei“ betrieben würde, die dann als quantitativ kleineres Gebilde die Zersplitterung fördern würde.
- g.) Andererseits sind nicht die Kreise zu übersehen, die einst der D.N.V.P. zurechneten. Sie sind meist in die NSDAP übergegangen. Zum Teil werden aber noch rein konservative Elemente vorhanden sein, die selbst oder deren Eltern schon in der Weltvorkriegszeit einst eine Koalition mit Z. bildeten (schwarz-blauer Block!). Der in etwa konservativ historisch bedingte Charakter des Z.s könnte insoweit eine Anziehung ausüben. Schließlich wird mit Duldung einer Partei seitens der Besatzung nicht gerechnet zu werden brauchen, die auch nur verkappt nach Konservatismus im altpreußischen Sinne riecht!
- h.) Bei gehöriger Aufklärung auch in nichtkatholischen Kreisen muß der Gedanke, eine politische Kräftegruppe, die aus historischen und soziologischen Gründen die gegebene Mittlerin zwischen wirtschaftlich-sozialen Gegensätzen ist, zum Kristallisationspunkt einer umfassenden Parteibildung aller nichtmarxistischen Schichten zu machen, durchschlagen können.

Gegenfrage: Was gedenken die alten Zentrumsführer Kaas, Stegerwald, vor allem der sicher zurückkehrende frühere Reichskanzler Brüning, zu tun?

Geistig-ideenmäßige Grundlagen

In allen Schichten besteht zum mindesten gefühlsmäßig, teils auch im Unterbewußtsein, die Überzeugung, daß

- 1.) die Periode der planmäßigen Entgottung und Entchristlichung unseres gesamten Staats- und Volkslebens einerseits, die nicht minder planmäßige

Vergottung eines sterblichen Menschen (Hitler!) andererseits uns ins Verderben geführt hat;

- 2.) die Kompromißlosigkeit der starren Doktrin und die Erziehung dazu, sich für solche Doktrin totschiagen zu lassen, ein Wahnsinn war!

Danach k ö n n e n alle nichtmarxistisch denkenden Deutschen in Konsequenz der Ummünzung dieser beiden negativen Feststellungen ins Politische sich im Bekenntnis verbinden

- I.) zur r e l i g i ö s e n (christlichen) Grundlage von Staat und Politik;
- II.) zur d e m o k r a t i s c h e n Gestaltung von Staat, Kultur, Sozial- und Wirtschaftsleben.

Grundriß eines Programms einer einheitlichen demokratischen Partei, organisatorisch begründet auf ehemaliges Z., [D.]D.P. und D.V.P.

I.

Außenpolitik.

- a.) Wille zur aufrichtigen und vorbehaltlosen Zusammenarbeit mit der Besatzung (Reichseinheit)
- b.) Bekenntnis zur Völkerverständigung

II.

Innenpolitik.

- a.) Deutschlands Staatsform ist die demokratische Republik.
- b.) Wahlen zu allen politischen, öffentlich-rechtlichen und privaten Körperschaften nach demokratischen Grundsätzen.
- c.) Vereins- und Versammlungsfreiheit, vorbehaltlich der Regelung durch die Besatzung. Freiheit der Presse und des religiösen Bekenntnisses.
- d.) Rückhaltlose Ausmerzung aller organisatorischen und geistig-kulturellen Hinterlassenschaften der NSDAP.
- e.) Besetzung aller leitenden Stellen in Verwaltung, Wirtschaft und Kultur mit demokratisch-republikanisch zuverlässigen Persönlichkeiten.
- f.) Rückkehr zum Rechtsstaat.

III.

Kulturpolitik

- a.) Die Grundlage des Staates und damit der Kultur ist eine religiöse und geistige. Staats-, Geistes- und Kulturleben haben religiösen Ursprung.
- b.) Ungehinderte Ausübung aller religiösen Bekenntnisse.
- c.) Erziehung der Jugend auf religiöser Grundlage, im Geiste der Völkerverständigung und schärfster Verneinung aller militaristischen Gedanken.

- d.) Aufbau und Ausgestaltung des gesamten Erziehungs-Bildungswesens im Geiste von a) und c).
- e.) Planmäßige Förderung aller Einrichtungen und Kräfte, die geistig-literarisch der Einstellung aller Volksschichten auf eine demokratische Anschauung dienen.
- f.) Freiheit der Forschung und Lehre.

IV.

Sozialpolitik

Motto: Homo sum! Panem et laborum et domum!

- a.) Religiös-sittliche Verpflichtung des Staates und des wirtschaftlich-sozial Stärkeren gegenüber dem Schutzbedürftigen.
- b.) Die Freiheit der Wirtschaft findet ihre Grenzen im Gebot der sozialen Gerechtigkeit.
- c.) Beschaffung von Arbeit durch Aufstellung eines Wiederaufbauprogramms des zerstörten Landes, insbesondere eines Sofortprogramms zur Wiederherstellung der Wohnungen in noch bewohnbaren Häusern.
- d.) Alle diejenigen Deutschen, die durch die Luftangriffe keine oder geringfügige Schäden erlitten haben, tragen zur Sicherstellung des Lebensnotwendigen der Fliegergeschädigten an Möbeln, Kleidern, Wäsche nach Maßgabe eines besonderen Gesetzes bei. Der Grundsatz der individuellen Fürsorge im Verwandten- und Freundeskreis ist dabei zu beachten.

Im übrigen sind hier entsprechende sozialrechtliche und – versicherungsmäßige Forderungen anzuführen, voraussichtlich in enger Anlehnung an die Gesetzgebung.

V.

Wirtschaftspolitik

Die Durchführung der obigen sozialpolitischen Themen hängt aufs engste mit der Wirtschafts- und Steuer- und Finanzpolitik zusammen, z. B. u. a. auch die Frage der steuerlichen Leistungsdifferenzierung zwischen Fliegergeschädigten und Nicht-Fliegergeschädigten.

Im Augenblick würden sich nur allgemeine Grundsätze aufstellen lassen, die aber für die vorliegende Diskussion sachlich nicht entscheidend sind.

Tatsächlich muß selbstverständlich die Gesamtheit der seitens der Alliierten zu erwartenden wirtschafts-, finanz- und steuerpolitischen Auflagen erst bekannt sein, ehe praktisch-brauchbare Gedanken ausgesprochen werden können.

VERANSTALTUNGSBEITRÄGE

Die freigewählte Volkskammer der DDR 1990. Erinnerungen an eine Sternstunde des deutschen Parlamentarismus*

Sabine Bergmann-Pohl

Wir begehen in diesem Jahr den 35. Jahrestag der Wiedervereinigung Deutschlands und die Erinnerungen an die Jahre 1989/90 werden wieder einmal in das kollektive Gedächtnis der Nation durch die Medien und viele Veranstaltungen gerückt. Diese Erinnerungen sind in der Beurteilung durchaus kontrovers.

Der Beitrag der ersten frei gewählten Volkskammer der DDR ist durch die Fernsehaufzeichnungen und die Parlamentsdrucksachen gut dokumentiert. Aber diese spiegeln nicht die Alltagsarbeit der Abgeordneten, die Hektik, die Emotionen und die massiven Probleme in dieser Zeit wider.

Die jetzt vorliegende wissenschaftliche Edition der Protokolle der Fraktion von CDU und Demokratischem Aufbruch in der letzten Volkskammer der DDR ist deshalb eine wichtige Ergänzung für die Bewertung dieser Zeit, die unser Land verändert hat. Besonders hervorheben möchte ich eingangs die herausragende Arbeit unseres damaligen Fraktionsvorsitzenden Professor Günter Krause. Er hat an der Gestaltung der Wiedervereinigung Deutschlands 1990 sich große Verdienste erworben.

Erinnern wir uns: Die Jahre 1989 und 1990 haben nicht nur das Leben von 16 Mio. Menschen in der DDR verändert, sie waren auch prägend für die Zukunft Europas.

Am 17. März 1990 ahnten wie ich die meisten frei gewählten Volkskammerabgeordneten noch nicht, dass sich nur Wochen später unser Leben entscheidend verändern sollte. Ingenieure, Pädagogen, Ärzte, Naturwissenschaftler und Theologen verließen von heute auf morgen ihre Arbeit, um in Ost-Berlin politische Verantwortung zu übernehmen.

Einige Monate nach dem 40. Jahrestag der Gründung der DDR, der noch von den unbelehrbaren Machthabern mit Pomp gefeiert wurde, während auf der Straße die Bürger in vielen Städten gegen diesen Staat demonstrierten, konnten

* Vortrag bei der Vorstellung des Bandes Lothar de Maizière: „... es geht um die Ablösung einer geschichtlichen Epoche.“ Die Protokolle der CDU/DA-Fraktion in der Volkskammer der DDR (März–September 1990). 2 Bde. Eingeleitet und bearbeitet von Stefan Marx (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 75). Freiburg i. Br. 2025. Die Veranstaltung fand im Begleitprogramm „Leipzig liest“ der Leipziger Buchmesse am 28. März 2025 in Leipzig statt.

die Bürgerinnen und Bürger am 18. März 1990 zum ersten Mal in einer freien Wahl „ihre“ Abgeordneten für das Parlament wählen.

Die friedliche Revolution und die freien Wahlen waren ein Akt der demokratischen Selbstbestimmung im besten Sinne. Sie gingen von den Menschen aus, die die Politik zu ihrem Anliegen machten, indem sie die Chance zur Freiheit nutzten, den offenen Dialog forderten und sich für eine friedliche Regelung von Konflikten einsetzten.

Die konkreten Ergebnisse der freien Volkskammerwahl waren weder manipuliert noch bestätigten sich die Vorhersagen der Wahlforscher. Das Ergebnis der Wahlen war ein eindeutiges Bekenntnis zur Deutschen Einheit und damit ein wichtiger Bestandteil des Demokratisierungsprozesses, der sich im ganzen Land vollzog.

Die Demokratie, die bereits Jahrzehnte früher in der Bundesrepublik mit Hilfe der westlichen Besatzungsmächte Wirklichkeit geworden war, hatte nun in ganz Deutschland gesiegt – und das aus eigener Kraft. Eine höchst bemerkenswerte Tatsache deutscher Geschichte. Was dann folgte, war eine Sternstunde in der Geschichte des deutschen Parlamentarismus. Die letzte Wahlperiode der Volkskammer war die kürzeste Lehre und härteste Bewährungsprobe „in Sachen Politik“.

Der 10. und ersten frei gewählten Volkskammer gehörten nur noch 3 % von 409 Abgeordneten an, die auch in der 9. Wahlperiode vertreten gewesen waren. Die meisten der neuen Mitglieder schieden von heute auf morgen aus ihrem Arbeitsleben aus, um ohne Vorbereitung und parlamentarische Erfahrung in einer geschichtlich einmaligen Zeit Verantwortung zu übernehmen.

Nur um die Situation zu verdeutlichen, möchte ich daran erinnern, dass die Mitglieder des 1. Deutschen Bundestages eine Übergangsphase von 1945 bis 1949 hatten mit demokratischer Erfahrung auf kommunaler und Länderebene sowie im Parlamentarischen Rat. Zudem hatten nicht wenige von ihnen vor 1933 parlamentarischen Gremien auf den unterschiedlichsten Ebenen angehört.

Mit 164 Gesetzen, 93 Beschlüssen und drei Staatsverträgen war der Umfang der Arbeit, die die Volkskammer zu leisten hatte, gewaltig. Die Zahl der Probleme aber auch. Im Schnittpunkt von noch nicht überwundener Vergangenheit und kaum begonnener Zukunft galt es, möglichst Vieles zu bedenken. Dazu kam der ungeheure Zeitdruck. Bei aller Kritik an Unvollkommenem bleibt die Frage theoretisch: Wer hätte es wie besser machen können?

Als man mir zum Beispiel am 4. April, also einen Tag vor der konstituierenden Sitzung, mitteilte, dass ich mit der Wahl zur Präsidentin der Volkskammer infolge einer Verfassungsänderung auch gleichzeitig amtierendes Staatsoberhaupt sein würde, fühlte ich mich wie ein Nichtschwimmer mitten in einem stürmenden Ozean. Die Fähigkeiten, Röntgenbilder zu bewerten und medizinische Diagnosen zu stellen oder die Funktion der Ärztlichen Leiterin von 50 disziplinierten Mitarbeitern halfen mir wenig, 200 nicht nur freundlich gesinnten

Mitarbeitern des Staatsrates oder der Volkskammer gegenüberzutreten, ganz abgesehen von der Zügelung eines politisch aufgeladenen Parlamentes. Ähnlich ging es sicher auch den Ministern und Staatssekretären der Regierung von Lothar de Maizière und den vielen Abgeordneten.

Zu Beginn unserer parlamentarischen Arbeit waren wir zunächst mit äußerst schlechten Arbeitsbedingungen konfrontiert. Es fehlten Büros, Telefone und andere technische Hilfsmittel und auch die Übernachtungsmöglichkeiten für die Abgeordneten waren begrenzt. Wir waren im Gegensatz zu der alten Volkskammer, die nur ca. zweimal im Jahr tagte, ein Arbeitsparlament, das fast täglich und wöchentlich seine Arbeit zu erledigen hatte. Ein Vizepräsident wurde eigens für die schnelle Bewältigung der genannten Probleme eingesetzt.

Erstaunt nahm ich sehr schnell trotz meiner anfänglichen Skepsis dem alten Staatsapparat gegenüber zur Kenntnis, dass viele der Mitarbeiter der ehemaligen Volkskammer und des Staatsrates uns die Unterstützung nicht verweigerten, wohl wissend, dass auch sie nach dem Oktober Arbeitssuchende werden würden.

Die Einmaligkeit dieses Parlaments war geprägt von der Aufgabe, den Demokratisierungsprozess im Land voranzutreiben, einen Unrechtsstaat in einen Rechtsstaat zu überführen und damit die Voraussetzung zur staatlichen Einheit Deutschlands herzustellen. Beispielhaft möchte ich nur einige Entscheidungen und Beschlüsse nennen:

Bereits in der zweiten Sitzung am 12. April verabschiedete die Volkskammer eine Erklärung aller Fraktionen, in der sie sich zur Verantwortung der Deutschen in der DDR für ihre Geschichte und ihre Zukunft bekannte.

Am 17. Mai erfolgte die Bildung des Ausschusses Deutsche Einheit zur parlamentarischen Begleitung des Einigungsprozesses, der parallel auch im Deutschen Bundestag gebildet wurde.

In der 15. Tagung am 17. Juni gelang die Verabschiedung des Gesetzes zur Änderung und Ergänzung der Verfassung der DDR, in dem sich die DDR zu einem „freiheitlichen, demokratischen, föderativen, sozialen und ökologisch orientierten Rechtsstaat“ bekannte.

Am 21. Juni beschloss die Volkskammer die „Währungs- Wirtschafts- und Sozialunion“ und verabschiedete eine Erklärung zur Garantie der polnischen Westgrenze.

Am 22. Juli folgte die Verabschiedung des „Ländereinführungsgesetzes“ mit Wirkung zum 14. Oktober und das „Gesetz über die Wahlen zu den Landtagen“.

Am Morgen des 23. August gegen 2.30 Uhr erklärte die Volkskammer in ihrer 30. Tagung den „Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes mit Wirkung vom 3. Oktober 1990“. Dieser historische Beschluss fand noch im ehemaligen „Palast der Republik“ statt, in dem auch die Volkskammer ihre Räume hatte. Ich persönlich bedaure sehr, dass mit dem Abriss dieses Gebäudes auch die Erinnerung an die frei gewählte Volks-

kammer mit dem Beschluss zur Herstellung der Deutschen Einheit an diesem Ort zunehmend verblasst.

Am 24. August wurde „Das Gesetz über die Sicherung und Nutzung der personengebundenen Daten des ehemaligen MfS/AfNS“ verabschiedet, welches die Grundlage für die Bildung der heute existierenden Stasiunterlagenbehörde wurde.

Am 20. September nahmen die Abgeordneten den Bericht des Ministerpräsidenten über das Ergebnis der „2 + 4 Verhandlungen“ zur Kenntnis und am gleichen Tag erfolgte die Schlussabstimmung über den „Einigungsvertrag“, einer wichtigen Voraussetzung für die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands.

In der 38. und damit letzten Tagung am 2. Oktober beendeten die Abgeordneten der frei gewählten Volkskammer ihre Tätigkeit.

Die größte Herausforderung an unserem Auftrag war, dass wir von vornherein wussten, dass wir nicht viel Zeit haben würden. Nicht etwa eine Legislaturperiode war uns zugedacht. Nein, wir sollten so schnell wie möglich für unsere Selbstauflösung sorgen. Wir sollten neben der wichtigen und notwendigen Gesetzgebung als Voraussetzung für die Deutsche Einheit dafür sorgen, uns baldmöglichst überflüssig zu machen und unsere Arbeit beenden.

Suchen Sie heute mal Abgeordnete, die bereit sind dafür zu sorgen, sich selber überflüssig zu machen und dafür einen sicheren Arbeitsplatz verlassen. Ich glaube, Sie finden sie nicht.

Die Diskussionen und das Ringen um den richtigen politischen Weg zur Einheit auch über die Fraktionsgrenzen hinausgehend waren einerseits geprägt von einer großen Sachlichkeit. Aber auch spontane und emotional stark geprägte Diskussionen konnten eine Wirkung entfalten, deren Folgen wir nicht immer voraussehen konnten. So erinnere ich zum Beispiel an den sehr emotionalen Diskussionsbeitrag eines Abgeordneten der DSU, der uns darauf hinwies, dass wir immer noch in der Volkskammer unter dem Staatswappen eines untergehenden Staates mit „Hammer und Zirkel im Ährenkranz“ tagen würden. Das führte zu einem Beschluss der Volkskammer am 31. Mai, dass das Staatswappen der DDR von allen öffentlichen Gebäuden zu entfernen sei. Plötzlich erreichten mich in meiner Funktion als amtierendes Staatsoberhaupt zahlreiche empörte Anrufe von Botschaftern aus allen möglichen Ländern dieser Welt, ob dieser Beschluss auch für ihre Botschaften gelte. Ich bin mir sicher, dass diesen Beschluss der Volkskammer nicht alle Botschafter umgesetzt haben.

Die frei gewählte Volkskammer war ungeheuer fleißig, geprägt von spannenden Sitzungen, die alle vom Fernsehen übertragen wurden. So kam es auch mehrmals dazu, dass durch unvorhergesehene Unterbrechungen der Tagungen, wie zum Beispiel am 17. Juni oder in der Nacht vom 22. zum 23. August ein leerer Plenarsaal zu sehen war, weil in den Fraktionen oder im Präsidium über politische Entscheidungen heiß diskutiert und Entscheidungen vorbereitet wurde. Das brachte uns in der öffentlichen Meinung Lob und Kritik ein.

Wenn ich an dieses halbe Jahr zurück denke, so bleibt mir die hohe politische Verantwortung in Erinnerung, die uns von der Bevölkerung übertragen wurde. Wir haben uns bemüht, dieser Anforderung gerecht zu werden. Die Unsicherheit über die gemeinsame Zukunft konnten wir allerdings in dieser kurzen Zeit den Menschen in der noch existierenden DDR nicht nehmen. Heute 35 Jahre später diskutieren wir immer noch über Ost und West und gegenseitige Vorbehalte sind leider noch präsent. Obwohl zum Beispiel laut Bericht des Ost-Beauftragten der Bundesregierung von 2024 die Wirtschaft Ostdeutschlands in den letzten 10 Jahren schneller gewachsen ist als die im Westen und die Arbeitslosigkeit in Thüringen, Brandenburg und Sachsen gleich und in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern nur unwesentlich höher ist als im Westen, sind der Unmut über die Politik und die Zukunftsängste größer, was sich auch in den Wahlergebnissen widerspiegelt.

Was bleibt nun von dem Wirken dieser frei gewählten Volkskammer? Es bleibt die bedeutende geschichtliche Leistung, die, eingebettet in den Gesamtprozess der Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands, ein bemerkenswertes Stück deutscher Parlamentsgeschichte beinhaltet. Ohne die konkreten gesellschaftlichen Bezüge außer Acht lassen zu wollen, gesellt sich dieses Jahr 1990 würdig zu den herausragenden Daten des Werdens der deutschen Demokratie und der Konstituierung demokratischer Parlamente 1848, 1919 und 1949.

Erinnert sei aber auch an die Leistung der Regierung der DDR unter Lothar de Maizière und die der Bundesregierung unter Helmut Kohl. Dankbar denke ich auch an die Unterstützung durch den Deutschen Bundestag und die vielen bundesdeutschen Beamten, die uns mit Rat und Tat zur Seite standen.

Die historische Bedeutung dieser Zeit ist das Ergebnis des Zusammenwirkens der vielen Menschen, die bereit waren, politische Verantwortung zu übernehmen. Das gilt auch für unsere östlichen Nachbarländer und die „Vier Mächte“, die sich für die Beendigung des Kalten Krieges, für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und ein gemeinsames Europa eingesetzt haben.

Hier konnten nur einige Aspekte unseres damaligen Wirkens angesprochen werden. Die Wertung über die politischen Veränderungen dieser Zeit, unsere damaligen Hoffnungen auf Frieden in Europa und dessen, was politisch wir heute mit Sorgen beobachten werden Historiker heute und in Zukunft vornehmen müssen.

Zur Edition der Protokolle der gemeinsamen CDU/DA-Fraktion in der Volkskammer 1990*

Stefan Marx

*Die Volkskammerwahl vom 18. März 1990 und
der Erfolg der „Allianz für Deutschland“*

Die ersten und zugleich letzten freien Wahlen zur Volkskammer in der Geschichte der DDR am 18. März 1990 sehen das Wahlbündnis „Allianz für Deutschland“, in dem sich die Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU), der Demokratische Aufbruch (DA) und die Deutsche Soziale Union (DSU) zusammengefunden haben, als eindeutigen Sieger. 48,0 Prozent der abgegebenen Stimmen entfallen auf die drei Allianzparteien, die zusammen 192 von 400 Mandaten in der Volkskammer gewinnen.¹ Der Wahlerfolg der „Allianz für Deutschland“ stellt „ein Votum für den raschen Beitritt der DDR zur Bundesrepublik und für einen vollständigen Übergang zur westlichen Demokratie wie zur sozialen Marktwirtschaft nach Bonner Modell“² dar.

Lothar de Maizière, dem Vorsitzenden und Spitzenkandidaten der CDU, die mit einem Stimmenanteil von 40,8 Prozent zur stärksten politischen Kraft in der DDR aufsteigt, wird sehr schnell klar, „welches Amt und welche Verantwortung jetzt auf mich zurollen“³. Er ist sich der Größe der Aufgabe bewusst, spricht in der konstituierenden Sitzung der Volkskammerfraktion der CDU/DA am 27. März 1990 „von einer historischen Dimension“, denn „es geht nicht einfach um Regierungswechsel, sondern es geht um die Ablösung einer geschichtlichen Epoche, einer Gesellschaftsformation – ein Prozess, der normalerweise Jahrzehnte, Jahrhunderte in Anspruch nimmt, der jetzt aber nach der Vorstellung vieler Wähler in ein paar Wochen vonstattengehen soll“⁴.

* Leicht überarbeitete Fassung des Vortrags bei der Vorstellung des Bandes Lothar de Maizière: „... es geht um die Ablösung einer geschichtlichen Epoche.“ Die Protokolle der CDU/DA-Fraktion in der Volkskammer der DDR (März–September 1990). 2 Bde. Eingeleitet und bearbeitet von Stefan Marx (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 75). Freiburg i. Br. 2025. Die Veranstaltung fand im Begleitprogramm „Leipzig liest“ der Leipziger Buchmesse am 28. März 2025 in Leipzig statt.

1 Zum Ergebnis der Volkskammerwahl von 1990 vgl. Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1983 bis 1991. Mit Anhang: Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik. Verfasst und bearbeitet von Peter Schindler. Baden-Baden 1994, S. 1590–1594.

2 Wolfgang Jäger: Die Überwindung der Teilung. Der innerdeutsche Prozess der Vereinigung 1989/90 (Geschichte der deutschen Einheit 3). Stuttgart 1998, S. 453.

3 Lothar de Maizière: Ich will, dass meine Kinder nicht mehr lügen müssen. Meine Geschichte der deutschen Einheit. Freiburg i. Br. 2010, S. 125.

4 Protokolle der CDU/DA-Fraktion, Nr. 1, 27. März 1990, S. 9 f.

Die Hauptverantwortung für das weitere Geschehen in der DDR und insbesondere für den Prozess der Wiedervereinigung Deutschlands liegt auf den Schultern der 167 Mitglieder dieser Fraktion, der mit Abstand größten Fraktion in der Volkskammer.

Ein Parlament von Neulingen und die Bedeutung der Theologen und kirchlich Engagierten für die politische Arbeit in der DDR 1990

Wie auch der überwiegende Teil der Parlamentarier der anderen Fraktionen hat in der CDU/DA-Fraktion kaum jemand Erfahrungen in der parlamentarischen Arbeit. Lothar de Maizière bemüht den Vergleich mit einer Laienspielschar und betont die Möglichkeiten, die sich damit verbinden, denn „wir wissen ja auch um die herzerfrischenden Momente eines guten Laienspiels“⁵.

In der CDU/DA-Fraktion sitzen mit Burkhard Schneeweiß und Gerhard Pohl, die der Volkskammer seit 1976 beziehungsweise 1981 angehören, nur zwei Abgeordnete, die über Parlamentserfahrung verfügen. Doch was heißt in diesem Zusammenhang Parlamentserfahrung? Die Volkskammer ist bis zum 18. März 1990 ein Akklamationsgremium, das zwei- bis dreimal im Jahr zusammentritt und vorgefertigte Beschlussvorlagen verabschiedet. Von Bedeutung für die Arbeit in der Fraktion und darüber hinaus in der Volkskammer sind die Erfahrungen, die Theologen und kirchlich Engagierte einbringen.

Vor der politischen Wende sind in der DDR die Kirchen die einzigen verbliebenen öffentlichen Orte gewesen, an denen noch aufrichtig geredet und diskutiert werden konnte. Gerade hier haben sich Verhaltensweisen und Diskursfähigkeiten entwickeln können, die in der Gesellschaft der DDR sonst kaum zu erlernen und zu erproben gewesen sind. Die Kenntnis parlamentarischer Entscheidungsprozesse, über die die Theologen und in der kirchlichen Synodalarbeit erprobten Abgeordneten verfügen, sind von unschätzbarem Wert in einem Parlament, in dem es der Mehrzahl der Abgeordneten an Grundkenntnissen parlamentarischer Arbeit mangelt.

Diese Gruppe ist nicht nur in der CDU/DA-Fraktion mit Theologen und Laien wie Rainer Eppelmann, Frieder Jelen, Martin Clemens, Wolfgang König oder Lothar de Maizière anzutreffen, sondern auch in den anderen Fraktionen vertreten. Bei der SPD sind dies beispielsweise Markus Meckel, Reinhard Höppner, Richard Schröder oder Martin Gutzeit, beim Bündnis 90 zählen hierzu Marianne Birthler, Hans-Jochen Tschiche, Wolfgang Ullmann oder Joachim Gauck.

5 Ebd., Nr. 4b, 11. April, S. 282.

Parlamentarische Arbeit unter schwierigen Rahmenbedingungen

Die Mitglieder der 10. Volkskammer sind von Anfang an gefordert. Eine Schonfrist von 100 Tagen, die nicht nur eine neue Regierung für sich in Anspruch nehmen darf, sondern auch neu gewählte Parlamentarier beanspruchen können, gibt es für sie aber nicht. Im Gegenteil, angesichts der hohen Erwartungshaltung in der Bevölkerung nimmt Lothar de Maizière die Abgeordneten in die Pflicht. Sein Appell in der konstituierenden Sitzung der CDU/DA-Fraktion kann als eine Aufforderung an alle Mitglieder der Volkskammer verstanden werden: „Wir alle sind [...] gefordert, in der parlamentarischen Arbeit der neuen Volkskammer, die ein Arbeitsparlament sein wird, unser Bestes zu geben, und es wird sehr, sehr viel Arbeit auf uns zukommen, und wir müssen sofort damit beginnen“⁶ – und dies im Rahmen einer hauptberuflichen Tätigkeit.

Auf eine hauptberufliche Tätigkeit ihrer Abgeordneten ist die Volkskammer in keiner Weise vorbereitet. Die Arbeitsmöglichkeiten für die Fraktionen, die Abgeordneten und deren Mitarbeiter sind völlig unzureichend, um nicht zu sagen, sie sind „unsäglich schlecht“, wie es Sabine Bergmann-Pohl formuliert hat.⁷ Günther Krause, der nach der Wahl Lothar de Maizières zum Ministerpräsidenten den Vorsitz der CDU/DA-Fraktion übernimmt, empört sich über den Zustand der Räumlichkeiten, die seiner Fraktion zugewiesen werden: „Da fehlt Putz an den Decken, da sind Tapeten abgerissen, die Wände tragen eben nicht nur die Stellen, wo vielleicht die Bilder vom Honecker gehangen haben, ich möchte fast annehmen, dass da an manchen Stellen auch schon Stalin irgendwann abgenommen worden ist.“⁸

Die Kritik an den unzureichenden Arbeitsmöglichkeiten schließt die Unterbringung der Abgeordneten während der Sitzungswochen in Berlin ein. Der Großteil der Fraktionsmitglieder ist in dem sogenannten Abgeordnetenhotel in der Ruschestraße in Berlin-Lichtenberg untergebracht. Dass es sich dabei um das ehemalige Ledigenwohnheim des Ministeriums für Staatssicherheit handelt, empfindet Gerd Gies, der spätere Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, als „Zumutung“⁹. Unzufrieden mit den Unterbringungsmöglichkeiten in Berlin zeigt sich auch der Bad Doberaner Abgeordnete Christoph Brandt: „Nach des Tages Müh und Last legt man sich schlafen, und für einen ferner Wohnenden ist das nicht zu akzeptieren, auf Dauer hier als Hotelgast zu logieren. Ich muss sagen, es gehört ein Minimum an Umgebung auch dazu, um sich zu reproduzieren, deswegen würde ich anregen, dass anzustreben ist, dass das

6 Ebd., Nr. 1, 27. März 1990, S. 7.

7 Sabine Bergmann-Pohl: Abschied ohne Tränen. Rückblick auf das Jahr der Einheit. Berlin/Frankfurt a. M. 1991, S. 52.

8 Protokolle der CDU/DA-Fraktion, Nr. 4a, 10. April 1990, S. 233 f.

9 Ebd., Nr. 1, 27. März 1990, S. 31.

zumindest für einen großen Teil, die dies wünschen, bescheidene, aber auskömmliche Möglichkeiten der Unterbringung auf Dauer geschaffen werden.“¹⁰

Die Bildung einer Großen Koalition unter der Führung eines selbstbewussten Lothar de Maizière

Mit diesen Unzulänglichkeiten müssen sich die Abgeordneten aller Fraktionen arrangieren und mit der Arbeit in der Volkskammer beginnen. Am Anfang der politischen Arbeit steht die Bildung einer neuen, erstmals demokratisch legitimierten Regierung der DDR. Die drei Parteien der „Allianz für Deutschland“ verfügen zusammen mit den Liberalen über eine Mehrheit in der Volkskammer. Dennoch strebt de Maizière eine Große Koalition und damit auch eine Regierungsbeteiligung der SPD an, was angesichts eines zu erwartenden schwierigen Transformationsprozesses der DDR und verfassungsändernder Entscheidungen auf dem Weg zur deutschen Einheit, die einer Zweidrittelmehrheit in der Volkskammer bedürfen, politisch geboten scheint.

Doch die SPD, die nach der für sie unerwarteten Wahlniederlage vom 18. März 1990 ihre Wunden leckt, zögert, tut sich mit einer Regierungsbeteiligung schwer. Markus Meckel, einer der Mitgründer der SPD in der DDR im Herbst 1989, der in der Regierung de Maizière das Amt des Außenministers bekleiden wird, nennt drei Gründe, die die Sozialdemokraten schließlich zum Regierungseintritt veranlassen. Als erstes geht es ihnen darum, „die deutsche Einheit aktiv mitzugestalten“¹¹. Zweitens haben sie „keine Sehnsucht nach einer Oppositionsrolle an der Seite der PDS, welche ungetrübt von jeglichem Realitätssinn immer radikalere Positionen vertreten würde“.¹² Als dritten Grund nennt er ein übergeordnetes, staatspolitisches Interesse zur Verteidigung DDR-spezifischer Anliegen im Prozess der Wiedervereinigung Deutschlands. In einem Interview mit der „Westfälischen Rundschau“ beschreibt er das Ziel, „den Rücken einer DDR-Regierung [zu] stärken, die die Interessen der Menschen, die hier leben, in den Einigungsprozess einbringt.“¹³ Deshalb fordert der amtierende Vorsitzende der DDR-SPD auch „Standfestigkeit gegenüber einer übermächtigen Bundesrepublik und einem übermächtigen Kanzler“¹⁴.

An Selbstbewusstsein mangelt es de Maizière nicht. Helmut Kohl, der angesichts der Problemlage in der DDR de Maizières Plan für eine Große Koalition

10 Ebd., Nr. 4a, 10. April 1990, S. 235.

11 Markus Meckel: Zu wandeln die Zeiten. Erinnerungen. 2. korrigierte Aufl. Leipzig 2020, S. 326.

12 Ebd.

13 Meckel: De Maizière hat erste Nagelprobe nicht bestanden, in: Westfälische Rundschau vom 7. April 1990.

14 Ebd.

unterstützt, beklagt „wenig Einfluss auf die Regierungsbildung in Ost-Berlin“¹⁵, die mit der Unterzeichnung der Koalitionsvereinbarung am 12. April 1990 ihren Abschluss findet. Bestimmt von dem Ziel, „die Einheit Deutschlands nach Verhandlungen mit der BRD auf der Grundlage des Art. 23 GG zügig und verantwortungsvoll für die gesamte DDR gleichzeitig zu verwirklichen“¹⁶, wird auf 53 Seiten detailliert die Aufgabenstellung für die einzelnen Politikbereiche beschrieben. Angesichts der Fülle der Aufgaben – allein der Umbau des Justizwesens macht die Bildung einer Verfassungs- und Verwaltungsgerichtsbarkeit, die Schaffung von Arbeits- und Sozialgerichten sowie die Abschaffung der Militärgerichte und der Militärstaatsanwaltschaft erforderlich – wird der Appell von Günther Krause verständlich, den er an die Mitglieder der CDU/DA-Fraktion richtet: „Hauptsächlich müssen wir auf Abgeordnete bauen, die eben 60 bis 70 Stunden in der Woche hier arbeiten für uns, sonst schaffen wir die Probleme nicht.“¹⁷

*Günther Krause – ein herausragender Akteur im Prozess
der Wiedervereinigung Deutschlands*

Krause ist nicht nur der Vorsitzende der größten Fraktion in der Volkskammer, sondern übt zugleich auch das Amt eines Parlamentarischen Staatssekretärs im Amt des Ministerpräsidenten aus. Als Parlamentarischer Staatssekretär ist er zuständig für die Deutschlandpolitik und damit Leiter der DDR-Delegation bei den Verhandlungen über die Staatsverträge mit der Bundesrepublik Deutschland, also den Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion sowie den Vertrag über die Herstellung der Einheit Deutschlands (Einigungsvertrag).

In seiner Doppelfunktion als Vorsitzender der größten Regierungsfraktion und Chefunterhändler für die beiden Staatsverträge mit der Bundesrepublik entwickelt er sich zu einem der entscheidenden Akteure im Wiedervereinigungsprozess. Seine Verhandlungspartner auf bundesdeutscher Seite finden nur lobende Worte für Günther Krause. Bei den Verhandlungen über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion beeindruckt er Johannes Ludewig mit einer „ungewöhnlich schnellen Auffassungsgabe, hoher Intelligenz und starkem Durchsetzungsvermögen“¹⁸. Von hoher Wertschätzung zeugen auch die Worte von Wolfgang Schäuble, dem Verhandlungspartner beim Einigungsvertrag:

15 Helmut Kohl: *Erinnerungen 1990–1994*. München 2007, S. 52.

16 Grundsätze der Koalitionsvereinbarung zwischen den Fraktionen der CDU, der DSU, dem DA, den Liberalen (DFP, BFD, F.D.P.) und der SPD vom 12. April 1990, in: Bundesarchiv Bestand Volkskammer der DDR DA 1/19101.

17 Protokolle der CDU/DA-Fraktion, Nr. 5, 18. April 1990, S. 323.

18 Johannes Ludewig: *Unternehmen Wiedervereinigung*. Von Planern, Machern, Visionären. 2. Aufl. Hamburg 2015, S. 36.

„Für mich bleibt er in Erinnerung als ein befähigter Politiker von ungewöhnlich hoher Auffassungsgabe und Intelligenz, der sich um das vereinte Deutschland bleibende Verdienste erworben hat.“¹⁹

*Der besondere Beitrag der CDU/DA-Fraktion
zu einer beeindruckenden Arbeitsbilanz*

Das Ziel einer möglichst schnellen Vereinigung mit der Bundesrepublik vor Augen stehen die beiden Staatsverträge und die damit verbundene Rechtsangleichung mit zahlreichen Verfassungsänderungen im Zentrum der inhaltlichen Arbeit der Fraktion und der Volkskammer sowie der Regierung. Die Arbeitsbilanz der in Regierung und Parlament der DDR nach dem 18. März 1990 Verantwortlichen ist beeindruckend. Seit ihrer Konstituierung am 5. April 1990 verabschiedet die Volkskammer 164 Gesetze und fasst 93 Beschlüsse und ebnet damit parlamentarisch den Weg zur Vereinigung der beiden deutschen Staaten, die mit dem 3. Oktober 1990 vollzogen wird.

Maßgeblichen Anteil daran hat die CDU/DA-Fraktion, die ihrer Verantwortung als stärkste politische Kraft gerecht wird und bis zum Schluss in der Regierungsverantwortung bleibt. Im Sommer 1990 zerbricht die Große Koalition. Wegen des Streits um Termin und Modus der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl erklären die Liberalen am 24. Juli 1990 den Austritt aus der Koalition, die Sozialdemokraten nehmen die Entlassung der von ihr gestellten Minister Walter Romberg und Peter Pollack durch Ministerpräsident de Maizière zum Anlass, das Regierungsbündnis zu verlassen. Seit Mitte August 1990 trägt die CDU/DA-Fraktion gemeinsam mit der DSU-Fraktion eine Minderheitsregierung. Die Verhandlungen zum Einigungsvertrag sind noch nicht beendet, geschweige denn eine Mehrheit in der Volkskammer für das noch abschließend zu verhandelnde Vertragswerk organisiert. Dass der Prozess der Wiedervereinigung dennoch erfolgreich abgeschlossen werden kann, daran ist – und hier kann Paul Krüger, dem Ersten Parlamentarischen Geschäftsführer, nur zugestimmt werden – die CDU/DA-Fraktion „sowohl als stärkste Fraktion der Volkskammer als auch durch ihre unmittelbare Arbeit im Rahmen der Regierung weit überproportional beteiligt“²⁰.

19 Wolfgang Schäuble: Erinnerungen. Mein Leben in der Politik. Stuttgart 2024, S. 265.

20 Paul Krüger: Für einen geordneten Einigungsprozess – zur Arbeit der CDU/DA-Fraktion, in: Hans Misselwitz/Richard Schröder (Hg.): Mandat für Deutsche Einheit. Die 10. Volkskammer zwischen DDR-Verfassung und Grundgesetz. Opladen 2000, S. 153–162, hier 162.

Editorische Anmerkungen

Für den Zeitraum zwischen dem 27. März 1990, als sich die Fraktion konstituiert, und dem 28. September 1990, der letzten Fraktionssitzung, sind Tonbandaufzeichnungen von 27 Fraktionssitzungen überliefert, einschließlich des Kolloquiums mit dem ehemaligen Bundesminister und Verfassungsjuristen Rupert Scholz am 20. Juni 1990 über den verfassungsrechtlichen Weg zur Wiedervereinigung. Hinzu kommt als 28. Dokument das Protokoll der gemeinsamen Sitzung mit der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag am 29. Mai 1990 im Berliner Reichstag.

Die Dokumente sind chronologisch angeordnet. Ihnen steht ein einheitlicher Kopf voran, der die wesentlichen Informationen zu den folgenden Dokumenten enthält. Fortlaufende Nummer, Ort und Datum der Fraktionssitzung, Archivsignatur, Sprecherinnen und Sprecher sowie die Tagesordnung und Dauer der Sitzung. Die Kommentierung der Dokumente dient dazu, der Benutzerin und dem Benutzer die Quelle eingehend und schnell zu erschließen. In den Anmerkungen werden vor allem unmittelbar oder mittelbar im Text erwähnte Bezugsdokumente – zum Beispiel Schreiben, Vermerke, Gesetzestexte, Parlamentsdrucksachen oder auch Zeitungsartikel – nachgewiesen und näher erläutert. Zitate oder inhaltliche Wiedergaben sollen die Entscheidungsprozesse erhellen und zum Verständnis der Dokumente beitragen.

Der Edition sind verschiedene Verzeichnisse beigelegt, die die Benutzung und wissenschaftliche Auswertung erleichtern. Dies sind Kurzbiografien zu allen Mitgliedern der CDU/DA-Fraktion, die über ihre wesentlichen beruflichen, politischen oder staatlichen Funktionen informieren, eine Übersicht über die Zusammensetzung der Regierung de Maizière, ein Verzeichnis der Fraktionssitzungen mit der Fundstelle der Niederschriften sowie ein Abkürzungsverzeichnis. Weiter sind dem Band ein Personen- und Sachregister beigegeben. In dem Quellen- und Literaturverzeichnis schließlich werden die archivalischen Quellen und Veröffentlichungen aufgeführt, die für die Bearbeitung der Sitzungsniederschriften und die Einleitung der Edition benutzt worden sind.

Die Protokolle geben Auskunft über die personelle Zusammensetzung, die Organisationsstruktur und die Arbeitsweise der Fraktion, ihre inhaltliche Schwerpunktbildung in der Volkskammer sowie über ihre Position als politischer Akteur im Kräftefeld von Regierung, Parlament und Parteien.

„... wo in Leipzig die Kerzen die Panzer besiegt haben.“

Auf die Verhandlungen in der CDU/DA-Fraktion kann ich hier nicht im Einzelnen eingehen. Vielmehr möchte ich ein Thema aufgreifen, das einen Bezug zu Leipzig und den Ausgangspunkt der Friedlichen Revolution herstellt. Intensiv diskutiert wird auch über die Modalitäten der Vereinigung zwischen der

Bundesrepublik und der DDR. Der Weg für eine schnelle Wiedervereinigung Deutschlands gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes ist mit dem Wählervotum vom 18. März 1990 vorgezeichnet. Über das konkrete Beitrittsdatum wird in der CDU/DA-Fraktion viel debattiert. Zur Diskussion stehen auch der 7. und 9. Oktober. Hörenswert hierzu ist der Beitrag von Lothar de Maizière: „Nun wurde über Daten nachgedacht, einige meinten 7. Oktober. Ich sage, das ist eine Übersymbolik, wenn wir den Tag der DDR-Gründung zum Tag der DDR-Auflösung und damit der Deutschen Einheit machen, dann schreiben wir dieses Datum erst recht in der Geschichte fest. Und da entstand die Idee des 9. Oktober, weil der 9. Oktober der Tag war, wo in Leipzig die Kerzen die Panzer besiegt haben. Da war die Entscheidung, dass die Wende unblutig sein wird, dass die Panzer hinterm Bahnhof stehen bleiben, und wo bestimmte Leute Befehle verweigert haben und ein nicht ganz unbekannter Musiker sich dafür eingesetzt hatte.“²¹ Das tatsächliche Beitrittsdatum – der 3. Oktober – richtet sich bekanntlich nach dem Fahrplan für den Abschluss des Zwei-plus-Vier-Prozesses.

Die politische Bedeutung der Edition

Die Edition der Sitzungsprotokolle der CDU/DA-Fraktion in der Volkskammer der DDR 1990 hat neben ihrer besonderen geschichtswissenschaftlichen Bedeutung auch eine politische Dimension. Es geht um die Wertschätzung der Arbeit der Volkskammer 1990, nicht allein der CDU/DA-Fraktion, wenn auch ihr Beitrag herausragend ist. Auf die Arbeitsbilanz der 10. Volkskammer habe ich bereits hingewiesen; die Wiedervereinigung ist eben nicht nur das Ergebnis der Verhandlungen zwischen den Regierungen der Bundesrepublik und der DDR gewesen. Den Mitgliedern der Volkskammer gebührt für ihre Arbeit Dank, Respekt und höchste Anerkennung.

21 Protokolle der CDU/DA-Fraktion, Nr. 20, 21. August 1990, S. 1146.

Abstracts*

Oliver Salten: The Logo and Colours of the CDU. The History of the Visualisation of a Political Brand (pp. 5–71)

Party logos play a significant role as markers of identification and representation. Their graphic design and colour schemes, therefore, have often been the subject of protracted internal party debate. Yet historical research into political parties has so far devoted little attention to them. This article traces in detail the history of the CDU's logo and colour scheme, from the party's founding phase to the present day, including that of the CDU in the Soviet Occupied Zone/GDR. Until 1965, when the federal office began more concerted efforts towards standardisation, the variety of logo forms in the Federal Republic reflected the party's distinctly federalist character. The analysis shows that logo redesigns were primarily discussed during periods of political change and policy realignment, such as at the end of the Adenauer era, after the CDU's first loss of federal power in 1969, and following the long chancellorships of Helmut Kohl and Angela Merkel.

Andreas Grau: Andreas Hermes and the Society for German Reunification (pp. 73–99)

In retrospect, the course of Western integration pursued by the Federal Republic of Germany under Chancellor Konrad Adenauer may seem almost inevitable. At the time, however, it was a highly contested approach, even within the ranks of the CDU/CSU. A group of Adenauer's critics within the Union rallied around the Gesellschaft für die Wiedervereinigung Deutschlands (the Society for German Reunification), a non-partisan organisation primarily founded by Andreas Hermes and, for a time, supported by other prominent CDU politicians such as Heinrich Lübke, Ernst Lemmer and Ferdinand Friedensburg. The society's stated aim was to pursue "the restoration of German unity through peaceful means, until its establishment in a pan-German constitution and its international recognition within a peace treaty." Drawing on a broad range of sources, this article traces the society's origins, foundation and brief history. While the society ultimately failed to exert major influence, some of its ideas were at least partly adopted by the Kuratorium Unteilbares Deutschland (Committee for an Indivisible Germany), founded in 1954.

* Compiled by Christopher Beckmann, translated by Simon Phillips.

Claudius Kiene: A political “Elementary School”. The Junge Union during the Stoltenberg Era (1955–1961) (pp. 101–129)

The history and role of the the CDU/CSU’s youth organisation, *Junge Union* (JU), still require thorough, archive-based research. This article examines the years 1955 to 1961, when Gerhard Stoltenberg, later Minister President of Schleswig-Holstein and a Federal Minister, served as the JU’s federal chair. At the JU’s Deutschlandtag (Germany Day) in Augsburg in 1955, Stoltenberg surprisingly defeated the incumbent Ernst Majonica in a contested vote. His tenure marked the beginning of a “solid phase of development” for the JU at the federal level. During this period, the organisation concentrated on political education, German and European affairs and – though not without tensions – international cooperation with other Christian Democratic youth organisations. Many of the JU’s officials from this time later rose to top political offices, among them Stoltenberg, Heiner Geißler, Philipp Jenninger and Helmut Kohl.

Anna Graf-Steiner/Peter Ruggenthaler: The CDU’s Position on the CSCE from 1969 to 1975. Between Détente, the German Question and European Integration (pp. 131–167)

For a long time, the CDU/CSU maintained a critical stance toward the developments that culminated in the Conference on Security and Cooperation in Europe (CSCE) and the signing of the Helsinki Final Act in 1975, a milestone of détente during the Cold War. The Union parties expressed doubts about the aims and credibility of the Soviet Union and feared negative consequences for the German question, Western integration and the balance of power between East and West. This article outlines the path leading to the Helsinki Final Act and analyses the CDU/CSU’s position, which insisted above all on prioritising the negotiations on military disarmament (MBFR) over the CSCE. In addition, the parties demanded that the conference achieve “more freedom in Europe.” After the signing of the Final Act, which the Union parties opposed, the CDU and CSU particularly emphasised the provisions in “Basket 3” on humanitarian issues, personal contacts, and travel facilitation as a yardstick to assess the credibility of the Eastern signatories, provisions that simultaneously lent momentum to civil rights movements in the Eastern Bloc. At the same time, the parties’ perspective gradually shifted to focus more on the opportunities and scope for action afforded by the CSCE. This development culminated in Helmut Kohl placing the potential of the CSCE at the forefront of his first government declaration in 1982.

Stephan Eisel: Representative Democracy or Popularity Populism. How the Laschet-Söder Conflict over the 2021 Chancellor Candidacy Became a Fundamental Issue for the CDU (pp. 169–209)

In the run-up to the 2021 federal election, a direct and openly fought contest took place for the first time between the party leaders of the CDU and the CSU – Armin Laschet and Markus Söder – over the chancellorship candidacy. The article first outlines the history of the CDU/CSU's chancellor candidates, who until 2021 had been selected through different, yet ultimately consensual, procedures. This was the case despite the absence of a fixed mechanism between the sister parties and the structural difficulties associated with establishing one. This article then examines in detail the dispute that unfolded in April 2021 between Laschet, Söder and their respective supporters. The “Söder camp” repeatedly highlighted his strong polling numbers, whereas decisions by the CDU's elected bodies in favour of Laschet were frequently discredited as “backroom” deals that disregarded the party rank and file. Ultimately, this struggle reflected a deeper conflict: whether candidate selection should follow the principles of representative democracy or yield to a “popularity populism” shaped by the prevailing currents of opinion polling.

Christopher Beckmann: “...a democratic Germany must have political parties.” Erich Köhler's Reflections on the Establishment of a Non-denominational Christian People's Party (pp. 211–228)

Erich Köhler, the first President of the German Bundestag (1949–1950), has largely faded into obscurity, despite the significant role he played in the immediate postwar period in establishing the CDU in Hessen and drafting the Hessian constitution. He has also seldom been acknowledged as an independent political thinker in his own right. Drawing on previously unknown documents from Köhler's estate, this article traces both his personal fate and that of his Jewish wife during the Nazi period, while also presenting for the first time Köhler's early reflections on the reconstruction of the party system in Germany after the collapse of the Nazi regime.

Sabine Bergmann-Pohl: The freely elected People's Chamber of the GDR in 1990. Memories of a golden moment in German parliamentarianism (pp. 229–233)

The author, who as President of the freely elected People's Chamber also served as the last head of state of the GDR, recalls the extensive tasks that were faced by the largely politically inexperienced members of parliament, the extremely difficult working conditions in the early months and the key decisions taken in the course of the unification process by a body that, from the outset, had been

working towards its own dissolution. The author argues that its work endures as both a significant historical achievement and a remarkable chapter in German parliamentary history, one that bears comparisons with earlier milestones of German parliamentarism.

Stefan Marx: On the Publication of the Records of the Joint CDU/DA Parliamentary Group in the 1990 People's Chamber (pp. 235–242)

The publication of the records of the joint CDU/DA parliamentary group in the 1990 People's Chamber represents the most important source on the history of reunification that has appeared in recent years. The editor of the project outlines the conditions under which the parliamentarians, most of whom had little or no prior political experience, undertook their work and highlights the key figures who shaped German unification through parliamentary means. With its "impressive record of achievement", the CDU/DA parliamentary group, the largest parliamentary group in the People's Chamber, "disproportionately" contributed to ensuring that the reunification process, despite numerous obstacles, was ultimately brought to a successful conclusion.

Résumés*

Oliver Salten : Le logo et les couleurs de la CDU. Histoire de la visualisation d'une marque politique (p. 5–71)

Parce qu'ils sont des marqueurs d'identification et de représentation, les logos de partis ont une importance non négligeable. Leur design graphique et leur couleur font par conséquent régulièrement l'objet de longues discussions internes. Pourtant, l'histoire des partis politiques s'est peu intéressée à cette question jusqu'à ce jour. La contribution retrace en détail l'histoire du logo et des couleurs de la CDU, depuis sa fondation jusqu'à nos jours – en y incluant la CDU en zone d'occupation soviétique (SBZ)/RDA. En République fédérale, les variations et les déclinaisons en étaient nombreuses en raison du caractère fortement fédéraliste du parti – avant que le siège fédéral ne redouble d'efforts pour les unifier à partir de 1965. L'analyse montre que les débats sur les remaniements du logo resurgissent principalement en période de réorientation politique et programmatique, par exemple à la fin de l'ère Adenauer, après la première perte de pouvoir à l'échelon fédéral en 1969 ou après les longs mandats à la chancellerie d'Helmut Kohl et d'Angela Merkel.

Andreas Grau : Andreas Hermes et la Gesellschaft für die Wiedervereinigung Deutschlands e. V. (p. 73–99)

Le cap de l'ancrage à l'Ouest pris par la République fédérale d'Allemagne sous le chancelier Konrad Adenauer, qui semblerait presque alternatif a posteriori, a suscité de vives controverses à son époque – et ce jusque dans les rangs de la CDU/CSU. Une partie des critiques d'Adenauer au sein de l'Union s'est rassemblée dans la Gesellschaft für die Wiedervereinigung Deutschlands (Société pour la réunification de l'Allemagne), fondée principalement par Andreas Hermes. Se voulant transpartisane, elle a été soutenue, au moins provisoirement, par des acteurs politiques de premier plan, tels que Heinrich Lübke, Ernst Lemmer ou Ferdinand Friedensburg. Son but était « de promouvoir la restauration de l'unité de l'Allemagne jusqu'à sa consécration dans une Constitution de toute l'Allemagne et d'œuvrer à sa reconnaissance internationale dans un traité de paix par des moyens pacifiques. » Adossé à un vaste corpus de sources, l'article retrace la préhistoire, la fondation et la brève histoire de la société, qui n'a, en définitive, pas exercé de véritable influence. Toutefois, le Kuratorium Unteilbares Deutschland (Comité pour une Allemagne indivisible), créé en 1954, s'est inspiré de ses réflexions.

* Rédigés par Christopher Beckmann, traduits par Valentine Meunier.

Claudius Kiene : Une « école élémentaire » politique. La Junge Union à l'ère Stoltenberg (1955–1961) (p. 101–129)

L'histoire et le rôle de la Junge Union (Union des jeunes) attendent toujours de faire l'objet de recherches approfondies reposant sur des sources. La contribution s'intéresse aux années 1955–1961, pendant lesquelles Gerhard Stoltenberg, futur ministre-président du Schleswig-Holstein et futur ministre fédéral, présidait l'organisation des jeunes de la CDU et de la CSU. À la surprise générale, Stoltenberg avait battu le président en titre, Ernst Majonica, à l'issue d'une élection très serrée organisée pendant les journées de la JU à Augsburg en 1955. Sous son mandat s'ouvrit une « phase de développement solide » de la JU à l'échelle fédérale. Elle se concentra sur l'éducation politique, la politique européenne et interallemande et, même si ce n'a pas été sans heurts, sur la coopération internationale avec d'autres organisations de jeunesse chrétiennes-démocrates. De nombreuses personnalités éminentes de la JU de l'époque ont ensuite occupé des postes politiques de premier plan, dont, outre Stoltenberg, Heiner Geißler, Philipp Jenninger et Helmut Kohl.

Anna Graf-Steiner/Peter Ruggenthaler : La position de la CSU sur la CSCE entre 1969 et 1975. À la croisée de la politique de détente, de la question interallemande et de la construction européenne (p. 131–167)

La CDU/CSU est longtemps restée critique à l'égard de l'évolution qui a mené à la création de la Conférence sur la sécurité et la coopération en Europe (CSCE) et à la signature des accords d'Helsinki en 1975, qui a représenté une pierre angulaire de la politique de détente pendant la guerre froide. L'Union doutait de ses buts comme de la bonne foi de l'Union soviétique et craignait des répercussions négatives pour la question interallemande, l'ancrage à l'Ouest ainsi que pour le rapport de forces entre Est et Ouest. L'essai décrit le processus ayant débouché sur l'Acte final et analyse la position de la CDU/CSU, qui voulait avant tout s'assurer qu'on accorderait la priorité aux négociations sur la réduction mutuelle et équilibrée des forces armées (MBFR) et pas à la CSCE. En outre, il fallait à ses yeux que la Conférence parvienne à imposer « davantage de liberté en Europe ». Après la signature de l'Acte final, rejetée par les partis de l'Union, la CDU et la CSU ont insisté pour que les dispositions de l'Acte final conclues dans le « panier 3 » à propos des questions humanitaires, des contacts et des facilitations de voyage soient l'aune de la bonne foi du partenaire oriental. Elles ont donné simultanément des ailes aux mouvements de droits civiques dans le bloc de l'Est. En même temps, un changement de position s'est amorcé, qui a davantage reconnu les atouts de la CSCE et les marges de manœuvre qu'elle ouvrait. Il a conduit à terme à ce qu'Helmut Kohl mette en avant les chances résultant de la CSCE dans sa première déclaration de politique générale en 1982.

Stephan Eisel : Démocratie représentative ou populisme invoquant la popularité. Comment le conflit de 2021 entre Laschet et Söder pour la candidature à la Chancellerie est devenu une question fondamentale pour la CDU (p. 169–209)

Les élections fédérales de 2021 ont donné lieu en amont à la première rivalité directe et ouverte entre les présidents de la CDU et de la CSU, Armin Laschet et Markus Söder, tous deux désireux d'être désignés comme tête de liste de l'Union à la Chancellerie. L'article commence par esquisser l'histoire des candidats de l'Union à la Chancellerie, qui, jusqu'en 2021, a emprunté des voies très variées, mais à terme consensuelles, pour nommer son candidat, alors même que les partis frères que sont la CDU et la CSU n'ont convenu d'aucune procédure, et qu'elle ne serait d'ailleurs guère réalisable pour des raisons structurelles. L'auteur s'intéresse ensuite au conflit entre Laschet et Söder et à leurs soutiens respectifs en avril 2021, le « camp Söder » ne cessant de convoquer les sondages favorables à son égard et de discréditer les décisions des instances élues de la CDU en faveur de Laschet au motif qu'elles étaient prises derrière des portes closes sans tenir compte de la « base ». En définitive, cette lutte a aussi mis en balance un choix qui s'inscrit dans les principes de la démocratie représentative et un « Populärspopulismus » (populisme invoquant la popularité), qui adhère à la vogue actuelle des enquêtes d'opinion.

Christopher Beckmann : « ... une Allemagne démocratique doit avoir des partis ». Les réflexions d'Erich Köhler sur la création d'un parti populaire chrétien interconfessionnel (p. 211–228)

Erich Köhler, le premier président du Bundestag en 1949–1950, est aujourd'hui largement tombé dans l'oubli, bien qu'il ait joué un rôle important dans l'implantation de la CDU en Hesse et dans l'élaboration de la Constitution de ce Land juste après la guerre. Ses pensées politiques personnelles ne sont pas non plus restées dans les mémoires. L'essai s'appuie sur des documents de sa succession, inconnus à ce jour, pour présenter son destin et celui de sa femme juive sous le nazisme et met pour la première fois en lumière ses réflexions précoces sur la refondation d'un système de partis en Allemagne après la chute du régime nazi.

Sabine Bergmann-Pohl : La Chambre du peuple librement élue de la RDA en 1990. Souvenirs d'un moment historique du parlementarisme allemand (p. 229–233)

L'autrice, qui a présidé la Chambre du peuple librement élue et a été la dernière cheffe d'État de la RDA, rappelle les tâches immenses que les membres du Parlement, pour la plupart des novices en politique, ont dû accomplir, les conditions de travail extrêmement difficiles au début et les décisions les plus cruciales adoptées par la Chambre du peuple au cours du processus d'unification,

alors même qu'elle a dès le départ œuvré à sa propre disparition. La Chambre du peuple peut se vanter d'avoir apporté une contribution historique significative et écrit un chapitre remarquable de l'histoire parlementaire allemande, qui n'a pas à rougir d'une comparaison avec les grandes heures antérieures du parlementarisme allemand.

Stefan Marx : L'édition des procès-verbaux du groupe parlementaire commun CDU/DA à la Chambre du peuple en 1990 (p. 235–242)

L'édition des procès-verbaux du groupe parlementaire commun CDU/DA (Renouveau démocratique) à la Chambre du peuple en 1990 est la publication de sources la plus importante qui soit récemment parue sur l'histoire de la réunification. Le directeur de publication de ce projet esquisse les conditions dans lesquelles les parlementaires ont dû s'atteler à leur tâche alors qu'ils n'étaient pas, pour la plupart, des acteurs politiques jusque-là, et nomme les personnalités majeures ayant pris part au processus parlementaire de la mise en œuvre de l'unité allemande. Fort d'un « bilan impressionnant », le groupe parlementaire CDU/DA, première force de la Chambre du peuple, a contribué « dans une mesure totalement disproportionnée », à ce que le processus de la réunification puisse se conclure par un succès, en dépit de toutes les difficultés.

Zusammenfassungen*

Oliver Salten: Logo und Farben der CDU. Die Geschichte der Visualisierung einer politischen Marke (S. 5–71)

Als Identifikations- und Repräsentationsmerkmal sind Parteilogos von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Ihre graphische und farbliche Gestaltung ist daher immer wieder Gegenstand längerer innerparteilicher Diskussionen gewesen. Dennoch hat die historische Parteienforschung ihnen bisher wenig Aufmerksamkeit gewidmet. Der Beitrag zeichnet – unter Berücksichtigung auch der CDU in der SBZ/DDR – detailliert die Geschichte des Logos und der Farben der CDU von ihrer Gründungsphase bis heute nach. Dabei waren – ehe ab 1965 stärkere Bemühungen um Vereinheitlichung seitens der Bundesgeschäftsstelle zu verzeichnen waren – in der Bundesrepublik die Varianten und Variationen aufgrund des ausgeprägt föderalistischen Charakters der Partei vielfältig. Die Analyse zeigt, dass Logoumgestaltungen vor allem in Zeiten politischer und programmatischer Neuorientierung thematisiert wurden, so am Ende der Adenauer-Ära, nach dem erstmaligen Machtverlust auf Bundesebene 1969 oder nach den langen Kanzlerschaften von Helmut Kohl und Angela Merkel.

Andreas Grau: Andreas Hermes und die Gesellschaft für die Wiedervereinigung Deutschlands e. V. (S. 73–99)

Der in der Rückschau fast alternativlos anmutende Kurs der Westintegration, den die Bundesrepublik Deutschland unter der Kanzlerschaft Konrad Adenauers einschlug, war seinerzeit bis in die Reihen der CDU/CSU hinein zum Teil heftig umstritten. Ein Teil der Adenauer-Skeptiker in der Union sammelte sich in der maßgeblich von Andreas Hermes gegründeten und zumindest zeitweilig von anderen prominenten CDU-Politikern wie Heinrich Lübke, Ernst Lemmer oder Ferdinand Friedensburg unterstützten, überparteilich konzipierten Gesellschaft für die Wiedervereinigung Deutschlands. Ihr Ziel war, „die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands bis zu ihrer Festlegung in einer gesamtdeutschen Verfassung und ihrer internationalen Anerkennung in einem Friedensvertrag mit friedlichen Mitteln zu betreiben“. Der Aufsatz zeichnet auf breiter Quellengrundlage die Vorgeschichte, die Gründung und die kurze Geschichte der Gesellschaft nach, die letztlich keine große Wirkung zu entfalten vermochte, an deren Überlegungen aber zumindest teilweise das 1954 gegründete Kuratorium Unteilbares Deutschland anknüpfte.

* Erstellt von Christopher Beckmann.

Claudius Kiene: Eine „politische Elementarschule“. Die Junge Union in der Ära Stoltenberg (1955–1961) (S. 101–129)

Geschichte und Rolle der Jungen Union bedürfen nach wie vor eingehender, aktengestützter Forschung. Der Beitrag behandelt die Jahre 1955 bis 1961, in denen der spätere Ministerpräsident von Schleswig-Holstein und Bundesminister Gerhard Stoltenberg den Bundesvorsitz der Jugendorganisation von CDU und CSU innehatte. Unter Stoltenberg, der auf dem Deutschlandtag der JU in Augsburg 1955 überraschend den bisherigen Amtsinhaber Ernst Majonica in einer Kampfabstimmung schlug, begann eine „solide Aufbauphase“ der JU auf Bundesebene. Sie widmete sich der politischen Bildungsarbeit, der Deutschland- und Europapolitik und – wenngleich nicht konfliktfrei – der internationalen Zusammenarbeit mit anderen christlich-demokratischen Jugendorganisationen. Zahlreiche führende JU-Funktionäre der damaligen Zeit rückten später in politische Spitzenämter auf, neben Stoltenberg unter anderem Heiner Geißler, Philipp Jenninger und Helmut Kohl.

Anna Graf-Steiner/Peter Ruggenthaler: Die Haltung der CDU zur KSZE von 1969 bis 1975. Im Spannungsfeld von Entspannungspolitik, deutscher Frage und europäischer Integration (S. 131–167)

Die CDU/CSU stand der Entwicklung, die zur Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) und zur Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki 1975 führte, die einen Meilenstein in der Entspannungspolitik während des Kalten Krieg markierte, lange kritisch gegenüber. Man hegte Zweifel an den Zielen und der Glaubwürdigkeit der Sowjetunion und fürchtete negative Auswirkungen auf die deutsche Frage, die Westintegration und das Kräfteverhältnis zwischen Ost und West. Der Beitrag skizziert den Weg zur Schlussakte und analysiert die Haltung der CDU/CSU, die vor allem einen Vorrang der Verhandlungen über militärische Abrüstung (MBFR) vor der KSZE gewahrt wissen wollte. Zudem müsse es gelingen, im Rahmen der Konferenz ein „Mehr an Freiheit in Europa“ zu erreichen. Nach der – von den Unionsparteien abgelehnten – Unterzeichnung betonten CDU und CSU besonders die in „Korb 3“ der Schlussakte enthaltenen Bestimmungen zu humanitären Fragen, Kontakten und Reiseerleichterungen als Maßstab für die Glaubwürdigkeit der östlichen Vertragspartner, die zugleich Bürgerrechtsbewegungen im Ostblock Auftrieb gab. Zugleich setzte ein Wandel hin zu einer die Chancen der KSZE und die aus ihr erwachsenden Handlungsspielräume stärker in den Blick nehmenden Haltung ein, der schließlich dazu führte, dass Helmut Kohl in seiner ersten Regierungserklärung 1982 die Chancen der KSZE in den Vordergrund stellte.

Stephan Eisel: Repräsentative Demokratie oder Popularitätspopulismus. Wie der Laschet-Söder-Konflikt um die Kanzlerkandidatur 2021 zur Grundsatzfrage für die CDU wurde (S. 169–209)

Im Vorfeld der Bundestagswahl 2021 kam es erstmals zur direkten und offen ausgetragenen Konkurrenz zwischen den Parteivorsitzenden von CDU und CSU, Armin Laschet und Markus Söder, um die Kanzlerkandidatur. Der Beitrag skizziert zunächst die Geschichte der Kanzlerkandidaten der Union, in der es bis 2021 gelang, durchaus unterschiedliche, aber letztlich einvernehmliche Wege zur Bestimmung des Kandidaten zu finden, obwohl ein festgelegtes Verfahren zwischen den Schwesterparteien CDU und CSU nicht existiert und aus strukturellen Gründen auch kaum zu implementieren sein dürfte. Eingehend wird sodann die im April 2021 sich vollziehende Auseinandersetzung zwischen Laschet und Söder sowie ihren jeweiligen Unterstützern geschildert. Dabei wurden aus dem „Söder-Lager“ immer wieder dessen gute demoskopische Werte betont und die Entscheidungen der gewählten Gremien der CDU für Laschet wiederholt als im „Hinterzimmer“ ohne Berücksichtigung der „Basis“ getroffen diskreditiert. Letztlich sei es daher bei diesem Konkurrenzkampf auch um den Gegensatz zwischen einer Entscheidung gemäß den Prinzipien repräsentativer Demokratie oder einem „Popularitätspopulismus“ gegangen, der sich am aktuell herrschenden demoskopischen Zeitgeist orientiert.

Christopher Beckmann: „... ein demokratisches Deutschland muß Parteien haben“. Erich Köhlers Überlegungen für den Aufbau einer überkonfessionellen christlichen Volkspartei (S. 211–228)

Erich Köhler, 1949/50 erster Präsident des Deutschen Bundestages, ist heute weitgehend in Vergessenheit geraten, obwohl er in der unmittelbaren Nachkriegszeit eine wichtige Rolle beim Aufbau der hessischen CDU und der Erarbeitung der hessischen Verfassung spielte. Auch als eigenständiger politischer Kopf ist bisher nicht wahrgenommen worden. Der Beitrag zeichnet anhand bisher unbekannter Dokumente aus seinem Nachlass sein Schicksal und das seiner jüdischen Ehefrau in der NS-Zeit nach und macht erstmals frühe Überlegungen Köhlers zum Neuaufbau eines Parteiensystems in Deutschland nach dem Sturz des Nazi-Regimes zugänglich.

Sabine Bergmann-Pohl: Die freigewählte Volkskammer der DDR 1990. Erinnerungen an eine Sternstunde des deutschen Parlamentarismus (S. 229–233)

Die Autorin, als Präsidentin der frei gewählten Volkskammer zugleich letztes Staatsoberhaupt der DDR, erinnert an die umfangreichen Aufgaben, die die überwiegend politisch unerfahrenen Mitglieder des Parlaments zu leisten hat-

ten, an die anfangs äußerst schwierigen Arbeitsbedingungen und die wichtigsten Entscheidungen, die im Verlauf des Einigungsprozesses von der Volkskammer, die ja von Anfang an auf ihr eigenes Ende hingearbeitet habe, getroffen wurden. Von ihrem Wirken bleibe eine bedeutende geschichtliche Leistung und ein bemerkenswertes Stück deutscher Parlamentsgeschichte, das den Vergleich mit früheren Meilensteinen des deutschen Parlamentarismus nicht zu scheuen brauche.

Stefan Marx: Zur Edition der Protokolle der gemeinsamen CDU/DA-Fraktion in der Volkskammer 1990 (S. 235–242)

Die Edition der Protokolle der gemeinsamen CDU/DA-Fraktion in der Volkskammer 1990 ist die wichtigste Quellen-Veröffentlichung zur Geschichte der Wiedervereinigung, die in jüngerer Zeit erschienen ist. Der Bearbeiter des Projekts skizziert die Rahmenbedingungen, unter denen die überwiegend politisch zuvor nicht oder wenig aktiven Parlamentarier ihre Aufgabe angehen mussten und benennt die wichtigsten Persönlichkeiten im Prozess der parlamentarischen Gestaltung der deutschen Einheit. Mit ihrer „beeindruckenden Arbeitsbilanz“ habe die CDU/DA-Fraktion als stärkste Fraktion der Volkskammer „weit überproportional“ dazu beigetragen, dass der Prozess der Wiedervereinigung trotz aller Widrigkeiten erfolgreich abgeschlossen werden konnte.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieses Bandes

- Christopher Beckmann*, Dr. phil., Referent Abt. Publikationen/Bibliothek der Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste/Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Sankt Augustin
- Sabine Bergmann-Pohl*, Dr. med., ehemalige Präsidentin der Volkskammer der DDR
- Stephan Eisel*, Dr. phil., bis 2007 verschiedene Leitungsfunktionen in der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Sankt Augustin, 2007–2009 Mitglied des Deutschen Bundestages
- Anna Graf-Steiner*, Dr. phil., Senior Researcher am Ludwig Boltzmann Institut für Kriegsfolgenforschung, Graz-Wien-Raabs
- Andreas Grau*, Dr. phil., Referent Abteilung Schriftgutarchiv, Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste/Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Sankt Augustin
- Claudius Kiene* M.A., Doktorand an der Universität Potsdam
- Stefan Marx*, Dr. phil., Referent Abteilung Schriftgutarchiv, Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste/Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Berlin
- Peter Ruggenthaler*, Dr. phil., Priv. Doz., Stellvertretender Leiter des Ludwig Boltzmann Institut für Kriegsfolgenforschung, Graz-Wien-Raabs
- Oliver Salten*, Dr. phil., Referent Abteilung Schriftgutarchiv, Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste/Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Sankt Augustin